Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 in zwei Bänden Band 6/1

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
vom 1.01.1991 bis zum 11.11.1997
Band 6/1

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Inhaltsverzeichnis Band 6/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	3
Anstatt eines Vorwortes	4
Herausragende Ereignisse von 1991 bis 1999	5-29
Gliederung (im Überblick)	30-31
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1991 bis zum 11. November 1997	31-365
Inhaltsverzeichnis Band 6/2	**Seite**
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 12. November 1997 bis zum 31. Dezember 1999	2-358
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	359-362

Danksagung und Widmung

> Die Brandfackel des Unglaubens nennt man gern das Licht der Aufklärung.
> *Ernst Hähnel (1811-1891, deutscher Bildhauer)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Rudolf Augstein, José Ayala Lasso, André Barmettler, Jens Berger, Wolfgang Birkenfeld, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Johannes Bökmann, Wolfgang Borowsky, Michael Chapman, Robert Conquest, Stèphane Courtois, Horst Deckert, Alexander Demandt, Hans Dollinger, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Jürgen Elsässer, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Benjamin H. Freedman, Lothar Gassmann, Joachim Gauck, Robert B. Goldmann, Gilbert Gornig, Des Griffin, Richard Grill, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Norbert Happ, Steffen Heitmann, Raul Hilberg, Helga Hirsch, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Martin Hohl-Wirz, Ivo Höllhuber, Janusz Jasinski, Wlodzimierz Kalicki, Eva Kanturková, Ernst-Edmund Keil, Otto Kimminich, Michael Klonovsky, Horst Koch, Michael Kotsch, Rudolf Kucera, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Jiri S. Kupka, Gabriel Laub, Jiri Loewy, Domenico Losurdo, Konrad Löw, Arno Lustiger, Günter Maschke, Francesco Merlino, Christa Meves, Horst Möller, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Geoffrey Parker, Daniell Pföhringer, Maria Podlasek, Petr Prihoda, Kurt Quadflieg, John Sack, Jutta Scherer, Alfred Schickel, Franz Scholz, Jürgen Schreiber, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Elimar Schubbe, Sigurd Schulien, Eva Schweitzer, Lena Sokoll, Alexander Solschenizyn, Gabor Steingart, Rudolf Ströbinger, Alfred Theisen, Wolfgang Thüne, Ernst Topitsch, Arthur F. Utz, Pavel Verner, Kaspar Villiger, Jan Werner, Renate L. Wertz, Rudolf Willeke, Michael Wolffsohn, Christian Wulff, Peter Wyden, Alfred Maurice de Zayas, Jean Ziegler und Rainer Zitelmann.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Wer nur halb nachdenkt, der glaubt an keinen Gott; wer aber richtig nachdenkt, der muß an Gott glauben.
> *Isaac Newton (1643-1727, englischer Naturforscher)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

> Es ist unmöglich, daß ein Mensch ohne Religion seines Lebens froh werde.
> *Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)*

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.
Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.
Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Herausragende Ereignisse von 1991 bis 1999

Die Jahre 1991 bis 1999 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

17.01.1991: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

25.02.1991: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschließen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

20.06.1991: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/-237).

27.11.1991: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 1991: >>**An Osteuropas Schulen ist Deutsch gefragt wie nie zuvor**

... Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG. ...<<

11.12.1991: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

13.12.1991: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. ...

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

21.12.1991: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow tritt am 25.

Dezember 1991 von seinem Amt zurück.
31.12.1991: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991: >>**Aufbauhilfe für den Osten**
Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<
09.04.1992: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>**Ungarn entschädigt Deutsche**
... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.
Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...<<
02.06.1992: 50,7 Prozent der Dänen stimmen am 2. Juni 1992 im Verlauf einer Volksbefragung gegen die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages.
29.08.1992: Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**
Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich
Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.
Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".
Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...
Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure. ...
Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind. Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.
Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<
06.12.1992: Die Schweizer entscheiden sich am 6. Dezember 1992 per Volksabstimmung

gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).
01.01.1993: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.
20.01.1993: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Januar 1993: >>**6,8 Milliarden weg**
Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<
10.02.1993: Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schreibt am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<
18.05.1993: 51,8 Prozent der Dänen stimmen am 18. Mai 1993 für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.
28.05.1993: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<
12.10.1993: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.
18.10.1993: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtet am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>**Neues vom Turmbau zu Babel**
Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.
Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten. ...<<
01.11.1993: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).
Dezember 1993: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durch-

geführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte. ...
Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.
Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschäden" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<
31.03.1994: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
05.04.1994: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
14.06.1994: Die EU unterzeichnet am 14. Juni 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine.
27.08.1994: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. August 1994: >>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**
Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<
01.09.1994: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**
... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...
Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. ...
Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten.
Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an: Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 1. September 1994 über Krebserkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>**Rentenansturm bei Wismut**
... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.
HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen. Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-

Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

28.11.1994: Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnt die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

1994: Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtet im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

01.01.1995: Finnland, Österreich und Schweden treten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßt jetzt 15 Mitglieder.

24.01.1995: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet** ...

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. ... Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht. ...

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Kollektivschuld (x309/102): >>... Es gibt keine Kollektivschuld. Der Gedanke der Kollektivschuld ist, wie der britische Denker und Verleger Victor Gollancz treffend feststellte, 'ein unsinniger, unliberaler, antichristlicher, beklagenswert nazistischer Gedanke'.

Schuld ist - wie Unschuld – persönlich und nicht kollektiv. Darum kann das Prinzip einer Kollektivschuld auf die Vertreibung so wenig wie auf den Krieg angewandt werden. Auch die jahrzehntelangen Debatten um die Schuldanteile ganzer Länder am Ersten oder am Zweiten Weltkrieg gingen insofern grundlegend fehl: Sinnvoll und beantwortbar ist stets nur die Frage nach den Schuldanteilen einzelner Akteure. ...

Das Prinzip der Unschuldsvermutung gehört zu den Minima der Rechtsstaatlichkeit. Es besteht jedoch sicherlich eine kollektive Sittlichkeit, die uns alle zu humanem Umgang miteinander verpflichtet. Die Sanktionierung einer angeblichen Kollektivschuld ist dagegen 'nicht Strafe, sondern Rache', wie Václav Havel völlig zu Recht festgestellt hat.<<

05.02.1995: Erzbischof Johannes Diba beklagt im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/119): >>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

24.02.1995: Vaclav Klaus (von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hält am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.

Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die tschechische Vergangenheitsbewältigung (x309/130): >>Auch nach dem Ende der Diktatur ist in den Vertreiberstaaten Osteuropas von einem Sinneswandel nicht allzu viel zu spüren. Dazu ein tschechisches Beispiel.

Auf einem Feld im südmährischen Pohrlitz zum Beispiel konnte man an der unterschiedlichen Farbe der jungen Saat die Lage von Massengräbern erkennen, in denen Opfer des Todesmarsches der Brünner Deutschen vom Frühjahr 1945 liegen. Über einem Teil der Gräber errichtete man in den 70er-Jahren landwirtschaftliche Gebäude – dem Vernehmen nach Kuhställe. 1994 mußten die letzten Gräber einer Schnellstraße weichen; die Toten wurden auf Kosten des österreichischen Schwarzen Kreuzes nach Drasenhofen/Niederösterreich verfrachtet. Und so folgte der Vertreibung der Lebenden die Vertreibung der Toten. ...<<

08.03.1995: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.
In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse.
Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigt, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).
Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/44): >>... Die Brünner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brünner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.
Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.
Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<
26.03.1995: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal schaffen aufgrund des Schengener Abkommens am 26. März 1995 die Personenkontrollen an den Binnengrenzen ab.
27.03.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1995: >>**Es bleibt das Gefühl des Verrats**
... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.
... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild. ...<<
06.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**
... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...
Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei

für Polen ohne Bedeutung.
Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...<<
13.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**
Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.
Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<
19.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**
... Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes.
Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."
Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<
27.04.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**
... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter. ...
Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<
04.05.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**
Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<
06.05.1995: Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltet am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.
In diesen Anzeigen wird die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet

(x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<
08.05.1995: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.
Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<
22.06.1995: Rumänien beantragt am 22. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
27.06.1995: Die Slowakei beantragt am 27. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
04.08.1995: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek schreibt am 4. August 1995 in der Wochenzeitung "Das Parlament" über die Vertreibung der Deutschen (x309/96): >>... Polen war nicht Subjekt der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse über Grenzverschiebungen im Nachkriegspolen. Es wurde selbst zum Objekt, zum Opfer der Beschlüsse.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die polnische Sicht der Vertreibung (x309/96-97): >>Das Gleiche, nur mit anderen Worten, betonte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller am 24. Juni 2002 in Bromberg.
Dieses Argument taucht auch in zahllosen anderen Veröffentlichungen auf, ist aber gleichwohl leicht zu wieder legen; denn nicht zu übersehen ist die jahrzehntelange Vorarbeit politischer Ideologen, Politiker und Diplomaten und ihr Drängen bei den Regierungen der Großmächte.
Noch vor der Potsdamer Konferenz forderte der Vordenker des polnischen Drangs nach Westen und Direktor des Posener Westinstituts, Wojciechowski, in Ostdeutschland möglichst schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, um eine etwaige Rückgabe dieser Gebiete einen Riegel vorzuschieben. Aufgrund der hastigen Durchführung wird diese erste "wilde Vertreibung" als besonders brutal geschildert. ...
Einer der wenigen, der eine ehrliche Aussage wagte, war der nationaldemokratische polnische Politiker und Publizist Jedrzej Giertych, Großvater des bis 2007 amtierenden polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Giertych:
"Das Postulat (unbeweisbare Forderung) der Westgrenze an Oder und Neiße ist keine sowjetische Erfindung aus dem Jahre 1945, sondern ein seit langem formuliertes Postulat der polnischen Politik. Schon in der Vorkriegszeit wurde es laut von der Nationaldemokratischen Partei erhoben. ... Man muß feststellen, daß die Angliederung der Gebiete bis zur Oder und Neiße keine Polen aufgezwungene sowjetische Lösung war, sondern die Verwirklichung von altbekannten polnischen Nationalpostulaten. ..."
Ein polnisches Standardargument ist auch, daß Vertreibungsverbrechen fast nur, jedenfalls ganz überwiegend, von der Roten Armee und nicht von Polen begangen wurden. So heißt es zum Beispiel in einem für ein Strafverfahren in Schlesien bestimmten Gutachten dreier polnischer Professoren vom 30. November 2004:

"Gewalttaten und Raub wurden hauptsächlich durch sowjetische Soldaten begangen, die sämtliche materiellen Güter als Kriegsbeute und die dort angetroffenen Menschen meist als Repräsentanten des besiegten und verbrecherischen Hitlerregimes betrachteten." ...<<

02.10.1995: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>**Athen will Reparationen**

... Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

03.10.1995. Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

28.11.1995: Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

12.12.1995: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

1995: Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnert im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

08.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

19.01.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Januar 1996: >>**Im Verhältnis zwischen Prag und Bonn knirscht es**

... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren". ...

Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."

Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

Februar 1996: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlägt im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der tschechische Schriftsteller Petr Prihoda (1939-2014) berichtet im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert. Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus. Die jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lücke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.

Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention. ...<<

21.03.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

10.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...
Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt.
Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...
Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.
Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<
20.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**
Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden. ...
Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500 Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<
28.05.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel** ...
Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben". ...<<
10.06.1996: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.
06.09.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.
Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.
... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.
Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten.
Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben

(was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies). Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlage auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.
Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
09.09.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**
Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...
Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<
29.11.1996: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996: >>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**
Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...
Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.
Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<
1996: Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern

der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. ...
Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.
Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.
Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<
16.01.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>**Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg**
... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat. ...
Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler." ...
Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<
09.05.1997: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...
Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.
10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.
Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).
Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<
08.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**
Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ...
Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind

sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. ...
Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<
09.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**
Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.
US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<
21.07.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**
In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.
Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...
Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.
Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<
21.08.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1997: >>**Wir haben kein neues Problem ...**
Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...
Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...
Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<
19.09.1997: Der US-Journalist Robert B. Goldmann schreibt am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.
Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen,

weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

27.09.1997: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

31.10.1997: Der "Rheinische Merkur berichtet am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

05.11.1997: Die französische Zeitung "Le Figaro" berichtet am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21-25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt. Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Die Autoren weisen jedoch nachweislich darauf hin, daß der Nationalsozialismus und der Holocaust dadurch in ihrer Einmaligkeit und Grauenhaftigkeit nicht im geringsten in Frage gestellt werden. ...

Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"

Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".

An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<

26.11.1997: Die französische Tageszeitung "Sud-Ouest Dimanche" berichtet am 26. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir sie nicht sehen wollten ...

Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus. ...<<

Januar 1998: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1998 (x853/...): >>... **Kein Gedenken in Triumph**

1. Vor 150 Jahren - vermutlich Ende Februar 1848 - erschien das "Manifest der Kommunistischen Partei", 23 Druckseiten stark. Es war von eigentümlich aufrührerischer Stoßkraft, großer Selbstsicherheit und jener destruktiven Radikalität, die die Arbeiterfrage als Ausgeburt einer dämonisierten "Klasse" und eines Systems darstellte, die als Ganzes entthront, abgeschafft, vernichtet werden sollten:

Revolution als Lösung, Gewalt als Mittel, Diktatur als Weg, Terror als Bewegungsmittel, Angstmacher, Eroberungswerkzeug zur Macht, als Einschüchterung und Zwang zu deren Erhalt.

Der hochfahrende, pseudoprophetische Ton schien von solchen zu kommen, die alle Brücken hinter sich abgebrochen hatten. Sie bedienten sich - scheinmoralisch - jener Empörung, zu der alle elementar aufgehetzt werden können, denen man Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei, als ihr Schicksal zusprach. Und so verhießen sie endgültige Befreiung, klassenlose Gleichheit, Leben nach Bedürfnissen, den "Neuen Menschen", ohne Eigentum, bei abgeschaffter Familie, ohne jene Religion, die als Opium dann nicht mehr gebraucht würde.

Das Ziel war zwar utopisch, wurde aber vielfach - gerade durch den Appell an Umsturz, Subversion, Zersetzung, Verweigerung, und immer - von Anfang an - Terror und Diktatur - als erreichbar suggeriert. Jedes Mittel war dazu ... berechtigt, gerade auch Täuschung, Unterwanderung, Lüge, Erpressung, "Arbeitslager" und schließlich massenhaft Mord. ...

Das "Schwarzbuch" der kommunistischen Verbrechen, in Frankreich kürzlich veröffentlicht - es soll demnächst in Deutschland im Piper-Verlag erscheinen - nennt insgesamt etwa 100 Millionen Tote. Darunter China (65 Millionen Tote), Sowjetunion (20 Millionen Tote), Nordkorea (2 Millionen Tote), Kambodscha (2 Millionen Tote), Afrika (1,7 Millionen Tote), Afghanistan (1,5 Millionen Tote), Osteuropa (1 Millionen Tote) u.a.m.<<

29.05.1998: Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verläßlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.

Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<

02.06.1998: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.

Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."

Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nol-

te hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. ...
Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus – vor.
Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<
04.06.1998: Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues auftischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tiefschürfende Enzyklopädie der Verbrechen des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wünschen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.
Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."
Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<
04.07.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juli 1998: >>**Sejm verurteilt Vertriebenenerklärung des Bundestages**
... In ungewöhnlich scharfer Form hat das polnische Parlament am Freitag die Erklärung des Bundestages kritisiert. Die Resolution enthalte "Zweideutigkeiten" und "gefährliche Tendenzen", die nicht unwidersprochen bleiben dürften, heißt es in der nahezu einstimmig angenommenen Entschließung des Sejm weiter. Die Resolution diene "nicht der sich gut entwikkelnden Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern".
In seiner mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommenen Erklärung hatte der Bundestag am 29. Mai bekräftigt, daß die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Bonner Sicht völkerrechtswidrig war. ...
Die Entschließung der polnischen Abgeordnetenkammer spiegelt die wachsende Unruhe in Polen über etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe ihres ehemaligen Immobilienbesitzes wider. Polen sieht die Vertreibung nicht als völkerrechtswidrig, sondern als Resultat der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von 1945 an. Die polnischen Grenze und Eigentumsrechte dürften auch bei einem Beitritt des Landes zur EU nicht angetastet werden. ...
In einer ersten Reaktion wies der Bund der Vertriebenen (BdV) die polnische Kritik zurück. Damit habe der Sejm die Vertriebenen praktisch aus dem Versöhnungsprozeß ausgeschlossen, erklärte die BdV-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Bundesaußenminister Klaus Kinkel müsse jetzt dazu Stellung nehmen. "Auf diese Weise wird Polen den Weg nach Europa nicht gehen können." Steinbach hatte gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP die Entschädigung von Heimatvertriebenen verlangt. ...<<
22.07.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 1998 über Spenden für die Oderflut im Jahre 1997: >>**130 Millionen für Flutopfer**
... Rund 130 Millionen DM haben Bundesbürger nach Angaben der Caritas insgesamt für die Opfer der Oderflut in Deutschland, Polen und Tschechien gespendet. ...

Nach Angaben von DRK-Generalsekretär Johann W. Römer wurden rund 10,36 Millionen DM für Hilfsprojekte in Deutschland, 31,48 Millionen DM für Hilfen in Polen und fast 30 Millionen DM in Tschechien verwandt. ...
Die Caritas, die insgesamt 23,1 Millionen DM Hilfe zur Verfügung hatte, gab rund 90 % der Spenden in Polen und Tschechien aus. ...<<
22.08.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**
Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.
Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenübersieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."
In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.
Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.
Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<
August 1998: Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtet im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...
"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:
1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.

6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...
Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.
Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes.
Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, " so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<
07.09.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**
Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.
Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.
BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.
Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<
06.11.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**
... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...
Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen:

"Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."
Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.
Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.
Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutsche Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat. ...<<
21.11.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**
Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...
Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.
Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<
30.12.1998: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**
In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.
Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

1998: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.
Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<
01.01.1999: Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Der Euro wird zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wird zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kommen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf.
13.03.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**
Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.
Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".
Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."
Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...
Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<
24.04.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>**"Staatsmann des Jahrzehnts"**
Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ...
Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...
Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<
26.06.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**
... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-

Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie Friedland (Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen) und Berlin, Theodor-Heuss-Platz (Flamme der Vertreibung, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde), existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<
20.08.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**
Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<
31.08.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**
Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.
Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.
Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<
August 1999: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.
Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.
Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.
Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<
18.10.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"**NS-Geschichte lastet auf uns allen"**
... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...
In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen." ...<<
21.10.1999: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schreibt damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.
Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!
Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<
05.11.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**
Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen
Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...<<
16.12.1999: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**
... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:
"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...
Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.
Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden.

Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<

Gliederung (im Überblick):

01.	**Deutsches Reich** - SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - BRD (Bundesrepublik Deutschland – seit 3. Oktober 1990 einschließlich DDR und Berlin)
02.	**Nordeuropa** - Dänemark - Norwegen - Schweden - Finnland
03.	**Ostmitteleuropa** - Estland - Lettland - Litauen - Polen - CSR (im Jahre 1992 trennt sich die Slowakei von der CSR, die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien bzw. Tschechische Republik) - Österreich
04.	**Osteuropa** - UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland) - Ukraine
05.	**Südosteuropa** - Ungarn - Jugoslawien (im Jahre 1991 erklären Slowenien, Kroatien und Makedonien ihre Unabhängigkeit, die Republik Bosnien und Herzegowina wird 1995 unabhängig) - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
06.	**Südeuropa** - Italien - Spanien - Portugal

07.	**Westeuropa** - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irland
08.	**Amerika** - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	**Asien**
10.	**Afrika**
11.	**Australien**

Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1991 bis zum 11. November 1997

1991

> Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, / Und würd' er in Ketten geboren. ... Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, / Vor dem freien Menschen erzittert nicht.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

17.01.1991

Irak: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").
Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times":
"Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".
Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."
Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man

sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.
Aber die USA wollten den Konflikt.
Die USA?
Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?
Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.
Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."
Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."
Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.
"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut", berichtete, leidzerquält, George Bush.
Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.
Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.
Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.
Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.
Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlächter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hältst."
Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu

nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert. Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."
Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.
Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".
Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte. ...<<
Die USA wollen angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisieren danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgen regimefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) fördern letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**
_ *von Gerhard Wisnewski*
Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerikaner griff alte Muster auf.
Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".
Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfemt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflußt habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden

zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.
Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.
Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.
Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".
"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem bösartigen Diktator hoch.
Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greueltaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.
"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.
Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.
Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.
"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

18.01.1991

BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Die Autorin Lena Sokoll veröffentlicht 14 Jahre danach auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>**Die Karriere der Angela Merkel**

Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik

Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.

Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.

Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischer Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später

Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt, wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.
Ein gutes Jahr später betrieb sie anläßlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Machtposition innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.
Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.
Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.
Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband. In den frühen 1950-er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren. Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte. Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.
Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960-er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen

Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten
Für Verhandlungen, Absprachen und das Austarieren von Konflikten zwischen Kirche und Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzzuweisungen, Kirchenbauprogramme).
Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.
Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:
"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemaßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."
Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.
Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."
Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.
Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ordnung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute.

Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.
Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden.
Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren revolutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.
Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

Der Beginn einer politischen Karriere

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.
Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.
Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.
Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspekteurs der Bundeswehr bekleidet.
So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.
"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.

Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen. Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatsekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte. Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Die Karriere der Angela Merkel

Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls vereidigt.

In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtesten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.

Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken.

Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.

Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.

Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den

massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atommülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004 erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben. Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."
Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltministerin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

An die Spitze der Union

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.
Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung. Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten.
Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrenvorsitzenden" befördern.
Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte.
Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.
Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessensausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.
Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte. Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß

es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt, um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von Seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.
Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionenspenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Ehrenvorsitzende konnte zum Abschuß frei gegeben werden.
Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.
Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ", in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.
Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.
Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühe, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.
Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte.
Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anläßlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.
Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden. In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpolitischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.
Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der ver-

gleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkandidatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

Politische Positionen

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Banales, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät. Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.

Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtesten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.

Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.

Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnsektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.

Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.

In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu reagieren". Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuhr schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.

Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständ-

nis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.

Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit geraumer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Orientierung an der Bush-Regierung

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern. Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.

Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.

Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den proamerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.

Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.

Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte ein plötzliches Ende finden.<<

21.01.1991

BRD: Die Münchener "Abendzeitung" berichtet am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch

nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

25.02.1991

Ungarn: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschließen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

25.03.1991

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (13/1991) berichtet am 25. März 1991 über das Buch "Ermordung der Menschheit" des französischen Politikwissenschaftlers und Germanisten Alfred Grosser: >>**Erinnerung gelöscht**

Die Deutschen können von Glück reden, daß nach 1945 eine Reihe weitblickender Franzosen, oft deutsch-jüdischer Abkunft, in Frankreich Verständnis für die Nation der Kriegsverlierer und -verbrecher zu wecken suchte: David Rousset, Joseph Rovan, Gustave Stern, Alfred Grosser.

Und Alfred Grosser kann von Glück reden, daß sein Lebensweg ihm jene Leiden ersparte, die ihm eigentlich vorherbestimmt waren und es ihm erschwert hätten, über die Deutschen so rational und empfindsam zu urteilen, wie er es seit vielen Jahren tut: als Politologe am Pariser Institut d'études politiques und Leitartikler von Le Monde wie etlicher großer französischer Regionalblätter.

Er selber hat sich das Bewußtsein dafür bewahrt, daß er unverdient bevorzugt wurde: 1925 als Sohn eines jüdischen Kinderarztes in Frankfurt geboren, bezog er als Achtjähriger von Schulkameraden Prügel, weil er als Jude nicht zu ihnen gehöre. Jedoch: "Das Ereignis hat keine Spuren in mir hinterlassen." (Alfred Grosser: "Ermordung der Menschheit" ...)

Schon 1933 emigrierte die Familie nach Saint-Germain-en-Laye bei Paris, 1937, abermaliger Glücksfall, erhielt sie die französische Staatsangehörigkeit. Sie bewahrte Grosser vor dem Schicksal Tausender Emigranten, die bei Kriegsausbruch von der französischen Regierung als Deutsche interniert und dann jenen Henkern überantwortet wurden, vor denen sie geflüchtet waren.

Glücklicherweise verpaßte Grosser wenig später in Grenoble auch noch den Verbindungsmann, der ihn in die Resistance führen sollte: "Entweder wäre ich im Vercors umgekommen oder ich hätte mit dem Bild von einem barbarischen Massaker in der Erinnerung überlebt."

Das autobiographische Kapitel in Grossers Buch mit dem unsinnigen deutschen Titel "Ermordung der Menschheit" (treffend dagegen der französische "Le crime et la memoire") gehört zu den besten dieser Morphologie über die Versuche der Völker, ihre jeweiligen Verbrechen zu verdrängen.

Der Genozid in seinen abscheulichsten Varianten - der weißen Amerikaner an den roten, der Türken an den Armeniern, der Deutschen an den Juden, der Bolschewisten an den Ukrainern, aber auch übersichtlicheres Morden, etwa der Eta, IRA oder PLO - entzieht sich offenbar den Gesetzen der Logik. Und die Erinnerung daran ebenso.

Das deutsche Gedächtnis der deutschen Verbrechen ist für Grosser "vielfältig" angesichts so unterschiedlicher Bundeskanzler wie Kiesinger und Brandt oder Bundespräsidenten wie Lübke und Heinemann. Doch im ganzen fällt der Autor das milde Urteil: "Wohl nirgendwo sonst auf der Welt hat eine Gemeinschaft in vergleichbarem Ausmaß akzeptiert und gewünscht, daß die dunkle Vergangenheit in der Gegenwart eine so zentrale Stellung einnimmt."

Mit den Franzosen geht der Franzose Grosser weniger nachsichtig um. Unverblümt stellt er die Frage, ob ihnen ihr Kult um die Geschichte, die Einheit und die angeblichen Tugenden der Nation mit der dabei unvermeidlichen Selbstglorifizierung überhaupt noch Raum für das Bewußtsein von Verbrechen läßt, die Franzosen einander angetan haben oder die im Namen Frankreichs begangen wurden.

Bezeichnenderweise zitiert noch 1968 der Referent eines Gesetzentwurfs zur Amnestie der in

Algerien verübten Exzesse aus dem berühmten Toleranzedikt von Nantes aus dem Jahre 1598: "Die Erinnerung an alle Dinge, die seit März 1585 geschehen sind ... sei gelöscht und getilgt wie etwas, das nie geschehen ist. Zugleich verbieten wir unseren Untertanen ... die Erinnerung daran zu erneuern, darüber zu disputieren, zu kontestieren oder zu streiten."
Unterdrückt werden sollte, obschon zeitlich früher gelegen, auch die Erinnerung an die berüchtigte "Bartholomäusnacht" von 1572, in der Tausende Protestanten erschlagen, erstochen, ertränkt wurden, nicht nur, wie allgemein bekannt, in Paris, sondern dann auch in Rouen, Orleans, Troyes, Lyon und Bourges. Um dieses schaurige Ereignis kommen die französischen Schulgeschichtsbücher nicht herum - glücklicherweise aber war die Hauptschuldige, Katharina von Medici, eine Ausländerin.
Bewunderer der geheiligten jakobinischen Tradition spielten die Massenmorde der Jakobiner 200 Jahre lang systematisch herunter, nach dem Motto: Was ist schon eine unblutige Revolution! Noch 1985 schrieb der Historiker Michel Vovelle:
"Die schwarze Legende von den revolutionären Greueln war eines der bevorzugten Themen einer konservativen Geschichtsschreibung ... Der Terror ist die kontrollierte, beherrschte, in den Rahmen einer nicht mehr passiven, sondern aktiven Volksjustiz eingespannte Angst. Es ist nicht mehr die panische, irrationale Angst, die man empfindet, sondern die, welche man ganz bewußt den Feinden der Freiheit einflößt."
Feinde der Freiheit waren für die Revolutionäre zum Beispiel die Bauern in der royalistischen Vendée, die der Befehlshaber der Pariser Truppen, Baron Turreau, 1793 dorfweise zu Tausenden niedermetzeln ließ, Kinder und Frauen inklusive.
1816, als "der Henker" Turreau starb, gedachte der "Moniteur universel", das regierungsoffizielle Mitteilungsblatt der inzwischen restaurierten Monarchie, des Monarchistenmörders so:
"Herr Baron Turreau de Liniere, Generalleutnant der Königlichen Armee, Ritter des Ordens vom Heiligen Ludwig, "Großoffizier der Ehrenlegion ... Der Name nimmt einen ehrenvollen Platz in der Geschichte der französischen Armeen ein."
Besonders widerwärtige Feinde der Freiheit waren jene Pariser Kommunarden, welche die Bourgeoisie 1871 in Schrecken versetzten, indem sie Hunderte, darunter den Erzbischof Darboy, umbrachten. Dafür wurden nach dem Sieg der bürgerlichen Armee 17.000 wirkliche oder nur verdächtige Kommunarden summarisch erschossen, 43.000 unter grausamen Bedingungen oft jahrelang in Haft gehalten - aber es waren ja "die abscheulichsten Ungeheuer, die die Menschheitsgeschichte je gesehen hatte", wie der "Moniteur universel" befand.
Gekonnt verdrängten die Franzosen ihre Sünden wider den Geist der Republik, die sie während der deutschen Besatzung 1940 bis 1944 begingen: Die KP fand den Hitler-Stalin-Pakt bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion ausgezeichnet. Und die Vichy-Regierung überstellte den Nazis unter anderen die beiden SPD-Führer Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding - was laut Grosser "nicht in das Gedächtnis der Franzosen eingegangen" ist.
Wenn Deutsche in französischen Fernsehfilmen der Nachkriegszeit überwiegend als brutale Nazis auftreten, hat das für Grosser weniger mit dem französischen Deutschlandbild als mit den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der eigenen Vergangenheit zu tun.
Schwierigkeiten ohne Ende: Im Oktober 1961, als Tausende Algerier in Paris gegen die Brutalitäten der französischen Soldaten in Algerien protestierten, warf die Polizei Dutzende der Demonstranten kurzerhand in die Seine. Insgesamt starben angeblich 200 Menschen - die genaue Zahl wurde nie ermittelt, keine einzige Anzeige führte auch nur zu einer Anklage.
Die "weißen Flecken im Gedächtnis der Franzosen" erstrecken sich auch auf die einstige Glorifizierung der Sowjetunion durch die französische Linke. Andre Gide, der sich schon früh kritisch über den Stalinismus geäußert hatte, sah sich schärfster Mißbilligung ausgesetzt. "Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt", ließ sich

etwa Marie-Claude Vaillant-Couturier vernehmen - und sie war als ehemalige Insassin des KZ Ravensbrück Expertin.
Grosser scheut sich auch nicht, seinen Landsleuten vorzuhalten, daß ihr historisches Gedächtnis lebendiger ist, sobald es darum geht, das "Geschehen im Ausland zu beurteilen, in Israel oder in Moskau, im fernen Afrika oder im nahen Deutschland". Aber arbeitet das Gedächtnis der Franzosen in dieser Hinsicht soviel anders als das anderer Völker?
Der Autor hatte sein Buch ursprünglich für französische Leser geschrieben, um ihnen "eindringlich die schwarzen Seiten der französischen Geschichte" darzustellen. Doch Deutsche kann es ebensoviel lehren.
Ein nicht immer leicht zu lesendes, aber ein überzeugendes, souveränes und wichtiges Buch. Deprimierende Bilanz: "Verbrechen wird das genannt, was die anderen, was die Gegner so zu nennen sich weigern."<<

20.06.1991

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

25.06.1991

Belgien: Spanien und Portugal treten am 25. Juni 1991: dem Schengener Abkommen bei.

01.07.1991

Belgien: Schweden beantragt am 1. Juli 1991 den Beitritt zur EG.

22.08.1991

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**
Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...
Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

16.10.1991

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 1991 über Entschädigungen für polnische NS-Zwangsarbeiter: >>**Polnische NS-Opfer erhalten Entschädigung**
Mit der Stiftung sei auch aus polnischer Sicht die Entschädigungsfrage abschließend gelöst, hieß es in Bonn. ... Der Verband der Zwangsarbeiter äußerte sich enttäuscht über die nach seiner Einschätzung geringe Summe.<<

Polen: Zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen am 16. Oktober 1991 eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit errichtet.
Die Stiftung wird in den folgenden 3 Jahren aus Bundesmitteln finanziert und mit insgesamt 500 Millionen DM ausgestattet (x151/53-54).

17.11.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1991: >>**Wolgarussen gegen deutsche Republik**
Die Mehrheit der Russen, die in den traditionellen Siedlungsgebieten der Wolgadeutschen leben, sind nach einer Meinungsumfrage gegen die Gründung einer autonomen deutschen Wolga-Republik. ...
Die Russen, die im Gebiet um die Stadt Saratow, wo voraussichtlich viele heute in Kirgisien, Kasachstan und Sibirien lebende Wolgadeutsche angesiedelt werden sollen, fürchten bei einer

Rückkehr der Deutschen ethnische Konflikte. ...<<

27.11.1991

Tschechoslowakei: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 1991: >>**An Osteuropas Schulen ist Deutsch gefragt wie nie zuvor**

... Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG.

In der Tschechoslowakei beispielsweise hat sich im neuen Schuljahr mehr als die Hälfte der Schüler für die Sprache des westlichen Nachbarn entschieden, ein Drittel nur für Englisch. Bis zur Wende war Russisch in den Ostblockstaaten erste Pflichtfremdsprache. ...<<

03.12.1991

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1991: >>**Keine Entschuldigung an Japan wegen A-Bombe**

US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet ...

Bush erläuterte, selbstverständlich teile er die Trauer um die unschuldig ums Leben gekommenen Menschen. Er habe aber auch Mitgefühl für die Mutter seines Stubenkameraden, der im Krieg gefallen sei.<<

11.12.1991

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Dezember 1991: >>**Im Museum endet die Geschichte schon 1945**

In Polen wird über das Lager Lamsdorf diskutiert, in dem auch vertriebene Schlesier starben. ... Längst ist das abgelegene zerfallene Lager, von dem außer dem Museum nur noch einige Ruinen im Wald übriggeblieben sind, dennoch zum Politikum in Schlesien geworden. Die Tatsache, daß auf einem kleine Teilstück des Kriegsgefangenenlagers von polnischen Behörden nach dem Krieg ein Arbeitslager für vertriebene Schlesier organisiert worden war und dort zumindest mehrere tausend der Insassen an Folter, Unterernährung und Krankheit gestorben waren, wurde bisher stets unterdrückt.

Nun hat einer der Mitarbeiter des Lamsdorfer Museums dem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Darin kommt zum ersten Mal auch Czeslaw Geborski, der damalige Lagerleiter zu Wort, der bis heute in Kattowitz lebt.

Geborski hatte während des Gomulka-Tauwetters 1956/57 in Oppeln sogar vor Gericht gestanden. Ihm wurde vorgeworfen, die Gefangenen des Lagers bestialisch gequält, gefoltert und ermordet zu haben.

Das polnische Gericht sprach Geborski damals frei – heute haben immer mehr Journalisten und Historiker in Schlesien ihre Zweifel, ob dieses Urteil rechtens war. Schon damals hatte die Zensur alle Nachrichten über den Prozeß unterdrückt.

Der Grund für das peinliche Schweigen lag vor allem darin, daß bereits kurz nach dem Krieg in Westdeutschland die Erinnerungen des Lagerarztes von Lambsdorf, Heinz Esser, erschienen war. Der verglich die "Hölle von Lamsdorf" gar mit den Vernichtungslagern der Nazis und bezifferte die Zahl der Ermordeten mit mehr als 6.000.

Esser war selbst allerdings Nationalsozialist und publizierte in den fünfziger Jahren in der rechtsradikalen "National- und Soldatenzeitung". Das machte es den polnischen Gerichten leicht, alle gegen Geborski gerichteten Aussagen auf die Suggestivkraft von Essers Buch, das

schon damals in Schlesien unter der Hand verbreitet wurde, zurückzuführen.
Für Edmund Nowak, Mitarbeiter des Museums von Lamsdorf, ist die Angelegenheit so einfach nicht. In seinem gerade erschienen Buch "Der Schatten von Lambinowice" kommt er zu dem Schluß, daß Essers Opferzahlen etwas zu hoch gegriffen sind. Er leugnet aber nicht, daß es in Lamsdorf nach dem Krieg zu Übergriffen gekommen ist. ...<<

Niederlande: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.
Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:
1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.
Der Vertrag von Maastricht soll am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten.
Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

13.12.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**
... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat.
Zum Stand vom 26. November 1991 führt das Finanzministerium Bundesgarantien für Exporte und ungebundene Finanzkredite in Höhe von 38,4 Milliarden DM auf.
"Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen von 22,1 Milliarden DM und noch nicht entschiedene Deckungsanträge allein aus den neuen Ländern von 25 Milliarden DM, für die mit einer Realisierungsquote von etwa einem Drittel gerechnet werden kann; das entspricht einem zusätzlichen Obligo einschließlich Zinsen von 14 bis 15 Mrd. DM", heißt es in dem Bericht.
Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.
Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

21.12.1991

UdSSR: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991

UdSSR: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (*1931-, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades. Leitete innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

31.12.1991

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991: >>**Aufbauhilfe für den Osten**
Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... **Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft**

... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.

Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.

"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten.

Anfang der dreißiger Jahre, als in der UdSSR Millionen Menschen verhungerten, erklärte George Bernard Shaw: "Niemals habe ich so gut gegessen wie während meiner Reise durch die Sowjetunion." Ins goldene Buch des Hotels "Metropol" in Moskau schrieb er: "Morgen verlasse ich dieses Land und kehre in den Westen zurück, wo Hoffnungslosigkeit herrscht."

Der damals sehr einflußreiche amerikanische Journalist Lincoln Steffens verkündete seinem Publikum: "Ich habe die Zukunft gesehen – sie funktioniert."

Die US-Fabrikanten Sydney und Beatrice Webb fragten: "Ist der Sowjetkommunismus eine neue Zivilisation?", um sogleich zu antworten: "Ja, er ist es."

Und der britische Labour-Politiker Gaold Laski resümierte: "Noch nie in der Geschichte hat der Mensch solche Vollkommenheit erlangt wie unter dem Sowjetregime."

Sehnsucht nach Utopia, auch Naivität, bildeten den Boden, auf dem die Saat der sowjetischen Propaganda solche Blüten treiben konnte. Die Realität in der UdSSR war von Anfang an ganz anderer Art.

"Der Übergang vom Untergrund zur Macht ist zu plötzlich", hatte Lenin am Morgen des 25. Oktober 1917 zu Trotzki gesagt und auf deutsch hinzugefügt: "Es schwindelt."

Die Berufsrevolutionäre hatten sich zwar lange ideologisch mit Fragen der Macht beschäftigt, den konkreten Anforderungen, die das Regieren eines riesigen bis zum Grund aufgewühlten Landes stellte, waren sie aber nicht gewachsen, Das machte sie aggressiv.

Bereits an jenem 25. Oktober nach dem bolschewistischen Coup drohte Lenin bei Nichterfüllung eines Befehls mit Erschießung. Hinrichtungen wurden alsbald zur Praxis. Am 7. Dezember nahm die "Sonderkommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (Tscheka) ihre Arbeit auf. Ihr Chef, Dserschinski, setzte den Rat der Volkskommissare (Regierung) ins Bild:

"Denken Sie nicht, ich hätte eine Form revolutionärer Justiz im Sinn; Justiz wird jetzt nicht gebraucht. Jetzt geht ein Kampf auf Leben und Tod, Brust an Brust! Ich befürworte, nein, ich fordere die organisierte Gewalt gegen die Aktivisten der Konterrevolution."

Konterrevolutionäre gab es reichlich. Von den rund 130 Millionen Russen jener Zeit lebten 110 Millionen auf dem Land. Ein Bauer; der sich dagegen wehrte, daß ihm staatliche Eintreiber die Ernte nahmen, war ein "Kulak", ein Ausbeuter, ein Feind der Revolution. Nach Tscheka-Angaben fanden 1918 zwischen Juli und November 108 "Kulakenaufstände" statt. In 20 Gouvernements Zentralrußlands gab es 1918 "245 antisowjetische Rebellionen großen Aus-

maßes".
Der Bauernkrieg wurde blutig niedergeschlagen. Lenin sah keinen Grund zur Änderung seines Kurses. Es bedurfte einer weiteren Rebellion, um ihn davon zu überzeugen, daß sein Experiment des sofortigen Aufbaus des Kommunismus gescheitert war. ...
Lenin sah sich zu einer Doppelstrategie veranlaßt: Der Kapitalismus sollte wieder etwas Luft schöpfen können, um die todkranke Wirtschaft zu beleben, in der Machtfrage dürfte es aber keine Zugeständnisse geben. Im Herbst 1921 trat die Neue Ökonomische Politik in Kraft. Kleine Privatunternehmen waren wieder erlaubt, große Fabriken durften gepachtet werden. Ausländer konnten Konzessionen für Betriebe und die Förderung von Rohstoffen erwerben.
Die Arbeitsproduktivität war alarmierend gesunken. Sie betrug nur noch die Hälfte der Vorkriegszeit. Es bedurfte offenbar einer eisernen Hand, um die Werktätigen zu ihrem Glück zu führen. Dserschinski erklärte die 1918 eingerichteten Konzentrationslager zu "Arbeitsschulen". Später prangten an den Lagertoren Stalins Worte: "Arbeit ist eine Sache der Ehre."
Trotzki befahl die "Militarisierung der Arbeit". Der Volkskommissar für Heereswesen und Marine rechnete mit der Meinung ab, daß Sklaverei nicht mehr in die Zeit passe:
"Stimmt es denn überhaupt, daß Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? Meine Antwort heißt: Das ist ein höchst erbärmliches und höchst vulgäres Vorurteil des Liberalismus."
Die Zwangsarbeit, verrichtet von Millionen entrechteter Kreaturen, wurde zum fest einkalkulierten Wirtschaftsfaktor des Regimes, das nach eigener Darstellung angetreten war, um den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. (Nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen gab es zum Beispiel 1950 in den Lagern der UdSSR zehn Millionen Zwangsarbeiter.)
Im Dezember 1929 verkündete Stalin das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Schluß mit dem Taktieren. Er rief zu einer neuen Revolution auf. Vor allem sollten nun die Bauern, die als Bevölkerungsmehrheit dem bolschewistischen Anspruch auf totalitäre Herrschaft immer noch passiven Widerstand entgegensetzten, proletarisiert und damit endgültig unterworfen werden. "Wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen", gab der neue Führer der Weltrevolution bekannt. Die "Liquidierung einer Klasse" war nicht abstrakt gemeint, sie wurde blutig konkret.
Im Vergleich zum Orkan der "durchgängigen Kollektivierung", der nun das Land erschütterte, erscheint der Rote Oktober von 1917 wie ein Säuseln. Die Existenzgrundlage von mehr als 130 Millionen Bauern der UdSSR wurde zerstört: Das Fundament des Staates zerbrach. Millionen Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt oder in entlegene Gegenden deportiert. ...
Die brutale Kollektivierung ließ in ganzen Regionen die Agrarproduktion zusammenbrechen; das Land wurde in eine Hungerkatastrophe gestürzt.
Der englische Historiker Robert Conquest, der - abgesehen von Alexander Solschenizyn - kenntnisreichste Autor des "großen Terrors", kommt in einer vorsichtigen Schätzung auf fünf bis sechs Millionen Todesopfer durch Hunger und Krankheit in den Jahren 1929 bis 1933. Stalin sagte 1943 Winston Churchill, daß während der Kollektivierung die "Dorfarmen" mit "zehn Millionen Kulaken fertig geworden" seien: Eine "enorme Menge" sei "vernichtet" und der Rest nach Sibirien verschickt worden.
Der Anarchist Michail Bakunin hatte 1862 entsetzt konstatiert: "Das zaristische System hat im Verlauf von etwa 200 Jahren mehr als 2 Millionen Menschen gefordert als Folge einer brutalen Mißachtung der Menschenrechte und des menschlichen Lebens."
Stalin übertraf diese Bilanz allein während der vierjährigen Kollektivierung bei weitem. Conquest ermittelt, daß allein in den "Säuberungen" des Jahres 1938 eine Million Menschen erschossen wurden und zwei Millionen in Haft starben. In Kolyma, einer Region des giganti-

schen Archipel Gulag, wurden drei Millionen Menschen vernichtet. Hitler beneidete Stalin um dessen Möglichkeiten: "Wenn ich das unermeßliche Sibirien hätte, brauchte ich kein Konzentrationslager."
Geheime Kontakte zwischen den beiden Diktatoren entstanden bereits 1933. Im Sommer 1935 sondierte der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, im Auftrag Stalins Chancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit. "Wir müssen eine Übereinkunft mit dem mächtigsten Land treffen, und das ist das nazistische Deutschland", sagte 1936 Geheimdienstchef Jeschow über die Pläne Stalins.
Der Diktator hatte schon 1925 die Überzeugung geäußert, daß ein neuer Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien unvermeidlich sei. "Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."
Mit dem am Abend des 23. August 1939 im Moskauer Kreml unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie dem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiden Diktatoren Polen untereinander aufteilten und die baltischen Staaten und Bessarabien der UdSSR zuschlugen, sah sich Stalin am Ziel langjähriger außenpolitischer Bemühungen. Er hatte sein Bündnis mit Deutschland, er konnte bis auf weiteres beobachten, wie in dem Krieg, dem jetzt freie Bahn gegeben war, die Dinge sich entwickelten.
Hitler überraschte mit seinem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den bisherigen Komplizen im Kreml und brachte ihn auch in tödliche Gefahr, dann aber ging Stalins Konzept doch auf: Am Ende war er der große Triumphator: Moskaus Macht reichte nun bis an die Elbe.
Die Sowjetunion war jetzt eine Weltmacht und der opferreiche Sieg über den verbrecherischen Nationalsozialismus hatte ihr moralische Reputation eingebracht. Daß auch an der Spitze der UdSSR ein Massenmörder stand, wollte die Welt nicht wahrhaben, das ging wohl über ihr Fassungsvermögen. Die Ausdehnung der bolschewistischen Diktatur auf Osteuropa ängstigte zwar den Westen und löste den Kalten Krieg aus, aber Stalins Nimbus litt wenig darunter. Erst unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 erhielt das Stalin-Bild häßliche Flecken. Auf dem zwanzigsten Parteitag entlarvte der neue Kremlchef den einst wie einen Halbgott Verehrten als Verbrecher.
Chruschtschows Entstalinisierung war ein Akt großen Mutes. Sie beschränkte sich aber auf das Individuum Stalin. Der Machtmißbrauch wurde als Auswuchs des "Personenkults" gewertet. Das System der totalitären Parteiherrschaft blieb indessen. An dieser Haltung änderte sich auch unter Leonid Breschnew sowie Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nichts. Das System war zwar nun nicht mehr so mörderisch wie unter Stalin, es maßte sich aber weiter das Monopol der Macht an, schickte weiter Oppositionelle in den Gulag, und Moskau hielt an dem vermeintlich historischen Auftrag fest, die ganze Welt mit seinem Regiment zu überziehen.
Bankrott war dieser Kommunismus schon seit langem. Nur der jeder Vernunft spottende Raubbau an Menschen und Material verhinderte einstweilen noch den offenen Zusammenbruch. Nichts aber hätte Gorbatschow daran gehindert, dieses absurde Spiel fortzusetzen. Eine Zeitlang wäre das gewiß noch gegangen. Anders als seine zynisch-opportunistischen Vorgänger war er dazu nicht bereit. Er glaubte an den Schöpfungsplan Lenins und meinte, dessen Vorstellungen doch noch verwirklichen zu können.
Tatsächlich war Gorbatschow jedoch ein Anti-Lenin. Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.
Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbat-

schow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<

1991

BRD: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnet ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... 1991 etwa stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg den Antrag, auch das "Schaffen" Ehrenburgs im Rahmen einer Ausstellung "Russen in Schöneberg" gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen Journalisten und Schriftsteller zu pflegen.

Anläßlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder " zu bewundern.

Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

1992

> Freiheit, wie gering, ist doch ein gut' Ding.
> *Sprichwort aus Deutschland*

07.02.1992

Niederlande: Der Maastricht-Vertrag wird am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern der Mitgliedstaaten unterzeichnet. Bei diesem Gipfeltreffen in der niederländischen Stadt Maastricht werden außerdem weitere Grundlagen für die politische Einigung der Gemeinschaft beschlossen und die Einführung der gemeinsamen Währung Euro zum 1. Januar 2002 festgelegt.

Der Maastrichter Vertrag tritt am 1. November 1993 in Kraft.

18.03.1992

Belgien: Finnland beantragt am 18. März 1992 den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

31.03.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. März 1992 über eine Rede des Altbischofs Hans von Keler: >>**Bischof: Vertreibung war Verbrechen**

Die Kirche soll nach den Worten des württembergischen Altbischofs Hans von Keler die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos als Verbrechen bezeichnen.

Sie sei aufgerufen, "Wahrheit zuzumuten", sagte von Keler, der Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertriebenenfragen ist, in Hannover. ...

Polen und Russen dächten häufiger daran, was den Deutschen durch sie zugestoßen sei, als die Deutschen selbst, sagte der Altbischof. Es sei unredlich, sich im Umgang mit völkerrechtlichen Verbrechen allein auf das "Dritte Reich" zu beziehen und zu allem anderen zu schweigen.<<

09.04.1992

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>**Ungarn entschädigt Deutsche**

... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund

200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.
Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...
Trotz der nunmehr rechtlich anerkannten Gleichstellung aller Betroffenen sind noch Fragen offengeblieben. Die finanzielle Höhe der Wiedergutmachung wird nach einem komplizierten Schlüssel bestimmt und ist umgerechnet mit maximal zirka 100.000 DM je "Fall" begrenzt.<<

11.05.1992

Belgien: Die EG unterzeichnet am 11. Mai 1992 Handels- und Kooperationsabkommen mit Albanien, Estland, Lettland und Litauen.
1. März 1993.

20.05.1992

Belgien: Die Schweiz beantragt am 20. Mai 1992 den Beitritt zur EU.

Mai 1992

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtet im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...):
>>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**
Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.
Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.
Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.
- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).
Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)
Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77)
- Nach dem der SPD nahestehenden ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, ist die Bundesrepublik "das einzige Land der Welt, das sich ein solch um-

fassendes, gar nicht funktionsfähiges Asylrecht leistet." (S. 76) Und Helmut Schmidt stellte im Herbst 1981 fest: "Es war ein großer Fehler, so viele Ausländer ins Land zulassen." (S. 75) Seitdem nahm ihre Zahl um 900.000 zu! Grundproblem ist das Asylrecht. Ohne seine Änderung steuern wir auf ein Chaos zu. Die EG-Kommission rechnet in 10 Jahren mit Millionen "Asylbewerbern" (S. 75 ff.)
Zu Recht bezeichnete Engholm die Asylproblematik als "Existenzfrage für die Bundesrepublik und den ganzen Kontinent". (S. 79) Und Bundeskanzler Kohl forderte zu Beginn seiner Amtszeit, "die Zahl der hier lebenden Ausländer müsse halbiert werden." (S. 258)
Jedoch diesen richtigen Erkenntnissen folgten keine entsprechenden Taten. Die erste Quittung erhielten die Politiker bei den Landtagswahlen vom 5. April. Aber "wenn die Politiker nicht endlich handeln, steht zu befürchten, daß ihnen die Entwicklung entgleitet." (S. 258)
Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.
Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturetat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)
- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)
Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)
- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moralin geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<
Der deutsche Theologe und Publizist Gerhard Fittkau berichtet im Mai 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 -1992 (x853/...): >>**Das Verdammnisurteil gegen Christoph Kolumbus**
Ein historischer Unsinn in der Sicht von *Dr. James Hitchcock*, Professor für Neuere Geschichte an der Universität von St. Louis, "St. Louis Review" vom 22. November 1991.
Das 500. Jahrgedächtnis der Ankunft von Christoph *Kolumbus* in Amerika hat bereits verschiedene Formen verallgemeinernder politischer Selbstgerechtigkeit hervorgebracht, daß es fast unmöglich ist, über das welthistorische Ereignis zu sprechen, ohne jemandes Sinn für eine angemessene Wortwahl zu verletzen.
Die grundsätzliche Anklage gegen *Kolumbus* lautet: Er war selbst ein unmenschlicher Agent eines Imperialismus, der den hier bereits lebenden Völkern großes Leid zugefügt hat, als er ankam und einige, die nach ihm kamen, insbesondere *Cortez*, waren noch schlimmer.
Zweifellos ist manches an dieser Anklage wahr. Die Spanier, die nach Amerika kamen, waren gewiß Eroberer und sie waren nicht zahm und sanft. Sowohl mit Absicht wie auch unabsichtlich fügten sie den Leuten, die sie fälschlich "Indianer" nannten, Leiden zu. Aber um sie dafür zu verurteilen, muß man auch jene verurteilen, die ihre Opfer waren. Die eingeborene Bevölkerung bestand nicht aus Engeln. Jene, welche die Europäer entwurzelten oder eroberten, wa-

ren selbst dorthin, wo *sie* waren, durch Eroberung gekommen, und auch sie waren alles andere als vornehm und milde mit ihren Feinden.
Die modische Ideologie betrachtet diese Konflikte ausschließlich nach rassistischen Maßstäben und sieht in den Europäern böse Unterdrücker der guten Eingeborenen. Aber seit vielen Jahrhunderten hatten die Europäer sich gegenseitig umgebracht, wie sie das lange nach der Entdeckung Amerikas weiter taten. Indes waren auch die Einwohner Amerikas weit entfernt davon, in einer Art idyllischen Paradieses zu leben. Zumeist waren sie damit beschäftigt, sich gegenseitig abzuschlachten.
- Ich glaube, daß bei abgewogenem Urteil die Zivilisation, welche die "Imperialisten" in die Neue Welt brachten, eine Verbesserung dessen war, was sie vorfanden. Die Praxis der massenhaften Menschenopfer bleibt die größere Peinlichkeit für jene, welche die Eingeborenen bloß als unschuldige Opfer ansehen.
Aber es ist nicht notwendig, eine solche Verbesserung zu behaupten, um der moralischen Verurteilung der Europäer zuvorzukommen. Sie benahmen sich einfach so, wie sich die meisten Völker einschließlich der amerikanischen Eingeborenen zu aller Zeit und an allen Orten immer wieder in der Geschichte benommen haben.
Die Logik jener, die *Kolumbus* zu verurteilen wünschen, ist geradezu atemberaubend. Ganz einfach implizieren sie, daß die ganze weite Lebensstruktur, wie sie heute vom Polarkreis bis zur Südspitze Argentiniens gelebt wird, auseinandergenommen werden sollte. Wenn das nicht ihr Anliegen ist, dann haben wir allen Grund, die Ankunft des Kolumbus zu feiern. Einige der merkwürdigen Dinge so vieler zeitgemäßer "humanitärer" Bewegungen ist die Art und Weise, in der sie mit leichter Hand die Masse der Menschheit verachten.
Man denke z.B. nur an die Bewegung für die Rechte der Tiere. Wenn wir die Voraussetzung annehmen, daß alles, was in Amerika seit 1492 geschehen ist, unrechtmäßig ist, was erwartet man dann von uns, mit den hunderten Millionen Menschen zu tun, die jetzt die beiden amerikanischen Kontinente bewohnen? Die Logik der Anti-Kolumbus-Ideologie impliziert, sie alle, besser wir alle müßten nach Europa zurückgeschickt werden.
Aber das wird nicht genügen. Von woher auch immer jemandes Vorfahren hergekommen sein mögen, es ist als sicher anzunehmen, daß sie irgendwann dorthin durch Eroberung gelangt sind, wobei sie jemand, der dort vorher war, vertrieben haben.
Wenn wir diese Reinheitskriterien anwenden, wird es notwendig sein, durch Archäologen und Anthropologen genau herauszufinden zulassen, wo die verschiedenen Völker der Welt zur frühest bekannten Zeit in der Vergangenheit waren, und nicht nur die europäischen Kolonisatoren Amerikas, sondern alle Völkerwanderungen einschließlich der Bewegungen jener Völker zu verurteilen, welche die vorgebrachten Opfer des Kolumbus waren. Diesen geschichtlichen Prozeß im Jahre 1492 abzuschneiden, ist reine Willkür.
Eine interessante, weithin nicht gestellte Frage bei all diesen Vorgängen geht dahin, herauszufinden, was Leute in einer höchst komplexen, lange etablierten Gesellschaft wie der unseren dazu treibt, mit allem Ernst zu behaupten, daß diese in Wirklichkeit kein Recht zu existieren hat. Wieviel von dieser Einstellung ist echter Selbsthaß, wieviel ist bloßer Modetrend bei Leuten, die schreien würden, wenn ihre Schwimmbäder im Hinterhof ihnen weggenommen würden, wenn nicht gar ein ganzer Kontinent.
Diese Frage ist besonders akut für Katholiken. Denn viel von dem Ressentiment gegen Kolumbus schließt das Urteil mit ein, daß es ein Unrecht der Europäer war, der Neuen Welt das Christentum "auferlegt" zu haben. Ein Teil der Propaganda gegen Ko1umbus wird direkt unter der Fahne von kirchlichen Agenturen verbreitet und damit die Behauptung aufgestellt, die Indianer wären besser daran gewesen, wenn sie Heiden geblieben wären.
Aber das wiederum wäre nach dieser Logik auch mit unseren eigenen Ahnen, die in Europa gelebt haben, der Fall gewesen. Nach ihrem ursprünglichen Fehlschlag, die Juden zu bekeh-

ren, hätten anscheinend die Apostel ihren Auftrag als einen schlechten Job erklären und ihre Sendung aufgeben sollen, es sei denn, der Versuch, die Juden zu bekehren, war selbst eine Art "Imperialismus".
Wozu man aufgefordert wird, ist nichts weniger als die menschliche Geschichte selbst zu verleugnen in einer vergeblichen Suche nach Rückkehr in irgendeine idyllische unverdorbene Zeit. Nur Leute, welche die meisten ihrer eigenen Wurzeln abgeschnitten haben, könnten eine solche Forderung ernst nehmen.
Neulich hatte ich die Gelegenheit, eine Vorschau des Films "Black Robe" über Jesuiten und Indianer im Kanada des 17. Jahrhunderts zu sehen. Es ist weder eine Apologie noch eine Verurteilung solcher missionarischer Aktivität. Ich glaube, er stellt die Situation der Zeit ehrlich dar. Es ist auch ein sehr starker Film, aus dem der Zuschauer einen tiefen Respekt für die Algonquin-Indianer wie auch für die Priester, die sie bekehrten, mitnimmt.

Nachwort

Die Person, die Leistung und die Tragödie des Kolumbus interessierten offenbar seine modernen "engagierten" Richter nicht. Er war gewiß "ein Mensch mit seinem Widerspruch". Trotz seiner Frömmigkeit und dem ehrlichen Wunsch, Gott zu dienen, widerstand der energische Genueser Kaufmann und ehrgeizige Abenteurer nicht dem starken Trieb nach Erfolg und der Suche nach Gold.
Wo immer er von seiner Caravelle "Santa Maria" den Boden der Neuen Welt von "Westindien" betrat, errichtete er das Kreuz und "taufte" gleichsam mit christlichen Namensgebungen das Neuland "San Salvador, Trinidad" usw.. Wegen brutaler Unterdrückung eines Aufruhrs infolge schlechter Kolonisation seiner Konquistadoren wurde er als Statthalter nach seiner dritten Überfahrt abgesetzt, machte aber nach seiner Rechtfertigung noch eine vierte Entdekkungsfahrt bis zum Festland Südamerikas.
Nach seiner Rückkehr starb er vergessen und einsam. Er tröstete sich mit mystischen und apokalyptischen Spekulationen. Seine Leiche folgte seinen abenteuerlichen Wegen über San Domingo und Havanna, bis sie endlich in der Kathedrale von Sevilla 1899 zur Ruhe gelegt wurde .Vor hundert Jahren betrieb ein französischer Graf sogar seine Seligsprechung.
Seiner Petition schloß sich fast der ganze französische Episkopat an. Unserem Jahrhundert bleibt es vorbehalten, ihn als Verbrecher und Barbar zu brandmarken, um unsere eigenen "aufgeklärten" Barbareien zu vergessen.
Der Zorn des nordamerikanischen Historikers über die ideologische Geschichtsklitterung im Kolumbusjahr auf Kosten der katholischen Kirche im eigenen "engagierten" Medienbereich ist vollauf berechtigt, auch wenn dieser Artikel nicht den Anspruch erhebt, ein ausgewogenes Urteil über die Person und die Folgen der Taten des großen Entdeckers zu fällen.
Wo noch Spuren katholischer und humaner Kultur in USA sichtbar geblieben sind, weisen sie auf die Arbeit spanischer und französischer katholischer Pioniere und Missionare in den ehemals spanischen Provinzen im Südwesten und Süden des Landes zurück. Zur Vertiefung des Bildes der französischen Indianermission im Film "Black Robe" sei auf die meisterhafte Erzählung "Die Nachtwache" von Wilhelm Schamoni verwiesen, die er nach seiner fünfjährigen Dachauer Leidenszeit nachempfunden hat. Sie verdiente längst eine Neuauflage.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 berichtet im Mai 1992 (x853/...):

>>**Die Indianer Amerikas und die europäische Kolonisation**

Einige Hinweise von *Vittorio Messori* in seinem "Vivaio-Beitrag" Nr. 439 in der italienischen Tageszeitung "Avvenire" vom 25.4.1991.
Die Tatsachen und Probleme der verschiedenen iberischen und angelsächsischen Kolonisationen sind so weitgreifend und komplex, und es haben sich so viele Vorurteile aufgehäuft, daß wir hier nur einige Schlaglichter auf sie werfen können.
Wir beschränken uns zunächst auf die eingeborene Bevölkerung. Diese ist in den heutigen

Vereinigten Staaten von Nordamerika fast ganz verschwunden. Dort sind die Ureinwohner als "Mitglieder der Indianerstämme" mit ca. eineinhalb Millionen Personen registriert. In Wirklichkeit reduziert sich diese Zahl, die ohnehin schon recht gering ist, erheblich, wenn man bedenkt, daß für diese Registrierung ein Viertel indianisches Blut genügt.
Im Süden ist die Lage umgekehrt. In der mexikanischen und mittelamerikanischen Zone, in den Ländern der Anden und in vielen Bereichen Brasiliens stammen ungefähr 90 % der Bevölkerung direkt von den Ureinwohnern ab, oder sie sind Früchte der Verbindungen zwischen Eingeborenen und Neuankömmlingen.
Während darüber hinaus die Kultur der Vereinigten Staaten der Kultur der Indianer außer einigen Wörtern kaum etwas verdankt und sich von ihren europäischen Ursprüngen her ohne nennenswerten Austausch mit der autochthonen Bevölkerung entwickelt hat, ist es beim spanisch-portugiesischen Amerika nicht so. Dort geschah die Kreuzung und Begegnung gewiß nicht nur demographisch. Sie hat vielmehr eine neue Kultur und Gesellschaft mit unverwechselbaren charakteristischen Zügen geschaffen.
Gewiß, dies ist auch auf die verschiedenen Entwicklungsstufen der Völker zurückzuführen, welche die Angelsachsen oder die Spanier und Portugiesen in jenen Kontinenten vorfanden. Es ist aber auch, wenn nicht sogar vorwiegend, auf die religiöse Einstellung zurückzuführen. *Die katholischen Spanier und Portugiesen* zögerten nicht, Eingeborene zu heiraten. Sie sahen in ihnen menschliche Personen gleich wie sie selbst. *Anders die Protestanten.* Sie neigten dazu, ihr reformiertes Christentum auf das Alte Testament zurückzuwenden. Sie waren von jener Art des "Rassismus" oder wenigstens von jener Superiorität des "auserwählten Volkes" beseelt, das bestimmend für Israel war.
Diese Auffassung im Verein mit der Theologie der Prädestination, nach welcher der Indianer rückständig ist, weil er zur Verdammnis "vorherbestimmt" ist, während der Weiße fortgeschritten ist zum Zeichen seiner göttlichen Erwählung, trug dazu bei, die ethnische oder gar auch kulturelle Vermischung als eine Verletzung des Planes der göttlichen Vorsehung anzusehen.
So ist es nicht nur in Amerika und mit den Engländern geschehen, sondern auch in allen anderen Zonen der Welt, wohin die Europäer protestantischer Tradition hinkamen. Die südafrikanische Apartheid ist, um das spektakulärste Beispiel anzuführen, eine typische und theologisch durchaus konsequente Schöpfung des holländischen Calvinismus.
- Es überrascht daher jene Art von Masochismus, der neuerlich die Konferenz der katholischen Bischöfe Südafrikas bewogen hat, sich ohne jede Präzisierung und Unterscheidung der "Erklärung der Reue und Scham" der weißen Christen gegenüber den Schwarzen dieses Landes anzuschließen. Dieser Schritt überrascht, weil, falls auch von katholischer Seite irgendein zu verurteilendes Verhalten geschehen ist, im Gegensatz zu dem, was von protestantischer Seite geschehen ist, dies im vollen Gegensatz sowohl zur Theorie wie zur katholischen Praxis geschehen ist. Leider gibt es heute Männer der Kirche, die heilfroh sind, ihrer Kirche auch Schuld aufzuladen, die sie nicht hat.
Eben gerade von den verschiedenen Theologien leiteten die verschiedenen "Eroberungen" der Länder Amerikas ihren Ursprung her. Die Spanier sahen die Bevölkerung ihrer Territorien nicht als eine Art Müll an, den man zu entfernen hat, um sich als die alleinigen Herren einzurichten. Man bedenkt wenig die Tatsache, daß Spanien im Unterschied zu Großbritannien sein amerikanisches Reich niemals als "Kolonien", sondern als Provinzen organisierte. Und man bedenkt auch nicht, daß sich der König von Spanien niemals die Krone des "Kaisers von Indien" aufgesetzt hat, auch hier im Gegensatz zu dem, was die englische Monarchie sogar noch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts getan hat.
- Von Anfang an und danach mit konstanter Unerbittlichkeit während der ganzen folgenden Geschichte betrachteten die protestantischen Siedler es aufgrund der Bibel selbst als ihr Recht,

ohne Probleme und ohne Grenzen alles Land zu besitzen, was sie besetzen konnten, und die Bewohner davonzujagen oder sie auszurotten.
Sofern diese nicht am "Neuen Israel" teilhatten und insofern sie durch die Zeichen einer negativen Prädestination gezeichnet waren, blieben sie vollständig der Gewalt der neuen Herren ausgeliefert. Das Bodenrecht und seine Verwaltung, das in den verschiedenen amerikanischen Ländern eingerichtet wurde, bestätigt diese verschiedenen Perspektiven und erklärt die verschiedenen Folgen.
Im Süden fiel man auf das System der "Encomienda" (der Kommende) zurück. Es war ein Feudalsystem, die Konzession, die der Souverän für einen Teil des Territoriums unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Bevölkerung machte, deren Rechte von der Krone, welche die wahre Eigentümerin des Landes blieb, geschützt wurden.
- Nicht so geschah es in Nordamerika. Dort erklärten zunächst die Engländer und danach die amerikanische Bundesregierung ihr absolutes Eigentum über die besetzten und zu besetzenden Gebiete. Jedes Territorium gehört dem, der es zum vereinbarten Preis haben will. Durchschnittlich zu einem Dollar für den Acker (3/4 Hektar). Die neuen Siedler hatten dafür zu sorgen, wenn notwendig mit Hilfe des Heeres, eventuell auf ihrem Landgebiet nochvorhandene Eingeborene zu verjagen oder besser sie auszurotten.
Das Wort "ausrotten" ist nicht übertrieben und stellt die konkrete Wirklichkeit dar. Viele z.B. wissen nicht, daß die Technik des Skalpierens bei den Indianern des Nordens wie des Südens bekannt war. Unter denen des Südens verschwand sie sofort nach einem Verbot durch die Spanier. Nicht so im Norden.
Darüber sei z.B. die Stimme der unverdächtigen Larousse-Enzyklopädie zitiert: "Die Praxis des Skalpierens verbreitete sich auf dem Gebiet der gegenwärtigen Vereinigten Staaten vom 17. Jahrhundert an, als die weißen Siedler hohe Prämien für jeden boten, der die Skalps von Indianern, sei es eines Mannes, einer Frau oder eines Kindes brachte." Im Jahre 1703 zahlte die Regierung des Bundesstaates Massachusetts 12 Pfund Sterling für jeden Skalp mit dem "Erfolg", daß die Jagd auf die Indianer, die mit Pferden und Hundemeuten organisiert wurde, fast zu einer Art nationalen Sports wurde, der zugleich sehr einträglich war.
Das Motto "Der beste Indianer ist ein toter Indianer", das in den Vereinigten Staaten immer praktiziert wurde, entstand nicht nur von der Tatsache, daß jeder unterdrückte Indianer für die neuen Eigentümer eine Last weniger war, sondern wurde durchaus auch von der Tatsache genährt, daß ein Skalp von der staatlichen Autorität bezahlt wurde.
Dies war ein Brauch, der dem "katholischen Amerika" nicht nur unbekannt war, sondern der, wenn jemand versucht hätte, ihn einzuführen, nicht nur die Empörung der Ordensleute geweckt hätte, die stets an der Seite der Kolonisatoren vorhanden waren. Er wäre auch mit schweren Strafen verfolgt worden, welche die Königin zum Schutz des Lebensrechts der Eingeborenen erlassen hatte.
Aber diese starben, so sagt man, zu Millionen auch in Zentral- und Südamerika. Gewiß, sie starben, aber nicht in dem Maß, daß sie fast verschwanden wie im Norden. Ihre Ausrottung wurde nicht durch die Schwerter aus Stahl von Toledo und durch Feuerwaffen, die im übrigen fast immer versagten, sondern von den tödlichen, unsichtbaren Viren verursacht, die aus der Alten Welt herübergebracht wurden.
Der mikrobische und virale Schock, der in wenigen Jahren die Halbierung der Bevölkerung im iberischen Amerika verursachte, ist von der "Berkeley-Gruppe" studiert worden, die aus Gelehrten jener Universität zusammengesetzt war. Es war etwas Vergleichbares wie die Schwarze Pest, die im 13. Jahrhundert aus Indien und China hergekommen war und Europa verwüstet hatte.
- Die Tuberkulose, Lungenentzündung, Masern, Pocken, welche die Indianer in ihrer isolierten ökologischen Nische nicht kannten und gegen die sie daher keine Immunabwehr hatten,

waren Übel, die von Europäern eingeschleppt waren. Diese können aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Sie kannten nicht die Mechanismen der Ansteckung. *Pasteur* war noch weit entfernt.
Auch Männer wie Bartholome de las Casas, eine umstrittene Gestalt, über die man über die erbaulichen Schemen hinaus sprechen müßte, verfielen einer Täuschung: Sie sahen, wie diese Völker sich drastisch verminderten und verdächtigten die Waffen ihrer Landsleute, während es die Viren waren. Ein Phänomen der tödlichen Ansteckung, das auch in neuerer Zeit bei Indianer-Stämmen in Französisch Guayana und im brasilianischen Amazonien beobachtet wurde.

Nachwort

Das Kolumbusjahr 1992 ist im Hinblick auf die Folgen der Entdeckung und Kolonisation für die Indianer Amerikas zum Tummelplatz hemmungsloser Polemik gegen die Katholische Kirche und ihre Missionen wie zu allzu beflissenen katholischen Selbstanklagen und Schuldzuweisungen nach dem Muster marxistischer Analyse und Dialektik geworden. Die komplexen historischen Realitäten interessieren dabei wenig. Man folgt in den katholischen oder gar kirchlich firmierten und mitfinanzierten Medien den groben Vereinfachungen nach dem Interpretationsraster der radikalen Befreiungstheologen und Soziologen mit ihrer Verurteilung der Vergangenheit und ihren Anklagen der Gegenwart.
Eifrig forscht man in den Müllkippen der "Schwarzen Legende" der Freimaurer und anderer "Aufklärer" gegen die iberoamerikanische Kolonisation und schwärmt in Visionen von einer "Traumkirche der Zukunft" und Allversöhnung nach der Überwindung der "kompromittierten reichen hierarchisch-zentralistischen Kirche" durch eine spontane, freie, arme "Kirche von unten". Der Sühnepreis für die europäische Kollektivschuld müsse ein "Festjahr des Erlasses aller Auslandsschulden" sein, die aber vor allem durch sozialistische Mißwirtschaft, Bürgerkriege und Korruption verursacht sind.
Messori antwortet auf die "Welle der Kontestation" linkskatholischer Kreise gegen die geplanten Jubiläumsfeiern in Genua. So veranstaltet das "Recco-Institut" der Jesuiten in Genua einen internationalen Kongreß unter dem Titel "1492-1992" und anschließendem Protestmarsch zum dortigen Columbusdenkmal mit "humanitären" Organisationen, kommunistischen "Autonomen Arbeitergruppen" sowie Vertretern der (kommunistischen) Partei.
Die "heilige Wut" setzt sich fort in naiven Ausstellungen über die "Idyllische Welt der Pueblos", die in ihrer reglementierten freudlosen Tyrannei Aldus Huxley für sein Schreckbild der "Schönen Neuen Welt" dienten. Des weiteren werden mit Hilfe einiger importierter Indianer unter der Leitung des Publizisten und Priesters Ernesto **Balducci** Gegenkundgebungen vom nördlichen Treviso bis zum südlichen Terni unter der Devise angekündigt:
"500 Jahre Geschichte Amerikas: Ihr nennt sie Entdeckung, wir Invasion." Mit Recht nannte der Europaparlamentarier und (suspendierte) Priester **G. Beget-Bozzo** eine solche die Entdekkung Amerikas, die zur Integration der Völker gedient habe, reduzierende Relektur der Geschichte eine "idiotische Idee".
- Ein schlimmeres Urteil verdienten die wütenden Tiraden des als "Indianerbischofs" und Trägers des "Bruno-Kreisky-Menschenrechtspreises" auf den deutschsprachigen Vortragsrunden der katholischen Bildungswerke herumgereichten österreichischen Missionsbischofs **Erwin Kräuder**. Er verstieg sich zu der Behauptung:
"Wer den Genozid an den Ureinwohnern im heutigen Amerika, der mit der Conquista begonnen hat und bis heute andauert, in Abrede stellt, schlägt in dieselbe Kerbe wie jene, die die Ermordung von mindestens 5,5 Millionen Juden im Zuge der ‚Endlösung' leugnen."
Für die Indianer sei die "Öffnung des Tors zur Neuzeit" der "Anfang vom Ende" gewesen. Mit billiger Demagogie biedert er sich mit den üblichen Attacken gegen den "römischen Zentralismus" an.

In den katholischen Verbandszentralen, Bildungswerken und der Kirchenpresse sowie in den Appellen der Funktionäre der deutschsprachigen katholischen Hilfswerke finden solche unverantwortlichen Äußerungen ein ebenso unkritisches wie kontraproduktives Echo. Im Essener "Ruhr Wort" vom 30.11.91 stand über dem Vortrag eines mittelamerikanischen Bischofs vor dem Zentral-Komitee der deutschen Katholiken, in dem er für Versöhnung der Eroberer und der Eroberten sowie die Anerkennung des "Geschenks des Glaubens unter dem einzigartigen und gleichen Kreuz des Erlösers" plädierte, die suggestive Balkenüberschrift:
"Evangelisierung Lateinamerikas - Gold, Silber und Zwangsarbeit." Dazu dann noch die Notiz unter dem Stichwort "Eroberung": Nach Ansicht von Pater **Joachim Piepke,** des Leiters des Anthropos-Instituts der Steyler Missionare in St. Augustin habe die Mission Amerikas vor allem zur Rechtfertigung der Unterwerfung, Unterdrückung und Ausplünderung der Ureinwohner gedient.
Dies habe er auf der Akademietagung des Katholischen Bildungswerks in Bonn erklärt. Diese Aussage ist ein Skandal angesichts instruktiven Beitrags seines Mitbruders, des argentinischen Bischofs Jorge Novak SVD über "Licht und Schatten auf dem 'Katholischen-Kontinent' - 500 Jahre Präsenz der Kirche in Lateinamerika" in der "Steyler Missionschronik 1991/92, S. 9-15.
Es ist ein Hohn auf die "Lebenszeugnisse aus fünf Jahrhunderten" in dem Buch von Monsignore **Wilhelm Havers** über die "Christliche Befreiung in Mexiko" (Katholischer Pressebund, St. Augustin 1986).
In seinem Buch "Amerika - eine Hoffnung, zwei Visionen" (Verlag Busse-Seewald) beschämt der Hamburger Historiker Horst Pietschmann die modischen einäugigen oder blinden Manipulatoren und Agitatoren. Nach ihm ist die Sichtweise der "Conquista als monolithisches Höllen-Phänomen", nach der die "Eingeborenen Amerikas 500 Jahre lang lediglich Objekte der Ausbeutung und Unterdrückung gewesen seien, "nicht nur eurozentrisch, sondern auch falsch".
Die Mahnungen des Missionsklerus "zur pfleglichen Behandlung der Indianer seien gegenüber der Konquistadoren-Gesellschaft politisch gerade recht gekommen. Die "demographische Katastrophe" könne heute nicht mit seriösen Zahlen belegt werden. Die Berechnungen wichen um das Zehnfache voneinander ab.
- Ebenso sachlich und fair ist der Beitrag von Hans Leuenberger im einschlägigen Merian-Heft (Jg. 24, Nr. 9, S. 80 ff.) über Mexiko. Die Gerichtshöfe und die Vizekönige hätten die Indianer gegen die Willkür der Konquistadoren geschützt, die Universität von Mexiko gegründet und die erste Druckerei eingerichtet.
Der zweite Vizekönig Don **Luis de Velasco** habe Tausende von Indianern aus der Schuldknechtschaft befreit und auf bittere Vorwürfe erwidert: "Die Freiheit der Indianer ist mehr wert als alle Minen der Erde. Die Einnahmen der Krone dürfen nicht durch Verletzung der Menschenrechte erhöht werden." Die spanischen Missionare hätten neben ihrer kirchlichen arbeitwichtige Aufgaben in Schulen und Spitälern erfüllt.
Für eine umfassendere Beleuchtung der ganzen komplexen Wirklichkeiten sei das überaus anregende, reich dokumentierte Buch von Erik von Kuehnelt-Leddihn "Amerika im Zwielicht, Nord- und Südamerikanische Eindrücke" (Johannes Verlag, Einsiedeln 1971) empfohlen, besonders auch für die Beleuchtung der theologisch-philosophischen Hintergründe der spanisch-englischen Konfrontation, der Leyenda Negra und der "Sage von den "humanen Briten" und vom "grausamen Spanier", auf die **Messori** eindringlich hingewiesen hat.
Übersetzung aus dem Italienischen, Anmerkung und Nachwort von *Gerhard Fittkau*. …<<
02.06.1992
Dänemark: 50,7 Prozent der Dänen stimmen am 2. Juni 1992 im Verlauf einer Volksbefragung gegen die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages.

Juni 1992

BRD: Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>**Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem**

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.

Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.

Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.

Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.

Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.

- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.

- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.

Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Ei-

senbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.
Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.
Aber Priester kommt von Prexbyteros, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.
Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.
- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)
Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!
Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?
Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.
In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos.*
Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").
Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.
So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.
Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hät-

te, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...

Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?) eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.

Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...

Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.

Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.

Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.

Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel *"One Man: One Vote"*, ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.

So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die

Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.
Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.
Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".
Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")
Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?
Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.
Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.
Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.
Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein

religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.
Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.
Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei"*, also "Diener der Diener Gottes" ist. Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen phersü kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)
- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.
So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)
Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.
Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"
- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.
Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmärtyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."
Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".
Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85)

und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.
Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.
- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.
Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?
Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungrige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."
Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.
In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?
Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.
Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.
Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos,* das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<

08.07.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**
Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.
Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.

Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die korrigierten Opferzahlen des Vernichtungslagers Auschwitz (x046/181-182): >>... Im April 1990 hatte der Direktor des Staatlichen Museums in Auschwitz, Dr. Franciszek Piper, der überhaupt mehr zu wissen scheint, als er manchmal zu erkennen gibt, die auf 19 Gedenksteinen in 19 Sprachen angebrachten Inschriften zur Erinnerung an die Auschwitz ermordeten vier Millionen Juden heimlich entfernen lassen. Doch auch die von ihm nunmehr genannte Zahl von 1-1,2 Millionen sollte nur kurzen Bestand haben und wurde bald auf 800.000 reduziert. ...<<

10. August 1992

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" berichtet am 10. August 1992 über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>… Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten.

Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. … Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<

20.08.1992

Kroatien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1992: >>**Ein schwarzes Kapitel jugoslawischer Geschichte**

Massenhinrichtungen in Kroatien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg

In Kroatien wird jetzt ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte aufgedeckt, dessen wahres Ausmaß noch gar nicht absehbar ist. Mit der Demokratisierung des Landes bricht eine Mauer des Schweigens in der Bevölkerung über das Schicksal Tausender von Menschen, die den kommunistischen Machthabern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unbequem waren. ...

Allein in den dichten Wäldern von Macelj nördlich von Zagreb an der Grenze zu Slowenien wurden bisher 28 Massengräber entdeckt, in denen rund 2.000 Skelette vermutet werden. Nach den Worten des Vorsitzenden der Sonderkommission, Florijan Boras, werden allein in diesen schwer zugänglichen Wäldern mindestens 20.000 Opfer der Massenhinrichtungen durch Sondereinheiten der Tito-Partisanen vermutet.

Tausende von Soldaten der deutschen Wehrmacht waren auf ihrem Rückzug vom Balkan nur wenige Kilometer vor der rettenden Grenze durch den Kapitulationsbefehl am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geraten. Andere wiederum waren von den alliierten Besatzern in Österreich an Jugoslawien ausgeliefert worden. Aber auch Zehntausende von Kroaten - Soldaten des damaligen faschistischen Staates, Angehörige der Bürgerwehr, Familienangehörige - und Slowenen mußten den Weg aus dem vermeintlichen Schutz hinter der österreichischen Grenze in die Lager der neuen kommunistischen Machthaber antreten. Ein kurzfristiger Vorstoß der jugoslawischen Partisanen nach Kärnten trug zusätzlich zu der Racheaktion bei.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden Männer, Frauen und Kinder von den Mitgliedern des 13. "Schwarzen" Bataillons der damaligen Geheimpolizei Dozna aus den Lagern rund um die Stadt Krapina, in denen die Menschen zuvor wochenlang dahinvegetieren mußten, geholt und in den Wäldern umgebracht.

Augenzeugen, die Jahrzehnte aus Angst vor Verfolgung geschwiegen hatten, berichten jetzt über die Ereignisse: "Die meisten Menschen mußten sich am Rand der Schluchten hinknien und wurden durch Schuß in den Hinterkopf getötet - die weniger glücklichen wurden mit Steinen, Äxten oder Spitzhacken erschlagen."
Die Untersuchungen der Experten scheinen diese Aussagen zu bestätigen.
Die Massengräber in den Wäldern von Macelj offenbaren aber wohl nur einen Teil der schrecklichen Wahrheit. Boras verfügt über Informationen, nach denen es auch in anderen Teilen Kroatiens Massengräber aus der Nachkriegszeit geben soll.
"Die Gräber sollen in Istrien, Dalmatien, bei Zagreb und auch in Slawonien liegen", berichtete er. Seine Kommission könne aber nur exhumieren und dokumentieren, nicht identifizieren. ...<<

21.08.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1992: >>**Traum von der Wolga-Republik ist geplatzt**
Das Projekt der Wiedererrichtung einer Wolga-Republik ist nach Einschätzung des Verbandes der Rußlanddeutschen gescheitert.
"Die Wolga-Republik, dieser Traum ist geplatzt", sagte der Chef der Gesellschaft "Wiedergeburt", Heinrich Groth, am Donnerstag in Moskau. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin schreibt Groth, es bleibe den fast 2 Millionen Rußlanddeutschen nur noch die Aussiedlung nach Deutschland.
... "Deutsche Steuergelder sollten nicht länger in den Sand der Wolga-Ufer gesteckt werden", forderte Groth. Etwa 1,5 Millionen Deutsche in der GUS säßen auf gepackten Koffern.
Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Äußerungen Groths zurück. Erst am 10. Juli sei von der deutschen und russischen Regierung ein Dreistufenplan zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik unterzeichnet worden.
... Die Bundesrepublik hat im übrigen in den vergangenen 2 Jahren mehr als 150 Millionen DM an Aufbauhilfe geleistet. ...<<

29.08.1992

BRD: Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**
Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich
Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.
Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".
Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure.
Die größten Absetzanlagen befinden sich in Culmitzsch mit etwa 80 Millionen Tonnen Erzschlamm und in Helmsdorf mit etwa 50 Millionen Tonnen. Im Sommer, wenn der Wasserspiegel sank, erhoben sich schwarze Staubwolken. Diese Gefahr ist im Augenblick gebannt. In einer Sofortaktion wurden die Strände mit undurchlässigen Materialien abgedeckt, so daß der mit dem radioaktiven Edelgas Radon kontaminierter Staub nicht mehr durch die Luft weht.
Die Umgebung der Absetzanlagen wurde nicht nur durch den Radon-Staub belastet. Ein bislang unveröffentlichtes Gutachten stellt fest, daß "die Teiche bei Trünzig und Seelingstädt ohne Basisabdichtung konstruiert wurden".
Freie Bahn für hochtoxisches Sickerwasser. Die Wismut schätzt nach Angaben der Gutachter die Sickerwasserrate für das gesamte Gebiet auf 138 Millionen Kubikmeter pro Jahr – aufgefangen wurden 1991 ganze 2 Millionen Kubikmeter. Einige Fachleute gehen inzwischen davon aus, daß die in diesem Jahr festgestellte Arsenbelastung einiger Trinkwasserbrunnen im Kreis Stadtroda eine erste Auswirkung dieser unkontrollierten Ausbreitung ist.
Beseitigen läßt sich die Gefahr, die von den strahlenden Seen ausgeht, nicht. Einige Substanzen werden noch in Milliarden Jahren ihre tödliche Strahlung abgeben. Deshalb müssen die Anlagen im Rahmen der Wismut-Sanierung so gesichert und abgedichtet werden, daß sie in ihrer Umgebung so wenig wie möglich Schaden anrichten. Wie das geschehen soll, darüber scheiden sich im Moment noch die Geister.
Schneller dürfte es bei der Sanierung der Halden vorangehen. Der Abraum, der noch Uranerz enthält, wurde über Jahrzehnte auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abgekippt. Auf Halden des jahrhundertealten Silberbergbaus in der Region, die zu einem großen Teil auch Uranerze enthalten, wurden Häuser gebaut – oft gar mit dem Haldenmaterial selbst. Besonders diese Halden sollen so schnell wie nur irgend möglich abgetragen oder abgedichtet werden.
Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind.
Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.
Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

07.09.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1992: >>**Vertriebene dringen auf Entschädigung auch in ehemaliger DDR**

... Die mehr als 100.000 Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den neuen Bundesländern fühlten sich zu "Menschen zweiter Klasse degradiert", sagte der stellvertretende Bundes- und thüringische Landesvorsitzende der Organisation, Paul Latussek, am Wochenende in Dresden beim "Tag der Heimat", einer Großveranstaltung des sächsischen Landesverbandes. Nach seinen Worten ist der BdV "schwer enttäuscht" von Bonner Politikern aller Parteien, weil noch immer keine angemessene Form des Lastenausgleichs für die Vertriebenen in der ehemaligen DDR gefunden worden sei. ...
Während die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1949 in der Bundesrepublik eine differenzierte Entschädigung für ihren verlorenen Besitz in der Heimat erhal-

ten hatten, wurde ihren Leidensgenossen in der DDR eine Erfassung oder gar Wiedergutmachung verweigert. Der Einigungsvertrag von 1990 klammerte das Thema aus. Der BdV verlange "keine Almosen, sondern eine Korrektur des Unrechts", meinte Latussek in Dresden. ...
Angesichts des hohen Alters der Anspruchsberechtigten sei eine weitere Verzögerung unzumutbar ...
Die Haltung der BdV-Führung zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze an der Oder und Neiße bleibt undurchsichtig. Latussek sagte in Dresden, sein Verband nehme die Ostverträge zur Kenntnis, "gibt aber die Mühe um eine Verbesserung nicht auf". Gleichzeitig warnte er davor, "die Rechtsposition des BdV aufzugeben". Die Vertriebenenorganisation beharrt bislang darauf, die an Oder und Neiße gezogene Grenze entspreche nicht einwandfreiem Völkerrecht und sei deshalb auch nicht hinzunehmen. "Wir müssen diese Haltung wahren, bis unter Beteiligung der Vertriebenen als Betroffenen neues Recht geschaffen wurde", meinte Latussek.
Herbert Hupka, seit langem Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft wurde in Dresden deutlicher: "Die Oder-Neiße-Grenze ist eine von Stalin gewaltsam gezogene Linie. Jetzt ist das Sowjetimperium zusammengebrochen - warum muß die Grenze jetzt fortbestehen?" Bisher sei noch nicht in Freiheit über die Zukunft der Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße entschieden worden, betonte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, der 1972 aus Protest gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel von der SPD zur CDU gewechselt war.
Hupka bemängelte das Verhalten vieler deutscher Politiker, die heute zwar die Vertreibung von Bosniern durch die Serben anprangerten, jedoch "nach wie vor zur Vertreibung der Deutschen schweigen".
In Polen, wo in den oberschlesischen Gebieten nun auch wieder deutsch als Muttersprache zugelassen werden soll, gebe es eine "Kampagne gegen eine drohende Germanisierung". Anders als in der sächsischen und brandenburgischen Oberlausitz, wo der Minderheit der Sorben die Zweisprachigkeit auf Ortsschildern zugestanden werde, fehle so etwas für die 800.000 Deutschen in Oberschlesien noch immer.
Vom "Recht auf Heimat und auf Eigentum" hätten auch die Repräsentanten der Tschechoslowakei noch nicht gesprochen, obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dort inzwischen immerhin beim Namen genannt werde, meinte Hupka.<<

28.09.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1992) berichtet am 28. September 1992 über das Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation, Zeugenberichte" des deutschen Journalisten Michael Klonovsky und des deutschen Historikers Jan von Flocken: >>**Straflager: Vorhöfe zur Hölle**
In Ostdeutschland werden Massengräber freigelegt: Zehntausende von Deutschen fielen Stalins Gulag in der Sowjetischen Besatzungszone zum Opfer.
Oberstleutnant Jochen Kindermann, 51, machte eine grausige Entdeckung. Bei Grabungen in der Nähe der berüchtigten Haftanstalt Bautzen stieß der Offizier auf Überreste eines menschlichen Schädels. Es sei "bedrückend", klagte Kindermann, wie man "unserer jüngsten Geschichte auf die Spur" komme.
Auf Spurensuche ist Oberstleutnant Kindermann vom Verteidigungsbereichskommando 76 aus Dresden, gemeinsam mit 13 Bundeswehrsoldaten, seit einigen Wochen. Geforscht wird, wie vielerorts in Ostdeutschland, mit Unterstützung von Häftlingskomitees und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nach Opfern aus Massengräbern sowjetischer Internierungslager.
Nach zufälligen Skelettfunden im Frühjahr 1990 barg, bei systematischen Grabungen, der Suchtrupp in Bautzen vor zwei Wochen weitere Gebeine. Das eigentliche Massengrab mit bis

zu 16.000 Toten liegt vermutlich in unmittelbarer Nähe der Gefängnismauer und wird demnächst gehoben.
Im ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Oranienburg wurde das Panzerbataillon 801 fündig - nicht weit entfernt von der KZ-Gedenkstätte. Das Ergebnis, vergangenen Mittwoch bekanntgeworden: 50 Massengräber. Daß es sich um Tote aus den Jahren 1945 bis 1950 handelt, ist so gut wie sicher. 1.000 Skelette, so das brandenburgische Innenministerium, das die Grabungen veranlaßt hatte, seien bereits untersucht worden. Eindeutiger Befund: "Alles Häftlinge aus der sowjetischen Lagerzeit." Die meisten seien verhungert oder an Krankheiten gestorben; einige sind, wie die Knochenanalyse ergab, auch gewaltsam umgekommen.
Aus den Gräbern, jeweils sieben Meter lang und dreieinhalb Meter breit, förderten Bundeswehrsoldaten bis zu fünf Meter tiefe Gebeinschichten zutage. Mindestens 12.500 Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft wurden auf dem Gelände verscharrt; andere Schätzungen reichen bis 20.000.
Jahrzehntelang wurden in der DDR diese Relikte des sowjetischen Schreckensregiments totgeschwiegen. Noch in der Gorbatschow-Ära lehnte Moskau jede Verantwortung für die Greuel ab.
Von einer "zielgerichteten physischen Massenvernichtung von Häftlingen", hieß es lapidar in einer Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Sommer 1990, könne nicht die Rede sein. In den Lagern hätten vielmehr, so die offizielle Lesart, "erträgliche Haftbedingungen" geherrscht. Zu dieser Zeit waren die ersten Gräber schon entdeckt.
Die Massengräber werfen immer längere Schatten über die Gründungsjahre der DDR. Sie dokumentieren das düsterste Kapitel Moskauer Besatzungszeit in Ostdeutschland: die Lagerherrschaft der sowjetischen Geheimpolizei NKWD.
Sachsenhausen und Bautzen waren zwei von elf Speziallagern, die das NKWD gleich nach Kriegsende 1945 einrichtete. Skrupellos machten die roten Herrscher dabei vom NS-Erbe Gebrauch und nahmen soeben befreite KZ wie Sachsenhausen und Buchenwald für ihre Zwecke in eigene Regie.
Zehntausende von Deutschen gingen in den Internierungslagern an Seuchen, Kälte und Hunger jämmerlich zugrunde. Allein in Bautzen sollen es nach Schätzungen 16.000 gewesen sein. Insgesamt fielen, bis zur Auflösung der letzten Lager 1950, rund 60.000 der 180.000 Häftlinge dem importierten Gulagsystem zum Opfer. Die ganze Wahrheit liegt noch in sowjetischen Archiven.
Angst und Schrecken der Speziallager wirkten: Die Bevölkerung wurde eingeschüchtert und für die politischen Ziele der Besatzungsmacht gefügig gemacht.
In die Lager kamen nicht nur Nazis und Handlanger des Hitler-Regimes, eingesperrt wurde willkürlich. Wer den sowjetischen Machthabern und ihren SED-Genossen politisch im Wege stand, mußte jederzeit mit seiner Verhaftung rechnen.
"Unter dem Deckmantel der Entnazifizierung", schildern die Autoren Jan von Flocken und Michael Klonovsky den Lagerterror, zielten die "politisch motivierten Säuberungen" auf die kommunistische Machteroberung.
Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ("Bestrafung von Kriegsverbrechern") - und Maßnahmen gegen diejenigen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind"; vage Bestimmungen, die nach Gutdünken ausgelegt werden konnten.
So traf es zwar zahllose kleine Nazis, Mitläufer und Büttel des braunen Regimes. Hinter Stacheldraht landeten aber ebenso Sozialdemokraten, bürgerliche Oppositionelle und aufmüpfige Kommunisten, wie etwa der Ost-Berliner Stadtrat Ewald Pieck, Bruder des späteren ersten DDR-Staatspräsidenten. Tausende von Jugendlichen wurden interniert, weil sie angeblich im "Werwolf" gekämpft hatten, Hitlers letztem vergeblichem Kamikaze-Aufgebot.
Sogar Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus saßen, etwa Justus Delbrück, ein

Mitverschwörer beim Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944, und Horst von Einsiedel, der dem oppositionellen "Kreisauer Kreis" angehört hatte und 1946 in Sachsenhausen umkam.
Viele wurden Opfer von Denunziationen oder Verwechslungen. Wenn ein Gefangenentreck "durch Flucht oder Erschöpfungstod geschrumpft war", schilderte ein Augenzeuge, "wurden beliebige Passanten gewaltsam eingegliedert".
Geständnisse, oft mit Prügel und anderen Torturen erzwungen, genügten zur Verhängung drakonischer Strafen. "In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt", berichtete der frühere Bautzen-Häftling Manfred Wächter. "Oftmals wurden die Verhörten so zugerichtet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten." Einem Kriegsversehrten mit Beinprothese "hatte man beim Verhör den Stumpf so bearbeitet, daß er nur noch ein Blutklumpen war".
Zwar verübten die Sowjets, anders als die Nazis in den KZ, keinen systematischen Massenmord; aber Unterernährung, Frost und katastrophale hygienische Verhältnisse sorgten für massenhaftes Sterben. Bei 300 Gramm Brot täglich und Wassersuppe magerten die Gefangenen zu lebenden Skeletten ab, so daß die "Mütze beim Herabrutschen an den Backenknochen hängenblieb", wie ein ehemaliger Häftling sich erinnert.
"Andere", so ein Überlebender aus Sachsenhausen, dem größten NKWD-Lager, "wurden immer dicker und füllten sich mit Wasser." Als es bis in die Lungen hochstieg, ertranken sie "unter tagelangem Röcheln".
Wie "Knüppelholz" habe es geklungen, "wenn die froststarren toten Körper entkleidet auf den Wagen geworfen wurden", beschreibt Kurt Noack, der drei Jahre Lager-Odyssee durchlitt, den Leichentransport zu den Massengräbern, in denen die Opfer verscharrt wurden. Von den Häftlingen der Beerdigungskommandos, lästigen Mitwissern, wurden die meisten in Arbeitslager in die Sowjetunion deportiert oder erschossen.
Nicht nur physisch, auch psychisch richteten die "Vorhöfe zur Hölle" (Noack) die Insassen zugrunde. Ohne jeglichen Kontakt selbst zu nächsten Verwandten - Post, Radio und Zeitungen waren ebenso verboten wie Arbeit - dämmerten die Häftlinge, isoliert von der Außenwelt, jahrelang apathisch vor sich hin.
Erst im Sommer 1948, nachdem die Sowjets in ihrer Zone die Entnazifizierung für beendet erklärt hatten, kam Hoffnung auf. Die Lager wurden nach und nach, bis auf Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen, aufgelöst, die Hälfte der Gefangenen, rund 28.000, entlassen.
Doch etliche hatten noch ein jahrelanges Martyrium vor sich. 1950, als die letzten sowjetischen Lager geschlossen wurden, übergaben die Besatzer rund 15.000 Häftlinge den DDR-Behörden. Fast 3.500 davon gerieten - "zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der DDR" - ins Räderwerk der Waldheimer Willkür-Prozesse (SPIEGEL 37/1992).
Moskaus Erfüllungsgehilfen wußten, was sie ihrer Schutzmacht schuldig waren. Eilfertig demonstrierten sie äußerste Härte und verhängten hohe Freiheitsstrafen. Im 15-Minuten-Takt wurde über die Angeklagten, die nie ein schriftliches Urteil sahen, schnellgerichtet. Ein Opfer über die SED-Richter: "Die lachten."<<

15.10.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Oktober 1992: >>**Jelzin übergibt Katyn-Akte**

... Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimgehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben. ...
Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische

Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<

19.10.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (43/1992) berichtet am 19. Oktober 1992 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998): >>**Was hätte ich getan?**

Ein jüdischer Emigrant bricht mit einem Tabu der Holocaust-Forschung

Goebbels war entrüstet, sein Ehrgeiz, die Reichshauptstadt endlich "gänzlich judenfrei" zu machen, noch nicht befriedigt. Die "Fabrik-Aktion", bei der am 27. Februar 1943 SS und Gestapo 7.000 jüdische Zwangsarbeiter direkt aus den Rüstungsbetrieben holten und nach Auschwitz deportierten, hatte sich in seinen Augen als "Schlag ins Wasser" erwiesen.

Für den Reichspropagandaminister stand fest: "Unsere Aktion ist vorzeitig verraten worden, so daß uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind." Aber, so notierte er in sein Tagebuch: "Wir werden ihrer doch noch habhaft werden."

Die Jagd auf die letzten Juden in Berlin begann.

Von den etwa 175.000 Juden, die 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft, in Berlin gelebt hatten, waren kaum mehr als ein Zehntel übriggeblieben. Etwa 5.000 davon fristeten eine äußerst bedrohte Existenz im Untergrund. Nicht einmal die Hälfte dieser sogenannten U-Boote tauchte nach Kriegsende wieder aus der Illegalität auf.

Wer es damals geschafft hatte, sich den Nazi-Häschern zu entziehen, war angewiesen auf die Unterstützung nichtjüdischer Helfer und lebte unablässig in der Angst, entdeckt zu werden. Die Juden im Berliner Untergrund waren ständig auf der Suche nach "Adressen", nach Dachböden und Kellerräumen, nach Werkstätten oder Gartenhäusern, wo sie Unterschlupf finden konnten. Geplagt von Verzweiflung und Hunger, mußten sie Geld für etwas Eßbares und gefälschte Ausweispapiere auftreiben. Polizei- und SS-Streifen waren hinter den "U-Booten" her, Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach ihnen ab, habgierige oder fanatische Denunzianten verrieten sie an die Behörden.

Bei der Jagd nach den Untergetauchten bediente sich die Gestapo auch deutscher Juden, die, gerade noch selbst als Schattenmenschen im Untergrund, nun als Spitzel und "Greifer" ihre Haut zu retten versuchten. Greifer hofften, durch ihre Zusammenarbeit mit den Henkern der Deportation in die Vernichtungslager im Osten zu entgehen. Sie genossen Privilegien, die anderen verwehrt blieben, und lebten fast wie normale Bürger. Einige von ihnen trugen Waffen, besaßen spezielle Ausweispapiere und erhielten Extra-Prämien für jeden Fang.

Auch jüdische Frauen wurden von der Gestapo zu diesem Verräterhandwerk gepreßt. Eine von ihnen war auffallend hübsch und schrecklich tüchtig. Sie ist die Hauptfigur eines Buches, in dem der amerikanische Journalist und Sachbuchautor Peter Wyden, 70, den Leidensweg der Berliner Juden während der Nazi-Jahre beschreibt - "Stella". Es ist die Geschichte der in Berlin-Wilmersdorf aufgewachsenen Stella Goldschlag. Das Buch, aus dem der SPIEGEL in einer neuen Serie vorab Auszüge druckt, erscheint im November bei Simon & Schuster in New York (384 Seiten; 23 Dollar).

Wydens "Stella" bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung. Raul Hilberg, Autor des Standardwerks über "Die Vernichtung der europäischen Juden", bestätigt ihm: "Es ist das erste Buch über dieses dunkle Kapitel in der jüdischen Geschichte."

Die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit den perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt oder als Marginalien behandelt worden. Die Zurückhaltung ist verständlich, die Furcht vor Beifall von der falschen Seite nicht ganz unbegründet.

Die Vorhölle der deutschen Juden hatte bereits 1933 begonnen. Vom Anfang der Nazi-Herrschaft an wurden sie systematisch schikaniert, entrechtet, erniedrigt, was auch Jugendliche wie Stella Goldschlag und Peter Wyden zu spüren bekamen. Sie wurden nicht länger als "Mitbürger" behandelt, sondern als Aussätzige. Die "Nürnberger Gesetze" von 1935 stellten

"die blutsmäßig bedingte klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum" auf eine "gesetzliche Grundlage".
Dennoch wollten viele der deutschen Juden in dem Land bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat betrachteten. Bis Mitte 1938 wanderten nur etwa ein Drittel der jüdischen Bürger ins Ausland ab. "Bleiben oder gehen" - wer genügend Geld und gute Verbindungen hatte, der ließ vielleicht, wie Peter Wydens Familie, Deutschland hinter sich. Wem beides nicht zur Verfügung stand und wer auch noch, wie Stellas Vater, in dem Irrglauben lebte, ihm könne als Frontkämpfer für das deutsche Vaterland schon nichts passieren, der blieb.
Erst der Pogrom vom November 1938, die "Reichskristallnacht", nach der über 20.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden, markierte den Wendepunkt. Nun hieß das Gebot: "Rette sich, wer kann." Eine panikartige Massenflucht setzte ein.
Aber gleichzeitig wurde klar, daß kein Land bereit war, noch mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938, initiiert von der US-Regierung, entpuppte sich als Fehlschlag. Wyden erinnert ausführlich an dieses Fiasko und zitiert bitter eine schadenfrohe Schlagzeile aus einer Berliner NS-Zeitung zum Konferenzverlauf: "Juden zu verkaufen - Wer will sie? Keiner!"
Wyden: "Keine Regierung war gewillt, die Juden in Deutschland zu retten, sie waren alle für vogelfrei erklärt, einschließlich Stellas und ihrer Familie."
Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen in die Sowjetunion, wurde die Ausreise für Juden generell verboten. Kurz davor war der gelbe Judenstern eingeführt worden, ohne den sich keiner der Geächteten auf die Straße wagen durfte. "Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind des Volkes", verkündete ein Plakat, das in allen Behördenstuben und Postämtern hing.
"Die Feinde des Volkes" durften gar nichts mehr. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Sammellager gepfercht, Fahrräder und Elektrogeräte waren ihnen verboten, auch Haustiere wie Hunde und Katzen. Sie konnten nur noch warten, bis Transportkapazitäten frei wurden, um sie in die Todeslager zu deportieren. Theresienstadt, das Vorzeige-Ghetto der Nazis, war bei den Berliner Juden weniger gefürchtet als Auschwitz, über das die schlimmsten, der später enthüllten Wahrheit nahekommenden Gerüchte kursierten.
Wer in solchen Zeiten zu überleben verstand, ohne den Verfolgern willfährig zu sein, mußte besondere Fähigkeiten entwickeln. Bei seinen Gesprächen mit 67 jüdischen "Survivors", die im Berliner Untergrund den Todeslagern entkommen waren, fiel Wyden auf, daß alle die Gabe hatten, sich anzupassen und das Leben von der positiven Seite zu nehmen. Viele sahen in ihrer Jugend wie blonde Germanen aus. Gerd Ehrlich, einer von ihnen, meint, ein Teil der U-Boote hätten dem Stürmer mit seinen antisemitischen Karikaturen ihre Rettung zu verdanken. Denn die Deutschen glaubten offensichtlich, alle Juden sähen so aus wie die schwarzhaarigen Krummnasen in dem Nazi-Hetzblatt.
Wydens eigene Biographie ist auf vielfältige Weise mit dem Schicksal seiner Hauptfigur verwoben. In den dreißiger Jahren besuchte er mit der blonden Stella, einem damals besonders attraktiven Mädchen, dieselbe jüdische Privatschule im Berliner Grunewald. Er hat zudem als Schuljunge die Anfänge der Judenverfolgung noch miterlebt. Aber während er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrieren konnte und so den Todeslagern entkam, blieben Stellas Familie wie auch einige nahe Verwandte des Autors in Berlin zurück.
Da saßen sie dann, als es nach Kriegsbeginn für eine Ausreise zu spät war, in der tödlichen Falle. Stella versuchte alles, ihre Eltern vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Wirklich alles. Von der Gestapo schwer gefoltert und zugerichtet, wechselte sie die Seite. Zusammen mit Rolf Isaaksohn, auch er ein jüdischer Greifer, streifte sie im Auftrag des Gestapo-Führers Walter Dobberke durch die Cafes in der Nähe des Kurfürstendamms, beobachtete die Kino-Eingänge und überwachte auf den Friedhöfen die Begräbnisse, stets auf der

Jagd nach untergetauchten Juden. Das "schöne Paar" war in seinem Revier im Berliner Westen bekannt und berüchtigt.
Aus Wydens jahrelangen Recherchen ist eine detailgespickte Studie über menschliches Verhalten in Extremsituationen entstanden. Einige Namen der zahlreichen Zeitzeugen, mit denen er sprach, hat er in seinem Buch verändert, weil die Befragten es so wünschten.
Er machte auch Stella ausfindig, die nach dem Krieg von einem sowjetrussischen Militärtribunal zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und heute, unter anderem Namen, völlig zurückgezogen, in der Bundesrepublik lebt. Sie bestreitet noch immer, auch gegenüber ihrem alten Schulfreund, jegliche Schuld, ungeachtet der mannigfaltigen, gerichtlich bestätigten Beweise.
Wydens Buch ist eine auch von Selbstzweifeln geprägte Auseinandersetzung mit Fragen nach Schuld und Gewissen. Wie weit darf einer gehen, ohne seine Seele zu verspielen? Dürfen Menschen mit dem Teufel paktieren, wenn sie dadurch ihr Leben oder das von Verwandten zu retten vermeinen? Und: "Was hätte ich in Stellas Situation getan? Ist es nur ein glücklicher Zufall, daß ich nicht vor dieselbe Entscheidung gestellt worden bin?"
Wyden zeichnet die Alptraumwelt von damals, bevölkert mit erschreckend realen Zombies - akkurat Listen führenden Massenmördern, raffinierten Menschenjägern, verzweifelten Flüchtlingen, gewinnsüchtigen Kollaborateuren, aber auch Helden, die den Tod dem Verrat und der Mittäterschaft vorzogen. So ist ein Porträt entstanden, das, weit über die Person Stellas hinaus, die Hölle vor Augen führt, die den Juden von den Nazi-Deutschen in Berlin bereitet wurde.<<

12.11.1992

BRD: Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtet am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>… Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<

21.11.1992

Polen: Der polnische Journalist und Schriftsteller Wlodzimierz Kalicki veröffentlicht am 21./22. November 1992 in der Zeitschrift "Gazeta Wyborcza" einen Artikel über das "Arbeitslager Lamsdorf" in Oberschlesien (x152/49-50): >>Die Dokumente des Arbeitslagers in Lamsdorf im Oppelner Land, wo man nach dem Krieg die vor allem zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmten Personen zurückhielt, wurde unter archivalischen Sammlungen des Standesamtes in Falkenberg (Woiwodschaft Oppeln) aufgefunden. Bis gestern wurde diese Tatsache geheimgehalten.
Das Arbeitslager in Lamsdorf wurde im Juli 1945 in der Nähe eines Komplexes von Nazilagern für Kriegsgefangene eingerichtet. Bis zum Herbst 1946 wurden verschiedene Gruppen der Verhafteten dorthin verbracht. In der Mehrheit waren das die Autochthonen (nach polnischem Verständnis germanisierte Polen) aus den naheliegenden Dörfern, die später nach Deutschland ausgesiedelt werden sollten.
Infolge der schlechten Verhältnisse und Schikanen starben im Lager zumindest 1.000 Menschen. Edmund Nowak, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Zentralen Museum der Kriegsgefangenen in Lamsdorf, behauptet auf Grund bisheriger Untersuchungen, daß mindestens 100 Verhaftete von Wachmännern ermordet wurden. Nach manchen deutschen Quellen sollen es insgesamt 5.600 Opfer sein.
Eine in den Jahren 1956-1957 wegen der Morde an Verhafteten durchgeführte gerichtliche Untersuchung wurde gegenüber der Mehrheit der Verdächtigen eingestellt, die im Prozeß in den Jahren 1958-1959 angeklagten Lagerfunktionäre freigesprochen. Die jetzt im Standesamt Falkenberg gefundenen Dokumente suchte der Woiwodschaftsstaatsanwalt, der die Anklageschrift gegen die Lagerfunktionäre vorbereitete, schon in den Jahren 1956-1957 erfolglos. Jetzt wurden sie nach Hinweisen von Dr. Nowak gefunden, der sie seit drei Jahren in Pfarrar-

chiven und Standesämter des Oppelner Landes suchte.
Die Dokumente des Lagers in Lamsdorf umfassen 4 Hefte mit den Aufzeichnungen, die die Verhaftete betreffen. Einen Teil von ihnen bilden die Namensverzeichnisse mit den Daten von Ankunft, Verlassen oder Tod. Die Dokumente sind in einem schlechten Zustand und brauchen eine konservatorische Bearbeitung.
Wie wir inoffiziell erfahren: Die Tatsache der Wiederauffindung der Dokumente wurde durch die Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln bis gestern streng geheimgehalten. Erst das Begehren unserer Redaktion um Zugang zu den Lagerdokumenten führte zur Veröffentlichung der Wiederauffindung.
Die Lagerbücher werden nach einer konservatorischen Bearbeitung in die Oppelner Abteilung der Hauptkommission für die Untersuchung der Verbrechen gegen das Polnische Volk überführt, die seit einem Jahr eine Untersuchung gegen ehemalige Funktionäre des Kreisamtes für Staatssicherheit in Falkenberg führt, die der Folterung und Tötung von Verhafteten im Lager in Lamsdorf und in den Gebäuden vom UB (Staatssicherheit) in Falkenberg verdächtigt werden.<<

25.11.1992

Belgien: Norwegen beantragt am 25. November 1992 den Beitritt zur EG.

06.12.1992

Schweiz: Die Schweizer entscheiden sich am 6. Dezember 1992 per Volksabstimmung gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

1992

BRD: Der deutsche Schriftsteller Ernst-Edmund Keil schreibt im Jahre 1992 in der Einführung des Buches "Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung" über die fehlende Vergangenheitsbewältigung der "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" (x035/10-11): >>Es ist im übrigen auffallend, daß ein beträchtlicher Teil der literarisch relevanten Vertreibungsliteratur von Frauen geschrieben wurde; ... das, scheint mir, hat seinen tieferen Grund; Frauen, Kinder und Greise waren – die Opfer und Leidtragenden von Flucht und Vertreibung, sie haben das Grausige erlebt, erlitten und verarbeitet, während die schreibenden Männer es vorzogen, das Thema des Frontkrieges, an dem sie beteiligt waren, aufzuarbeiten ...
Und der Nationalsozialismus, gegen den sie, nach der Rückkehr aus Gefangenen- und Arbeitslager, literarisch zu Felde zogen. Gegen ihn und die Nachtseiten der Schreckensherrschaft, vor allem gegen den Holocaust. Ein Kapitel Vergangenheitsbewältigung, das, im Unterschied zur Vertreibungsliteratur, öffentlich diskutiert wurde und Literaturgeschichte machte.
Diese Bewältigung, die ein Schuldbekenntnis war gegenüber den an Fremden verübten Verbrechen, verdeckte den Blick auf das von Fremden an den eigenen Frauen und Kindern verübte Unrecht, als wenn diese Menschen kein Anrecht darauf hätten, daß man ihnen hilft, ihren Schmerz und ihre Trauer aufzuarbeiten, denn nur in der geistig-kreativen Aufarbeitung des Erlittenen liegt doch die Chance, die einzige, sich vom Trauma des Erlebten zu befreien und, gereift und gewachsen an erfahrenem Leid, Verständnis zu zeigen für die Vertreiber, Schuld zu vergeben und so zum Werk der Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn und damit zu einem dauerhaften Frieden in Europa beizutragen.
Nun, einige der Betroffenen haben sich das Recht genommen, ... sich die Trauer von der Seele zu schreiben, nicht um Rache zu nehmen, sondern aus Not und Überlebenswillen, aus dem Wunsch, den Schmerz zu verwinden und zu überwinden. Nichts anderes als die männlichen Schreiber der Kriegsbücher auch aus dem Gefühl, sich erinnern zu müssen, damit das Entsetzliche nicht vergessen werde und sich nicht noch einmal wiederhole. ...<<

Polen: Die Allensteiner Zeitung "Borussia" veröffentlicht im Jahre 1992 einen Artikel des polnischen Historikers Janusz Jasinski über das Verhältnis von Polen und Deutschen in Allenstein sowie die polnische Geschichtsbetrachtung der Vertreibung (x152/41-48): >>Vor 26

Jahren gab der polnische Episkopat in einem Brief an die deutschen Bischöfe eine Erklärung bekannt, in der wir den jederzeit aktuellen Satz lesen. "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."
Dies war ein Schock, nicht nur für die damalige Regierung und alle Kommunisten, sondern auch für eine enorme Mehrheit unseres katholischen Volkes, wenn wir auch täglich beten "... wie auch wir vergeben unseren Schuldigern." ...
Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß eine junge Generation heranwächst, die imstande ist, die großen, jedoch unterschiedlichen Tragödien der beiden Völker aus größerem Abstand einzuschätzen. Trotz allem sind die Fragen immer noch aktuell. Heute können wir endlich unsere Meinungen und Gefühle äußern, der Zugang zu den polnischen Archiven und der deutschen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik ist viel leichter geworden, und wir treffen uns öfter mit den Deutschen, die ihre alte Heimat besuchen. Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen verlangt heutzutage eine neue Analyse.
Wie könnten wir, wenn wir einen älteren Herrn sehen, der vergebens das Grab seiner Eltern sucht oder traurig die Ruinen seines seinerzeit gutgehenden Bauernhofs betrachtet, unsere Augen und Herzen verschließen? Selten erzählt er den polnischen Bekannten oder Freunden von den schlimmen Erinnerungen aus den Jahren 1945 bis 1947. Übrigens welcher Pole möchte schon etwas über deutsche Erlebnisse hören, wenn er sich noch so gut an die eigenen unter deutscher, ukrainischer, russischer Herrschaft erinnert?
Im allgemeinen ist bei uns die Meinung entstanden, daß wir immer Opfer bringen mußten selbst aber niemandem Unrecht und Leid angetan haben. Wenn sich doch jemand daran erinnert, sucht man schnell eine Ausrede von der polnischen Staatsraison, und gleich wird auch die Frage nachgeschoben: Wozu über diese Kleinigkeiten überhaupt noch reden?
Das ist nicht nur ein historisches, sondern auch ein moralisches Problem, welches immer wieder auf uns zurückschlägt. Der deutschen Seite fehlt immer noch eine deutliche polnische Erklärung und Entschuldigung für die Vertreibung aus Schlesien, Ost- und Westpreußen. Rührend ist für mich persönlich die Aussage des Bischofs Georg Sterzinsky (heute Kardinal) aus Berlin, der seine Kindheit in Jomendorf verbracht hat, wo auch ich zu Hause bin.
Der Bischof erinnert sich: "Im Jahre 1945 erlebte ich den Einmarsch der Roten Armee. Sehr genau kann ich mich an das Jahr 1946 erinnern, als die Polen einzogen und uns mit Gewalt vertrieben, genauer gesagt mit Knüppeln rausjagten. Ich muß sagen, daß ich mich 20 Jahre lang vor den Polen fürchtete."
Wie schrecklich sind solche Worte! Im Brief polnischer Bischöfe wird zwar das Leid von Millionen deutscher Flüchtlinge und Übersiedler erwähnt, das geschieht jedoch nur als Absicherung für den Fall, daß doch ein Pole einem Deutschen Unrecht getan hat und das nachgewiesen wird, und nicht aus Überzeugung. In Wirklichkeit hat kaum ein Pole es für nötig befunden, bei den Deutschen um Vergebung zu bitten.
Majdanek, Auschwitz und das zerstörte Warschau wurden immer wieder der Vertreibung gegenübergestellt. ("Wir wurden auch vertrieben ..."). Eine solche Gegenüberstellung kann nur zu falschen Schlußfolgerungen führen.
Mit der Zeit hat sich jedoch die polnische Ansicht in bezug auf die Vertreibung geändert. Nicht nur der bekannte Artikel des vor kurzem verstorbenen Josef Lipski, "Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen", sondern auch andere Aussagen deuten auf eine Meinungsevolution des polnischen Episkopates (Gesamtheit der Bischöfe). Bei dem deutsch-polnischen Bischofstreffen in Gnesen im Jahre 1990 erregte die Aussage des deutschen Bischofs Joseph Homeyer große Aufmerksamkeit. Die Polen seien lange Zeit bereit gewesen, ihre eigene Schuld den vertriebenen Deutschen gegenüber zu bagatellisieren (als unbedeutende Kleinigkeit zu behandeln). Das Unrecht, das die Polen den Deutschen angetan haben, habe Millionen von unschuldigen Menschen tief verletzt und verbittert. In der Schlußerklärung der Bischöfe wurde emp-

fohlen, das Problem der Vertreibung der deutschen Bevölkerung weiter zu erforschen und zu erläutern.
In diesem Sinne äußerte sich im August 1991 der Oppelner Bischof Alfons Nossol in seinem Hirtenbrief, in dem er überzeugt nicht nur von Leiden und ungerechter Verfolgung der deutschen Bevölkerung in Schlesien, sondern auch von gewalttätiger und unmenschlicher Vertreibung sprach, die Menschen zu Heimatlosen gemacht habe.
Ein großes Versäumnis, vielleicht sogar eine Schuld der Polen ist die Tatsache, daß die polnische Öffentlichkeit jahrzehntelang nicht richtig über die Situation der ostpreußischen Bevölkerung gegen Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren informiert war. Das geht sicherlich auf eine strenge Zensur zurück, aber auch auf Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid, das nicht unmittelbar Polen betroffen hat.
Es wurde – und zwar auf Befehl – an die Hunderttausende von russischen Soldaten erinnert, die bei der sogenannten Befreiung Polens ihr Leben verloren haben. Demgegenüber wird über die Deutschen statistisch und trocken berichtet, wobei man nur den Zeitpunkt des Geschehens und die Zahlen der aus Polen ausgesiedelten Menschen angab, ohne natürlich davon zu sprechen, unter welchen Umständen dieser Exodus geschah.
Erst später folgten Untersuchungen zur Geschichte ethnisch polnischer Bevölkerung, d.h. der Masuren und polnischen Ermländer. Bei diesen Untersuchungen bemühte man sich, eine Antwort auf die Frage zu geben: Warum ist es eigentlich nicht gelungen, die masurische und ermländische Bevölkerung für den polnischen Staat zu gewinnen (wie man damals sagt: zu repolonisieren)?
Und nur in diesem Kontext polnischer Staatsräson wurden die Ungerechtigkeiten interpretiert. Man vergaß, daß man nicht aus christlichen, sondern vor allem aus allgemein menschlichen Gründen einen Deutschen genauso wie einen Masuren gerecht behandeln sollte.
Erinnern wir uns kurz an die Lage der ostpreußischen Bevölkerung im Jahre 1945. Die befohlene Evakuierung und die spontane Flucht vor der Roten Armee fielen zeitlich zusammen. Es geschah in strenger Kälte um den 20. Januar 1945. Alle Wege nach Norden und Nordwesten waren total mit Fuhrwerken, Schlitten, Fahrrädern und Fußgängern verstopft. Sowjetische Panzer und Infanterie waren schneller, sie überrollten und zermalmten die Menschen. Ein Teil der Zivilbevölkerung wurde in die Gräben gestoßen. Manche wurden mit Maschinengewehren erschossen. Frauen wurden massenweise vergewaltigt.
Das waren keine einzelnen Exzesse, das war gang und gäbe. Auf diese Art und Weise wurde Rache für den grausamen Krieg in der Sowjetunion genommen, Ilja Ehrenburg und andere Hetzer hatten dazu aufgerufen.
Die Rote Armee verhielt sich den Deutschen gegenüber ganz anders als zu den Polen (wenn wir die Verfolgung der Angehörigen der Heimatarmee (AK) und des sog. Klassenfeindes ausklammern). ... Ergänzend sollte noch gesagt werden, daß zu den Opfern russischer Verbrechen auch französische, italienische und polnische Gefangene zählten. Viele Kinder starben vor Hunger und Kälte. Manche verirrten sich in diesem Chaos. Die Bevölkerung, die nach Norden strebte, erlebte schreckliche Dramen. Viele Menschen ertranken in der Weichselmündung. Andere, die in Pillau auf ein Schiff gelangten, wurden aus der Luft beschossen und bombardiert.
Es war die Hölle auf Erden, die an Napoleons Rückkehr aus Moskau und besonders an das dramatische Überqueren der Beresina erinnert. Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied. Die Napoleonische Armee, die aus erwachsenen Männern bestand, kehrte ausgehungert, frierend und als Kriegsverlierer zurück, während die Rote Armee im Jahre 1945 ihre mörderische Wut an der hilflosen Zivilbevölkerung ausließ. Nach den ersten Konfrontationen mit den Einheimischen nahmen die Greueltaten kein Ende. Auch später erschossen russische Soldaten Menschen, zündeten Scheunen an, warfen Granaten in die Wohnungen, plünderten, schlachte-

ten Vieh, nahmen Maschinen mit und zerstörten sehr oft gezielt Hab und Gut. Die meisten Städte Ermlands und Masurens wurden dem Erdboden gleichgemacht. Nicht während der Kriegsoperation, sondern nach der "Befreiung".
Nachdem die Front zusammengebrochen war, fing die Aktion des Volkskommissariats des Innern (NKWD) an. Die Bevölkerung wurde massenweise in die Sowjetunion deportiert, wo sie in Straflagern arbeiten mußte. Tausende von Menschen fanden dort den Tod. ... Diejenigen, die sich retten konnten und nicht nach Rußland verschleppt wurden, waren monatelang gezwungen, für die Rote Armee schwer zu arbeiten. Frauen waren besonders gefährdet und wurden brutal vergewaltigt.
Auf diese Art und Weise handelten russische Soldaten in Westpreußen. Wir Polen sollten uns dieser Wahrheit bewußt sein. In diesem Zusammenhang wäre die Ausarbeitung einer gründlichen Monographie über dieses Thema erstrebenswert. Die deutsche Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht nur von den Russen, sondern auch von den Polen, die gleich hinter den Russen kamen, gequält. Dabei schneiden wir ein sensibles Thema an, zu dem es uns Polen schwerfällt, ein objektives Urteil abzugeben. Leider stehen uns keinerlei wissenschaftliche Vorarbeiten zur Verfügung. Aus diesem Grunde können meine Anmerkungen zahlreiche Diskussionen hervorrufen.
Aus Sicht der Deutschen besteht die größte Schuld der Polen in den Plünderungen, der brutalen Vertreibung aus den Häusern und der Nötigung zur Zwangsarbeit. ... Fast in allen deutschen Tagebüchern wird von Raubzügen berichtet. Dazu zitieren wir ein paar Aussagen aus der wertvollen Arbeit des Allensteiner Historikers B. Lukaszewicz ("Polnische Volkspartei im Ermland und in Masuren in den Jahren 1945-1947", Allenstein 1991): "Die Polen aus den kurpischen Landkreisen Chorzele, Mokow, Przasnysz usw. wüteten auf unseren Grundstücken. Sie jagten Masuren mit Beschimpfungen, Drohungen, Stöcken und Ästen von ihren Höfen und bewohnten sie selbst. Sie schlugen und folterten die Masuren."
Noch eine weitere ähnliche Erinnerung: "Es tauchte die erste polnische Macht und mit ihr die Bevölkerung aus Zentralpolen auf. Das Land wurde mit Siedlern überflutet. Bei diesen Menschen herrschte ein starkes Verlangen nach Land und Hof. Die Siedler aus den Zentralgebieten gingen mit besonderer Brutalität gegen die Einheimischen vor. Sie stahlen, raubten, besetzten Bauernhöfe und warfen ihre Besitzer hinaus. Sie kannten keine Gnade."
... Die Deutschen erinnern sich besonders an die Ausreise nach Deutschland bei Kälte und Hunger, an die Zeit, als sie auf den Bahnhöfen von Osterode, Deutsch Eylau sowie in Posen von den polnischen Horden gnadenlos ausgeraubt wurden. All diese Beschreibungen liest man wirklich mit schwerem Herzen. Mit was für einer Dankbarkeit nahmen die ausreisenden Deutschen einen Teller warmer Suppe, den ihnen ein Landrat aus Deutsch Eylau anbot!
Es kommt einem jedoch vor, als fehlte bei den deutschen Erinnerungen eine gewisse Reflexion. Die eigene Tragödie wird nicht im Kontext der Kriegs- und Nachkriegsgeschehnisse gesehen. In diesem Kontext frage ich mich: Was und wieviel wußte ein einfacher, fleißiger und gutmütiger deutscher Bauer oder Handwerker von der deutschen Okkupation in Polen?
An dieser Stelle möchte ich mich bei den deutschen Lesern dafür entschuldigen, daß ich auf die schrecklichste Nacht der Jahre 1939 bis 1945 zurückkomme, an die ich mich noch recht gut erinnere. Die Okkupation Polens ist nicht mit jener der Tschechoslowakei oder Frankreichs zu vergleichen. Für ein Kilogramm Schweinefleisch kam man nach Maidanek, für einen getöteten Deutschen verloren 30 unschuldige Gefangene ihr Leben.
In Lublin haben wir die Aussiedlung ganzer Straßen und Wohnviertel erlebt, ganz zu schweigen von der bekannten Tragödie der Kinder aus der Region Zamojsk. Die Gendarmerie liquidierte Behinderten- und Siechenheime. Die Verbrechen begingen nicht nur Gestapo und die SS, sondern auch die Wehrmacht. Wie viele hatten wie Otto Schimkow den Mut, den Schießbefehl gegen gefangene Partisanen zu verweigern?

Die Bevölkerung aus dem nördlichen Masowien, die im Jahre 1945 so stark der autochthonen Bevölkerung Zeichen gesetzt hat, erinnerte sich recht gut an grausame Gendarmen, die aus Masuren stammten und oft polnisch sprachen. Hinzu kam das vom Krieg verwüstete Gebiet, für das man sich im Jahre 1945 in Ostpreußen "bezahlen ließ". Was man heute als eine Aneignung bezeichnet, war in Wirklichkeit Plünderung und Banditentum.
Mit Schrecken hörte ich die Erzählung über einen polnischen Siedler, der im Kreis Heilsberg einen ermländischen Deutschen vor den Pflug gespannt hat. Allerdings erzählte mir ein Bekannter aus Thorn im August 1991, daß während der Okkupation in der Nähe von Znino ein Deutscher seinen polnischen Nachbarn auf die gleiche Art behandelt hat.
Wir erinnern uns an das Schicksal polnischer Zwangsarbeiter, deren Zahl in Ostpreußen im Herbst 1944 etwa 150.000 erreichte. Sie mußten ein erniedrigendes "P"-Zeichen tragen. Der Umstand, daß sie von Bauern erworben werden konnten, erinnert an den Sklavenhandel. Wenn man manchmal mit Arbeitern auch relativ normal umgegangen ist, war doch der Fakt, sich einer Sklavenarbeit zu bedienen, durchaus verwerflich.
Wie wir in mehreren Memoiren lesen, begrüßte das ganze Ostpreußen Polens Niederlage im Jahre 1939 mit großer Euphorie. Es fällt mit schwer, ältere Männer zu verstehen, wenn sie noch heute erklären, daß sie nur ihre Soldatenpflichten nachgekommen sind. Sie identifizierten sich doch ideologisch mit dem Ziel von Hitlers Krieg. Waren das wirklich ganz "unschuldige Menschen" wie der Bischoff Homeyer behauptet?
Nach dem, was ich über die Okkupation geschrieben habe, könnte man denken, daß ich die polnische Bevölkerung von ihrem Verbrechen gegen die ostpreußischen Bewohner freispreche. Ich versuche zwar, ihre Verhaltensweise den Deutschen gegenüber von der psychologischen Seite zu verstehen, doch bin ich der Meinung, daß sie in keinem Fall ein Recht auf derartige Verhaltensweisen hatten. Das war sehr oft mit Gier verbundene Lynch- und Rachejustiz. In der Regelt galt bedauerlicherweise das Rache- und Vergeltungsprinzip, entgegen den Grundsätzen der christlichen Lehre, zu welcher wir uns offiziell bekennen.
Dies waren Reaktionen des einfachen Volkes. Vielleicht hat sich die Intelligenz, die gebildete Schicht besser verhalten? Selbstverständlich ist es schwer, diese Frage ohne eine wissenschaftliche Untersuchung zu beantworten. Jedoch scheint es mir, daß die feindliche Gesinnung den Deutschen gegenüber nach dem Jahre 1945 bei diesen Teilen der polnischen Gesellschaft allgemein vertreten war.
Wir zitieren die Erinnerungen der Soziologin Professor Hanna Swidy-Ziemby, die ihre Ansichten nach dem Krieg zu rekonstruieren versucht hat: "Ich erinnere mich, daß niemand in Breslau, wo mein Vater einen Lehrstuhl an der Universität innehatte, sich ernsthafte Vorwürfe wegen der Deutschen machte. Wir waren ja Vertriebene, von allen Seiten zerstört. Alles, was wir erhielten, betrachteten wir als vom Schicksal bestimmt. Die Polen unterschieden sich nur dadurch, daß manche die Deutschen nicht gleich hinauswarfen, während andere ihnen bis zur Abfahrt erlaubten, ihre Wohnungen zu benutzen. Das Schicksal der Deutschen interessierte uns wirklich nicht."
Das Haßgefühl des polnischen Volkes dem Deutschen gegenüber wurde bewußt durch die Presse hochgespielt. Wir entnehmen den "Masurischen Nachrichten" ("Wiadomosci Mazurskie") einige Beispiele. Hier lesen wir über den Abtransport von 1.750 Deutschen aus Braunsberg um die Jahreswende 1946/47: "Wir glauben, daß in Kürze wir Polen allein in diesem uralten polnischen Gebiet leben werden, das wir den Krallen der deutschen Bestie entrissen haben."
Ein Angestellter vom Staatsamt für Umsiedler (PUR): "Er trägt heiße Suppe und Kaffee, der an den schwarzen Abgrund der deutschen Seele erinnert."
Andere polnische Staatsangestellte: "Sie zählen die lange Kette fremder rauher Namen, die unangenehmen Vornamen."

Bei nächster Gelegenheit erfahren wir, daß Bischof Kaller "ein Vertreter des Mördervolkes" ist. Hier sollte man jedoch hinzufügen: Das war die typische Sprache der damaligen Zeit. Mit dieser Art von Beschimpfungen streute man auch den Haß gegen den Regierungsblock (Vorkriegspolens), die Armee Mikolajczyk und allgemein gegen die Opposition.
Um nicht verdächtigt zu werden, daß ich mich ausschließlich auf Berichte aus deutschen Quellen stütze, habe ich Dokumente aus dem Staatsarchiv in Allenstein geprüft. Hier läßt sich diese Problem nur skizzieren, es erfordert jedoch noch weitere Untersuchungen. Es wurde ein damals übliches Verfahren angewandt, um die Deutschen aus ihren Wohnungen zu entfernen. Polen (oft waren es Funktionäre der Sicherheitsbehörde) schrieben an die Dienststelle für deutsche Angelegenheiten, um eine konkrete Einwilligung für eine Wohnung, die von Deutschen bewohnt war, zu bekommen. Solche wurden in der Regel wohlwollend erteilt.
Als Beispiel zitiere ich eine dieser vielen Entscheidungen. "Die Dienststelle für Deutsche Angelegenheiten der Stadt Allenstein befiehlt Else B., deutscher Nationalität, die von ihr bewohnten Räume binnen einer halben Stunde zu verlassen, mit dem Recht, die allernötigsten persönlichen Sachen für den täglichen Gebrauch sowie Lebensmittel mitzunehmen. Die gesamte Wohnungseinrichtung muß in unbeschädigtem Zustand bleiben."
Eine andere Art und Weise der harten Ausnutzung der Deutschen war Beschäftigung bei den schlimmsten öffentlichen Arbeiten. Sie säuberten die Straßen von Schutt und Müll, begruben Verstorbene, verscharrten Kadaver und sammelten Kartoffeln. Sehr viele von ihnen arbeiteten bei der Bahn. Sie erhielten (offiziell) für den Arbeitstag 20 Zloty sowie Brot und Verpflegung. Zu dieser Zeit kosteten 1 Kilogramm rote Rüben 30 Zloty, 1 Kilogramm Brot 31 Zloty usw. Hierin rivalisierten Polen mit der Roten Armee, die die Deutschen auf Landgütern beschäftigte, wo diese bessere Bedingungen hatten, denn sie mußten wenigstens nicht hungern.
Einige Einrichtungen in Allenstein übergingen den Dienstweg und nahmen sich Deutsche zur Arbeit. Der Leiter des Amtes für deutsche Angelegenheiten Z. Tatarkiewicz erregte sich sehr: "Kerle der Polnischen Arbeiterpartei schickten drei deutsche Frauen für privaten Bedarf in eine bestimmtes Restaurant in Allenstein". ...
Wenn wir die Politik des Okkupanten (der deutschen Besatzungsmacht) gegenüber der polnischen Bevölkerung verurteilen, dürfen wir sie als Vorbild oder Muster nehmen? Anstatt das eigene Volk von Racheakten abzuhalten, hat die kommunistische Regierung es zu diesen noch ermutigt, ja sogar befohlen.
Die moralische Bewertung der Aussiedlung oder, nach deutschem Sprachgebrauch, Vertreibung hat verschiedene Dimensionen. Eine große Mehrheit der deutschen Gesellschaft beurteilt die Beschlüsse der Siegerkoalition und die polnische Argumentation entschieden negativ. Sie werden als Verbrechen gegen Menschenrechte und internationales Recht verurteilt. Versuchen wir aber dieses Problem im Kontext des Jahres 1945 zu betrachten.
Es ist unvorstellbar, daß zwei so verschiedene Völker nach der schrecklichen Okkupation friedlich miteinander hätten leben können. Die allgemeine Meinung der Polen war, und sicher zu Recht, daß das deutsche Volk nicht loyal gegenüber dem neuen polnischen Staat sein würde. Man konnte sich noch sehr gut an die Rolle der berühmten "5. Kolonne" von 1939 erinnern, ebenso das Verhalten verschiedener Deutscher den Polen gegenüber. Es interessiert nicht, daß nicht das ganze deutsche Volk den polnischen Soldaten in den Rücken geschossen hatte. Die polnische Gesellschaft glaubte im Jahre 1945 an die aktive antipolnische Haltung aller Deutschen während des Krieges von 1939 bis 1945.
Das zweite wichtige Argument, welches in Potsdam Verständnis fand, war das der Übersiedlung von Millionen Polen aus dem zerstörten Warschau sowie aus den Ostgebieten. Irgendwo mußten die Menschen eine neue Wohnstätte finden. Die Deutschen entgegneten bei dieser Gelegenheit oft, sie hätten nicht über die Enteignung der polnischen Ostgebiete zu entscheiden gehabt. Schließlich war aber aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1939 der

Weg zur Enteignung der polnischen Ostgebiete im Jahre 1944/1945 offen. ... Ich zitiere nur die Worte von Kardinal Döpfner zu diesem Thema: "Es ist bekannt, daß nach dem Verlust der Ostgebiete, falls zu dieser Zeit noch die westlichen Gebiete verlorengegangen wären, die Existenz des polnischen Staates bedroht gewesen wäre." ... Wenn wir von der Aussiedlung sprechen, sollten wir das ganze Problem betrachten.
Hinzuzufügen wäre auch, daß die Potsdamer Beschlüsse zur Völkerverschiebung durch frühere Aussiedlungsaktionen favorisiert wurden. Diese Aktionen wurden schon während des Krieges durch die Deutschen an jüdischer, polnischer oder sogar eigener, d.h. deutscher Bevölkerung angewandt. In Ostpreußen wurden u.a. Balten- und Wolhynien-Deutsche angesiedelt. Im Jahre 1945 waren Stalins Verbrechen (z.B. Zwangsumsiedlung von Minderheiten) in der Welt noch nicht bekannt. Das einzige "Muster" für die radikale Art der Lösung von Problemen hatten die Deutschen geliefert.
... Wie schon erwähnt, konnte man nicht auf ein friedliches Miteinander zwischen Deutschen und Polen hoffen, ganz im Gegenteil, es war zu erwarten, daß es im damaligen Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien zu Unruhen kommen würde.
Außerdem hatte man damit zu rechnen, daß die deutsche Bevölkerung die Abtrennung dieser Gebiete von Polen anstreben würde.
Sicher schulden wir dem Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut von Generationen sowie Gräber der Vorfahren verlassen mußten, ein tiefes Mitgefühl, denn ihre Wurzeln wurden aus der Scholle gerissen. Diese Menschen haben zum großen Teil keine so harte Strafe verdient, um so mehr wollen wir unsere Trauer äußern. Was mit ihnen geschah, kam einer Ächtung gleich. Dennoch war man damals wie schon erwähnt, überzeugt, daß es keine andere Lösung gibt.
Es ist unsere Pflicht, den Deutschen eine eindeutige Entschuldigung für die Plünderungen, Diebstähle, die - seltenen - Morde, die ungerechte Vertreibung aus dem eigenen Haus noch vor der Aussiedlung, für unbezahlte Arbeit, für Arbeitslager, für Beschimpfungen, die ständige Erniedrigung, die Verweigerung der Menschenrechte und letztlich auch für die harte, unbarmherzige Art der Aussiedlung auszusprechen.<<

1993

> Gott erschuf die Menschen frei. Niemanden hat die Natur zum Sklaven gemacht.
> *Alkidamas (im 5./4. Jh. v. Chr., griechischer Rhetor und Sophist)*

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.

20.01.1993

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Januar 1993: >>**6,8 Milliarden weg**
Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

01.02.1993

Belgien: Die EG beginnt am 1. Februar 1993 mit den Verhandlungen über den EG-Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands. Diese Verhandlungen werden Anfang 1994 abgeschlossen.

08.02.1993

BRD: Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schreibt am 8. Februar 1993

im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

10.02.1993

BRD: Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schreibt am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

15.02.1993

BRD: Der deutsche Publizist Arno Lustiger (1924-2012) berichtet am 15. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1993) über die Holocaust-Forschung des nordamerikanischen Historikers Raul Hilberg: >>**Täter, Opfer, Zuschauer**

Im Jahre 1961 veröffentlichte in Chicago der damals 35jährige, aus Wien in die USA emigrierte Politologe Raul Hilberg sein Buch "The Destruction of the European Jews". Es ist das bis heute wichtigste und materialreichste Standardwerk über den Holocaust und übertrifft an Umfang und Bedeutung alle anderen Bücher und Publikationen zur Vernichtung der europäischen Juden. Hilbergs neues Buch "Täter, Opfer, Zuschauer" ist eine Ergänzung und ein Epilog zum Hauptwerk. Wer verstehen will, wie es zu dem Massenmord kommen konnte und warum er gelang, muß diese beiden Studien kennen.

Das jüngste Buch Hilbergs läßt sich wegen seiner systematischen Struktur, seines dramatischen Inhalts und seines brillanten, doch unprätentiösen Stils sehr gut lesen. Es vermittelt in kompakter Form viele bisher kaum oder wenig bekannte Fakten. Die verantwortlichen Akteure des tragischen, in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen und einmaligen Geschehens werden in konziser Form geschildert. Hilberg holt sie aus der bisherigen Anonymität ins Rampenlicht der Zeitgeschichte.

In den ersten acht Kapiteln beleuchtet der Wissenschaftler sowohl die Haupttäter, mit Hitler an der Spitze der Pyramide von Funktionären, Fanatikern, sadistischen Massenmördern, Ärzten und Juristen, als auch die ausländischen Hilfswilligen und deren Regierungen. Sieben Kapitel widmet er den Zuschauern, von denen viele eigentlich Wegschauer waren. Es werden auch die christlichen Helfer und die ohnmächtigen jüdischen Retter gewürdigt, ebenfalls die verspätete und deshalb fast folgenlose Rettungspolitik der westlichen Alliierten. In knappen Zügen werden die versuchten und unterbliebenen Interventionen und Maßnahmen der neutralen Regierungen und der Kirchen analysiert.

Im Teil Opfer werden Gruppen von Verfolgten dargestellt, die bei Hilberg bisher zu kurz gekommen sind: Flüchtlinge, Frauen und Kinder, christlich getaufte oder in "Mischehen" lebende Juden, die zeitweilig Privilegierten, wie die Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges. Nur 6 Seiten des 367 Seiten starken Buches widmet Hilberg den überlebenden Juden, etwa den KZ-Häftlingen, die, wie der Autor dieser Zeilen, die Todesmärsche des Winters und des Frühjahrs 1945 überstanden haben.

Im nachfolgenden wollen wir uns mit dem Thema der unangepaßten Juden unter den Opfern beschäftigen. Zum besseren Verständnis der Problematik muß ich auch auf das Hauptwerk Hilbergs eingehen. In der Einführung zur Ausgabe von 1961 versprach Hilberg: "In diesem Buch werden wir uns hauptsächlich mit den Tätern befassen."

Doch - zwangsläufig - richtete sich Hilbergs Blick, wenngleich nur am Rande, auch auf das Schicksal der Opfer. Fatal allerdings, daß der Autor vornehmlich die Akten der Täter akribisch auswertete. So stammen die meisten Informationen über die Opfer von den Tätern. Hil-

berg unterließ es dagegen, sich mit den Aussagen der jüdischen Zeitzeugen zu befassen.
Des Autors vernichtendes Pauschalurteil über die Passivität der Juden im Laufe ihrer Geschichte, das ihr Verhalten während des Holocaust erklären soll, hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Er doziert: "Vorbeugende Angriffe, bewaffneter Widerstand und Racheakte kamen in der Geschichte des jüdischen Exils so gut wie nie vor."
Hilberg entgingen offenbar viele Ereignisse der jüdischen Geschichte. Einige Beispiele: die jüdische Selbstverteidigung während der Kosaken-Massaker Chmielnickis im 17. Jahrhundert und der Pogrome in der Ukraine Ende des 19. Jahrhunderts oder etwa die Kämpfe der "Jüdischen Legion" während des Ersten Weltkrieges. Hilberg weiß offenbar auch nichts über die 6.000 jüdischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg, die dort sogar in der eigenen Einheit "Botwin" kämpften.
Zu den schmerzlichsten Fehlurteilen Hilbergs zählt seine Behauptung, daß es keinen jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gegeben habe. Es finden sich bei ihm fragwürdige Aussagen: "Während der Katastrophe von 1933 bis 1945 waren die Fälle aktiven Widerstands rar und ohne Bedeutung. Vor allem aber waren sie, wann und wo immer sie auftraten, Aktionen des letzten (niemals des ersten) Augenblicks."
Die Negierung von Fakten über den jüdischen Widerstand, die in Hunderten von Publikationen und Büchern, in Abertausenden von Dokumenten belegt sind, ist eine schwerwiegende Unterlassung, die einem so renommierten Forscher wie Hilberg nicht unterlaufen sollte. Bereits im Jahre 1960 wurde in Jerusalem unter der Redaktion von Philip Friedman eine Bibliographie mit 1.246 Titeln von Werken über den Holocaust veröffentlicht, darunter 151 Publikationen über den jüdischen Widerstand. Seitdem erschienen Hunderte Monographien, aber auch Gesamtdarstellungen zu diesem Thema in allen Ländern Europas. Ganz wenig davon finden wir in Hilbergs Werken.
Für die Aufstände in den Ghettos und in den Vernichtungslagern stellt Hilberg eine Kosten/Opfer-Nutzen-Rechnung auf. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß sich diese Aktionen nicht lohnten, weil sie den Mördern zu wenig geschadet hätten. Wie nun? Erstens gab es also keinen Widerstand, und wo es ihn gab, war er unbedeutend und dazu zu teuer. Was uns Raul Hilberg nicht mitteilt: Nach den jüdischen Aufständen in Treblinka und Sobibor wurden diese Vernichtungslager liquidiert, Sonderkommandos nicht wieder aufgestellt. Wochen später wurden die Krematorien dort stillgelegt.
Die mächtige jüdische Gegenwehr in Frankreich, mit Tausenden von Kämpfern in eigenen Organisationen und im gaullistischen und kommunistischen Widerstand erledigt Hilberg mit einem einzigen Satz: "So lebten in Frankreich junge jüdische Männer - teils zionistische Pfadfinder, teils Kommunisten - illegal im Untergrund und wirkten aus Überzeugung, auf gut Glück oder der Not gehorchend in der Partisanenbewegung mit."
Diese Schilderung verschlägt uns den Atem, denn die Juden stellten zeitweise 15 Prozent des operativen militärischen Widerstandes bei lediglich 1 Prozent an der Gesamtbevölkerung in Frankreich. Es gab rein jüdische Kampfgruppen sowie vorwiegend aus Juden bestehende Formationen wie Liberte, Carmagnole, 35. Brigade, FTP-MOI und viele andere.
Jacques Bingen kam illegal aus London nach Frankreich, wo er den gaullistischen Widerstand im Norden kommandierte. Eine Briefmarke ehrt sein Andenken. Der polnische Jude Joseph Epstein befehligte die Pariser Region. Er wurde postum zum Oberstleutnant der französischen Armee und Ritter der Ehrenlegion ernannt. Marcel Langen stand in Südfrankreich an der Spitze der Resistance. Sie alle fielen im Kampf. Die meisten Agenten der Organisation "Rote Kapelle" in Frankreich und Belgien mit ihrem Chef Leopold Trepper waren Juden.
In einem Schauprozeß der Nazis gegen den französischen Widerstand in Paris wurden 23 Antifaschisten, darunter 12 Juden, zum Tode verurteilt und am 21. Februar 1944 hingerichtet; unter ihnen als einzige Frau Golda Bancic, die in Rumänien als Nationalheldin geehrt wird.

Die Nazis ließen Tausende von großen roten Plakaten drucken, die die Hingerichteten und ihre "Terrorakte" als warnendes Beispiel zur Schau stellten. Die 23 Helden vom "L'Affiche Rouge" sind der Stolz der französischen Resistance. Ihnen sind mehrere Bücher, Dokumentarfilme und ein Gedicht von Louis Aragon gewidmet.
Es gab 20.000 jüdische Partisanen in Polen, Litauen, in Weißrußland, in der Ukraine; aber auch in Belgien, Italien, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien. 350 sowjetische Juden erhielten die höchste Auszeichnung "Held der Sowjetunion", 50 polnische Ghetto-Aufständische wurden mit dem Tapferkeitsorden "Virtuti Militari" geehrt, darunter Pinkus Kartin, ehemaliger Offizier in Spanien, der per Fallschirm über Warschau abgesetzt wurde, um den Kampf gegen die deutschen Besatzer zu organisieren.
Wo immer es im besetzten Europa entsprechende Bedingungen gab, wie eine günstige Topographie und positive Einstellung der Bevölkerung, haben sich die Juden gewehrt. Die meisten von ihnen hatten keinen Staat, der sie unterstützen konnte. Weder Moskau noch London haben ihnen Waffen geliefert. Sie mußten sich diese auf abenteuerliche Weise selbst besorgen.
Kein jüdischer Widerstandskämpfer wiegte sich je in der Illusion, daß er und seine Waffenbrüder das mächtige Dritte Reich besiegen könnten.
Das Credo der meisten von ihnen war: Wir kämpfen und sterben für die Ehre des jüdischen Volkes, für einige Zeilen in den Geschichtsbüchern. Hilberg radiert diese Zeilen aus und verbannt alle Opfer, ob Widerstandskämpfer oder nicht, ins anonyme Grab des Verschweigens und Vergessens. Er deckt sie mit Tonnen von Akten der Mörder zu und schüttet auf die Gräber Tausende von Fußnoten seiner Bücher. Er beschwert mit seinen Behauptungen die ohnehin von Überlebens-Schuldkomplexen schwer beladene Existenz der wenigen am Leben gebliebenen Kämpfer gegen Hitler, anderer Überlebender und die ihrer Familien.
Hilberg hat sein großes Werk mehrfach überarbeitet und aktualisiert. Aber nach Durchsicht aller Ausgaben, der von 1961, 1982 und 1990, stellen wir fest, daß er zumindest eine These nie abgeändert hat. Der letzte Absatz des Kapitels "Die Opfer" blieb 29 lange Jahre in allen Ausgaben unverändert. Wir müssen deshalb diesen Satz als sein "ceterum censeo" betrachten: "Zum ersten Mal auch stürzten sich die jüdischen Opfer - gefangen in der Zwangsjacke ihrer Geschichte - physisch und psychisch in die Katastrophe. Die Vernichtung der Juden war somit kein Zufall."
Die Juden hatten selber schuld! Das ist die Quintessenz seiner Werke. Trotzdem sei die ungeheure Bedeutung seiner Forschungen für die Zeitgeschichte und für uns, die Überlebenden, hervorgehoben. Hilberg hat die Nazi-Mörder ans Licht gezerrt und die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime erst ermöglicht. Diese seine Lebensleistung bleibt unvergessen. Es bleibt nur zu hoffen, daß er auch bald seinen dreißigjährigen Krieg gegen den jüdischen Widerstand beenden wird.<<

05.04.1993

Belgien: Die EG beginnt am 5. April 1993 mit den Verhandlungen über den Beitritt Norwegens. Ferner wird ein Handels- und Kooperationsabkommen sowie ein Verkehrsabkommen mit Slowenien unterzeichnet.

07.04.1993

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>**Bonn fördert deutsche Landkreise in Rußland**
Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...
Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Ver-

fügung stellen. ...<<

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfsgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperationsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

17.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. April 1993 über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine: >>**Bonn zahlt sowjetischen NS-Opfern eine Milliarde**

Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, das vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den drei Ländern eingebracht werden.

Die drei Regierungen akzeptierten ihrerseits in der Vereinbarung, daß sie über diesen einmaligen deutschen Betrag hinaus keine weiteren finanziellen Ansprüche stellen. Die Gründung der Stiftungen geht auf eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Präsident Boris Jelzin vom Dezember zurück.<<

27.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1993: >>**Havel fordert "symbolische Entschädigung" für Nazi-Opfer**

Zum Abschluß seines dreitägigen Deutschlandbesuchs ist der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am Montag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. ...

Havel hatte sich am Morgen vor Journalisten dafür eingesetzt, daß tschechische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Deutschland "symbolisch" entschädigt werden. Eine solche "Geste der Versöhnung" sei nützlich und wünschenswert. Er würde die Form einer Stiftung zur Entschädigung der NS-Opfer bevorzugen, sagte Havel, doch könne man auch über andere Modelle nachdenken.

Entschädigungen über eigens dafür gegründete Stiftungen leistet Deutschland bereits an NS-Opfer in Polen sowie in Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Die polnische Stiftung ist mit einem Kapital von einer Milliarde Mark ausgestattet worden; bei den anderen soll ebenso

verfahren werden.
In diesem Zusammenhang schloß Havel tschechische Entschädigungsleistungen an vertriebene Sudetendeutsche aus.
Die demokratische Regierung der ehemaligen Tschechoslowakei habe den wagemutigen Schritt unternommen, Unrecht, das der Kommunismus zwischen 1948 und 1989 begangen habe, zu korrigieren. Die Korrektur von Unrecht aus der Zeit davor sei "weder möglich noch realistisch".
Havel war zuvor in Stuttgart für sein Engagement für Menschen- und Bürgerrechte als erster Ausländer mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden.<<

15.05.1993

Polen: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlicht am 15. Mai 1993 im polnischen Nachrichtenmagazin "Polityka" folgenden Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/5-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen Ländern, Siebenbürgen usw.
In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten überging man mit Schweigen.
Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen.
Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.
Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben.
Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug. In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach.
"Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" ...
Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, ob es im polnischen Bewußtsein – auch der Nachkriegsgeneration, die sich ja so mit der Geschichte ihres Landes identifiziert – überhaupt ein Gefühl der Verantwortung für die Mißbräuche gibt, die mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen zusammenhängen. Hat man sich die Botschaft der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 mit dem bezeichnenden Signal "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" zu eigen gemacht?
Bei der Lektüre der Zeitzeugenberichte von deutscher Seite – also in diesem Falle von Opfern

– erhebt sich im übrigen der gleiche Zweifel. Die Deutschen im Osten, die das Ende des Krieges zu Hause erreichte, konnten für gewöhnlich nicht verstehen, wofür sie soviel Unglück traf. In ihren Berichten taucht äußerst selten eine Reflektion über die Hitlerische Todesmaschinerie gegenüber den unterworfenen Völkern auf. ...
Es ist Zeit, daß wir Berichte der anderen Seite kennenlernen – derer, die die von uns im Jahre 1945 eingenommenen Gebiete verlassen haben, denn ihr Schicksal ist auch ein Teil unserer Geschichte, so wie das Schicksal der Polen, Russen oder Tschechen ein Teil der deutschen Geschichte ist.
Natürlich muß man bei der Lektüre ausgewählter Ausschnitte aus deutschen Berichten daran denken, daß sie Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurden, daß man in ihnen eine gewaltige emotionale Erregung und – manchmal – eine ausdrückliche Feindseligkeit gegenüber der anderen Seite spürt. Es gibt jedoch keinen Grund, die Glaubwürdigkeit dieser Berichte in Frage zu stellen.
Bis zum Sommer 1944 waren die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Provinzen eine Oase der äußeren Ruhe. Die Einwohner Ostpreußens, Pommerns und Niederschlesiens – dieser Kornspeicher Deutschlands – sowie Oberschlesiens – dieser deutschen Waffenschmiede – kannten den Krieg "aus zweiter Hand".
Zwar fielen die Männer an den Fronten, und zur Produktion zog man immer mehr Zwangsarbeiter aus den unterworfenen Gebieten heran, aber die Bombenteppiche erreichten die ostdeutsche Städte nicht, und die offiziellen Meldungen ließen die Menschen noch immer an den Endsieg glauben. Unruhe erweckten die immer zahlreicheren Todesanzeigen und die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus den bombardierten Städten West- und Mitteldeutschlands.
Doch am 22. Juni 1944 begann die Offensive, und binnen einiger Wochen drang die Sowjetarmee, nachdem sie 30 deutsche Divisionen zerschlagen hatte, in die Nähe Ostpreußens und Oberschlesiens vor. Vom Oktober an kam die Front zum Stehen, und die Russen begannen, sich auf die entscheidende Winteroffensive vorzubereiten.

Der Schrecken von Nemmersdorf

Diese Offensive begann am 12. Januar 1945, und im Laufe von zweieinhalb Monaten besetzten die Russen fast das ganze Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße. In dieser Zeit spielte sich die größte Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung ab, die in Panik vor dem heranziehenden Feind floh.
Das Hauptmotiv, weshalb Frauen mit Säuglingen, alte Menschen und Kranken und Invaliden sich entschlossen hatten, Heim und Herd zu verlassen und sich bei 28 und 30 Grad Frost auf das Wagnis der Flucht einzulassen, war der Schrecken von Nemmersdorf, eines grenznahen Dorfes in Ostpreußen, das zuerst (am 20. Oktober 1944) in die Hände der Russen gefallen und danach von den Deutschen wiedererobert worden war. Die Meldungen darüber, was in Nemmersdorf geschehen war, ließ Goebbels über das ganze Land verbreiten, um in den Deutschen einen verzweifelten Willen zu verbissenem Widerstand aufrecht zu erhalten. ...
Nach Durchführung einer Obduktion stellte sich heraus, daß alle Frauen vor dem Tod vergewaltigt worden waren. In dem Pogrom sind ca. 60 bis 70 Menschen umgekommen.
Das, was sich in Nemmersdorf ereignete, war kein Einzelfall, es wiederholte sich später in verschiedenen Varianten in anderen Ortschaften Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Die Rache der Russen traf jene, die sie auf dem besetzten Gebiet erreichen konnte – Frauen, Alte und Kinder.
Die Stoßkraft der russischen Armee, die schnelle Offensive, machte eine organisierte Evakuierung der Bevölkerung aus den Gebieten nahe der Front unmöglich. Zudem hat die NSDAP bis zum letzten Moment die Evakuierung verzögert, und diejenigen, die flüchteten, wurden wegen Defätismus" bestraft. Wenn sie (die Evakuierung) begann, war es zu spät (zur Flucht). Die Wagen der Flüchtenden gerieten zwischen die kämpfenden Einheiten, wurden durch Pan-

zer von der Straße abgedrängt und von Flugzeugen beschossen. ...

Makabre Szenen

... Der russische Ring wurde immer enger, auch um Danzig. Anfang März begann die russische Armee die große Offensive gegen die Weichselmündung und Ostpommern und schnitt dadurch den Landweg nach Westen ab. Als letzter Ausweg blieb der Seetransport. ...

Die Flucht der Deutschen aus Schlesien verlief weniger dramatisch als in anderen Regionen des Reiches, die Menschen mußten nicht über das Meer setzen oder wochenlang auf den Transport warten. Trotzdem waren der Marsch der Zivilbevölkerung aus dem umlagerten Breslau und der Kampf um einen Platz in den letzten Zügen, die aus der Stadt gingen, ebenso dramatisch. ...

Krepiere, deutsches Schwein

Viele Schlesier wurden in Böhmen und Mähren auch ein Opfer der Selbstjustiz durch die tschechische Bevölkerung, die zum Kriegsende in grausamer Weise sowohl auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 durch Hitler und die Führer der deutschen Minderheit als auch auf die eigene Fügsamkeit in der Zeit des Protektorats reagierte.

Erika A., eine Lehrerin aus Krummhübel, beschreibt ihre Erlebnisse in Pardubitz nach Einmarsch der sowjetischen Armee:

"Man jagte uns mit Schlägen von den Wagen und zwang uns, in einer sechsreihigen Kolonne anzutreten. Wir haben schon nichts mehr, was zu tragen wäre, die Tschechen haben alles 'aufgeräumt'. Unsere russischen Wächter sind alle verschwunden. Den Zug begleitet tschechische Miliz in Zivil mit roter Armbinde. Ich dränge mich in die Mitte des Zuges. Mein Nachbar wird gezwungen die verhaßte Fahne zu tragen. Nach wenigen Metern hat man schon aus den Fenstern auf ihn gezielt. Er fällt, wir gehen weiter. Ich weiß nicht, über wieviele sterbende bzw. Tote wir schon gegangen sind, 10 oder 15? Wer zählt sie überhaupt?

Wir ducken (uns) zwischen den Steinen zusammen, mit denen uns die tschechischen Weibsbilder haßerfüllt bewerfen. 'Krepiere deutsches Schwein!' Auf den Katzenköpfen fahren sie uns hin und zurück. In jeder Ortschaft drohen sie uns mit Fäusten, fliegen die Steine, werden Flüche ausgestoßen!

In den Straßengräben Leichen, hunderte Leichen mit verrenkten Armen und Beinen. An den Straßenbäumen hängen Leiber von Frauen und Kindern. ... Viele werden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und sterben langsam. In jeder Ortschaft lärmende Radiomusik – unterbrochen von aufpeitschenden Parolen, die von den Tschechen begierig gehört werden: 'Deutschenmord ist nicht strafbar' – 'Tötet, Tötet!'

Als wir zurückmarschieren, verlangt die Miliz, Gleichschritt zu halten. Wir gehen an der Kirche vorbei, aus der man die Stimme des Priester hört: 'Tötet die Deutschen, wo ihr sie nur erwischt. Die Schuld wird euch vergeben.'

Nicht einmal, sondern stundenlang, diese Stimme tröpfelt den Haß in die Ohren der Menschen hinein. Sogar die Orgelmusik verhüllt diesen Haß nicht, mit dem der Diener Gottes seine Landleute zum Mord auffordert."

Diese Exzesse – und sie waren keine Seltenheit – waren nicht nur der Ausbruch blinder Wut, sondern auch das Ergebnis einer geplanten Propagandaaktion, die aus blutiger Rache eine Tugend machte. So war es an der Ostfront, wo eine entsprechende Aktion in den sowjetischen Truppeneinheiten lange vor dem Vordringen auf das ehemalige Reichsgebiet durchgeführt wurde.

"Die Deutschen sind keine Menschen", lautete eines der Kriegsflugblätter, die von Ilja Ehrenburg unterzeichnet waren:

"Von heute ist das Wort 'Deutscher' für uns der schlimmste Fluch. Von heute bewirkt das Wort 'Deutscher', daß wir automatisch die Waffe entsichern. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten.

Wenn Du glaubst, daß statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird, dann hast du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich. Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, töte ihn mit dem Seitengewehr.
Wenn in deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden.
Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen!"
So sahen die Flugblätter aus, die den (sowjetischen) Soldaten zur Rache befähigten, seine psychischen Blockaden enthemmen sollten. Und sie waren wirksam, besonders im Fall der zweiten Frontlinie. Die Soldaten der Panzereinheiten, die gewöhnlich als erste die deutschen Dörfer und Städte einnahmen, warnten nicht selten die örtliche Bevölkerung: "Jene, die nach uns kommen, sind böse, nach uns kommen die wirklichen Schüler Stalins."
Das brutale Vorgehen der Armee in den deutschen Gebieten hatte die stille Billigung Stalins. Im Gespräch mit Milovan Djilas erzählte Stalin von einem Major, den man für versuchte Vergewaltigung zum Tode verurteilt hatte. Auf die persönliche Intervention Stalins ließ man den Major frei und schickte ihn an die Front, wo er sich mit Heldentaten hervorgetan habe.
Stalin sagte dabei: "Stellt euch einen Menschen vor, der auf dem ganzen Weg von Stalingrad nach Belgrad Tausende Kilometer durch sein zerstörtes Land gezogen, über die Leichen von Kameraden und der liebsten Angehörigen gestiegen ist! Wie kann so ein Mensch noch normal reagieren! Und was ist daran schrecklich, daß er sich nach allen Schrecklichkeiten mit einer Frau vergnügt?
Ihr stellt euch die Rote Armee als ideal vor. Aber sie ist nicht ideal und kann nicht ideal sein, selbst wenn in ihren Reihen nicht ein gewisser Prozentsatz Verbrecher wäre. Wir aber haben ja die Tore unserer Zuchthäuser geöffnet und diese Menschen in die Armee geschickt."

Vergewaltigungen auf Befehl

Neben "wilden" Vergewaltigungen spielten sich gezielte Vergewaltigungen auf Befehl ab, als Form gezielter Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Frauen und um dasselbe zu brechen. Erinnerungen von Erika A. aus ihrem Bericht:
"Ich vergesse nie diesen Blick. Ängstlich an die Wand gedrückt hunderte deutscher Frauen und Kinder. Im scharfen Licht erkenne ich die Mädchen mit Zöpfen, die Mütter halten Säuglinge in den Armen, alte Frauen mit Kopftüchern. Plötzlich ein Befehl – und hinter unserem Auto stürmt eine ungezählte Schar von Russen hervor. Sie greifen an die Gürtel, laufen mit aufgeknüpften Hosen, manche stolpern, aber stehen schnell auf – und nach einer Weile ertönen von jenseits der Mauer her Wehschreie, Weinen, Flehen und Winseln. Unvorstellbar! Vergewaltigung auf Befehl. Mit russischer Disziplin organisiert. ..."
Durch massenhafte Vergewaltigungen blieben bei den Frauen dauerhaft psychische Schäden zurück, viele nahmen sich das Leben, andere verfielen in tiefe Depressionen und erlitten seelische Zusammenbrüche, Geschlechtskrankheiten verbreiteten sich, denen man nicht entgegenwirken konnte und gegen die es keine Medikamente gab. ...
Erst nach der Überschreitung der Oder und Lausitzer Neiße führte das sowjetische Kommando die scharfe kasernenartige Disziplin ein. Trotzdem behandelten die Soldaten nicht nur die Frauen als "jagdbares Wild", in den russisch besetzten Gebieten gab es fast keinen Widerstand, denn jeder Deutsche muß damit rechnen, festgenommen und als Mitglied des "Wehrwolfes" erschossen zu werden.
Als Schuldbeweis konnte eine aufbewahrte Wehrmachtsuniform, eine versteckte Pistole oder ein nicht rechtzeitig genug fortgeworfenes Exemplar von "Mein Kampf" ausreichen. Deutsche

Historiker schätzen, daß infolge der Lynchjustiz in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Russen 75.000 – 100.000 Menschen getötet wurden.
Außerdem wurde die einheimische Bevölkerung systematisch ihres mehr oder weniger wertvollen Besitzes beraubt. Es geschah beispielsweise, daß die Einwohner eines Dorfes oder einer Stadt zusammengetrieben und dann einige Tage in die Umgebung verjagt wurden, um einfacher die verlassene Habe plündern zu können. Das, was den plündernden Soldaten unbrauchbar schien, wurde sinnlos zerstört. Auf diese Weise wurden große Teile der schlesischen und pommerschen (sowie westpreußischen) Städte noch nach Ende der Kampfhandlungen verwüstet, unter anderem 80 % Danzigs.

Gefangenschaft und Deportation

Gleichzeitig mit Einrichtung der sowjetischen Verwaltung wurden Deportationen der zivilen Bevölkerung bis tief in die UdSSR aufgenommen, schon im Dezember 1944 begann man mit dem Abtransport tausender Angehöriger der deutschen Minderheit aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Seit Januar 1945 traf die Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien das gleiche Schicksal. Stalin hat sich um Legalisierung dieser Praktiken durch die Alliierten bemüht und in Jalta (4.-11. Februar 1945) die Zustimmung der Verbündeten zum Einsatz der Deutschen als Arbeitskräfte erhalten, sozusagen als eine Art Wiedergutmachung für die von den Deutschen verursachten Zerstörungen.
Erste Etappe der Verbannung waren Übergangslager – unter anderem in Ciechanów, Posen, Sikawa, Beuthen, Krakau und Przemysl. Die Häftlinge dieser Lager wurden von Funktionären des NKWD verhört, die mühelos deren "Schuld" nachwiesen. ...
Etwa fünf Millionen Deutsche erlebten den Einmarsch der Sowjetarmee in den Ostgebieten des Reiches. Bald mußten auch sie die Heimat verlassen. Bevor es jedoch dazu kam, lebten die Deutschen mehrere Monate, manchmal Jahre, zuerst unter russischer und dann unter polnischer Verwaltung. Die Beziehung zwischen Polen und Russen in den Westgebieten gestalteten sich nicht zum besten.
Dies resultierte nicht nur aus den historischen Gegensätzen, die beide Völker trennten. Es ging auch um die Konkurrenz bei der Beherrschung der eingenommenen Gebiete. Die Russen wollten möglichst viel aus diesen Gebieten herausholen, die Polen möglichst viel behalten. Ununterbrochen gingen demontierte Industrieeinrichtungen nach Rußland, und was sich nicht herausschleppen ließ, wurde oft absichtlich zerstört.
Die polnische Verwaltung übernahm also von den Verbündeten ein zerstörtes, verbranntes und fast vollständig ausgeraubtes Land.
Ihrerseits machte sich die polnische Verwaltung an eine hastige Polonisierung, d.h. sie machte sich daran, die Spuren des Deutschtums in den Westgebieten zu verwischen. In Oberschlesien, das wegen seiner starken katholischen Tradition bekannt ist, verbot man sogar in den Kirchen die Messe in deutscher Sprache. ...

Das Recht auf Rache

Nach der (deutschen) Besatzungszeit erschienen Rache und Vergebung an den Deutschen für den Terror und den Völkermord wie ein Naturgesetz. In den (polnischen) Staatssicherheitsdienst UB nahm man im übrigen häufig junge Menschen auf, die noch nicht einmal zwanzig Jahre alt und durch den Krieg demoralisiert waren, sie lebten oft auf eigene Faust ihre Macht aus - als Herren über Leben und Tod.
Zwar wurden nach der Kapitulation Deutschlands offiziell Gewalttaten verboten und sogar – wie in Greifenberg in Pommern – Prozesse gegen Beamte des Staatssicherheitsdienstes veranstaltet, welche sich Unrechtstaten gegen Deutsche zuschulden hatten kommen lassen, dennoch waren Verfolgungen und Schikanen gegenüber der deutschen Bevölkerung an der Tagesordnung.
In Niederschlesien wurden nach russischem Muster "Adolf Hitler-Gedenk-Märsche" veran-

staltet, wobei man die Menschen kilometerweit trieb.
Eine andere Form der "Reedukation" (Umerziehung) – die in physische und psychische Torturen überging – war die Exhumierung von den sterblichen Überresten der von Gestapo, SS oder Wehrmacht erschossenen KZ-Opfer.
Es folgt der Bericht von M. W. aus Landeshut in Niederschlesien. Sie wurde auf der Straße festgenommen, man drückte ihr einen Spaten in die Hand und trieb sie zum Friedhof:
"Mäntel ausziehen, kam der Befehl. Dann: 'Hinein in die Grube und mitschaufeln'. Mit Erleichterung stellten wir fest, daß es ganz harter, alter Boden war, also ein neu zu schaufelndes Grab. ...
Dann erschien ein Milizionär oben am Rand und suchte 4 junge Mädchen aus. 'Mitkommen!' Wir kletterten hastig und ängstlich hinauf. Wir wurden auf die andere Seite des Friedhofes geführt, wo ebenfalls Männer am Schachten waren. Aber hier waren es Gräber mit Leichen gefüllt, wie wir an dem üblen Geruch merkten. Und hier klatschte es schon mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Rücken der emsig arbeitenden deutschen Männer, hier wurden immer wieder unterdrückte Schreie laut.
Wir mußten eine Tragbahre anfassen und bekamen etwas draufgelegt – einen Toten? Wir schauten nicht hin, rannten nun mit der Bahre auf Befehl los bis zum Rasenplatz in der Mitte des Friedhofes. 'Absetzen!' Dann rannten wieder zwei Männer herbei, die unsere Last abnehmen und auf den Rasen betten mußten. Wir ahnten das alles mehr, wir schauten noch immer nicht hin, da war dieser fade, süßliche Geruch, der sich immer mehr verbreitete und einem in der Kehle würgte. Wieder im Laufschritt zurück zum Grab und nun: 'Packt selbst an, los!' Jetzt mußten wir schauen.
Da unten lagen halbverfaulte Leichen, wohl ein bis zwei Jahre unter der Erde, mit gestreiften Kleiderfetzen angetan – KZler. Wie sollten wir zupacken? 'Mit den Händen, Ihr deutschen Schweine.' Wir stiegen halb in die Grube hinab und zerrten zu zweit eine Leiche nach oben. ... Und dieser pestartige Gestank! Wir keuchten wieder zum Rasenplatz und legten nun selbst unsere Last neben die anderen Leichen. ... Wir wollten uns die schmierigen, schwarzen Hände im Gras abwischen. Es wurde nicht gestattet. Weiter!
Auf der Friedhofsmauer, in der Nähe des Grabes, hatten sich die Schaulustigen der polnischen Bevölkerung eingefunden. Das Taschentuch vor der Nase hockten sie stundenlang da, überschütteten uns mit wüsten Schimpfereien und feuerten die Miliz zu immer wilderen Hieben an. Uns wurde der Atem immer kürzer, die Leichen immer schwerer; wir kriegten sie nicht mehr hoch. Ein "ich kann nicht mehr!" entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Schlag und noch einen und noch einen.
... Wir konnten nicht mehr. Ein 'Ich kann nicht mehr!' entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Stockschlag und noch einen und noch einen.
Nun war mir alles gleich. Ich schleifte die Leiche an den Strümpfen, an meinem Rock, an meinem weißen Pullover hoch, ich mußte sie um jeden Preis auf die Bahre bringen. Es gelang. Ich roch nun selbst wie eine Leiche, es grauste mir vor mir selbst."
Die brutale Rache an den Deutschen traf nach dem Krieg – nach dem Prinzip der Kollektivverantwortung – Schuldige und Unschuldige am Nazismus, und die vom Krieg und von der Macht demoralisieren jungen Menschen eigneten sich nicht sehr zur "Reedukation" vor irgend jemandem, sondern höchstens zur Rache.
Der Status der Deutschen in Polen unmittelbar nach Kriegsende wurde durch einen ganzen Komplex von Dekreten bestimmt, unter ihnen auch durch das Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistische und Naziverbrecher, deren Tätigkeit – insbesondere auf den 1939 dem Reich angegliederten Gebieten – natürlichen Personen oder der polnischen Nation Schaden zugefügt hatte. Ein Zusatz vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Kreis der Verräter um Mitglieder aller "verbrecherischen Organisationen".

Diese Verordnung bewirkte eine Welle von Massenverhaftungen. Wer bist zu dieser Zeit der Verhaftung durch die Russen entgangen war, fiel in die Hände der (polnischen) Miliz. Opfer waren selten Naziprominente, denn diese waren schon längst nach Westen geflohen. In die Gefängnisse und Lager gerieten die einfachen Mitglieder der NSDAP, der deutschen Polizei, der Jugend- und Frauenorganisationen des Dritten Reiches.
Wer unschuldig war, bekannte sich unter Schlägen und Folterungen ebenfalls zu einer Schuld. Auf diese Weise füllten sich die Gefängnisse in Fordon, Graudenz, Koronowo, in Lodz, Warschau und vielen anderen Städten mit Deutschen. Die "Verhöre" in den Kellern des Sicherheitsdienstes blieben vielen deutschen Zeugen ebenso tief im Gedächtnis wie den damals verhafteten Polen.
Die Deutschen saßen in polnischen Gefängnissen mehrere Jahre. Die ersten Prozesse der sogenannten Außerordentlichen Strafgerichte begannen Ende 1946/Anfang 1947. Nachdem die Deutschen ein dreijähriges Urteil abgesessen hatten, kamen sie jedoch selten hinaus in die Freiheit, die nächste Etappe waren Arbeits- und Internierungslager.

Schatten der Hölle von Lamsdorf

Besonders grausigen Ruhm hat das Lager Lamsdorf, etwa 40 km von Oppeln, erlangt. Fast ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende versuchen deutsche und polnische Historiker, Juristen und Publizisten die Wahrheit über dieses Lager zu ergründen. ...
Am 4. Oktober 1945 brach im Lager ein Feuer aus. Die Ursachen sind unklar, jedoch behauptet die Mehrzahl der Zeugen, die Baracke mit den Häftlingen sei absichtlich angezündet worden. Einer der Zeugen hat sich erinnert:
"Wir waren kaum auf die Straße getreten, (da) begegnete uns der Mörderling Ignaz. Er ließ uns halten, griff sich Emmanuel M. aus Grüben heraus und legte dreimal mit der MP auf ihn an, aber es war jedesmal ein Versager. Ignaz steckte die Patrone wieder ins Magazin und ließ uns weitergehen. Wir waren kaum 20 Schritte gegangen, da ließ er uns wieder halten. Als er herankam, fragte er jeden nach der Parteizugehörigkeit. W. aus Karbischau meldete sich als einziger. Er mußte an den Straßenrand treten. Es krachten 2 Schüsse, und W. brach sterbend zusammen.
Als wir auf den Brandplatz kamen, lagen bereits mehrere Tote um die brennende Baracke. Ich mußte die Toten wegschaffen lassen. Es herrschte ein wüster Lärm. Die Menschen, auch Frauen wurden gehetzt und gejagt, zu Boden geschlagen und erschossen. Wasser zum Löschen war nicht vorhanden. ... Ein Teil der Männer mußte Sand auf die Dächer der nebenstehenden Baracken tragen, damit die Teerpappe nicht Feuer fing. Die restlichen Männer und Frauen mußten den Brand bekämpfen. Den Boden mußten sie mit Händen in Eimer kratzen. Dann mußten sie den Sand in die Flammen schütten.
Jeder, der nicht nahe genug an das Feuer ging, wurde in die Flammen gestoßen. Viele fielen dabei in den Flammen zu Boden. Die Stehenbleibenden wurden erschossen. Solche Opfer mußten aber gleich von Kameraden herausgeholt werden. Einige von diesen Opfern lebten noch, als sie aus dem Feuer herauskamen. Wenn sie Schmerzensschreie ausstießen, wurden sie zu Boden getreten."
Dem Autor dieses Berichtes zufolge hat der Barackenbrand etwa 40 Opfer gefordert. ...

"Heuschrecken in den Wiedergewonnenen Gebieten"

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in der ersten Phase der Übernahme der Westgebiete waren völlig unkontrolliert. In diese Gebiete strömten alle möglichen Arten von Dieben, die "Heuschrecken der Wiedergewonnenen Gebiete", welche leichte Beute witterten.
Ein Teil von ihnen ging später in die Miliz, andere kehrten nach Ausplünderungen der noch in diesem Gebiet verbliebenen Deutschen nach Zentralpolen zurück.
Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. Die Repatrianten

von jenseits des Bugs besiedelten zuerst die Dörfer, wobei sie die besten Höfe der Deutschen erhielten. Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte.
Unterschiedlich gestaltete sich das Zusammenleben der wegziehenden Deutschen und der hereinströmenden Polen. Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...
Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzogen sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ...
In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.
Hans P., evangelischer Pastor aus Bad Polzin bei Belgard, erinnert sich: "... Nachts kam dann ein Transportzug aus Viehwaggons. Als wir mit diesem abfuhren, ging gleich das Plündern los. Polnische Banditen waren überall mit eingestiegen, blendeten uns mit ihren Stabtaschenlampen, durchsuchten und zogen uns zum Teil aus. Der Begleitposten des Waggons stand hohnlachend dabei und hielt den jeweils Behandelten die Maschinenpistole auf die Brust, daß keiner sich wehrte. ...
Jedesmal, wenn der Zug hielt, stiegen die Banditen aus, und neue stiegen an ihrer Stelle ein. Die ganze Strecke war in Plünderungsbezirke eingeteilt, und die Posten steckten mit den Raubkolonnen unter einer Decke. Bei manchen Waggons sollen die Insassen gesammelt und den Posten bestochen haben. Wenn die gesammelte Summe groß genug war, hat er die Plünderer nicht hereingelassen. In unserem Waggon hatte aber keiner größere Summen polnisches Geld bei sich. Deutsches Geld nahmen sie nicht.
Als wir gegen 6.00 Uhr morgens am 15. Dezember in Scheune bei Stettin den Zug verlassen mußten, stand ich ohne Mantel, Rock und Weste, ohne Schuhe, auf Strümpfen, in Hose und Strickjacke, meine Frau auch ohne Mantel und ohne Schuhe auf dem Bahnsteig unter freiem Himmel bei 15 Grad Frost. Kurz nach uns wurde ein zweiter Transportzug ausgeladen. Und alle 3.000 Menschen waren wie wir mehr oder weniger leicht gekleidet.
Nur ganz wenige waren noch vollständig angezogen. Manche waren verwundet oder zusammengeschlagen. Aus unserem Zug sind etwa 20 erschossen worden, weil sie sich gegen die Ausplünderung gewehrt hatten. Und da standen wir und warteten auf Züge, die uns das letzte Stück über die Oder bringen sollten. Bahnbeamte sagten uns, manchmal dauerte es mehrere Tage."
Damit könnte man den Bericht vom "Abschied aus dem alten deutschen Osten" aus deutscher Sicht beenden. Die deutsche Sicht ist zwar eine andere als die polnische, aber nicht anders als die polnischen Erfahrungen aus den Kriegsjahren. Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht.
Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der

Deutschen legalisiert haben.
Die Bundesrepublik hat jahrzehntelang auf die Friedenskonferenz gewartet, die die rechtsgültige Regelung der westlichen Grenze Polens bringen sollte. Gleichzeitig konnte kein vernünftiger Mensch davon ausgehen, daß infolge einer solchen Konferenz der Stand aus der Zeit vor dem Jahre 1945 wiederhergestellt wird und der Kreis sich gleichsam schließlich würde.
Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.
Deswegen ist das Prinzip dignitas humana von so großer Bedeutung, um, wie der Amerikaner Alfred Maurice de Zayas schreibt, in künftigen Jahrzehnten die Idee der Menschenwürde – auch des eigenen Feindes - und das Gerechtigkeitsprinzip gegenüber jedem zu verteidigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "Polonisierung Ostdeutschlands (x309/126-127): >>... Nach der Vertreibung tat man alles, um möglichst alle Spuren der Landesbewohner zu beseitigen. Eine Sektion des Posener "Westinstituts" und staatliche Ortsnamenskommissionen machten sich daran, polnische Ortsnamen zu erfinden; auch Vornamen und Familiennamen der verbliebenen Deutschen wurden polonisiert; aus Schulz wurde Szulz, aus Georg wurde Jerzy und so weiter. Viele deutsche Friedhöfe wurden verwüstet oder ganz nivelliert und deutsche Inschriften in Kirchen, Schulen und Privathäusern entfernt.
Erscheinungen dieser Art hat Alexander Solschenizyn in seiner Dankrede für den Literaturnobelpreis 1970 angesprochen:
Dreist und siegreich schreitet die Gewalt auf der ganzen Welt voran, sich immer weniger um den Rahmen der jahrhundertealten Gesetze kümmernd, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß die Fruchtlosigkeit der Gewalt in der Geschichte bereits vielfach aufgezeigt und erwiesen ward. Und es triumphiert nicht einmal die simple, rohe Gewalt, sondern der Posaunenchor ihrer Verteidiger; die Welt wird von der dreisten Behauptung überrumpelt, daß die Gewalt alles kann, das Recht aber nichts.
Doch vergessen wir nicht, daß die Gewalt nicht allein leben und weiter bestehen kann; - sie ist unweigerlich mit der Lüge verflochten. Zwischen den beiden besteht die natürlichste, die tiefste Verwandtschaft und Bindung; ... Jeder, der einmal die Gewalt zu seiner Methode erklärt hat, muß unweigerlich die Lüge zu seinem Prinzip erklären.
Alles in allem beweisen Planung und Durchführung der Deutschenvertreibung aus dem polnischen Machtbereich, daß hier ein Fall von Völkermord (Genozid) vorliegt; denn es ging der Regierung und den Tätern darum, durch Terror die ethnischen Gruppen der Schlesier und Ostpreußen ganz und die der Pommern und Brandenburger zum Teil zu zerstören. Dies ist auch die Ansicht führender Völkerrechtslehrer wie Felix Ermacora, Dieter Blumenwitz, Otto Kimminich und Alfred M. de Zayas.<<

18.05.1993

Dänemark: 51,8 Prozent der Dänen stimmen am 18. Mai 1993 für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.

24.05.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Mai 1993: >>**Jahrhundertelang hat Feindschaft Polen und Ukrainer getrennt**
... Der Zweite Weltkrieg war schon fast vorbei, als in der Ukraine immer noch gekämpft wur-

de. Antikommunistische Partisanen lieferten sich dort sogar noch bis in die fünfziger Jahre hinein Gefechte mit der Sowjetarmee. Und im vorübergehenden Machtvakuum der Endkriegszeit beglichen sie auch lange ausstehende Rechnungen mit der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. Mindestens eine halbe Million Polen soll bei den Massakern der "Ukrainischen Aufstandsarmee" OPA ums Leben gekommen sein.
Viele Polen flohen damals nach Zentralpolen; eine große Zahl von ihnen wurde in die ehemals deutschen Westgebiete umgesiedelt. Dort ist das Wolhynien-Trauma bis heute lebendig, mache Menschen reagieren in dieser Region sogar schon auf das Wort "Ukraine" mit Wutausbrüchen oder Erbleichen. Wolhynien war der vorläufige Endpunkt einer jahrhundertelangen Nachbarschaft, die im Bewußtsein von Ukrainern und Polen bis heute nicht als freundschaftlich und gewaltfrei, sondern als blutig und haßerfüllt gilt.
Jahrhundertelang lebten Ukrainer und Polen zusammen in den gleichen Gebieten, zunächst in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, später im habsburgischen Galizien und dann unter dem polnischen Zwischenkriegsregime. Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.
Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnliche Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostopolen hofft - beides bisher vergebens. ...<<

26.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1972-1998 Mitglied des Bundestages) erklärt am 26. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/191-192): >>... Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politkern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen. Manchmal entsteht bei ihnen sogar der Verdacht, daß das undifferenziert ausgesprochene Wort "Ausländerfeindlichkeit" von der Politik als Kampfbegriff zur Ruhigstellung des eigenen Volkes verwendet wird.
Ich kann nur warnen, meine Damen und Herren. Es wäre besser, wenn wir zugeben würden: Nicht das deutsche Volk hat in der Asylfrage versagt, sondern die deutsche Politik hat in der Asylfrage versagt.<<

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

02.06.1993

Belgien: Die Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten beschließen am 2. Juni 1993 die Errichtung der europäischen Polizeibehörde EUROPOL.

22.06.1993

Rußland: Der Moskauer Generalstaatsanwalt (Hauptverwaltung zur Überwachung der Durchführung der Gesetze in den Streitkräften) der Russischen Föderation schreibt am 22. Juni 1993 (x170/193): >>**Rehabilitierungsbescheinigung**
Hiermit wird bescheinigt, daß der deutsche Staatsbürger Martin R., geb. 1894 in Leipzig, am 28. März 1946 grundlos verhaftet und am 12. Dezember 1946 durch das Kriegsgericht des

Bundeslandes Sachsen nach Artikel 58-2 des UK der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zum höchsten Strafmaß – zum Tode durch Erschießen, ohne Einziehung des Besitzes aus Mangel dessolchen, verurteilt wurde.
Das Urteil wurde am 17. Januar 1947 in Dresden vollstreckt.
Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation über die "Rehabilitierung der Opfer politischer Repressivmaßnahmen" vom 18. Oktober 1991 ist Martin R. rehabilitiert.
gez. N. S. Wlasenko, Militärstaatsanwalt
Abteilung Rehabilitierung<<

27.07.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juli 1993: >>**Tschechen lehnen Verhandlungen ab**

Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.
Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 Prozent halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 Prozent für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 Prozent und als falsch 3 Prozent der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.
Die Forderung der Sudetendeutsche nach Verhandlungen über ein Heimatrecht mit Rückkehranspruch lehnen 39 Prozent der Tschechen ab. Von weiteren 23 Prozent werden solche Gespräche verneint, eher bejaht werden sie von 20 Prozent. 6 Prozent der Tschechen setzen sich entschieden für die Verhandlungen ein. Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

02.08.1993

Belgien: Infolge internationaler Währungsspekulationen erweitern die EG-Finanzminister am 2. August 1993 die engen Schwankungsmargen des EWS von 2,5 Prozent auf 15 Prozent (größte Krise des EWS seit seiner Einführung im März 1979).

26.08.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1993: >>... Die Japaner trauen ihren fünf Sinnen nicht mehr. Da steht ihr Regierungschef vor dem Parlament und sagt "Invasion", als er von den japanischen Eroberungskriegen im Zweiten Weltkrieg spricht. Er nennt die Zeit "Kolonialherrschaft", in der ihre Väter über Korea, Taiwan und China herrschten.
Die zwei Begriffe vom neuen Premierminister Morihiro Hosokawa, nunmehr zur offiziellen Vergangenheitserklärung eingesetzt, reichen völlig, um Japans eigener Geschichtsversion des 20. Jahrhunderts die Grundlage zu entziehen. Japan, vielleicht die modernste Wirtschaftsmacht der Welt, erlebt einen Vergangenheitsschock.
Kaum faßbare Lügenmärchen werden den Japanern seit 48 Jahren aufgetischt. Schon die Potsdamer Erklärung von 1945, die Japans bedingungslose Kapitulation forderte, wurde nie für die Öffentlichkeit übersetzt. Statt dessen einigten sich amerikanische Besatzer und japanische Bürokraten nach dem Krieg im Sprachgebrauch auf "Kriegsende" und "Truppenstationierung" an Stelle von "Niederlage" und "Besatzung".
Noch heute sprechen japanische Schulbücher vom "Truppenbesuch" der japanischen Armeen in China. Statt Klarheit zu schaffen, verschleierten die Japaner ihre Rolle in der Weltgeschichte. Intellektuelle sprachen von asiatischem Schamgefühl, wo von Schuld die Rede sein mußte.
...
Schon 1964 beschwor der einflußreiche Historiker Fusao Hayashi das Schicksal des westlichen Imperialismus, welches Japan die angebliche historische Bürde auflegte, Restasien vom Kolonialismus zu befreien. Japans eigene Kolonialrolle erwähnten von da an nur noch Sozia-

listen und Kommunisten. ... Währenddessen blieb der Völkermord japanischer Truppen 1937 im chinesischen Nanking, eine der grausamsten Kriegshandlung des Zweiten Weltkriegs, nicht nur an Schulen unerwähnt. ...
Gegen diese Geschichtsfälschung mit der Wahrheit anzutreten, setzt die Einsicht voraus, daß Japan mit seiner auf dem Inselmythos ruhenden Ideologie von der gesellschaftlichen und historischen Einzigartigkeit in der heutigen Welt scheitern muß.
Japans Zukunft im 21. Jahrhundert liegt in Asien. China und Südostasien bieten die neuen Weltmärkte, die allein noch den Wohlstand mehren können. Sie zu erobern, verlangt nach einer moralischen Kehrtwende.
Nicht einmal die unendlich große konfuzianische Duldsamkeit so vieler Asiaten machte die japanischen Greueltaten erträglich. Südkoreaner und Japaner, die auf amerikanischen Befehl zu Verbündeten wurden, blieben sich innerlich immer fremd. Nichts konnte die Südkoreaner zuletzt mehr erregen, als das Schicksal der Frauen, die von den japanischen Truppen systematisch vergewaltigt wurden.
Erst in den neunziger Jahren hatten sich einige der betroffenen Frauen in die Öffentlichkeit gewagt und die Sexskandale der kaiserlichen Armeen ans Licht gebracht. Schnell solidarisierten sich die Opfer von Seoul bis Singapur, von Manila bis Kuala Lumpur. Ganz Asien erhob sich moralisch gegen die neureichen Herren in Tokio.
Der Glaube an eine japanische Bekehrung wird den Asiaten nicht leichtfallen. Viele fordern nun auch Entschädigung. Auf 16 Milliarden Mark haben japanische Rechtsanwälte die allein aus der Kolonialzeit in Korea und Taiwan ausstehenden Entschädigungssummen für die noch lebenden Opfer hochgerechnet.
Auch der Streit um die japanischen Schulbuchtexte, der bereits in den achtziger Jahren zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Tokio und Peking führte, ist längst nicht beendet. ...<<

03.09.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. September 1993 über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**
Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenmord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrükkenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

05.09.1993

BRD: Die "Welt am Sonntag" berichtet am 5. September 1993 (x268/193): >>Auch Ausländer äußern sich zunehmend ausländerfeindlich. Dabei handelt es sich vielfach um Gastarbeiter, die schon lange in Deutschland leben und gegen jüngst zugewanderte Asylbewerber Front machen, weil diese angeblich das Ansehen von Ausländern generell schädigten. ...<<

18.09.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1993: >>**Weiter Streit um Kreuz für deutsche Opfer**
Der Streit um die vorgesehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Johannisbad (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllenmaschine" in die Luft sprengen. Die Einwohner von Johannisbad hatten Anfang September in einer Volksbefragung der Aufstellung eines Kreuzes mit der Inschrift "Den Opfern des Frühlings von 1945" zugestimmt, das an 12 von tschechischen "Roten Garden" ermordete deutsche Zivilisten, darunter drei Jungen und

ein Mädchen, erinnern soll.
Am Dienstag hatte eine Prager Stadtorganisation des tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer empört gegen das Vorhaben protestiert.<<

30.09.1993

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 1993 über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>... Immer mehr Siebenbürger Sachsen sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...
Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

04.10.1993

Belgien: Die EG unterzeichnet am 4. Oktober 1993 Europa-Abkommen mit Tschechien und der Slowakei.

12.10.1993

BRD: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

13.10.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 1993: >>**Boris Jelzin entschuldigt sich**
... Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jelzins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...
Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...
Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.
Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...
Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

18.10.1993

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtet am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>**Neues vom Turmbau zu Babel**
Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge

von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.
Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.
Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.
So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.
Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentschaftskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.
Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschafte. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.
Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:
"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.
Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."
"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."
Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.
Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt.
Sie haben im Geschichtsbuch nachgeblättert und herausgefunden, daß die stufenweise Entwicklung der nationalen Einheit Deutschlands im 19. Jahrhundert eben nicht durch einen vorherigen Währungsverbund oder auch eine Währungseinheit zustande gekommen ist. Offenbar meinen einige Richter, ohne eine vorhergegangene politische Union sei die gewollte Währungsunion überhaupt nicht zu verwirklichen, und dann müsse man sich eben neu zusammensetzen. Auch sei das Datum 1999 für die letzte Stufe der Währungsunion nicht "unter allen Umständen" verbindlich.
Letztlich dürfe "beim Scheitern der Stabilitätsgemeinschaft" auch eine Lösung aus der Ge-

meinschaft möglich sein, als Ultima ratio gewissermaßen.
Dies klingt ein wenig weltfremd. Wohl ist möglich, ja wahrscheinlich, daß eine Stabilitätsgemeinschaft nicht zustande kommt. Als Inflations- und Interventionsgemeinschaft könnte sie sich aber etablieren; wie sollten die Deutschen dann noch aussteigen?
Gemeinhin sagt man über eine Politik nichts Gutes, wenn man sie für abenteuerlich erklärt. Maastricht ist solch ein Abenteuer, und dazu fällt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung der aparte Satz ein: "Wer nicht wagt, der verliert."
Nicht ganz so leichtherzig haben das die Verfassungsrichter beurteilt. Sie behalten sich vor einzugreifen, wenn sie Grundrechte durch die Europa-Politik verletzt sehen. Und da man mit dem europäischen Gerichtshof in Luxemburg tatsächlich keine guten Erfahrungen gemacht hat, statuieren die Richter, auch europäische Hoheitsakte könnten in Karlsruhe angefochten werden. Man weiche hier von einer früheren Entscheidung ab, vermerkt das Urteil lapidar und in Klammern. Ein deutsches "Übergericht" also?
Anstatt sich durch neue rasche Schwindeleien neue Trostpreise zu verschaffen, sollte eine Denk- und Erfahrungspause eingelegt werden. Durch überstürzten Aktionismus wird man nicht an den realen Problemen vorbeilavieren können, die ja in der Tat durch die Nationen allein nicht bewältigt werden können.
Dem Gericht sei Dank, daß es so viel Mut und Weisheit gezeigt hat, wie ihm auch von den Engländern bescheinigt wird. Einen Vorteil jedenfalls hat diese Entscheidung: Sie beseitigt vorerst die lastende Unsicherheit und schafft Raum für neues Planen, neue Initiativen. Freilich, wer sich so leichtfertig vom immer wieder beschworenen "Bundesstaat Europa" getrennt hat, der war bisher eben gedankenlos und wird erst einmal beweisen müssen, daß er überhaupt in der Lage ist, sich Gedanken zu machen.<<

29.10.1993

Belgien: Im Verlauf des EG-Sondergipfels in Brüssel entscheiden die zwölf Regierungschefs am 29. Oktober 1993, daß der Sitz des Europäischen Währungsinstitutes (EWI) und der späteren Europäischen Zentralbank Frankfurt am Main werden soll.

01.11.1993

Belgien: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

05.11.1993

Frankreich: Der Stab des Euro-Corps, das den Kern künftiger europäischer Streitkräfte bilden soll, beginnt am 5. November 1993 in Straßburg seine Arbeit (Teilnehmerstaaten sind Deutschland, Frankreich und Belgien).

Dezember 1993

Polen: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnische Aufarbeitung der "Umsiedlung" der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/109-111): >>... Erst nach 1989, mit dem Zerfall des Systems und der Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit, rückte die Frage nach der Geschichte der heutigen polnischen Nord- und Westgebiete in den späten vierziger Jahren in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit und publizistischer Auseinandersetzungen. Die Historiker produzierten Dutzende von Büchern: über die Lager und die "Verifizierung" der "Autochthonen" über Zwangsaussiedlung und Minderheitenpolitik des entstehenden kommunistischen Polen.

Das Fazit dieser Arbeiten läuft darauf hinaus, daß weder das alte polnische Bild von historischer Gerechtigkeit und ordnungsgemäßer Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse noch das alte deutsche Bild der "Vertreibung" als Kette von Racheakten "der Polen" an ihren deutschen Opfern zutreffen.
Anders formuliert: Die Umstände der Aussiedlung der Deutschen und die Behandlung der Verbliebenen sind gewiß kein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Sie lassen sich nicht alleine mit den 1945 bis 1947 bereits erkennbaren stalinistischen Zügen der neuen Staatlichkeit erklären; es war nicht nur die aus der östlichen Despotie importierte Gewalt, die hier einschlug. Freilich wäre jeder Erklärungsversuch, der den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung in Polen außer Acht läßt ebenso falsch.
... Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen wie der anderen gleichzeitig vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten übernahmen in Potsdam die völkerrechtliche Verantwortung für die Ausweisung indem sie den entsprechenden Beschluß faßten. Die Polen bleiben aber verantwortlich für die Art der Durchführung – und auch das ist nicht wenig.
Ende der neunziger Jahre, mochte man geglaubt haben, daß die heftige – vor allem innerpolitische – Diskussion dem Stichwort "Vertreibung" endlich seine für die deutsch-polnischen Beziehungen zerstörerische Potenz genommen hat. ...
Der Eindruck, Deutsche und Polen hätten auch diese Kapitel ihrer dramatischen Vergangenheit abgearbeitet, verflog indessen schnell, nachdem die Idee eines "Zentrums gegen Vertreibungen" als bundesdeutsche Gedenkstätte aufgekommen war. In der polnischen Öffentlichkeit rief das vom Bundestag 2002 gebilligte Programm all die alten Befürchtungen wach, ... daß die Deutschen sich zu Opfern umkodieren und ihre Verbrechen in Polen – wie schon in der sogenannten Wehrmachtausstellung passiert – mit Schweigen übergehen. ...
Auf den Punkt brachte diese Ängste ein Krakauer Publizist, der sich die offiziellen Berliner Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2039 vorzustellen versuchte. Der Bundespräsident, so die Vision, legt zu Beginn der Veranstaltung einen Kranz am Mahnmal des Holocaust nieder. Zum Schluß tut er dasselbe vor dem "Zentrum gegen Vertreibungen", wo er der deutschen Opfer gedenkt; der Rest bleibt Schweigen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durchgeführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte.
Bei Politikern und Publizisten dürfte der Glaube an eine "gerechte Strafe" noch viel weiter verbreitet sein.
Georg W. Strobel vermerkt: Durch die in Polen vier Jahrzehnte praktizierte "außerordentlich geschickte, politisch effiziente, von Teilen der Historiker sowie Publizisten vor allem in populären Darstellungen zweckvoll verfälschende Manipulation von Generationen, deren Wirkung verständlicherweise noch heute anhält", habe in der polnischen Bevölkerung ein tiefgreifender Tabuisierungs- und Verdrängungsprozeß gegriffen.
Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.
Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschä-

den" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<

1994

> Die schönsten Träume von Freiheit werden im Kerker geträumt.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

01.01.1994

BRD: Das Europäische Währungsinstitut (EWI) nimmt am 1. Januar 1994 in Frankfurt am Main die Arbeit auf.

03.01.1994

Belgien: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (1/1994) berichtet am 3. Januar 1994 über die Europäische Union: >>**Ein Europa für die Zukunft**

Der europäische Einigungsprozeß ist ins Stocken geraten, der Vertrag von Maastricht markiert ein Ende, nicht einen Neubeginn. Er hat die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft gespalten, ihre Bürger in Pro- und Anti-Europäer, die Staaten selbst in Schnellzug- und Bummelzug-Unionisten. Das Wort von der Europäischen Union kommt zudem zur Unzeit, denn Europa ist weniger einig als zu irgendeiner Zeit seit dem Anfang der fünfziger Jahre.

Maastricht war nicht nur ein Spaltungsvertrag, sondern auch eine gigantische Nebensache angesichts der neuen Probleme Europas: Die Öffnung der kommunistischen Staaten des Ostens verlangt eine entschiedene und positive Antwort im Westen; die langanhaltende Rezession schafft Probleme der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts, mit denen alle Länder Europas fertig werden müssen; die veränderte politische Geographie der Welt verlangt europäische Entscheidungen.

Angesichts solcher Herausforderungen ist es geradezu läppisch, auf dem alten Pfad fortzustapfen - und nicht überraschend, daß die Bürger Europas das auch so empfinden. Überall regt sich Widerwille gegen die Europäische Gemeinschaft von Brüssel. Was ist schiefgelaufen? Was ist gelungen? Wo kann ein Neubeginn ansetzen?

Bei Verhandlungen über den Beitritt neuer Kandidaten ist stets die Rede ... von den Errungenschaften, die alle Mitglieder zu akzeptieren haben. Damit ist zumeist der Gemeinsame Markt und die gemeinsame Agrarpolitik sowie das System der Eigeneinnahmen gemeint. Die wahren Errungenschaften sind jedoch ganz andere.

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Parlamenten, Institutionen und Organisationen aller Art ist möglicherweise die größte Errungenschaft der letzten 40 Jahre. Sie wird gestützt durch ein wachsendes Empfinden vieler Bürger, daß Europa ihr Bewegungsraum ist. Sie verlieren ihre nationale, ja regionale Eigenart nicht, aber sie erwarten, daß es leicht ist, sich über die europäischen Grenzen zu bewegen, und sie nehmen gewisse Rechte in Anspruch, gleichgültig, wo sie sich in diesem Europa gerade aufhalten.

Derlei eher unwägbare, dennoch wichtige Errungenschaften finden ihren praktischen Niederschlag im Gemeinsamen Markt. Seit der Gemeinsame Markt von einer Zollunion zu einem halbwegs vollständigen Binnenmarkt fortentwickelt worden ist, hat er durchaus institutionellen Charakter.

Dienstleistungen, Kapital und Menschen bewegen sich ziemlich frei im Raum des Binnenmarktes. Regeln gelten einheitlich für den ganzen Raum. Ein gemeinsamer Gerichtshof spricht direkt anwendbares Recht und hat eine eigene Rechtstradition gebildet. Nach außen tritt die Union vor allem in der Handelspolitik mit einer Stimme auf. Die Kommission sucht, manchmal mit Erfolg, immer neue "nicht-tarifäre" Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das ist nicht alles, aber es ist schon viel. Ist es auch, wie vor allem der Kanzler gern betont, "irreversibel"? Muß weiteres, muß insbesondere eine Währungsunion, hinzukommen, damit

der Prozeß der Union vollends irreversibel wird?
Handelsbeziehungen sind in diesem Jahrhundert zweimal durch Kriege, also durch politische Entscheidungen zerrissen worden. Scheinbar irreversible politische Unionen sind seit 1989 vielerorts zerbrochen. In Jugoslawien haben sie zum Krieg, in der früheren Sowjetunion zu vielfältigen Spannungen geführt. Mit den politischen sind die Währungsunionen dahingegangen. Es gibt in Europa im Jahre 1993 nicht weniger, sondern mehr Währungen als ein halbes Jahrzehnt zuvor.
Es ist Zeit, das Wort "irreversibel" aus dem Wortschatz zu streichen. Es gibt in menschlichen Dingen keine Irreversibilitäten. Auch Deutschland könnte wieder zerfallen. Die Rede von der Irreversibilität leugnet die Kraft der Politik und läuft Gefahr, eine falsche Sicherheit zu suggerieren. Sie macht untätig, wo Untätigkeit unter Umständen existenzgefährdend wirkt.
In der Tat führt die leichtfertige Rede von der irreversiblen Integration zu den tiefsten Schwächen der europäischen Konstruktion. Sie haben mit den Gründern zu tun, mit Jean Monnet, mit Walter Hallstein. Monnet und Hallstein glaubten nicht an die Weisheit der Politiker, statt dessen an die Weisheit der Experten, insbesondere an die eigene Fähigkeit, die europäischen Dinge auf eine Schiene zu setzen, von der sie nicht wieder herunterkommen könnten. Das war ein folgenschwerer Irrtum.
Monnet glaubte nicht, daß man die Staaten Europas zu einer direkten Antwort auf die politischen Herausforderungen der Nachkriegszeit bewegen könne. Man müsse es daher gleichsam durch die Hintertür tun. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) beantwortet diese Herausforderungen perfekt (so glaubte Monnet). Sie entzieht die Schlüsselindustrien nationaler, vor allem deutscher Verfügung und schafft damit in einem Kernbereich den Ansatz zu supranationalen Entwicklungen, die am Ende einen europäischen Bundesstaat schaffen werden, sollen, müssen.
Es liegt eine eigene Ironie des Monnetschen Ansatzes darin, daß die Schlüsselindustrien alsbald zu den Sorgenkindern der europäischen Volkswirtschaften werden sollten. Kohle und Stahl wurden die ersten Kandidaten für das, was man heute Restrukturierung nennen würde. Die Europäische Gemeinschaft verwandelte sich dadurch von einem Instrument der Integration zentraler Wirtschaftsbereiche zu einem Arrangement zur Verteidigung niedergehender Industrien. Die Zukunftsgemeinschaft wurde zur Schutzgemeinschaft. Nach der Gründung der EWG paßte die gemeinsame Agrarpolitik gut in dieses wenig ermutigende Bild.
Der schwererwiegende Irrtum lag indes in der Annahme, daß die EGKS notwendig beim europäischen Bundesstaat enden müsse. Schon das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft drei Jahre nach Gründung der EGKS zeigte die Fehlerhaftigkeit des technokratischen Ansatzes. Im Vertrag von Rom wurde dieser dennoch erneuert.
Walter Hallstein, der Präsident der EWG-Kommission, war zutiefst überzeugt von dem, was er "die Sachlogik" nannte: "Wer A sagt, muß auch B sagen." "Wie die Vollständigkeit des Alphabets gibt es eine innere Einheit aller Wirtschaftspolitik, die stärker ist als die Willkür politischer Gewalten." In der Tat, "alle Politik ist eine Einheit". Wer daher an einem Ende, zum Beispiel mit der Zollunion, beginnt, muß unweigerlich beim europäischen Bundesstaat ankommen.
Maastricht ist das letzte Dokument aus dieser Denkwelt. Der Gedanke der Wirtschafts- und Währungsunion war sowohl 1969/70 als auch 1990/91 technisch, um nicht zu sagen technokratisch konzipiert. Es ging sozusagen gar nicht anders. Wer einen Gemeinsamen Markt will, muß eine Währungsunion wollen, denn ein Gemeinsamer Markt mit unterschiedlichen Währungen widerspricht der Sachlogik. Aber ach! Die "politischen Gewalten" ließen sich so leicht nicht bändigen. 1971 waren es die Vereinigten Staaten, die den Dollar von der Kette Bretton Woods ließen und damit das Weltwährungssystem gründlich durcheinanderschüttelten.
1992 war es vielleicht die Folge der deutschen Vereinigung, vielleicht die neugewonnene

Freiheit des Kapitalverkehrs in der Welt mit ihrem Anreiz für Spekulanten, vielleicht schlicht die Evidenz der unterschiedlichen Kraft von Volkswirtschaften, die das kooperative Europäische Währungssystem zerstörten.
Dahinter, darunter kamen noch ganz andere politische Gewalten zum Vorschein. Die britische Vorstellung von Souveränität erwies sich als stark genug, um wirtschaftliche Argumente für die Währungsunion zum Schweigen zu bringen. In Deutschland erwachte ein Empfinden, daß viele Menschen nicht bereit waren, die Deutsche Mark zu opfern. Überhaupt meldeten sich in einer Zeit wiedererstarkender nationaler, auch ethnischer Zugehörigkeitsgefühle ganz neue Einwände gegen das Ziel der europäischen Einigung. Derlei Einwände hielten ohne Mühe die vorgebliche Sachlogik auf und ersetzten sie durch die demokratischere Logik der Bürger.
Die Institutionen der Europäischen Union spiegeln den Glauben der Gründer an die Sachlogik der Integration. Das Parlament war immer ein Nachgedanke, der keinen rechten Platz fand in der an sich kompletten gebändigten Dialektik von Kommission und Ministerrat. Das Europäische Parlament ist kein Parlament und wird auch keines werden, solange die Sachlogik die europäischen Dinge regiert.
Maastricht war der letzte Schritt auf diesem Weg. Maastricht war aber auch, wie wir trotz aller Beteuerungen von Staatsmännern am Ende ihrer politischen Laufbahn sehen, ein Schritt zu weit. Der Vertrag hat Europa nicht nur gespalten, sondern auch in die Irre geführt. Auf einmal geht nichts mehr, die Währungsunion nicht und alles andere auch nicht.
Jean Monnets und Walter Hallsteins Europa ist am Ende seiner nützlichen Existenz angekommen. Es hat den Gemeinsamen Markt beschert und auch die Gewohnheit der Zusammenarbeit. Es hilft aber nicht bei der Bewältigung der neuen Probleme. Kein technokratischer Trick, keine Sachlogik wird Europa in den neunziger Jahren wettbewerbsfähig, verantwortlich, offen und attraktiv machen. Die neue Aufgabe ist politisch, nicht technisch. Das neue Europa ist nur durch die Identifizierung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu finden.
Das ist leichter gesagt als getan. Ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein gemeinsames Interesse? Oder ist sie nur ein Interesse, das alle Mitglieder der EU je für sich haben? Verlangt sie also gemeinsames Handeln, oder kann jeder Staat seine eigenen Wege gehen?
Man muß ähnliche Fragen für Jugoslawien stellen. Gab es wirklich ein gemeinsames Interesse der zwölf Mitglieder der EG, also eines, das sie nur gemeinsam, oder doch gemeinsam am besten, wahrnehmen konnten? Im Schwulst der Europa-Rhetorik haben wir uns viel ungenaues Reden angewöhnt, das dem Fortschritt der Union nicht dienlich war.
Immerhin, auch im Zentrum der Europäischen Union wird immer mehr Politikern klar, daß der Monnet-Maastricht-Weg nicht weiterführt. Präsident Jacques Delors" Weißbuch über Wachstum und Beschäftigung markiert den Punkt des Überganges. Das Europa, das aus den Errungenschaften und Schwächen der Konstruktion von Monnet und Hallstein entsteht, wird wahrscheinlich nicht den Namen Delors tragen. Überhaupt ist noch nirgends erkennbar, wer denn die nächsten Schritte bestimmen und damit die Zukunft repräsentieren kann.
Die Themen eines Europas der Zukunft liegen auf der Hand. Es sind nicht viele, und sie sind im Kern ganz einfach:
- Der Binnenmarkt ist nicht nur unvollständig, sondern immer neu gefährdet. Zudem ist er mit protektionistischen Eierschalen behaftet.
- Erweiterung ist Vertiefung. Die Erweiterung der EU um die Efta- und die Visegrad-Staaten ist Ausdruck eines tiefen und wichtigen gemeinsamen Interesses. Es ist unsinnig, die entwikkelten demokratischen Staaten der Efta vor der Tür zu lassen, und unverantwortlich, die neuen Demokratien Ostmitteleuropas fernzuhalten.
- Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre war mehr als eine Rezession. Strukturveränderungen finden statt, die für die Zukunft der Arbeit, der Industrie und nicht zuletzt der sozialen

Kohäsion in Europa weitreichende Folgen haben.
- Die Außen- und Verteidigungspolitik wird zum Schlüsselthema. Gemeinsame Interessen müssen eindeutig als solche identifiziert werden. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik sind der sichere Weg zur Desintegration. Europa handelt entweder gemeinsam oder gar nicht.
- Falls die Staaten der EU die Kraft haben, ein neues Thema anzupacken, dann sollte dieses im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte liegen. Eine der großen Schwächen der Monnet-Hallstein-EG lag darin, daß sie zwar im technischen Sinn eine Rechtsgemeinschaft war, aber strenggenommen kein einziges Grundrecht verteidigen konnte oder wollte. Es stünde der EU nicht schlecht an, wenn sie die Europäische Menschenrechtskonvention zum direkt geltenden Recht machte.
- Eine größere Gemeinschaft wird eine (viel) kleinere Kommission und einen anders strukturierten Ministerrat haben. Klar ist vor allem, daß das nächste Europa demokratisch sein wird, oder es hat keine Zukunft.
Monnets Europa durch die Hintertür war am Ende nicht nur ein undurchdringliches Dickicht technischer Regelungen, ein Europa der Beamten und delegierten Minister, sondern auch eines, das uns Bürgern wenig Anlaß bot, stolz zu sein. Immer häufiger muß man sich für dieses Europa entschuldigen: bei Polen für die Kleinkariertheit der Quoten für den Import von Pilzen, bei Thailändern für die Brutalität der Beendigung von Viehfutter-Einfuhren; bei Freunden für die ungeheure Verschwendung bei Agrarprodukten; bei allen für das Versagen in Jugoslawien. Das kann nicht lange so weitergehen.
Ein Gemeinwesen, dessen Bürger sich schämen, sein Mitglied zu sein, hat keine Dauer. Es geht nicht darum, Europa besser "zu verkaufen". Es ist vielmehr eine Frage der politischen Substanz - dessen, was die EU tut. ...<<

Januar 1994

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>**Der Todesschlaf Europas**

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?
Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.
Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.
Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.
Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene,

Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.
"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas).
Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z.B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode.
Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:
"Wir haben in diesem Werke ("Der Todesschlaf Europas") und auch anderen Ortes darauf hingewiesen, daß Europa letzten Endes eine reale Idee ist und nicht erst durch den Zusammenschluß fragwürdiger Staatsverträge errichtet werden muß, sondern bereits besteht und solange, jedoch nur solange fortbestehen wird, als die Grundlage seiner Einheit, die sich auf durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse nicht abänderbare Prinzipien objektiven Normencharakters stützt, weiter voll und bedingungslos anerkannt werden; es wird geographisch somit stets soweit reichen, als es von Völkern besiedelt ist, die diese Prinzipien respektieren wollen und respektieren können. Der Weckruf aus dem weltanschaulichen und sittlichen Schlummer steht an erster Stelle.
... Solange nicht die weltanschauliche und sittliche Rückkehr zu den Grundlagen europäischer Kultur mit der Anerkennung naturrechtlich verwurzelter objektiver Wahrheiten und Werte vollzogen ist, wird Europa der Spielball des jeweiligen weltpolitischen Wellenschlages bleiben und die verzweifelten Anstrengungen einer pharisäischen Kulturpolitik vergeblich erscheinen lassen.
Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten.
Erst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen ist die Stunde reif, nach einem ersten Schritt auch einen zweiten Schritt zu setzen, welch letzterer seine wohl unbestrittene Hauptaufgabe darin sehen wird, die einst unter dem Zepter Karls des Großen vereinten Bruder-Nationen zu einer europäischen Großmacht wiedererstarken zu lassen."
Dieses Zitat ist einem ganz außerordentlichen, neuen Buche unseres Autors und Mitglieds unseres philosophischen Beirates entnommen (S. 577 f.), das wir hier anzeigen und mit Nachdruck der Lektüre empfehlen:
Ivo Höllhuber, Der Todesschlaf Europas, mit einer Einführung von Alfred Schickel, ... Mainz 1993.
Mit den Mitteln quellengestützter Geschichtsdarstellung werden der Wust von Lügen, Entstellungen, Verschweigen und die Akteure und Hintermänner der Entwicklung in Europa aufgedeckt.
Eine Fülle von dokumentierenden Büchern, die man sonst kaum genannt findet, werden herangezogen, zitiert, ausgewertet. Zahlreiche Tabus und Dogmen der Neuzeit und Zeitgeschichte werden gebrochen und aufgelöst. Es beginnt mit dem Völkermord an den Armeniern,

von den Türken - im Schutz des 1. Weltkrieges - mit brutaler Grausamkeit begangen. Dann folgt "Die Verfemung des Volkes der Europäischen Mitte", jene Haß-, Lügen- und Verleumdungskampagne der Westmächte gegen Deutschland, die über Versailles bis zu Potsdam und durch die Verewigung tatsächlicher und angeblicher deutscher Schuld in aller - durch die heutigen Medien potenzierter - Primitivität bis heute fortlebt (z.B. in vielen ordinären, den Deutschenhaß aufstachelnden Hetzfilmen in USA und England). Man lese bei Höllhuber, wie es wirklich war und ist.
Auch das Dogma von der Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg ist nicht - geschichtlich wirklich objektiv betrachtet - zu halten. Höllhuber über einen Mit-Schuldigen: "Der Hochgrad-Freimaurer Franklin Roosevelt ist somit als Vergewaltiger des Gewissens des amerikanischen Volkes und als Totengräber Europas entlarvt." (S. 196)
Auch über Hitler, seine ihn verratenden (Bormann, Himmler) Genossen, den sogenannten "Holocaust", den "Nürnberger Prozeß - eine tragische Justiz-Komödie", zur Problematik und Korruption in der UNO und dann immer wieder "Europa", werden keine Tabus gescheut. Die zwielichtige Gestalt von Graf Coudenhove-Kalergi, weitblickende Europäer, der ethische und philosophische Todesschlaf ... Dies alles wird innerlich zusammengehalten durch konzeptionelle Klarheit und ethisch-religiöse Tiefenschau.
Einem von dem Un-Sinn des "Monstrums Maastricht" (Johannes Groß) mit Recht aufgeschreckten Europa und endlich teilweise aufgewachten Deutschland, für das die Folgen - wie manche nicht abwegig meinen - ein Super-Versailles bedeuten könnte, ist dieses Ausnahme-Buch mit seinen vielen Augenöffnern eine wahre Medizin. Es gibt wieder Fundament und Richtung und entlarvt leeres, taktisch interessiertes Geschwätz und bloße hohle Rhetorik.
"Europa hat das natürliche menschliche Gewissen und seinen Sinn für "gut" und "böse" unter dem Deckmantel angeblich "tabu"-freier Wissenschaftlichkeit eingeschläfert.
Europa nähert sich in einem Plebejer-Aufstand gegen Erziehung und Bildung und durch den Freibrief für pornographische Vertierung des Gesellschaftslebens dem sittlichen Nullpunkt.
Deutschland - einst als Volk der Dichter und Denker gepriesen
- huldigt enthemmten Literaten als den Avantgardisten seiner nationalen Literatur.
Im Freiheitswahn, alle Bindungen an göttliche und naturrechtliche Verpflichtungen und Verantwortung losgeworden zu sein, glaubt der moderne Mensch des Westens in seiner technokratischen Verblendung, keines Gottes mehr zu bedürfen und tun und lassen zu können, was immer ihm beliebt.
Man stellt sich die Frage, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte." (S. 511)
Und Höllhuber gibt auch konkrete Antworten, indem er z.B. die Entwicklung in Ethik und Philosophie exemplarisch benennt. Auch die Position der Kirche, insbesondere durch Pius XII. in Prinzipienklarheit in schwerster Zeit vorgetragen, wird zur Sprache gebracht.
Das geschichtlich bis in die Zeit nach der "Wende" verfolgte Buch läßt gar keine Zweifel aufkommen:
"In dieser Wende-Zeit, in der wir leben und die wir zu einer Hoch-Zeit gestalten sollten, gewinnen die 1799 geschriebenen Worte eines "konservativen Revolutionärs", als welcher Novalis gelten kann, besondere Bedeutung:
"Wer weiß, ob des Kriegs genug ist, aber er wird nie aufhören, wenn man nicht den Palmenzweig ergreift, den allein eine geistliche Macht darreichen kann ... Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes, friedensstiftendes Amt installieren."
Doch laufen - und dies darf nicht übersehen werden - die prinzipiellen Ja-Sager zu einem christlichen Europa in den jüngsten Jahrzehnten oft Gefahr, einem "christlichen Marxismus" auf den Leim zu gehen, ohne sich der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Christentum und Marxismus bewußt zu werden." (S. 573)

Es käme noch hinzu die prinzipielle Unvereinbarkeit mit dem weltanschaulich ideologischen Liberalismus/Relativismus, wie dies auch die Enzyklika veritatis splendor (Glanz der Wahrheit) darlegt, damit Hirne und Herzen wieder frei werden, Entgiftung statthat, die Gelähmten wieder gehen, die Falschredner nicht mehr "ankommen", den Falschmünzern ihre grotesken Betrugsmedaillen aus der Hand geschlagen und den frechen Volksverdummern Entlarvung geschieht. Der Todesschlaf hält an. "Götzendämmerung ohne Einsicht und Erneuerung" nach wie vor. Einzelne sind auf der Wacht. Aber Europa liegt noch - auch in Brüssel - im Todesschlaf.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 berichtet im Januar 1994 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998) (x853/...): >>**Nebeneinander von Bosheit und Güte**

... Peter Wyden, früher Weidenreich, schrieb ein ungemein fesselndes Buch über seine ehemalige Klassenkameradin Stella Goldschlag, das durch seine Ehrlichkeit besticht. Stella ist Jüdin, obwohl sie "arisch" aussieht. Sie war so attraktiv, daß sie alle Jungen ihrer Schule in ihren Bann zog: "Sie war die Marilyn Monroe unserer Schule." Zugleich war sie intelligent und vielseitig begabt. Aber sie haßte es, Jüdin zu sein, und trug, für Juden ganz ungewöhnlich, ein goldenes Kreuz an ihrem Hals. Wie nicht wenige Juden, um nur Karl Marx zu nennen, wurde sie Antisemitin.

Stella genoß in der Weimarer Zeit die Annehmlichkeiten eines verwöhnten Einzelkindes. Mit der Machtergreifung der Nazis wurde das Leben für Juden mehr und mehr erschwert, bis es zum Pogrom vom 9. November 1938 und schließlich zur gezielten Massenvernichtung kam. Aber in den ersten Jahren der braunen Herrschaft war dies noch so wenig vorhersehbar, daß die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden sich der Hoffnung hingab, mit den Nazis sei ein modus vivendi (eine erträgliche Form des Zusammenlebens) möglich.

So kam es zu einer Zeit, da es nicht nur möglich, sondern seitens des Regimes durchaus erwünscht war, daß möglichst viele Juden Deutschland verließen, zwischen 1934-37 im Durchschnitt nur zu 20-25.000 Auswanderungen pro Jahr. Nur 27.000 Juden machten von den 130.000 Genehmigungen Gebrauch, in die USA auszuwandern. So versäumten es auch die Eltern Stellas, sich rechtzeitig um die Ausreise zu Verwandten in den Vereinigten Staaten zu bemühen. Als sich Stellas Vater schließlich doch zur Ausreise entschloß, war es zu spät.

- Im Juli 1938 fand in Evian die von Präsident Roosevelt einberufene internationale Konferenz zur Lösung der Flüchtlingsfrage statt. Obwohl die Lage der Juden inzwischen immer prekärer wurde, gaben die Delegierten lediglich wohltönende Phrasen von sich. Kein einziges der 32 vertretenen Länder war bereit, Juden aufzunehmen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt wußten die Nazis, daß es dem Ausland völlig gleichgültig war, wie sie mit ihren Juden verfuhren. Churchill erklärte dem Danziger Gauleiter Forster in einem Gespräch im Juli 38, die antijüdischen Gesetze seien kein Hindernis für die deutsch-britische Verständigung. Die "humanitäre" Schweiz und England drangen bei der Reichsregierung darauf, dem Strom jüdischer Flüchtlinge in ihre Länder vorzubeugen.

Und es war kein perverser SS-Mann, sondern der Chef der Eidgenössischen Polizei, der den Vorschlag machte, die Ausweise der Juden durch ein großes rotes "J" zu kennzeichnen. Eine Denkschrift der französischen Regierung vom Oktober 1938 betonte, kein Staat "streite der deutschen Regierung das uneingeschränkte Recht ab, gegen bestimmte Staatsangehörige Maßnahmen zu ergreifen, die allein unter die Ausübung ihrer Souveränität fallen."

Präsident Roosevelt beschränkte schließlich die Zahl der jüdischen Immigranten derart drastisch, daß nur Prominente eine Chance hatten, in das gelobte Land der Freiheit zu kommen. Der Senat entrüstete sich über die "Verletzung der Einwanderungsbestimmungen."

- Ein Seitenblick auf die Gegenwart läßt diese Haltung in besonders grellem Licht erscheinen. Während das überbevölkerte Deutschland, in dem 223 Menschen auf einem qkm leben, über 6

Millionen Ausländer, Flüchtlinge und Asylanten aufgenommen hat, protestierte der Senat der Vereinigten Staaten gegen 1.000 jüdische Flüchtlinge, obwohl das Land überaus dünn besiedelt war.
Laut Großem Brockhaus lebten 1930 ganze 16 Menschen in den USA auf einem qkm. Die Roosevelt-Administration war allerdings bereit, ihre "Erschütterung" über das Los der deutschen Juden auszudrücken - so wie man heutzutage in "Betroffenheit" macht - jedoch nicht ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu öffnen oder später im Krieg die Vernichtungsstätten der Nazis zu bombardieren.
Im Oktober 1939 heiratete die neunzehnjährige Stella einen Gleichaltrigen, der gleich ihr blond und blauäugig war und seine jüdische Identität ebenfalls ablehnte. Beide wurden jetzt als jüdische "Rüstungsjuden" zur Fabrikarbeit eingezogen. Im Lauf der kommenden Monate verschärften sich die Maßnahmen gegen die Juden und ab Oktober 41 rollten die ersten Züge mit Deportierten Richtung Osten.
Die Gestapo hatte jüdische "Ordner" rekrutiert, die ihr beim Zusammentreiben der Juden helfen mußten. Wer sich weigerte oder Juden zur Flucht verhalf, wurde erschossen. Einige jüdische Funktionäre verweigerten die Mitwirkung zur Selbstvernichtung und begingen Selbstmord. Aber nicht wenige waren in die Verbrechen der Nazis verstrickt, um ihre eigene Haut zu retten.
Der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, schreibt in seiner Monographie "Theresienstadt": "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) der sie umgebenden Welt." (S. 738)
Nach dem Krieg fragte man Überlebende der Shoah: "Wie konntet ihr euch dazu hergeben?" Selbst der berühmte Oberrabbiner Leo Baeck, das geistige Oberhaupt der deutschen Juden, hat sich bei der Deportation von der Gestapo einspannen lassen. Er erklärte nach der Befreiung: "Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß es besser wäre, wenn sie (die jüdischen Funktionäre) es täten, weil sie zumindest freundlicher und hilfsbereiter sein würden als die Gestapo und die Schicksalsprüfung erleichtern würden. Es stand kaum in unserer Macht, uns den Befehlen erfolgreich zu widersetzen."
Die Tragödie dieses auch im Ausland hochgeschätzten jüdischen Gelehrten macht deutlich, wie unentrinnbar die Menschen der Diktatur der damaligen Machthaber ausgeliefert waren. Wenn von "den Deutschen" heroischer Widerstand gegen die Nazis gefordert wird, hätte man dies gewiß in erster Linie von denen erwarten dürfen, für die ohnehin der Tod vorgesehen war.
- Eines Tages wurde Stella verhaftet. Die Gestapo vermutete, daß sie das Versteck eines von ihr gesuchten Juden kenne, der zahlreiche Pässe und Personalausweise so gekonnt gefälscht hatte, daß er mit ihnen zahlreichen Juden das Entkommen ermöglichte. Stella wurde wochenlang auf das schwerste gefoltert. Schließlich gelang es der Gestapo, sie mit dem Versprechen "umzudrehen", sie selbst wie auch ihre Eltern würden von der Deportation ausgenommen, wenn sie sich bereit erkläre, versteckte Juden aufzuspüren.
Natürlich ist das Verhalten Stellas nicht zu billigen. Sie hat zahlreiche Juden ans Messer geliefert. Immerhin hat sie mildernde Umstände, denn wer der Gestapo in die Hände fiel und ihren "verschärften Verhören" unterworfen wurde, mußte schon weit übermenschliche Seelenstärke besitzen, wenn er nicht zu nahezu allem bereit war, um den fürchterlichen Torturen zu entgehen.
Schon der berühmte Hexenanwalt, Friedrich v. Spee, der die gefolterten "Hexen" zum Scheiterhaufen begleitete, gestand, er würde alles gestehen, um nur der Folter zu entgehen. Manche Scharfrichter hätten sich gerühmt "daß noch jeder Angeklagte unter seinen Händen schließlich habe reden müssen."
Aus den Prozessen gegen KZ-Schergen wird uns dasselbe berichtet. General v. Tresckow,

einer der herausragenden Verschwörer des 20. Juli 1944, setzte nach dem Mißlingen des Attentats auf Hitler seinem Leben ein Ende, weil er befürchtete, unter der Folter Kameraden zu verraten. Der österreichische Außenminister Alois Mock sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des "Anschlusses":
"Nur wer weiß, wie es sich in Diktaturen lebt, hat ein Recht, heute selbstgerecht Schuld zuzuweisen, wo etwas mehr Demut am Platz wäre."
- Stella wurde in den kommenden Monaten eine der erfolgreichsten "Greiferinnen". Bald war sie in Berlin mehr gefürchtet und verhaßt als die Gestapo, zumal sie viele Juden persönlich kannte und auch um ihre Gewohnheiten und Verstecke wußte. Dennoch konnte sie letzten Endes ihre Eltern nicht vor der Deportation bewahren, sondern nur ihr eigenes Leben retten. Nach dem Krieg mußte sie schwer büßen.
Ein russisches Gericht verurteilte sie zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Nach der Entlassung kam sie vor ein deutsches Gericht, das nochmals 10 Jahre Haft verhängte, die dann aber durch die zehnjährige Zwangsarbeit als verbüßt galten. An ihrem Schicksal wird aber wieder einmal exemplarisch deutlich, daß man die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt oder doch mit Samthandschuhen anfaßt.
- 1949 mußte sich der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Hitler, Ernst v. Weizsäcker, im Wilhelmstraßen-Prozeß verantworten. Der berüchtigte Eichmann, "Beauftragter für die Endlösung", fragte an, ob Bedenken gegen die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz bestünden. Staatssekretär v. Weizsäcker gab grünes Licht und erhob keinen Einspruch. Dabei hätte er dies ohne jegliche Gefährdung der eigenen Person tun können. Der amerikanische Hauptankläger beantragte die Todesstrafe.
Von Weizsäcker wurde am 14. April 1949 zu lediglich 7 Jahren verurteilt - nach damaliger Rechtsprechung ein ungewöhnlich mildes Urteil. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die Strafe auf 5 Jahre reduziert, wobei die Verurteilung wegen "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" ausdrücklich bestätigt wurde (Mitwirkung an Judendeportationen). Bereits am 16. Oktober 1950 wurde er aufgrund eines "Gnadenaktes" aus dem Zuchthaus entlassen.
Wydens Buch liefert einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Juden in der Zeit der Weimarer Republik und unter dem Terrorregime der Nazis. Es wird deutlich, daß die Gleichung: hier gute Juden, dort böse Nichtjuden nicht aufgeht. Ein Überlebender, der bis zum Ende eingesperrt war, erinnerte sich an Stella: "Sie ist eine tragische Figur. Sie dürfen nicht vergessen, in welcher Lage sie sich befand. Sie lebte auf Messers Schneide! Sie und ich würden genau dasselbe getan haben."
- Glücklicherweise gab es in der damaligen Zeit nicht wenige unbekannte Helden, die trotz persönlicher Gefährdung verfolgten Juden geholfen haben. Gerhard Löwenthal berichtet hierüber in seinem Buch "Ich bin geblieben".
Auch der einst so beliebte Hans Rosenthal erinnert sich in Dankbarkeit in "Zwei Leben in Deutschland" der Menschen, die mit ihm weder verwandt noch auch nur gute Bekannte, die einfach "gute und gerechte Menschen" waren.
Am intensivsten befaßte sich mit den Geschehnissen jener Zeit der jüdische Historiker und Theologe Pinchas E. Lapide in seinem Werk "Rom und die Juden". In einem Interview mit der "Welt" erklärte er am 25.3.86:
"Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaft zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte.
Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft."<<

25.02.1994

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 25. Februar 1994 über die bisher einzige gelungene Volksinitiative im Land Niedersachsen (x303/236): >>... Die erste Volksinitiative Niedersachsens ist erfolgreich.

Die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung hat mehr als die gesetzlich erforderlichen 70.000 Unterschriften erhalten.

Die Initiative will die Verantwortung vor Gott und den Menschen als letzte Richtschnur und Bindung für alles staatliche Handeln in der Verfassungspräambel festschreiben.<<

31.03.1994

Belgien: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

05.04.1994

Belgien: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

23.04.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>**Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren**

... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...

... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.

Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".

Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."

Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.

"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu

besuchen.
... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

***27*.05.1994**

Ungarn: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 27. Mai 1994: >>**In Ungarn und anderen Ländern Osteuropas kehren die Sozialisten an die Macht zurück: Die Bürger träumen von einem "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz"**

Die Wende der Wende

In Ungarn ist der Stalinismus lebendig." Als der Budapester Zeitungsverkäufer István G. den Kommentar des ehemaligen italienischen Präsidenten Francesco Cossiga zur ersten Runde der ungarischen Parlamentswahlen las, war er nicht einmal empört. Er lachte nur verächtlich. Was versteht der Westen Europas schon von seiner östlichen Mitte? Die einen vermuten überall wildwuchernden Nationalismus mit kleinen Schirinowskijs; die anderen fürchten eine Wiederkehr der kommunistischen Diktatur. Dabei ist das eine so falsch wie das andere.

In den Visegrad-Staaten, zu denen neben Polen, Ungarn und der Slowakei trotz aller Distanzierungen ihres Ministerpräsidenten Václav Klaus auch die Tschechische Republik zählt, ist augenblicklich weder ein starker Rechts- noch Linksextremismus erkennbar. Vielmehr findet eine Wende von der rechten zur linken Mitte statt.

In Polen sitzt die Sozialdemokratie (die gewendete kommunistische Partei) bereits in der Regierung; in Ungarn siegten die postkommunistischen Sozialisten mit starker Überlegenheit in den Parlamentswahlen, und in der Slowakei zog die KP-Nachfolgeorganisation "Demokratische Linke" bei Meinungsumfragen fast mit der Partei des gestürzten Ministerpräsidenten Vladimir Meciar gleich: Vor fünf Jahren wäre dies eine unvorstellbare und moralisch äußerst anrüchige Entwicklung gewesen.

Damals war der Protest zwangsläufig von liberalen und konservativ-nationalen Forderungen getragen, richtete er sich doch gegen eine Diktatur unter linkem Vorzeichen. Freiheit galt mehr als Gleichheit. Und die Sehnsucht nach Freiheit belebte den Nationalismus.

"Menschen, die ihre Nation befreien wollen, möchten bei sich sein", sagt der Philosoph Leszek Kolakowski, und "die verzweifelte Suche der nachkommunistischen Welt nach nationaler Identität ist ein Zeugnis dieses Bedürfnisses." Überall in Osteuropa wurden gewaltsam ausgegrenzte Traditionen wieder aufgenommen und diskreditierte Nationalhelden rehabilitiert. Verschmähte Wahrzeichen und Symbole kehrten an ihre historischen Orte zurück – nicht selten zum Befremden des Auslands.

Denn bei der Wiederbelebung von Vorkriegstraditionen verschwamm so manches Mal die Grenze zu ihren extremen – revanchistischen, antisemitischen, autoritären – Bestandteilen. Der Westen Europas blickte irritiert auf seinen Osten und malte sich Schreckensbilder von Chauvinismus, Aggressionen, Grenzrevisionen und Krieg aus.

Doch die Furcht, im Osten Mitteleuropas könnte sich das Drama Jugoslawiens wiederholen, erwies sich als unbegründet. Die Slowaken trennten sich auf zivilisierte Weise von den Tschechen; Revisionsansprüche einiger Ungarn auf Siebenbürgen, die Südslowakei und Teile der Vojvodina wurden nie Bestandteil der offiziellen Außenpolitik; und die Konflikte mit den jeweiligen Minderheiten, manchmal aus innenpolitischen Gründen hochgespielt, entschärften sich im Laufe der Zeit von selbst.

Für István Csurka, den geifernden Antisemiten, stimmten bei den ungarischen Wahlen nur anderthalb Prozent der Wähler. Auf slowakischer Seite hat die neue Regierung unter Ministerpräsident Josef Moravcik den Dialog mit der ungarischen Minderheit wieder aufgenommen.

Andernorts, in Polen, gestaltet sich das Verhältnis zur deutschen Minderheit seit Jahren weitgehend störungsfrei. Nur in der Tschechischen Republik sorgen die Forderungen der Sudetendeutschen nach Aufhebung der Vertreibungsdekrete und Rückgabe ihres Eigentums noch für Empörung und Ablehnung.
Doch die Wellen der Aufregung dürften sich hier wie andernorts wieder legen. Nationalistische Rhetorik steht nicht mehr hoch im Kurs (und sei sie antikommunistisch), gefragt sind Pragmatismus und Effizienz (und kämen sie von den Postkommunisten). Die sich einst nach "Brot und Freiheit" sehnten, verlangen jetzt nach "Brot und Arbeit".
Im Kommunismus strahlten die Verheißungen des westlichen Kapitalismus so stark, daß sie die Demokratie zu einer Vision ohne Schatten verklärten. "Wunderschön – aber eine Illusion", bekannte eine Leserin der polnischen Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", um dann sich und den Lesern Mut zuzusprechen: "Wenn wir langsam die Illusionen ablegen, müssen wir nicht bitter werden – obwohl gerade das manchen als Erwachsenwerden gilt."
Doch viele sind im Zuge der Desillusionierung bitter geworden. Sinkender Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und der Verlust der Privilegien von Ferienplätzen bis zu Rentenzuschlägen stehen in scharfem Kontrast zu wachsendem, oft undurchsichtig angehäuftem Reichtum. Als Quintessenz der neuen Zeit setzte sich in den Köpfen fest: Die Reichen werden noch reicher und die Armen noch ärmer. Der Ruf nach einem ausgleichenden, intervenierenden Staat wurde wieder lauter. Hatte in Polen 1988 nur gut die Hälfte eine staatliche Sicherung der Vollbeschäftigung gefordert, so waren es 1992 schon wieder drei Viertel.
Ironischerweise befriedigt ausgerechnet der als Thatcherist verschriene Václav Klaus immer noch das Bedürfnis des Durchschnittsbürgers nach sozialer Sicherheit. Zwar hielt er die Löhne niedrig – aber die Arbeitslosigkeit und die Mieten auch, und durch Subventionen zögerte er den Bankrott von Staatsbetrieben hinaus. Im Ergebnis sind weit über die Hälfte der Tschechen’ mit der neuen Zeit zufrieden, in Polen jedoch nur 34, in Ungarn gar nur 18 Prozent der Bürger.
In Polen und Ungarn hat deshalb die Linke schon vier Jahre nach dem Ende der Linken wieder eine Chance bekommen. Nicht weil sich die Wähler nach der Rückkehr des Kommunismus, sondern weil sie sich nach einer sozialeren Marktwirtschaft, nach einem "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" sehnen.
Erleichtert wurde das Comeback der Postkommunisten durch ihre "revisionistische" Vergangenheit: Die ungarische und polnische KP waren weit weniger diskreditiert als ihre "Bruderparteien" in der Tschechoslowakei und der DDR. Sie hatten größere Distanz zu Moskau gehalten, schon Jahre vor dem Zusammenbruch die Wirtschaft liberalisiert, die politische Repression gelockert, und sie hatten – was ihre Gegner nie zu hoffen wagten – 1989 die Zeichen der Zeit verstanden und die Macht freiwillig abgegeben.
Dennoch blieben sie zunächst überall geächtet von den Wählern. In Polen wollen Post-Solidarność-Parteien bis heute nicht mit ihnen koalieren. In Ungarn hingegen scheint nun auch diese Barriere überwunden. Ehemals Verfolgte des Regimes im Bund Freier Demokraten halten eine gemeinsame Regierung mit ehemaligen Repräsentanten des Regimes für denkbar. Haben sich die Postkommunisten also tatsächlich gewendet?
"Die schlechten Gewohnheiten kehren zurück, die Leute des alten Systems kehren zurück. Aber das kommunistische System kehrt nicht zurück", beruhigt der polnische Publizist Adam Michnik sich und andere.
Gyula Horn, Parteivorsitzender der ungarischen Sozialisten, relativiert sogar dies. Die sozialistischen Parteimitglieder, wiederholte er im Wahlkampf immer wieder, seien zu jung, um Schuld auf sich geladen zu haben. Dabei stammt Horn selbst genauso aus der alten Nomenklatura wie Sándor Nagy, der langjährige Gewerkschaftsvorsitzende, die Nummer zwei auf der ungarischen Wahlliste.

Tatsächlich bestehen in den postkommunistischen Parteien äußerst unterschiedliche Flügel nebeneinander. Neben den "Europäern" oder Sozialdemokraten im westlichen Sinn, zu denen die ungarischen und polnischen Parteivorsitzenden Gyula Horn und Aleksander Kwasniewski zählen, finden sich frischgebackene Kapitalisten aus der früheren Nomenklatura, alte Apparatschiks und in der Regel konservative Gewerkschaftsfunktionäre: Eine Mischung, die Widersprüche hervorbringen muß.
Als Regierungspartei kann die postkommunistische Linke nicht so sozial sein, wie sie sich als Oppositionspartei gab. In Polen hat sich die sozialistische Gewerkschaft OPZZ aus Loyalität zur Regierung bei den jüngsten Streiks noch zurückgehalten. Aber lange kann sie Solidarnosc, die die Linke gerade von links überholt, das Feld nicht überlassen. Dann muß auch sie Arbeiterinteressen entschiedener gegen den Finanz- oder Wirtschaftsminister verteidigen, selbst wenn er aus dem linken Lager stammt.
Schon gibt es besorgte Spekulationen. Wohin schlägt das Pendel nach der Enttäuschung über die Sozialisten? Werden als Alternative wieder die hoffentlich klüger gewordenen Liberalen und Konservativen geschätzt, oder kommt dann die so oft beschworene Stunde der Populisten von links oder von rechts? Werden sich die Menschen weiter ins Private zurückziehen oder ihren Unmut auf die Straßen tragen?
In Polen, seit acht Monaten unter postkommunistischer Regierung, wird für die Kommunalwahlen im Juni eine äußerst niedrige Wahlbeteiligung prognostiziert. Enthaltsamkeit, meinen Zyniker, sei einem Fanatismus immer noch vorzuziehen. Besser der Bürger sei vergrämt als verführt.<<

30.05.1994

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1994) berichtet am 30. Mai 1994 über den deutschen Historiker Ernst Nolte (1923-2016) und die "Relativierung der Vergangenheit":

>>**Der doppelte Außenseiter**

Daß die Leute an ihm nur das Negative wahrnehmen, bekümmert Ernst Nolte durchaus. So aufrecht, korrekt und scheinbar bieder präsentiert sich der 71jährige Professor in seinem ordentlichen Ferienheim bei Lübeck, Mund und Blicke schmal und gerade, wie am Lineal gerichtet, die Hände disziplinierend zwischen die Beine geklemmt, daß man leicht dazu verführt werden könnte, diesen Kummer zu überschätzen.
Der hält sich aber in Grenzen. Denn wichtiger als ein positives Echo ist dem Historiker Beachtung schlechthin. Mag dieser Mann auch auf irreführende Weise so aussehen wie der stille Gelehrte, der er jetzt, nach seiner Emeritierung, sein könnte - das ist aus Gewohnheit gewachsene Tarnung.
Ernst Nolte ist ein eifernder Kämpfer. Effektgierige Blicke und eine aggressive Attitüde triumphierender Bescheidenheit zeigen ihn schnell als einen Mann, der ein Heldenleben führt an der historischen Front.
Tatsächlich hat sich Ernst Nolte, je älter er wurde, desto stürmischer, einen Namen gemacht als Zeithistoriker, der offenbar von dem provozierenden Drang getrieben wird, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus "verstehbar" zu machen in ihrer verkannten "Größe" und "Tragik" und in ihrer historischen Berechtigung als präventive Reaktion auf Stalins "asiatischen" Bolschewismus. Auschwitz mag "schlimmer" gewesen sein, der Gulag aber war "ursprünglicher". Ein "kausaler Nexus" lasse sich "schlechterdings nicht bestreiten".
Polemisch zugespitzte Thesen dieser Art, an denen sich 1986 der Historikerstreit um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung entzündete, produziert der rüstige Ruheständler inzwischen mit einem eitlen Kalkül, das sich öffentlicher Empörung traumwandlerisch sicher weiß.
Die Aufregung, die seine Beiträge auslösen, erlebt der Professor als "adäquat". Ihn verwundert es kaum, daß die Resonanz immer rabiater ausfällt. Mögen Gegner seinen Wagen anzünden,

mögen "Gruppen selbsternannter Antifaschisten" ihn mit Reizgas besprühen und an Vorträgen hindern; mag ihn sogar, nach einem Fernsehauftritt von monströser Gefühllosigkeit, sein eigener Sohn protestierend anrufen - Ernst Noltes dogmatischer Panzer ist robust.
Der Haß der Gegner "erreicht mich innerlich nicht". Das Erschrecken der anderen "berührt mich nicht". Den Vorwurf der "Herzlosigkeit" empfindet er als terminologisch verfehlt: "Herzlosigkeit ist kennzeichnend für den wissenschaftlichen Diskurs." Begegnet er "diesem ergriffenen Tremolo" in deutschen Stimmen nicht immer nur bei der Erwähnung von Auschwitz? Was ist mit den Opfern Stalins? "Herz-Einseitigkeit" macht er bei denen aus, die ihm "Herzlosigkeit" vorwerfen.
Dagegen begehrt er auf - eisig. Ernst Nolte, "ein denkender Historiker", hat eine Sendung zu erfüllen. Er kann die Wahrheit nur als Ganzes sehen, muß Zusammenhänge ausweisen, Vergleiche vornehmen, heikle Themen behandeln. Könnte denn, wer sich mit diesem Anspruch der deutschen Vergangenheit zuwendet, dem öffentlichen Streit ausweichen, selbst wenn er wollte?
Ernst Nolte fragt das so unneugierig, als wolle er bloß seinem inneren Computer eine Vorzeige-Antwort entlocken: "Notwendigerweise nein", kommt denn auch prompt die Antwort. Monoton variiert er: "Ich sage, der Streit ist unvermeidlich."
Unbewegt sitzt Ernst Nolte da, ein grimmer Greis. Anders als in absichtsvoll ausgewählten Gruppen, wie etwa unlängst bei Erich Böhmes "Talk im Turm" in Sat 1, wo er - wie er genau weiß - im Gespräch über "Schindlers Liste" isoliert werden sollte, empfindet Ernst Nolte in Zweiergesprächen keine Feindseligkeit.
Er doziert. Schnell verfällt er dem Sog seiner eigenen, in sich geschlossenen Redeweise, die Einspruch nicht ermutigt und Emotionen eintrocknet. Ein intelligenter Mann, kenntnisreich und gebildet. Kritische Zuhörer müssen schon viel Beherrschung aufbringen, um nicht unwillkürlich auch noch zu nicken zu seinen geschichtsphilosophischen Verstiegenheiten, die zwingend klingen in ihrer abstrakten Logik. Doch sind die Sätze zwanghaft von Wirklichkeits- und Gefühlsresten gesäubert. Klinische Semantik.
Und dennoch - die Anstrengung wird spürbar, mit der Ernst Nolte sich auf intellektuellem Abstand zum Thema hält. Spannung vibriert im Unterton. Wie sollte es auch anders sein? "Daß der Nationalsozialismus auf überaus starken Emotionen beruhte", gehört zu Noltes "grundlegenden Annahmen". Und er ist auch überzeugt, "daß diese Emotionen überwiegend einen negativen und abwehrenden Charakter hatten".
Trifft das denn nicht auch auf ihn zu - den deutschen Zeitgenossen, der 10 Jahre alt war, als die Nazis zur Macht kamen, und über 20, als ihre Führer sich umbrachten oder gehenkt wurden? "Daß bestimmte Erfahrungen für diese Emotionen maßgebend und daß alle 'weltanschaulichen' Aussagen mit diesen Erfahrungen und Emotionen aufs engste verknüpft waren", muß ja ebenso für philosophierende Historiker gelten.
Tatsächlich räumt der Sohn eines katholischen Volksschullehrers aus Hattingen an der Ruhr "eine zwar unabenteuerliche, aber dennoch ungewöhnliche Lebensgeschichte" ein. Ein bißchen resigniert und ein wenig verschämt ringt sich Ernst Nolte den Satz ab: "Ich bin vom Kriege unberührt."
Auf knapp zwei von Tausenden Buchseiten - in "Streitpunkte", veröffentlicht 1993 - in seinen dickleibigen Werken läßt sich Ernst Nolte über seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse während der Nazizeit aus. Seine ganz offenkundig als Kränkung, wenn nicht gar als Demütigung empfundene Zurückstellung vom soldatischen Dienst begründet er im Text mit einem geheimniskrämerischen Hinweis: "Ein zufälliger Umstand physischer Art" habe ihm die Kriegsteilnahme erspart.
Im Gespräch kommt Ernst Nolte der Nachfrage zuvor. Mit fast verächtlicher Gebärde hält er dem Besucher seine linke Hand unter die Augen, an der die drei mittleren Finger verstümmelt

sind. "Hier: ein Geburtsfehler. Ich war AV-Mann - arbeitsverwendungsfähig." Seinen Schimpf erhält diese Nazi-Kategorisierung aus ihrem Gegensatz zu kv - "kriegsverwendungsfähig".
Kv waren Noltes Mitschüler, "von denen viele bei Stalingrad und anderswo fielen, während ich studieren konnte. Das hat mir immer auf dem Gewissen gelegen". Ernst Noltes Stimme zittert, während er redet. Als er später auf den Tod seines jüngeren Bruders zu sprechen kommt, der 1944 als 17jähriger gefallen ist, ersticken ihm Tränen die Rede.
Plötzlich bleibt nichts mehr von der hochfahrenden Rechthaberei seiner wissenschaftlichen Diktion. Nolte klammert sich an seine im Buchtext vorformulierten kargen Selbstaussagen wie an Rettungsringe. Darin tut er so, als habe er sich in einem heldenhaften Entscheidungsprozeß zu der Erkenntnis durchgerungen, daß eine "konstitutionelle Unvereinbarkeit" zwischen den jungen Männern der Nazi-Bewegung und ihm bestehe.
Hier die Jugend des "Führers", die er mit dessen Propaganda-Spruch vorstellt: "Flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl". Dort er, "eine, wie man damals sagte, künftige Intelligenzbestie".
In Wahrheit aber hat sich der junge Katholik Ernst Nolte nicht einmal verstecken können vor den Herrenmenschen der HJ, denn seinem Vater war vom Vorgesetzten "nahegelegt" worden, den Sohn zu den Pimpfen zu schicken. Nolte: "Ich mußte ins Jungvolk und in die HJ, ich war aber immer nur ein sehr einfaches Mitglied." Vor allem war der körperlich behinderte Knabe wohl nie ein vollwertiges Mitglied - am wenigsten vor sich selbst.
Die ambivalente Gefühlswelt jener Jugendjahre liegt plötzlich bloß. Unter der glatten philosophischen Sprache pulsiert bis heute ein kindlicher Emotionsbiotop aus Scham und Schmach, Wut und Ohnmacht. Der damalige Triumph des Überlebens und die haßerfüllte Selbstverachtung, der Drang, es trotz allem allen zu zeigen, brechen fast ungefiltert hervor, wenn der alte Mann aus dieser Zeit erzählt.
So gerät er unvermittelt ins Schwärmen über Geländespiele, während er über das Erbe der HJ aus der Jugendbewegung belehrt. Mit bitterer Selbstironie beschreibt er sich im Jargon des Marburger Psychologen Erich Jaensch als "Gegentyp" zu den nordischen Recken der Nazis, "ein dürftiges Bürschlein mit eingesunkener Brust und Brille auf der Nase".
Im schroffen Wechsel zwischen Stolz und Selbstverhöhnung schwankt Noltes Ton, wenn er aus seiner Freiburger Studentenzeit erzählt: etwa, daß er 1944 im Seminar Martin Heideggers "der nahezu einzige männliche Student" gewesen sei. Oder wie er sich - unter Berufung auf sein Examen und auf ausgebombte Eltern - in den letzten Kriegswochen auch noch erfolgreich um die Einberufung zum Volkssturm drückte. War das pfiffig? War das feige?
Nichts spricht dafür, daß der Historiker sich ein halbes Jahrhundert später mit seiner persönlichen Vergangenheit versöhnt hat. Statt dessen umkreist er unermüdlich - in philosophischer Höhenlage zwar, aber immer an der Schmerzgrenze entlang - die Katastrophen und das Scheitern seiner jungen Jahre. Verbissen läßt er die nicht vergangene persönliche Geschichte "in wissenschaftlichem Geist" wieder aufleben - mit dem herausfordernd vorgetragenen Ziel, die Vergangenheit endlich vergehen zu lassen.
Sind Noltes zeithistorische Arbeiten also eine Art Buß-Ritual? Nolte bietet diese Erklärung an. Die "Last" der Bevorzugung, die ihn gegenüber den Gefallenen seiner Generation drückt, "war nicht dadurch abzuwerfen, daß ich mir den Haß oder den Stolz der wirklich Betroffenen zu eigen zu machen versuchte, sondern, daß ich der nächsten Ursache der Katastrophe, dem Nationalsozialismus, zwar in Abneigung, aber ohne Haß gegenübertrat".
So, sagt Ernst Nolte, sei seine "wissenschaftliche Haltung" gegenüber dem Faschismus entstanden. Von seiner Zeitzeugen-Rolle bis zum höheren Auftrag ist es dann nur noch ein Schritt. Hatte ihn nicht der Chef des Freiburger Wehrmeldeamtes 1945 vom Volkssturm freigestellt mit den Worten: "Es müssen ja auch ein paar intelligente Leute übrigbleiben"? War nicht sein geliebter Bruder, kurz vor dem Tod, mit den tröstenden Worten von der Mutter ge-

gangen: "Hauptsache, Ernst bleibt über, von dem ist noch viel zu erwarten"?
So - "als Zivilist unter lauter Soldaten" - scheidet Ernst Nolte aus Hitlers Deutschem Reich. Ein Fremdling, ein Auserwählter. Und ebenso einzelgängerisch gestaltet sich später sein Einstieg in die Universitätslaufbahn der Bundesrepublik. Nolte: "Ich bin von Anfang an in der Zunft ein Außenseiter gewesen."
Auf Vorschlag des Historikers Theodor Schieder wird der Bad Godesberger Gymnasiallehrer 1964 an die Universität Köln berufen, damals eine akademische Sensation. Denn nicht nur ist Nolte ein reiner Zeitgeschichtler, dem der Nachweis erlassen wird, ob er sich wohl auch im 16. Jahrhundert auskennt. Er schreibt auch nicht eigens eine Habilitationsschrift, sondern er legt ein schon gedrucktes Buch vor, das von der Öffentlichkeit mit Respekt aufgenommen worden ist: "Der Faschismus in seiner Epoche".
Doch die Genugtuung, die Ernst Nolte bei der Schilderung seiner akademischen Karriere unverhüllt zur Schau stellt, birgt schmerzhafte Enttäuschungen. Nicht, daß seine Laufbahn fortan ungewöhnlich gewesen wäre: Nach seiner Berufung zum ordentlichen Professor in Marburg (1965) ist er von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1991 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin gewesen.
Dennoch werden Vorbehalte spürbar. Empfindet der intellektuelle Perfektionist Nolte seine mangelnde formale Hochschulqualifikation trotz allem noch als Makel? Hat er nicht verwunden, daß eine ihm von Martin Heidegger versprochene Dissertation nicht zustande kam?
Nolte, der im Februar 1945 sein Studium nach sieben Semestern mit einem Not-Examen im Freiburger Bombenkeller abschließt, findet im Schuldienst Anstellung. Die Universität bleibt ihm versperrt, "weil man zu Beginn der fünfziger Jahre nicht Professor werden wollen konnte in Deutschland, man mußte von einem Professor aufgefordert werden". Doch schon 1950 scheidet er abrupt aus der Gymnasiallaufbahn aus. Denn aus Freiburg meldet sich Martin Heidegger: "Ich bin wieder da."
Bis 1952 hört Nolte den verehrten Philosophen, dem er sich schon 1944 "nähergekommen" glaubt, ohne indes bei ihm zu promovieren. Heidegger, damals schon Emeritus, nimmt keine Promotionen mehr an - "eine Enttäuschung" für Nolte bis heute, selbst wenn er sich zu überzeugen versucht, daß diese Entscheidung auf einer "allgemeinen Maxime" Heideggers beruht habe und nicht gegen seine Person gerichtet gewesen sei.
Statt des Meisters betreut Eugen Fink Noltes Dissertation "Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx". Anschließend wird der junge Mann wieder Lehrer.
So hat sich sein Lebensmuster verfestigt: Durchhalten gegen fast unüberwindliche Widerstände, Dasein unter dem Dauerjoch der vorzeigbaren Leistung, Einzelgängertum. Ernst Nolte, der sich als "doppelter Außenseiter" erlebt, hat mittlerweile der Welt seine Bedeutung bewiesen. Sich selbst aber muß er stets aufs neue überzeugen.
So hat Ernst Nolte den Sonderweg, den ihm das Leben aufnötigte, diese Mischung aus Defekten und Begabungen, Zuverlässigkeiten und Zufällen, zur Erfolgslaufbahn ausgebaut. Er hält auf seinen Einzelgängerruf, genießt es, etwa vom Kollegen Walter Laqueur, als "einsamer Wolf" gefeiert zu werden.
Einordnungen widersetzt er sich. "Ich bin heute kein Rechtsintellektueller", hat er unlängst in einer Polemik gegen Ignatz Bubis behauptet, der ihn beschuldigt hatte, Auschwitz zu relativieren und durch den Historikerstreit das gegenwärtige Hetzklima gegen Ausländer und Juden mit vorbereitet zu haben. Ist er nicht - höhnt Nolte dagegen - auch schon einmal als "Wegbereiter" der Linksintellektuellen betrachtet worden? Tatsächlich galt sein Buch "Der Faschismus in seiner Epoche" auch und gerade bei neomarxistischen Faschismusforschern als Standardwerk.
Ernst Nolte hat sich aber schon damals gesträubt, einer Strömung oder Richtung zugerechnet zu werden. Mit den 68ern, von denen ihn manche zunächst als einen ihrer Apostel betrachte-

ten, bricht er früh. Er weigert sich 1967, eine Protestschrift gegen die Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg zu unterschreiben. 1973 und 1974 wird seine Vorlesung an der Freien Universität boykottiert. Zwei Semester lang liest Nolte in Berlin vor leeren Bänken. Zugleich verdirbt er es sich aber auch mit den Amerikanern, deren Fachkollegenschaft er die harschen Verrisse seines Werkes "Deutschland und der Kalte Krieg" verübelt.
Inzwischen haben Ernst Nolte feuilletonistische Hahnenkämpfe, selbstgefällige Rechthabereien und verantwortungslose Provokationen - Ignatz Bubis nennt er, ganz im Stile des Republikaner-Chefs Franz Schönhuber, einen "Wegbereiter ... der Zerstörung der geistigen Freiheit in Deutschland" - nicht nur vom Gros seiner Fachkollegen isoliert. Sogar seine jungrechten Bewunderer im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen gehen auf Distanz.
Plötzlich werden nicht mehr nur seine Thesen beachtet, sondern auch die Person gerät in den Blick, nicht ohne Grund. Zuspitzungen und Eigenwilligkeiten, die Ernst Nolte gern als wissenschaftliche Postulate zu tarnen pflegt - als "Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens" etwa -, verrutschen ihm immer häufiger zu verschrobenen Obsessionen. "Er tanzt nicht ohne Koketterie am Rande des intellektuellen Abgrunds", warnt sein Historiker-Kollege Imanuel Geiss.
Einem wie Ernst Nolte fehlt es natürlich nicht an großen Posen, um solche Warnungen zu relativieren, die auch aus dem Kreis seiner Freunde kommen. "Wahrheiten willentlich auszusparen mag moralische Gründe haben", hat er schon in der Rede gesagt, die er 1986 in Frankfurt bei den Römerberg-Gesprächen halten wollte und nicht durfte und die dann den Historikerstreit auslöste, "aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft." In dieser Haltung ist Nolte seither noch schroffer geworden, hochfahrend und höhnisch.
Daß er "wie jeder anständige Mensch" Verbrechen verabscheut wie die von Mölln oder Magdeburg - muß er das wirklich sagen? "Vor Ausbeutung durch Idioten ist niemand sicher." Aber "radikale Gedanken" zu unterdrücken, nur weil sie "volkspädagogisch gefährlich" sein könnten, das kann nun wirklich niemand von Ernst Nolte erwarten.
Fühlt er sich in Deutschland überhaupt noch zu Hause? Da kokettiert er mit seinem nach Frankreich orientierten Vorbild Heidegger, wenn er sagt: "Geistig nicht, geistig bin ich schon 1986 nach Italien ausgewandert." Das ist natürlich ironisch zu verstehen, wenigstens halb. Wahr sei aber: "Die Italiener sind immer fair zu mir gewesen."
Nicht nur sind Noltes einfühlsame Faschismustheorien in Rom inzwischen wieder regierungsfähig. Hier stieß auch - während einer Urlaubsreise - der Studienrat Nolte 1959 auf ein philosophisches Jugendwerk Benito Mussolinis, das sich mit Marx und Nietzsche befaßte. Das elektrisierte ihn, legte Brüderschaft im Geiste nahe. "Donnerwetter", habe er gedacht, sagt Ernst Nolte, der oft "Donnerwetter" denkt: "Ein Politiker, der sich mit denselben Denkern beschäftigt wie du." Weil Mussolini zuerst Marxist war und dann Faschist wurde, habe er ihn schon früher für "die interessanteste Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts gehalten". Das sei der Ausgangspunkt gewesen für sein erstes Faschismus-Buch.
Ein knappes Dutzend Bücher und drei Dutzend Jahre später kann niemand mehr sicher sagen, wohin ihn sein Denken geführt hat. Längst ist es nicht mehr nur die Sprache, die sich bei der "Ausschau nach dem Ganzen" in scholastischer Begriffshuberei auflöst. Auch der Standort des Historikers, seine ethischen und humanen Maßstäbe, scheinen verwischt bei den zwanghaften Anstrengungen, "die Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar zu machen".
Die Bilder des Films "Schindlers Liste" hätten ihn schon deshalb wenig beeindruckt, sagt Ernst Nolte, weil er ja aus den Akten weiß, daß alles noch viel schlimmer war. Das leugnet er nicht. Er "versteht" es. Rechtfertigt er es auch? Verzeiht er es?
Eher hat es den Anschein, als bemühe sich der deutsche Historiker Ernst Nolte darum, die realen Greueltaten der Nazis - ganz so wie die eigenen Erfahrungen von Schuld, Ohnmacht

und Scheitern - zu entwirklichen, um sie aufgehen zu lassen in philosophischen Welt-Bürgerkriegs-Theorien.
Daß bei diesem gigantischen Ringen zwischen den Ideologien seit 1917 am Ende die westlichen Demokratien gesiegt haben, enthält der Historiker allerdings seinen Lesern vor. Auch hat sich Noltes Nationalsozialismus auf wundersame Weise aus fast allen deutschen Traditionen und konkreten Bezügen verflüchtigt. Als wäre Auschwitz nur eine symbolische Chiffre.
In Auschwitz ist der Historiker Ernst Nolte nie gewesen. Im vergangenen Dezember hatte er fest vor, dorthin zu fahren. Er wollte einen Vortrag halten. Aber dem denkenden Historiker blieb auch diesmal die Konfrontation mit der Wirklichkeit erspart: "Ich bekam eine Magenblutung."<<

Mai 1994

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:
"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.
Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.
Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiernder Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt:
1. Europa wird "christlich" sein, oder es wird nicht sein.
2. Europa wird "multikulturell/multinational" sein.
3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?
4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein, oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein"?
5. Das Haus Europa wird als "sozialer Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschaftseinheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein.
7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Weltreligion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein.
In dieser Situation offener Fragen, fehlender Antworten und widersprüchlicher Versprechungen erscheinen fast gleichzeitig neben zahlreichen anderen Titeln
Roland Baader, *Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt* (A. Tykve Verlag), 71005 Böblingen 1993, 249 S.
Bruno Bandulet, *Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform* (Langen, Müller, Herbig Verlag) München 1993, 172 S.
Johannes Rothkranz, *Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa, Bd. I u. II* (A. A. Schmid Verlag), 87467 Durach 1993, 632 S.
Alle drei Autoren rücken die europäische Idee und die europäische Wirklichkeit nach dem Maastrichter Vertrag unter vielfältigen Aspekten in das Blickfeld des Lesers.
R. Baader argumentiert überwiegend demokratie-theoretisch, staatsrechtlich-politisch. Er befaßt sich mit den Strukturen, Institutionen und Entscheidungsprozessen in der Wirtschafts-Union und im Super-Staat Europa.
B. Bandulet argumentiert ökonomisch, finanz- und währungspolitisch, wenn er die Kosten-/Nutzenseite Europas in den Mittelpunkt rückt.
J. Rothkranz schließlich geht der Sache auf den Grund, er fragt nach den EUropa zugrundeliegenden Ideen, Konstruktionsplänen und Baugenehmigungsverfahren aus ideengeschichtlicher Sicht, gestützt auf eine Überfülle von geschichtlichem Material verschiedenster Art.

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs.
Lediglich die Pan-Europa-Bewegung (0. v. Habsburg, S. Alber, MdEP), die "Sondersynode der Bischöfe für Europa", sowie einige vom ZK der Katholiken (R. Waschbüsch) Bewegte vertrauen noch dem inneren Wert der "Schuldverschreibung: Europa - Christlich" und werben unter den praktizierenden Christen für die "Große Stadt, die ersteht", für "Europa in der Einen (!) Welt" oder für den "Konziliaren Prozeß" Richtung Ökumene der Weltreligionen mit dem universalen "Weltethos" (H. Küng), das den Frieden unter den Religionen und den Frieden unter den Nationen gewährleisten soll.
Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.
- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist (R. Dahrendorf), sondern der "teuerste Gesangverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären. (Rothkranz, II, S. 544)
- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.
Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.
- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schiedlich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fasson, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).
- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multinationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.

- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch ‚entsorgen' will". (Baader, S.

22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).
- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.
- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechselung des "Volkes" - die rassisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".
- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)
- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:
"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht."
Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.
Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.
Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.
Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)
Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und

nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.
Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.
Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen/-Gurken, welche Maße der Sitz auf Euro-Treckern und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.
Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU (Hornhues) plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den (abschreckenden) Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.
Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Art. 20 GG und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Art. 79 (3) GG werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht, denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".
Das BVerfG hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.
Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.
Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.
- R. Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit "absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.
Im einzelnen:
Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.
- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.
Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".
Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).
Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.
- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...
Man liest es dreimal, ein Ausschuß von 24 Botschaftern, Gesandten und Ministerialbeamten beschließt, was zu beschließen ist und führt aus, was der Rat in Auftrag gibt. Natürlich arbeitet COREPER eng mit der Kommission zusammen - schon vor Beschluß und bei Ausführung des Beschlusses - ganz demokratisch bevollmächtigt.
- Es drängt sich die Frage auf, von wem denn COREPER die Beratungs- und Beschlußsachen vorgelegt bekamen. Aber vor soviel "absoluter Vertraulichkeit" und angesichts der filigran feingeknüpften Fäden zwischen den "Brüsseler Spitzen" vor und "hinter den Kulissen" kann sich der Euro-Bürger solch impertinente Fragen nur versagen und in demokratischer Ehrerbietung sein Haupt verneigen.
Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".
- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.
- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:
1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger
1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier
1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen
1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche
Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.
Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich und Italien bei rd. 57 Mio. stehengeblieben sind.
Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...

Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.
Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".
Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille errege. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.
Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen.
Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expreß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.
Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".
Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.
Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".
Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)
"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Le-

bensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt.
- In der Vision unseres Bundespräsidenten ist der Euro-Zentralstaat nach Maastricht nur eine Vor- oder Zwischenetappe auf der "langen Reise" zum Ziel: Eine-Welt-Staat, in dem dann durch "aktive solidarische Beteiligung" der Deutschen "Menschheitsprobleme durch die Weltgemeinschaft" bewältigt werden. Der Bundespräsident gibt damit der deutschen Außenpolitik eine ganz neue ganzheitlich-global-planetarische Zielperspektive.
Von den Kosten der Versorgung und der Verbesserung der Lebensqualität "aller" Erdbewohner sprach der Präsident nicht, aber eine deutsche Außenpolitik, die als Welternährungspolitik und Weltsozialpolitik Welt-Sozialstaatspolitisch nach Schwedens Vorbild verstanden wird, ist ohne Umverteilung von Nord nach Süd und von West nach Ost leeres Versprechen.

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)
Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)
"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.
Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.
Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.
Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".
Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.
Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.
- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...
Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.
Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".
Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.
Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismä-

ßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.
Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).
- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.
Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben
Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich
Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen
Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.
Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.
Im gleichen Jahr erhielten
Irland rd. 4 Mrd.
Portugal 4 Mrd.
Spanien 5 Mrd.
Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.
Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Süditaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".
Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.
Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.
- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.
Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroyiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln.
Aber Deutschlands Solidaritäts-, Friedens- und Wiedergutmachungsabgaben fließen nicht nur in den Süden, sie fließen auch - jetzt schon - nach Osten:
8 Mrd. gingen nach China (Kanton),
70 Mrd. erhielten die GU-Staaten, noch mehr sind in Aussicht gestellt,
100 Mrd. und mehr erhielt Israel,
25 Mrd. erhielt Polen, die Hälfte davon als Geschenk,
12 Mrd. erhielten die Westalliierten des Irak-Krieges,
13 Mrd. erhalten die sogenannten östlichen Reformstaaten, die in freien Wahlen die ehemali-

gen Kommunisten wieder zur Herrschaft berufen.
Milliardenbeträge sind als Wiedergutmachung den jugoslawischen Nachfolgestaaten und dreistellige Millionenbeträge sind als Wiedergutmachung den palästinensischen Autonomgebieten in Aussicht gestellt worden - durch Herrn Möllemann (FDP) höchstpersönlich und ganz spontan-uneigennützig (WN 15.2.1994).
J. Möllemann weiß auch, daß aus den bundesdeutschen Kassen, die Finanzdefizite von 2.000 Mrd. DM aufzuweisen haben, keine Spenden und Völkerverständigungsgeschenke verteilt werden können, ohne den deutschen Steuerzahler noch ein wenig mehr zu schröpfen.
- Unsere Volksvertreter nehmen sich das Recht, ohne Hemmungen in entleerte Kassen zu greifen, um Demokratisierungs-, Freundschafts- und Friedensdividenden, die den Interessen benachbarter Staaten entgegenkommen, zu verteilen oder zu versprechen (Rußland, Polen, Ukraine, Südosteuropa). Der politische Wille des deutschen Volkes, 50 % der Hilfeleistung für Rußland zu übernehmen, wird dabei unterstellt, ein Belastungsgleichschritt mit den Euro-Partnern wird in vorauseilendem Gehorsam gar nicht erst angestrebt. Über notwendige Steuererhöhungen spricht man dann später.
Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.
Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung".
In der Demokratie entscheiden nicht Herr Schmidhuber oder Herr Schmidbauer, die davon leben, sondern der mündige Bürger und Steuerzahler, die dafür arbeiten und Verzicht leisten, ob der deutsche Solidaritätsbeitrag zum Euro-Staat gerecht oder ausbeuterisch ist. Ist es gerecht, wenn Irland für jeden eingezahlten ECU 6 ECU zurückerhält und Deutschland für 6 eingezahlte ECU einen zurückbekommt?
Gegen Schmidhubers (CSU) These von der "angemessenen Beteiligung Deutschlands an den Kosten der EU" sprechen folgende Zahlen.
Deutsche Zahlungen an die EU (in Mrd. DM)
...
Nettozahlungen an die EU (in Mrd. DM)
1976 (3,3)
1978 (2,3)
1981 (6,4)
1983 (6,0)
1986 (8,2)
1988 (13,0)
1991 (19,0)
Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.
Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7
1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren
1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren
1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren
1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren
1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren
1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren
...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.

Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.

Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...

Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:

"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand.

Zur Bekämpfung der unionsinternen Arbeitslosigkeit hat die Brüsseler Kommission, von der der Europäische Rechnungshof jüngst veröffentlichen ließ, sie habe "die geringstmögliche Auffassung von ihrer Aufgabe" (Wam S, 20.2.1994 H. Hotze) ein "Weißbuch" vorgelegt, aber nicht geweissagt, wer von den 12/16 wachstumslosen Mitgliedern den "Wohlstand für alle" produzieren soll, der Minister-Rat war deshalb auch ziemlich ratlos.
Zwischen dem 1.1.1994 und der angestrebten Harmonie der Vollbeschäftigung, der Zinssätze, der Inflationsraten, der Staatsquoten, der Anteile der öffentlichen Schulden am Sozialprodukt, der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten und Fiskal- bzw. Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten liegt die "lange Reise", auf die der Bundespräsident die Deutschen beim Empfang des Diplomatischen Corps einzustimmen versuchte.
Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,
- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,
- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.
Zu diesem Euro-Interventionismus unter dem Decknamen "Industriepolitik" schreibt R. Baader: "Mit einigem Geschick - und daran mangelt es keinem Angehörigen der politischen Klasse - läßt sich aus der Sorge-, Schutz-, Förder- und Erleichterungs-Berufung die gesamte wohlbekannte Horror-Litanei staatlicher Subventions-, Protektions- und Interventionsfindigkeit herleiten" (S. 142).
Das OFFEN-MARKT bzw. Industriepolitik-Modell hat mit liberal und sozial sehr wenig, mit sozialistisch dagegen viel zu tun, es internationalisiert den Sozialismus französischer Provenienz auf Kontinental-Europa. Europa, das ist die Überwindung der sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung.
Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.
Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.
Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was

gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.
- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.
Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24- formal ganz demokratisch: one man, one vote.
B. Bandulet (S. 40): "Entweder sind die (drei) Beitrittsbedingungen (zur Währungs-Union) nicht ernst gemeint und werden großzügig ausgelegt - dann beginnt die Währungsunion spätestens 1999 als 'europäische Inflationsgemeinschaft'.
Oder aber sie werden streng interpretiert - dann können 1999 vielleicht nur 2 oder 3 Länder (und vielleicht nicht einmal Deutschland) teilnehmen. Dann aber geriete die Währungs-Union zur Farce".
- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.
Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.
Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält?
Die Symbole der Europäischen Union sind die Europa-Flagge und die Europa-Hymne. Beide Symbole sollen dem Euro-Bürger die Identifikation mit der europäischen Idee und dem Euro-Staat erleichtern. Der Text der Hymne "Freude, schöner Götterfunken" stammt von Friedrich von Schiller, die Melodie von "Unbekannt" vor 1799.
Die Europa-Flagge zeigt auf dunkelblauem Grund das "Sternenzelt", über dem "ein lieber Vater" wohnen muß, der ein "Unbekannter", ein "guter Geist", ein "Sternenrichter" ist. Das Euro-Sternenzelt besteht aus einem Kreis von "zufällig" 12 Sternen. Der Zufall wollte es, daß die Zahl nicht 6 beträgt (nach der Zahl der Gründerstaaten) und nicht mit jedem weiteren beitretenden Staat (auf 16 oder 25) erhöht wird. Die 12 ist "zufällig" eine für Europa symbolische Zahl, obwohl die Zahl 13 noch symbolischer wäre.
- Die goldenen 12 Sterne sind auch keine christlichen Symbole, wie etwa der Stern von Bethlehem, der den Magieren aus dem Orient den Weg zum Friedensfürsten zeigte, denn die Sterne Europas haben "zufällig" die Form des Pentagramms. Dieses ist sowohl Symbol für den Pentateuch (5 Bücher Mose) als auch für die Freimaurerei, als auch für die Sowjet-Union (Sowjet-Stern) und die USA (Stars and 13 Stripes). Es fällt auch auf, daß die Pyramide nicht zu den Europa-Symbolen ernannt wurde.
Aber, ganz "zufällig" wiederum, ziert die Spitze des Frankfurter Messeturms eine bei Nacht weithin sichtbare "Pyramide" aus Leuchtstoffröhren als Symbol der Europäischen Währungs-Union. In diesem Euro-Hochhaus hat das Europäische Währungsinstitut (EWI) am 1.1.1994 seinen Sitz gefunden. Dieses Gebäude wird auch wohl ab 1.1.1999 Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) werden, wenn es der Zufall nicht anders will.
- Von dieser Zentrale aus wird dann die umlaufende europäische Geldmenge ECU kontrolliert. Der OB der Stadt Frankfurt/M. von Schöler schlug Ende Februar 1994 vor, die neuen ECU-Noten mit den Köpfen der Mayer Amschel Rothschild Söhne zu zieren.

Wieder ein paneuropäischer Zufall, der dem Euro-Bürger die Identifikation mit dem Euro-Geld, das in drei oder vier Jahren die bewährte DM ablösen wird, erleichtern soll, denn die Rothschilds sollen sich um den Aufbau des Bankenwesens in der Welt verdient gemacht haben.
Verfasser schlägt vor, bei der multikulturellen Besetzung europäischer Banknoten Edith Stein, P. Maximilian Kolbe, Johann Sebastian Bach zu berücksichtigen und Bettina von Arnim, Annette von Droste Hülshoff und Balthasar Neumann nicht schon wieder zu verabschieden, sie haben die wirkliche europäische Kultur geprägt.
Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:
"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbstverständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen" (S. 36-7).
Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.
Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.
Daher stellt sich die Frage, wie EUropa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.
In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:
"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."
So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).
- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.
Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.
Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der

bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in ‚Israel-Nachrichten v. 31.12.1993)
Die Wahrheit über Europa?
Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<

14.06.1994

Belgien: Die EU unterzeichnet am 14. Juni 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine.

24.06.1994

Belgien: Die EU unterzeichnet am 24. Juni 1994 die Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden sowie ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland.

27.06.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juni 1994: >>**Warmherziger Abschied für russische Soldaten**
... In freundschaftlicher Atmosphäre haben am Sonnabend die Einwohner Berlins und russische Soldaten Abschied voneinander genommen. Rund 20.000 Zuschauer kamen zur Parade der russischen Berlin-Brigade, die nach 49 Jahren in die Heimat zurückkehrt.
Berlins regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) dankte dem russischen Volk, seiner Führung und seinen Streitkräften für ihre Rolle bei der Wiedervereinigung. "Wir haben es dem neuen Rußland und Michail Gorbatschow zu verdanken, daß der Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas ohne Blutvergießen gegangen werden konnte." ...<<

14.07.1994

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 1994: >>**Regierung in Prag lehnt Havels Entschuldigung ab**
Den Versuch von Staatspräsident Havel, eine moralische Entschuldigung für die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg voranzutreiben, hat die Prager Regierung angeblich gestoppt. ...
Mehrere Teilnehmer hätten erklärt, die rechtlichen Konsequenzen einer solchen Entschuldigung seien schwer einzuschätzen, weil daraus "deutsche Rechtsanwälte Schritte" ableiten würden.<<

18.07.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1994: >>**Zickzackwege zur Wahrheit**
Der Widerstand vom 20. Juli 1944: Geschichte einer Erinnerung
... Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters, äußert sich genauso wie andere konservative Kreis beunruhigt, wie im Museum im Berliner Bendlerblock – dem Ort an dem einige Verschwörer erschossen worden sind – nicht nur des Widerstands gedacht wird, der schließlich im Attentat gipfelt, sondern weil die Gedenkstätte auch an den Widerstand der Kommunisten, des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere erinnert. Eine solche wertfreie Darstellung sei eine wertlose Darstellung, erzürnt sich der Stauffenberg-Nachkomme.
... Mit dem Abstand von fünfzig Jahren wird deutlich, auf welchen merkwürdigen Zickzackwegen sich Historiker, Politiker und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den 20. Juli zu eigen gemacht haben.
... Wer den bürgerlich-militärischen Widerstand betont, ruft diejenigen auf den Plan, die den

Widerstand der Kommunisten und Emigranten hervorgehoben sehen möchten. Die Gefahr des Mißbrauchs der Geschichte durch solche Politisierung liegt auf der Hand. ...
Indem Historiker diese Vorstellungen an der Gedankenwelt der sechziger Jahre maßen, trugen sie wiederum zur Politisierung der Geschichte bei. Sie unterschlugen dabei, daß der Widerstand nur in den Grenzen seiner damaligen Gegenwart gewürdigt werden konnte. Auch die Zukunftspläne Stauffenbergs oder Goerdelers waren das Produkt ihrer Epoche, einer Zeit, die durch großdeutsches Denken geprägt war.
Unbeeinflußt von dieser Wendung der Forschung entdeckte eine andere Gruppe Ende der sechziger Jahre den Begriff des Widerstands für sich: die Studentenbewegung. Nicht zuletzt auf ihren Druck hin wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung 1968 der Artikel 20/4 in das Grundgesetz eingefügt: Danach ist Widerstand erlaubt, wenn keine andere Abhilfe von Verfassungsverletzungen möglich ist. Die Erinnerung an Vorbilder, die Zivilcourage und Bürgermut gezeigt hatten, klang dabei nach.
In dem Maße, wie die Auseinandersetzungen mit dem Widerstand nicht mehr auf der Legitimation der Bundesrepublik, sondern auch mehr der Rechtfertigung einzelner dienen sollte, verstärkte sich in den siebziger Jahren das Interesse an der alltäglichen Dimension des Widerstandes. ...
Vorurteile gegenüber Emigranten als diejenigen, die sich aus dem Dritten Reich "davongestohlen" hatten, schwanden, eine Entwicklung von unmittelbarer geschichtspolitischer Bedeutung: Vor allem führende Sozialdemokraten unter ihnen Herbert Wehner und Willy Brandt, waren während der Herrschaft der Nationalsozialisten ins Exil geflüchtet. Sie profitierten vom Wandel in der Erinnerung. Die Wahl Brandts zum Bundeskanzler dokumentierte auch die moralische Anerkennung des Exils als eine Form der Verweigerung. Wieder hatte eine Neuwertung der Geschichte unmittelbaren Einfluß auf die Politik genommen.
Mit der Wende von der sozialliberalen zu einer christlich-liberalen Regierung rechtzeitig vor dem 40. Jahrestag vollzog sich in der Bundesrepublik erneut ein Perspektivenwechsel. Zwar lag das Hauptinteresse nach wie vor auf den Strukturen des Widerstands. Doch standen diese Forschungsergebnisse inzwischen wieder durchaus gleichwertig neben den Erkenntnissen über die Verschwörung der Eliten. Ein mit neuem Selbstbewußtsein ausgestattetes konservatives Lager sorgte für eine neue, aber nicht sonderlich originelle Sicht des Widerstandes.
Als Vermächtnis der Angehörigen des 20. Juli hob es deren Bereitschaft hervor, gegen jegliche Unterdrückung zu protestieren. Gleichzeitig stellte diese Seite fest, daß trotz aller Kritik an den konservativen, ja, reaktionären Vorstellungen der Stauffenberg-, der Goerdeler- und auch der Kreisauer Gruppe die Ideen der Widerständler viel näher an Weimar als am Dritten Reich gelegen hätten und damit zugleich viel näher an der Zukunft der Bundesrepublik. So hat es Ernst Nolte ausgedrückt.
Und 1994? Auch fünfzig Jahre später überwiegt erneut das Politische in der Diskussion um die Geschichte des 20. Juli 1944. Der Streit um das Museum des deutschen Widerstandes zeigt es. Die Meinungen widersprechen sich heftiger denn je, und das könnte sich noch verschärfen, wenn Historiker aus der ehemaligen DDR in die Auseinandersetzung eingreifen. Stärker noch als ihre Kollegen im Westen haben sie 40 Jahre lang nicht im Dienst der Geschichte, sondern im Dienst der Politik geforscht. Die Verpflichtung zum Antifaschismus war ihnen oberstes Gebot.
Wie der 20. Juli zu bewerten sei, hatte Stalin bereits unmittelbar nach dem Attentat vorgegeben. Er bezeichnete das Ereignis als eine imperialistische "antisowjetische" Verschwörung – ein Urteil, daß die Politiker und Historiker der DDR zunächst ohne Ausnahme übernahmen. Um Vergleiche mit dem eigenen System gar nicht erst aufkommen zu lassen, unterschlugen DDR-Historiker einen Gedankengang, der in Westdeutschland längst akzeptiert war: Wer in einer totalitären Diktatur mit Erfolg Widerstand von innen leisten wollte, mußte notwendi-

gerweise Funktionär, hoher Beamter oder Offizier sein.
Die Hauptursache dafür, daß der Widerstand gegen Hitler gescheitert war, sahen ostdeutsche Historiker bis in die Achtziger Jahre hinein in der Tatsache, daß der Verschwörung die Massenbasis gefehlt hatte. Hinter dieser Interpretation steckte der marxistisch-leninistische Denkansatz von der historischen Bedeutung der Volksmassen. Folgerichtig maßen sie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die unter allen Widerstandsorganisationen sicher die meisten Mitglieder besaß, die größte Bedeutung zu. "Die rebellierenden Generale", hieß es dagegen bereits 1947 im Beitrag des SED-Journalisten und späteren Historikers Albert Norden, zählten zum "Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus".
Erst mit einem politischen Ereignis – dem Tod Stalins – ging Ende der fünfziger Jahre in der DDR eine geringfügige Veränderung in der Bewertung der Geschichte einher. So wurden die Aktionen des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere in die Widerstandsforschung aufgenommen. Dadurch veränderte sich die Sicht auf die Haltung der Generale; die KPD war nicht mehr der exklusive Vertreter des Widerstands.
Noch in den achtziger Jahren feierte die DDR den Widerstand der KPD als Beginn ihrer eigenen Geschichte: "Die DDR ging unmittelbar aus dem antifaschistischen Widerstand hervor, aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone", lasen Ostberliner Studenten 1981 in ihrem Hochschullehrbuch. ...<<

18.06.1994

Belgien: Die EU unterzeichnet am 18. Juli 1994 neue Freihandels- und Kooperationsabkommen mit Estland, Lettland und Litauen. Diese Abkommen treten am 1. Januar 1995 in Kraft.

12.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. August 1994: >>... Die Friedlandhilfe ist in Not: Die Regale der Lagerbaracke Nr. 49 aus dem Zweiten Weltkrieg in Friedland (Kreis Göttingen) sind fast leer. ...
... Die Flüchtlingsgeneration, die das Kriegs- und Nachkriegselend am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt aus. ...
Mindestens 2 Millionen Aussiedler oder deren deutschstämmige Nachkommen wollen noch zu uns. Dann ist für diese Menschen der Zweite Weltkrieg endlich auch vorbei, und wir können aufhören", sagt Johanne Büchting (Vorsitzende der Hilfsorganisation). Nach der Streichung des Begrüßungsgeldes von 200 DM durch die Bundesregierung brauche die Friedlandhilfe vor allem Bargeld. ... Die Leute kämen oft nach tagelanger Wartezeit auf dem Moskauer Flughafen mit kleinem Handgepäck an und hätten nicht einmal Unterwäsche zum Wechseln.
... "Die jetzt einreisen, sind voller Hoffnung, aber bitterarm. Die Flugkosten für die oft großen Familien sind hoch. Sie mußten alles verkaufen, um endlich unter Deutschen leben zu können."<<

27.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. August 1994: >>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**
Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

30.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. August 1994: >>**Modrow bat Moskau 1990: Keine Rückgabe zulassen**
Kinkel verteidigt Regelung zu SBZ-Enteignungen
Das Festhalten an den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und

1949 entsprach offenbar weniger einem Wunsch Moskaus als dem Willen der letzten beiden SED-Regierungen. Der frühere Ostberliner Regierungschef Hans Modrow teilte am Montag mit, er habe Anfang März 1990 dem UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow geschrieben, daß die Enteignungen "gültig bleiben müssen", Moskau möge diesen Standpunkt in den Vereinigungsverhandlungen vertreten.
Modrow sagte am Montag, sein Nachfolger im Amt des DDR-Regierungschefs, Lothar de Maizière (CDU), habe die gleiche Position vertreten wie er. Eine Antwort auf sein Schreiben nach Moskau habe er nicht erhalten. Er habe aber auch kein Schreiben erhalten, daß die UdSSR sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen wollte, betonte Modrow.
Wie berichtet, hatte Gorbatschow in diesen Tagen einem britischen Historiker mitgeteilt, daß für ihn ein Festhalten an der "Bodenreform" keineswegs Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gewesen sei. Diese Antwort hatte die Betroffenen im höchsten Maße überrascht, da die Bundesregierung ihren Ausschluß von Rückgaberechten stets mit außenpolitischen Rücksichten auf Moskau begründet hatte. Die Anwälte der "Bodenreform-Opfer" prüfen wegen der Gorbatschow-Äußerung eine Neuauflage ihres 1991 verlorenen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. ...
Auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel betonte am Montag sein Unverständnis über Gorbatschows Äußerung. Die Sowjetunion habe bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag mehrfach gefordert, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Die Akten des Auswärtigen Amtes zeigten eindeutig, daß diese Forderung "an sechs, sieben, acht Stellen und Verhandlungstagen" auf dem Tisch gelegen habe, sagte Kinkel. Im übrigen sei das Festhalten an der Bodenreform auch eine Bedingung für das Ja der Volkskammer zum Einigungsvertrag gewesen, sagte der Außenminister.
Bei der sogenannten Bodenreform unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" ging es vor allem um landwirtschaftlichen Besitz von mehr als 100 Hektar. Die Enteigneten wurden vielfach vertrieben oder sogar umgebracht. Insgesamt gingen auf diese Weise drei Millionen Hektar in Staatsbesitz über, der fortan durch die sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde.<<

31.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1994: >>**Letzter Akt: Russische Truppen verlassen Deutschland** ...
General Burlakow kehrt ohne Groll in die Heimat zurück
Auftrag erfüllt, Mission beendet - nun geht's nach Hause. Ein letztes Mal wird Prokopjewitsch Burlakow heute von Wünsdorf nach Berlin fahren. Eine Rückkehr in die kleine Garnisonsstadt im Süden Berlins, die – hermetisch abgeriegelt – fast vier Jahrzehnte als Sitz des sowjetischen Oberkommandos gedient hat, wird es nicht mehr geben. In ein paar Tagen startet der General ohne Truppen Richtung Rußland. Daheim klettert der 59jährige Dreisterne-General auf der Karriereleiter nach oben. Er wird stellvertretender Verteidigungsminister.
Im Dezember 1990 war Burlakow mit einem heiklen Auftrag in das vereinte Deutschland gekommen. Binnen 4 Jahren sollte die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in der ehemaligen DDR - mehr als 500.000 Soldaten samt Familien und über 2,5 Millionen Tonnen Munition - aus Deutschland abgezogen sein. So hatte es Bundeskanzler Helmut Kohl mit UdSSR-Präsident Gorbatschow vereinbart. ...
Fast geräuschlos ging der Abzug vonstatten. Eine Fläche von der Größe des Saarlands hat die Westgruppe in den fünf neuen Bundesländern geräumt. Die Beseitigung der Altlasten ist freilich vielerorts eine Jahrhundertaufgabe. Daß immer wieder Gerüchte über Schiebereien im großen Stil unter stiller Billigung oder gar aktiver Beteiligung der Militärführung auftauchten, hat die Zusammenarbeit nicht nachhaltig irritiert. Angesichts des höchst sensiblen Unternehmens hatte ohnehin niemand ein großes Interesse, derartige Dinge an die große Glocke zu

hängen.
Burlakow geht ohne Groll, wie er versichert. "Wir hatten ohnehin nicht vor, ewig hier zu bleiben", hat der bullige Arbeitersohn aus dem sibirischen Ulan-Ude einmal gesagt. ...
Am heutigen Mittwoch wird Burlakow den verbliebenen Rest seiner Truppe auf dem Berliner Gendarmenmarkt aufmarschieren lassen und seinem eigens angereisten Präsidenten Meldung machen: Auftrag erfüllt, Mission beendet!<<

01.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...
Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. Die schnelle und ruhige "Abwicklung" einer ganzen GUS-Armee ist um so bemerkenswerter, weil auf die Soldaten in ihrer Heimat eine ungewisse Zukunft wartet.
Als "Feinde" hat sie zuletzt keiner mehr empfunden. Aber vor allem viele ältere Mitbürger denken mit gemischten Gefühlen an russische Soldaten. Als die Sowjetarmee im Mai 1945 die rote Fahne aufpflanzte, wurde sie von vielen eben nicht als Befreier empfunden und empfangen.
Wunden haben nicht nur die Greueltaten der Roten Armee bei ihrem Einmarsch hinterlassen. Anders als die Westalliierten brachten die sowjetischen Streitkräfte keine Demokratie, sondern preßten den Osten Deutschlands in eine neue Diktatur. Ihre bloße Anwesenheit ließ jeden Widerstand sinnlos erscheinen. Wenn er doch auftrat, wurde er wie 1953 niedergeschlagen. Erst als Moskau seine schützende Hand entzog, war der Sturz des Honecker-Regimes 1989 möglich. ...
... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:
Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 1. September 1994 über Krebserkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>**Rentenansturm bei Wismut**
... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.
HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.
Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Unter-

suchungen. ...<<

02.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. September 1994: >>**SBZ-Enteignete können Grundstücke zurückkaufen**

... Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat seine zweitägige Marathonsitzung am Donnerstag mit weiteren Erfolgen abgeschlossen. So wurde nach jahrelangem Streit eine Regelung für Alteigentümer gefunden, deren Grundstücke zwischen 1945 und 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) enteignet wurden. Die Enteigneten erhalten keine Rückgabeansprüche, dürfen aber das Land von der Treuhand kaufen.

Für den Rückkauf gilt der dreifache sogenannte Einheitswert von 1935. Vorzugsbedingungen werden auch den Nachfolgegesellschaften der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeräumt. ... Zugleich wurde beschlossen, daß die Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, bereits in diesem Jahr von einem Alter von 75 Jahren an eine pauschale Entschädigung von 4.000 Mark erhalten. ...<<

06.10.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Oktober 1994: >>**Einigung über Schulden**

... Der Weg für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten Rußlands bei westlichen Gläubigerbanken ist frei. ... Rußland hat nach eigener Darstellung insgesamt Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar übernommen. ...<<

08.10.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-84,146-153): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden.

Sein Schöpfer schreibt über das Holocaust-Museum, es sei "sehr darum bemüht, sich jeglichen Versuchs einer Indoktrination zu enthalten", "jeder Manipulation der Eindrücke oder Emotionen". Doch von der Planung bis zur Fertigstellung war das Museum in die Politik verstrickt. Angesichts der anstehenden Kampagne für seine Wiederwahl regte Jimmy Carter das Projekt an, um jüdische Spender und Wähler zu beschwichtigen, die wegen der Anerkennung der "legitimen Rechte" der Palästinenser durch den Präsidenten aufgebracht waren.
Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der großen amerikanischen Judenorganisationen, Rabbi Alexander Schindler, beklagte Carters Anerkennung der Palästinenser als Menschen als "schockierenden" Vorstoß. Carter verkündete die Pläne für das Museum, während der israelische Premierminister Menachem Begin Washington besuchte und eine erbitterte Redeschlacht im Kongreß über die von der Regierung vorgeschlagenen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien tobte.
Auch andere politische Themen scheinen in dem Museum auf. So verschweigt es den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus, um eine mächtige Wählerschicht nicht zu verprellen. Es spielt die diskriminierenden Einwanderungsquoten der USA vor dem Krieg herunter, übertreibt die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung der Konzentrationslager und geht stillschweigend über die umfangreiche Anwerbung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die USA bei Kriegsende hinweg.
Die übergreifende Botschaft des Museums lautet, daß "wir" uns derart böse Taten nicht einmal vorstellen, geschweige denn sie begehen könnten. Der Holocaust "läuft dem amerikanischen Ethos zuwider", merkt Michael Berenbaum im Begleitbuch des Museums an. "Daß er begangen wurde, betrachten wir als Verletzung aller wesentlichen Werte Amerikas."
Mit den abschließenden Szenen jüdischer Überlebender, die darum kämpfen, nach Palästina einreisen zu dürfen, führt das Holocaust-Museum die zionistische Lektion vor, daß Israel die "angemessene Antwort auf den Nationalsozialismus" war.
Die Politisierung beginnt sogar schon, ehe man die Schwelle des Museums überschreitet. Es liegt am Raoul-Wallenberg-Platz. Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, wird geehrt, weil er Tausende von Juden rettete und in einem sowjetischen Gefängnis starb. Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der auch Tausende von Juden gerettet hat, wird nicht geehrt, denn der spätere israelische Premierminister Yitzak Shamir hatte seine Ermordung befohlen, weil er "proarabisch" eingestellt gewesen sei.
Die Crux der Politik der Holocaust-Museen liegt jedoch darin, wessen eigentlich gedacht werden soll. Waren die Juden die einzigen Opfer des Holocaust, oder zählen andere, die der Verfolgung durch die Nazis ausgeliefert waren, ebenfalls als Opfer?
Während der Planungsphase des Museums setzte sich Elie Wiesel (zusammen mit Yehuda Bauer vom Yad Vashem) an die Spitze derer, die dort ausschließlich der Juden gedenken wollten. Wiesel, dem man sich als dem "unbestrittenen Experten für die Zeit des Holocaust" unterwarf, stritt hartnäckig für den Vorrang des jüdischen Opferstatus. "Wie immer fingen sie mit den Juden an", tönte er in typischer Weise. "Wie immer hörten sie nicht bei den Juden allein auf." - Doch die ersten politischen Opfer des Nationalsozialismus waren Kommunisten, und die ersten Opfer des Nazi-Massenmords waren Behinderte.
Die größte Herausforderung für das Holocaust-Museum bestand darin, den Vorrang vor dem Völkermord an den Zigeunern zu rechtfertigen. Die Nazis hatten eine halbe Million Zigeuner systematisch ermordet, was proportional zur Bevölkerung grob den Verlusten beim Völkermord an den Juden entspricht.
Holocaust-Autoren wie Yehuda Bauer behaupteten, die Zigeuner seien nicht im selben Ausmaß dem Genozid zum Opfer gefallen wie die Juden. Angesehene Holocaust-Historiker wie Henry Friedlander und Raul Hilberg dagegen haben die Ansicht vertreten, dies sei der Fall gewesen.

Hinter der Tatsache, daß das Museum den Zigeuner-Genozid an den Rand schob, lauerten mehrere Motive.
Erstens: Den Verlust des Lebens von Zigeunern konnte man einfach nicht mit dem Verlust jüdischen Lebens vergleichen. Die Forderung nach einem Vertreter der Zigeuner im US Holocaust Memorial Council bezeichnete Rabbi Seymour Siegel, der geschäftsführende Direktor, als "mies"; er bezweifelte, ob die Zigeuner als Volk überhaupt "existierten": "Es müßte eine gewisse Anerkennung des Volks der Zigeuner vorhanden sein, ... wenn es so etwas überhaupt gibt."
Immerhin gab er zu, daß "es unter den Nazis einen leidenden Teil gab". Edward Linenthal erinnert sich an das "tiefe Mißtrauen" der Vertreter der Zigeuner gegenüber dem Rat, "gespeist von der offenkundigen Tatsache, daß einige Ratsmitglieder eine Beteiligung der Roma so behandelten, wie eine Familie mit unwillkommenen, störenden Verwandten umgeht".
Zweitens: Wenn man den Genozid an den Zigeunern anerkannte, bedeutete das den Verlust einer exklusiven jüdischen Lizenz für DEN HOLOCAUST, was einen entsprechenden Verlust jüdischen "moralischen Kapitals" mit sich brachte.
Drittens: Falls die Nazis Zigeuner wie Juden in gleicher Weise verfolgt hatten, war das Dogma, wonach DER HOLOCAUST den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden auf die Juden bezeichnete, eindeutig unhaltbar. Und ebenso, falls der Neid der Nichtjuden den Genozid an den Juden antrieb, war es dann auch Neid, der den Genozid an den Zigeunern antrieb? In der ständigen Ausstellung des Museums wird den nichtjüdischen Opfern des Nationalsozialismus nur pro forma Anerkennung zuteil.
Schließlich ist die politische Agenda des Holocaust-Museums auch noch durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geformt worden. Ehe er dem Museum als Direktor diente, verfaßte Walter Reich eine Lobrede auf Joan Peters' verlogenes Buch "From Time Immemorial", in dem behauptet wird, vor der Besiedlung durch die Zionisten sei Palästina buchstäblich leer gewesen.
Auf Drängen des Außenministeriums wurde Reich gezwungen zurückzutreten, nachdem er sich geweigert hatte, Yassir Arafat, der mittlerweile ein willfähriger Verbündeter Amerikas geworden war, zu einem Besuch des Museums einzuladen.
Dem Holocaust-Theologen John Roth, dem man die Stelle eines stellvertretenden Leiters angeboten hatte, wurde damals solange zugesetzt, bis er zurücktrat; er hatte in der Vergangenheit Israel kritisiert.
Als der Vorsitzende des Museums Miles Lerman ein Buch, mit dem das Museum zunächst einverstanden gewesen war, ablehnte, weil es ein Kapitel von Benny Morris (einem bekannten israelischen Historiker und Kritiker Israels) enthielt, verkündete er: "Dieses Museum auf die Seite der Gegner Israels zu stellen - das ist unvorstellbar." ...<<
>>... Den "Holocaust als eine amerikanische Erinnerung auszugeben", so argumentiert Novick weiter, sei eine moralische Ausflucht. Sie "führt dazu, daß man sich um die Verantwortlichkeit herumdrückt, die die Amerikaner "wirklich" angeht, wenn sie sich ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft stellen".
Hier verweist er auf einen wichtigen Punkt. Es ist viel leichter, die Verbrechen anderer zu beklagen, als sich selbst anzusehen. Es ist jedoch auch wahr, daß wir, wenn wir nur wollten, aus der Erfahrung mit den Nazis viel über uns selbst lernen könnten.
Die unter der Bezeichnung "Manifest Destiny" bekannte Ideologie einer unvermeidlichen Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen und darüber hinaus hat viele der ideologischen und programmatischen Elemente von Hitlers Lebensraum-Politik vorweggenommen. Tatsächlich hat Hitler seine Eroberung des Ostens nach dem Vorbild der amerikanischen Eroberung des Westens ausgerichtet.
Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts verabschiedete die Mehrheit der amerikanischen

Staaten Sterilisationsgesetze, und einige zehntausend Amerikaner wurden gegen ihren Willen sterilisiert. Die Nazis bezogen sich ausdrücklich auf dieses Vorbild der USA, als sie ihre eigenen Sterilisationsgesetze verabschiedeten.
Mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt und die rassische Vermischung zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Die Schwarzen im amerikanischen Süden mußten die gleichen gesetzlichen Beschränkungen hinnehmen und waren in viel größerem Ausmaß der spontanen und gebilligten Gewalt der Bevölkerung ausgesetzt als die Juden im Deutschland der Vorkriegszeit.
Um Verbrechen hervorzuheben, die sich im Ausland abspielen, zitieren die USA häufig DEN HOLOCAUST herbei. Noch erhellender ist jedoch, wann die USA auf DEN HOLOCAUST bezug nehmen. Verbrechen offizieller Feinde wie das Blutbad der Roten Khmer in Kambodscha, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der irakische Einmarsch in Kuwait und die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo erinnern an den Holocaust; bei Verbrechen, an denen die USA beteiligt sind, ist das nicht der Fall.
Gerade als sich die Greueltaten der Roten Khmer in Kambodscha ereigneten, schlachtete die von den USA unterstützte Regierung Indonesiens ein Drittel der Bevölkerung von Ost-Timor ab. Doch anders als Kambodscha schaffte es der Völkermord von Ost-Timor nicht, mit dem Holocaust verglichen zu werden; er brachte es nicht einmal zur Berichterstattung durch die Medien.
Gerade als die Sowjetunion das beging, was vom Simon-Wiesenthal-Zentrum als "weiterer Völkermord" in Afghanistan bezeichnet wurde, unternahm das von den USA gestützte Regime in Guatemala das, was die guatemaltekische Wahrheitskommission kürzlich als "Völkermord" an der eingeborenen Maya-Bevölkerung bezeichnete. Präsident Reagan tat die Vorwürfe gegen die Regierung Guatemalas als "üble Nachrede" ab. ...
Um Jeane Kirkpatrick dafür zu ehren, daß sie im Namen der Reagan-Regierung die sich ausbreitenden Verbrechen in Mittelamerika verteidigte, verlieh ihr das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Auszeichnung Humanitarian of the Year. ...
Die Regierung Carter bemühte das Andenken an den Holocaust, als sie eine Zuflucht für die vietnamesischen "Boat-People" suchte, die vor dem kommunistischen Regime flohen. Die Clinton-Regierung vergaß den Holocaust, als sie Boat-People aus Haiti zur Rückkehr zwang, die vor den (von den USA unterstützten) Todesschwadronen flohen.
Als im Frühjahr 1999 der von den USA angeführte Bombenkrieg der Nato gegen Serbien begann, lauerte überall die Erinnerung an den Holocaust. Wie wir gesehen haben, hat Daniel Goldhagen die serbischen Verbrechen gegen den Kosovo mit der "Endlösung" verglichen, und auf Präsident Clintons Bitte reiste Elie Wiesel zu den Flüchtlingslagern der Kosovaren in Mazedonien und Albanien. Noch ehe Wiesel auf ein Stichwort hin Tränen für die Kosovaren vergoß, hatte das von den USA gestützte Regime in Indonesien jedoch schon wieder dort angefangen, wo es Ende der siebziger Jahre aufgehört hatte: Es beging neue Massaker in Ost-Timor. Doch der Holocaust schwand aus dem Gedächtnis, als die Clinton-Regierung bei diesem Blutvergießen abwiegelte. "Indonesien ist wichtig", erklärte ein westlicher Diplomat, "und Ost-Timor nicht."
Novick verweist auf eine passive Komplizenschaft der USA bei menschlichen Katastrophen, die in der Größenordnung mit den Massenvernichtungen der Nazis vergleichbar sind, auch wenn sie in anderer Hinsicht nichts mit ihnen gemein haben. Mit Hinweis auf die Million Kinder, die im Zuge der "Endlösung" ermordet wurden, merkt er an, daß amerikanische Präsidenten kaum mehr als fromme Reden übrig haben, wenn weltweit jedes Jahr eine mehrfach größere Zahl von Kindern "an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten stirbt".
Man könnte auch einen eklatanten Fall aktiver Komplizenschaft der USA in Betracht ziehen. Nachdem die von den USA angeführte Koalition den Irak 1991 verwüstet hatte, um "Saddam-

Hitler" zu bestrafen, erzwangen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mörderische UN-Sanktionen gegen dieses vom Unglück verfolgte Volk, mit dem Ziel, Saddam zu stürzen. Wie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis sind auch hier möglicherweise eine Million Kinder umgekommen. Als Außenministerin Madeleine Albright von einem amerikanischen Fernsehsender zu dem grausigen Blutzoll im Irak befragt wurde, erwiderte sie, daß "es den Preis wert ist".

"Da der Holocaust ein derartiges Extrem darstellt", argumentiert Novick, "ist die Möglichkeit, daß er uns etwas lehren könnte, das in unsere Alltagswelt umzusetzen ist, erheblich eingeschränkt." Als "Maßstab für Unterdrückung und Grausamkeit" führt er tendenziell dazu, daß "Verbrechen geringeren Umfangs banalisiert" werden. Doch der Massenmord durch die Nazis kann uns auch für diese Ungerechtigkeiten sensibilisieren. Mit dem Gedanken an Auschwitz im Hinterkopf kann das, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde - Fanatismus zum Beispiel -, nicht mehr hingenommen werden. In der Tat war es der Genozid der Nazis, der den im Geistesleben Amerikas vor dem Zweiten Weltkrieg so umfassend verbreiteten wissenschaftlichen Rassismus in Verruf brachte.

Für jene, die sich für mehr Menschlichkeit einsetzen, schließt ein Prüfstein des Bösen Vergleiche nicht aus, sondern lädt eher noch dazu ein. In der moralischen Welt des späten neunzehnten Jahrhunderts nahm die Sklaverei in etwa die gleiche Stellung ein wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis heute. Dementsprechend wurde sie oft herangezogen, um Mißstände zu illustrieren, die nicht in ihrem vollem Ausmaß anerkannt wurden.

John Stuart Mill verglich die Lage der Frau in der so geheiligten viktorianischen Institution der Ehe mit der Sklaverei. Er wagte sogar zu sagen, daß sie in entscheidenden Merkmalen schlimmer sei. "Es liegt mir fern zu behaupten, Frauen würden in der Regel nicht besser behandelt als Sklaven; aber kein Sklave ist in demselben Ausmaß und in so uneingeschränktem Wortsinne Sklave wie eine Ehefrau".

Nur jene, die ein als Maßstab geltendes Übel nicht als moralischen Kompaß, sondern vielmehr als ideologische Keule benutzen, schrecken vor solchen Analogien zurück. "Das kann man nicht vergleichen" ist der Glaubenssatz moralischer Erpresser.

Die organisierten Juden Amerikas haben den Massenmord der Nazis ausgebeutet, um Kritik an Israel und an ihrer eigenen unhaltbaren Politik abzuwehren.

Mit der von ihnen verfolgten Politik sind Israel und die amerikanischen Juden in eine strukturell gleiche Lage geraten: Beider Schicksal hängt nun an einem dünnen Faden, den die herrschenden Eliten Amerikas in Händen halten. Sollten diese Eliten je zu dem Schluß kommen, daß Israel eine Belastung darstellt oder die amerikanischen Juden entbehrlich sind, könnte der Faden durchtrennt werden.

Das ist zweifellos eine Spekulation - vielleicht eine unangemessene Warnung, vielleicht auch nicht. Es ist jedoch ein Kinderspiel, die Haltung der amerikanischen Juden vorauszusagen, falls dies eintreten sollte. Falls Israel aus der Gunst der Vereinigten Staaten fiele, würden viele jener Führer, die Israel heute tapfer verteidigen, mutig ihre Abneigung gegen den jüdischen Staat verbreiten und die amerikanischen Juden verbal dafür geißeln, daß sie Israel zur Religion gemacht haben.

Und sollten die herrschenden Kreise der USA beschließen, Juden zum Sündenbock zu machen, würde es uns nicht überraschen, wenn die Führer der amerikanischen Juden wieder genauso handeln würden wie ihre Vorfahren während der Verfolgung durch die Nazis. "Wir glaubten nicht, daß die Deutschen sich der Juden bedienen würden", erinnerte sich Yitzhak Zuckerman, einer der Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, "daß Juden andere Juden in den Tod führen würden."

Im Verlauf einer Reihe öffentlicher Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren sprachen sich viele bekannte deutsche und nichtdeutsche Wissenschaftler dagegen aus, die Schandtaten

des Nationalsozialismus zu "historisieren". Man befürchtete, eine Historisierung könnte zu moralischer Selbstzufriedenheit führen. Auch wenn das Argument damals stichhaltig gewesen sein mag, heute ist es nicht mehr überzeugend.
Die schwindelerregenden Ausmaße von Hitlers "Endlösung" sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Und ist nicht auch die "normale" Menschheitsgeschichte voll von schreckenerregenden Kapiteln der Unmenschlichkeit? Ein Verbrechen muß nicht unvergleichlich sein, um Sühne zu verdienen.
Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.
Die Unvergleichlichkeit, ja Außergeschichtlichkeit des Massenmords an den Juden entspringt nicht dem Ereignis selbst, sondern ist vor allem Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Die Holocaust-Industrie ist schon immer bankrott gewesen. Es bleibt nur noch, das offen auszusprechen. Die Zeit, sie aus dem Geschäft zu ziehen, ist längst überfällig. Die edelste Geste gegenüber jenen, die umgekommen sind, besteht darin, ihr Andenken zu bewahren, aus ihrem Leiden zu lernen und sie endlich in Frieden ruhen zu lassen. ...<<

16.10.1994

BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<
Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1994

BRD: Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>**Freiheit und Verantwortung in der Familie**
... Damit Liebe wachsen kann, bedarf sie grundsätzlich des Schutzraumes, so lange sie eine noch zarte schwache Pflanze in der Seele des Kindes ist. Die Eltern sind für ihre Kinder die Garanten dieses Schutzraumes - analog dem Schutzraum Gottes für sein Geschöpf Mensch durch Umgrenzung seiner Freiheiten. ...
Das ist keine "Rollenverteilung", wie uns der kollektive Atheismus in törichter Selbstverteilung der Aufgaben des Menschen weismachen will, sondern heilige Vorgabe. Und diese so bedeutsame Phase der Familienbildung gelingt um so besser, je mehr die jungen Eltern auf diese Anordnung Gottes lauschen, unter Umständen auch mit Hilfe hieb- und stichfester wissenschaftlicher Erkundung - statt auf selbst ausgedachte künstliche Neuerungen zu setzen, die nicht aus der Liebe und der Verantwortung vor Gott erwachsen sind, sondern aus Bequemlichkeit, Egoismus und dem unnachdenklichen Mitjagen nach modischen Neuerungen - als da sind Berufstätigkeit für Säuglingsmütter, Kinderkrippen, Babyhotels und Tagesmütter für die Kleinen, ja gar Stillbusenhalter für Väter. ...
Wir haben im 20. Jahrhundert viele Beweise dafür erhalten, daß diese Vorstellungen kein veraltetes Christentum sind, sondern allgemein für das gesamte Menschengeschlecht gültige Vorgaben. Eindringlich ist das 70jährige kollektivistische Modell der Sowjetunion hier beweiskräftig geworden. Dort ist die Alkoholsucht geradezu zur Epidemie geworden. Eine Statistik der Akademie der Wissenschaft von 1986 (noch zu Zeiten der Sowjetunion) sprach von 40 Mio. Alkoholkranken in der Bevölkerung der UdSSR! Erschreckend boomt in Rußland die Kriminalität. ...
- Gorbatschow schrieb deshalb in seinem Buch "Perestroika" erstaunlicherweise ebenso offen wie realistisch: "In den letzten Jahren unserer schwierigen Geschichte haben wir es versäumt, den Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter und

ihrer unerläßlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken. Heute engagieren sich die Frauen in der wissenschaftlichen Forschung, arbeiten auf Baustellen, Industrie und im Dienstleistungssektor und sind schöpferisch tätig und haben daher nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen - dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.
Wir haben erkannt, daß viele unserer Probleme: im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur, der Produktion - zum Teil durch die Lockerung der familiären Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden. Dies ist ein paradoxes Ergebnis.
Eine der dringlichsten sozialen Aufgaben - auch eine Hauptaufgabe in der Kampagne gegen den allgemeinen Alkoholmißbrauch - ist es, das Wohlergehen der Familie zu verbessern und ihrer Rolle in der Gesellschaft breiteren Raum zu geben."
Freilich: das böse atheistische Konzept läßt sich selbst durch solch eine weise Einsicht nicht aus der Welt schaffen; je mehr die Menschen aus Liebesmangel und Familienverlust neidisch gemacht worden sind, um so mehr bleiben sie an der marxistischen Ideologie des Neides hängen, was sich zur Zeit im Osten wie auch im Westen abzuzeichnen beginnt ...
Aber nicht nur die Sowjetunion bildet hier ein trauriges Großexperiment. Zahllos sind mittlerweile die wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Überzeitlichkeit des Urmodells von Familie bestätigen.
Im psychosomatischen Institut Mannheim wurde jüngst bestätigt: "Die Deprivationsforschung, die Verhaltensbiologie sowie psychoanalytische Erkenntnisse führen zu der Hypothese, daß ein Kind unter allgemein hoher psychosozialer Belastung während der Vorschulzeit sich nur dann zu einem seelisch gesunden Erwachsenen entwickeln kann, wenn ihm zugleich eine zuverlässige positive Bezugsperson konstant zur Seite steht.
Von den Einzelaspekten ihrer Kindheit korreliert mit seelischer Gesundheit im Erwachsenen also die Tatsache (höchst signifikant), eine stabile gute Bezugsperson gehabt zu haben. Ohne eine solche Bezugsperson entwickelte sich in unserem Forschungsprojekt an 600 erwachsenen Personen der Allgemeinbevölkerung kein Proband mit schwerer Frühkindheit zu einem gesunden Erwachsenen."
- Und im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat jüngst eine Forschungsgruppe um Professor Edelstein herausgefunden, daß Kinder, die in ihren ersten Lebensjahren an eine konstante Bezugsperson fest gebunden waren, bereits im Alter von neun Jahren auch bei kognitiven Aufgaben im Vergleich zu Kindern, die unzureichend gebunden waren, also von vornherein vielen wechselnden Betreuungspersonen ausgesetzt waren oder von diesen geängstigt wurden, "einen geistigen Vorsprung von zwei Jahren aufzuweisen haben."
In dieser letzten wissenschaftlichen Untersuchung zeichnet sich aber bereits ab, was ich ihnen anfangs verhieß: Daß wir Menschen um so mehr Freiheit in der Familie ernten dürfen, je mehr wir uns - aus Liebe und Gehorsam für unseren Gott - an seine Vorgaben bei der Erziehung der Kinder gehalten haben.
Kinder, für die man sich an deren Lebensanfang voll einsetzte, Kinder, die man als Gottes Geschenk auf Zeit auffaßt und ihnen durch die Kindheit hindurch Freiheit zur Entfaltung gibt, aber ebenso gleichzeitig Grenzen setzt, damit den Unerfahrenen nichts Schädliches zustößt, diese so gehaltenen Kinder werden zügig selbständig und machen in den Jahren ihres Erwachsenwerdens weniger Kummer, statt dessen mehr Freude. Sie kräftigen die Herzen der Eltern durch die Genugtuung des Gedeihens ihrer Sprößlinge. Sie werden schneller selbständig zu verantwortungsbewußter eigener Lebensgestaltung und geben so den Eltern wieder zunehmend mehr Freiheit zu zusätzlichen Aufgaben im Weinberg des Herrn.
Freilich: Liebe der Eltern zu ihrem Kind bedeutet nicht im mindesten, sie einfach schrankenlos in jeder Hinsicht gewähren zu lassen, ihnen jeden Wunsch, kaum daß er ausgesprochen ist,

zu erfüllen und ihnen das Leben gewissermaßen wahlfrei als einen Markt unbeschränkter Möglichkeiten zu freier Erprobung anzubieten.
Dieses sogenannte antiautoritäre Konzept - aus den USA importiert - mit dem Modell der "non-frustrated children", das in den vergangenen 20 Jahren in West-Europa zur Mode wurde - hat sich nicht bewähren können.
Die ideologische Vorstellung - von Jean-Jacques Rousseau aus dem vorrevolutionären Frankreich im 18. Jahrhundert entliehen - daß der Mensch von Anbeginn an gut sei und sich zu einer Art Engel entfalte, wenn man ihn nur nicht einenge, hat sich erneut als eine Illusion erwiesen. Die so im Übermaß sich selbst überlassenen Kinder erlebten sich als Vernachlässigte und beantworteten das spätestens vom Jugendalter ab mit aggressiver Unruhe, Übellaunigkeit, ungeordneter Orientierungslosigkeit und einer vermehrten Anfälligkeit für neurotische Erkrankungen.
"Tante, müssen wir heute wieder den ganzen Tag tun, was wir wollen?", hat vor kurzem ein Kind aus einem solchen Kinderladen seine Betreuerin gefragt. Kinder zu einer inneren Freiheit zu erziehen, das gelingt nicht auf diese Weise. Es gehört in die Verantwortung der Eltern, die Kinder darin einzuüben, ihre Wünsche auch aufschieben zu lernen, sich zu gedulden, um einer Notwendigkeit willen zu gehorchen und auf Wunscherfüllungen unter Umständen auch ganz zu verzichten.
- Der Mensch ist von Natur nicht im mindesten einfach gut. Er neigt - unerzogen - grundsätzlich zu einer Inflation seiner Antriebe. Er möchte, wenn er nicht auf Grenzen stößt, allein haben und allein herrschen. Er bleibt - ohne eine angemessen eingrenzende Erziehung - in seinem Naturegoismus stecken. Aber diese Neigung zur Maßlosigkeit gefährdet ihn, seine besondere Bestimmung als Mensch zu verwirklichen: im Auftrag Gottes, die Liebe in der Welt zu mehren.
Und diese Gefährdung macht den Heranwachsenden unruhig und unzufrieden. Es gehört deshalb in die Verantwortung bemühter Eltern, die Kinder zu Rücksicht aufeinander, zum Frieden miteinander zu erziehen. Allerdings ist es falsch, dieses Grenzensetzen mit rigiden Maßnahmen oder gar mit körperlicher Gewaltanwendung durchzusetzen. Die beste Methode besteht darin, als Eltern das Lieben im Umgang miteinander, mit der Umwelt und im opferbereiten Einsatz für das Kleinkind vorzuleben.
Mehr als durch Worte lernt der kleine Mensch nun einmal durch Nachahmung von seinen Vorbildern. Aber es darf doch auch das energisch verbietende Wort, ja, auch eine dem Status und dem Delikt entsprechende Strafe geben, wenn das Kind seine Grenzen aus ungehorsamem Trotz oder aus Unverstand - womöglich sein Leben gefährdend - überschreitet.
Die Begrenzung seines Spielraums lernt ein Kind am besten im Schutz der Familie, wenn es einige Geschwister hat. Die Notwendigkeit, die eigenen Belange um eines anderen willen auch einmal zurückzustellen, ergibt sich dann ohne allzu vieles Eingreifen der Erwachsenen. Selbst wenn es dabei in jungen Jahren zu manchem Geschwisterzank und manchem handfesten Gerangel kommt, es erspart viele Bemühungen der Eltern, die bei einem Einzelkind nötig werden. Deshalb sehen Fachleute in Deutschland auch mit Sorge auf eine Entwicklung, die zeigt, daß Ein-Kind-Familien und Alleinerziehen nur von einem Kind immer häufiger werden. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>**Wie man Hierzulande Gedenktage begeht - was man würdigt und was man verschweigt**
Eine kritische Nachlese
Selten hatten Zeitungen und elektronische Medien eine so dichte Folge von 50jährigen Gedenktagen zu "bewältigen" wie zwischen Juni und September 1994.
Da gedachten die Anglo-Amerikaner der geglückten Landung in der Normandie vor 50 Jahren

und ließen auch ihre von Deutschland vorher militärisch besiegten Verbündeten mitfeiern. Immerhin stellten sie aus Exulanten auch einige Invasionseinheiten und entrichteten ihren Blutzoll. Entsprechend durften sie an den aufwendigen Gedenk-Zeremonien teilnehmen.
Der deutsche Anteil an "der Befreiung Westeuropas von der Nazi-Herrschaft", wie die Invasion ein halbes Jahrhundert später immer öfter genannt wird, reichte dagegen nicht aus, um auch noch einen hochrangigen Vertreter Nachkriegs-Deutschlands zu der 50Jahrfeier einzuladen. Die emigrierten sudetendeutschen Bomberpiloten und in britische Dienste übergetretene "BBC"-Ansager mochten sich allenfalls persönlich und privat als Mitsieger fühlen und vielleicht an den französischen Kanalstrand gereist sein.
Die in Deutschland geführte Diskussion über eine deutsche Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten erschien daher sachlich überflüssig, wenn nicht gar aus Stil- und nationalen Gründen unwürdig, nimmt sich doch ein Fest über die Niederlage der eigenen Volksangehörigen etwas merkwürdig aus.
Aber solche Bedenken geraten bei medienbeherrschenden Zeitgenossen bereits in den Verdacht des Rechtsextremismus oder der "Verharmlosung" und können zur gesellschaftlichen und beruflichen Ausgrenzung führen. Denn die nationale Selbstentäußerung hat hierzulande schon verschiedentlich das Stadium der singulären Selbstbezichtigung erreicht und jeden Hinweis auf Mitverantwortlichkeiten Dritter unter Tabu gestellt.
Umfassende Erhellung der Vergangenheit gestaltet sich damit immer schwieriger, brächte sie doch bislang im Dunkeln belassene Vorgänge und Taten der Sieger ans Licht und könnte zu Fragen nach der weiteren Gültigkeit der verteilten Rollen verleiten. Fast folgerichtig meldeten sich zu den angestandenen Jahr- und Gedenktagen kaum Historiker von Rang zu Wort, hätten sie sich doch aus "beruflichen Sicherheitsgründen" fast nur auf die "probaten Versionen" der letzten 50 Jahre beschränken und dabei mögliche eigene Neu-Erkenntnisse außer Acht lassen müssen.
So blieb die Hintergrundgeschichte der Normandie-Invasion weitgehend unerwähnt und Stalins Sieg bei der Lokalisierung des Lande-Unternehmens in Nordwestfrankreich unberücksichtigt. Daß er die Unfreiheit der osteuropäischen Völker von Bulgarien bis Polen und die außenpolitische Bevormundung Finnlands in den anschließenden 50 Jahren zur Folge hatte, schien den beflissenen Zelebranten hierzulande auch aus dem Blick geraten zu sein. Die sonst wegen deutscher Kriegsverbrechen immer wieder teilnehmend bemühten Polen, Tschechen und Jugoslawen fanden mit ihrem Schicksal in diesem Zusammenhang offenkundig keine mitfühlende Aufmerksamkeit.
Die Polen konnten sie dann zwei Monate später anläßlich des Gedenkens des "Warschauer Aufstandes" im Sommer 1944 doch noch für sich und ihr Schicksal erringen. Ähnlich wie beim Invasions-Gedenken hielten sich die Historiker aber auch bei diesem historischen Datum mit wissenschaftlichen Darstellungen zurück und überließen die "geschichtlichen Würdigungen" großenteils fachfremden Federn, wenn nicht nachgeborenen Abschreibern.
Anspruchsvollere Zeitungen und Sendungen verlegten sich auf Zeitzeugenberichte Überlebender und ersetzen Wissenschaftlichkeit durch vorgegebene Authentizität. Daß sie damit Einseitigkeit der Überlieferung und Willkür in der Auswahl riskierten, schien sie nicht sonderlich angefochten zu haben; denn deutsche Zeitzeugen vom "Warschauer Aufstand" kamen nicht zu Wort - wie sich auch die illustrierenden Bilder in der Regel auf die Dokumentation teutonischer Zerstörungswut beschränkten.
Das Foto von der persönlichen Begegnung des Aufständischenführers, Graf Tadeusz "Bor-Komorowski, mit SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski bei der Kapitulation der nationalpolnischen "Heimat-Armee" paßte den meisten Redakteuren nicht in ihre Vorstellungswelt - und von den mehrmaligen deutschen Angeboten einer "ehrenvollen Übergabe" hatten sie wohl keine Ahnung. Zwei rühmliche Ausnahmen bestätigten gleichsam die Regel,

wobei die eine Zeitung durch ihre linksliberale Gesamtrichtung und die andere durch ihr internationales Renommee vor einschlägigen "Verharmlosungs"-Verdächtigungen geschützt schien.
Aber auch diese konnten sich beim vorhergegangenen Gedenktag, dem 20. Juli 1944, nicht zu einer Bewertung der deutschen Militär-Opposition aus der Sicht der Anglo-Amerikaner aufraffen, sondern schlossen sich - neben der Wiedergabe von Zeitzeugnissen - der politisch motivierten Diskussion über die einzelnen deutschen Widerstandskreise an.
Ob Ulbricht, Pieck oder Honecker in einem Widerstands-Museum gedenkwürdiger sind als Stauffenberg, Moltke oder Jesuitenpater Delp, erschien den Gedenk-Artiklern wesentlicher als die Frage, was die Briten und Amerikaner dazu bewogen haben könnte, der deutschen Anti-Hitler-Opposition in keiner Weise entgegenzukommen, sondern beispielsweise weiterhin auf der bedingungslosen Kapitulation zu bestehen.
Die Antwort läßt sich anhand US-amerikanischer Akten verbindlich geben. Sie nimmt den Widerstandskämpfern freilich viel von der ihnen hierzulande verliehenen Aura des "anderen und besseren Deutschlands" und weist sie eher in die Reihe der Opportunisten, welche den damals ohnehin verlorenen Krieg schnell allein Hitler anlasten, ihn durch seine Beseitigung alsbald beenden und durch einen neuen, aber erfolgreichen ausgleichen wollten.
Einschlägige bissige Illustrationen, wie sie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vorliegen, verdeutlichen diesen bitteren Argwohn der Engländer und Amerikaner. So war es ihnen letztlich nur willkommen, daß der Putsch scheiterte und Hitler den Anschlag überlebte, da die Deutschen nunmehr keine Verantwortung abschütteln konnten, sondern die Konsequenzen des verlorenen Krieges voll tragen mußten. US-Präsident Roosevelt brauchte auf keine deutsche "Badoglio"-Figur Rücksicht zu nehmen und konnte - wie geplant - ungehindert "nach Berlin durchmarschieren".
Auf solche und weitere ernüchternde Eröffnungen über den "20. Juli 1944" mochte man in deutschen Medien viel lieber verzichten und erging sich statt dessen in manchen gedankenlosen Interpretationen. Etwa in der Formulierung vom "Aufstand des Gewissens", ohne offenbar zu bedenken, daß auch die eidtreuen Offiziere aus Gewissensverpflichtung handelten und sich der Mitwirkung am Putsch verweigerten.
Die Verabsolutierung einer Gewissensentscheidung als einzig richtige und moralisch beste grenzt an diktatorische Intoleranz und sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Tatsächlich scheinen sich jedoch in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft einige Publikationsorgane als Oberzensoren zu verstehen und sich berechtigt zu fühlen, abweichende Meinungen öffentlich als "extremistisch" abqualifizieren zu dürfen.
Im Bereich der Printmedien maßt sich diese Scharfrichter-Rolle auf dem Gebiet der Zeitgeschichte zunehmend mehr ein norddeutsches "Nachrichten-Magazin" an, das vor Jahren in der Person des zuständigen Fachredakteurs einmal zu den lesenswerten und zitierfähigen Protagonisten in der unbefangenen Darstellung der Vergangenheit zählte.
Nicht zufällig war der verantwortliche Ressortleiter auch Verfasser eines beachtlichen Buches über die SS und damit ein ausgewiesener Kenner der reportierten Jahre. Seit seinem Ausscheiden reduziert sich die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen immer mehr auf die Wiedergabe des forscherlichen Wissenstandes von vorgestern in Kampfpresse-Jargon. Hinzugekommen sind lediglich die früher kaum feststellbaren Disqualifikationen unbequemer Geschichtsforscher und ihrer Erkenntnisse.
Die journalistischen Epigonen des früheren fachlichen Schwergewichts offenbaren in Beiträgen nur allzu oft und schnell die Begrenztheit ihrer Kenntnisse und Kompetenz, so daß sich immer wieder die Frage stellt, ob sie ein zeitgeschichtliches Archiv schon einmal von innen gesehen und ein Original-Dokument in der Hand gehabt haben.
Die anderen selbsternannten zeitgeschichtlichen "Oberzensoren" stellen sich in Mehrheit in

bestimmten Polit-Magazinen der öffentlich-rechtlichen Medien vor und veranstalten fast jeden Monat eine denunziatorische öffentliche Hinrichtung, deren Opfer neuerdings bis in den Bereich katholischer Jugendkalender hineinreichen.
Welche großmächtige Wirkung solche elektronischen Schauprozesse haben können, zeigt die Resonanz auf die Inquisitionsverurteilung des erwähnten Jugendkalenders durch eine "Magazin"-Sendung. Da notierten nicht nur zahlreiche Zeitungen die - zumeist falschen oder verdrehten - Vorwürfe des "Magazins" als "Nachrichten" auf prominenter Seite, sondern rückten auch offizielle kirchliche Stellen umgehend vom attackierten Jugendkalender ab und bliesen zum Teil ins gleiche Horn wie der unberufene "öffentlich-rechtliche" Scharfrichter.
Traurige Zeugnisse opportunistischen Verhaltens einer Einrichtung, welche Moral und Wahrheit manifestieren soll - und gleichzeitig indirekte Ermunterung zu weiteren Invektiven, verstehen doch bestimmte journalistische Verbal-Aggressoren solches Zurückweichen als Zustimmung oder Eingeständnis und fühlen sich in ihrer Zensoren-Rolle bestätigt.
Am Ende besteht noch die Gefahr, daß die öffentlich-rechtliche Konstruktion dieser elektronischen Medien als Stempel "öffentlichrechtlicher" Gültigkeit der von ihnen transportierten Meldungen und Meinungen mißverstanden wird und ihre Nutznießer die Verpflichtung zu möglichst großer Ausgewogenheit mit dem Anspruch verwechseln, im Namen der Öffentlichkeit gleichsam "Recht zu sprechen" - mit der Folge, daß sich Gebühren zahlende Bürger von diesen Usurpatoren noch für ihr Geld attackiert sehen.
Daß auch steuerlich finanzierte Printmedien auf ihren Seiten subjektive Meinungsausbrüche zulassen und die Pflicht zu ausgewogener Darstellung nicht immer ganz Ernst nehmen, gehört neuerdings auch zu den beunruhigenden Praktiken unserer Tage. Da ist es möglich, daß ein Rezensent (Kritiker) ausgewiesene Geschichtsforscher in einer offiziösen Wochenzeitung Bonns als "Rechtsextremisten" diffamiert, ohne für seine üble Nachrede geradestehen zu müssen, wie es überhaupt auffällt, daß sich die meisten ideologischen Kampfjournalisten in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden geistig nicht überanstrengen.
In der Regel begnügen sie sich mit plakativen Anwürfen, bei denen die vorgegebene antifaschistische Tendenz weitgehend die mangelnden Argumente ersetzt.
Die Erwartung, daß sich kaum ein Zeitgenosse apologetisch vor einen angegriffenen "Rechtsextremisten" stellen und nach näheren Belegen und Begründungen für die vorgetragenen Beschuldigungen fragen dürfte, scheint sie einer seriösen Beweisführung für ihre Unterstellungen weitgehend zu entheben. Dabei entgeht ihnen offenbar, daß sie es mit solchem polemischen Argumente-Ersatz den wahren Extremisten leicht machen, ihre leichtfertig dahingeschriebenen Behauptungen ohne große Mühe als pure Kampfschrift zu entlarven und damit auch substantiierte Einwände gegen extreme Aussagen und Deutungen in Verruf zu bringen.
...
Die seit geraumer Zeit verbreitete "Anti-rechts"-Stimmung der sich aus dem Wiedervereinigungs-Schock erholten Meinungs-Linken scheint manche militanten "Anti-Faschisten" zu purem Verteufeln des ideologischen Gegners zu verführen, ohne sich zu einer Beweispflicht angehalten zu fühlen. So spricht es nicht für eine sachliche Auseinandersetzung, wenn ein britischer Geschichtsautor, der nach dem Zeugnis eines amerikanischen Archivars mehr Quellenmaterial gehoben und verarbeitet hat als mancher professionelle Historiker, vom besagten Schreiber zu "führenden Alt- und Neonazis" gezählt und beschuldigt wird und angeblich "seine Geschichtslügen in der Bundesrepublik ... hinausposaunt".
Hier verrät sich offenkundig schon die Sprache, die eher verletzen als zur Diskussion auffordern will - wie es immer wieder auffällt, daß die rhetorischen "antifaschistischen" Ankläger sich in Wortwahl und Strafforderungen unversehens faschistoid gerieren, wenn sie einen von ihnen entdeckten "Rechtsextremisten" aus Bundeswehr, Polizei oder Lehramt auf der Stelle entfernt zu sehen wünschen. Für die "Rechten" gibt es nach den Vorstellungen dieser Linken

weder Gnade noch Vergessen, sondern nur "energisches Durchgreifen" und "unnachsichtiges Vorgehen".
Die Rechten haben nicht nur die - vorhitlerische! - Reichskriegsflagge tunlichst in ihrem Garten einzuholen - während Lenin- und Stalin-Büsten noch öffentlich unbeanstandet herumstehen dürfen -, sondern müssen sich auch vor jeder Aussage hüten, die ihrem Land und seinen Menschen zwischen 1933 und 1945 zugute kommen könnte. Was andernorts natürlich und eine indiskutable Selbstverständlichkeit ist, nämlich das eigene Volk und seine Geschichte nicht über Gebühr belasten zu lassen, steht hierzulande an der Grenze zur "Verharmlosung" und damit zum kriminellen Straftatbestand. Eine ebenso sonderbare Rechts- und Bewußtseinslage wie singuläre Selbstentfremdung eines Volkes.
Nicht ausgeschlossen, daß sie den Grund für das allgemeine Schweigen der Historiker zu den wortreichen Gedenkartikeln und Mahnreden über die angestandenen Jahresdaten abgeben. Denn jede sachliche Erinnerung an die Kehrseite der gefeierten Ereignisse kann von den militanten Oberzensoren unter das drohende Damokles-Schwert des "Verharmlosungs"-Vorwurfs geschoben und der korrigierenden Historiker an den Rand des beruflichen Ruins gebracht werden. ...
Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Verlierer ließ die herkömmlichen Übergabeformen großenteils zu Auslieferungsakten verkommen und erreichte im Frühjahr und Sommer 1945 in Österreich, Schweden und im Rheingebiet traurige Höhepunkte, als der Roten Armee Hilfstruppen der Wehrmacht und deutsche Soldaten gegen die Landkriegsordnung und gegebene Zusagen zugeliefert und kriegsgefangene deutsche Truppen von Eisenhower zu "entwaffneten Feindstreitkräften" und damit für weitgehend schutzlos erklärt wurden.
Die Toten dieser kriegsrechtswidrigen Praktiken finden selten bis nie Erwähnung in den öffentlichen Rückerinnerungen. Von einem öffentlichen Wort des Bedauerns war aus nichtdeutschem Munde bislang nur aus Prag einmal zu hören - als um vierzig Jahre verspätete Antwort auf die "Charta der Heimatvertriebenen" vom August 1950.
Tote, die ein deutsches Hoheitszeichen trugen, kamen und kommen in den Erinnerungsreden und -artikeln nicht vor, als seien sie als Unpersonen unter die Erde gekommen. Ihre Reihe reicht von den ahnungslosen Bombenopfern des Attentats in der "Wolfsschanze" bis zu den über 500 von den Amerikanern zusammengeschossenen kriegsgefangenen Wachposten von Dachau. Letzteren hat der "Druck der Öffentlichkeit" sogar die Errichtung eines Gedenksteins ausdrücklich verwehrt.
Die unselige Selektion auf der Rampe setzt sich offenbar im Denken mancher Zeitgenossen bis in das Grab fort. Bedenklich makabre Steigerung ideologisch verwerflicher Menschenverachtung früherer Zeiten und weiteres Zeugnis faschistoider Praktiken erklärter Antifaschisten.
Mögen diese bemerkten Widersprüchlichkeiten im Tun und Reden der medienbeherrschten "Volkspädagogen" in erster Linie nur wenigen Zeitbeobachtern auffallen und nach der moralischen Berechtigung ausgeübter Meinungszensur fragen lassen, ist das permanente Verleugnen eigener Opfer und die damit verbundene Dauer-Selbstbezichtigung dem breiten Volk kaum zu vermitteln.
Weiterer Grund, bei künftigen Jahresgedenken die bemerkten Mängel und Fehler nicht zu wiederholen und sich - wie es der Bundespräsident forderte - der "ganzen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen zu stellen".<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtet im Oktober 1994 über das Buch "Perversion statt Aufklärung. Die Umerziehung einer Generation mit öffentlichen Mitteln" des deutschen Autors M. Weber (x853/...): >>**Perversion statt Aufklärung**
... Im Verlag Claus Peter Clausen ist eine Publikation erschienen, die zu Recht mit der deutlichen Warnung an den Leser versehen ist, daß das Material - in Wort und Bild - die Gefühle

des Lesers verletzen wird. Autor, Verlag und Herausgeber haben sich dennoch entschieden, das Material, das von der Deutschen Aids-Hilfe publiziert wird, bekannt zu machen.
Aids-Hilfe und Homosexuellenverbände beeinflussen seit Jahren Jugendliche und Kinder. Eine "Aids-Mappe zum Umgang mit Aids in der außerschulischen Jugendgruppenarbeit" von 1991 zeigt, wir Kinder - die Mappe ist für "Jugendliche" ab 12 Jahren gedacht - die Vorstellungen der sexuellen Revolution der 68er nahegebracht werden: Prostitution wird als normaler Beruf vorgestellt, homosexuelle Intimität wird photographisch illustriert, Ausschneidematerial wie aus dem Sexshop wird den Kindern offeriert und andere Schändlichkeiten mehr.
Neben dieser Beeinflussung der heranwachsenden Generation beschreibt der Tübinger Pädagoge Weber in seiner Dokumentation, was heute unter "homosexuellem Lebensstil" verstanden wird. Zeugnisse der Aids-Hilfen (aus Faltblättern, Broschüren, Zeitschriften usw.) lassen einen erschaudern, welche zwischenmenschliche Verirrung möglich ist. Skandalöserweise wird diese perverse sexuelle Revolution mit Steuergeldern in einer Höhe von jährlich sieben bis neun Millionen DM finanziert.
Maßgebliche Teile der evangelischen Kirchen diskutieren seit einiger Zeit heftig darüber, ob man Homosexuelle segnen solle oder nicht, wobei vieles darauf hindeutet, daß sich die Befürworter durchsetzen könnten. Aus diesem Grunde wird die Dokumentation "Perversion statt Aufklärung" auch von einigen evangelischen Persönlichkeiten mitherausgegeben, um deutlich auf den Dammbruch aufmerksam zu machen, der mit einer Aufwertung bewirkt würde.
Neben Professor Peter Beyerhaus und der Europäischen Ärzteaktion zeichnen z.B. die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" Rheinland, der "Evangelische Aufbruch Mittelrhein", die Lebensrechtsorganisation PRO VITA - Österreich, Pfarrer Hans Georg Meerwein als Vorsitzender der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Volker Heckl als Direktor der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Friedhelm Dahlmann, Pressesprecher von "Laien in der Kirche" und Pastor Klaus-Reiner Latk von der Hilfsaktion Märtyrerkirche.
Die Publikation ist vor allem für sogenannte Multiplikatoren gedacht - für Seelsorger, Lehrer, Jugendgruppenleiter, Pfarrer, Elternsprecher, Abgeordnete und Politiker. Schon nach einem kurzen Blick in das Material hofft man sehr, daß die Schrift einiges in die richtige Richtung bewegen wird.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtet im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des evangelischen Theologen und Publizisten Dr. Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**
Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.
Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?
Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor

der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.
Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

15.11.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. November 1994: >>**Noch schlimmer als Tschernobyl**

In Mayak im südlichen Ural ereigneten sich drei Atomkatastrophen

... Im September 1957 geschah das, was die Atomgegner im Westen stetes befürchten, was aber in der westlichen Hemisphäre bisher nie eingetreten ist: eine Art GAU, der wohl größte Unfall in der Geschichte der Atomtechnik.

Auf dem Gebiet von Mayak explodierte ein mit 75 Tonnen hochradioaktivem Abfall gefüllter Tank. Vermutlich war er nicht ausreichend gekühlt. Eine gewaltige Menge an Radioisotopen wurde in die Luft geschleudert.

Die russischen Wissenschaftler gaben gegenüber der westlichen Besuchergruppe an, es seien damals 20 Millionen Curie (Ci) auf die Atomanlage und die Umgebung niedergegangen – für umweltbewußte Westeuropäer eine Horrorvorstellung. Ein Curie entspricht 37 Milliarden Becquerel. 2 Millionen Curie der nuklearen Niederschlagsmenge wurden vom Wind in Richtung Nordosten abgetrieben und hinterließen eine Schneise des atomaren Schreckens, 300 km lang, 30 km breit.

Heute ist diese inzwischen unzugängliche Katastrophenzone in den offiziellen Landkarten eingetragen und mit dem Totenkopf gekennzeichnet.

Die Explosion des hochradioaktiven Tanks war zwar die schlimmste aber nicht die einzige Katastrophe von Mayak. Von 1949 bis 1951 wurden die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form einfach in den Fluß Tetscha gekippt. Die Bombenbauer von Mayak glaubten schlicht, daß der Fluß die Abfälle ins nördliche Eismeer spülen und bis zur Harmlosigkeit verdünnen werde. Doch diesen Gefallen tat die Natur den Physikern nicht.

Die radioaktiven Partikel sanken auf den Boden und lagerten sich im Schlamm ab. Noch heute ist der Fluß auf weiten Strecken radioaktiv verseucht. Die Menschen, die am Fluß lebten, wurden zwar später umgesiedelt, aber für viele war es zu spät. Sie starben oder erkrankten an der nuklearen Überdosis.

Der dritte Unfall war die Folge des ersten und zweiten. Im heißen Sommer 1967 trocknete der Karatschai-See aus. Die radioaktiven Ablagerungen im Schlamm wurden als Staub aufgewirbelt und bis zu 75 Kilometer weit verweht. ... 45.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, wurden damals einer Strahlendosis ausgesetzt, die um das 2.660fache höher war als die Westeuropäer im Jahr an natürlicher Strahlung aufnehmen. ...<<

28.11.1994

Norwegen: Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnt die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

02.12.1994

Polen: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 49/1994 berichtet am 2. Dezember 1994: >>**Schwientochlowitz-Zgoda war der Name einer Außenstelle des Konzentrationslagers Auschwitz.**

Die Rache des Kommandanten

Von *Helga Hirsch*

… "Wo ist mein Vater begraben?" wollte Erna Kolodzejczyk nach nun 44 Jahren vom polni-

schen Justizminister wissen "Wie ist er umgekommen und durch wen?" Und weil der polnische Justizminister keine Antwort wußte, leitete er den Brief weiter an die Zweigstelle Kattowitz der "Kommission zur Untersuchung von Hitler Verbrechen", die seit 1990 nicht nur die Untaten der braunen, sondern auch die der roten Diktatur untersucht und sich seitdem "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk" nennt. Im Februar nahm der Staatsanwalt Piotr Brys die Ermittlungen auf.
Brys suchte Überlebende des Arbeitslagers Swietochlowice Zgoda, wo Frau Kolodzejczyk Vater und andere Oberschlesier interniert gewesen waren: über das Einwohnermeldeamt in Warschau, über die Gruben, in denen sie gearbeitet hatten, über das Standesamt von Swietochlowice und Aufrufe in regionalen Zeitungen und im Fernsehen. Schnell kamen die ersten Antworten. Jadwiga Sonsola aus Kattowitz schrieb: Mein Mann ist dort umgekommen. Helena Maria Kula aus Bytom (Beuthen) schrieb: Mein Vater ist dort umgekommen.
Henryk Frysztacki gab vor der "Kommission" zu Protokoll, er habe sich Ende April kurze Zeit im Lager aufgehalten "Die Gefangenen müssen geschlagen worden sein, denn ich hörte Schreie. Irgendwann sah er unter den Toten, die zur Leichenhalle transportiert wurden, auch seinen Vater. Die Sterbeurkunde vom Standesamt Swietochlowice trägt das Datum des 17. September 1945. Gezeichnet: Morel - Lagerkommandant.
Solomon Morel, seit dem 15. März 1945 aufgrund des "Personalbefehls Nr. 111" vom Sicherheitsministerium Leiter des Arbeitslagers Swietochlowice, wurde vor die "Kommission" zitiert und am 21. Februar 1991 vernommen - als Zeuge.
… "In einigen Zeiträumen starben die Gefangenen infolge einer Typhusepidemie", räumte der inzwischen Siebzigjährige ein. "Aber ich erkläre, daß die Gefangenen im Lager gut behandelt worden sind". Damals, vor drei Jahren, ahnte noch niemand, welche Schwierigkeiten für das Verfahren sich aus Morels jüdischer Abstammung ergeben würden.
Wer heute, mit dem Auto von Swietochlowice kommend, die scharfe Rechtskurve der Straße an den Zgoda Werken vorbei Richtung Ruda Slaska nimmt, kann die Geschichte nicht erahnen, die sich hinter den Schrebergärten zur linken Hand verbirgt.
Nur noch ein Tor mit Pfosten aus gemauerten Ziegelsteinen erinnert daran, daß hier das Arbeitslager Schwientochlowitz stand: eine Nebenstelle von Auschwitz, in der seit Sommer 1943 Gefangene untergebracht waren, die in der nahen Eintrachtshütte "kriegswichtige" Güter montierten ein Lager mit sieben Holzbaracken, einer Ambulanz, einer Leichenhalle, einem Strafbunker, einem elektrisch geladenen, doppelten Stacheldraht, vier Wachtürmen und - vor dem umzäunten Terrain - einer Baracke für die Wachmannschaft und einer für den Kommandanten.
So sah Schwientochlowitz bis zum 21. Januar 1945 aus, als die Deutschen das Lager aufgaben. So sah Swietochlowice aus, als es wenige Wochen später, nachdem die Rote Armee Kattowitz erobert hatte, vom polnischen Sicherheitsdienst übernommen wurde: jetzt als Straflager für Reichsdeutsche, die der Mitgliedschaft in der NSdAP, der HJ und des BdM verdächtigt waren, sowie für ehemals polnische Staatsbürger, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung unter nationalsozialistischer Besatzung als "Volksdeutsche" galten.
Gerhard Gruschka zum Beispiel, aus einer katholischen Familie in Gleiwitz. Zwar war er wegen seines Glaubens aus dem "Deutschen Jungvolk" ausgeschlossen worden, aber nach zwei Wochen Dunkelhaft und Folter in einem Gefängnis von Gleiwitz hatte Gerhard, gerade vierzehneinhalb Jahre alt, gestanden: Ich bin der Hitler-Junge Gruschka.
Dorota Boreczek zum Beispiel, aus der alten schlesischen Familie der Skiba. Ihr Großonkel war letzter Bürgermeister von Kattowitz gewesen, bevor es vor gut hundert Jahren zur Stadt erklärt wurde. Das gerade vierzehnjährige Mädchen mußte mit der Mutter ins Lager, nur weil diese in die Volksliste II eingestuft worden war.
"Wir hatten ein gutes Gewissen", sagt Gerhard Gruschka, der bald nach seiner Freilassung im

November 1946 in die Bundesrepublik übersiedelte, als Lehrer für Deutsch und katholische Religion in einer Realschule tätig war und nach der Pensionierung weiter in Nordrhein Westfalen lebt. "Flucht war beim Herannahen der Roten Armee kein Thema für uns."
Oberschlesien, ein ethnisch äußerst gemischtes Gebiet, hatte bis 1921 zu Deutschland gehört, war dann nach einer Volksabstimmung mit dem Gebiet um Kattowitz an Polen gefallen und sollte unter Hitler wieder "eingedeutscht" werden. Von den 2,45 Millionen Einwohnern wurden nach einer Statistik des Reichskommissars für die Festlegung des deutschen Volkstums von 1944 etwa 130.000 in Volksliste I eingestuft: Sie hatten sich durch "aktive Tätigkeit" im Volkstumskampf hervorgetan. Unter Volksliste II wurden 210.000 Personen geführt: Sie hatten das Deutschtum "gewahrt", ohne dafür aktiv gewesen zu sein.
Beide Gruppen erhielten sofort die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Volksliste III (875.000 Personen) wurden die Autochthonen und Personen prodeutscher Gesinnung erfaßt, die aber "Bindungen zum Polentum" eingegangen waren - sie erhielten die Staatsbürgerschaft "nur auf Widerruf". …
Nach dem Krieg wendete sich das Blatt. Nach einem Dekret der provisorischen polnischen Regierung in Lublin vom 28. Mai über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft" (geringfügig korrigiert durch ein Gesetz vom 7. Mai 1945) wurden Oberschlesier der Volksliste III und IV in der Regel als polnische Bürger anerkannt. Für Personen der Volksliste II waren zwar individuelle "Rehabilitationsverfahren" vorgesehen, faktisch jedoch kamen die meisten in Internierungslager - wie Józef Wiesiolek.
Als Rentner lebt er immer noch in jener verrußten, eintönigen Bergarbeitersiedlung in Kattowitz Dab, in der er damals als Achtzehnjähriger in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1945 abgeholt wurde. Nur die Wohnung hat er getauscht. Die Holztreppe hinauf zum ersten Stock knarrt. Die Küche dient als Wohnzimmer. Denn die beiden hinteren Räume, ohnehin durch die angrenzende schwarze Wand des Nachbarhauses ohne Sonnenlicht, fassen jeweils gerade einen Schrank und ein Bett.
Manche Oberschlesier haben noch immer Angst, von damals zu erzählen: Weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten fragten, ob sie sich als Deutsche oder Polen oder als Oberschlesier fühlten. Sie erhielten den nationalen Stempel je nach politischer Erfordernis aufgedrückt. Besser also, sich gar nicht zu exponieren. "Wer weiß denn", so die bange Frage eines alten Häftlings von Swietochlowice, "ob nicht irgendwann wieder jemand kommt und sagt: Du bist ein Schwabe (Deutscher). Oder Pole - je nachdem, was gerade gefällt.
Aber Józef Wiesiolek will der neuen Zeit trauen. Sein Schwiegersohn war sogar Abgeordneter im ersten Parlament des demokratischen Polen. Und es erleichtert ihn auch, nach 45 Jahren erzwungenen Schweigens endlich offen darüber zu reden, wie es damals begann, am 1. März 1945, als er mit vielen Kollegen von Kattowitz nach Swietochlowice geführt wurde.
"In jeder Gruppe wurde einer ausgewählt: Mit einer Hakenkreuzfahne umschlungen oder einer SA- oder SS Mütze auf dem Kopf … Dort begann der Terror. "Sie schlugen jeden. Oft mit einer Reitpeitsche. Dann befahlen sie, daß sich einer über den anderen legt, ganz viele übereinander - und wenn die unteren anschließend nicht schnell genug hinunterglitten, weil sie schon keine Luft mehr bekamen, wurden sie erst recht geschlagen und gestoßen. Hier gab es die ersten Toten. Einige Männer hielten es psychisch nicht aus. "Sie hingen in den Toiletten. Sie hatten sich an Gürteln erhängt."
Die "Begrüßung" im Lager war bei jeder Gruppe ähnlich. Bevor die Transporte bestimmten Baracken zugewiesen wurden, mußten sie erst stundenlang stehen - oft mit erhobenen Armen. In den Baracken selbst herrschte erdrückende Enge. Tote und Abgänge in andere Lager wurden ununterbrochen durch Neuzugänge aufgefüllt. In den dreistöckigen Etagenpritschen aus deutschen KZ-Zeiten lagen oft zwei oder drei Personen ohne Strohsack, ohne Decke, auf einfachen Brettern, die so viel Zwischenraum freiließen, daß Häftlinge manchmal nach unten

durchfielen und die Darunterliegenden verletzten. Ein Laib Brot mußte für mindestens sechs Personen am Tag reichen, dazu gab es eine Wassersuppe, in der gesäuerte Rübenstücke schwammen.
Zum wirklichen Alptraum aber gerieten die Nächte. Denn die Wachmannschaften kamen zu "Inspektionen", um die Gefangenen zu "besichtigen" "Einmal mußten wir mit nacktem Oberkörper drei Stunden im Schneeregen stehen", erinnert sich Józef Wiesiolek. "Und immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen. Als mein Vater schon zu schwach war, den großen Kübel zu tragen, der zur Toilette geschafft werden mußte, schlugen sie ihm mit dem Gewehrkolben die Zähne aus.
Sein Vater überlebte das Lager nicht. Er starb am 7. oder 8. Juni an Typhus. Eine Sterbeurkunde erhielt die Familie nie. "Als Volksliste II", sagt Jozef, der im Lager noch Herbert Josef hieß, aber bei der Hochzeit vor dem polnischen Standesamt den Herbert streichen und den Josef in Józef umwandeln mußte, "als Volksliste II waren wir einfach DIE DEUTSCHEN. Sie wollten Rache. Sie wollten Vergeltung. Sie - die Wachmannschaften und besonders der Lagerkommandant Solomon Morel. "Eine massive Gestalt. Es hieß, er sei in der kommunistischen Volksarmee gewesen. Ein Jude. Er hat sich so vorgestellt. Vielleicht sind seine Verwandten umgekommen."
Solomon Morel wurde am 15. November 1919 in einer religiösen jüdischen Familie im Dorf Garböw bei Pulawy geboren. Bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Schule, anschließend arbeitete er in einer Konfektionsfirma der Industriestadt Lodz; 1939 kehrte er zurück nach Garböw. Um der Übersiedlung in ein Ghetto zu entgehen, tauchte er mit den Eltern und einem Bruder im April 1942 unter.
Vater, Mutter und Bruder Israel, erklärte Morel später in seiner Personalakte für das Sicherheitsministerium, seien von den Deutschen mit Hilfe der "blauen (d h. polnischen) Polizei" im Dezember 1942 umgebracht worden. Einmal nannte er sogar nur die "blaue Polizei", die den Bruder Israel in seinem Heimatdorf Garböw erschossen habe. Der älteste Bruder Izak Morel hingegen sei im Dezember 1943 im "Kampf mit den Nationalen Bewaffneten Kräften NSZ" (einer antisemitischen polnischen Untergrundorganisation) im Dorf Lugöw bei Lublin umgekommen. Über das Schicksal des Bruders Józef, der 1939 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion flüchtete, sei ihm nichts bekannt.
Morel selbst hatte sich im November 1942 der kommunistischen Untergrundorganisation "Volksgarde" angeschlossen, nach dem Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 war er der Bürgermiliz der prokommunistischen neuen Macht in Lublin beigetreten. Erst arbeitete er im Gefängnis des Schlosses von Lublin, dann im Gefängnis von Tarnobrzeg. Am 15. Februar 1945 schließlich gelangte er mit der "Operativgruppe" des Sicherheitsdienstes nach Oberschlesien und ins Lager von Swietochlowice. In Polen dürfte sein Lebenslauf vielen nur als Bestätigung für die verbreitete Vorstellung dienen, der kommunistische Geheimdienst sei geradezu von Juden beherrscht gewesen.
"Man muß sich das so vorstellen", erläutert Krzysztof W., Nachkomme einer wohlhabenden jüdischen Familie der Vorkriegszeit, der im Nachkriegspolen erst Kommunist, dann Oppositioneller war: Im ersten Halbjahr 1945, noch vor der Konferenz von Potsdam, war über die Grenzen Polens nicht endgültig entschieden. Doch um vollendete Tatsachen zu schaffen, das System und das Territorium festzulegen, eignete sich das prokommunistische "Lubliner Komitee" in den von der Roten Armee besetzten Gebieten die Regierungsbefugnis an und baute den Sicherheitsdienst als politische Polizei auf - selbstverständlich mit jenen, die als absolut zuverlässig galten.
In den Spitzenpositionen waren das meist ältere Kommunisten aus dem Moskauer Exil, die schon deswegen Vertrauen besaßen, "weil sie alle Säuberungen Stalins überlebt" hatten. Auch

Krzysztof W., als er von der Zwangsarbeit in Berlin zurückkam, wurde nach bereits drei Tagen dem Sicherheitsdienst zugeteilt; Weil er Kommunist gewesen sei. Daß er eine jüdische Abstammung hatte, sei der Partei gar nicht bekannt gewesen.
Sicher sei die Loyalität zur Partei das primäre Auswahlkriterium gewesen, räumt der Historiker Andrzej Paczkowski ein, aber - viele Genossen stammten eben aus jüdischen Familien: Weil sie im Kommunismus die Alternative nicht nur zum Rassenwahn eines Hitler, sondern auch zum polnischen Nationalismus und Antisemitismus sahen.
Als Paczkowski jüngst untersuchte, wie hoch der Anteil von Sicherheitsbeamten mit jüdischer Herkunft vom Ministerium über das Department bis zur Abteilung hinunter in den ersten Jahren gewesen sei - ein "bißchen", bekennt er, habe er sich für diese Schnüffelei geniert, fand er die vermutete Überrepräsentation tatsächlich bestätigt: Von den 447 führenden Funktionären bis November 1953 waren 131 jüdischer Abstammung - immerhin 29,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal einem Prozent.
Allerdings sei wahrscheinlich unten an der Basis - gerade in den ersten Tagen und Wochen nach dem Rückzug der Wehrmacht - wichtiger als das ideologische Motiv das Bedürfnis nach Rache gewesen: das Bedürfnis nach irgendeiner Vergeltung für sechs Millionen Tote, für den Genozid, für das perfekteste und grausamste Verbrechen der Geschichte.
"Er sagte langsam und ruhig: Ich heiße Solomon Morel und bin der Kommandant dieses Lagers. Dann aber schrie er: Meine Eltern und Geschwister sind in Auschwitz von euch Deutschen vergast worden, und ich werde nicht eher Ruhe geben, bis alle Deutschen ihre gerechte Strafe bekommen."
Als Insasse des Blocks 7, des "braunen Blocks", in dem vermeintliche NSdAP-, SA- oder HJ-Mitglieder untergebracht waren, erlebte Gerhard Gruschka den Lagerkommandanten von seinen dunkelsten Seiten.
Wenn Morel sich einen Gefangenen vornahm, schrieb Gruschka in seinem Bericht über die Haftzeit, "war dessen Todesurteil meist schon gefällt". Seine "Spezialität" war es, die aus deutscher KZ-Zeit übriggebliebenen schweren Sitzschemel an den Füßen zu packen und mit der dicken Sitzfläche in voller Wucht auf die Gefangenen einzuschlagen. Immer wieder blieben nach solchen Razzien Mitgefangene schwerverletzt liegen und mußten in die Lagerambulanz getragen werden, einige mit zertrümmertem Kopf auch gleich in die Leichenbaracke".
Gruschka bezweifelt, daß in dem berüchtigten "braunen Block" tatsächlich Nazigrößen einsaßen - sie hätten sich meist schon in den Januartagen 1945 abgesetzt. Da aber niemand verhört, bei niemandem nach individueller Schuld geforscht worden sei, werde sich eine eindeutige Antwort nicht mehr finden lassen. Für die Wachmannschaften jedenfalls genügte es, daß sie reichsdeutsche Staatsbürger vor sich hatten, um sie als Hitleristen alle mit derselben Brutalität zu strafen.
"Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht … Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: Horst Wessel Lied singen, aber schnell, und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."
Der erst vierzehnjährige Eric van Calsteren, ebenfalls Insasse des "braunen Blocks", beschloß zu fliehen. Obwohl er die holländische Staatsbürgerschaft besaß, hatten polnische Sicherheitsbeamte in blonden Haaren und blauen Augen einen ausreichenden Beweis für sein "Edelgermanentum" gesehen. Calsteren versteckte sich in der Latrine des Lagers und entkam morgens mit einem Arbeitskommando.
Allerdings stellte er sich freiwillig wieder, als seine Mutter verhaftet und er erpreßt wurde: entweder er oder sie ins Lager. Solomon Morel holte ihn persönlich mit seinem beigefarbenen DKW bei der Gleiwitzer Polizei ab. Er kam zurück in den Block 7.
Zunächst, berichtete van Calsteren 1992 aus seiner niederländischen Heimat der "Kommission" in Kattowitz, habe er als Strafe für die Flucht nur stundenlang auf Schottersteinen knien

müssen. Doch das war nur das Vorspiel "Mitten in der Nacht kam das schon erwartete Überfallkommando der Bewacher.
Alles aus den Betten, und man stellte mich vor den Spind. Warum er geflüchtet sei, fragten ihn vier Männer und schlugen ihm bei jeder Frage in die Magengrube. Beugte sich van Calsteren vor Schmerz nach vorn, schlugen sie ihm ins Genick, daß er zu Boden sackte. Als er die Schläge nicht länger ertragen konnte, floh er zwischen die Betten. Da griffen sie nach der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden.
"Mit dieser Stange schlug man mir meine beiden Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. Halbtot legten meine Kumpel mich aufs Bett. Schlafen konnte man kaum in diesem Lazarett, es gab keine richtigen Kranken, sondern nur kaputtgeschlagene Menschen, die die ganze Nacht stöhnten. Daß es tatsächlich Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende, im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."
Schon einige Monate vor diesem Bericht für Kattowitz hatte sich van Calsteren an die deutsche Justiz gewandt: Regelmäßig höre man Berichte über die Verurteilung deutscher NS-Verbrecher aber wie stehe es mit der Verfolgung von Verbrechen an Deutschen? Und er bot sich an als Zeuge gegen Solomon Morel, dessen Adresse er durch Zufall erfahren hatte …
Erst über ein Jahr später, Ende September 1993, bat der Leitende Oberstaatsanwalt in Dortmund seinen Kollegen in Rijswijk, van Calsteren "eingehend zu vernehmen", da ein Ermittlungsverfahren gegen Morel wegen Mord geprüft werde. Doch da lebte Eric van Calsteren nicht mehr. Er war am 16. Februar 1993 im Alter von 63 Jahren verstorben. Solomon Morel hingegen hatte sich zu seiner Tochter nach Tel Aviv abgesetzt.
Da Israel generell nicht ausliefert, nutzte die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund die Chance, sich dem äußerst unbequemen Verfahren mit Schreiben vom 29. August 1994 an die Witwe zu entziehen: "Das auf Strafanzeige Ihres Ehemannes eingeleitete Ermittlungsverfahren ist vorläufig gemäß Paragraph 205 der Strafprozeßordnung eingestellt worden, da der gegenwärtige Aufenthaltsort des Beschuldigten nicht ermittelt werden konnte Hochachtungsvoll Göke, Staatsanwalt.
Die Villa in Ludwigsburg ist repräsentativ, der Garten groß und mit gepflegtem Baumbestand. Doch die Radiologin Dorota Boreczek kann weder das eigene Heim noch Reisen oder andere Annehmlichkeiten des Lebens in Frührente genießen. Sie kann gar nicht genießen. Fast obsessiv kreisen ihre Gedanken in der unendlich langen, freien Zeit um Kattowitz, ihr altes Zuhause und das große Unrecht, das sie erlebte.
Sie erwarte eine "Entschädigung für den Aufenthalt in Gefängnissen während der Stalin-Zeit", teilte sie der "Kommission" in Kattowitz mit Schreiben vom 18. März 1992 mit. Denn auch sie saß mit der Mutter in Swietochlowice. Ein gutes halbes Jahr. Und der Vater, inhaftiert im Gefängnis von Krakau und im Lager von Jaworzno (ebenfalls einer alten Auschwitz Nebenstelle), kam aufgrund einer Amnestie erst 1951 frei. Doch da war sein Besitz von sieben Mietshäusern in Kattowitz und einem Sägewerk, einer Ziegelei und einem Kieswerk in Ostpolen längst enteignet.
Dorota, die damals noch Niesporek hieß, war in der Frauenbaracke untergebracht "Der Dreck", sagt sie, "der Dreck und die Läuse" - das war anfänglich das Schlimmste. Als den Frauen prophylaktisch die Haare geschoren werden sollten, verloren einige die Nerven und begingen im elektrisch geladenen Stacheldraht Selbstmord. Daraufhin wurde die Maßnahme eingestellt. Als sich die Krätze ausbreitete, litten Frauen besonders an eitrigen Entzündungen an den Brüsten. Später kam die Kleidung einmal in der Woche zur Entlausung - dann aber warteten die Frauen zehn Stunden nackt in der Baracke: "abgemagerte Wesen, kaum von Männern zu unterscheiden, knapp über dreißig Kilogramm".

Wenn ein Teil der Sachen bei der Entlausung verbrannte, stritten die Frauen um die Kleider der Kranken. "Hildegard Igla, eine wohlhabende Freundin meiner Mutter, besaß ein silbergraues Kostüm. Als sie fast in der Agonie lag, hat man ihr das Kostüm vom Leib gerissen, obwohl sie bat: Laßt mich in meinen Kleidern sterben."
Einen tiefen Einschnitt ins Lagerleben brachte die Typhusepidemie. Sie brach im Juli aus und ebbte erst nach sechs bis acht Wochen ab. Aus Angst vor Ansteckung kamen die Wachen kaum noch hinter den Stacheldraht. Die Folterungen hörten auf, Appelle fanden nicht mehr statt, die Disziplin löste sich auf.
Dorota stieg täglich in die Nachbarbaracke, wohin ihre Mutter im fortgeschrittenen Krankheitsstadium verlegt worden war. Hilflos, aber mit der hoffnungsvollen Verzweiflung eines Kindes versuchte sie, mit Wadenwickeln aus Schlüpfer und BH das Fieber zu senken. Doch Glombitza, der Lagerarzt, selbst ein Häftling, drohte ihr als Strafe mit dem Bunker: einer mit Wasser gefüllten Zelle, die so tief war, daß Dorota sicher ertrunken wäre.
Inzwischen war auch das Mädchen infiziert. "Komm unter meine Decke", sagte da eine Schweizerin zu ihr "Sie hatte eine Decke! Sie war gut zu mir. Wir hatten beide Typhus und lagen unter dieser Decke. Eines Morgens merkte ich, daß sie nicht mehr lebte. Und bis heute verfolgt mich, daß mein erster Gedanke war: Wie gut, daß sie gestorben ist, jetzt habe ich ihre Decke."
Die Leichenbaracke konnte nicht so viele Tote aufnehmen wie täglich starben. Sie wurden einfach auf Chlorkalk vor die Baracken geworfen, lagen stundenlang in der Sommersonne, zogen Ratten an. Der Totenwagen, ein einfacher, von Häftlingen gezogener Karren, war mehrfach täglich zu den Massengräbern unterwegs, erst zum evangelisch augsburgischen, dann zum katholischen Friedhof.
Wenn Anfang Juli - rechnete Gerhard Gruschka später - Swietochlowice mit 1.500 Personen noch voll belegt war, Anfang September die Blöcke 4, 6 und 7 aber bereits leer standen und die restlichen nicht mehr voll belegt waren, können sich nur noch knapp 500 Häftlinge im Lager befunden haben:
Mindestens 1.000 Männer und Frauen müssen der Epidemie somit zum Opfer gefallen sein. Viele von ihnen sind nirgends namentlich erfaßt worden. Wenn sich aber auf dem Standesamt Swietochlowice dennoch 1.600 Originalsterbeurkunden anfanden (meist von Morel unterzeichnet), müssen - sehr vorsichtig geschätzt - mindestens 2.500 Menschen in nur gut sieben Monaten im Lager umgekommen sein. Dorota aber lebte. Und die Mutter auch, obwohl sie nur noch auf allen vieren kroch.
Im Oktober 1945 erschien eine Kommission unter Leitung des Staatsanwalts Jerzy Rybakiewicz und befragte alle Lagerinsassen nach Zeitpunkt und Grund ihrer Verhaftung. Mit Befehl vom 15. September 1945 nämlich hatte Sicherheitsminister Radkiewicz angeordnet, "alle Gefängnisinsassen zu entlassen, gegen die keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen" - oder reguläre Anklage zu erheben.
In Swietochlowice kamen die meisten Männer und Frauen innerhalb weniger Tage frei, der kleinere Teil wurde in andere Lager oder ins Gefängnis von Krakau geschafft. Vor dem Lager traf Dorota auf Frauen mit Bildern von ihren Söhnen und Männern, die fragten, ob ihr bekannt sei, daß sie überlebt hätten. Aber Dorota "sah nur wie hypnotisiert auf das Tor. Ob die Mama käme. Und plötzlich stand sie da. Plötzlich konnte sie laufen. Sie kam durch das Tor. Und als sie draußen war, brach sie wieder zusammen Dorotas Mutter wog 32 Kilogramm und hatte einen gebrochenen Schädel. Erst nach einem halben Jahr konnte sie wieder gehen.
Vor der Entlassung hatten Mutter und Tochter schriftlich gelobt, niemals und niemandem zu erzählen, was ihnen widerfahren war.
Wem auch erzählen? Das Thema fiel im kommunistischen Polen unter die Zensur, und Dorotas Familie war ins Abseits gedrängt. Der Vater endete in der Psychiatrie, aus der Mutter war

ein Pflegefall geworden. Und 25 Jahre lang erhielt Dorota nicht einmal die Ausreisegenehmigung. Als sie dann schließlich 1970 in die Wahlheimat Bundesrepublik übersiedeln konnte, kam die zweite bittere Erfahrung: Auch hier konnte sie nicht erzählen.
Niemand wollte hier ihre Geschichten hören. Niemand wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren, das einige politische Kräfte in den fünfziger und sechziger Jahren hervorgehoben hatten, um die deutsche Schuld vor 1945 zu relativieren. Mit den Kollegen am Arbeitsplatz, mit den Nachbarn fand sie keine gemeinsame Sprache - und verschloß die Erfahrungen weiter tief in ihrem Innern. Denn auch die Tochter wollte damit nicht belastet werden. Und die Mutter sprach bis zu ihrem Tod über Swietochlowice nie mehr ein einziges Wort.
Erst die Ermittlungen der "Kommission" ließen Frau Boreczek Hoffnung schöpfen. Mit unglaublicher Energie sucht sie nun selbst nach weiteren Zeugen in Polen, trifft sich mit Frauen aus ihrer Baracke, kämpft um die Rehabilitierung der Eltern und die Rückgabe des Familienbesitzes. Morel hingegen verhärtete unter zunehmendem Erklärungsdruck immer mehr.
Nicht nur die Kattowitzer Lokalpresse und die polnischen Wochenzeitungen Wieset und März 1993 war endlich auch in der New Yorker Journalisten John Sack erschienen - eines Juden wie Morel, dem er vertraut und monatelang vieles ungeschützt erzählt hatte. Sieben Jahre lang hatte Sack recherchiert. Amerikanische Redaktionen hatten ihm Reisekosten nach Polen und Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt.
Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: Gentlemens Quarterly, Harpers brachte wenigstens John Sacks Recherchen als Buch heraus ("An Eye for an Eye - The Untold Story of Jewish Revenge against Germans in 1945") - kaum eine Zeitung besprach das Werk. Als schließlich die Village Voice Sacks Geschichte doch druckte, waren die Fakten nicht mehr zu übersehen.
Nun fühlte sich Solomon Morel umstellt und betrogen - und leugnete jede Schuld: Es habe keinen Todesbunker gegeben, keinen einzigen Selbstmord in dem unter Hochspannung stehenden Stacheldraht, die Läuse seien von den Häftlingen mit dem Typhus eingeschleppt worden und: "Ich erkläre mit Nachdruck, daß es neben den an Typhus Gestorbenen keine anderen Todesfälle gegeben hat."
Dabei waren die Methoden, mit denen Morel das Lager führte, bereits von seinen damaligen Vorgesetzten beanstandet worden. Mit Schreiben vom 24. September 1945 hatte Oberstleutnant T. Duda, Direktor der Gefängnisse und Lager im Sicherheitsministerium, einen dreitägigen Hausarrest und die Kürzung des Gehalts um die Hälfte verfügt, da Morel die Lagerordnung nicht aufrechterhalten, den wirtschaftlichen Bereich "paralysiert" und die Verbreitung der Typhusepidemie hingenommen habe.
Noch 1948 - Morel war Leiter des Gefängnisses in Ratibor - hatte sein Vorgesetzter am Schluß einer überwiegend positiven Einschätzung immerhin zu bedenken gegeben: "Manchmal vergißt er sich, und dann brechen Partisanenangewohnheiten durch, was nicht positiv und eines Parteimitglieds unwürdig ist. Ende 1946 hatte er in Oppeln wegen eben dieser "Partisanenangewohnheiten" bereits eine "schwere Rüge" erhalten.
Morel aber wollte zu all diesen Erkenntnissen nicht mehr aussagen. Er erschien weder zu der Zeugenbefragung der "Kommission" im Juni noch im November 1993. Einmal entschuldigte ihn seine Ehefrau Wieslawa, die er 1945 im Lager kennengelernt hatte, wo sie zur Wachmannschaft gehört haben soll: Er sei auf Urlaub in Israel. Das andere Mal meldete sich Morel selbst mit einem kurzen förmlichen Schreiben aus Tel Aviv: Er habe seinen beiden früheren Aussagen nichts mehr hinzuzufügen.
Statt dessen suchte er Verbündete für eine offensive Verteidigungsstrategie. "Seit dreieinhalb Jahren klagen mich die Deutschen wegen Rechtsbruch an, daß ich geschlagen und erschlagen hätte", beschwerte er sich Ende 1993 von Tel Aviv aus beim politischen Justizminister: Über Zeugen, die vier Jahrzehnte seine Mitbürger in Kattowitz und Umgebung waren und die pol-

nische Staatsbürgerschaft besitzen wie er. Plötzlich sollen sie wieder - einige hatten es befürchtet - Deutsche sein, Fremde, Feinde.
Dabei haben sich auch damals viele von ihnen in erster Linie als Oberschlesier gefühlt, Kinder einer Grenzkultur mit deutschen, polnischen, böhmischen Anteilen, und sie haben - zweisprachig, wie sie waren - im Unterschied zu den Reichsdeutschen in der "braunen" Baracke 7 auch im Lager überwiegend ihr Oberschlesisch gesprochen einen polnischen Dialekt mit deutschen Einsprengseln.
Aber Morel braucht das denunziatorische Stereotyp für seine Entlastung: "Ich denke, daß die Deutschen attackieren, um zu zeigen, daß nicht sie (die Polen und Juden), sondern Polen und polnische Juden die Deutschen ermordet haben. Gegen mich sagen einige Dutzend Revanchisten aus, mit denen John Sack zusammenarbeitet.
Ich bitte Sie", wandte er sich an den Minister, auf dessen Verständnis aufgrund der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit hoffend, "sich mit dieser schändlichen Provokation, die internationalen Charakter annimmt, eingehend vertraut zu machen. Die Deutschen machen das aus Rache und John Sack, der amerikanische Jude, gegen Geld." Der Minister jedoch hatte offensichtlich kein Verständnis, denn er leitete den Brief weiter an die "Kommission", die Morel doch gerade zu umgehen trachtete.
Ohne Fürsprecher im heimatlichen Polen muß sich Morel ein zweites Mal im Stich gelassen fühlen. Schon 1968 nämlich, als er die Karriereleiter bis zur Stufe des Gefängnisleiters von Kattowitz im Range eines Oberst emporgeklommen war, hatte ihn die Partei von einem Tag auf den anderen fallengelassen.
Zwar konnte ihn die antisemitische Kampagne der nationalistischen Genossen nicht wie 20.000 anderer Polen jüdischer Herkunft aus dem Land treiben. Aber ein ärztliches Attest stellte ihn mit der Diagnose einer "dauerhaften Berufsunfähigkeit" kalt. Er war 48 Jahre jung. Kann er es noch wagen, aus dem fremden Israel, dessen Klima ihm zusetzt, heimzukehren, ohne das Risiko einer Verhaftung einzugehen?
Die "Kommission" in Kattowitz jedenfalls hielt die Beweislage Ende 1993 für ausreichend, um die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nur die Zentrale in Warschau bremste noch: Es sei "verfrüht", gab sie zu bedenken und forderte die Vernehmung auch noch von Zeugen aus dem Block 7.
Doch Gerhard Gruschka wurde nie geladen, und Eric van Calsteren ist tot. "Unter Berufung auf die sogenannte Staatsräson wird alles getan", schrieb Dorota Boreczek enttäuscht und bitter im Januar 1994 an die Zentrale in Warschau, "um das Problem der juristischen wie moralischen Verantwortung sowie der Wiedergutmachung zu umgehen."
Doch nicht nur einige Juristen in der "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk" haben offensichtlich grundlegende Bedenken gegen einen Prozeß. Spielt die Veröffentlichung der Geschichte eines jüdischen Lagerkommandanten - fragte ein Reporter des amerikanischen Fernsehmagazins "Sixty minutes" nicht tatsächlich jenen in die Hände, die behaupten, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen?
Hatten vielleicht nicht jene amerikanischen Redaktionen und Verleger recht, die John Sack den Abdruck des Artikels und den Druck des Buches ("An Eye for an Eye") verweigerten? Ja, stimmt dem Reporter der Direktor des Jüdischen Weltkongresses Elan Steinberg zu: Der Fall Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Zumindest stellt er eine Symmetrie her: Die einen waren so schlecht wie die anderen "Diese Art von Relativismus ist ein Verbrechen an der Geschichte."
Ja, meinte in Warschau auch die Redaktion der Wochenzeitung Polityka, weil sie wohl fürchtete, der Fall könne Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus im Land sein.
Und auch die Redaktion der ZEIT diskutierte vor einem Jahr heftig darüber, ob sie den Artikel von John Sack aus Village Voice nachdrucken sollte. Man müßte die Wahrheit doch schreiben

dürfen, meinten die einen. Die Gegenargumente: Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis - da es doch dasselbe nicht war?
Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen) sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstekken, ohne sich eines "Tonfallschwindels" schuldig zu machen? Und äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?
Am Ende wurde der Abdruck des Artikels von John Sack verworfen und beschlossen, eine eigene Geschichte zu recherchieren. Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Solomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen versuchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr.
Doch für Lipman, der den Krieg mit falschen Papieren und in schlesischen Arbeitslagern überlebte und seit 1983 die kleine jüdische Gemeinde in den kärglichen Räumen unweit des Bahnhofs leitet, kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben
"Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er "Wer Verbrechen begangen hat, soll dafür bestraft werden." Weil sie wissen und endlich die weißen Flecken der kommunistischen Geschichtsschreibung füllen wollen, haben auch junge polnische Journalisten und Wissenschaftler mit der Aufarbeitung der Geschichte Oberschlesiens begonnen.
Der Journalist Jakub Cieckiewicz widmete seine bewegende Reportage über Swietochlowice allen, die wegen (vermuteter) propolnischer Gesinnung in deutsche oder sowjetische Lager kamen, ihres Besitzes beraubt oder zur Wehrmacht eingezogen wurden, sowie jenen, die nach 1945 litten, als sie wegen (vermuteter) prodeutscher Gesinnung in sowjetische Bergwerke verschickt wurden, in polnische Zwangsarbeitslager kamen, sich vor Gericht gegen den Vorwurf der "Abweichung von der polnischen Nationalität" verteidigen und "Treueerklärungen zur polnischen Nation" unterzeichnen mußten. Cieckiewicz wollte der Opfer beider totalitärer Regime gedenken.
"Die Toten von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Buchenwald, Ravensbrück dürfen nicht vergessen werden. Unsere Zukunft kann nicht vor Radikalismus bewahrt bleiben, wenn wir uns der Vergangenheit nicht stetig erinnern", schreibt Gerhard Gruschka. "Aber", fügt er hinzu - nicht um gleichzusetzen, nicht um zu relativieren, sondern um das Leid im ganzen Ausmaß kennenzulernen - "Die Aufarbeitung darf nicht 1945 enden. Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Swietochlowice in der Erinnerung neben sie lege."
Der Holocaust nämlich, sagt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil "Der Holocaust war schlimmer, als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden. Was in den Lagern, was mit Morel passierte, ist eine weitere Folge des Holocaust."
Gerhard Gruschka, der ehemalige Reichsdeutsche, der sein ganzes Erwachsenenleben in der Bundesrepublik verbrachte, hat Mitte Oktober in den ziegelroten Pfosten des Tors von Swietochlowice einen kleinen Gedenkstein eingemauert. Jozef Malik, der Volksdeutsche aus Rybnik, der zeit seines Lebens in Polen blieb, stellte fast zur gleichen Zeit ein 2,70 Meter großes Holzkreuz auf dem Friedhof neben dem Lager auf. Viele Unbekannte legten zu Allerseelen hier und dort Blumen nieder und zündeten Kerzen an: zum Gedenken an die Opfer der Opfer.
…<<

1994

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtet im Jahre 1994 in

seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...
1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<
Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...
Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.
Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<
USA: David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärt im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. …<<
Der schweizerische Theologe Martin Hohl-Wirz berichtet später über die Freimaurerei und die Weltpolitik (x910/…): >>**… 5.1.4. … Weltpolitik**
… Verschiedene Gruppen und Gesellschaften einflußreicher Persönlichkeiten, die auf höchster Ebene Einfluß auf die Weltpolitik nehmen, sollen mit der Freimaurerei in Verbindung stehen. So unter anderen der Club of Rome, die Trilaterale Kommission, der Council on Foreign Relations (CFR), die 'Bilderberger', die Round-table Gruppen, die B'nai B'rith sowie engere Kreise um die Familien Rothschild und Rockefeller.
Diese informellen Gruppen sollen hierarchisch, wie eine Pyramide, geordnet sein. Eine solche Pyramide ist, zusammen mit dem 'allsehenden Auge Gottes' und anderen FM-Symbolen, auf der US 1 $ Note abgebildet. Zur Weltfreimaurerei sollen rund 100 Organisationen gehören.
Im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Völkerverständigung steht auch der Einsatz für den Frieden. Die Zeitschrift 'Alpina' (Nr. 12, 1986, S. 298) nennt die folgenden Freimaurer, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden:
1902 Elie Ducommun (1833-1906), 1906 Theodore Roosevelt (1858-1919), 1911 Alfred Hermann Fried (1864-1921), 1913 Henri de la Fontaine (1854-1943), 1920 Léon Victor Auguste Bourgeois (1851-1925), 1926 Gustav Stresemann (1878-1929), 1929 Frank B. Kellogg (1856-1937), 1935 Carl von Ossietzky (1889-1938), 1953 George C. Marshall (1880 1959). Der 'Marshall Plan' hat nach dem zweiten Weltkrieg bekanntlich wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und damit Europas beigetragen.
In der FM-Literatur nicht genannt ist, möglicherweise weil er der Schwedischen Lehrart ange-

hörte: 1930 Nathan Söderblom (1866-1931), Mitbegründer der ökumenischen Bewegung.

5.2. Einfluß in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik

Der Einfluß der Freimaurerei auf die Arbeitsethik in den westlichen, protestantischen Ländern scheint mir außerordentlich groß aber unabschätzbar zu sein. Die Konzentration auf das Diesseits, auf 'Taten statt Worte', und die Pflege eines 'Kultes der Arbeit' haben sicher den 'Geist des Kapitalismus' stark geprägt. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden dem Herrschaftsbereich der Kirchen entzogen, verselbständigt und von jeglicher religiösen Auseinandersetzung 'befreit', 'neutralisiert'. Sie sollten ihrerseits Maßstab für Sinn, Wahrheit und Erfolg werden.

Das Kirchliche, Religiöse wird stark relativiert, aus der Alltagswirklichkeit verbannt, und bekommt seine Geltung höchstens noch am Sonntagvormittag. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sind scheinbar 'wertfrei', über jede geistige Auseinandersetzung erhaben. Die Hauptaufmerksamkeit gilt nicht nur dem diesseitigen Tun, sondern auch dem Erleben aller Art, dem Beschaffen und Konsumieren von Erlebnissen. Diese heutige Realität atmet wohl eindeutig und deutlich auch den Geist der Freimaurerei.

Die Freimaurerei erhebt denn auch den Anspruch, in dieser Welt der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Orientierung zu ermöglichen. "Die Freimaurerei entwickelt die ethischen Normen, die Wissenschaft und Technik erst zu Werkzeugen des Menschen statt zur Gefahr der Menschlichkeit machen."

5.2.1. Die Eroberung der Welt

Wir haben gesehen, daß der freimaurerische Arbeitsraum eine diesseitige, dem Menschen zugängliche Welt (bzw. Welten) symbolisiert, in der sich der Mensch nach seinen Maßstäben orientiert: Nach Osten und Westen, Norden und Süden, nach Sonne, Mond und Sternen sowie nach anderen Menschen (Meister vom Stuhl) richtet sich der Blick, die Aufmerksamkeit, die Orientierung.

Die folgenden Namen zeigen, daß erstaunlich viele derjenigen, die das Diesseits erobern wollten, Freimaurer waren. Dazu sollen auch die Abenteurer aller Art gezählt werden. Freimaurer waren die Arktisforscher Ronald Amundsen und Robert F. Scott. Der Antarktisforscher Admiral Richard E. Byrd gründete zusammen mit 60 von 85 Teilnehmern einer Expedition 1935 die 'Antarctic Loge No. 777'. Der Erfinder des Heißluftballons, Jacques Etienne Mongolfier, sowie der Flugpionier Charles August Lindbergh besuchten eine Loge.

Von den amerikanischen Astronauten waren die folgenden sicher Freimaurer: L. G. Cooper jun., John H. Glenn, Grissom, Eisele, Aldrin, Stafford, Schirra. Eroberer von altertümlichen Schätzen war der bekannte deutsche Altertumsforscher und Kaufmann Heinrich Schliemann (1822-1890), der u.a. Troja entdeckte.

Wesentlich wichtiger und einflußreicher als die realen Abenteurer sind die phantastischen Abenteuer der Helden freimaurerischer Schriftsteller und Filmemacher, auf die wir noch zu sprechen kommen werden (von Goethes Faust und Peter Schlemihl bis z.B. zu Gullivers Reisen, Tom Sawyer und Huckleberry Finn, Sherlock Holmes, Ben Hur, Kiplings Dschungelkind Mowgly, Micky Maus & Co., die Filmhelden von Charlie Chaplin und viele andere mehr).

5.2.2. Wer steuert die Wirtschaft?

In Verschwörungstheorien erscheinen die Freimaurer oft als die geheimen Drahtzieher des wirtschaftlichen Geschehens. Hitler pflegte in diesem Zusammenhang die Freimaurer in einem Atemzug mit den Juden zu nennen. Aus unserer Sicht sind es natürlich sicher nicht die Freimaurer, die die Welt regieren. Hinter allem Geschehen stehen geistige Mächte, und der Mensch meint höchstens, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst gestalten und kontrollieren zu können.

Ein solcher Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen selbst zu gestalten, sind die sogenannten 'Service Clubs' (Rotary, Lions, Kiwanis u.a.m.), von denen die meisten erwiesenermaßen

mit der Freimaurerei in einem direkten Zusammenhang stehen.
Sie gelten auch als ein Missionsfeld der Freimaurerei, indem bei Leuten, die in diesen Klubs noch nicht die wichtigen und richtigen Kontakte haben anknüpfen können, inoffiziell die Erwartung geweckt wird, bei den Freimaurern seien die wirklich einflußreichen 'Freunde' zu finden. "1905 rief der Hochgradfreimaurer Paul Harris in Chicago 'Rotary International' ins Leben, 1917 folgte in derselben Stadt Melvin Jones mit den 'Lions International'."
Böni verteidigt in seinem Artikel 'Rom und die Rotarier' die Rotarier vehement gegen einen 'Erlaß der katholischen Kirche gegen die Rotarier'. Er schreibt: "Freimaurer standen an der Wiege des Rotary-Klubs." Und es gibt "eine große Zahl von Rotariern, die zugleich Freimaurer sind." Die Rotarier haben ähnliche Ideale wie die Freimaurer. Im Gegensatz zu den Freimaurern ist aber die 'Erweiterung des Bekanntenkreises' ausdrückliches Ziel.
Beiden gemeinsam ist das Bekenntnis zu einem allgemeinen Menschentum unabhängig von Konfession, Religion und Parteizugehörigkeit sowie das Bestreben 'hitzige' geistige Auseinandersetzungen zu vermeiden.
"Politische und religiöse Gespräche von Partei gegen Partei oder Religion gegen Religion werden bei ihnen ebensowenig wie in unseren Logen gehalten." Ähnliches kann von den Mitgliedern des Lions Club (Liberty Intelligence Our Nations Safety) gesagt werden: Viele Lions sind zugleich Freimaurer. Melvin Jones (1880 1961), der Gründer des Lions Club, "war Mitglied der 'Garden City Lodge No. 141' in Chicago". Älter und heute wohl weniger einflußreich ist der 1803 in London gegründete Odd Fellow Orden, der noch direkter und offizieller mit der Freimaurerei verbunden ist. Dieser wollte (und will) eine 'Pflanzstätte der Menschlichkeit und der Wohltätigkeit' sein.
Von den in der Wirtschaft wirklich maßgebenden Personen und Firmengründern scheinen mir relativ wenige Freimaurer gewesen zu sein, bzw. zu sein. In der freimaurerischen Literatur werden die folgenden Firmengründer und Unternehmer genannt: Henry Ford (Autos), Charles C. Hilton (Hotels), John Jacob Astor (Hotels), Frank G. Hoover (Staubsauger), George Mortimer Pullman (Eisenbahn-Schlafwagen), Samuel Colt (Feuerwaffen), Pierre Samuel du Pont de Nemours (Chemie u.a.m.), Eberhard Faber (Schreibmaterial), King Camp Gillette (Rasierapparate), Anton Philipp Reclam (Verleger).
Die Rothschilds sollen seit 1809 den deutschen, französischen und englischen Logen angehören. In der Schweiz sind Jakob Rieter (Spinnereimaschinen) und Philippe Suchard (Schokolade) zu nennen.
Auch unter den wissenschaftlichen Ökonomen scheint es relativ wenige Freimaurer zu geben. Bekannt ist, daß der deutsche Volkswirt Friedrich List (1789-1846) Freimaurer war.

5.2.3. 'Humane' Wissenschaft und Technik

In der freimaurerischen Literatur werden auch sehr wenige Wissenschaftler und Techniker genannt, die Freimaurer waren oder sind. Erwähnenswert sind: Alexander Fleming, der Entdecker des Penicillins, der Zoologe Alfred Edmund Brehm ('Brehms Tierleben'), der Physiker Albert Abraham Michelson sowie verschiedene Ärzte. Der größte Teil der von Itor in dieser Rubrik genannten Personen sind Ärzte.
Von den Ärzten seien erwähnt: Christoph Wilhelm von Hufeland (1762-1836), Charles Richet (1850-1935), der 1913 den Nobelpreis für Medizin erhielt. Auffallend ist der relativ große Anteil der 'Alternativ-Mediziner': Freimaurer war der Arzt und Magnetiseur Anton Mesmer (1734-1815), "der Begründer des Mesmerismus, des animalischen Magnetismus und anderer Heilmethoden jenseits der Schulmedizin."
Der Begründer der Homöopathie, Christian Friedrich Samuel Hahnemann (1755-1843) war ebenfalls Freimaurer. Zu den Freimaurern gehörte auch der englische Arzt Bach, der die heute in esoterischen Kreisen berühmte und beliebte 'Bach-Blüten-Therapie' entwickelte. Der Psychoanalytiker Carl Gustav Jung war Sohn und Enkel führender schweizerischer Freimaurer".

5.3. Einfluß auf die Gesellschaft

Seit der Aufklärung entwickelt sich ein gesellschaftlicher Bereich als eine von Kirche und Staat unabhängige Lebenssphäre. Der Mensch 'emanzipiert' sich von kirchlicher und staatlicher Bevormundung und organisiert sich sein Gesellschafts- und Privatleben selbst. Er schafft sich seine eigenen Beziehungen und Vereine, wählt sich seine eigene Kirche und Religion aus, er erzieht und bildet sich selbst, er erdenkt und erdichtet sich seine eigenen Welten, und er sorgt für die eigene Unterhaltung.

Nicht zuletzt versichert er sich selbst und hilft er sich selbst bei allen Wechselfällen des Lebens. Freimaurer haben bei der Verselbständigung und Ausgestaltung dieses gesellschaftlichen Lebensbereiches wesentlich mitgewirkt. Der Mensch schafft sich die Regeln des Zusammenlebens selbst: Der Verfasser des Werkes 'Über den Umgang mit Menschen', Adolph Freiherr von Knigge (1752-1796) war Freimaurer.

5.3.1. Sozietäten und Vereine

Nach Im Hof ist die Freimaurerei ein Teil der 'umfassenden Sozietäts- oder Gesellschaftsbewegung', die im 18. Jahrhundert entstand und bis heute nachwirkt. Die wissenschaftlichen Akademien und gelehrten Gesellschaften, die literarischen Gesellschaften und Lesegesellschaften, die gemeinnützigen Gesellschaften, die ökonomisch landwirtschaftlichen Gesellschaften sowie die patriotisch politischen Gesellschaften wirkten als 'Beförderer von Reform und Aufklärung'. In ihnen wirkte ein humanitär liberal aufgeklärter Geist, der mit dem freimaurerischen Geist eng verwandt war.

"Ähnlich wie in vielen Sozietäten wurde der internationale Zusammenhang gepflegt. Schließlich war die Freimaurerei den Sozietäten gleich in der Betonung der Gleichheit innerhalb der Gesellschaft. Adelige und Bürgerschaft fanden sich hier auf gleichem Fuß als 'Brüder' einem höheren Ideal, dem Tempelbau, unterstellt." Sozietäten wie Freimaurer pflegten zudem die Geselligkeit und die Gemeinschaft, was auch für die heute blühenden Vereine gilt, die ebenfalls eine gemeinsame menschliche Aktivität (Turnen, Schießen, Wandern, Kegeln, Singen etc.) verbindet.

Die Gesellschaften standen miteinander in Beziehung, und es gab stets viele Doppel- und Mehrfachmitglieder. "Darum finden wir Freimaurer stets und oft führend in verschiedenen Sozietäten. Man war oft nicht nur Mitglied einer Loge, sondern auch der lokalen gemeinnützigen, literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaft." "Zum Beispiel sind in der Helvetischen Gesellschaft mindestens 22 Freimaurer nachweisbar, darunter drei Präsidenten der Gesellschaft."

5.3.2. Schule, Erziehung, Pfadfinderbewegung

Wir haben bereits gesehen, daß die 'Selbsterziehung' und die 'Beförderung des sittlichen Lebens' zu den Hauptanliegen der Freimaurer gehören. Die 'Erziehung des Menschengeschlechtes' (Lessing) soll vor keiner Kategorie von Menschen Halt machen. Stets waren wohl viele Erzieher und Lehrer Freimaurer.

Der Schweizer Pädagoge Heinrich Pestalozzi war nicht Freimaurer, aber Illuminat. Der Orden der Illuminaten war mit der Freimaurerei geistig und personell eng verbunden. Sie wollten politisch aktiver … und "klarer als die Freimaurerei, für Aufklärung und Moral wirksam sein … Pestalozzi - eines der wenigen Schweizer Mitglieder - hatte den Namen Alfred."

Die internationale Pfadfinderbewegung ist eindeutig auf freimaurerischem Boden entstanden und gewachsen. "Das Pfadfindertum ist freimaurerischen Ursprungs. Sein Gründer, Sir Baden Powell, war ein bedeutender Freimaurer." Für Rothkrantz ist die "internationale Pfadfinderkonföderation nachweislich ein Logeninstrument."

5.3.3. Wohltätigkeit und Religion

Wir haben gesehen, daß die Freimaurerei eine sittliche Bewegung sein will, die Nächstenliebe nicht nur predigt, sondern auch praktiziert. Ihre 'Religion' ist die sittliche Tat nicht nur den

Brüdern, sondern auch den 'Profanen' gegenüber. "Da alle Freimaurer Brüder sind, müssen sie einander helfen und sich gegenseitig Beistand leisten, wenn dies notwendig ist. Das ist ein Grundsatz, den fast sämtliche Obödienzien mit fast den gleichen Worten in ihren Statuten und Gelöbnissen formulieren. Die elementarste Form der Anwendung dieses Prinzips ist die freimaurerische Wohltätigkeit.
Jede Loge der französischen Obödienzien besitzt ihren Bruder Almosenier, dessen Kasse getrennt von jener des Bruders Kassiers geführt wird, und jede Obödienz hat ihren Groß Almosenier … Es gibt darüber hinaus Waisenhäuser und Spitäler, die von Freimaurern unterhalten werden, und das Wohltätigkeitsbudget vor allem der angelsächsischen Freimaurerei ist gewaltig."
Die Freimaurerei bot eine Form von Sozialversicherung an, was besonders zu Zeiten, als es noch keine staatliche Sozialversicherung gab, ein wichtiger Grund für ihre Attraktivität gewesen sein mochte. Der Freimaurer fühlte sich durch die Solidarität der Brüder gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Unfall etc. versichert.
In der Schweiz "ist z.B. der 'Verein zur Verbreitung guter Schriften' eine Freimaurer Gründung. Ebenso sind es verschiedene Brockenhäuser, Wohltätigkeitsvereinigungen, Altersheime, Armen und Krankenkassen usw."
Freimaurerischer Geist weht wohl durch weitere, auch internationale, Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen der verschiedensten Art. So zum Beispiel entstand das 'erste Pestalozzi Kinderdorf Europas' in Trogen zur Zeit, als der Trogener Pfarrer J. Böni Großmeister der Schweizer Großloge 'Alpina' war.
Nach Deiters und Naudon war der Gründer des Roten Kreuzes Henri Dunant (1828-1910) ein Freimaurer. In der freimaurerischen Literatur selbst wird er jedoch nicht aufgeführt. (Nach Dr. Gabriel Mützenberg hat man bis heute kein Dokument gefunden, das die Zugehörigkeit Dunants zu einer Freimaurerloge beweisen würde).
Böni empfiehlt in seinem Aufsatz *'Moralische Aufrüstung und Freimaurerei'* seinen Brüdern, bei der Moralischen Aufrüstung mitzumachen. Es bestünde eine 'Geistesverwandtschaft', und es gebe viele Berührungspunkte. "Beide verfolgen das Ziel einer besseren Menschheit, und beide stehen außerhalb des konfessionellen Streites. Wir können viele weitere Berührungspunkte finden, wenn wir auf die Grundsätze schauen."
Ökumene: Der Geist der Ökumene steht dem der Freimaurerei sehr nahe. Der Mitbegründer der ökumenischen Bewegung Nathan Söderblom (1866-1931) soll Hochgradfreimaurer gewesen sein, ebenso Willem Adolph Visser't Hooft, der 1948-1966 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen war. Carl Friedrich von Weizsäcker soll Hochgradfreimaurer des 33. Grades sein.
Noch eine Bemerkung zum Thema Religion: Eine Zeitschrift der amerikanischen Freimaurer trägt den Titel 'The New Age'. Die zum 'Lucis Trust' in Genf gehörende 'Arkanschule' soll von Freimaurern geleitet sein und sich als 'magnetisches Zentrum' der Freimaurerei betrachten.

5.3.4. Philosophen, Dichter, Schriftsteller

Auffallend viele bekannte Philosophen, Schriftsteller und Dichter waren Freimaurer. Bekannt ist die Mitgliedschaft bei den deutschen Idealisten und Klassikern wie J. W. Goethe, G. E. Lessing, J. G. Herder, J. G. Fichte, C. M. Wieland, E. von Kleist, F. G. Klopstock, Matthias Claudius. Dazu kommen Autoren wie Adalbert von Chamisso, Heinrich Heine, Georg Büchner, G. A. Bürger, Friedrich Rückert, Johann Heinrich Voss, Ferdinand Freiligrath, Felix Salten, Kurt Tucholsky.
Im französischen Sprachbereich sind neben den genannten Montesquieu und Voltaire zu erwähnen: Alexandre Dumas, Stendhal (Henry Beyle), Victor Hugo. Freimaurer war auch der russische Dichter A. S. Puschkin. Aus dem angelsächsischen Kulturbereich sind zu nennen: Sir Arthur Conan Doyle, Robert Burns, Walter L. Scott, Jonathan Swift, Oscar Wilde, Lau-

rence Sterne, Rudyard Kipling, Mark Twain, Lewis Wallace.

5.3.5. Unterhalter; Musiker und andere Künstler

Sehr viele bekannte Musiker, nicht nur Klassiker, sondern zum Beispiel auch Jazz-Musiker, waren Freimaurer. Folgende Namen sind bekannt: Johann Nepomuk Hummel, Leopold Mozart, Wolfgang Amadeus Mozart (Die 'Zauberflöte' gilt als das klassische Werk der Freimaurerei.), Franz Joseph Haydn, Jean Sibelius, Giacomo Puccini, Jean Philippe Rameau, Johann Christian Bach, Gustav Albert Lorzing, Louis Spohr, Giacomo Meyerbeer, Franz Liszt, George Gershwin, Duke Ellington.

In der amerikanischen Film- und Unterhaltungsbranche sind die Freimaurer auffallend stark vertreten. So gehörten zu den ersten und bedeutendsten amerikanischen Filmproduzenten die Freimaurer Cecil B. de Mille und Jack M. Warner. Logenmitglieder waren auch die folgenden US-Filmschauspieler und Komiker: Oliver Hardy, Harold Lloyd, Red Skelton, Clark Gable. Einen unschätzbar großen, weltweiten Einfluß übten die Filmproduzenten und Künstler Walt Disney (1901 1966) und Charles S. Chaplin (1889-1977) aus.

Die amerikanischen Zirkuskönige 'The Ringling Brothers' waren Freimaurer, ebenso der zu seiner Zeit bekannte Schweizer Clown Adrian Wettach ('Grock'). …<<

1995

> Wer beginnt mit Lügen, endet mit Betrügen.
> *Sprichwort aus Deutschland*

01.01.1995

Belgien: Finnland, Österreich und Schweden treten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßt jetzt 15 Mitglieder.

24.01.1995

BRD: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet** ...

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 berichtet später (x853/...):
>>**Das Kainszeichen für die Deutschen?**
Der bekannte deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn hat zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer großen deutschen Tageszeitung (FAZ v. 24.1.95, S. 8) einen Beitrag geschrieben, in dem er davon spricht, daß die Deutschen, auch die Nachgeborenen natürlich, das Kainszeichen von Auschwitz trügen. Ein schwergewichtiges Wort!
Ein jeder kennt aus der Bibel die Geschichte des Brudermörders, der von Gott zwar das bekannte Kainsmal bekam, an dem sich aber niemand vergreifen durfte, weil das Kainsmal gleichzeitig einen Schutz bedeutete und Gott sich Strafen ausdrücklich selber vorbehielt.
Über Auschwitz ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll nicht die Frage nach den Umständen der Ermordung der Juden erneut erörtert werden, auch nicht die Frage nach der Zahl der dort Umgekommenen, die Wolffsohn als Historiker gegenüber früheren Feststellungen mit "nur" 1,4 Millionen angibt. Das alles soll hier beiseite bleiben. Gefragt werden soll hier nur, ob Wolffsohn berechtigt ist, den Deutschen das Kainszeichen einzubrennen oder nicht.
Wie bekannt war das Kainszeichen ein Zeichen Gottes, das nur er gegeben hat und geben durfte und kein Mensch. Wolffsohn, so scheint es, tut auch sich selbst und den Juden nichts Gutes an, wenn er den Deutschen das Kainsmal auferlegen will, das Gott, der ja nicht nur der Gott der Juden, sondern auch der Christen ist, Kain auferlegt hat. Es steht nicht in seiner Macht, Taten Gottes nachzuahmen.
Das grenzt an Blasphemie und ist eine Hybris dazu, die der von Hitler und Stalin ähnelt, weil sie Gott in beiden Religionen heruntersetzt, zumal Wolffsohn die Schutzfunktion des Kainszeichens geflissentlich oder bewußt übersieht. Damit wird dieses Zeichen nicht zu einem Zeichen der Vergebung, als das es ja von Gott auch gesehen wurde, sondern nur zu einem Straf- und sogar zu einem Racheakt.
Es steht dem Menschen einfach nicht zu, von sich aus Gottes Handeln anderen aufzuerlegen, wenn Gott nicht entthront und damit vermenschlicht werden soll. Dieser Versuch muß gerade bei der jungen Generation, die ohnehin mit Gott, Glaube und Religion ihre Mühe hat, auf Unverständnis stoßen und muß sie weiter dem gemeinsamen Gott entfremden, ganz besonders dann, wenn Menschen sich erdreisten, an Stelle Gottes fragwürdige Ersatzhandlungen anderen aufzuerlegen. Die junge Generation muß denken, was das wohl für ein Gott sei, der sich von Menschen zu solchem anstiften läßt.
Nein, was in der Bibel steht, muß biblisch bleiben, kann nicht willkürlich von Menschen wiederholt werden, auch nicht in fragwürdigen wissenschaftlichen Studien, die so schön mit der deutschen und jüdischen Identität begründet werden, ein Allerweltswort, das in dem modernen psychologischen Trend mißbraucht wird und daher kaum zu einer Klärung beitragen kann. Ob nicht Kain durch das Kainszeichen seine wirkliche Identität gefunden hat?
Aber noch einmal, kein Mensch kann das wiederholen, jeder Täter muß mit Gott selbst ins Reine kommen, auch seine Kinder und Kindeskinder können das für ihn selbst nicht stellvertretend tun. Das ist die christliche Botschaft der Liebe und nicht der Rache. Hier scheint es freilich einen Unterschied zwischen dem jüdischen und dem christlichen Gott zu geben. Oder ist das nur der Unterschied zwischen Gott und Michael Wolffsohn?<<
28.01.1995
Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Januar 1995: >>... **Polen und Juden in Auschwitz – eine schwierige Beziehung zwischen Opfern**
Manche Zuhörer registrieren, das Walesa - wie schon tags zuvor in der jagiellonischen Universität in Krakau - jeden Hinweis auf die jüdischen Opfer des Holocaust vermeidet. Das hebt er sich für die folgende Gedenkfeier in Birkenau auf. Da spricht er aber auch nur an einer Stelle von der "Vernichtung der Juden und Roma", die Hitler auch für andere Völker vorbereitet

habe – "besonders für die Polen". Auschwitz sei keine Ausnahme: "Die Welt ist voller solch trauriger Orte."
In Krakau sprach Walesa von den polnischen Professoren der Universität, die zu Anfang der deutschen Besatzung ermordet worden waren, er sprach von Auschwitz als einer Todesfabrik des Völkermords. Er sagte Völkermord, nicht Holocaust, und er erwähnte die Herkunft der Opfer nicht.
Der Stuhl Elie Wiesels, des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Auschwitz-Häftlings blieb leer. Wiesel sprach dafür in Birkenau bei der inoffiziellen Feier der jüdischen Organisationen, die von Vertretern der jüdischen Minderheit in Polen organisiert worden war.
... Es war ... auch ein bißchen die Genugtuung, nicht zugelassen zu haben, das Andenken an Auschwitz vereinnahmen zu lassen. Den Vorwurf der Vereinnahmung hatten jüdische Vertreter aus den USA und der Bundesrepublik an die polnischen Organisatoren gerichtet, schon im Vorfeld der Feiern. Deshalb war die jüdische Andacht in Birkenau außerhalb des offiziellen Programms schließlich zustande gekommen.
Die beiderseitigen Empfindlichkeiten zwischen Juden und Polen sorgten immer wieder für Zwischentöne in fast allen Feierlichkeiten - durch die Nuancen, die dabei immer wieder deutlich wurden. Mehrmals wiesen jüdische Vertreter darauf hin, Auschwitz sei Vernichtungslager vor allem für Juden gewesen, 90 Prozent der Opfer seien Juden gewesen.
Fast ebenso oft wies Walesa darauf hin, das Lager liege in Polen, sei aber "nicht von polnischen Händen erbaut worden." Tief sitzt die Furcht vieler Juden, die Polen könnten sich Auschwitz als Symbol des Holocausts "aneignen". Ebenso tief sitzt die Furcht der Polen, mit Auschwitz auf die Täterseite gesetzt zu werden. Beide Ängste, auch das zeigten die Feiern, sind durchaus begründet.
Jüngste Umfragen in Polen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit Auschwitz in erster Linie mit dem Massenmord an den europäischen Juden in Zusammenhang bringt, fast die Hälfte der Befragten bezeichnet es dagegen als Symbol des Völkermords an den Polen.
Schewach Weiss, Vorsitzender des israelischen Parlaments, der Knesset, erklärte in einem Interview mit der "Gazeta Wiborcza", viele Juden sähen in den Polen vor allem die Helfer der SS und Antisemiten. Daß 40 Prozent der von Israel mit dem Ehrentitel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichneten Menschen aus Polen stammten, spiele dabei keine wesentliche Rolle.
Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der Polen (wie neueste Umfragen belegen) das Lager Auschwitz in erster Linie mit dem Holocaust an den Juden verbinden, ist allerdings kein "Erfolg" katholischer Vereinnahmung. Denn schließlich haben Polens Kommunisten 40 Jahre lang den Völkermord für Polen vereinnahmt. Wie in der Sowjetunion nicht von jüdischen Opfern, sondern von den ermordeten "Sowjetmenschen" ohne Angabe der Nationalität die Rede war, so war in Polen neutral von "Völkermordopfern" die Rede. ...<<

30.01.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Januar 1995: >>**Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld**
... Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen) ... Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 30. Januar 1995: >>**Bubis nennt Polen antisemitisch**
... Auch am Wochenende nach der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben jüdische Organisationen den polnischen Veranstaltern schwere Vorwürfe gemacht.

Von "unterschwelligem Antisemitismus" bei der Warschauer Staatsführung sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, am Sonntag im Hessischen Rundfunk. ...<<

Januar 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12/1 – 1994/95 (x853/...): >>**Welch ein Jahrhundert!**

1. Den 8. Mai 1945 verbrachte ich in englischer Gefangenschaft bei Eutin in Schleswig-Holstein. An dies Datum der Gesamtkapitulation der Wehrmacht wird jetzt vielfach erinnert. Eigene Erlebnisse können eine Besinnung verlebendigen. Am 2. Mai 1945 war ich in die gerade britisch besetzte Stadt Lübeck - nachdem ich mich abenteuerlich von Swinemünde über Stralsund, Rostock, Wismar/Bad Kleinen mit sehr viel Glück hatte durchschlagen können - bewußt hineingefahren. Es ging dabei um Tage, ja um Stunden, um den rasch in Mecklenburg vordringenden Sowjetrussen zu entkommen.

Wer nicht schnell genug am I. und 2. Mai war, kam in deren Gefangenschaft oder in die der Amerikaner die damals in Nord-, Mittel- und Süddeutschland hunderttausende deutsche Kriegsgefangene an die Rote Armee auslieferten. Dieser Art "Befreiung" konnten wir entgehen. Bald wirkten sich die Unterschiedlichkeit der Kriegsziele der "Alliierten", die gar nicht so latenten Divergenzen der Anti-Hitler-Deutschland-Koalition, der unvermeidliche Zusammenstoß der Stalinschen Weltbeherrschungsstrategien mit den westlichen Kräften (Roosevelt war gerade gestorben) besonders in Deutschland aus. Der "Eiserne Vorhang" ging mitten durch Deutschland nieder Der "Kalte Krieg" begann.

2. Im Gefangenenlager gab es Gespräche: was wird nun in Deutschland? Welche Personen, Institutionen haben (noch) Autorität, können einen guten Neuanfang in die Hand nehmen? Mir schien - mit anderen - die Rolle der Kirche jetzt providentiell. Sie hatte - vom Papst, über die Bischöfe und Priester, bis zu den Gläubigen - sich bewährt, ja widerstanden.

Jeder zweite Priester war mit der Gestapo aneinandergeraten, hunderte waren im KZ umgekommen, die Katholiken hatten ganz mehrheitlich Hitler nicht gewählt, waren vielmehr - gut geschult in der geistigen Auseinandersetzung mit den Ideologien des Kommunismus und dem sozialdarwinistischen Nationalsozialismus - immunisiert und durch ein intaktes religiöses Leben gefestigt. Die Glaubwürdigkeit der Kirche war 1945 groß. Der häufig erbetene "Persilschein" eines Pfarrers galt etwas. Die Institution hatte sich im Kern durchretten können.

Furchtbaren Verlusten, Völkerrechts- und Kirchenrechtswidrigen Vertreibungen stand diese Tatsache gegenüber. Die besonders kirchlich geförderte und bewerkstelligte Integration von 12 Millionen Vertriebenen belegt diese insofern noch glückliche Konstellation.

Was die berechtigten Erwartungen an die Kirche 1945 anlangt, wurden sie also zunächst einigermaßen erfüllt. Sie war und blieb religiös-geistige Heimat; sie half - jedenfalls im Großen und Ganzen - in dieser schicksalhaften Notlage. Die Kirchen waren voll.

3. Als Katastrophenjahr für die Kirche stellte sich dann erst richtig das Jahr 1968, das Jahr der Kulturrevolution heraus, die voll in die Kirche durchschlug und einen - intern induzierten - Massenabfall ohne äußere Not und ohnegleichen bewirkte. Allerdings war das nicht so ganz ohne Vorgeschichte. Merkwürdig mutete schon an, daß man das einst blühende katholische Verbandswesen, das in nationalsozialistischer Zeit behindert, verboten, zerstört worden war, nach dem Krieg nicht so recht mehr wiederaufbauen wollte.

Das katholische Schulwesen, von Gläubigen in den dreißiger Jahren mutig verteidigt, dennoch großenteils kaputtgemacht, konnte nach 1945 zwar wieder aufgebaut werden, geriet indes bald unter die Räder jenes eigentümlich dem Katholischen abträglichen "ökumenischen" Einheitsstrebens, das jene Güter, für die katholische Christen gerade noch unter Gefahren gekämpft hatten, nun ohne Not beinahe kampflos preiszugeben bereit war: z.B. katholische Schulen und

katholische Pädagogische Hochschulen.
Es sei hier auch an Tendenzen in der Theologie, z.B. jene, die Pius XII. in "Humani generis" verurteilte, erinnert, gewisse Bestrebungen in der liturgischen Bewegung erwähnt, bei denen rerum novarum cupidi in verstörender Weise zu Werke gingen. Und da sind wir dann rasch auf allgemeinere geistesgeschichtliche Zusammenhänge verwiesen, die eine Besinnung, über die letzten 50 Jahre hinaus, in die Philosophie- und Ideologiegeschichte dieses Jahrhunderts ausweiten.
4. "Wen die konkreten praktisch-politischen Probleme unserer Zeit bedrängen, der muß mit Staunen feststellen, wie vollständig (fast) sie bei Scheler schon ins Auge gefaßt und behandelt worden sind. Man erlebt unmittelbar die Einheitlichkeit der Grundgestalt unseres jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts, wie sie schon an dessen Anfang dem dafür sensiblen Geist spürbar war. Das erweisen Schelers Ausführungen. Des weiteren erstaunt, wieviel Scheler zur Situation seiner (und also auch weitgehend unserer) Zeit zu sagen hat, das problemaufschließend auch für uns heute ist.
Das erste bezeugt die persönliche Sensibilität und Herzensweite seiner Person - es erinnert an das, was er selbst über die aufschließende Kraft der Liebe und der liebenden Anteilnahme als Grundakt menschlicher Existenz aufgezeigt und ausgeführt hat. Eine Persönlichkeit wie Scheler, so empfindet man oder so empfand wenigstens ich, vermissen wir heute.
Dazu kommt aber nun das zweite: die problemaufschließende Fähigkeit. Sie und die damit verbundene geistige Vertiefung und Horizonterweiterung verdankt Scheler zweifellos in einem zentralen Kern der um die Jahrhundertwende zum Durchbruch gekommenen Phänomenologie, zu deren Mitbegründern und ersten Vertretern er zu zählen ist."
(Eberhard Ave-Lallemant, Die Aktualität von Schelers Politischer Philosophie, in: Phänomenologische Forschungen Bd. 28/29, Verlag Karl Alber Freiburg/München 1994, S. 116-163, hier S. 117 ff.).
"Daß uns dieser durchaus standhaltende Geist in unserer weithin so resignativen Zeit ermutigen kann, darin sehe ich eine wichtige Seite der Aktualität des Werkes von Scheler. Das Aufnehmen dieses Impulses erlaubt uns auch ein Anknüpfen an unsere kulturelle Identität, die in und durch Europa und vor allem Deutschland durch die politischen Umbrüche bis heute nachhaltig gestört ist" (ebenda S. 124).
5. Schelers Personenlehre ermöglichte ihm, auch Formen von sogenannten Gesamtpersonen zu erkennen und zu umschreiben: Kirche, Kulturkreis und Nation. In dem zitierten, vorzüglichen Artikel wird die Fruchtbarkeit der Schelerschen Aufweisungen im Hinblick auf Nationalbewußtsein, 'Vergangenheitsbewältigung', Realpolitik und Solidaritätsforderung dargestellt. Welche Bedeutung für die geistige Reinigung und die sittliche Erneuerung Deutschlands - nach der Urkatastrophe des ersten und dem Kampf um Europa im und nach dem zweiten Weltkrieg - Aussagen Schelers haben können, sei belegt durch seine exemplarische Abhandlung 'Reue und Wiedergeburt' aus dem Schicksalsjahr 1917.
Hier ist nach Scheler zu sehen, daß existentielle Phänomene, wie Schuld, Scham, Reue, Würde, Stolz wie im personalen so auch im gesamtpersonalen Zentrum gelten. Mag es bei anderen Völkern einen manchmal naiven Stolz, eine alles dabei Störende grundsätzlich verdrängende Selbstverklärung (Frankreich, Italien, Polen, England, USA), mag es ein ganz natürliches sich zugehörig fühlen geben, wir Deutsche stehen hier in einem teilweise bewußt herbeigeführten Defizit, bis zur ideologie-politisch instrumentalisierten kollektiven Neurose, bis zu einer Art Selbsthaß.
Welche klärende heilende Kraft hier die Schelerschen Aufweise haben und entwickeln können, liegt auf der Hand. Wenn Scheler seine Untersuchung von 1916/17 über 'Die Ursachen des Deutschenhasses'. Eine nationalpädagogische Erörterung nennt, ist man wirklich erstaunt über eine das Jahrhundert durchziehende, in der Tiefe existentielle, gesamtpersonale Erschei-

nung.
6. Aber auch die in Verstörung, Uneinigkeit, mangelnde oder selektive Identifizierung, Entheimatung, Selbstsäkularisierung in Kult und Verkündigung geratene Kirche könnte von Schelers und übrigens auch Guardinis Erkenntnissen und Anreden Hilfen erfahren.
Wenn der Papst angeregt hat, die Kirche solle am Ende des Jahrhunderts eigene Schuld sehen und sich in Scham und Reue davon lösen, wäre dies - abseits der … Instrumentalisierung - ein Königsweg zur Wiedergeburt. Das würde für Haupt und Glieder gelten. Und manches sehr Peinliche müßte zur Sprache kommen. Vor Einseitigkeiten und oberflächlichen Banalisierungen könnten bei solchem heiklen, herben Unterfangen die Schelerschen Unterscheidungen … bewahren. Z.B. vor jener Art von Selbstbezichtigungen, die eine günstigere Position für umfassende Toleranzdialoge und großökumenische Einheitsumarmungen herstellen will.
Aber die Phänomenologie ist noch für Umfassenderes offen. Aus Gesprächen Edmund Husserls aus den letzten Lebensjahren (mit der Benediktinerin Adelgundis Jägerschmidt) sei wiedergegeben: "Er wisse, daß gerade meine Phänomenologie, und nur sie, die Philosophie ist, die die Kirche brauchen kann, weil sie mit dem Thomismus zusammenführt und die thomistische Philosophie weiterführt." ...
"Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß meine Philosophie, die Phänomenologie, nichts anderes als ein Weg, eine Methode sein will, um Menschen, die eben gerade vom Christentum und von den christlichen Kirchen abgerückt sind, wieder den Rückweg zu Gott zu zeigen." (Edmund Husserl zu Metaphysik und Religion, von Eberhard Ave-Lallemant, in: Hans-Martin Gerlach/Hans Rainer Sepp (Hrsg.), Husserl in Halle - Spurensuche im Anfang der Phänomenologie, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften 1994, S. 85-108, hier: S. 106).
Bedeutende Geistesgestalten haben diesen Aufbruch weitergeführt:
Alexander Pfänder, Adolf Reinach, Dietrich von Hildebrand, Balduin Schwarz, Hedwig Conrad-Martius, Edith Stein, Hans-Eduard Hengstenberg, Walter Hoeres, Josef Seifert u.a.m. Leider sind ihre Ansätze für das Konzil und danach kaum fruchtbar gemacht worden. Andere hatten sich vorgedrängt, wurden herangezogen.
7. Die Glaubwürdigkeit der Kirche im Zusammenbruch 1945 verdankt sie auch ihren Zeugen. Die abgründige Gemeinheit, die brutale Rechtsbeugung im nationalsozialistischen Regime war mir am Schicksal von 3 mir bekannten Priestern 1945 noch ganz nahe.
Prälat Carl Lampert, P. Friedrich Lorenz OMI, Kaplan Herbert Simoleit, in Stettin im Kriege lebend und wirkend, wurden nach Spitzelzeugnis verurteilt und am 13. November 1944 in Halle/Saale durch Enthauptung hingerichtet.
P. Lorenz schrieb in seinem schlichten Testament: "Blut ist geflossen am Kreuze, Blut fließt auf unseren Altären als Erneuerung des Kreuzesopfers. Mit diesem Blut vereinigt sich mein Tröpflein Blut zur Anbetung, Ehre und Verherrlichung Gottes."
In der Stettiner Propsteikirche, wo diese drei Priester gewirkt hatten, wurde jetzt, genau 50 Jahre später, von Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin, und Erzbischof Marian Przykucici, zusammen mit ca. 1.500 Pilgern aus Berlin, eine Gedenktafel enthüllt.
Und als ob die Hölle sich auftat, waren im Mai 1945 gerade jene fürchterlich entfesselten Plünderungen, Morde, viehischen reihenweisen Schändungen, ein beispiellos verwüstender, brandschatzender, oft alkoholisierter Vandalismus über die gepflegten deutschen Ostprovinzen hereingebrochen. Dies übrigens ein Hauptmotiv für den verbissenen Kampf der Soldaten bis zum Ende, um noch Millionen - meist über die Ostsee - retten zu können.
8. Unter solchen ganz außerordentlichen Widerfahrnissen stand die Zeit für uns vor 50 Jahren. Welch ein Jahrhundert! Und wieviele Kriege seit 1945 und auch jetzt noch! Als ob die Orientierungslosigkeit, die große Verwirrung - bis in die Sprache -, die verbreitete Ratlosigkeit, auch nach dem Zusammenbruch des wohl mörderischsten Regimes der Weltgeschichte, der "Schande des Jahrhunderts" (Josef Ratzinger) sich noch steigere. Muß die Kirche nicht alle

ihre ureigenen Kräfte, und die vor allem, zusammennehmen, um der "Forderung der Stunde" (Goethe) zu entsprechen?
Wenn verführter, mißbrauchter, schlecht geführter, ausgebeuteter Idealismus und die tiefen Verletzungen Irregeführter und Belogener ein Stigma dieses Jahrhunderts sind, wäre angebracht, daß auch die Kirche aus diesen für manche immer noch schmerzenden Erfahrungen lernt: klare, wahrhaftige Rede, keine Leerformeln, Zeitgeistanpassungen strikt meiden, gegenüber flachen Kurzzeit-Euphorien, gewolltem Optimismus, zweckhaftem Defaitismus geistlich nüchtern sein, im Zentrum des Glaubens und Lebens bleiben.
Das hilft unterscheiden, wirkt ideologiekritisch. Im übrigen werden wir aufzuräumen haben, was die bösen Geister dieses Jahrhunderts an Trümmern und Wracks ständig hinterlassen.
Dankbar für alles, was uns hindurchgetragen hat, bewegt von der unfaßbaren Geduld des Allheiligen mit unserem Volk, das darin wieder erstarken kann, mit seiner Kirche, die wieder aus tiefer Entfremdung zu sich, d.h. zu ihrem Herrn, wie sie ihn immer verstanden und geglaubt hat, finden kann.<<

01.02.1995

Belgien: Die Assoziationsabkommen mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik treten am 1. Februar 1995 in Kraft.

05.02.1995

BRD: Erzbischof Johannes Diba beklagt im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/116,119): >>Wenn immer wir solch unseliger Geschichtstatsachen gedenken, sollten wir uns nicht damit begnügen, unseren Vorfahren an die Brust zu schlagen, sondern unsere eigene Zeit und unser eigenes Tun im Licht dieser Zeit und Erfahrungen bedenken.
Nicht für das, was vor 500 Jahren in Amerika oder vor 50 Jahren in Auschwitz geschah, werden wir einmal zur Rechenschaft gezogen, sondern für das, was wir heute an Unrecht zulassen. Man hat manchmal den Eindruck, daß unser Schuldbewußtsein um so undeutlicher wird, je näher die Schuld an uns heranreicht. ...<<
>>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

10.02.1995

BRD: Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtet am 10. Februar 1995 in einer Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/1-18):

>>**I. Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.
Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigun-

gen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind.
Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben? Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschuldbar spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?
Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.
Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema "Vertreibung in Film und Literatur" enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" in folgendem Auszug veröffentlichte:
"Man fragt sich unwillkürlich, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes Echo gefunden hat.
Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen – wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?"
Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Namen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – seit dem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden.
Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40.000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschluß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnte.
Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht.
Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu ver-

antwortende Fernsehsendung "Das deutsche Nachkriegswunder, Leid und Leistung der Vertriebenen" genannt werden. In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: "Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von "Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als "Neubürger" bezeichnet.

... In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feinbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam. ...

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Forschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben.

In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200.000).

II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten.

Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.

Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg.

Von dem Leid, das durch den Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen Tschechen und anderen zugefügt wurde darf nichts geleugnet werden, und es wird

auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der "Atlantik-Charta" dazu, "daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen".

Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen.

Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran ließen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret "Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen.

Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmungen der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen.

Obwohl die amerikanische und britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.

Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße–Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens Thomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der "Sunday Times" gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegspolen wiedererstehen. "Amputationen" im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern.

Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: "Wir wollen weder Stettin noch Breslau."
Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.
Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten, mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg, der von ihr abhängigen polnisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten 4 Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.
Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens - sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten.
Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens.

III. Die Vertreibung der Deutschen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 "die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange.
Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der "Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen. ...
Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische "Miliz" nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteldeutschen Boden erreichten.
Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über die Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden.
Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden. Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde.

IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

... Die Phase der "kontrollierten" aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem

russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte.
Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepferchte Güterzüge ein.
Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben.
Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.
Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.
Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im oberschlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der "Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen. Diese Deutschen, die als "Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.
Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind.
Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen "Autochthone", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen ("Remigranten") und 2,1 Millionen "Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten. Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommerschen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlungsinseln. ...
Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen.
Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähschriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her. Zwar wird auch von Gewaltakten der Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen.

Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in "wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten.
Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielt als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.
Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden weiter Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten.
Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1.215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350.000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.
Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnert sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten "Todesmarsch" der Brünner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20.000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben.
Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700.000 bis 800.000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1.859.541 Sudetendeutsche. ...
Trotz Evakuierappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500.000 Ungarndeutschen nur knapp 10 Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greueltaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60.000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.
Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In 2 Etappen wurden 1946 170.000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50.000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270.000 konnten in der Heimat verbleiben.
Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande. Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67.000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80.000 Deutsche umgekommen.
In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig

diszipliniert. Auch hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80.000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt.
Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht staatgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee zusammenfassend festgestellt:
"Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt.
Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen.
In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."
In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es: "Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.
Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden."
In seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:
"Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet, In Schwientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."
In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6.430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben. Die Täter von Lamsdorf oder Schwientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter.
Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Umstände:

"Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...
Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. ...
Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. ...
Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. ... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer."
Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.
Wie die Dokumentation des früheren Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt.
Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland - als einen Teil der ihnen zugesprochenen Reparationen - deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen.
In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östliche von Oder und Neiße mehr als 400.000 Menschen betragen habe, "wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200.000 verstorben.
Die genauen Zahlen der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.
Erstmals hatte im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind.
Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882.000 Zivilisten umgebracht, was nahezu 10 Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach. Davon starben etwa 311.000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen.

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450.000 und von den Sudetendeutschen etwa 273.000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen.
Einschließlich der Kriegsverluste sind von über 12 Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.
Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350.000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei. Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350.000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220.000 Tote. Das ergebe so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung.

VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

Knapp 8 Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200.000 in der damals noch ungeteilten Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete diese bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart.
Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.
Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.
Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen:
Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557.000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent.
Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt die Folge eines allgemeinen

Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.
Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und zweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.
Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zumeist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren.
Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ihren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer.
Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher "Lastenausgleich".
Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen (In der Präambel zum Lastenausgleichgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet ...".
Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind).
Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft.
Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Vertriebenen bei zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz (Wirksamkeit) dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind.
§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände. ...
Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, son-

dern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet.

Ein naheliegendes Kalkül Stalins mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaft der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten. So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekannten demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. ...

VII. Ausblick

Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll. ...

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"

Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.

Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... (Es ist ein unsägliches Armutszeugnis), daß ... die ungezählten Deutschen, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation (keinen) Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Gedanken aufrufen."

Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.

Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden

ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 2005 über die Heimatlosigkeit (x853/...): >>**Geborgenheit im Vaterhaus?**

... Ältere Leser werden sich noch an die Wunschkonzerte von Heinz Goedecke erinnern, die regelmäßig während des Krieges stattfanden und den von Narvik im äußersten Norden bis Afrika stationierten Soldaten mit ihren vertrauten Liedern und Schlagern wenigstens vorübergehend ein illusionäres Gefühl der Heimatverbundenheit gaben.

Draußen in der weiten Ferne und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewann der Begriff der "Heimat" einen magischen Klang und den Zauber einer unaussprechlichen Sehnsucht, die sich bei der großen Vertreibung und Völkerwanderung nach dem Kriege immer noch steigerte!

Seitdem sind ganze Bibliotheken über die Heimatlosigkeit des modernen Menschen geschrieben worden, aber die Diagnose ist dadurch nicht weniger triftig und aktuell, daß sie so oft wiederholt worden ist.

Der Mensch und seine Heimat

Zweifellos ist die Heimatverbundenheit eine Urkonstante des menschlichen Wesens. Ebenso wie er nicht nur ein Einzelwesen, sondern immer auch ein Gemeinschaftswesen ist, bleibt der Mensch auf die Heimat angewiesen, um sich voll entfalten zu können. Beide Momente: "Gemeinschaft" und "Heimat" gehören zu seiner Natur und bedingen sich wechselseitig.

Das ist freilich auch der Grund dafür, warum es so schwer und auch fruchtlos ist, den Begriff der Heimat in eine Lehrbuchdefinition zu pressen oder in abstracto über ihn zu räsonieren.

Soviel dürfte feststehen, daß Heimat die vertraute geistige, menschliche und reale, konkrete Umgebung oder Umwelt meint, in der wir leben und uns bewegen können wie der Fisch im Wasser. Zu ihr gehören in erster Linie Geschichte, Tradition und Erinnerung, ohne die der Mensch im luftleeren Raum aufwachsen würde. Das haben u.a. Schelling, Hegel, Hölderlin und die Romantik - sie allerdings oft in einer unechten Verklärung der Geschichte - mit Recht gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung betont.

Zur Heimat gehören auch die gewachsenen Institutionen, Sitten, Gebräuche, Gewohnheitsrechte und das ganze Ensemble der Traditionen, in die der Mensch hineingeboren wird und die ihn unmerklich formen, ihm Halt, Regeln und Maßstäbe geben und ihn damit nach der genialen Einsicht Arnold Gehlens von dem ständigen Druck entlasten, dem er ausgesetzt wäre, wenn er sich im totalen geistigen Vakuum je und je von neuem entscheiden müßte, wie er sich hier und jetzt verhalten soll.

So ist es nicht die Bindung, die geistige Heimat und Tradition bedeuten, welche die heute so heiß ersehnte Mündigkeit und damit die Möglichkeit verhindert, daß wir den Kopf frei bekommen, um souverän um uns zu blicken, sondern ganz im Gegenteil die totale Bindungslosigkeit, wie sie die unentwegten Marschierer in die immer noch totalere Emanzipation als höchste Erfüllung verheißen!

Einsamkeit und Mobilität

Wie so oft werden auch hier solche elementaren Gegebenheiten erst richtig faßbar, wenn wir die Gegenprobe machen und das heißt in unserem Falle, wenn wir einen kurzen Blick auf die Heimatlosigkeit des modernen Menschen werfen! Sie hat reale und ideelle Ursachen, die naturgemäß ein undurchdringliches Geflecht bilden und von uns nur aus Gründen der geordneten Darstellung nacheinander aufgeführt werden. Zu den realen Ursachen gehört natürlich die grenzenlose Mobilität, ja die moralische Pflicht zu ihr und damit dazu, seinen Wohnsitz jeder-

zeit zu wechseln wie sein Hemd, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, "sozial nur schwer integrierbar" zu sein.
Als Außenseiter sieht sich nun nicht mehr der Nomade, der Umgebung und Job behende und stets erneut zu wechseln versteht, sondern ganz im Gegenteil derjenige, der auch unter Opfern an seinem angestammten Wohnsitz und Beruf festhalten will.
In diesem Sinne wird die Mobilität nicht mehr nur als notwendiges Übel in der von immer neuen Inventionen (Erfindungen) lebenden Industriegesellschaft, sondern als hohe Tugend angesehen, die als solche immer mit Klugheit und Lebenstüchtigkeit gepaart ist und das um so mehr, weil sie mit jener Fähigkeit zu quickem Bescheidwissen und ständiger Neuorientierung verbunden ist, die mit dem Mangel an geistiger Tiefe Hand in Hand zu gehen pflegt.
Befremdlich ist jedenfalls, daß der Zwang zur häufigen Migration und damit auch der Abschied von den altvertrauten Orten, Freunden und Bekannten kaum mehr als unmenschlich, sondern als ganz normale Angelegenheit empfunden wird. Die Befremdlichkeit wird allerdings dadurch gemildert, daß sich die Milieus, das alte und das neue also, immer mehr gleichen und die Lebenswelten hüben und drüben immer uniformer werden.
Bis auf die musealen Stadtkerne und Fußgängerzonen, die ohnehin kaum mehr zum Wohnen da sind, finden wir überall die gleichen Autoschlangen, Tankstellen, Supermärkte, Hochhäuser, Reihen- und Einfamilienhäuser, die gerade in ihrer gesuchten Eigenwilligkeit die allenthalben herrschende Normierung verraten! Überall die sorgfältig gepflegten Grünanlagen und mit den wohlbekannten Geräten versehenen Kinderspielplätze. Überall der gleiche gutgemeinte und doch hoffnungslose Versuch, die längst verlorene Heimat vom Reißbrett her synthetisch zu reproduzieren!
Man kann diesen Sog zur Uniformität auch anders und pejorativer ausdrücken und etwa mit Oswald Spengler, dem berühmten Verfasser des "Unterganges des Abendlandes" von den dämonischen Steinwüsten, den ungeheuren betonierten Ballungszentren sprechen, in denen eine ihrer eigenen Ursprünge ledige Gesellschaft - bar aller großen Gedanken und Kultur - in einer Art geistigen Fellachentums, doch zivilisatorisch bequem vor sich hinlebt.
Daß die permanente Fluchtbewegung, die in dieser Mobilität liegt, längst nicht mehr nur als Tugend, sondern geradezu als Segen erfahren wird, zeigt sich auch darin, daß immer mehr Menschen in ihrer freien Zeit nach dem Motto verfahren: "schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso!"
Verwaist oder zweckentfremdet stehen die Pensionen und Gasthöfe da, die man in den fünfziger Jahren in den deutschen Mittelgebirgen und Landschaften von immer noch hoher Schönheit und Stimmungsvielfalt gebaut hat. Auch in den Ferien möchte man des Nomadenseins nicht entbehren.
Man legt keinen Wert mehr auf den hohen Reiz des "déja vue", der einstmals die vertrauten Ferienorte schließlich zur zweiten Heimat werden ließ. Vielmehr werden starke und immer neue Reize, Eindrücke und Erlebnisse gesucht, um sich und die freie Zeit im eigentlichen Sinne des Wortes zu zerstreuen und damit totzuschlagen: vor allem aber, um überall und damit nirgends heimisch zu werden. Für die Erfahrung der Dauer, die mit kontemplativem Verweilen und Innehalten gegeben ist, fehlen Verständnis und Kraft.
Man kann den Begriff der Heimat und die Vertrautheit, die in ihr zur Anschauung kommt, gar nicht konkret und realistisch genug fassen.
Zu ihr gehören auch der vertraute Besitz, die Familien-Erbstücke und Dinge, die uns ein Leben lang begleiten und schließlich mit uns ganz verwachsen sind. Aber davon kann in der affluent society, der Gesellschaft der großen Verschwendung, die vom raschen Umschlag der Güter lebt, nun wirklich keine Rede mehr sein.
Die Dinge, die wir brauchen, werden von vorneherein auf Oboleszenz, auf raschen Verschleiß hin produziert und das Prinzip des styling ist längst nicht mehr auf die Kleidermode oder neue

Automodelle beschränkt. In dieser Lage bekommt der Wunsch, nun unbedingt an der vergoldeten Taschenuhr festzuhalten, die uns der Großvater zur Erstkommunion schenkte und sie immer wieder zur Reparatur zu bringen, während es doch in jedem Kaufhaus praktische und billige Armbanduhren in Fülle gibt, etwas Kauziges, und wer möchte schon gerne als Sonderling durch die Weltgeschichte gehen!
Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren und zeigen einen weiteren Widerspruch unserer an Ungereimtheiten so reichen Gesellschaft: die Tatsache, daß wir in unserer so üppigen und an Gütern überbordenden westlichen Welt doch im Grunde arm sind wie die Kirchenmäuse und einsam wie unfreiwillige Eremiten, weil wir so viele unserer Dinge nur auf Zeit und damit wie Leihgaben besitzen!
Aber der erste und entscheidende Grund der neuen Heimatlosigkeit ist natürlich der Zerfall der Familie, dieser ganz ursprünglichen, ganz selbstverständlichen und idealen Stätte aller Geborgenheit. Wenn die Frauen nicht nur zum Teil mitarbeiten müssen, sondern in ihrer Mehrzahl dies auch wollen, müssen die Kinder schon im frühen Alter in die Kinderkrippe abgegeben werden, so daß Familienleben allenfalls am Wochenende zelebriert werden kann. Und damit wird die Heimat auch hier zum bloßen Ausnahmezustand und hört schon damit auf, zu sein, was sie eigentlich ist!

Propheten der Heimatlosigkeit

Gerade in unserem Falle trifft es zu, daß die Philosophie ihre Epoche in Gedanken erfaßt, ja allererst die Ideen liefert, die sie prägen.
Schon zu Beginn der Neuzeit zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die Heimatlosigkeit des modernen Menschen ahnungsvoll vorweg genommen wird. Rene Descartes (1596-1650), der nicht zufällig der Vater der neuzeitlichen Philosophie genannt wird und mit ihr einen ganz neuen Anfang machen wollte, reduziert die schöne, bunte Welt, in der wir leben, auf die bloße berechenbare Materie einerseits und das denkende Ich andererseits, das ihr damit automatisch als Fremdling gegenübersteht und im Käfig seines Bewußtseins gebannt nicht weiß, wie es wieder aus ihm herauskommen soll.
Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) begreift unser Ich als zunächst ganz auf sich gestellte und im Bannkreis des eigenen Ich eingeschlossene Monade (Einheit), die keine Fenster und damit keinen unmittelbaren Blickkontakt nach draußen hat, weshalb es des allergrößten und geradezu labyrinthischen Scharfsinns bedarf, zu zeigen, wie ein solches Wesen dann doch zum Kontakt mit den übrigen Monaden und der Welt kommen kann!
Thomas Hobbes (1588-1679) schließlich, der Begründer der neuzeitlichen Staatsphilosophie geht ebenfalls vom punktuellen Ich aus, das ganz und gar vom Selbstinteresse ... gelenkt wird und er versucht, von daher Existenz und Legitimität des Staates zu begründen.
Nun könnte man allerdings sagen, daß doch gerade das Gymnasium, wie es von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) begründet wurde und so viele Generationen unserer Vorfahren zu Humanisten erzogen hat, ganz in der Erinnerung und Vergegenwärtigung unseres antiken Erbes aufgegangen ist und damit an unsere geistige Heimat erinnert hat, wo sie am ursprünglichsten ist!
Doch man sollte nie vergessen, daß Humboldt Kantianer war und es mithin für unmöglich hielt, daß wir in den letzten Fragen nach dem Ursprung der Welt, nach Gott, nach der Seele zu verbindlichen Ergebnissen kommen können. So diente ihm die Beschäftigung mit der Antike nicht dazu, jene großen Fragen nach dem Sinn des Daseins, wie sie Platon und Aristoteles wegweisend für das Abendland gestellt haben, wieder aufzunehmen. Ganz im Gegenteil hat die Beschäftigung mit der Antike, mit den fiktiven Taten eines Odysseus oder den Mythen, wie sie uns Ovid erzählt, nur das Ziel, die eigene Persönlichkeit und damit wieder das liebe, eigene Ich zu veredeln.
Und man kann durchaus der Meinung sein, daß diese Abdrängung des antiken Erbes ins Äs-

thetische nur ein weiterer Schritt zu jenem gigantischen Traditionsbruch ist, der sich in der Neuzeit und Gegenwart immer mehr radikalisiert und zu jener geistigen Heimatlosigkeit von heute führt, die nur die Kehrseite der realen ist.
Auf der anderen Seite ist der Streit um das humanistische Gymnasium heute ein solcher um des Kaisers Bart, denn dieses Gymnasium gibt es schon längst nicht mehr oder allenfalls in kläglichen Rudimenten. Der Ruhelosigkeit, die uns heute plagt, entspricht die des Bildungsbetriebes mit ihrer fast vollkommenen Geschichts- und Erinnerungslosigkeit.
Gefordert wird eine geistige Ubiquität, die nur zu haben ist, wenn man an vielem nippt und mit ihm nur im Vorübergehen Kontakt bekommt. Deshalb ist das Fernsehen, das uns von 20 bis 21 Uhr etwa in die Geheimnisse des Buddhismus einführt, um uns dann von 21 bis 22 Uhr oberschwäbische Barockkirchen zu zeigen, der Prototyp der Bildung, die über alles Bescheid weiß und damit wieder über nichts!
Mit alledem wollen wir keine Schuldzuweisungen verbinden, wie das manche Theologen tun, die der Meinung sind, es werde schon alles besser werden, wenn man nur die gute Absicht dazu habe. Wir wollen aber auch nicht jenem heroischen Existentialismus das Wort reden, der mit Oswald Spengler, mit Ernst Jünger oder Martin Heidegger der Meinung ist, die Heimat- und Wurzellosigkeit sei das unabweisbare und unabänderliche Schicksal unserer Epoche. ...<<

12.02.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**

Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...
Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.
Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbringen könnte.<<

14.02.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1995, daß Bundespräsident Roman Herzog davor warnt, von den Völkern erlittenes Leid gegeneinander aufzurechnen: >>... Wer Frieden zwischen den Völkern sucht, kann nicht einfach zwischen den Toten und Verwundeten einen buchhalterischen Saldo ziehen. Menschliches Leid kann nur gemeinsam durch Mitleid, Besinnung und Lernen überwunden werden.<<

17.02.1995

Tschechien: Václav Havel (1936-2011, 1989-1992 und von 1993-2003 Staatspräsident der Tschechischen Republik) hält am 17. Februar 1995 in Prag eine Rede über die Vergangenheit und Zukunft der tschechisch-deutschen Nachbarschaft (x154/19-20): >>... Der einzigartige Verlauf des beinahe 1.000jährigen Zusammenlebens der Tschechen und der Deutschen in unserem Lande, obgleich es während der letzten Jahrhunderte immer komplizierter wurde und schließlich zugrunde ging, bleibt ein integraler Bestandteil unserer Geschichte, und dadurch auch unserer gegenwärtigen Identität als Bürger der Tschechischen Republik und stellt einen Wert dar, den wir nicht vergessen dürfen. ...
Es wäre eine gefährliche Vereinfachung, wenn man das tragische Ende des tausendjährigen Zusammenlebens der Tschechen mit den Deutschen ausschließlich in der Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg sähe. Ohne Zweifel stellt die Aussiedlung das physische Ende des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staat dar, denn dadurch ging das Zusammenleben in der Tat zu Ende.

Der tödliche Schlag, der es verursachte, wurde ihm jedoch durch etwas anderes versetzt, und zwar durch ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität, die der in Hitlers Nationalsozialismus verkörperten Diktatur, Konfrontation und Gewalt den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gaben. ...
Wir können unterschiedliche Ansichten über die Nachkriegs-Aussiedlung haben – meine eigene kritische Haltung ist allgemein bekannt -, wir können sie aber nicht aus dem geschichtlichen Kontext lösen. Wir können sie nicht getrennt sehen von all den Schrecken, die sich davor abgespielt hatten und ihre Ursachen darstellten. ...
Und wenn wir – als Tschechen - unseren Teil der Verantwortung für das Ende des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern anerkennen sollen, müssen wir der Wahrheit halber auch sagen, daß wir uns zwar von dem heimtückischen Virus der ethnischen Auffassung von Schuld und Bestrafung anstecken ließen, daß wir diesen Virus jedoch nicht – wenigstens nicht in dessen moderner verheerender Form – in unser Land gebracht haben. ...
Die Mitwirkung so vieler unserer damaligen deutschen Mitbürger an der Vorbereitung Münchens ("Münchener Abkommen") sowie an dessen Folgen kann ... nicht auf einen Kampf für deren Minderheitsrechte reduziert werden. ...
Was die Aussiedlung betrifft, müssen wir auch die unangenehme Wahrheit zugeben und dabei keine Rücksicht darauf nehmen, welche verrückte Folgerung jemand aus unseren Worten ziehen mag.<<

24.02.1995

BRD: Vaclav Klaus (von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hält am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.
Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die tschechische Vergangenheitsbewältigung (x309/130): >>Auch nach dem Ende der Diktatur ist in den Vertreiberstaaten Osteuropas von einem Sinneswandel nicht allzu viel zu spüren. Dazu ein tschechisches Beispiel.
Auf einem Feld im südmährischen Pohrlitz zum Beispiel konnte man an der unterschiedlichen Farbe der jungen Saat die Lage von Massengräbern erkennen, in denen Opfer des Todesmarsches der Brünner Deutschen vom Frühjahr 1945 liegen. Über einem Teil der Gräber errichtete man in den 70er-Jahren landwirtschaftliche Gebäude – dem Vernehmen nach Kuhställe. 1994 mußten die letzten Gräber einer Schnellstraße weichen; die Toten wurden auf Kosten des österreichischen Schwarzen Kreuzes nach Drasenhofen/Niederösterreich verfrachtet. Und so folgte der Vertreibung der Lebenden die Vertreibung der Toten. ...<<

Februar 1995

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (8/1995) berichtet im Februar 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Inständig bat ein amerikanischer Rezensent: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht."
Ginge es nach dem Willen des Piper-Verlages, wird das deutsche Publikum gar nicht erst in

Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Ende vergangener Woche stoppte er die Auslieferung von John Sacks "Auge um Auge".
Es geht darin nicht, wie der neue Untertitel der jetzt zurückgezogenen deutschen Ausgabe scheinbar unverfänglich verhieß, um "eine Parabel über Gewalt", sondern um eine regional und zeitlich genau fixierte Gewaltgeschichte: die Racheaktionen von Überlebenden des Holocaust an Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten Oberschlesiens im Jahre 1945.
Über dieses Thema ist im Nachkriegsdeutschland aus verständlichen Gründen wenig geredet worden. Auch heute noch setzt sich, wer darüber schreibt, schnell dem Verdacht aus, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen. Das darf jedoch nicht daran hindern, dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte nüchtern, ohne den falschen Zungenschlag des Aufrechnens zu beschreiben und es begreifbar zu machen als eine Nachwirkung jener Orgie aus Krieg und Vernichtung, mit der Nazideutschland große Teile Europas überzogen hatte.
Daß dies möglich ist, hat Helga Hirsch in einem "Zeit-Dossier" (49/1994) über den jüdischen Lagerkommandanten von Schwientochlowitz, Solomon Morel, gezeigt. John Sack, dessen Buch den Anstoß zu diesem Dossier gab, ist dem Thema nicht gewachsen. Gewiß, er hat fleißig recherchiert; die Liste seiner Interviewpartner und der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen Aussagen ehemaliger deutscher Lagerinsassen ist imponierend lang. ...
Für den Leser ist nicht erkennbar, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft.
Noch fragwürdiger als die Methode ist die Art der Darstellung. Sack berauscht sich an den Gewaltexzessen. Geradezu lustvoll malt er immer wieder aus, wie jüdische Aufseher deutsche Häftlinge folterten und zu Tode brachten. An eher versteckter Stelle, im kleingedruckten Anmerkungsteil, verwahrt er sich gegen die Absicht, diese Grausamkeiten mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzen zu wollen, und im Vorwort erklärt er ausdrücklich: "Dies war kein Holocaust oder dessen moralisches Äquivalent."
Doch sein gesamtes Szenario läuft auf diesen einen Punkt zu: Die Juden in Diensten der polnischen Staatssicherheit haben Gleiches mit Gleichem vergolten; sie haben sich nicht anders verhalten als die SS-Schergen, ja eigentlich waren sie noch schlimmer, weil sie im Unterschied zu diesen nicht leidenschaftslos und auf Befehl mordeten, sondern ungehemmt ihre Rachebedürfnisse auslebten.
Fragt sich nur, was einen amerikanischen Reporter jüdischer Herkunft dazu bringt, ein solches Elaborat in die Welt zu setzen. Ist es Antisemitismus, wie gemutmaßt wurde, oder der unbewußte Wunsch, die Opferidentität umzukehren? Oder einfach nur Sensationslust?
Wie auch immer: Die neue Leitung bei Piper (seit kurzem im Besitz der schwedischen Bonnier-Gruppe) hat richtig entschieden, als sie das Buch zurückzog. Denn der Verlag, der unter anderem das Werk Hannah Arendts betreut, hat noch einen guten Ruf zu verlieren. Es gibt genügend deutschsprachige Verlage, für die das nicht gilt.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 veröffentlicht im Februar 1995 eine Publikation des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (x853/...): >>**Jetzt Schlußstrich und "Versöhnung?"**
Immer von neuem und verwirrend wird die Diskussion um die Beendigung dessen geführt, was nach Meinung mancher noch gar nicht recht begonnen hat: die Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes.
Es handelt sich dabei um drei Ebenen:
1. Bei der von bestimmten Politikern und Kirchenleuten geforderten Amnestie geht es um einen strafrechtlichen Begriff. Straftaten sollen vergeben, also nicht mehr verfolgt werden. Doch fragt sich: Nur die, die von SED- und Staatsfunktionären im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit begangen wurden? Oder nur die "minderschweren" Straftaten dieser Art? Welche sind das? Klare Antworten auf diese Fragen höre ich nicht.
2. Die zweite Ebene ist die Frage des Umgangs mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicher-

heit. Dabei geht es nicht um eine "Ausgrenzung" aus der Gesellschaft, sondern lediglich um die Frage, ob solche ehemaligen Mitarbeiter zur Zeit ein politisches Mandat ausüben und im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen.

Sollte über die DDR-Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werden?

3. Die dritte Ebene ist die Bewertung der DDR-Vergangenheit: War die DDR ein normaler Staat wie andere auch oder war sie ein Unrechtsregime? Oft wird die Schlußstrich-Debatte religiös verbrämt geführt. Man spricht von "Versöhnung" oder auch "Aussöhnung".

Doch wie geschieht Versöhnung im christlichen Sinne? Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott ist durch die Sünde des Menschen gestört. Der Weg zur Versöhnung beginnt mit der Einsicht der Schuld. Es folgt das Schuldbekenntnis und das Bereuen der Schuld. Erst darauf folgt die Vergebung, die die Versöhnung bewirkt.

Zwischen Menschen kann das nicht anders sein. Aber wo bekennen sich die für das Unrecht in der DDR Verantwortlichen bisher zu ihrer Verantwortung? Erleben wir nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Selbstrechtfertigungen? Versöhnung verordnen, das kann nicht zum Ziele führen, weil das Ringen um Wahrhaftigkeit umgangen wird.

Die Gründe für die mit Vernebelung geführte Amnestie-Debatte liegen auf der Hand:

1. Von seiten starker Kräfte innerhalb der SPD wird die Absicht verfolgt, die PDS koalitionsfähig zu machen, weil sie zum Regieren gebraucht wird. Daß die PDS die SED war, stört dabei nur.

2. Die meisten der Persönlichkeiten, die jetzt für Amnestie eintreten, haben die DDR und das sozialistische Experiment, deren Objekt wir waren, schon immer zumindest interessant gefunden. Die Wahrheit über das SED-Regime stellt daher die eigene Haltung in Frage. SED-Größen, bei denen man um Audienzen gebuhlt hat, jetzt als Straftäter zu sehen, tut weh.

3. Wenn ein führender Kirchenmann und jetziger Politiker unbestritten über Jahre intensiv konspirative Gespräche mit der Staatsicherheit geführt hat und weiter unangefochten im Amt bleibt, erscheint es zwingend, auch z.B. einem Lehrer dies zu ermöglichen.

Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/1990!

4. Es fällt auf, daß oft dieselben, die die mangelnde Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit beklagen, jetzt für einen Schlußstrich nach 1990 votieren. Ist das Leid der unberechtigt eingesperrten, mißhandelten, beruflich und gesellschaftlich diskriminierten und um ihr Hab und Gut gebrachten Opfer in der DDR deshalb geringer zu werten, weil diese Diktatur Juden nicht systematisch vernichtet hat? In den Nachwehen des Historikerstreits scheut man den Vergleich der Diktaturen, der ja keine Gleichsetzung bedeutet.

Ein Kern unserer Revolution von 1989/90 war das Ringen um Wahrhaftigkeit und um Friedlichkeit. Wir wollten nicht, daß den Verantwortlichen der DDR unrechtmäßig auch nur ein Haar gekrümmt würde. Sie sollten rechtsstaatlichem Strafrecht zugeführt werden. Das geschieht; es werden Straftaten, nicht politische Handlungen verfolgt.

Wenn Richard von Weizsäcker jetzt sagt: "Das Strafen muß ein Ende finden", so frage ich: Hat es denn je richtig begonnen? Sind unsere Gefängnisse gefüllt mit SED-Tätern? Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/90, das Bemühen um Wahrhaftigkeit! ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 berichtet ferner im Februar 1995 über das Buch "Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?" des deutschen Historikers Jürgen Schreiber (x853/...): >>**Geschichtsfälschungen und Desinformationen** ...

Der promovierte Jurist und ehemalige Luftwaffengeneral (Jürgen Schreiber) wurde durch über 1.000 Veröffentlichungen vor allem in Soldatenkreisen bekannt. Sein letztes Buch ("Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?") erscheint geradezu maßgeschneidert zum Gedenkjahr des Kriegsendes und 50jährigen "Jubiläums" der

"Vergangenheitsbewältigung".
In einer Zeit gezielter Desinformation vermag es vorurteilsfreien Lesern zu vermitteln, wie ein junger Mensch die Hitlerzeit erlebte. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann schrieb:
"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden." ...
Es ist kaum allgemein bekannt, daß Theodor Heuß, der erste Präsident der Bundesrepublik, bereits 1931, also vor der "Machtergreifung" Hitlers, die These vertrat, die Geburtsstätte des NSDAP sei nicht München, sondern Versailles. Ohne Kenntnis der Vorgeschichte zum Dritten Reich ist der rasante Aufstieg Hitlers, nicht zuletzt mit massiver ausländischer Finanzhilfe, nicht zu verstehen.
Hinzu kamen unbestreitbare Erfolge Hitlers, die wiederum durch Zugeständnisse des Auslands ermöglicht wurden, die man den demokratischen Vorgängern des "Führers" verweigert hatte. Bei der Überfülle heutiger Informationsmöglichkeiten ist der Nachkriegsgeneration kaum vorstellbar, daß im Dritten Reich die Presse weitgehend gleichgeschaltet war und die einseitige Propaganda durch das neu aufgekommene Massenmedium Rundfunk (Volkempfänger!) dem Durchschnittsbürger keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bot.
Dagegen gibt es in unseren Tagen, da nicht wenige Linke fleißig in Desinformation machen, genügend Möglichkeiten, sich anhand unabhängiger Publikationen ein selbständiges Urteil über das Zeitgeschehen zu bilden.
- Es ist weitgehend unbekannt und wird auch von den Medien durchweg verschwiegen, daß sich höchste angloamerikanische Politiker wie Expräsident Hoover, Churchill und Lloyd George äußerst positiv über Hitler äußerten. Letzterer, immerhin auch einmal Premierminister, bezeichnete Hitler 1936 als "größten lebenden Deutschen". Ist es da vor allem jungen Menschen zu verdenken, daß sie sich für den "Führer" begeisterten?
Es trifft zu, daß zumindest die Erwachsenen von der Existenz der Konzentrationslager wußten. Dachau vor allem war ein Begriff. Aber abgesehen von einem unbestimmten Grauen wußte niemand so recht, wie es dort zuging. Ehemalige Häftlinge schwiegen aus Furcht, wieder an den Ort des Schreckens zu kommen.
Von Massentötungen wußten die meisten tatsächlich überhaupt nichts, zumal diese nach übereinstimmenden Aussagen von Tätern und Opfern unter größter Geheimhaltung erfolgten. Die Behauptung linker "Antifaschisten", die Geburtsjahrgänge 1928 und älter gehörten der "Auschwitzgeneration" an, ist eine durch nichts zu belegende üble Verleumdung. Namen wie Auschwitz, Treblinka oder Maidanek waren in der Bevölkerung völlig unbekannt, während Stalingrad und später Dresden als unfaßbare Tragödie empfunden wurden. ...
Im Gedenkjahr des 50. Jahrestages der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Terrorangriffe erscheint ein Blick auf die Prinzipien deutscher und alliierter Grundsätze für Luftangriffe von besonderem Interesse. Während die maßgebliche Dienstvorschrift "Luftkriegführung" (L. Dv. 16) in Nr. 186 sagt: "Der Angriff auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen", vertrat der Führer der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, im Unterhaus bereits am 10.11.32 die These, daß das Völkerrecht bei Luftangriffen auf Feindesland keine Schranken bedeuten würde.
Die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die unbestreitbar auch viele Todesopfer unter der Zivilbevölkerung forderten, waren auch nach Einschätzung britischer Experten nach internationalem Kriegsrecht zulässig. Sie bildeten übrigens im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß keinen Gegenstand der Anklage.
- Bekanntlich muß immer wieder Coventry als Beispiel barbarischer deutscher Kriegsführung dienen. Jedoch diese englische Stadt war Zentrum der britischen Luftrüstung, also nach Völ-

kerrecht ein durchaus zulässiges Ziel, wie etwa in Deutschland Essen.
Als "Rechtfertigung" der Terrorangriffe auf Hamburg und Dresden scheidet es also aus, auch wenn linke "Antifaschisten" dies nicht wahrhaben wollen. Es war Churchill, der die Bombardierung großer deutscher Städte forderte, um die Moral der Zivilbevölkerung zu brechen. So waren auch die Verluste unter der Zivilbevölkerung nach amtlichen deutschen und britischen Quellen in Deutschland zehnmal höher als in England.
- Im Gegensatz zu den merkwürdigsten Verharmlosungen deutscher Opfer in Dresden, die für gewöhnlich mit 30-35.000 angegeben werden - die Nachrichtensendung "Heute" vom 13.2. sprach sogar von nur 25.000 Toten - heißt es im Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei, Oberst Grosse, vom 9. März 45 wörtlich:
"Bis zum 2. März abends wurden 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250.000 ansteigen wird."
Die Stadtverwaltung von Dresden bestätigte in einem Brief vom 31.7.92 diese Angaben. Auf erneute Rückfrage zur Überprüfung der Echtheit erklärte sie, sie dürfe keine Zahlen mehr nennen. ...<<

06.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1995 über eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: >>**Keinen Schlußstrich ziehen**
... Der frühere Bundespräsident warnte im Rückgriff auf die alte Rede erneut davor, immer von neuem die Geschichte umzuinterpretieren und zu instrumentalisieren, nur damit die heutige Politik in einem besseren Licht erscheine.
Wie nach dem Ende der Nazi-Diktatur sei es auch nach dem Fall der Mauer gefährlich, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Schlußstriche dürfe es in beiden Fällen nicht geben ...<<

08.03.1995

Tschechien: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.
In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse.
Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigt, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).
Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/43-44): >>... Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hatte die Möglichkeit, der Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen eine rechtsstaatliche Würdigung zukommen zu lassen und eine Wiedergutmachungspflicht auszusprechen.
Die Verfassungsbeschwerde des tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität Rudolf Dreithaler aus Reichenberg gegen das Benesch-Dekret Nr. 108 wurde jedoch verworfen. Dreithaler und zwei Nebenkläger hatten Verfassungsbeschwerde eingereicht mit der Begründung, die "Konfiskation feindlichen Vermögens" verstoße gegen die Menschenrechte und damit auch gegen die tschechische Verfassung.
Vorausgegangen ist dem Urteil ein Besuch des tschechischen Außenministers Zieleniec bei den Richtern, um mit ihnen "unverbindlich" über die Klage zu diskutieren. Der tschechische Staatspräsident Václav Havel erklärte zweieinhalb Wochen vor der Urteilsverkündung in einer

öffentlichen Rede, daß die Benesch-Dekrete unantastbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung bleiben werden. Die Richter nahmen dies alles ohne Widerspruch hin. Es bestehen also Zweifel, ob hier wirklich ein unabhängiges Gericht eine Entscheidung gefällt hat.
In den Gründen des Urteils heißt es, daß eine kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rechtens gewesen sei und aufrecht erhalten werden müsse, da die Sudetendeutschen sich maßgeblich und mehrheitlich an der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beteiligt hätten. Im Schlußabsatz des Urteils vom 8. März ist zu lesen: "
Aufgrund dieser aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war.
Im Hinblick darauf, daß dieser normative Akt schon seinen Zweck erfüllt hat und seit mehr als 40 Jahren keine Rechtsbeziehungen mehr begründet und bereits keinen weiteren konstitutiven Charakter besitzt, kann man heute in der geschichtlichen Situation nicht seinen Widerspruch zum Verfassungsgesetz oder zum internationalen Vertrag gemäß Art. 10 der Verfassung ... untersuchen, weil ein solches Verfahren jegliche Rechtsfunktion vermissen ließe.
Entgegengesetztes Verfahren würden den Grundsatz der Rechtssicherheit in Zweifel stellen, der ja eine der Grunderfordernisse der gegenwärtigen demokratischen Rechtssysteme ist."
Die Brünner legten den Vertriebenen ferner die Pflicht auf, ihre Unschuld zu beweisen. Damit wird die Beweislast in rechtsstaatswidriger Weise umgekehrt. Nach rechtsstaatlichem Verständnis gilt ein Beschuldigter so lange als unschuldig, bis ihm individuelle Schuld nachgewiesen werden kann.
Die Brünner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brünner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.
Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.
Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<

09.03.1995

Tschechien: Am 9. März 1995 geben tschechische und deutsche katholische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung zur Vertreibungsproblematik ab (x154/20): >>... Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen. Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation und sie trafen die Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1995: >>**Die Enteignung ist rechtmäßig**

... Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat am Mittwoch die Rechtmäßigkeit eines Nachkriegsdekrets bestätigt, das zu den Grundlagen für die Vertreibung und vollständige Enteignung von 3 Millionen Sudetendeutschen gehört.
Mit dem Urteil in der mährischen Hauptstadt Brünn wurde die Klage eines Tschechen deut-

scher Herkunft endgültig abgewiesen, der die Aufhebung des Erlasses 108 des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edward Benes vom 25. Oktober 1945 und die Rückgabe eines Hauses durch alle Instanzen verfolgt hatte.
Der Kläger hatte in dem Dekret eine Beeinträchtigung seiner verfassungsmäßigen Rechte gesehen, weil es eine deutsche Kollektivschuld zugrundegelegt und damit die Unschuldsvermutung sowie das Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum verletzt hätte. Der tschechische Präsident Vaclav Havel hatte erst vor kurzem die Aufhebung der Benes-Dekrete abgelehnt.
Der Fall war in Tschechien auf großes Interesse gestoßen, weil im Fall eines positiven Urteils die rund 100.000 Tschechen deutscher Herkunft sich eine kleine Entschädigung hätten erhoffen können. Für die deutschen Vertriebenen hätte eine solche Entscheidung jedoch zumindest zunächst keine konkreten Folgen gehabt.<<

13.03.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1995) berichtet am 13. März 1995 über das umstrittene Buch "Auge um Auge" von John Sack: >>**Zu heiß zum Anfassen?**
"Bis vor kurzem", behauptet der amerikanische Autor John Sack, "war es mir beinahe egal, ob mein Buch 'Auge um Auge' auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen würde oder nicht." Inzwischen ist er anderer Meinung: "Alle möglichen Gerüchte laufen umher, und um der Juden willen, um der Deutschen willen und um der Wahrheit willen muß dieses Buch nun unbedingt veröffentlicht werden."
In nächster Zeit kann Sack, 64, jedoch nicht damit rechnen. Der Münchner Piper-Verlag hat die Auslieferung von "Auge um Auge" im Februar gestoppt, 6.000 bereits gedruckte Exemplare werden eingestampft. In einer Pressemitteilung begründete dies Viktor Niemann, der neue Leiter des unlängst an die schwedische Bonnier-Gruppe verkauften Verlagshauses: "Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen."
Der historische Hintergrund von Sacks "Skandalbuch" ("Die Woche") ist die gewaltsame Vertreibung von fast zwölf Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa im Gefolge des Einmarschs der Roten Armee 1945. Über die Opfer dieser Zwangsumsiedlung wird wenig geredet - vor allem in der Furcht, unbelehrbare Rechte könnten sie zur Relativierung der Nazi-Verbrechen mißbrauchen.
Zwar legten die Alliierten im Sommer 1945 in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens fest, daß die gigantische Aktion "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollte. Angesichts der Verheerungen eines von Hitler aufgenötigten Kriegs und der brutalen deutschen Germanisierungspolitik im Osten konnte davon jedoch meist keine Rede sein. Der Aufruf des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg "Die Deutschen sind keine Menschen ... Töte den Deutschen" hat dabei traurige Berühmtheit erlangt.
Auch in Polen und den polnisch besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden bereits im Frühjahr 1945 Hunderttausende Deutsche in Lagern und Gefängnissen eingeschlossen, verhört und mißhandelt. Die Nazi-Schergen, die so zur Verantwortung gezogen werden sollten, traf diese Grausamkeit nur selten.
Von den 60.000 bis 80.000 Menschen, die nach der Schätzung des Koblenzer Bundesarchivs zwischen 1945 und 1948 in den bis zu 1.255 Lagern des kommunistischen polnischen Sicherheitsdiensts umkamen oder ermordet wurden, waren die meisten unschuldige Zivilisten, darunter viele Greise und Kleinkinder. Diese Fakten werden auch von John Sack erwähnt, aber "Auge um Auge" ist keine umfassende Darstellung der Vertreibungsgreuel. Sack, der kein Historiker, sondern Reporter ist, behandelt nur einen regional und zeitlich begrenzten Ausschnitt: Oberschlesien 1945. In Form eines naiv erzählten Doku-Dramas, das die Einbettung in den größeren historischen Kontext vermissen läßt, schildert er die persönliche Geschichte

einer jüdischen Überlebenden von Auschwitz: Lola Potok.
Lola ist 24 Jahre alt, als sie dem Vernichtungslager entkommt, in dem zehn Angehörige ihrer Familie, darunter ihr einjähriges Kind, umgebracht worden sind. Durch diese Erlebnisse traumatisiert, sucht Lola Vergeltung. Als Kommandantin eines vom polnischen Sicherheitsdienst eingerichteten Gefängnisses in Gleiwitz übt sie für einige Monate leidenschaftliche Rache, bis sie in einer moralischen Krise, so Sack, "die Falschheit ihres Tuns erkennt und zu Gott und zur Thora zurückkehrt". Bevor sie im November 1945 aus Polen flieht, bemüht sie sich nach Kräften, den internierten Deutschen zu helfen.
John Sack hat diese Geschichte im Jahre 1986 von Lola, die seit langem in den USA lebt, selbst gehört. Und ihr Bericht veranlaßte ihn zu einer siebenjährigen Recherche. Dabei mußte er feststellen, daß es Racheakte von einzelnen Überlebenden des Holocaust nicht nur in Gleiwitz gegeben hatte.
So berichtet er in seinem Buch auch über das mörderische Wirken von Schlomo Morel, dem jüdischen Kommandanten des berüchtigten Lagers Schwientochlowitz bei Kattowitz. Dort fanden zwischen Februar und Oktober 1945 mindestens 2.500 Deutsche unter entsetzlichen Bedingungen den Tod. Die "Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation" hat Morel 1991 zum erstenmal vorgeladen. Der weiteren Untersuchung entzog er sich 1993 durch Flucht.
Laut der von Sack zitierten Schätzung des Sekretärs des Sicherheitsdienstes für Schlesien, Pinek Maka, sind in Oberschlesien, aber nur dort, zeitweilig fast 75 Prozent (rund 160) der höheren Offiziere des kommunistischen staatlichen Sicherheitsdiensts, der die Internierungslager führte, Juden gewesen.
Sack nimmt an, daß die sowjetisch gesteuerte Organisation absichtlich Überlebende des Holocaust auf hohe Posten setzte. Juden waren sowohl Pinek Maka als auch der Direktor der für die schlesischen Gefängnisse und Lager zuständigen Abteilung, Chaim Studniberg. Sie sind neben Lola Potok und Schlomo Morel die Hauptfiguren des Buches. Bis Herbst 1945 hatten die meisten Juden den polnischen Sicherheitsdienst aber bereits verlassen.
Der von dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik geäußerten Überzeugung, die jüdischen Kommunisten des Jahres 1945 hätten eher als Kommunisten denn als Juden empfunden und gehandelt, folgt Sack aber nicht.
Vielmehr zieht er sogar die Greueltaten in einem als "Hölle von Lamsdorf" bekannt gewordenen Lager, das unter der Leitung eines nichtjüdischen Kommunisten stand, zur Illustrierung von Chaim Studnibergs "jüdischer Rache" heran. Denn Studniberg habe von den Vorgängen in Lamsdorf gewußt und das Lager mehrfach inspiziert.
"Als ich Lolas Geschichte entdeckte", erzählt Sack, "habe ich meinen Rabbi gefragt, was neben meiner Verpflichtung als Reporter meine Verpflichtung als Jude sei." Dessen Antwort: "Du mußt das schreiben, oder du machst dich schuldig."
Sack gehört zu den Veteranen des amerikanischen Journalismus. Der Autor von acht Büchern, darunter das Vietnam-Buch "M", das zum Unterrichtsstoff an amerikanischen Colleges gehört, ist seit über 45 Jahren Reporter. Unter anderem arbeitete er für den "New Yorker", für "Harper's" und "Esquire", ferner als Kommentator und Korrespondent für den Fernsehsender CBS, auch als Kriegsberichterstatter in Korea, in Vietnam und im Irak.
Trotz seiner Reputation als Journalist von "außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" ("The Nation") hatte Sack mit "Auge um Auge" von Anfang an wenig Glück. Mehrere Jahre lang zahlten ihm der Verlag Henry Holt und verschiedene Redaktionen hohe Vorschüsse, finanzierten aufwendige Recherchen und lehnten dann doch alle den Abdruck der Geschichte ab.
Im März 1993 aber druckte schließlich die New Yorker Zeitschrift "Village Voice" den Teil des Buches über Schlomo Morel. "Die Geschichte", schrieb der "New York Observer", sei

"einfach zu heiß zum Anfassen". Ein halbes Jahr später wurde Sacks Buch vom angesehenen New Yorker Verlag "Basic Books" unter dem unpassenden Titel "An Eye for an Eye" veröffentlicht. Mit einem lüsternen Untertitel wurde gar der falsche Eindruck einer systematischen jüdischen Racheaktion suggeriert.
Obgleich die in den USA renommierte Fernsehsendung "60 Minutes" im November 1993 Sacks Recherchen über Schlomo Morel in einer großangelegten Dokumentation bestätigte, wurde "Auge um Auge" bis auf wenige Ausnahmen in der amerikanischen Presse meist angegriffen oder ignoriert.
Zwar hieß es in der allerersten Besprechung, die in dem kleinen Periodikum PS - The Intelligent Guide to Jewish Affairs aus der Feder des bekannten jüdischen Publizisten Adam Simms erschien: "Von 'Auge um Auge' haben wir nichts zu befürchten, sondern viel zu lernen." Doch ein Großteil der Kritik wurde vom Verriß eines Assistenz-Professors in Harvard, Daniel Goldhagen, diktiert, der im "New Republic" Sacks Buch eine "reine Erfindung" nannte.
Die Zeitschrift Progressive vermutete, Sacks Beschreibung der Ereignisse in Polen wirke unglaubwürdig, weil das amerikanische Bewußtsein über den Holocaust inzwischen von Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" bestimmt sei. In der Schlußszene wird angedeutet, alle Überlebenden seien direkt nach Israel ausgewandert.
Daß die Veröffentlichung von "Auge um Auge" in Deutschland so plötzlich gekippt wurde, haben die großen amerikanischen Tageszeitungen dennoch mit einigem Erstaunen registriert. "Eine einzige Besprechung" - gemeint war der "Antisemitische Rohkost" überschriebene Artikel Eike Geisels in der Frankfurter Rundschau - "reichte anscheinend aus, um den Piper-Verlag zu überzeugen, daß der Ankauf von 'Auge um Auge' ein Fehler war", wunderte sich die "Washington Post" über die Rücknahme des Buches.
Die New York Times zitierte Ralph Giordano ("Das ist der größte Dreck") mit dem Hinweis, daß er das Buch nicht gelesen habe.
In der deutschen Presse wurde Pipers Entscheidung begrüßt. Auch "die Zeit", die im Sommer 1993 noch den Nachdruck von Sacks Artikel aus der "Village Voice" erwogen hatte und deren Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff an Sacks Recherche beteiligt war, befand jetzt, die neue Leitung bei Piper habe "richtig entschieden".
Daß die Zeit ausgerechnet unter der haltlosen Überschrift "SS-Juden" dem Autor Sack Sensationslust vorwarf und ihm ein hauseigenes Dossier über Schlomo Morel als musterhaftes Gegenbeispiel vorhielt, ist freilich ein Indiz für die Verkrampftheit und sogar Unehrlichkeit der gutgemeinten Argumentation: Die Autorin des Dossiers selbst, die Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, hatte für die Veröffentlichung von Sacks Buch plädiert.
Ähnlich argumentierte der Polen-Experte Klaus Bachmann in der "taz". In der Mitte seines durchaus fundierten Artikels beschied er den Leser, Pipers Rückzug sei "richtig", zum Ende stellte er ihn in Frage: "Vielleicht hätte das schlechte Buch von John Sack ja das Entstehen einiger guter Bücher über die unmittelbare Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen provoziert."
Was der Piper-Verlag mit dem Verzicht auf das Buch verhindern wollte, ist nun - wenn auch unter Ausschluß der Leserschaft - erst recht passiert: In deutschen Feuilletons ist auf der Basis der amerikanischen Ausgabe eine Debatte eröffnet worden, die in die falsche Richtung geht.
Denn ein Großteil der Kritik sucht Sacks Buch ausgerechnet dort aus den Angeln zu heben, wo es nichts zu bezweifeln gibt: bei seinem Wahrheitsgehalt. So unübersichtlich die Anmerkungen und Quellenbelege in "Auge um Auge" auch sind, sie sind vorhanden und haben noch jeder Überprüfung standgehalten.
Sacks Quellen sind nicht nur, wie die Zeit meinte, eine "bloße Summierung von oral history". Vielmehr hat der Autor deutsche wie polnische Akten zur Verifizierung der von ihm eingeholten 150 Zeugenaussagen, darunter 48 am Geschehen direkt beteiligte Zeitgenossen, herange-

zogen. Besonders gewichtig sind dabei die Verwaltungs-, Prozeß- und Lagerakten aus Gleiwitz, Kattowitz und Schwientochlowitz, die erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen zugänglich wurden. Als Anfang der fünfziger Jahre fast 30.000 Vertreibungsberichte für eine "Ost-Dokumentation" des Bundesarchivs ausgewählt wurden, hatte man noch davon ausgehen müssen, daß die Vorfälle "aktenmäßig oder aus sonstiger Quelle nicht oder nur unvollkommen zu belegen sind".

Angreifbar an Sacks Darstellung sind nicht die Fakten, sondern Form und Stil. Sack ist ein Vertreter des sogenannten "new journalism", der im Bemühen um Authentizität hautnah aus der Sicht der Betroffenen schreibt und so Geschichte in persönlichen Geschichten faßbar zu machen sucht.

In den USA sind solche "Doku-Dramen" beliebt, auch ein Großteil der amerikanischen Holocaust-Literatur gehört zu diesem Genre. Man werde den Opfern nicht gerecht, wenn man das Grauen nicht direkt spürbar mache, heißt die Devise, die auch im deutschen Historikerstreit zur Forderung wider die kalte Historisierung des Nationalsozialismus wurde. Sack mag daher nicht verstehen, warum die eindringlichen Gewaltszenen in "Auge um Auge" ihm sogar in den USA den Vorwurf des "sadistischen Sensationsjournalismus" ("The Nation") eingetragen haben.

"Auge um Auge" zeigt überdeutlich die Tücken der dramatischen Einfühlung: So sind die Dialoge nicht erfunden, wie die Kritik mutmaßte. Vielmehr geben sie - mit drei Ausnahmen - direkte Aktenzitate oder die auf über 300 Stunden Tonband festgehaltene wörtliche Rede der von Sack befragten Zeitzeugen wieder. Das Problem: Selbst dem gutwilligen Leser erscheinen sie dennoch wie konstruiert.

Sacks Geschichte ist keine Kolportage, aber sie wirkt so. Und dieser fatale Eindruck wird durch die katastrophale Unübersichtlichkeit des Anmerkungsteils noch verstärkt. Hier hätte das Piper-Lektorat zur Glaubwürdigkeit des Buches beitragen können. So aber verliert sich die Richtigstellung der von Lola stammenden verfehlten Analogien etwa von Auschwitz und den polnischen Internierungslagern im Unterholz. "Die Wahrheit", so Sack, "ist freilich, daß sie nur glaubte, wie die Nazis zu werden, dem aber keineswegs so war."

Für ein europäisches Lesepublikum ist "Auge um Auge" aber noch in einer weiteren Hinsicht schwer erträglich: Sacks Sprache ist unsensibel, voller Klischees und bedient sich frivoler Vergleiche. Seine Personenbeschreibungen führen gelegentlich nach Hollywood: von Humphrey Bogart bis zum Colonel (Oberst) aus "Die Brücke am Kwai", der im Auschwitz-Kapitel auftaucht.

Ebenso nachdenklich macht aber die Aufnahme, die "Auge um Auge" in der deutschen Kritik erfahren hat. Warum wird die Tatsache, daß einzelne Überlebende des Holocaust Vergeltung übten, mit solcher Bestürzung aufgenommen? Schließlich ist das Bedürfnis nach Sühne und Rache für erlittenes Unrecht ein sehr menschliches Phänomen. Und wer sonst hätte je Grund zur Vergeltung gehabt, wenn nicht die jüdischen Überlebenden des Holocaust?

Bei der Rache an den Deutschen, schrieb Walter Dirks schon 1947 in den Frankfurter Heften, handle es sich um "schreckliche Folgen schrecklicher Taten". Anscheinend gerät hier aber die heimliche Vorstellung jener ins Wanken, die sich die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, aber auch die Überlebenden, als willenlose, passive Geschöpfe vorstellen wollen.

Auf jeden Fall war es ein waghalsiger Schritt des Piper-Verlags, Sacks Buch den Untertitel "Opfer des Holocaust als Täter" zu geben. Schließlich gehört zur deutschen Verarbeitungskultur die ebenso unmenschliche wie mystifizierende Forderung, alle Juden müßten makellose Heilige sein. Dies freilich ist nur die zynische Logik eines umgedrehten Antisemitismus: so als könne es die deutsche Schuld an Auschwitz in irgendeiner Weise relativieren, wenn auch nur ein Jude die ausschließliche Opferrolle verläßt.

Aber auch die irregeleitete Anständigkeit jener, die Sacks Buch als revisionistische Gefahr verdammen, enthüllt eine fatale Verwandtschaft. Ewiggestrige wie eilfertige Warner scheinen beide anzunehmen, daß eine Relativierung des Holocaust überhaupt möglich sei.
Sacks Buch ist mißglückt. Gefährlich ist es aber sicher nicht. Nach dem überstürzten Rückzug des Piper-Verlags liegt die Gefahr nun vielmehr darin, daß sich rechte Hetzer des Themas bemächtigen. Der einzige Ausweg aus diesem Verwirrspiel mit guten Absichten wird sein, daß "Auge um Auge" vernünftig lektoriert und dann doch publiziert wird.
Bis der Piper-Verlag am 30. April die deutschen Rechte am Buch zurückgeben muß, sieht sich Sacks Agent schon einmal nach einem anderen Verlag um. Das prompte Angebot des neokonservativen Hauses Ullstein Langen Müller hat der Autor aber abgelehnt.
"Nachdem bereits die linksliberale Presse behauptet hat, daß meine Botschaft 'Juden gleich Nazis' sei", fürchtet der endlich etwas ernüchterte Sack, "würden das die Rechten wohl erst recht tun, und dann könnten die Deutschen niemals erfahren, wovon mein Buch wirklich handelt." In Polen und Italien soll "Auge um Auge" demnächst erscheinen. ...<<

18.03.1995

BRD: Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, berichtet am 18. März 1995 in seiner Rede vor der Bundesversammlung (x159/26): >>... (Vaclav Havel) hat sich vermeintlichen innenpolitischen Zwängen angepaßt, er hat Moral und Recht tagespolitischen Erwägungen geopfert. ...
Das Urteil des Brünner Verfassungsgerichtshofes (versperrt) den Weg in die Europäische Union. ...
Die tschechische Seite muß gar nicht die Hand ausstrecken, sie muß nur unsere – seit Jahrzehnten zur Versöhnung ausgestreckte Hand – ergreifen und nicht wegstoßen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1995: >>**Kinkel: Prag muß Rücksicht auf Sudetendeutsche nehmen**
Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) setzte sich in einer Regierungserklärung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses ein: Der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen müsse durchbrochen werden.
Die Rede ist in Bonn als Antwort auf eine Erklärung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel vom 17. Februar verstanden worden. Vor der Prager Karls-Universität hatte Havel die Vertreibung der Sudetendeutschen als "Nachkriegsaussiedlung" bezeichnet und jede materielle Entschädigung ausgeschlossen. ...
SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen warf der Bundesregierung vor, sie habe die überfällige deutsche Geste gegenüber tschechischen Opfern der Nationalsozialisten mit Zugeständnissen gegenüber den Vertriebenen verknüpft und habe sich damit das Junktim "sudetendeutscher Scharfmacher" zu eigen gemacht. Ein Teil der Landsmannschaft blockiere die Aussöhnung mit unrealistischen Forderungen nach Rückgabe enteigneten Besitzes, sagte Verheugen.
Zeitgleich mit der Rede Kinkels wurden Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bekannt, der die sudetendeutsche Frage als abgeschlossen, "wie die österreichisch-ungarische Monarchie" bezeichnet.<<

19.03.1995

BRD: Die sudetendeutsche Bundesversammlung erklärt am 19. März 1995 (x159/26-27): >>Wir Sudetendeutsche haben uns in den vergangenen 50 Jahren bemüht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und bieten erneut – gerade 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – dem seit fünf Jahren freien tschechischen Volk die Hand zur Versöhnung.
Begangene Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte müssen, soweit dies möglich ist, mit friedlichen, rechtstaatlichen Mitteln wiedergutgemacht werden. Damit wird der Weg frei, um eine Partnerschaft zwischen den Völkern und Volksgruppen im Herzen Europas auf-

zubauen.
Was immer geschehen sein mag: Die Zukunft in Europa gehört jenen, die den Mut aufbringen, Haß, Chauvinismus und Intoleranz zu überwinden und gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen. ...<<

22.03.1995

BRD: Milan Uhde (Vorsitzender des damaligen tschechischen Abgeordnetenhauses) erklärt am 22. März 1995 während einer Rede zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse (x154/21): >>... Erst nach November begegnete ich als Kultusminister der Tschechischen Republik und Mitglied der Regierungsdelegation bei dem ersten Auslandsbesuch, der nach dem nachbarlichen Bayern führte, auf Anregung des Gastgebers, Herrn Ministerpräsidenten Streibl, einer kleinen Funktionärsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft und hörte die Meinung, daß wir als Tschechen gerade jetzt, wo wir das Recht, die Demokratie und den Europaeintritt anstreben, den einstigen Bürgern der Tschechoslowakei, die im Jahre 1945 ihre Heime massenhaft zu verlassen gezwungen wurden, etwas wesentliches schuldig sind.
Alle Mitglieder der tschechischen Delegation hörten nicht nur den Appell zur Versöhnung und zur ethischen Reinigung von all dem Bösen, was von den beiden Seiten begangen wurde, sondern auch eine Forderung nach der materiellen Entschädigung der betreffenden deutschen Vertriebenen, eine Forderung, ihnen den Besitz und das Recht auf Heimat in Form der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik zurückzugeben. Es ist mir klargeworden, daß uns keiner der Pflicht, uns diesen Forderungen zu stellen, entheben wird. ...<<

26.03.1995

Belgien: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal schaffen aufgrund des Schengener Abkommens am 26. März 1995 die Personenkontrollen an den Binnengrenzen ab.

27.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1995: >>**Es bleibt das Gefühl des Verrats**
... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.
... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild.
... Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Barbara Loeffke, ... vermißte den "Aufschrei" in Deutschland bei der Unterzeichnung der Ostverträge in den 70er Jahren und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages 1990. "Es bleibt das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", meinte die stellvertretende Landesvorsitzende zum Aussöhnungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg.
Zu diesem Zeitpunkt war Fritz Wittmann, Präsident des BdV, schon gegangen. Mit Blick auf die Debatte um die Ansprüche vertriebener Sudetendeutscher hatte der BdV-Präsident die tschechische Republik gemahnt, es werde "kein einvernehmliches Nebeneinander und keine tragfähige Verständigung geben können, wenn auf einer Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausgeblendet wird. Es gibt keinen Schlußstrich unter die Geschichte.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über die erfolglosen friedlichen Proteste der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... Homo homini lupus est. Diese traurige Maxime

prägt immer noch unsere geschichtliche Erfahrung. Dies haben die Römer bereits vor zwei Tausend Jahren festgestellt. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Und dennoch muß man versuchen, sich anständig und ethisch zu verhalten. Wie die christliche Lehre uns empfiehlt: Vergeben, um vergeben zu werden.
So der Hochkommissar Ayala Lasso in der Paulskirche (28. Mai 1995): "In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu sprechen kommen. Es ist gut, daß Menschen, die Unrecht gelitten haben, bereit sind, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu brechen, und sich auf friedlichen Wegen für die Anerkennung des Rechtes auf die Heimat und für den Wiederaufbau und die Integration Europas zu arbeiten. Eines Tages wird dieses Opfer besser gewürdigt werden."
Die deutschen Vertriebenen haben diese Worte vor mehr als 9 Jahren vernommen. Ich frage mich nun heute: Wie lange werden wir noch warten müssen, bis die Politiker, Journalisten und Historiker jene Friedensleistung der deutschen Vertriebenen anerkennen?
Wie lange muß man in Deutschland warten, bis die deutsche Regierung diese Leistung würdigt? ... Das Recht auf die eigene Geschichte und auf die eigene Heimat existiert. Es darf kein leeres Postulat sein. Jedoch wirken manchmal gewaltige Kräfte dagegen – Kräfte, die wir unter dem allgemeinen Begriff des Zeitgeistes wiederfinden – in der Politik des Schweigens, der Desinformation, der Satanisierung, der Erpressung, der Anpassung, ja, auch in der Politik des billigen Opportunismus. ...<<

29.03.1995

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt am 29. März 1995 über die nicht selten bösartigen Berichte zum 100. Geburtstag des Schriftstellers Ernst Jünger (x268/162): >>... Dem eifrigen Zapper eröffnet die Berichterstattung zu Ernst Jüngers Hundertstem dieser Tage spannende Einblicke. So präsentierte das ZDF-Magazin "Frontal" einen Brief Roland Freislers über Jünger, von dem schon 1993 nachgewiesen wurde, daß er gefälscht ist. Ein Blick ins Zeitungsarchiv hätte darüber schnell Auskunft gegeben. ...
Man mag heute über Jünger denken, was man will: Die aktuelle Berichterstattung über ihn ist nur in einem Milieu umfassender Desinformation möglich.<<

März 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>**Selektives Gedenken**

... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind? Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.
Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezichtigung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen (darunter nicht wenige Priester)?
Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion

2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...
Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?
Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs).
Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."
Amerikanische Soldaten (bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab) hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.
Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder (von Ost und West) gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragenskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes.
Es stand damals - nicht ohne die Schuld (Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand) und Dummheit (Roosevelts Plan eines Weltkondominiums mit Stalin und Desinteresse an Europa. Verzicht auf den politischen Einsatz des Alleinbesitzes der Atombombe 1945) hoher Politiker vor einem elementaren Dilemma: Stalin Deutschland und damit Europa auszuliefern, was die Westmächte, als sie in großer Torheit und unter Eisenhowers Befehl an der Elbe haltmachten (die deutschen Truppen kämpften nicht mehr gegen sie), wissentlich insoweit zuließen, oder bis zum opferreich bitteren Ende für Deutschland und Europa weiterzukämpfen.
Mit den Deutschen sahen das auch 600.000 Freiwillige aus ganz Europa so, darunter Russen (unter General Wlassow), Kosaken u.a.m., die hervorragend kämpften: z.B. in Pommern die Wallonen, in Berlin 1945 die Franzosen ...
Der zerreißende Konflikt, den gerade auch gläubige Menschen, die wahrhaft innigst ein Ende dieses sozialdarwinistischen, und damit strukturell verbrecherischen Regimes ersehnten, ist treffend vom ersten Bundespräsident Theodor Heuß herausgestellt worden:
"Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Weil das eine nicht ohne das andere zu erreichen war. Und man muß hohe Achtung vor denjenigen haben, die sich bis zum Schluß opferbereit eingesetzt haben, um noch zu retten, um noch Schlimmeres zu verhindern.
War nun alles sinnlos? Im persönlichen Schicksal, im Leben des Volkes, so im geschichtlichen und tieferen Ideenkampf erheben sich für den Gläubigen wahrhaft quälende, bittere,

nachhaltig schmerzende Gedanken. Die Hl. Schrift beschreibt gelegentlich die Geschichte der Völker und Kulturen, gleichsam hinter dem äußeren, oft katastrophischen Geschehen, als ein gewaltiges "Spiel", bei dem die Akteure und die Opfer etwas bewirken, was jenseits ihres jeweiligen Horizonts gewollt wurde.
Europa wurde schließlich, durch den Verrat von Jalta und Potsdam nur teilweise, seit 1989 fast ganz, gerettet. Bis 1945 und danach hat daran - jenseits der Motive - Deutschland einen hervorragenden Anteil. Schon 1919 durch das Scheitern der kommunistischen Revolution in Deutschland, die Europa ins Wanken gebracht hätte (Vgl. die kenntnisreiche, wenngleich parteiisch prorevolutionär eingestellte Studie von Sebastian Haffner, "Der Verrat, 1918/19 - als Deutschland wurde, wie es ist" ...).
Adenauers klare Entschiedenheit, die Unverführbarkeit der Deutschen durch den Bolschewismus hat Europa, wo Italien, Frankreich, Spanien insofern tief gefährdet waren, stabilisiert. Die friedliche Revolution von 1989 hat dieser epochalen Widerstandskraft das befreiende Siegel aufgedrückt. In und hinter allem waltet ein letzter Ausgleich. Davon ist der gläubige Mensch überzeugt, der nicht - wie heute weitgehend - die Eschatologie ausklammert, beschweigt, umdeutet, aus Verkündigung und Unterricht ausschließt (siehe das empfehlenswerte Büchlein von Georg Scharf "Frohbotschaft oder Drohbotschaft?" ...).
Die großen Wirklichkeiten von Schuld, Sünde, Sühne, Segen oder Fluch, Gericht und Vollendung müssen uns auch im April/Mai 1995 Fundament und Gehalt jenes lauteren Gedenkens sein, das unter dem Zeichen des Kreuzes und in Osterhoffnung zur Haltung würdiger pietas reift.<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>**Die Linke ist noch nicht am Ende**
Der Kampf geht weiter
Ich habe hier schon einmal über die "Linke" geschrieben, sollte aber dennoch wiederholen, wie man die Begriffe "links" und "rechts" einordnen muß, vor allem, um zu vermeiden, daß man behauptet, sie berühren sich in ihren Extremformen.
Das wird gerne mit wissendem Augenaufschlag in Diskussionen wiederholt, doch extrem kalt ist völlig anders als extrem heiß, extrem nah als extrem fern, extrem groß als extrem klein. Wer nun darauf besteht, daß in der politischen Arena rechts nahezu links sei, weiß nicht, was diese beiden Begriffe in der Tat vertreten.
Auch kennt er vielleicht nicht den Unterschied zwischen wirklichen Feinden und bloßen Konkurrenten. Der Bierbrauer, der ein dunkles Bier herstellt, ist ein Konkurrent jenes, der entweder auch ein dunkles oder vielleicht auch ein helles Bier zusammenbraut. Sein wirklicher Feind ist jedoch der propagandistisch aktive Antialkoholiker. Das schließt freilich nicht aus, daß manchmal der Konkurrent mehr gehaßt wird als der Feind.
Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.
Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt

schneiden. Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.
- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen la sinistra die Linke, il sinistro den Unglücksfall bezeichnet, was in den uralaltaischen, semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments.
In den Parlamenten war es einst die Opposition, die auf der Linken saß. Es war also das "Nein", das links zur Geltung kommen sollte. Das änderte sich aber ein wenig mit der Zeit und links und rechts erhielten ein weltanschauliches Profil, vertraten aber weiter das JA und NEIN, diesmal aber zur natürlichen Ordnung. Die Linke bestand zur Schöpfung auf dem NON SERVIAM.
Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße.
Aber wo steht die Linke heute, was strebt sie im Einzelnen an, was sind ihre Nah- und Fernziele? Sie vertritt nicht eine weltweite "Verschwörung", sondern denkt und handelt ganz "automatisch" unter dem Einfluß des "Bösen", auf den sich ja unsere letzte Vaterunser-Bitte deutlich bezieht.
Durch den Sturz des "Sozialistischen Vaterlandes" (UdSSR) in noch größere Armut, Verlust eines guten Teiles ihres Imperiums, steigendem Verbrechen und Schwindens ihres Ansehens ist dem orthodoxen Marxismus, der in Wirklichkeit schon längst als ein wirtschaftlicher Unsinn erkannt worden war, doch ein Todesstoß versetzt worden. Das schadete vielleicht einem Teil der Linken, der sich Marx verschrieben hatte. Das Herzstück des Marxismus war eine Wirtschaftstheorie, und dieses Herzstück versagte völlig.
- Man darf da nicht vergessen, daß Marx ein vom Haß lodernder Ignorant war, der nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt hatte, die Arbeiter als "Knoten" und "Straubinger" verachtete und in ihnen lediglich seine Handlanger in einer von ihm ersehnten und heraufbeschworenen Götterdämmerung sah, in der Staat, Gesellschaft, Moral und Religion untergehen sollten. Wer nicht seine Gedichte kennt, soll über ihn auch nicht reden. Nur so kann man den Charakter und die Psyche dieses parasitär lebenden amoralischen, noch vor dem Nationalsozialismus die "Emanzipation der Menschheit vom Judentum" fordernden, haßgequälten und größenwahnsinnigen Neiders voll erfassen.
Welch Leid er angerichtet hatte, kann man nicht einmal in Europa voll erfassen. Da muß man auch China und Vietnam unter die Lupe nehmen. In Chinas Quangxi Provinz mußte man, um nicht als "Gegenrevolutionär" in Verdacht zu geraten, die Leichen der ermordeten "Klassenfeinde" buchstäblich auffressen. In Vietnam wurden Priester lebendig begraben - alles Untaten der doch ideologischen Verwandten unserer ehrenwerten, doch ganz wohlerzogenen Sozialdemokraten mit Nadelstreifenanzug und Modekrawatten.
Wie man sieht, hat der Marxismus ein sehr breites Band – von der "gastronomischen Demokratie" bis zum kultivierten roten Großbürgertum. Aber die Linke hat eine noch viel, viel größere Bandbreite und der sozialistische Flügel ist heute bereit, Staatsunternehmen zu verhökern, zu "privatisieren". Das tun nicht nur "Sozialdemokraten" im Westen, sondern selbst

Kommunisten in China in einer brutalen kapitalistischen "sozialistischen Marktwirtschaft".
(Das erinnert an die Worte von Konfuzius: "Wenn der Sinn der Worte verfälscht wird, verlieren die Völker ihre Freiheit".)
Ist 1989 also ein ganz großer Schlag für die Linke gewesen, der jetzt den guten Leuten auf der Rechten erlaubt, sich zur Ruhe zu begeben? Davon kann keine Rede sein, denn die Linke ist nun endlich ihre zwei größten Hypotheken losgeworden: den Köhlerglauben an den Staatskapitalismus (der richtige Name für den Sozialismus) und die friedensbedrohende UdSSR mit ihren Gulags und anderen Greueltaten.
Die Linke kann nun den liberaldemokratischen Staat bejahen, in seinem Rahmen sich voll ausleben und in diesem zu neuen, höchst "populistischen" Eroberungen schreiten.
Sie stellt eine Anthropolatrie dar, welche die "Stadt des Menschen" an die Stelle der "Stadt Gottes" setzt und überzeugt ist, daß die Hoffnung auf ein Jenseits, in dem alle Tränen des Menschen getrocknet werden eitel sei, denn nur so kann dank des "Fortschritts" und kluger menschlicher Anstrengungen schließlich das Paradies auf Erden verwirklicht werden. Wenn Marx alle Religion ein "Opium des Volkes" nannte, so drückte dieser fatale Ökonomist eine ganz allgemeine "horizontale" linke Überzeugung aus.
Man glaubt aber auf der Linken, daß man zumindest diesem Ziel nahe kommt, wenn man innerhalb des Rahmens des liberaldemokratischen Staates (der doch für Gleichheit, Freiheit, Mehrheitsherrschaft und weltanschauliche Neutralität einsteht) durch Propaganda, Überredung, kluge publizistische Planung und die Eroberung von Schlüsselstellungen in den Medien und in den Schulen über die Kräfte der Finsternis, der Reaktion und der Ausbeutung siegen kann. Eine Diktatur sei dafür gar nicht notwendig. Auch nicht der Staatskapitalismus. Für eine "sanfte Revolution" genüge doch die Zersetzung der dunklen Kräfte der Reaktion und die einmal gewonnene Majorität des Volkes in freien Wahlen.
Nun gibt es in den heutigen Liberaldemokratien immer noch überlebende Einrichtungen - staatliche, gesellschaftliche, kirchliche - und gegen diese kämpft die Linke gar nicht so erfolglos, denn sie arbeitet mit "klaren, aber falschen Ideen", um einen Ausdruck Tocquevilles zu gebrauchen. Die Linke kommt mit schönen, paradiesischen Versprechungen, sie appelliert an den "gesunden Menschenverstand" (d.h. volkstümliche Vereinfachungen) und selbstverständlichen auch an rein physische Triebe vom Sexus bis "hinauf" zur materiellen Sicherheit.
Der Kirche und Familie wird der Sexshop und das "Sozialnetz" entgegengesetzt. Auch die Gleichheit muß betont werden, denn Ungleichheit wirkt "bedrückend", Respekt oder Autorität kann eine Fessel bedeuten. Selbst alle Idoneität, alles Wissen muß "hinterfragt" werden. Jedermann kann über Jegliches ein Urteil fällen. Menschen werden arithmetische Begriffe, die sich addieren oder subtrahieren lassen.
- Dahinter steht freilich doch - völlig uneingestanden – die Idee des Allmächtigen Staates, der mit "flachen", horizontalen, gut übersichtlichen Massen von gläsernen Menschen diese leicht übersehen, durchschauen, kontrollieren und gängeln kann. Natürlich sollten diese armen Leute glauben, daß sie "Individualisten" wären und das sind sie auch gewissermaßen.
Aber schon Maritain hat auf den Unterschied zwischen "Individualismus" und "Personalismus" hingewiesen. Ein "Individuum" ist, wie schon der Name ("Unteilbares") besagt, der kleinste, unteilbare Bestandteil eines Haufens, zum Beispiel das Sandkorn in einem Sandhaufen. (Daher wird das Wort "Individuum" in mehreren Sprachen als Ausdruck der Verachtung gebraucht.) "Person" aber kommt vom etruskischen PHERSU, der Maske des Schauspielers auf der Bühne und steht daher für eine einzigartige und unübertragbare Rolle.
Die Linke ist eben nicht personalistisch, sondern auf individualistische Weise kollektivistisch. Dem arithmetischen Individuum steht die algebraische Person gegenüber. Eins und eins sind zwei, aber a plus b ergeben auch nur a plus b.
Also will ho poneros, der Böse, die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in

sich haben (und nicht woanders, in Gott), selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.
- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen (nahen, nächsten, fernen und fernsten) und selbstverständlich auch zu Gott. ("Vor Gott sind wir alle gleich." Was? Judas Iskarioth und Johannes der Täufer gleich vor Gott? Das jüngste Gericht eine Orgie der Gleichheit? Wird da ein gleiches Urteil über die Heiligen Helene, Hemma und Hildegard wie über den selbstmörderischen Mörder Heinrich Himmler gefällt werden?)
Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen, die Liebe in allen ihren Formen des Eros, der Philia und der Agape und schließlich auch der Sexus. In allen utopisch-kritischen Romanen
- Aage Madelungs "Zirkus Mensch", Aldous Huxleys "The Brave New World", George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen.
- In meinem utopischen Roman "Moskau 1997" kommt der Teufel vor. Er hat die Identität eines toten Polen angenommen und spielt als hoher Beamter eine politische Rolle, doch der geheime Erzbischof Sowjet-Eurasiens kann mit ihm, der sich eitel als "brillanten Geist", als lichtbringender Luzifer gebärdet, ganz offen reden.
"Es ist eine eigenartige Sache", bemerkte Uljan (der Erzbischof) nachdenklich, "aber wenn Sie einen Menschen oder die ganze Menschheit angreifen, dann konzentrieren Sie meistens ihre ganze Kraft und Bosheit auf die Sinnlichkeit und Geschlechtlichkeit. Das ist so billig. Eigentlich sind Sie ein kleinlicher Geist. ..."
"Ich bin nicht kleinlich!" schnappte der andere zurück. "Ich bin lediglich radikal. 'Radikal' heißt eigentlich, von der Wurzel her. Und das Geschlechtliche ist die Wurzel alles Lebens. Nichts befriedigt mich mehr als den Urtrieb, neues Leben und damit Seelen zu zeugen, in finstersten Schmutz zu verdrehen. Ich hasse diese Menschenkinder, die am Schöpfungswerk Gottes teilnehmen dürfen. Zumindest ist es mir ein Trost, wenn die Menschen Gott einen Schabernack treiben. ... Ich will die Schöpfung nicht! Und wenn ich sie nicht schon vernichten kann, dann soll sie wenigstens umgebogen, umgefärbt, verzerrt werden!"
Das satanische Element in der Linken ist das "Flachtreten" der Menschheit, in der jedes "Individuum" ersetzbar und auswechselbar ist - eben wie die Ameise im Ameisenhaufen. Das kann man leicht mit anonym wählenden NSDAP oder PDS-Wählern vor den Urnen machen, aber nicht mit der Familie, in der Großeltern, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, ja auch Onkel und Tanten völlig verschiedene Funktionen haben. Da spielen natürliche Zuneigungen eine Rolle: die Freundschaft-in-der-Verwandtschaft (die C. S. Lewis the affections nannte), vor allem aber die Sehnsucht nach dem Kind, die Eros-Liebe und die mit ihr nicht identische Geschlechtlichkeit.
Es sei hier nebenbei vermerkt, daß ein guter Teil dieser "familistischen" Schau in unserem patriarchalen Glauben als auch in der Kirchenstruktur vertreten ist und in der alten politischen Ordnung der Christenheit eine sehr wichtige Rolle spielte. Das mag auch in einer wieder personaler werdenden Kultur erneut der Fall sein. Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer

werdenden Zeitalters. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.
Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die "Perversio", wenn nicht Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. (Mit der Agape kann sie sowieso nichts anfangen, außer sie vielleicht in eine unpersönliche Menschheitsbegeisterung entstellend aufzublasen). Sie spürt ja auch genau, wer dahinter steht: Gott-Vater wenn nicht gar die Himmelskönigin mitsamt der Heiligen Familie. Und die Linke erinnert sich wahrscheinlich auch daran, daß einmal Könige als Väter des Vaterlandes betrachtet wurden ... allerdings vor dem Zeitalter des "Nationalismus" und "Internationalismus". ...
Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. Zwischen der Eros-Liebe und dem Sexus kann es eine Harmonie geben, aber zumal auch einen Gegensatz. Wie ich in meinem umfangreichen Buch über die Liebe schrieb.
Es mag ein Mann eine Frau begehren, aber nicht lieben, lieben, aber nicht begehren oder auch beides tun. Was zwischen einem brutalen Notzüchter und einer Frau geschieht kann man doch keinen "Liebesakt" nennen! Sicher aber ist es, daß ein Zeitalter ungebundener Sexualität der wahren Liebe höchst abträglich ist und Don Juan oder Casanova kein echtes Liebesleben, sondern lediglich eine Sexualexistenz führte. Das wußte auch der weitgehend verkannte Freud, der dem Christentum und seiner Askese dankte, daß durch sie am Ende der Antike der Eros vor dem überwuchernden Sexus gerettet wurde.
- Nun aber ist der Eros viel mehr als der Sexus auf die Ehe gerichtet, wer also der Sexualität tierisch verfällt ist kein idealer Ehepartner. (Diese Dichotomie zwischen Eros und Sexus ist bei Männern zumeist ausgeprägter als bei Frauen, die oft sträflich und naiv glauben, daß ihre leibliche Hingabe einen von ihr geliebten Mann "fesseln" wird. Auch die Prostitution "lebt" von dieser männlichen Spaltung).
Tatsächlich aber ist die Unkeuschheit nicht notwendig die schwerste Sünde, wohl aber eine Hauptsünde, denn mit ihr sind wieder kausal und psychologisch zahlreiche anderen Sünden, wenn nicht gar Verbrechen verbunden. Die Linke ist daher schon seit jeher bestrebt, alle sexuelle Kriminalität, soweit es geht, im Strafgesetzbuch zu streichen. (Dazu gehört am Rand der Mord an den Ungeborenen, denn seine Verfolgung "hemmt doch das Liebesleben.")
Kurioserweise dehnt sich diese "Toleranz" noch nicht auf den Lustmord aus. (Ob die schon beantragte Entkriminalisierung des Inzests in Schweden Erfolg hatte, ist mir unbekannt.) Daß die Unzucht den Charakter untergräbt ist ebenso selbstverständlich wie daß sie zum Untergang der Völker führt, was auch dem sehr kirchenfeindlichen Ernest Renan einleuchtete").
Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern (mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters) oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau. So haben die Ehepartner nunmehr in Österreich und Deutschland das Recht, für sich und auch für ihre Kinder den Familiennamen zu wählen, womit das patriarchale Element (wesentlich in der christlichen Ehe) in Frage gestellt und die Familie gesichts- und geschichtslos gemacht wird".
Auch wurde in Österreich die von den Nationalsozialisten eingeführte bismarcksche Zwangszivilehe absichtlich belassen. Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".
Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir

gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. Das geht heute aber so weit, daß wir von Klerikern beider Konfessionen hören, die homosexuelle Pärchen "trauen" wollen und von Gesetzgebern, die es solchen Paaren gestatten wollen, Kleinkinder zu adoptieren und somit ihren problematischen "Lebensstil" übertragen können. Tatsächlich ist nur ein winziger Prozentsatz der Homosexuellen genetisch so unglücklich veranlagt und die ganz überwiegende Mehrheit erst später durch Erlebnisse und Eindrücke psychisch erkrankt (und deshalb auch zum Teil heilbar).
- Homosexualität ist weitgehend ein kulturelles Problem und unsere Sexualität (wie der Eros) "Moden" unterworfen. Die Objekte der Liebe wie auch des Begehrens variieren sowohl zeitlich als auch geographisch. Die ideale Frau für Rubens sah anders aus als für die Photographen unserer Modezeitschriften. Bei allem Mitleid, das wir für die vom Schicksal so geschlagenen Menschen haben müssen (denn die Liebe zum anderen Geschlecht ist so bereichernd), wird ein gesundes Volk wegen der Plastizität von Eros und Sexus der Homosexualität kein "Öffentlichkeitsrecht" geben.
Sie ist dank unseres erbsündlichen Status' in gewissem Ausmaß "ansteckend" und kann sogar "gezüchtet" werden. Doch war die Homosexualität immer schon ein Politikum, und Thomas Mann in seinem revolutionären (Buch) "Von deutscher Republik" (1924) berief sich in seiner linken Argumentation auf den Barden der amerikanischen Demokratie, Walt Whitman, und unterstrich dabei dessen "kameradschaftliche" Homosexualität, was uns freilich bei unserem heutigen Wissen über Thomas Mann nicht mehr wundern sollte. Er flirtete nach seiner Rückkehr aus dem Exil mit der DDR und stand somit für eine totale "Horizontalität".
Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".
Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".
Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.
Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.
Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch.
Schon das Wort "Unterschied" erfüllt sie mit Verdacht. Es ist überhaupt ein Wunder, daß Linke nicht - noch nicht! - gegen das getrennte Auftreten von Männern und Frauen bei sportlichen Wettbewerben protestiert haben. (Dahinter stünde vielleicht die Angst, daß dabei die Frauen schlechter abschneiden könnten und Gruppenunterschiede sind nun einmal "undemokratisch". Schließlich ist auch jedermann, der behauptet, daß die Ibos intelligenter sind als die

Yorubas oder die Tutsis längere Beine haben als die Bambutis, ein "Rassist")
Doch wendet sich die Linke organisch zusammenhängend gegen die Rechte, d.h. das Rechte, Gerechte und Richtige, also auch gegen Gott, Gottes Wort und die natürliche Ordnung. Sie ist bewußt Menschenvergötzung und vertritt daher einen rein menschlichen "Konstruktivismus" (um einen Ausdruck Poppers und Hayeks zu gebrauchen) und dieser ist von den ewigen Wahrheiten sternenweit entfernt. Das aber führt ganz automatisch zum Untergang.
- Wer aber zweifelt, daß in der linken Position ein echter innerer ideologischer Zusammenhang besteht, sollte sich eine wahrhaft ekelhafte Szene aus dem französischen Film "Letzter Tango in Paris" zu Gemüte führen.
Da sehen und hören wir einen verzweifelten Wüstling, der ein widerstrebendes Mädchen in einem schmerzhaften und perversen Sexualakt dazu zwingt, zu gestehen, daß sie mit Gott, Glauben, Ehre und Vaterland nichts mehr zu tun haben wolle. Sie will ihm nicht gehorchen, aber sie gibt schließlich stammelnd, vom Schmerz überwältigt nach. (Unwillkürlich ist man erfreut, daß sie ihn bald darauf erschießt.) Diese wahrhaft satanische Szene – noch grausiger als die übrigen - beleuchtet mit grellem Licht die politische Szene nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt.
Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.
"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<

06.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**
... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...
Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.
Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...
Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...
Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.
Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

08.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1995: >>**SPD rügt konservativen Appell**
... Ein von rechtskonservativen Politkern und Intellektuellen angeregter Aufruf zum 8. Mai hat zu einem neuen Streit über die Bewertung des Kriegsendes vor 50 Jahren geführt. In dem am Freitag veröffentlichten Aufruf "Gegen das Vergessen" wird gefordert, den 8. Mai nicht nur als Tag der Befreiung, sondern auch als Beginn der Vertreibungen und neuer Unterdrückung im Osten Deutschlands zu sehen.

Prominentester Unterzeichner des Aufrufs sind der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundesfraktion Alfred Dregger und Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger (CSU). Initiatoren und rechtsgerichtete FDP-Mitglieder wie der Journalist Rainer Zitelmann und der frühere Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Als einziger SPD-Politiker hat der frühere Verteidigungs- und Finanzminister Hans Apel unterschrieben. ...
Einer der Initiatoren, der Berliner Journalist Heimo Schwilk, ... sagte: "Mit der Betonung des 8. Mai werde ... ein Begriff der Sowjets übernommen."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Besiegt und befreit**
... Die Gefühle der Deutschen waren sicherlich unterschiedlich. Einige freuten sich über das Auftauchen der Amerikaner, weil das Schlachten und der Bombenterror aufhörten. Andere sorgten sich, wie das Leben in den zerstörten und geplünderten Städten weitergehen sollte. Etliche zitterten vor der Rache der Sieger. Nur die, die von der NS-Diktatur eingesperrt, verfolgt, gequält und bedroht worden waren, werden das Kriegsende als Befreiung empfunden haben. Für die anderen war es die bittere Stunde Null.
Befreit oder besiegt? 1945 erlebte das deutsche Volk eine verheerende Niederlage: Das Reichsgebiet besetzt und zerstückelt. Große Teile des Landes gingen verloren. Millionen Menschen waren umgekommen, in der Blüte des Lebens dahingerafft. Die Städte nur noch Trümmerhaufen. Das ganze Volk stand unter Kuratel (Vormundschaft) der Alliierten, unmündig und ohnmächtig.
So sahen es auch die Siegermächte. Sie betrachteten die Deutschen keineswegs als zu befreiendes, sondern als zu bestrafendes Volk. Daß die Sowjets später in der DDR den Tag der Befreiung feiern ließen, war eine von den vielen Geschichtslügen – denn die DDR-Deutschen blieben bis 1989 am Gängelband. Ebenso verfuhren die Westmächte in ihren Territorien. Sie setzten die Verwaltungen ein und sagten ihnen, was sie zu tun hätten. Sie führten eine "Entnazifizierung" durch und urteilten über die (deutschen) Kriegsverbrecher in Nürnberg. Das deutsche Volk sollte ein für allemal klein und schwach bleiben.
Daß später alles anders kam, hatte nichts mit Befreiung zu tun. Nach 1948 wurden die Deutschen als Basis im Ost-West-Konflikt zwischen den Siegermächten wieder gebraucht. ...<<

11.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Kritik am Aufruf zum 8. Mai wächst**
... Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, äußerte Verständnis dafür, daß die Befreiung "zwiespältig in Erinnerung bleibt".
Lehmann sagte, er sehe in dem Aufruf kein Anzeichen für das Anwachsen einer neuen Rechten. ... Für ihn sei es ein Tag der Befreiung gewesen. Es wäre aber seiner Ansicht nach ungerecht, wenn nicht an die vielen Millionen Vertriebenen gedacht würde.<<

13.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Der Streit um den 8. Mai ist typisch westdeutsch**
Kein Begriff beschreibe die aktuelle politische Debatte in Deutschland so gut wie das kleine Wort "umstritten", meint Arnold Vaatz. "Jedem unbequemen Menschen wird diese Eigenschaft angehängt wie ein großes Schild. Wer umstritten ist, wird abgestempelt und bekommt ein negatives Image", sagt der frühere Bürgerrechtler, der seit 1990 als Staatskanzleichef und später als Umweltminister in der sächsischen Landesregierung arbeitet. Für Vaatz ist deshalb auch klar: Die Unterzeichner des Aufrufs "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" hätten in erster Linie provozieren und aufrütteln wollen ...

... Bisher hätten die Deutschen zu lange so getan, als müßten angesichts des Kriegsendes die Vertreibung vieler Menschen und die Diktatur in Ostdeutschland verdrängt werden. Diesen wunden Punkt berührten die Unterzeichner nun, und darüber regen sich nach Vaatz' Meinung deshalb so viele Leute auf, weil gerade die politische Debatte in Westdeutschland einen großen Fehler habe: "Wenn man im Westen über dieses Thema redet, muß man jeden Satz mindestens dreimal sagen, bevor er richtig verstanden wird. Im Osten meint der Politiker, würden solche Fragen nüchterner besprochen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

18.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. April 1995 über die antikommunistische polnische Bewertung des 50. Jahrestages des Kriegsendes: >>**Was für ein Sieg soll das gewesen sein?**

... Wir feiern das Ende des Krieges - des Krieges mit den Deutschen", betont Kazimierz Zaleski, Veteran der antikommunistischen bürgerlichen Heimatarmee: "Denn der Krieg mit den Sowjets ging ja noch ein paar Jahre weiter."

Als die Rote Armee in Polen einzog, verließen viele polnische Partisanen die Wälder und meldeten sich für den Frontdienst. Doch statt nach Berlin zu marschieren, wurden sie vom sowjetischen Geheimdienst entwaffnet, landeten in Gefängnissen oder wurden ermordet. Ihre Kameraden in den Wäldern entschlossen sich, weiterzukämpfen. ...

Monate nach der deutschen Kapitulation stürmten Einheiten der Heimatarmee das Gefängnis von Kielce und befreiten 700 politische Gefangene. Antikommunistische Partisanen überfielen Kommandanturen der polnischen Geheimpolizei, kommunistische und sowjetische Geheimdienstler entführten "feindliche Elemente, folterten sie, brachten sie um und verscharrten die Leichen in den Wäldern.

"Die Opfer der Nazis kennen wir, sagt Kazimierz Zaleski ... Die Opfer der Kommunisten kennen wir nur selten, obwohl es weit weniger waren. Die Kommunisten legten keine Massengräber an und hielten die Hinrichtungen streng geheim."

Befreiung? Sieg über den Faschismus? "Was für ein Sieg soll das gewesen sein?" Und bitter fügt Zaleski an: "Wir haben die Hälfte unseres Landes und unsere Freiheit an die Sowjets verloren. Deren Opfer haben bis heute noch nicht einmal Grabsteine." ...<<

19.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**

... Um die Bewertung und Gewichtung der Stunde Null am 8. Mai 1945 wird hartnäckig gerungen: Ist es angemessen im selben Atemzug die Befreiung vom Nationalsozialismus und die

Niederlage, den Beginn der Vertreibung und die sich anbahnende Teilung Deutschlands zu nennen? ...
Die in 20 Sprachen übersetzte Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag am 8. Mai 1945 fand in der Welt weithin positiven Widerhall. ... In der Nachkriegszeit, sagte von Weizsäcker, sei von Tag zu Tag klarer geworden, "was es für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht am Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." ...
Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes.
Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."
Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. April 1995: >>**Eine Einladung an Walesa wäre ein gutes Signal gewesen**
"Das tut mir leid", sagte Marian Turski (Leiter der historischen Redaktion der polnischen Wochenzeitung "Polytika") spontan, als er vor kurzem in Weimar erfuhr, daß viele der schönen Häuser im Zweiten Weltkrieg zerbombt worden waren. "Als vor 50 Jahren Dresden zerstört wurde, war ich glücklich", ergänzt er aber: "Das war für mich kein Verbrechen."
Damals befand sich der heute 68jährige Redakteur der Warschauer Wochenzeitung "Polytika" im Konzentrationslager Auschwitz. Als polnischer Jude hatte er bereits einige Jahre im Getto Lodz hinter sich ...
Marian Turski bemüht sich, zwischen "anständigen" und "schlechten" Deutschen zu unterscheiden. Als Historiker und Buchautor beobachtet er immer auch mit einem Auge die Gegenwart. 50 Jahre nach Kriegsende stört ihn, daß die Deutschen "nicht über ihren Schatten springen konnten" und den polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa zum 8. Mai nicht nach Bonn einluden.
"Auch wenn wir schon keine Supermacht sind: Ein Superopfer sind wir auf jeden Fall." Eine Einladung wäre immerhin eine Geste der Versöhnung gewesen, meint er. ...
Grundsätzlich seien die Polen zufrieden mit den Beziehungen zu Deutschland. Natürlich erhoffen sie sich, über die Bundesrepublik in westeuropäische Institutionen hereinzukommen, räumt er ein. ...<<

27.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**

... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter.

Lediglich in den USA, Österreich und Frankreich findet eine Mehrheit der Bevölkerung die Deutschen sympathisch. Dagegen sind Bundesbürger in Griechenland bei nicht einmal einem Viertel beliebt. Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte.

Im Gegenzug sind die Spanier bei den Deutschen die Beliebtesten unter den acht Nationen, zu denen noch Italien, Österreich, Frankreich, England, Griechenland, Türkei und die USA zählen. In jedem Land befragte das Ipsos-Institut jeweils 1.000 Personen. Auch nur jeder dritte Italiener stufte die Deutschen als "sympathisch", während 58 Prozent der befragten Deutschen die Italiener als beliebt einstufte.

Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<

29.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. April 1995: >>**Polens Außenminister nennt die Vertreibungen Unrecht**

... Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und als Unrecht bezeichnet.

Bartoszewski sagte am Freitag in der Feierstunde von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Polen beklage die Leiden unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat verloren hätten. "Das Böse ist Böses und nichts Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist", zitierte Bartoszewski unter dem Beifall seiner Zuhörer den polnischen Essayisten Jan Jozef Lipski. ...

Bartoszewski rief die NATO und die Europäische Union auf, sich für die Reformstaaten Osteuropas zu öffnen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 29. April 1995 über die Vertreibung der Deutschen: >>... 50 Jahre hat es gedauert, bis sich das offizielle Polen bereitgefunden hat, die polnischen Gewalttaten bei der Vertreibung der Deutschen beim Namen zu nennen und das "Leid von unschuldigen Deutschen, die von Kriegsfolgen betroffen waren und ihre Heimat verloren haben", zu beklagen.

Der polnische Außenminister Bartoszewski hat mit seiner gestrigen versöhnlichen Rede im Deutschen Bundestag einen dicken Felsbrocken zur Seite geschoben, der auf dem Weg zur deutsch-polnischen Normalisierung lag. Es gibt noch genügend Vertriebene in Deutschland, die sich an die Rache der Polen für die Greuel des Krieges erinnern. ...

Die Polen sind vom Kriege, der deutschen Besetzung und der stalinistischen Ära besonders heimgesucht worden, bei ihnen sitzen die Verletzungen auch besonders tief. Es ist verständlich, wenn sie sich an den eigenen Beitrag zur Tragödie der Vertreibung nicht gern erinnern ließen. Die deutsche Seite hat sich bei dieser Frage auch sehr zurückgehalten. An die politischen Verfehlungen zu erinnern, paßte nicht zur Versöhnungspolitik.

Zur Normalität im politischen Alltag zurückzukehren heißt aber, offen über das Leid und die Verbrechen auf beiden Seiten zu reden. Das hat nichts mit Aufrechnung zu tun, es verfälscht nicht die Ursachen des Krieges, es ist aber ein Akt der geschichtlichen Wahrheit und Ausdruck einer souveränen Haltung. Mit seinen Worten hat Bartoszewski dazu beigetragen, daß sich Deutsche und Polen in dieser Frage in die Augen sehen können.<<

April 1995

BRD: Renate L. Wertz berichtet im April 1995 in dem "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Schleswig Holstein (x153/24-31): >>... Mit dem Zusammenbruch Deutschlands 1945 waren, einer Völkerwanderung gleich, innerhalb kurzer Zeit mehr als eine Million Flüchtlinge und Vertriebene ins Land geflutet. Gemessen an der Einwohnerzahl des Jahres 1939, die rund 1,589 Millionen betragen hatte, war die Bevölkerung Schleswig-Holsteins infolgedessen bis 1946 um knapp 63 Prozent und bis zur Volkszählung 1950 um 63,3 Prozent auf nunmehr 2,595 Millionen angewachsen.

Wie man dieser Menschenmassen Herr werden sollte – wo sie unterzubringen, wie sie zu ernähren und mit den notwenigsten Mitteln des Bedarfs zu versorgen waren – blieb freilich der Phantasie und dem Organisationstalent der einheimischen Verwaltungsdienststellen in Kreisen und Gemeinden des Landes überlassen, da die britische Militärregierung die Bewältigung des Flüchtlingsproblems von Anfang an als rein deutsche Angelegenheit betrachtete, wenngleich sie natürlich als bestimmende Instanz durch Erlasse und Verfügungen den behördlichen Ordnungsrahmen hierfür setzte.

Anfangs, als nach dem Zusammenbruch weder Postbeförderung noch Telefon funktionierten, völlig ohne Vorankündigung, später dann meist einige Tage, manchmal aber auch nur 24 Stunden vorher angemeldet, trafen die Vertriebenentransporte in den schleswig-holsteinischen Kreisen ein. Oft kamen sie in Gemeinden an, die – ohne daß dies von den britischen Dienststellen hinreichend zur Kenntnis genommen wurde – mit Flüchtlingen und Evakuierten längst voll belegt waren, und binnen kurzem hatten die örtlichen Behördenvertreter irgendein, wenn auch noch so notdürftiges Quartier zu beschaffen.

Daß es dabei verständlicherweise Weise häufig, besonders während des Jahres 1946, als die Flüchtlingslawine immer noch kein Ende fand, zu Reibereien mit der ansässigen Bevölkerung kam, wenn für die Einweisung der Neuankömmlinge wieder und wieder rigoros jeder nur irgendwie nutzbar erscheinende Raum beschlagnahmt wurde, ist aus vielen Kreisen des Landes bekannt, und des öfteren mußten die Vertriebenen unter dem Schutz von Maschinenpistolen in ihre neuen Unterkünfte Einzug halten.

Unruhe und Widerspruch, ja bisweilen offene Feindseligkeiten gegenüber den Flüchtlingen gab es unter den Einheimischen vor allem deshalb, weil die Beschaffung von Privatquartieren mit dem Wandel im Bereich des Wohnrechtes verbunden war und zum Teil erheblich in die Besitz- und Güterordnung eingriff.

Über das deswegen aufbegehrende bürgerliche Rechtsempfinden setzten sich die Vertreter der britischen Besatzungsmacht jedoch ohne weiteres durch Mittel des Verwaltungszwanges hinweg, indem Wohnräume nach Notwendigkeit requiriert, Zwangseinweisungen, Zwangsmietverträge sowie Maßnahmen des Wohnungstausches verfügt und freiwerdende Unterkünfte der Meldpflicht bei den Wohnungsämtern unterworfen wurden.

Aus zeitgenössischer Sicht des Jahres 1948 hieß es über diese Maßnahmen:

"Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist."

Indessen mochten all diese Maßnahmen auch tatsächlich "ungeheuerlich" sein, irgendwo mußten die Flüchtlinge schließlich bleiben, und freiwillig waren sie ja nicht gekommen.

Es ist aus heutiger Sicht nur schwer möglich, sich einen Begriff von den oftmals abenteuerlichen Behausungen zu machen, in welche die Vertriebenen, der Not gehorchend, gesteckt werden mußten, und jeder war sich im Grunde darüber im klaren, daß die Quartiere eigentlich menschenunwürdig waren. Wer in ein Wohnhaus oder ein anderes festes, auch zu Wohnzwecken dienendes Gebäude einziehen konnte, mochte sich glücklich schätzen.

In vielen Gemeinden, in denen die einheimische Bevölkerung infolge der Überfüllung bald in

der Minderheit war, konnten die Neuankömmlinge nur in Notquartiere eingewiesen werden. Diese wurden als Massenunterkünfte in Kasernen, ausgedienten Munitionslagern und ehemaligen Lagern des Reichsarbeitsdienstes, in Hallen, Schulräumen, dörflichen Tanzsälen, Kegelbahnen, Lagerhäusern und Fabriken eingerichtet, wo dann mehrere Familien in einem Raum zusammenleben mußten.
Aber auch Gebäudereste von ausgebombten Häusern, Wohnlauben, Strandhäuschen, Nissenhütten, Behelfsheime, Wohnbaracken, Bunker mit Notwohnungen, Wohnwagen, Wohnschiffe, Läden, Werkstätten, Schuppen und Scheunen, ja sogar Schweine- und andere Viehställe, Höhlen und Erdbunker wurden zur notdürftigen Unterbringung der Menschenmassen genutzt.
Dazu hieß es in einer 1947 mit Erlaubnis der britischen Militärregierung veröffentlichten Schrift:
"Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst. Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein."
Wie groß die Wohnungsnot in Schleswig-Holstein selbst zum Zeitpunkt der Flüchtlingssondererhebung 1950 noch war, läßt sich nicht zuletzt auch daran erkennen, daß von den in Notquartieren untergebrachten Menschen damals noch immer 14,5 Prozent in Massenunterkünften lebten. Hierbei nahmen die Städte Lübeck, Flensburg und Kiel mit einem Anteil von zusammen 44,5 Prozent landesweit die Spitze ein, wobei vor allem in Flensburg, bezogen auf die Relation Flüchtlinge in Massenquartieren bzw. Flüchtlinge in Notunterkünften, mit 38,4 Prozent eine besonders bedrückende Lage sichtbar wurde.
Aber auch in den Landkreisen Schleswig (28,2 Prozent), Eutin (24,9 Prozent), Herzogtum Lauenburg (19,2 Prozent) und Südtondern (18,6 Prozent) herrschten in dieser Hinsicht recht ungünstige Verhältnisse, während sich die Vertriebenen in den Kreisen Süderdithmarschen (2,4 Prozent) und Husum (2,8 Prozent) diesbezüglich in einer sehr viel günstigeren Situation befanden.
Daß in Kiel eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen (4,2 Prozent) daneben auch in Gebäuderesten ausgebombter Häuser eine Bleibe gesucht hatte, war nach dem hohen Grad der Kriegszerstörungen in dieser Stadt kaum verwunderlich. In Neumünster dagegen, wo ebenfalls erhebliche Bombenschäden entstanden waren, wurden die Flüchtlinge vor allen Dingen in Nissenhütten untergebracht. Ihr Anteil an der so einquartierten Bevölkerung erreichte hier mit 39,4 Prozent den absoluten Spitzenwert im Lande, so daß die Nissenhütten in Neumünster geradezu als Symbol der Flüchtlingsgeschichte dieser Stadt gelten können.
In vielen Fällen waren die Notunterkünfte der Lager, ihrer ursprünglichen Nutzung entsprechend, am Rande der Gemeinden oder in abseitiger Verkehrslage angesiedelt, wodurch das Eigenleben der Vertriebenen gefördert wurde, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Pflege von Sitten und Gebräuchen, die die Menschen aus ihrer Heimat mitgebracht hatten und in denen sie sich in der Fremde wenigstens etwas heimisch fühlen konnten.
Natürlich brachte das Lagerleben mit seiner "Quasiöffentlichkeit" andererseits für die Betroffenen zahlreiche persönliche Einschränkungen mit sich, die manchmal für den einzelnen in psychischer Hinsicht geradezu bedrohlich wirken konnten.
Meist auf engstem Raum zusammengedrängt, wobei anfangs für einen Lagerbewohner 4 qm Platz vorhanden waren, hatten die Vertriebenen hier vor allem unter dem weitgehenden Verlust ihrer Privatsphäre zu leiden, die sie dennoch aber mit allen möglichen Mitteln zu behaupten suchten. Um sich wenigstens die Illusion eines ungestörten individuellen Raumes zu verschaffen, teilte man daher oftmals die Quartiere in den Massenunterkünften mit Decken oder Säcken ab, errichtete Trennwände aus Papier oder markierte mit Kreidestrichen oder einer Reihe aus Ziegelsteinen die Grenze zum Nachbarn.

Zu leiden hatten die Lagerbewohner – nicht selten stärker als die Flüchtlinge in ihrer Gesamtheit ohnehin – allerdings auch durch die anfangs unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Ablehnung seitens der ansässigen Bevölkerung, die sich häufig als Reaktion auf das Empfinden der gestörten sozialen Ordnung Luft machte. Ein extremes Beispiel dafür dokumentierte ein Brief des Landrates von Südtondern aus dem Herbst 1945, durch den die Bürgermeister und Amtsvorsteher des Kreises angewiesen wurden, zukünftige Äußerungen der Einheimischen, wie zum Beispiel "Die Flüchtlinge müssen alle vor das Dorf getrieben werden und dort müßte man sie verhungern lassen" oder "Die Flüchtlinge müssen Gras fressen", nachhaltig zu bestrafen.
Leider ist die Reaktion der örtlichen Behördenvertreter auf diese Anweisung nicht überliefert. Ohne Zweifel läßt sich indessen feststellen, daß es eine gute Weile brauchte, bis die Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen überwunden waren und man sich aneinander gewöhnt hatte. Daß es damals andererseits aber auch manches Gegenbeispiel tätiger Hilfe und freundlicher Verbundenheit zwischen Schleswig-Holsteinern und Vertriebenen gegeben hat, geht aus zahlreichen Erinnerungsberichten von Zeitzeugen hervor.
Natürlich betraf das Problem der ungeheuren Wohnungsnot in Schleswig-Holstein nicht nur die Vertriebenen, sondern auch die einheimische Bevölkerung mußte zu großen Teilen, vor allem in den kriegszerstörten Städten, unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, die nach dem Urteil international anerkannter Sachverständiger einen sozialen und kulturellen Notstand ersten Ranges begründeten.
Diesem Notstand abzuhelfen, der nach zeitgenössischer Ansicht neben den Gefahren einer gesundheitlichen und moralischen Schädigung der Betroffenen möglicherweise auch eine politische Radikalisierung der Gesellschaft zur Folge haben konnte, gab es nach Meinung vieler freilich nur zwei Mittel, nämlich Wohnungsbau und Umsiedlung.
Aber nicht nur angesichts dieses Problems wurden Umsiedlungsmaßnahmen großen Stils für unbedingt erforderlich gehalten. Vielmehr sah man in ihnen auch wegen der seit 1948 beträchtlich angewachsenen Arbeitslosigkeit, ... die einzige Möglichkeit, um der drohenden wirtschaftlichen und sozialen Deklassierung der Flüchtlinge wirksam zu begegnen. ...
Mit der sozialen Umschichtung und der häufig veranlaßten Notwendigkeit des Berufswechsels vollzog sich schließlich aber auch ein deutlicher Wandel in der Berufsauffassung der Flüchtlinge, wobei nun die Überzeugung, Beruf sei "Berufung", sehr oft zugunsten eines "Jobdenkens" aufgegeben wurde.
Insofern hatte nach der Flucht und Ausweisung eine grundlegende Umstellung der Vertriebenen staatgefunden, die im Bereich der Berufsarbeit vielleicht sogar als Mentalitätsveränderung betrachtet werden kann, die allemal aber zur Auflockerung tradierter Verhaltensweisen führte und die soziale Mobilität erhöhte. Zugleich waren die Flüchtlinge – als qualifiziertes Arbeitskräftepotential, das beim späteren ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands ohne Ausbildungskosten sofort zur Verfügung stand, ein bedeutsamer Faktor – in der überwiegenden Mehrheit von einem unermüdlichen Wiederaufstiegsstreben geprägt.
Dieser positive Wirtschaftsgeist kann deshalb wohl als wesentliche Voraussetzung für ihre eigene berufliche Wiedereingliederung und darüber hinaus ohne Zweifel auch als positive Kraft im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Wiederaufbau des Landes Schleswig-Holstein angesehen werden.<<

04.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

06.05.1995

BRD: Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltet am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.

In diesen Anzeigen wird die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<

07.05.1995

Schweiz: Bundespräsident Kaspar Villiger hält am 7. Mai 1995 anläßlich des 50. Jahrestages des Waffenstillstands eine Rede im Berner Bundeshaus (x136/289-291): >>Unser Land blieb vom Zweiten Weltkrieg verschont. Das ist Grund zur Dankbarkeit.

Andere Länder haben Europa befreit, haben die europäische Kultur gerettet, haben auch uns eine Zukunft in Freiheit ermöglicht. Das ist Grund zur Bescheidenheit.

Unser Land hat in höchst bedrohter Lage zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit, seiner Werte und seiner Unversehrtheit das Menschenmögliche geleistet. Das ist Grund zum Respekt vor der Leistung jener Generation.

Auch unser Volk mußte Opfer bringen, aber ungleich weniger als jene Völker, welche in den Krieg verwickelt wurden. Das ist der Grund zur Zurückhaltung.

Und auch die Schweiz hat nicht durchweg so gehandelt, wie es ihren Idealen entsprochen hätte. Das ist Grund zur Nachdenklichkeit.

Dankbarkeit, Bescheidenheit, Respekt, Zurückhaltung, Nachdenklichkeit: Diese Werte sollen die heutige Gedenkfeier prägen. ...

Es geht um jene vielen Juden, auf die durch die Zurückweisung an der Schweizer Grenze der sichere Tod wartete. War das Boot wirklich voll? Hätte der Schweiz der Untergang gedroht, wenn sie sich deutlich stärker für Verfolgte geöffnet hätte, als sie dies getan hat? Haben auch bei dieser Frage antisemitische Gefühle in unserem Land mitgespielt? Haben wir den Verfolgten und Entrechteten gegenüber immer das Menschenmögliche getan?

Es steht für mich außer Zweifel, daß wir gerade mit dieser Politik gegenüber den verfolgten Juden diese Schuld auf uns geladen haben. Die Angst vor Deutschland, die Furcht vor Überfremdung durch Massenimmigration und die Sorge um politischen Auftrieb für einen auch hierzulande existierenden Antisemitismus wogen manchmal stärker als unsere Asyltradition, als unsere humanitären Ideale. Schwierige Zielkonflikte wurden auch überängstlich zu Lasten der Humanität gelöst.

Mit der Einführung des sogenannten Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen. Dieser Stempel wurde im Oktober 1938 von der Schweiz gebilligt. Wir haben damals im allzu eng verstandenen Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst. Er entschuldigt sich dafür im Wissen darum, daß ein solches Versagen letztlich unentschuldbar ist. ...

Alle, die damals Verantwortung für unser Land trugen, richteten ihr Handeln nur – und nur – nach dem Wohl des Landes aus, wie sie es empfanden und sahen. Sie heute an den Pranger zu stellen wäre ungerecht, wäre wohl auch selbstgerecht. Wir wollen uns deshalb nicht zum Richter aufschwingen. ...<<

Jean Ziegler (schweizerischer Prof. für Soziologe) schreibt später in seinem Buch "Die Schweiz, das Gold und die Toten" über diese Rede des Bundespräsidenten Villiger (x136/291-295): >>... Die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank hehlerte Hitlers Raubgold und tauschte es in weltmarkttaugliche Devisen um. Hitler war für seine kriegswichtigen Rohstoffe vom Weltmarkt abhängig. Die Schweizer finanzierten seine Eroberungskriege, sie beförderten das Überleben des Reichs. Ohne sie wäre der Zweite Weltkrieg früher zu Ende gegangen, und Hunderttausende von Menschen wären am Leben geblieben.

Das Gold aus Eheringen, Zahnkronen, die Hartmetalle aus Prothesen, Brillengestellen, die Schmuckstücke, welche die Einsatzkommandos im Osten ihren Opfern abnahmen und welche die Gestapo- und SS-Schergen in den Ghettos und Vernichtungslagern stahlen, kamen nur selten in die entsprechenden Depots der Reichsbank oder auf die Konten der von Göring eingerichteten Treuhandstelle Ost. Meist wurde dieses Diebesgut direkt in Zürich, Basel, Bern, Lugano oder Genf angeboten und von lokalen Vermögensverwaltern, Geschäftsanwälten, Treuhändern, Privatbankiers aufgekauft.
Als 1944 die Götterdämmerung des Reichs heraufzog, halfen die Schweizer Großbanken den Nazis, viele ihrer Raubschätze jenseits des Atlantiks in Sicherheit zu bringen.
Bis 1945 lieferte die Waffenschmiede Bührle-Oerlikon hochpräzise Schnellfeuerkanonen, Zündvorrichtungen, Waffen aller Art an das Verbrechersyndikat in Berlin.
Das Raubgold kam per Eisenbahn oder Lastwagen bei Basel über die Grenze. Die vor den Nazis geflüchteten, meist jüdischen Frauen. Kinder und Männer wurden von der Schweizer Polizei bei Pruntrut zurückgeschickt ... ab 1940 häufig direkt in die Hände der wartenden SS-Mörder. Die Regierung der Eidgenossenschaft riegelte 1942 die Grenze ab, obschon sie zu diesem Zeitpunkt genaue Kenntnis von den Vernichtungslagern, den Mordkommandos und dem Ghettoterror im Osten sowie von der massiven Deportation der Westjuden nach Polen besaß.
Armee und Grenzwacht wurden zu Komplizen der Judenverfolgung gemacht. Der Bundesrat schützte den Schreibtischtäter Heinrich Rothmund.
Kaspar Villiger behauptet: Sie alle haben zum Wohl der Schweiz gehandelt. Richten dürfe man keinen unter ihnen. Hätte Villiger recht, wäre das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal illegal. In Nürnberg wurden 1945/46 die Hauptkriegsverbrecher verurteilt. Die schweizerischen (und viele anderen) Komplizen wurden nur am Rande erwähnt, Mittäterschaft aber bleibt strafbar.
Im Talmud von Babylon steht: "Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit."
Dagegen können auch Villigers ungelenke Dementis nichts ausrichten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie.
Eine Frage stellt sich: Hätten die schweizerische Finanzoligarchie und ihre sichtbare Regierung in Bern die Allianz mit den westlichen Demokratien gewählt, hätten sie – wie das die Alliierten dringlich verlangten – Hitlers Raubgold (und nicht die jüdischen Flüchtlinge) zurückgewiesen, hätten sie auf die massiven Devisenlieferungen, die Finanzhilfe (Kompensationskredite), die Industrie- und Waffenexporte an das Dritte Reich verzichtet, was wäre geschehen?
Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die Schweiz das Schicksal Österreichs oder der Tschechoslowakei erlitten. ...
Muß ich da dem anpasserischen Bundesrat, den tüchtigen Hehlern und Waffenschiebern nicht dankbar sein? Auf diese Frage wage ich keine Antwort. ...
Die Mächtigen im Land ... haben nichts gelernt, sich nicht entschuldigt und sind nicht abgetreten. Im Gegenteil: Aus ihrem Versagen während der Kriegszeit haben sie eine Monumentallüge konstruiert. Diese Lüge versperrt den Horizont der schweizerischen Geschichte bis heute.
Vom Gipfel des Alpenmassivs aus ... kommentiert die helvetische Herrschaftsklasse seit 1945 das Geschehen der Welt. Arrogant, überheblich, selbstgerecht und zu moralischem Ratschlag an die anderen stets bereit. Sonderfall Schweiz.
Das erwählte Volk der Reinen.
... Der Kalte Krieg rettete die helvetische Herrschaftsklasse vor ihrer Nemesis (strafenden Gerechtigkeit). ... Keiner verlangte mehr Rechenschaft von den Hitlerkomplizen. Zürich, Basel, Genf waren jetzt lebenswichtige internationale Finanzplätze für den Westen. Regierungen, Staats- und Privatbanken aus der ganzen freien Welt lancierten hier ihre Anleihen. Und aus

allen Kontinenten strömte das Fluchtkapital in die helvetischen Bankenbunker.
Keine Abrechnung also. Und auch keine Einsicht.
"Vivir es recordar" (leben heißt, sich erinnern) schreibt Josè Marti. In Frankreich wurde 1945 Pierre Laval erschossen und Marschall Pètain zum Tode, später zu lebenslanger Haft verurteilt.
Überall in Europa – gerade und vor allem in Deutschland – wurde und wird die Haltung der lokalen Herrschaftsträger gegenüber Hitler und seinen Mordkumpanen seit über 50 Jahren intensiv diskutiert. Überall sind die Komplizen des Dritten Reichs an den Pranger gestellt, oft auch bestraft worden. Überall. Nur nicht un der Schweiz. Eine Entnazifizierung hat es in der Schweiz nie gegeben. Oder nur äußerst "selektiv", wie Jakob Tanner ausdrückt.
Jean-Francois Bergier, Präsident der vom Bundesrat bestellten Historikerkommission, weiß warum: "Man hatte Angst vor einer schonungslosen Aufarbeitung der Geschichte. Die Schweiz hat bisher ihre Vergangenheit idealisiert und unpassende Seiten der Geschichte verdrängt. ... Die Historiker hatten oft Mühe, an vollständige Informationen heranzukommen."
Resultat: ein vor Fäulnis stinkendes Kollektivgedächtnis.
... Der Zweite Weltkrieg bedeutet nicht bloß einer von vielen Kriegen in der über zweitausendjährigen Geschichte unseres Kontinents. Er ist ein Verbrechen, welches das Gewissen der Welt für immer heimsuchen wird. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Weltgroßmacht der Schweizer Banken begründet.
... Trotz der Strafrechtreform von 1990 ist der Finanzplatz Schweiz heute immer noch eine der effizientesten internationalen Waschanlagen für die Drogenmilliarden und für die Profite des internationalen organisierten Verbrechens. Zu nennen wäre auch die Steuerflucht aus den europäischen Ländern. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges (x169/93-94): >>... In den letzten Jahren ist die Holocaust-Industrie geradezu zu einem erpresserischen Geschäft geworden. Unter dem Vorwand, die Juden in aller Welt, ob lebendig oder tot, zu vertreten, erhebt sie in ganz Europa Anspruch auf jüdische Besitztümer aus der Zeit des Holocaust. Dieses doppelte Abkassieren sowohl bei europäischen Ländern als auch bei Juden mit legitimen Ansprüchen, das man passend als "letztes Kapitel des Holocaust" tituliert hat, zielte zunächst auf die Schweiz. ...
Beim Gedenken an den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs bat der schweizerische Präsident im Mai 1995 formell dafür um Entschuldigung, daß man den Juden während der Massenvernichtung durch die Nazis keine Zuflucht gewährt hatte.
Etwa zur gleichen Zeit kamen auch wieder Diskussionen über die seit langem schwelende Frage nach den jüdischen Vermögenswerten auf, die vor und während des Krieges auf schweizerischen Konten deponiert worden waren.
In einer weitverbreiteten Story zitierte ein israelischer Journalist ein Dokument - es wurde, wie sich herausstellte, falsch interpretiert -, welches bewies, daß in Schweizer Banken noch immer jüdische Konten aus der Zeit des Holocaust im Wert von mehreren Milliarden Dollar existierten.
Der Jüdische Weltkongreß - eine Organisation, die sich bis zu der Kampagne, die Kurt Waldheim als Kriegsverbrecher bloßstellte, im Niedergang befand - stürzte sich auf diese neue Gelegenheit. Schon früh war klar, daß die Schweiz eine leichte Beute sein würde.
Wenige würden mit den reichen Bankiers der Schweiz sympathisieren, denen die "bedürftigen Überlebenden des Holocaust" gegenüber standen. Was jedoch wichtiger war: Die Schweizer Banken waren überaus anfällig für wirtschaftliche Pressionen seitens der USA. ...<<

08.05.1995

BRD: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232):

>>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.
Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 1995 über den 50. Jahrestag des Kriegsendes: >>Für eine unbefangene Diskussion über das deutsche Nationalgefühl hat sich Ministerpräsident Gerhard Schröder ausgesprochen. ...
Schröder forderte in seiner Rede nachdrücklich zur Verteidigung eines Geschichtsbildes auf, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 10 Jahren geprägt habe. Der 8. Mai 1945 sei ein Tag der Befreiung gewesen. Diese Botschaft müsse jetzt jenen entgegengehalten werden, die aggressives nationales Pathos hören wollten. ...<<
Bundespräsident Roman Herzog erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x268/78): >>... Millionen – vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken – waren der größten Vernichtungsaktion zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten.<<

15.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Mai 1995 über eine Konferenz in der Lüneburger Ost-Akademie: >>**Höchste Zeit: Polen und Deutsche sprechen über Vertreibung**

... Der polnische Völkerkundler und Journalist Artur Hajnicz spricht von den Problemen, die Deutsche und Polen miteinander haben, wenn sie über Flucht und Vertreibung miteinander reden sollen:
"Jetzt, nach dem Fall des Sowjetimperiums, ist bei uns ein Tabu gebrochen. Wir können darüber reden, und Polen und Deutsche können sich der Geschichte stellen - es ist höchste Zeit, damit anzufangen." ...<<

23.05.1995

Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23 Mai 1995: >>**Kohl nennt Angriff auf Rotterdam "barbarisch"**

... In einer Rede vor Professoren und Studenten der Rotterdamer Erasmus-Universität bezeichnet der Kanzler den verheerenden Luftangriff auf Rotterdam als "barbarisch".
Ausführlich erinnerte er an die 800 Todesopfer des Angriffs vom 15. Mai 1940: "Das Herz der Stadt wurde vernichtet. Dieser Angriff war verbrecherisch, die Besetzung der Niederlande war es, der gesamte von Hitler entfesselte Krieg war es." Um eine Wiederholung auszuschließen, dürfe es kein Verdrängen und Vergessen geben.
... An die niederländischen Jugendlichen – unter denen nach einer Umfrage Vorurteile gegen Deutsche weit verbreitet sind – appellierte Kohl: "Kommt zu uns, lernt Deutschland kennen, macht Euch selbst ein Bild von Eurem Nachbarn".
Für die Zukunft könne der Frieden in Europa nur gesichert werden, wenn die europäische Einigung zügig vorangebracht werde. ...<<

29.05.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Mai 1995: >>**Polen will kein Sühneopfer**

... Die ersten Reaktionen waren forsch, entschieden und schossen am Ziel weit vorbei: "Eine Reprivatisierung nach ethnischen Kriterien wird es nicht geben", erklärte Polens sozialdemokratischer Privatisierungsminister Wieslaw Kaczmarek kurz angebunden. "Wir können den Juden nicht das wiedergutmachen, was ihnen die Nazis angetan haben", kommentierte ein Beamter des Ministerratsamtes. Und in der rechtsgerichteten katholischen Presse erwachten latente antisemitische Vorurteile: Die Juden, suggerierte die Primas Glemp unterstehende katholische Tageszeitung "Slowo", wollen sich Vorteile auf Kosten der Polen verschaffen.

Was war geschehen?

Anfang Mai hatten sich mehrere hohe amerikanische Politiker, Republikaner wie auch Demokraten, an 13 postkommunistische Länder Osteuropas mit der Forderung gewandt, endlich jüdisches Eigentum zurückzugeben oder zu entschädigen, das von den deutschen Besatzern oder den Kommunisten nach 1945 enteignet worden war.

Der Brief war nicht besonders diplomatisch abgefaßt und noch dazu ein parteiübergreifender, vom State Departement nicht gedeckter Alleingang, der fast überall in Osteuropa zur Kenntnis genommen wurde, Verwunderung auslöste. Sollte eine befriedigende Regelung ausbleiben, so die Abgeordneten und Senatoren, könne dies die Beziehungen zu den USA belasten.

Interpretiert wurde das an der Weichsel so: Entschädigung für Juden oder keine NATO-Mitgliedschaft. Auf das heikle polnisch-jüdische Verhältnis wirkte der Brief wie der Marsch eines Elefanten durch ein Porzellanmuseum.

Bisher hat Polen keinerlei Reprivatisierungsansprüche privater Personen erfüllt. Rückgaben nationalisierten Eigentums gab es bisher nur für Kirchen, in erster Linie für die katholische Kirche. Auf dieser Basis sollen nun auch die sieben jüdischen Gemeinden und die wenigen jüdischen Vereine und Einrichtungen, die es in Polen noch gibt, enteignete Gebäude zurückerhalten. Vor dem Krieg gab es in Polen 1.400 jüdische Gemeinden, an ihre Vergangenheit erinnern noch 1.020 jüdische Friedhöfe, 200 Synagogen und einige Pflegehäuser. Die Rückgabe zumindest eines Teils dieser Objekte ist auch in der polnischen Öffentlichkeit fast unumstritten.

Gleichzeitig arbeitet das Parlament seit Jahren daran, auch polnische Staatsbürger zu entschädigen, die nach dem Krieg enteignet wurden. Einigkeit herrscht dabei darüber, daß nur solche Eigentümer berücksichtigt werden sollen, die bis heute polnische Staatsbürger sind. Die Entschädigung vertriebener Deutscher ist damit ausgeschlossen. Die Entschädigung polnischer Juden, die während des Krieges flohen, nach dem Krieg nach Palästina auswanderten oder 1968 infolge der antisemitischen Hetze der polnischen KP auswanderten und ihren polnischen Paß nicht behielten, ist allerdings ausgeschlossen.

Das gleiche gilt für polnische Juden, die vor dem Weltkrieg in Preußen und Schlesien oder während des Krieges in Polen von den deutschen Behörden enteignet wurden. Ihr Vermögen wurde entweder von Polen übernommen, oder von Deutschen, die nach dem Krieg flohen oder vertrieben wurden. Deren Vermögen wurde schon 1946 als "ehemals deutsches Vermögen" enteignet. 1950 übernahm der Staat alle "verlassenen Güter", was neben den ehemals jüdischen und deutschen auch die Höfe der ostpolnischen Ukrainer traf, die 1946 aus Ostpolen in die ehemals deutschen Ostgebiete vertrieben worden waren.

Dieser Mechanismus ist dafür verantwortlich, daß selbst Deutsche, die noch vor 1946 die polnische Staatsbürgerschaft erhielten und bis heute in Polen leben, ihr Eigentum nicht zurückerhalten können. Helmut Pazdzior, Abgeordneter der deutschen Minderheit erklärt: "Das heißt, das polnische Bürger polnischer Herkunft im Rahmen der Reprivatisierung entschädigt werden, polnische Bürger deutscher und ukrainischer Herkunft dagegen nicht, denn sie wurden

aufgrund anderer Gesetze und Dekrete enteignet."
Juden, die unter nationalsozialistischer Besatzung enteignet wurden, haben deshalb keine Aussicht auf Entschädigung, denn ihr Eigentum wurde anschließend als vermeintlich deutscher Besitz nationalisiert. Und aufgrund der verwickelten Eigentumsverhältnisse bleiben auch Juden benachteiligt, die erst von Polens Kommunisten enteignet worden sind.<<

03.06.1995

BRD: Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) berichtet am 3. Juni 1995 während einer Tagung der Sudetendeutschen über das Unrecht der Vertreibung der Deutschen in völkerrechtlicher Bedeutung (x150/36-45): >>... Die welthistorische Bedeutung dieses Gesamtvorgangs wird erst jetzt auch von Nichtbetroffenen erkannt. Eine neue interdisziplinäre Wissenschaft, die sogenannte Migrationsforschung, die sich im Hinblick auf die im 21. Jahrhundert zu erwartenden weiträumigen und umfangreichen Wanderungsbewegungen zu entfalten beginnt, untersucht die Wanderungsbewegungen früherer Zeiten, und dabei stellt sich heraus, daß 1945/46 im Herzen Europas die gewaltigste Bevölkerungsverschiebung der Weltgeschichte stattgefunden hat.
In den Gebieten, die in der trockenen Gesetzessprache als Vertreibungsgebiete bezeichnet werden, lebten 17 Millionen Deutsche. 12 Millionen von ihnen gelangten in den Westen, 2 ¼ Millionen fanden den Tod, die übrigen erlebten unterschiedliche Schicksale, die durch die Begriffe Deportation, Assimilierung, Denationalisierung, Untertauchen, Familienzusammenführung, Spätaussiedlung gekennzeichnet werden.
Erst seit wenigen Jahren tauchen winzige Reste dieser dritten Personenkategorie als nationale Minderheiten in den Ländern östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs wieder auf, wenn auch in der Regel nicht mehr in ihrer ehemaligen Heimat. Ihre Existenz ändert nichts an der Aussage, daß noch nie in der Weltgeschichte ein so großer Kulturraum mit so vielen Menschen innerhalb so kurzer Zeit so gründlich verändert worden ist, wie das 1945/46 in jenem Teil Europas geschah.
Weder die Literatur, noch die Kunst, noch die Geschichtsschreibung – von der Politik ganz zu schweigen – sind der Größe dieser welthistorischen Veränderung bisher gerecht geworden. Das ist um so verwunderlicher, als die Erfahrung zeigt, daß selbst Menschen aus fernen Erdteilen, die zum ersten Mal von jenen Ereignissen hören, zutiefst erschüttert sind und davon nicht mehr loskommen. ...
Trotzdem ist die juristische Beschäftigung mit dem Problem der Vertreibung notwendig, und zwar nicht wegen der rückschauenden Beurteilung, sondern wegen der Bedeutung, die diese Beurteilung für die Gestaltung der Zukunft besitzt. Niemand bestreitet, daß eine dauerhafte Friedensordnung nur auf der Grundlage des Rechts errichtet werden kann. Diese Grundlage ist nicht durch einen Federstrich zu schaffen. Die Vorstellung, an einer beliebig gewählten Stelle im Ablauf der historischen Ereignisse einen "Schlußstrich" ziehen zu können, ist eine gefährliche Illusion.
Wenn man nun den Maßstab des Völkerrechts an die Vertreibung von 1945/46 anlegt, so ist zunächst an eine Tatsache zu erinnern, die dem Laien sehr hart erscheinen mag: das Völkerrecht ist kein Recht der Völker, sondern ein Recht der Staaten. ...
Der rechtsdogmatische Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Vertreibungsverbot ist erst in jüngster Zeit erkannt worden. Das ist nicht verwunderlich; denn das Selbstbestimmungsrecht wurde erst am Ende des Ersten Weltkriegs auf die Ebene des Völkerrechts gehoben, und in der umfangreichen völkerrechtswissenschaftlichen Literatur jener Zeit wurde das Vertreibungsproblem überhaupt nicht erörtert.
An Vertreibungen dachte man damals noch nicht. Wohl gab es schon damals panslawistische Vorstellungen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten und auch die Vertreibung von Deutschen beinhalteten. Aber derartige Gedanken waren weit entfernt von der internationalen Poli-

tik und wurden von der Völkerrechtswissenschaft nicht beachtet.
Erst die Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg brachten den Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Frage des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots ans Licht. Doch gerade in dieser historischen Situation wurde die völkerrechtswissenschaftliche Diskussion durch die weltpolitischen Umstände behindert.
Den Vertreiberstaaten war es gelungen, die westlichen Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, deren Einzelheiten der Weltöffentlichkeit - und den Völkerrechtlern – kaum bekannt waren. Die Augenzeugen aber wurden nicht gehört. Deutschland war in den ersten Jahren der Besatzungszeit weitgehende von der Welt abgeschlossen und durch die Theorie der Kollektivschuld stigmatisiert. So fanden auch die Publikationen deutscher Völkerrechtler zu diesem Thema kaum ein Echo.
Hinzu kam, daß in der Nachkriegszeit die Individualrechte im Vordergrund des rechtwissenschaftliches Interesses standen, während die Kollektivrechte, insbesondere die Minderheitenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, vernachlässigt wurden.
Erst nachdem im Zuge der Entkolonisierungsbewegung der 60er Jahre das Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt weltweiten Interesses gelangt war, nahm auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema zu. Gleichzeitig wurden nun auch die Zusammenhänge zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf Heimat untersucht. ...
Die Massenausweisungen wurden nur unter dem Aspekt des völkerrechtlichen Fremdenrechts untersucht; denn Massenausweisungen eigener Staatsbürger hatte es in der gesamten Geschichte des Völkerrechts bis dahin nicht gegeben.
Massenausweisungen von Fremden waren dagegen im 18. und 19. Jahrhundert tatsächlich vorgekommen, und zwar jeweils beim Ausbruch eines Krieges zwischen dem Gastland und dem Herkunftsland der Fremden. Mit diesem Problem beschäftigte sich die Völkerrechtswissenschaft sofort und verurteilte die Massenausweisung einmütig. ...
... Die europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 hatte in ihrem ursprünglichen Test das Ausweisungsproblem ... nicht berücksichtigt. Erst das vierte Zusatzprotokoll vom 16. September 1963 regelte diese Materie.
Sein Artikel 3 lautet: "Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden. Niemand darf das Recht entzogen werden, in das Hoheitsgebiet des Staates einzureisen, dessen Staatsanghöriger er ist."
Artikel 4 fügt hinzu: "Kollektivausweisungen von Ausländern sind nicht zulässig." Auch damit ist nur der längst bestehende Rechtszustand bestätigt worden.
Die Vertreiberstaaten – und diejenigen, die deren Politik zu rechtfertigen suchen, worunter sich allerdings keine Völkerrechtler befinden - haben immer wieder auf die Umsiedlungsverträge hingewiesen, um ihre Maßnahmen völkerrechtlich zu rechtfertigen.
Viele Völkerrechtler – und zwar nicht nur deutsche – haben dieses Argument gründlich widerlegt. Besonders eindrucksvoll ist die Diskussion, die schon im Jahre 1952 auf der Jahrestagung des Weltverbands der Völkerrechtler über diese Problematik geführt worden ist. Die Vereinigung hatte ausdrücklich die Frage gestellt, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Umsiedlungsverträge völkerrechtlich zulässig sein könnten.
Berichterstatter für dieses Thema war der spätere Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Italiener Balladore Pallieri. Er faßte die Antworten der Völkerrechtler aller Welt – Deutsche waren nicht darunter – zusammen und führte dabei wörtlich aus, "daß das moderne Völkerrecht jede Zwangsumsiedlung oder zwangsweise Bevölkerungsverschiebung verbietet, und zwar auch dann, wenn sie äußerlich vom Willen der Einzelpersonen abhängt, in Wirklichkeit aber auf indirekten Zwangsmaßnahmen beruht, oder wenn der Wille des einzelnen sich nicht frei äußern kann, weil der einzelne seine Entscheidung nicht zurück-

nehmen kann oder gezwungen ist, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen."
Von den zahlreichen schriftlichen Antworten, in denen diese Auffassung zum Teil sehr ausführlich begründet wurde, sei nur diejenige des Franzosen Georges Scelle zitiert: "Es erscheint schwierig, juristische Regeln zu formulieren, die auf politische Maßnahmen anwendbar sind, die ihrer Natur nach gegen elementare und grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verstoßen. ... Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der modernen internationalen Ethik dar, die die wichtigste Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht."
Als einziges Mitglied der Weltvereinigung meinte der Pole Bogdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch Staatsinteressen und "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stünde dem nicht entgegen, da sie nur "die Beziehungen des Alltags" betreffe. Dagegen habe die internationale Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen bisher "einen absoluten Ausnahmecharakter" gehabt. Der größte Teil seiner Ausführungen bezog sich auf das Potsdamer Abkommen, das er als eine solche Ausnahme zu rechtfertigen suchte.
Nun ist aber gerade das Potsdamer Abkommen schon wegen seines Inhalts nicht als Umsiedlungsvertrag zu betrachten. Hinzu kommt, daß es auch deshalb kein Umsiedlungsvertrag sein kann, weil es nicht zwischen dem die Bevölkerung abgebenden und dem die Bevölkerung aufnehmenden Staat abgeschlossen worden ist. Rechtlich ist es nichts anderes als das Schlußkommunique einer Konferenz von drei Siegermächten am Ende des Zweiten Weltkriegs.
Darüber hinaus ordnet es keineswegs Zwangsumsiedlungen an, sondern fordert in seinem Artikel XIII – dem einzigen Artikel, in dem überhaupt von einem Bevölkerungstransfer die Rede ist – die tschechische und polnische Regierung und den Alliierten Kontrollrat in Ungarn auf, von weiteren Vertreibungen abzusehen, bis das Problem durch interalliierte Gespräche geklärt sei.
So ist es nicht verwunderlich, daß das Argument Winiarskis, das Potsdamer Abkommen sei ein Umsiedlungsvertrag, der ausnahmsweise zulässig sei, bei den anderen Völkerrechtlern keinen Anklang gefunden hat. Mehrere Mitglieder der Weltvereinigung haben ausdrücklich erklärt, daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen – obwohl sie diese Ausweisung nicht anordnen, sondern nur die bereits erfolgten sogenannten wilden Austreibungen zur Kenntnis nehmen und die Debatte über das gesamte Problem in Aussicht stellen – völkerrechtswidrig sind.
Es sind insbesondere deutsche und österreichische Völkerrechtler gewesen, die sich schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dieser Problematik beschäftigt und dabei nachgewiesen haben, daß das bereits 1945 geltende Völkerrecht ein Vertreibungsverbot enthielt. Die Tatsache, daß es damals keine Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Vertreibungen gab – ein Defizit, das heute noch besteht -, ändert an der Geltung des völkerrechtlichen Vertreibungsverbotes nichts.
Trotz der stetig wachsenden Zahl von internationalen Konventionen besteht das Völkerrecht heute wie damals überwiegend aus Völkergewohnheitsrecht. Gerade das Vertreibungsverbot läßt sich, wie schon erwähnt, aus Völkerrechtsnormen ableiten, die seit Jahrhunderten gelten. Die Entwicklungen, die das Völkerrecht im 20. Jahrhundert genommen hat, haben das Vertreibungsverbot nicht etwa erschüttert, sondern gefestigt. Das hängt mit der Verstärkung der Gruppenrechte und der Herausarbeitung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rechte auf die Heimat, wie überhaupt mit der gesamten Menschenrechtsentwicklung zusammen.
... Vor allem die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. Dezember 1948 hätte hierzu klare Aussagen enthalten können. Nach Artikel II dieser Konvention "bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird,

eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichen und seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen".
Angesichts der Tatsache, daß mit den Vertreibungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs die Tötung einer großen Zahl von Menschen verbunden war, und daß sie Millionen Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden zugefügt hat, würde die Subsumtion (Unterordnung) unter Artikel II der Völkermordkonvention nicht schwerfallen. Aber auch ohne die Völkermordkonvention und schon lange vor ihrer Unterzeichnung war das Vertreibungsverbot Bestandteil des geltenden Völkerrechts.
Diese Argumentation hat der österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora in seinem Buch "Die sudetendeutsche Frage", das 1992 erschienen ist, nochmals in aller Breite dargelegt. Sorgfältig begründet er das Ergebnis, daß der Begriff des Völkermords schon vor der Konvention von 1948 dem Völkerrecht bekannt war, und daß die tschechischen Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 den Tatbestand des Völkermords erfüllten.
Auf das Vertreibungsverbot haben die deutschen Völkerrechtslehrer bereits auf ihrer ersten Nachkriegstagung im April 1947 hingewiesen. Sie faßten damals eine Entschließung, in der es unter anderem heißt: "Das Recht der persönlichen Freiheit, das zu den allgemeinen Menschenrechten gehört, umfaßt auch das Recht, in der Heimat zu leben und nicht gewaltsam aus ihr vertrieben zu werden."...
... Am 26. August 1994 bestätigte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nation in einer Resolution das Recht der Menschen, in ihren Heimstätten, ihrer Heimat und ihren Herkunftsländern zu verbleiben. Bereits ein Jahr vorher hatte die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge ... die Respektierung des Rechts auf Heimat gefordert.
Daß auch das Recht auf die Heimat – mit dem Vertreibungsverbot in natürlicher Weise zusammenhängt – in den traditionellen Grundlagen des Völkerrechts verankert ist, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. ... Dieser Rechtslage entsprach auch die Haltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Sommer 1945. Sein damaliger Präsident, der große Völkerrechtler Max Huber, verurteilte die Vertreibungen. Mit Bitterkeit vermerkte er, daß die Vertreiberstaaten das Angebot des Internationalen Roten Kreuzes, Hilfsaktionen für die Auszusiedelnden durchzuführen, einfach ignorierten.
Über die verzweifelten Versuche des Internationalen Roten Kreuzes, im Sommer 1945 auf die Vertreiberstaaten einzuwirken, berichtet auch der amerikanische Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas. ...
... Sein großes Buch "Nemesis at Potsdam" ist sofort ins Deutsche übersetzt worden. Andere Bücher und zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze folgten. Vor zwei Jahren veranstaltete de Zayas als Gastprofessor an der Universität Chicago dort eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen, die vielen Tausend Amerikanern die Augen öffnete. Daß dieser gerechte und tapfere Mann, nachdem er sich intensiv dem Völkerrecht zugewandt hatte, schließlich im Menschenrechtszentrum der Vereinten Nationen arbeitete und heute eine führende Position im Beamtenstab der UNO einnimmt, ist ein Lichtblick in unserer dunklen Zeit.
Aber es ist doch kein Einzelfall. Bereits vor einigen Jahren hatte ich das Buch eines anderen amerikanischen Völkerrechtlers über die Oder-Neiße-Linie zu rezensieren. ...
Auch er ging als Völkerrechtler der Frage nach und war erschüttert. So entstand das Buch, an dessen Schluß die Sätze stehen, die Oder-Neiße-Linie sei die ungerechteste Grenze der ganzen Welt und dürfe niemals Bestand haben. Das konnte und kann nur ein amerikanischer Völker-

rechtler schreiben. Ein Deutscher darf das natürlich nicht, und zwar deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland in mehreren Verträgen die Endgültigkeit dieser Grenze feierlich anerkannt hat. Wir wissen das und halten uns daran. Aber es ist natürlich erlaubt, einen Amerikaner zu zitieren.
Es gereicht der Völkergemeinschaft zur Ehre, daß alle Völkerrechtler – mit Ausnahme derjenigen, die aus Staaten des ehemaligen Ostblocks stammen – die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als völkerrechtswidrig gebrandmarkt haben. Die Motivation der Ostblockwissenschaftler mag verständlich sein, ihre Argumente sind es nicht.
Der bereits erwähnte österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora kommt nach einer sorgfältigen Analyse der betreffenden Publikationen zu dem Ergebnis: "Alle Argumente, die vor allem von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern zur Rechtfertigung der Vertreibung vorgebracht worden sind, halten einer kritischen menschenrechtlichen Argumentation nicht stand."
... Jahrzehntelang haben die westlichen Völkerrechtler ihren östlichen Kollegen zugute gehalten, daß diese in ihren Publikationen nicht gegen die Propagandathesen ihrer Regierung Stellung nehmen durften. Nach der politischen Wende der Jahre 1989/90 keimte die Hoffnung, daß auch im wissenschaftlichen Schrifttum jener Länder eine Einstellung erkennbar würde, die vielleicht schon in früherer Zeit insgeheim vorhanden war. ...
Hier sind insbesondere zwei Namen von hervorragenden Menschen zu nennen: Professor Jan Mlynarik (der schon in seiner slowakischen Heimat unter dem Pseudonym "Danubius" gegen die Vertreibung geschrieben hatte) und die Schriftstellerin Sidonia Dedina. Diesen aufrechten Menschen sei auch an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt. Wir hoffen, daß viele ihrer Landsleute, die nichts publiziert haben, oder deren gesprochene oder gedruckte Worte nicht im Westen bekannt geworden sind, genau so denken. Auf ihr Denken und Handeln – und das unsere, das jede Kollektivschuld eines jeden Volkes als völkerrechtswidrig und unchristlich von sich weist – kann und muß die Zukunft aufgebaut werden.
Aber es wäre töricht und unnütz, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß jene Apostel der Wahrheit und der Versöhnung in ihrem eigenen Volk noch immer einen schweren Stand haben. ... Warum fährt man fort, die Parolen des Hasses zu verkünden? Warum sieht man nicht ein, daß es hier um Frieden und Menschenrechte geht? Warum weigert man sich, die Gerechtigkeit als Grundlage eines dauernden Friedens anzuerkennen?
Wenn es darum ist, weil man die Redlichkeit der Friedliebenden anzweifelt und ihren Motiven mißtraut, so kann uns das nicht entmutigen, sondern im Gegenteil: Es spornt uns an, beharrlich fortzufahren, Beweise unseres guten Willens zu zeigen und den Weg der Rechtlichkeit zu verfolgen.
Wenn es aber darum ist, weil das böse Gewissen die Angst vor der Vergeltung nicht einschlafen läßt, oder weil eine völlige Rechtsblindheit die völkerrechtskonforme Beurteilung unmöglich macht, so werden die Beweise unserer Friedensliebe wenig nützen.
In dieser Situation ist es verständlich, daß viele Vertriebene - und viele von der großen Zahl derer, die mit ihnen fühlen, obwohl sie nicht selbst vertrieben worden sind – gerade jetzt verzweifeln. Es ist sicher nicht leicht, ihnen wieder Mut zu machen, und die Erinnerung daran, daß die völkerrechtliche Beurteilung der Ereignisse von 1945/46 eindeutig ist, mag gerade in diesem Zusammenhang als geringfügig erscheinen. Aber sie ist doch ein nicht hinwegzudenkender Teil des sudetendeutschen Selbstverständnisses, das immer mit dem Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit verbunden war.
Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit wurde bereits Ende des Jahres 1918 abgelegt, als die gewaltsame Besetzung der Sudetengebiete begann. Es wurde auch nach dem 4. März 1919 wiederholt, und unermüdlich nach der Vertreibung, nicht nur in der Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, die auch die Unterschrift der Repräsentanten der sudetendeutschen

Volksgruppe trägt.
Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und zum Verzicht auf Rache und Vergeltung ist Teil des Bekenntnisses zum Recht und dieses ist seinerseits die Grundlage des Friedenswillens. ...
Die Frage, was sich noch rückgängig machen läßt, ist 50 Jahre danach ... wohl anders zu beantworten als unmittelbar nach dem Geschehen. Die 2 ¼ Millionen Vertreibungstoten - darunter 241.000 Sudetendeutsche - können nicht zum Leben erweckt werden. Das Leid derer, die an den Spätfolgen der unmenschlichen Behandlung gestorben sind, nachdem sie in die Sicherheit der westlichen Besatzungszonen gekommen sind – ihre Hinzuzählung würde die Zahl der Vertreibungstoten beträchtlich erhöhen -, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.
Dasselbe gilt auch für alles andere durch die Vertreibung erzeugte Leid, das nicht zum Tode geführt hat und vielleicht "nur" in der Traurigkeit des ungestillten Heimwehs besteht. Was zählt dann noch die Frage der materiellen Entschädigung, deren tatsächliche Leistung ohnehin fragwürdig ist? Und welches Gewicht kann noch die weitere Frage haben, wer überhaupt – und unter welchen Bedingungen – zur Rückkehr in die alte Heimat bereit ist?
Wer den Sudetendeutschen – und den anderen Vertriebenen – unterstellt, es gehe ihnen um die Erlangung von Reichtümern in den Vertreibungsländern, hat überhaupt nichts verstanden. Es ging und geht um diejenigen Werte, die Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika "Pacem in terris" als Voraussetzungen des Friedens beschrieben hat. Der Untertitel zählt sie auf.
Er lautet: "Über den Frieden unter den Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit."
Der uralte Zusammenhang zwischen Recht und Frieden, den schon der Prophet Isaias (Jesaja) im Alten Testament so präzise beschrieben hat ("Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein"), wird in der Enzyklika des Jahres 1963 aufgefächert.
Alle einzelnen Komponenten des Friedens hängen miteinander zusammen. An erster Stelle aber wird mit Recht die Wahrheit genannt. Und es ist bedeutsam, daß gerade von kirchlicher Seite die fundamentale Bedeutung der historischen Wahrheit für die Schaffung und Erhaltung des Friedens hervorgehoben wird. Als Christen sind wir verpflichtet zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, zu vergessen. Das kann jeder Theologe bestätigen, und das weiß wohl auch jeder, der im Religionsunterricht aufmerksam zugehört hat. Eine Christenpflicht zum Vergessen gibt es nicht.
Der Jurist kann sich der moralischen Aufforderung zur Versöhnung anschließen; denn sie beeinträchtigt das in die Zukunft gerichtete Vertreibungsverbot nicht. Aber er muß hinzufügen: Um des Friedens und des Rechtes willen sind wir nicht nur nicht verpflichtet zu vergessen, sondern wir sind verpflichtet, nicht zu vergessen. Anders läßt sich die Wahrheit als Grundlage des Friedens zusammen mit der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit, nicht erhalten. Die Arbeiten der Völkerrechtler zu den Fragen der Vertreibung haben dies deutlich gezeigt.
Die Pflicht nicht zu vergessen, bezieht sich nicht nur auf das Denken im stillen Kämmerlein. Sie beinhaltet die Pflicht, die Kenntnis der historischen Wahrheit zu verbreiten, damit die künftige Generation sie zur Erhaltung von Recht und Frieden verwenden können.
Es geht also um viel mehr als nur um das Erinnern. Es geht tatsächlich um die Gestaltung der Zukunft. Freilich erwächst die Verpflichtung auch aus dem Andenken an die Gemordeten und Gequälten. Doch darüber hinaus ist es eine im Schicksal der Vertreibung begründete Pflicht, deren Erfüllung das Ziel hat, künftige Generationen vor ähnlichem Schicksal zu bewahren. Deshalb kommt auch die völkerrechtliche Beurteilung zu dem Schluß: vergeben ja, vergessen niemals.<<

04.06.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995 über das sowjetische Massaker von Katyn: >>**Jelzin lehnt Treffen mit Walesa in Katyn ab**
... Das jahrzehntelang von Moskau geleugnete Verbrechen von Katyn belastet noch heute das

Verhältnis zwischen Polen und Russen.
Erst 1990 gab der Kreml zu, daß das Politbüro der KPdSU im März 1940 beschlossen hatte, insgesamt etwa 15.000 polnische Offiziere und Polizeibeamte, die der Roten Armee nach ihrem Einmarsch in Polen am 17. September 1939 in die Hände gefallen waren, ohne Gerichtsverhandlung zu erschießen. Im Frühjahr 1943 entdeckten deutsche Soldaten die Massengräber. Moskau behauptete, die Verbrechen seien von den Deutschen begangen worden.<<

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995: >>... Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel ist davon überzeugt, daß die Deutschen die ausgestreckte Hand der Tschechen ergreifen werden. ...
Zu der vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geforderten Überprüfung der Benes-Dekrete sagte Havel, die Tschechen könnten "nie auf die Zerstörung der Rechtsordnung eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und die auch ihren internationalen Kontext hat". ...<<

16.06.1995

Tschechien: Der tschechische Kardinal Miroslav Vlk (seit 1990 Bischof des Bistums Budweis) erklärt am 16. Juni 1995 während einer Rede im Prager Carolinum (x154/24-26): >>... Mein großer Vorgänger, Kardinal Tomásek, unterstützte am 11. Januar 1990 die entgegenkommenden Schritte Präsident Václav Havels und erklärte im Namen der Kirche die Vertreibung der Deutschen als "zutiefst unmoralische Tat".
Er schrieb, daß die damals an den Deutschen in der Tschechoslowakei verübten Handlungen der Rachsucht und Verfolgung ein Schandfleck auf unserer nationalen Ehre sei, der sich nicht durch Schweigen oder den Verweis auf das uns zugefügte Unrecht, sondern allein durch objektives Eingeständnis der ganzen Wahrheit und durch Distanzierung vom eigenen verübten Unrecht auslöschen ließe.
Auf diese Stimme antworteten die deutschen Bischöfe im März 1990 mit einem wunderbaren Brief. Sie sprachen ihr Bedauern aus und entschuldigten sich für die Schuld der Deutschen gegenüber den Tschechen, die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland vor dem Krieg, für die von Nationalsozialisten im Namen des deutschen Nationalsozialismus während des Krieges begangenen Verbrechens und nicht zuletzt für die Beteiligung der DDR-Armee an der Okkupation der Tschechoslowakei im August 1968.
Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle unheilvollen Äußerungen der Feindschaft, des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit zu überwinden und alles Positive zu fördern, worin sich beide Völker in ihrer ganzen langen gemeinsamen Geschichte gegenseitig bereicherten.
Eine eingehende Antwort auf diesen Brief brachte die Erklärung der Bischofskonferenz der CSFR im September des gleichen Jahres unter dem Motto "Christus ist unsere gemeinsame Hoffnung". In diesem Schreiben wurde erneut nicht nur die Vertreibung der Deutschen, sondern auch das Schweigen der Gläubigen und Vertreter der Kirchen zu den diesen Rachakt begleitenden Gewalttaten verurteilt. ...
Den bisherigen Höhepunkt dieses Dialogs brachte die gemeinsame Erklärung beider Bischofskonferenzen – der tschechischen und der deutschen – zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Sie vermittelten einen Überblick über die bisherigen Schritte der Christen auf dem Wege der tschechisch-deutschen Verständigung und äußerten sich auch zu konkreten Fragen der Entschädigung der tschechischen Opfer des Nationalsozialismus und den Erwartungen der vertriebenen Sudetendeutschen mit den Worten:
"Wiedergutmachung zwischen den Menschen verschiedener Völker ist in erster Linie ein geistiger Vorgang; eine Revision all dessen, was vor 50 Jahren geschah, ist kaum möglich. Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen ist daher in erster Linie 'die Bereitschaft, sich innerlich von alter nationaler Feindschaft abzuwenden und mitzuhelfen, daß die Verlet-

zungen geheilt werden, die anderen aus solcher Feindschaft zugefügt worden sind. ...
Nur solche Lösungen werden Bestand haben, die auch dem Gemeinwohl beider Staaten Europas verpflichtet sind. Sie müssen die jeder menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen beachten; deshalb dürfen sie nichts Unerfüllbares fordern und müssen die Folgen für alle Betroffenen bedenken. Vor allem aber darf dabei nicht übersehen werden, daß es unzulässig ist, durch Gebote der Gerechtigkeit allein den Frieden unter den Menschen wahren zu wollen – wenn nicht unter ihnen die Liebe Wurzeln schlägt'. (Thomas von Aquin) ..."
Ein klarer Verzicht auf Haß und Feindschaft kann sich nicht mit bloßen Deklarationen begnügen, er bedarf der Taten, die Gewicht haben. Verbunden mit der praktischen Umsetzung auch in kleinen Schritten eröffnen sich neue Wege auf der "vorpolitischen" Ebene. Wenn man sich vom Haß befreit, sieht man die Tatsachen um sich herum wesentlich klarer. ...
Es geht uns darum, Brücken des Vertrauens zu bauen, Nähe zu schaffen. Auf die Frage, wer unser Nächster sei, gab Jesus Christus mit dem Gleichnis vom Samariter eine überraschend einfache Antwort: Du selbst sollst dich zum Nächsten machen – dadurch, daß du danach strebst, dich jedem zu nähern, vor allem aber demjenigen, der dich braucht. – Kirche und Universität, Tschechen und Deutsche, alle Menschen guten Willens brauchen einander auf dieser Erde ...<<

22.06.1995

Belgien: Rumänien beantragt am 22. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

27.06.1995

Belgien: Die Slowakei beantragt am 27. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

28.06.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>**Die Angst vor Mißverständnissen**

... Ein Buch macht von sich reden: erst, weil es erscheinen sollte, dann, weil es nicht erscheinen durfte, schließlich, weil es dann doch erschienen ist.
Die Diskussion über Wert oder Unwert von John Sacks Reportage "Auge um Auge", die zuerst der Piper Verlag herausbringen wollte und dann zurückzog und die nun im Hamburger Ernst Kabel Verlag veröffentlicht wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder: Das Buch berührt ein heikles Thema, das alle Ängste vor "Mißverständnissen", vor einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen neu entfacht.
Der amerikanische Reporter John Sack hat Rachereaktionen von jüdischen Überlebenden der Vernichtungslager beschrieben, denen Deutsche, darunter viele Kinder und Frauen, aber kaum Angehörige der SS zum Opfer fielen. Eine große Zahl ehemaliger KZ-Häftlinge, so der Autor, habe in den Reihen des polnischen Staatlichen Sicherheitsdienstes im Jahre 1945 an willkürlichen Verhaftungen und Quälereien teilgenommen, die Sack ausführlich schildert. Er beziffert die Zahl der Deutschen, die in den Gefangenenlagern des Sicherheitsdienstes starben, auf 60.000 bis 80.000.
Im Mittelpunkt steht Lola, die die Schindereien in Auschwitz nur durch Zufall überlebt hatte, die dort ihr einjähriges Kind und viele Verwandte verlor. Sie hatte, gerade 24jährig, ein paar Monate ein Gefängnis geleitet, behandelte zunächst die deutschen Insassen mit großer Härte, um ihnen dann zu helfen, bis sie noch Ende des Jahres 1945 in den Westen floh.
Sack berichtet auch von Schlomo Morel, der als 26jähriger ein fürchterliches Regiment im Lager Schwientochlowitz führte. Er blieb Mitglied des Sicherheitsdienstes (den er aufgrund einer antisemitischen Kampagne 1968 verlassen mußte) und entzog sich der juristischen Untersuchung Anfang der neunziger Jahre durch Flucht.
Schon in Amerika hatte der dort bekannte jüdische Journalist John Sack, Jahrgang 1930, ein oft wütendes Echo hervorgerufen, als sein Buch erschien. In Deutschland genügte ein kriti-

scher Artikel des Publizisten Eike Geisel in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Antisemitische Rohkost", um den "Piper Verlag" in Panik zu versetzen. Der neue Verlagsleiter ließ 6.000 Exemplare des Buches einstampfen.
Die Angriffe waren nicht selten in einem zornigen Ton abgefaßt. Dem Autor wurde Antisemitismus vorgeworfen, von Fälschung und von Pornographie war die Rede, Sack habe sogar Opfer und Täter von Auschwitz gleichgesetzt. In dieser Sicht erscheint er als skrupelloser Sensationsjournalist, in anderen Darstellungen als skrupelloser Redakteur und Rechercheur, als anerkannter Zeitungs- und Fernsehjournalist, der vor Jahren mit seinen Untersuchungen über die Machenschaften der amerikanischen Neonazis Aufsehen erregte.
Ein Vorwurf läßt sich allerdings nach der Lektüre nicht bestätigen. Sack setzt den Holocaust und die späteren Racheaktionen keineswegs gleich, das gilt für die Dimensionen der Verbrechen wie auch für ihre moralische Bewertung. ...
Er schreibt, was ihm viele verübeln, bewußt als gläubiger Jude, beruft sich - nicht ohne Pathos - auf die Pflicht zur Wahrheit. Er zitiert die Lehren der Thora, die Vergeltung ablehnt. Wer sich von Haß leiten läßt, so gibt er zu verstehen, droht seine jüdische Identität zu verlieren. Er versucht aber auch, diesen Haß nachvollziehbar zu machen. Die ersten siebzig Seiten sind der Vorgeschichte, der Hölle von Auschwitz gewidmet. Er teilt zudem mit, daß "90 Prozent" der verfolgten Juden Rache ablehnten und die übergroße Mehrheit derer, die dem polnischen Sicherheitsdienst zunächst beitraten, noch im Jahre 1945 in den Westen flohen.
Umfängliche historische Untersuchungen über dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte gibt es noch nicht. Sack betont, daß er nicht nur Archive durchforstet, sondern bei einer 7jährigen Recherche 300 Stunden Interviews mit unzähligen Zeitzeugen geführt habe. Und doch bleibt vieles unklar. In welchem Zeitraum die geschätzten 60.000 bis 80.000 Deutschen umkamen und in welchem Ausmaß daran überhaupt Juden beteiligt waren, wird nicht deutlich. Unverständlich bleibt, wieso er vom berüchtigten Lager in Lamsdorf berichtet, das gar keinen jüdischen Kommandanten hatte. ...
Sack arbeitet zudem mit Mutmaßungen. Er glaubt, daß Stalin den Eintritt von Juden in den polnischen Geheimdienst bewußt gefördert habe, als es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verfolgen. Er hätte diese Vermutung im Zusammenhang mit der damaligen antisemitischen Verfolgungswelle in der Sowjetunion erörtern müssen. Der polnische Sicherheitsdienst war eine kommunistische, keine "jüdische" Organisation. Da er Maßnahmen der stalinistischen Terrorpolitik mit einem ethnischen Etikett versieht, bedient er sich – ungewollt - antisemitischer Klischees. ...
Den größten Unmut hat er sich aber mit seiner populären Darstellungsform zugezogen. Sack legt einen mit drastischen Schilderungen gespickten "Tatsachenroman" vor ...
Ein nüchterner Bericht, der die Tatsachen historisch-kritisch einordnet, wäre sicherlich angemessener als dieser Versuch, Authentizität zu simulieren. Die Kritiker werfen ihm vor, mit dieser Darstellung jenen Schützenhilfe zu leisten, die den Völkermord an den Juden historisch zu relativieren versuchen.
Wer Sacks Buch liest, muß nicht automatisch falsche Schlüsse ziehen. Man muß ihn schon mißverstehen und Ursache und Wirkung vertauschen wollen, um zu übersehen, daß hier von schrecklichen Folgen schrecklicher Taten berichtet wird. Unbekümmertheit in dieser Frage sollten wir uns hierzulande freilich nicht leisten. Da wirkt die forciert forsche Tonlage des Kabel Verlages reichlich peinlich. In einer überschlauen Pressemitteilung glaubt man den ganz großen Intellektuellen Coup zu landen: "Die Ewiggestrigen und die Warner treffen sich an einem fatalen Punkte: Sie scheinen anzunehmen, eine Relativierung des Holocaust sei möglich."
Dieser abenteuerliche Versuch, den Spieß umzudrehen, läßt an den seriösen Motiven des Verlags zweifeln. Zur Veröffentlichung des Buches gibt es gleichwohl keine Alternative, will

man nicht die Legenden beleben, wonach das Elend der Vertreibung bei uns tabuisiert würde, obwohl es doch seit den fünfziger Jahren eine Fülle von Literatur dazu gibt.
Nur eine offensive Diskussion gewährt überhaupt eine Chance, mögliche Mißverständnisse zu bekämpfen, einen absoluten Schutz vor ihnen gibt es nicht. Mit dem Restrisiko der menschlichen Dummheit müssen wir nun mal leben.<<

Juni 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtet im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation**

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.
Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbereich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeducation" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hinerziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.
Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt.
Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...
Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekenntnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.
Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können.
Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.
Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint

den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.
Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:
"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:
"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte." ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im Juni 1995 (x853/...):
>>*Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):*
"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.
Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

03.07.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1995: >>**Polen: Deutschland ist strategischer Partner**
Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. Polen sehe in Deutschland einen wichtigen strategischen Partner in allen Bereichen sagte Bartoszewski am Sonntag im Deutschlandfunk mit Blick auf den Besuch Kanzler Helmut Kohls in dieser Woche. Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

17.07.1995

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juli 1995: >>**Frankreich mit schuld an Juden-Deportation**
Die Mitverantwortung seines Landes bei der Deportation Tausender von Juden durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac erstmals öffentlich anerkannt.
Bei einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Razzien vom 16. bis 18. Juli 1942, bei denen auf Anordnung des Hitler ergebenen Vichy-Regimes 13.152 französische Juden in die Gaskammern der Todeslager deportiert wurden, sagte er: "Diese dunklen Stunden besudeln auf ewig unsere Geschichte und sind eine Beleidigung für unsere Vergangenheit und unsere Traditio-

nen." ...<<

Juli 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtet im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (1909-1998) (x853/...): >>**Kollektivschuld und Vertreibung**

... Mit dem Abschluß seiner erschütternden Trilogie "Görlitzer Tagebuch", "Zwischen Staatsräson und Evangelium" legt der emeritierte Moraltheologe Franz Scholz als einer der profiliertesten Zeitzeugen "Kritische Bemerkungen" zu "Kollektivschuld und Vertreibung" vor. Er ist in mehrfacher Hinsicht für dieses Buch prädestiniert: Einmal erlebte er als Görlitzer Gemeindepfarrer bis 1945, sodann als Caritasdirektor und Flüchtlingsseelsorger für die deutschen Ostvertriebenen hautnah die zahllosen Vertreibungsverbrechen. ...

Schließlich ist es Professor Scholz als ausgewiesener Wissenschaftler gelungen, die Bestimmungen des Völkerrechts wie auch des Kirchenrechts auch für juristische Laien verständlich darzulegen und zu interpretieren. Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier.

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im "Peloponnesischen Krieg":

"Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selber erwartet." (4, 19).

- Leider hielten sich die Sieger vor 1945 nicht an diesen für eine gerechte Friedensordnung zukunftsweisenden Rat, sondern überboten die unsinnige Rachejustiz von Versailles durch noch weit ungerechtere Bedingungen als 1919.

Scholz erinnert daran, daß die alliierten Staatsmänner Hitler einst über Gebühr hofierten und ihm Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern aus politischer Verblendung verweigerten. Hierdurch und die wahrheitswidrig erzwungene Anerkennung Deutschlands als Alleinschuldiger am 1. Weltkrieg trieben sie große Volksmassen Hitler in die Arme, der ihnen nicht nur Arbeit und Brot versprach, sondern auch verhieß, die "Ketten von Versailles" zu zerbrechen.

Scholz geht energisch und mit überzeugenden Argumenten gegen die unsinnige These von der deutschen Kollektivschuld vor, die Deutschland für ewige Zeiten zum Paria unter den Völkern brandmarken sollte. Man erinnere sich der maßlosen Wutausbrüche des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, eines einst von den Briten steckbrieflich gesuchten Terroristen, der alle Deutschen als Mörder bezeichnete, selbst solche, die gegen Hitler im Widerstand standen wie Bundeskanzler Adenauer.

Immerhin suchen auch nicht wenige Deutsche, wie etwa Jürgen Habermas, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzuschwätzen. Gegen solchen Widersinn wandte sich bereits der Prophet Ezechiel: "Nur wer da sündigt, soll persönlich sterben." (18, 4) Sterben bedeutet hier: Bestraftwerden für persönliche Schuld.

Sogar das Internationale Militärtribunal von Nürnberg lehnte es ab, auf der Basis der Kollektivschuld Recht zu sprechen. Konsequenterweise sprach es mehrere Angeklagte frei. Dagegen erklärte der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski, als Ergebnis der Kapitulation seien die besiegten Deutschen ohne alle Rechte gewesen. - Da waren sogar die Nazis gegenüber den besiegten Ländern noch außergewöhnlich human. Man denke nur an Vichy-Frankreich.

Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht ge-

tauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. Die ungesühnten Verbrechen gegenüber den besiegten Deutschen setzen sich mit derselben "Berechtigung" im ehemaligen Jugoslawien fort.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:
"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... (sie) widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."
Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:
"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."
Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."
Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."
Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?
Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?
- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"
Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannt werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."
Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:
"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."
Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:
"Zwangsweise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln."
Die zynische Mißachtung dieses Genfer Abkommens nach dem Krieg ermuntert heute die Serben, nach dem Beispiel der Siegermächte des Weltkrieges mit nicht minder verbrecherischen Methoden "ethnische Säuberungen" vorzunehmen. Hier bewahrheitet sich das Wort

Friedrichs v. Schiller: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."
- Der einstimmige Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 22.11.67: "Niemand kann durch Krieg Gebiete erwerben. Der Eroberer muß die besetzten Gebiete räumen, und die vertriebene Bevölkerung hat ein Recht auf Rückkehr" wurde hinsichtlich der Deutschen mit Füßen getreten. Die Nazis prägten einst das Wort: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."
Feiert ihr Geist bei den Völkern nicht fröhliche Urständ, wenn es gegen die Deutschen geht? Immerhin erhielten diese das "Privileg", zum Zahlmeister Europas und der UNO zu avancieren.
Niemand dürfte bestreiten können, was Franz Scholz auf S. 191 schreibt:
"Die meisten der in der deutschen Heimat unangefochten Verbliebenen vermögen nicht zu erahnen, was Heimatvertriebene seelisch durchzustehen hatten, als die Mehrheit des Bundestages 1990 Ostdeutschland endgültig preisgab. Was das menschlich-konkret bedeutet, zeigt das unmenschliche Vorgehen Serbiens in Bosnien. Aber Serbien folgt nur dem lockenden Beispiel der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die soeben Deutschland veranlaßt haben, die Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße "völkerrechtlich" durch die "Bestätigung der Grenze" hinzunehmen."
Bischof Nossol von Oppeln sagte in seinem Fastenhirtenbrief 1991: "Die Zwangsumsiedlung der einen wie der anderen dürfen Christen nicht mit der lapidaren Feststellung quittieren, daß auf diese Weise der geschichtlichen Wahrheit Genüge getan würde."
- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände. Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich.
Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massenverbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.
Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet wurden.
"Ob Grenzen in Zweifel gezogen werden dürfen, hängt durchaus von den Umständen ab, nämlich ob sie gerecht oder ungerecht, sinnvoll oder störend sind, ob sie Jahrhunderte hindurch friedlich durchgehalten haben oder kriegerisch von Siegern vor kurzem willkürlich festgelegt worden sind." (S. 194) "Nicht alle faktischen Grenzen sind von sich aus ethisch und völkerrechtlich unantastbar, sondern nur die in etwa gerecht gezogenen." (Seite 195) Schließlich hält das Schlußprotokoll von Helsinki 1975 eine friedliche Änderung von Grenzen für möglich.
Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? Sollte man ihn nicht postum für den Nobelpreis vorschlagen?
Bundeskanzler und Regierung schweigen sich hartnäckig darüber aus, warum ausgerechnet die Ostdeutschen ihre Heimat verlieren sollen. Sind sie vielleicht die Hauptschuldigen am Krieg und den Verbrechen der Nazis? "Der Krieg ist offensichtlich sehr verschieden verloren worden", bemerkt Professor Scholz bitter (S. 200).
- Wenn das Münchner Abkommen von 1938 "von Anfang an nichtig war", wie jetzt behauptet wird - waren England, Frankreich und Italien eigentlich Vasallen Hitlers? - dann ist beim be-

sten Willen nicht einzusehen, warum für den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.90 etwas anderes gelten sollte, zumal die Hauptbetroffenen, nämlich die Bewohner Ostdeutschlands, zum großzügigen "Verzicht" auf ihre Heimat nicht einmal gehört wurden. Mit fremdem Eigentum läßt sich leicht großzügig verfahren. Vom hl. Krispin wird überliefert, daß er den Armen Schuhe gemacht und das Leder hierfür gestohlen habe.
Das deutsche Volk soll angeblich "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes seinen Willen bekundet haben" auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten. Während der damalige Außenminister Genscher behauptete, wir hätten aus freien Stücken auf 104.000 qkm uralten deutschen Lands verzichtet - ist dieses eigentlich Privateigentum des "besten Außenministers, den die Polen je hatten"? - war Bundeskanzler Kohl ehrlicher, wenn er sagte: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit."
Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. Rußland bestand auf einer formalen Zustimmung des Sejm, des polnischen Parlaments zu dieser Amputation. Sein Argument lautete, der Verzicht auf polnisches Land sei das unvermeidlich geringere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen.
Da die Russen mit Druck und Bestechung arbeiteten - sind unsere politischen Erfüllungsgehilfen vielleicht auch nicht ganz leer ausgegangen? - hat der Sejm in Grodno die Hälfte des Reststaates Polen an Rußland abgetreten.
Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."
Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern?
Neben den politischen "Freunden" Deutschlands spielen polnische Bischöfe eine beschämende, ja zutiefst unchristliche Rolle. Der damalige Primas Polens, Kardinal Hlond, der am 16.9.39 wie ein Mietling seine Herde verließ, rief vom sichern Port, aus Rom, in Radio Vatikan in einer Hetzrede die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Deutschen auf, wie Bischof Carl Maria Splett von Danzig am 14. Januar 1940 an Papst Pius XII. schrieb:
Das polnische Volk solle sich um seine Lehrer und Priester scharen und gegen die Deutschen aufstehen. Daraufhin wurden unzählige Priester und Lehrer verhaftet und erschossen.
- Nach dem Krieg spielte der polnische Primas eine nicht minder erbärmliche Rolle. Mit betrügerischen Machenschaften erklärte er den rechtmäßigen deutschen Oberhirten im deutschen Osten, Kapitelsvikar Fr. Piontek, der anstelle des verstorbenen Kardinal Bertram die vorläufige Leitung des Erzbistums Breslau übernommen hatte, Bischof Kaller vom Ermland und den anderen deutschen Ordinarien, es sei der Wunsch des Hl. Vaters, daß sie von ihrem Amt zurückträten.
Doch Pius XII. hatte mit keiner Silbe eine Andeutung gemacht, die im Sinne Hlonds hätte gedeutet werden können. Dieser erhielt auch keinerlei Vollmacht, wie er wahrheitswidrig behauptete, anstelle der von ihm mit Arglist verdrängten deutschen Oberhirten polnische Administratoren einzusetzen. Der Hl. Stuhl befand sich in einer schwierigen Situation. Wegen der starken Spannungen, die zwischen der Kirche und der kommunistischen Regierung herrschten, konnte er den Primas nicht öffentlich desavouieren. Aber im halbamtlichen Päpstlichen Jahrbuch nahm der Vatikan bis 1958 von den widerrechtlich errichteten "Neuordnungen" keinerlei Notiz.

Führende polnische Bischöfe setzten sich immer wieder über Recht und Gerechtigkeit hinweg, indem sie bei verschiedenen Gelegenheiten den Landraub als Werk der göttlichen Vorsehung und Gerechtigkeit priesen. Hiergegen heben (sich) wohltuend die Worte Papst Pius' XII. in seinem Hirtenwort vom 1.3.1948 ab:
"Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ... Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehen rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt?"
Daß es nach Überwindung des Hasses zu einer für alle Beteiligten gerechten friedenfördernden Lösung kommen möge, ist entscheidendes Anliegen des Buches von Franz Scholz, das nicht nur unsere Politiker, sondern alle, die ein in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vereintes Europa ersehnen, gründlich studieren sollten.<<
Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtet später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249,254-256): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychischen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.
Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekenntnisse und Bußerituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...
Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...
Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und –stolz) ist.
Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...
Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freund beschrieben hat. Das als äußere Realität vernichtete tota-

litäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.
Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...
... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.
Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbedingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.
Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.
Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...
Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Gefangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und moralischen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.
Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gedemütigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wie-

deraufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.
Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<
>>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektabler Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.
Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.
Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.
Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.
Das Kollektivschuldintrojekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidensgewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.
Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.
Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußeritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die

repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.
Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.
Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Kollektivschuld (x309/102): >>... Es gibt keine Kollektivschuld. Der Gedanke der Kollektivschuld ist, wie der britische Denker und Verleger Victor Gollancz treffend feststellte, 'ein unsinniger, unliberaler, antichristlicher, beklagenswert nazistischer Gedanke'.
Schuld ist - wie Unschuld – persönlich und nicht kollektiv. Darum kann das Prinzip einer Kollektivschuld auf die Vertreibung so wenig wie auf den Krieg angewandt werden. Auch die jahrzehntelangen Debatten um die Schuldanteile ganzer Länder am Ersten oder am Zweiten Weltkrieg gingen insofern grundlegend fehl: Sinnvoll und beantwortbar ist stets nur die Frage nach den Schuldanteilen einzelner Akteure. ...
Das Prinzip der Unschuldsvermutung gehört zu den Minima der Rechtsstaatlichkeit. Es besteht jedoch sicherlich eine kollektive Sittlichkeit, die uns alle zu humanem Umgang miteinander verpflichtet. Die Sanktionierung einer angeblichen Kollektivschuld ist dagegen 'nicht Strafe, sondern Rache', wie Václav Havel völlig zu Recht festgestellt hat.<<

04.08.1995

BRD: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek schreibt am 4. August 1995 in der Wochenzeitung "Das Parlament" über die Vertreibung der Deutschen (x309/96): >>... Polen war nicht Subjekt der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse über Grenzverschiebungen im Nachkriegspolen. Es wurde selbst zum Objekt, zum Opfer der Beschlüsse.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die polnische Sicht der Vertreibung (x309/96-97): >>Das Gleiche, nur mit anderen Worten, betonte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller am 24. Juni 2002 in Bromberg.
Dieses Argument taucht auch in zahllosen anderen Veröffentlichungen auf, ist aber gleichwohl leicht zu wieder legen; denn nicht zu übersehen ist die jahrzehntelange Vorarbeit politischer Ideologen, Politiker und Diplomaten und ihr Drängen bei den Regierungen der Großmächte.
Noch vor der Potsdamer Konferenz forderte der Vordenker des polnischen Drangs nach Westen und Direktor des Posener Westinstituts, Wojciechowski, in Ostdeutschland möglichst schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, um eine etwaige Rückgabe dieser Gebiete einen Riegel vorzuschieben. Aufgrund der hastigen Durchführung wird diese erste "wilde Vertreibung" als besonders brutal geschildert. ...
Einer der wenigen, der eine ehrliche Aussage wagte, war der nationaldemokratische polnische Politiker und Publizist Jedrzej Giertych, Großvater des bis 2007 amtierenden polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Giertych:
"Das Postulat (unbeweisbare Forderung) der Westgrenze an Oder und Neiße ist keine sowjetische Erfindung aus dem Jahre 1945, sondern ein seit langem formuliertes Postulat der polnischen Politik. Schon in der Vorkriegszeit wurde es laut von der Nationaldemokratischen Par-

tei erhoben. ... Man muß feststellen, daß die Angliederung der Gebiete bis zur Oder und Neiße keine Polen aufgezwungene sowjetische Lösung war, sondern die Verwirklichung von altbekannten polnischen Nationalpostulaten. ..."
Ein polnisches Standardargument ist auch, daß Vertreibungsverbrechen fast nur, jedenfalls ganz überwiegend, von der Roten Armee und nicht von Polen begangen wurden. So heißt es zum Beispiel in einem für ein Strafverfahren in Schlesien bestimmten Gutachten dreier polnischer Professoren vom 30. November 2004:
"Gewalttaten und Raub wurden hauptsächlich durch sowjetische Soldaten begangen, die sämtliche materiellen Güter als Kriegsbeute und die dort angetroffenen Menschen meist als Repräsentanten des besiegten und verbrecherischen Hitlerregimes betrachteten." ...<<

26.08.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1995: >>**Kriegsopfer fordern Geld**

... Tausende Griechen, die während der dreieinhalbjährigen deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren haben oder in anderer Weise geschädigt wurden, wollen jetzt auf dem Rechtsweg Wiedergutmachungsansprüche durchsetzen. Sie wollen Deutschland vor griechischen Gerichten verklagen. Initiator ist der Präfekt der Provinz Böotien, Jannis Stamoulis. Die ersten Klagen sollen im September eingereicht werden.
"Die Deutschen sind verantwortlich für das Blutvergießen in Griechenland", sagte Stamoulis. Nach seinen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges 130.000 Griechen von den deutschen Besatzern exekutiert. 300.000 Menschen erfroren oder verhungerten im Winter 1941/42. Ihre Hinterbliebenen hätten Anspruch auf Entschädigung. ...
Welche Erfolgsaussichten die Prozesse haben, ist unklar. Nach Einschätzung des Auswärtigen Bonner Amtes sind sie völkerrechtlich unhaltbar. Es geht um Ansprüche in zweistelliger Milliardenhöhe. Schon 1946 bezifferten die Siegermächte die griechischen Reparationsforderungen aus der dreieinhalbjährigen Besatzungszeit auf 7,5 Milliarden Dollar.
Bonn meint dagegen, die Zahlung von Reparationen sei 1953 auf die Zeit nach dem Abschluß eines ausstehenden Friedensvertrags zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden.<<

29.08.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. August 1995: >>**Schweineställe wurden "Tor zur Freiheit"**

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.
Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder geflohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.
Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...
Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die briti-

schen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.
Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.
Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neuankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.
Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...
Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.
Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, sondern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lagerkochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.
Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".
Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

22.09.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. September 1995: >>... Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich am Donnerstag gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er.
Unterdrückung und Verfolgung, Not und Armut, Krieg und Anarchie trieben die Menschen in die Flucht. Diese Ursachen gelte es zu beseitigen.
Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). Er erinnerte daran, daß neben 3,6 Millionen Deutschen auch Tausende von Flüchtlingen aus Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien im Lager aufgenommen worden seien.<<

29.09.1995

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 29. September 1995: >>**Ein Unrecht muß gesühnt werden**

Seit Ende vergangenen Monats verklagen Tausende von Griechen vor griechischen Gerichten die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung. Sie verlangen Wiedergutmachung für den Verlust ihrer Angehörigen und für andere Schäden während der dreieinhalbjährigen deutschen Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg. Es handelt sich um Klagen von Privatpersonen, die von den Präfekten zweier von der Besetzung besonders hart getroffener Provinzen angeregt wurden.

Seit Jahrzehnten verlange auch ich, daß Deutschland seinen aus den Weltkriegen resultierenden Verpflichtungen gegenüber Griechenland nachkommen muß, wenn es tatsächlich gewillt ist, unter dieses traurige Kapitel deutsch-griechischer Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen.

Die deutsche Seite lehnte bisher die Zahlung von Reparationen mit der Begründung ab, diese Frage sei 1953 bei der Londoner Konferenz auf die Zeit nach dem Abschluß eines noch ausstehenden Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden. Diese Vertagung bezieht sich auf die Zeit nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit dem vereinigten Deutschland.

Nach herrschender Rechtsauffassung entspricht einem solchen Friedensvertrag der von den deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges in Moskau unterzeichnete Einigungsvertrag vom 12. September 1990 (bekannt als Zwei-plus-Vier-Vertrag). Das vereinte Deutschland ist demzufolge seit 1990 verpflichtet, seinen aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung nachzukommen.

Bei den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Griechenland handelt es sich um folgende Summen:

1. Restschulden aus Entschädigungsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg in Höhe von achtzig Millionen Mark, in Preisen von 1938.
2. Aufgelaufene Schulden Deutschlands aus dem bilateralen Handel zwischen den beiden Kriegen in Höhe von 523.873.000 US-Dollar, in Preisen von 1938.
3. Reparationsforderungen nach Berechnungen der Pariser Konferenz der Siegermächte von 1946 in Höhe von 7,1 Milliarden US-Dollar, in Preisen von 1938 (Entschädigung für die Beschlagnahme von Privat- und Staatseigentum, Plünderung, Zerstörung).
4. Ansprüche aus einer Zwangsanleihe von 3,5 Milliarden US-Dollar, die der Bank von Griechenland 1942 aufgenötigt wurde, um sowohl die Stationierungskosten für die Besatzungstruppen in Griechenland als auch die Verpflegung des Afrika-Korps von General Rommel zu bestreiten. Experten schätzen die heutige griechische Forderung unter Einbeziehung eines Minimalzinssatzes von drei Prozent auf dreizehn Milliarden US-Dollar.

In diesen Wiedergutmachungsforderungen sind die enormen Verluste unseres Landes an Menschenleben nicht inbegriffen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7 Millionen verlor Griechenland: 70.000 Personen infolge direkter kriegerischer Auseinandersetzungen; 12.000 Zivilisten infolge indirekter kriegerischer Auseinandersetzungen; 38.960 hingerichtete Menschen; 100.000 in Konzentrationslagern ermordete Geiseln (ein großer Teil davon griechische Juden); 600.000 Hungertote.

Die Frage der Reparationen Deutschlands gegenüber Griechenland ist nicht nur eine des Geldes. Sie hat auch eine moralische und eine politische Dimension. So hat Italien seine gesamten aus dem Krieg resultierenden Reparationsverpflichtungen gegenüber Griechenland erfüllt. Auch Bulgarien, das zusammen mit Deutschland und Italien Griechenland von 1941 bis 1944 besetzt hatte, erfüllte alle seine Verpflichtungen, um das Unrecht wiedergutzumachen, das seine Truppen am griechischen Volk begangen hatten. Warum sollte Deutschland von seinen

Verpflichtungen befreit werden?
Die griechische Nation hat während des Zweiten Weltkrieges durch die Brutalität der Nazibesatzer die blutigste und erstickendste Sklaverei in den 3.000 Jahren ihrer bewegten Geschichte erlebt. Ich selbst bin fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk heute mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hat. Ich glaube jedoch, daß es sich endlich mit der Frage der deutschen Besetzung Griechenlands und den daraus folgenden Reparationsansprüchen auseinandersetzen muß. Griechenland fordert nur, was ihm zusteht. Unser Volk verlangt keine Revanche. Es wird auch nicht fordern, daß Deutschland seine Verpflichtungen auf einmal einlöst.
Es gibt Möglichkeiten und Wege, Reparationen zu zahlen, ohne die Wirtschaft Deutschlands zu beeinträchtigen: Gewährung von Stipendien an Studenten und junge Wissenschaftler aus Griechenland zum Studium in der Bundesrepublik, wobei die Nachkommen der Opfer der Nazis Vorrang genießen; Transfer von deutschem Know-how; Übernahme der Kosten für die Durchführung von Infrastrukturprojekten deutscher Firmen in Griechenland durch den deutschen Staat; direkte finanzielle Hilfe. Die genauen Modalitäten und einen konkreten Zeitplan könnte ein gemeinsamer Wirtschaftsausschuß ausarbeiten.
Griechenland und Deutschland gehören der Europäischen Union an und arbeiten für das gemeinsame Europa. Das Zustandekommen dieses vereinigten Europas kann nur auf Freundschaft und Vertrauen zwischen beiden Ländern aufgebaut und nur durch die Überwindung offener Probleme aus der gemeinsamen Geschichte erreicht werden.<<

September 1995

China: Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 13. Oktober 2012) über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**
Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.
Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. …
Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau …
Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des

Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.
Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.
Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.
Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. …
Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. …
Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.
Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

02.10.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>**Athen will Reparationen**

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5

Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.
Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.
In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

03.10.1995

BRD: Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

27.10.1995

Belgien: Lettland beantragt am 27. Oktober 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

16.11.1995

Tschechien: Josef Zieleniec (von 1992-1997 tschechischer Minister für auswärtige Angelegenheiten) erklärt am 16. November 1995 während seiner Rede "Tschechen und Deutsche - Nachbarn im sich vereinigenden Europa" (x154/26-27): >>... Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ereignisse dieses Jahrhunderts unermeßliches Leiden und Unrecht für viele unschuldige Menschen gebracht haben. Ein bewußt Kurzsichtiger wäre derjenige, der nicht zugeben würde; daß es Opfer und Unbill auf beiden Seiten gab.
Wir dürfen aber nie vergessen, daß die bewegten Kapitel unserer Geschichte ihre Ursachen und Folgern haben und daß Einzelheiten aus den gegenseitigen Zusammenhängen nicht herausgerissen werden können. Wir wollen aber zugeben, daß die kollektive Auffassung von Schuld und Vergeltung, egal ob gegründet auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder zu einem bestimmten Volk, immer auch vielen unschuldigen Menschen Unrecht bringen und nur immer neue Runden des Unbills in Bewegung setzen wird.
Zusammengefaßt: Wir wollen unsere Augen nicht vor der Vergangenheit verdecken, zugleich wollen wir sie aber nicht vor der Vergangenheit verschließen, die Zukunft zu verschatten. Wir wünschen nicht, daß die politischen und rechtlichen Diskussionen über unsere Gegenwart und Zukunft dominieren. Und wir wollen offen sagen, daß wir Schritte, die auf jegliche Weise das politische und rechtliche System des anderen Landes in Frage stellen würden, nicht akzeptieren werden.<<

17.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1995: >>**SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen**
Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteil elf Belsen-Mörder zum Tode.
Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...
Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.
Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß

durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.
Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.
Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.
Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.
Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthauses vollstreckt. ...
Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.
Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Auffanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

20.11.1995

Belgien: Die Europäische Union unterzeichnet am 20. November 1995 ein Assoziierungsabkommen mit Israel und ein Kooperationsabkommen mit Nepal.

21.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1995: >>**Immer mit dem Strom geschwommen**
Polens neuer Präsident Aleksander Kwasniewski war ein aktiver Kommunist
Die Zukunft interessiert ihn, von der Vergangenheit will er nichts hören. "Wählt die Zukunft" verkündeten seine Wahlkampfplakate, sie zeigten einen eleganten Yuppie mit strahlendem Lächeln, optimistisch, Kompetenz ausstrahlend, mit gesundem Teint aus dem Bräunungsstudio.
Als er noch Parteigenosse war, hieß er "der Junge". Als er Parteichef der gewendeten Kommunisten wurde, die sich nun Sozialdemokraten nennen, galt er als "beliebtester Schwiegersohn" in Polen. Mit Vergangenheitsdebatten, wie sie ihm der bisherige Präsident Lech Walesa aufdrängen wollte, kann sein am Sonntag gewählter Nachfolger Aleksander Kwasniewski nichts anfangen. ...
Kwasniewski machte Karriere im kommunistischen Studentenverband. Sie war ihm wichtiger als der Studienabschluß. Während Polens erste freie Gewerkschaft Solidarnosc gegen die herrschende Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) kämpfte, wurde Kwasniewski Chefredakteur, erst einer Studentenzeitschrift, dann der Tageszeitung des kommunistischen Jugendverbandes.
Als General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängte und im ganzen Land aufmüpfige Journalisten ihre Jobs verloren oder von allein gingen, behielt Kwasniewski seinen Parteiausweis. Er schrieb keine Lobeshymnen auf den General, kritisierte ihn aber auch nicht.
1985 wurde Kwasniewski Jugendminister in der Regierung Messmer, dann arbeitete er unter Ministerpräsident M. Rakowski. Heimlich pflegte er Kontakte zur linksliberalen Opposition.

Bis in die Spitzengremien der Partei gelangte er nicht. Das kam ihm nach der Wende zugute: Als ziemlich unbelasteter Genosse war er der ideale Kompromißkandidat für den Vorsitz der Nachfolgepartei der Kommunisten, der "Sozialdemokratie der Republik Polens".
Aus dem Genossen Kwasniewski wurde Olek, der Kumpel, der es allen recht macht. Mit dem Satz, nennt mich einfach Olek" schaffte Kwasniewski kurzerhand die innerparteiliche Bezeichnung Genosse ab.
Den taktischen Fähigkeiten des Vorsitzenden und seinem Ruf als Reformer verdankte es die neue Partei, daß die einst in der PVAP aktive sozialdemokratische "Graswurzelfraktion" erhalten blieb und in der Parteiführung neben den "Betonköpfen" Platz nahm. Kwasniewski verhinderte einen klaren Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit. Die neue Partei übernahm das Vermögen, den Apparat und den Stallgeruch der alten KP.
Fragt man Kwasniewski heute nach seinen Verdiensten für die Demokratie, kommt die Antwort prompt. Auch er habe als Unterhändler der Staatsmacht am Runden Tisch – am Systemwechsel teilgehabt. Von ihm stammt jener Kompromiß, der erstmals halbfreie Wahlen in Polen ermöglichte.
Am wohlsten fühlt sich Kwasniewski in der Rolle des Vermittlers, der einen eigenen klaren Standpunkt meidet. Immer wieder sorgte er für den Ausgleich in seiner Partei zwischen sozialdemokratischen Puristen und den aus PVAP übernommenen Apparatschiks. Diese sitzen heute zwar im zweiten und dritten Glied, zwangen ihren Kandidaten aber dazu, im Wahlkampf die untergegangene Volksrepublik zu verteidigen.
Aleksander Kwasniewski ist immer mit dem Strom geschwommen. Als dieser in Richtung Demokratie floß, beschloß er, eben eine demokratische Karriere zu machen. Ohne solche Opportunisten freilich wäre der Systemwechsel in Polen wohl nicht so friedlich verlaufen.<<

28.11.1995

Belgien: Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

November 1995

BRD: Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hält im November 1995 folgenden Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48): >>... Fünf Jahre sind seit der großen politischen Wende in den Staaten Mittel- und Osteuropas, die nach geltender Meinung den Untergang des Kommunismus bedeutete, vergangen. Ein demokratisches politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, freier Wettbewerb, Handel und vieles mehr sollten entstehen. Nicht zuletzt sollte ein Wandel der Besitzverhältnisse durch die Rückgabe an die wirklichen Eigentümer und durch die Privatisierung der Staatsbetriebe erfolgen.
Einiges davon gelang, doch vieles auch nicht – oder nur zum Schein. Vor allem die wirtschaftlichen Änderungen begünstigten zu einseitig nur gewisse Bevölkerungsschichten. Das führte und führt weiterhin zu manchen Desillusionierungen und Enttäuschungen, die in jedem postkommunistischen Staat in jeweils anderem Ausmaß und mit verschiedener Intensität zu beobachten sind und sichtbar in den Wahlerfolgen der kommunistischen Kräfte Ausdruck finden.
Eine weitere Quelle der Enttäuschungen ist das Fehlen rechtsstaatlicher Verhältnisse zum Schutz des Bürgers, seines Lebens und Eigentums. Es war ein großer Fehler, daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückgezogen hat, wo er unersetzbar ist und es noch lange sein wird.
Die Wurzel der Probleme findet man oft in der Vergangenheit der einzelnen Staaten und in der Art und Weise, wie mit dieser Vergangenheit umgegangen wird. Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit den damaligen Verbrechen und Kränkungen.

Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. Das wurde auch in diesem Jahr deutlich, als wir das Jubiläum der nationalsozialistischen Niederlage gefeiert und uns zugleich auch der Tragödie der deutschen zivilen Vertriebenen aus Osteuropa erinnert haben.
Auch wenn diese tragischen Ereignisse durch Beschlüsse internationaler Konferenzen, Staatsverträge und Landesgesetze legalisiert wurden, bleiben sie stets etwas, zu dem sowohl die Politiker als auch die Bevölkerung immer wieder zurückkehren, weil sie spüren, daß - die Staatsgrenzen natürlich ausgenommen – vieles ausklammert, offen und ungelöst geblieben ist. Sie spüren, daß erst ein neuer demokratischer Rechtsausgleich mit der Vergangenheit den Staaten Mittel- und Osteuropas das Tor zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft öffnen kann.
Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten.
Ich befürchte sogar, daß das Unrecht in der östlichen Hälfte Europas zu lange fortdauerte, um in absehbarer Zukunft das zur Rückkehr in die demokratische Staatengemeinde notwendige Rechtsbewußtsein voll wiederherstellen zu können. Nach dem nationalsozialistischen folgte schnell das kommunistische Regime, das genauso wenig das persönliche Eigentum und seine Unverletzbarkeit, das Recht auf die Heimat und das Recht, aus der Heimat nicht vertrieben zu werden, so wie all die anderen Menschen- und Bürgerrechte respektierte.
Die Bewältigung der Vergangenheit sollte bestimmte Grundsätze respektieren, von denen ich nur einen erwähnen möchte. Wie auch immer die Vergangenheit politisch und juristisch abgeschlossen wird, es muß immer im Einvernehmen mit den Opfern geschehen, auf keinem Fall hinter ihrem Rücken oder gar auf ihre Kosten. Während die Opfer meist auf das Konto einer verbrecherischen Staatsdoktrin gingen, muß ein wirksamer Ausgleich von der Perspektive der aktuellen europäischen Rechtsnormen und Wertungskriterien ausgehen, sprich der Perspektive Europas als Wertegemeinschaft, die all ihren Bürgern die gleichen Rechte garantiert.
Man könnte annehmen, daß ich zu viel von der Vergangenheit spreche und ihr zu viel Gewicht beimesse. Bei der Betrachtung dessen, was heute um uns herum geschieht, können wir jedoch sehen, daß sich gar vieles aus der Vergangenheit wiederholt, daß die Vergangenheit den Lebenden keine Lehre wurde, sondern vielmehr eine Last, welche die Völkergemeinschaften hinter sich herschleppen.
Auf dem Balkan kämpft man wieder um ethnisch reine Staaten, in der Slowakei läuft nach altem Muster die Unterdrückung von Minderheiten an, in der Tschechischen Republik wachsen wieder Rassismus und Antisemitismus.
Diese aktuellen Geschehnisse hängen eng mit dem zusammen, was ich als Bemühung, die eigene Schuld nicht zugeben zu wollen, bezeichnen würde. Das ist eine alle Nationen des ehemaligen Sowjetimperiums gemeinsame Eigenschaft. Statt Reue, vor allem für die Verbrechen des Kommunismus, breitet sich überall Xenophobie (Abneigung gegen alles Fremdartige) und nationaler Größenwahn aus, als ob russische oder die deutsche Nation schlechter wären als die tschechische, ungarische, slowakische usw.
Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als

Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet.
Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Jósef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.
Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. Gerade deshalb ist der liberale Relativismus so populär, von dem kürzlich der Philosoph Robert Spaemann sagte, er töte den Geist, aus dem sich der Widerstand gegen das totalitäre Regime rekrutierte. Zwar liebe der liberale Relativismus die totalitären Regime nicht, eines wirksamen Widerstandes gegen sie sei er aber auch nicht fähig.
Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums, die Unfähigkeit, das wahre, von den Jahrzehnten des Kommunismus und seinen geistlosen Pflichtritualen unberührte Christentum zu empfangen und zu erleben. Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei.
Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, daß die Erneuerung der postkommunistischen Gesellschaft nicht ohne christliche Wiedergeburt stattfinden kann, daß es nicht ausreicht, Liberalismus, Toleranz und andere Werte der modernen Gesellschaft durchzusetzen, sondern auch das Gefühl und den Sinn für die Grundwerte des Lebens, dessen Schöpfer der Mensch nicht allein ist, vermittelt werden müssen.
Anders gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben in den postkommunistischen Gesellschaften ist es, den ungeheuren moralischen Verfall, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schädigt und deformiert, aufhalten zu helfen. Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt.
Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen. Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können.
Und so möchte ich wiederholen, daß man beginnen sollte, die wichtigsten Forderungen und Schulden zu begleichen und mit den ehemaligen Feinden Frieden zu schließen, vor allem dann, wenn man weiß, daß die einzig mögliche Zukunft eine gemeinsame und von gemeinsamen Interessen bestimmte Zukunft ist. Und hier denke ich vor allem an die deutsch-tschechischen Beziehungen.
Was steht den völlig offensichtlichen Schritten denn im Wege? Welche Interessen sind es, die stärker als alle Vernunftgründe und logische Schlußfolgerungen sind? Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, zu den demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und gewissen Umständen, unter denen sie stattgefunden haben, zurückzukehren.
Nach meiner Meinung konnte schon deshalb keine Vergangenheitsbewältigung stattfinden, weil es sich im Falle der sog. demokratischen Revolutionen um eine "sanfte" Machtübernahme handelte. Darauf waren die ehemaligen Machthaber, zumindest auf der Ebene ihrer Entscheidungsgremien, vorbereitet und tauschten die führenden Positionen in der Politik gegen solche in der Wirtschaft ein.
So schrieb kürzlich der führende tschechische Ökonom Lubomir Mlcoch, die Privatisierung habe bereits vor der sanften Revolution stattgefunden, indem sich die Chefs der Staatsbetriebe nach und nach des öffentlichen Staatseigentums bemächtigten, zwar nicht de jure, aber de facto. Es ging also um scheinbare, auf die Parteinomenklatur gestützte Besitzstrukturen, um nicht

juristisch, sondern machtpolitisch sanktionierte Besitzverhältnisse. Sie wurden nach 1989 durch die Privatisierung juristisch bestätigt.
Alle Untersuchungen weisen eindeutig darauf hin, daß sich die meisten neuen Unternehmer, Bankiers und Finanzmakler aus den Reihen früherer Führungskräfte der Wirtschaftssphäre oder der Staatssicherheit z.B. der Gegenspionage rekrutieren. Wenn dies einer der Hauptpunkte der wirtschaftlichen Umstrukturierung ist, so kann man nicht erwarten, daß ihre Protagonisten an der Vergangenheitsbewältigung interessiert sind.
Die aus der Kouponprivatisierung entstandenen Kleinaktionäre werden wortwörtlich gejagt und in die Ecke gedrängt, damit sie ihre Aktien an die großen postkommunistischen Gruppen verkaufen, deren finanzieller Hintergrund völlig im Dunkeln liegt. Hinzu kommt, daß diese Geschäfte ausschließlich in tschechischen Händen bleiben und nach fragwürdigen, löchrigen tschechischen Gesetzen, die in vielerlei Hinsicht von der Gesetzgebung etwa der EU abweichen, geführt werden sollten.
So ist es auch verständlich, daß diese Menschen die größte Gefahr in der Integration ihrer Länder in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens sehen. Auch wenn sie sich dazu verbal bekennen, tun sie alles, um dieses Ziel zu vereiteln. Es geht um ihren Besitz, denn die Integration in die EU würde eine umfangreiche Änderung der Rechtsverhältnisse bedeuten.
Selbstverständlich kann kein Staat in die EU, dessen Rechtssystem Steuerbetrug, Veruntreuung des Staatseigentums, dessen Verkauf und sofortigen Weiterverkauf, ohne dafür einen Pfennig gezahlt zu haben, ungedeckte und uneinbringbare Bankkredite usw. ermöglicht. Dazu kommt die allgegenwärtige Korruption des Staatsapparates. So wurde zum Beispiel in einer zwielichtigen Weinstube der Chef der Privatisierungsbehörde erwischt, als er gerade einen Koffer mit 8 Millionen Kronen übernahm.
Dazu kommt auch die vom Staat ignorierte, groß angelegte Wäsche von Geld, das meist aus dem Osten stammt. Logischerweise brauchen die Akteure eine politische Repräsentation, die der Bevölkerung ein falsches, illusorische Bild eines Landes vorgaukelt, das im Westen ungeheuer positiv eingeschätzt und dessen Eintritt in die EU nur eine Frage einiger Jahre ist.
Schließlich benötigen sie zusätzlich eine geeignete Ideologie, die einerseits keine Vergangenheitsbewältigung zuläßt und andererseits ein eventuelles Scheitern der Integrationsbemühungen rechtfertigen würde. Dafür eignet sich am besten der Nationalismus. Demnach ist keine Vergangenheitsbewältigung möglich, weil dies den Untergang des tschechischen Staates und seine Germanisierung bedeuten würde.
Jene, die sich am meisten am Staatseigentum vergreifen, warnen am lautesten vor seinem Ausverkauf an den Westen. Vor allem dürfe nichts den Deutschen zurückgegeben werden darin herrscht Einigkeit. Daß man darüber hinaus auch großen Teilen der tschechischen Bevölkerung ihr Eigentumsrecht vorenthält (Emigranten, Vereinen, Genossenschaften, Kirchen usw.) ändert daran nichts.
Kann man sich angesichts einer so häufigen und so viele Menschen betreffende Geringschätzung und Nichtanerkennung der Bürgerrechte wundern, daß sich bei uns noch keine bürgerliche Gesellschaft etablierte, daß im Gegenzug eine 'neue Ethik', die durch Mißachtung der durch Generationen geschaffenen Werte charakterisiert wird, an Boden gewinnt?
Die enge Bindung des künftigen Wohlstandes an die Grundfesten des gesellschaftlichen Rechtsbewußtseins bleibt unverstanden, wobei der zweckgebundene, manipulierte Nationalismus den falschen und gefährlichen Eindruck weckt, nationale Interessen stünden über dem Recht.
Zum Abschluß möchte ich mich noch mit dem Phänomen des Nationalismus befassen, der zum Verständnis einer ganzen Reihe von Problemen wichtig ist. Heute können wir von einem neuen Nationalismus in Mittel- und Osteuropa sprechen. Keiner der postkommunistischen

Staaten konnte ihm ausweichen, auch wenn sein Ausmaß nicht überall denselben Umfang hat. In manchen Staaten ist der Nationalismus ein blutrünstiger Dämon, in anderen scheint er gemäßigt und lenkbar. Generell ist er die Ideologie, die nach dem Fall des Kommunismus die größten Menschenmassen anzieht. Sie wählen die wichtigsten Repräsentanten des Nationalismus zu ihren Vertretern.

Die Anziehungskraft des Nationalismus ist eng mit der Existenz der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Vorstellungen über ihre Bedeutung und ihren Sinn verknüpft. Der Nationalstaat wird nämlich in seiner ethisch reinen Form als das beste Mittel zur Sicherung einer konfliktfreien, stabilen Gesellschaft verstanden. Oft scheint die komplizierte und dramatische Geschichte der Völker und Staaten Mittel- und Osteuropas dieser Auffassung Recht zu geben, dabei vergißt man gerne den Preis, den man für die Entstehung eines solchen Staates zu zahlen hat.

Kein ethisch reiner Staat kam ohne das Töten und das Leiden von Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen zustande. Es ist deshalb so etwas wie ein blutiges Ideal – vor allem in der mitteleuropäischen Region, wo viele Völker und Nationen nebeneinander leben, oft in historisch bedingt komplizierten nachbarschaftlichen und symbiotischen Beziehungen.

Es kam auch zu einer wichtigen Änderung der Funktion des Nationalismus. Im 19. Jahrhundert diente er noch der Bildung nationaler Gemeinschaften. Heute wurde er zum Instrument gewisser machtpolitischer und wirtschaftlicher Schichten, die meist Teile des kommunistischen Establishments waren und nach dem demokratischen Umsturz an der Macht bleiben möchten.

Deswegen werden sie zu den eifrigsten Verteidigern der sog. nationalen Interessen in den Nationalstaaten, was in den meisten Fällen zur Isolation von der übrigen Welt und zu Konflikten mit den Nachbarstaaten führt. Es muß nicht besonders betont werden, daß die Definition der sog. 'nationalen Interessen' beliebig ist und meist davon abhängt, was einem in der jeweiligen Situation gerade paßt.

Hier muß man einen grundsätzlichen Unterschied machen, und zwar zwischen dem Nationalismus und dem Nationalbewußtsein. Nationales Bewußtsein, nationale Identität und Kultur sind in Europa sehr wichtige Werte, die von der Integration nicht berührt werden und es gar nicht sollen, obwohl langfristig auch der Europäismus und das gemeinsame europäische Bewußtsein wachsen müssen. Mit anderen Worten, es ist wichtig, sowohl die nationale Identität zu pflegen, als auch die übernationale Identität zu fördern. Nur aus der Symbiose beider Identitäten kann die friedliche Zukunft Europas entstehen.

Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein. Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität.

Er ist eine nationale Krankheit. Er sprengt den Rahmen der Vernunft und emotionalisiert die Geschichte und die Politik. Seine Konstrukte wachsen aus Emotionen, die wichtigste davon fixiert das Bild des Volksfeindes. Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen, komplexe kausale Ketten und die unabsehbare Pluralität der Folgen wahrzunehmen.

In der Politik führt dies zur Unfähigkeit, Kompromisse zu schließen, in Sackgassen, in denen es kaum oder gar keine Auswege gibt. Naturgemäß ist so ein Feind immer ein anderes Volk. In der europäischen Geschichte waren es oft genug die Juden, und in der mitteleuropäischen Region sind sie es bis heute geblieben, obwohl sie hier kaum noch leben. Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. Der Antigermanismus wird politisch stark instrumentalisiert, und zwar sowohl von den

Rechten als auch von den Linken. Bestenfalls unterscheidet man noch zwischen einem guten und einem schlechten Deutschen, was seinerzeit auch Klement Gottwald tat.
Dem Nationalismus steht auch eine ganze Reihe von Intellektuellen nahe, vor allem Historiker, die gerne nationale Klischees für objektive wissenschaftliche Erkenntnisse ausgeben, mit Fakten und Rechenbeispielen, mit Lebenden und Toten hantieren. Sie sorgen für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft im Geiste gewisser Symbole oder Mythen und bilden eine Frontdisziplin bzw. Stimmung, in der die sogenannten nationalen Interessen eine wichtigere Rolle als Rechtsbewußtsein, die bürgerliche Gleichheit oder die Einhaltung von Normen und Werten spielen.
Aus diesem Grund war für uns die Vertreibung der Sudetendeutschen der erste Schritt zur Bolschewisierung des Staates, zum Februarumsturz 1948 und zur Eingliederung in die sowjetische Machtsphäre. Den Nationalismus alter Prägung von Präsident Benes nutzten vor allem die Kommunisten, und zwar sowohl die tschechischen als auch die russischen.
Der Plan Stalins war einfach. Jene slawischen Staaten, die die Deutschen vertrieben haben, werden sich später vor Vergeltung und Revanche fürchten, und als einziger Beschützer bleibt ihnen nur die Sowjetunion. Darauf basierte später die ganze kommunistische Propaganda. Der Plan ging auf, und die Angst blieb bis heute tief verwurzelt. Nachdem die Sowjetunion aufgehört hat zu existieren, und die Kommunisten nicht mehr an der Macht sind, nutzen andere bereits erwähnte Kräfte den Nationalismus.
Ich bin überzeugt, daß jede demokratische Regierung die Pflicht hat, Nationalismus, Antisemitismus sowie andere Erscheinungen nationaler Intoleranz und Feindseligkeit aktiv zu bekämpfen. Damit darf man nicht spielen, denn es ist offensichtlich, daß man sie nicht ewig als nützliches Werkzeug unter Kontrolle halten kann. Immer droht die Gefahr, daß daraus ein Brand wird, der die ganze Gesellschaft vernichtet.
In der Gegenwart besteht der wirksamste Schutz dagegen in der Bemühung um die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Das würde diese Staaten zwingen, sich zu öffnen, das gültige internationale Recht und die europäischen Grundwerte zu respektieren und vor allem zu begreifen, daß es ohne friedliche Mitarbeit und Kooperation in unserer globalen Welt nichts zu erreichen gibt.
Weil aber die Beitrittsfrage im Augenblick nicht aktuell ist, sollte man mit der Kooperation bei der Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit anfangen. Dabei geht es weniger darum, die eine, absolute Wahrheit, als vielmehr die grundsätzliche Übereinstimmung in ihrer Bewertung zu finden. Denn die Zukunft wird aus unserer Beziehung zur Vergangenheit geboren.<<

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.
Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.
Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...
Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der

Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

11.12.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995 über ein Gespräch mit dem umstrittenen deutschen Historiker Ernst Nolte (1923-2016, löste 1986 den sog. "Historikerstreit" aus, seitdem führte jedes Nolte-Buch zu Eklats und Protesten): >>... Sagen Sie mal, Ernst Nolte ... WIE LEBT ES SICH ALS GEÄCHTETER?

Nolte: Eine gewisse Einsamkeit ist notwendig für einen Menschen, der viel arbeitet und dessen Arbeiten sich nicht ganz im Kontext von zunftgemäßen Fragen bewegt, und sie wird durch diesen Zustand höchstens noch vertieft. Also ich lebe so, wie ich leben möchte, nämlich arbeitend.

FOCUS: Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Wirbels, den Sie verursacht haben, ist die angenehme Ruhe des Parias?

Nolte: Von einer völligen Ächtung kann ja keine Rede sein. Der schweizerische Rundfunk hat unlängst ein langes Interview mit mir im ersten Programm gesendet; ich hatte vor kurzem Gespräche mit "L" Espresso" aus Mailand und dem "NRC Handelsblatt" aus Amsterdam; in Bälde wird ein langes Interview in einer Mailänder Kulturzeitschrift erscheinen. Ich bin im Ausland – zumal in Italien – bei weitem nicht so "geächtet" wie in Deutschland.

FOCUS: Eine Reihe linker bis linksliberaler italienischer Professoren und Universitätsdozenten hat im Sommer 1995 einen Appell für die Freiheit der Wissenschaft veröffentlicht und dabei den Fall Nolte als Beispiel für eine "Tendenz" angeführt, die "Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Kultur" bedrohe. Sind Sie enttäuscht, weil von deutschen Fachkollegen bislang nichts dergleichen zu hören war?

Nolte: Das Merkwürdige ist, daß diese Linken die grundlegende Maxime der liberalen Gesellschaft, die der Meinungsfreiheit, besser verteidigen als die sozusagen professionellen Liberalen. Ich fand es in der Tat betrüblich, daß zwei angesehene deutsche wissenschaftliche Zeitschriften es abgelehnt haben, die – wenn man so will – gelehrte Version meines "Spiegel-Gesprächs" von 1994 zu drucken, und zwar offenkundig aus Furcht vor zu erwartenden Angriffen.

FOCUS: Den Historikerstreit haben Sie mit der Frage ausgelöst, ob ein "kausaler Nexus" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus bestünde. Apropos kausaler Nexus: Glauben Sie, daß ein solcher besteht zwischen den Diffamierungen im Gefolge des Historikerstreits 1986/87 und dem anschließenden Brandanschlag auf Ihr Auto; zwischen den Denunziationen nach Erscheinen Ihres Buches "Streitpunkte" 1993 – so hat Margarita Mathiopoulos behauptet, Sie hätten die Solingen-Attentäter im Gefängnis besucht – und dem wenig später folgenden Überfall auf Sie in Berlin?

Nolte: Ein direkter Zusammenhang nicht. Im übrigen würde ich das Jahr 1986 noch gar nicht durch den Begriff Diffamierung kennzeichnen – das fing erst 1987/88 an, als, wenn ich so sagen darf, das zweite Glied in Aktion trat, all diese Leute, die da ihre kleinen Bücher und Artikel schrieben.

Diejenigen, die den Brandanschlag auf mein Auto verübten, müssen irgendwoher von dieser öffentlichen Kontroverse erfahren haben. Es gab ja einen recht eindeutigen Bekennerbrief. Das gleiche gilt für diesen Tränengas-Sprayanschlag. Irgendwann hat sich unter den, wie sie sich nennen, Antifaschisten die Meinung festgesetzt, daß ich nicht nur falsche Ansichten habe, sondern ein böser Faschist bin. Und da solche Dinge, wenn sie sich herumsprechen, immer gröber und eindeutiger werden, haben diese Leute in Berlin-Mitte sich durch die Ankündigung, ich würde einen Vortrag halten, offenbar herausgefordert gefühlt. Ich möchte da aber nur einen Kausalzusammenhang im abstraktesten Sinne annehmen.

FOCUS: Ein Faschist sind Sie ja offenbar nicht, aber irgendwie böse ...

Nolte: (lacht): Ja, böse ...

FOCUS: ... mitleidlos, skandalös unterkühlt.
Nolte: Es ist sicherlich nicht ganz falsch, daß angesichts solcher grausamen Ereignisse, wie sie teilweise mein Thema sind, wissenschaftliche Kühle etwas Herausforderndes und Negatives hat. Man übersieht dabei, daß diese meine Kühle nicht die des Mikroskop-Forschers ist, sondern es ist die Kühle des Mannes, der eben doch ein bißchen mehr weiß als die große Menge dieser Betroffenen und Empörten.
Nämlich beispielsweise, daß der Vorwurf entsetzlicher Verbrechen, wie er heute mit Recht gegen die Nationalsozialisten vorgebracht wird, nicht einzigartig ist, sondern auch in den 20er Jahren vorgebracht wurde – nur von anderen Menschen gegen eine andere Macht. Natürlich habe ich diese Literatur gelesen, so wie Hitler sie auch gelesen hat, und ich bin geradezu verpflichtet, dem nachzugehen, was sich in seinem Kopf abgespielt hat.
FOCUS: Sie meinen, weil die Vorstellungen in Hitlers Kopf für die Wirklichkeit letztlich entscheidender waren als die Wirklichkeitswahrnehmung in Tausenden normalen Köpfen?
Nolte: Ja sicher. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ist natürlich auf den ersten Blick kein anderer als der im Kopfe Hitlers und anderer Nationalsozialisten. Die Art und Weise, wie Hitler die Nachrichten über die russische Revolution aufgenommen hat, ist meines Erachtens so gravierend, daß man das gar nicht übersehen kann, zumal ihm noch in seiner spätesten Zeit dieselben Äußerungen über die Lippen kamen. Manche meinen, daß es kausale Zusammenhänge nur zwischen Dingen gibt, aber im praktischen Leben sind fast alle Zusammenhänge durch den Kopf vermittelt.
FOCUS: In der deutschen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, daß jeder Vergleich bezüglich des Dritten Reichs automatisch eine Verharmlosung nach sich zöge wie der Blitz den Donner. Leuchtet Ihnen dieser Nexus ein?
Nolte: In Gestalt des von mir sogenannten negativen Nationalismus ist ja so etwas wie eine neue Religion entstanden, die viele Leute einfach brauchen. Man möchte irgendwo ein absolutes Böses haben, um es mit völlig gutem Gewissen bekämpfen zu können und sich gleichzeitig auf der Seite des absolut Guten zu wähnen.
Darüber, daß man solche Vorgänge, wie sie durch den Namen Auschwitz abgekürzt bezeichnet werden, als etwas ganz Entsetzliches betrachtet, muß nicht erst diskutiert werden, aber sie sind nach meiner Ansicht immer noch nicht das absolute Böse und können auch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herausgelöst beurteilt werden. Aber da verteidigen diese "neuen Religiösen" sozusagen ihren Glauben. Und wer einen Glauben verteidigt, wird oft fanatisch.
FOCUS: Das gilt natürlich nicht für Sie.
Nolte: Ich habe eben keinen politischen Glauben, und deshalb bin ich auch kein politischer Fanatiker.
FOCUS: Bei der Lektüre Ihrer Bücher kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß Sie, über Ihre Thesen hinaus, den Leser zusätzlich durch Euphemismen provozieren wollen. Falsch?
Nolte: So formuliert halte ich es für mindestens übertrieben. Ich bin durch meine philosophische Herkunft mitbestimmt, so daß man mir, wohl mehr als bei den meisten anderen Historikern, die Ehre antun müßte, meine Sätze sorgfältig zu lesen, zu wägen und in den Zusammenhang zu stellen, aber diese Art Lektüre ist mir leider selten zuteil geworden. Wenn man meine Aussagen vergröbert, bedingende Vor- und erklärende Nachsätze ausläßt, kann man mich sehr leicht uminterpretieren. Diese Art des Umgangs mit mir bin ich gewöhnt, und ich habe fast schon die Hoffnung verloren, daß ich das noch zurechtrücken könnte.
FOCUS: Ihre Texte sind durchsetzt vom Wort "aber". "Die Aber", sagt die Gräfin Orsina in Lessings "Emilia Galotti", "kosten Überlegung."
Nolte: Richtig. Manche nennen das ja Dialektik. Es bedeutet, daß viele Aussagen für sich allein nicht vollständig sind; es muß noch etwas hinzugefügt werden.

FOCUS: Wenn Sie, wie Sie sagen, kein politischer Fanatismus leitet, dann könnten Sie also die Grünen wählen und trotzdem dieselbe Geschichtsphilosophie vertreten?
Nolte: Im Prinzip ja, und ich wurde ja vor 30 Jahren im allgemeinen den Linken zugerechnet. Ich hätte trotzdem Bedenken, weil sich in dieser Partei besonders viele und hartnäckige Vertreter der erwähnten quasireligiösen These befinden, an deren Seite ich mich schlecht stellen kann. Deshalb habe ich ja die Existenz einer radikalen Rechtspartei gefordert, und das hat natürlich besonders viel Zorn erregt, obwohl man sich eigentlich sagen müßte: Entweder bejaht man das pluralistische System – dann muß man auch bejahen, daß es nicht nur eine Linke, sondern auch eine Rechte gibt -, oder man bejaht es nicht.
FOCUS: Diese Partei wäre für Sie ein Pendant zu den Grünen?
Nolte: Nein. Früher habe ich gedacht, das Grün wäre nur die Tarnfarbe. Die radikale – nicht extreme, ich mache da einen großen Unterschied – linke Partei existiert in Form der PDS. Sie existiert nicht nur, sondern ist faktisch auch anerkannt, und das halte ich für richtig. Aber dann muß es eben auch ein Gegengewicht geben, das nicht nur existiert, sondern ebenfalls anerkannt ist.
FOCUS: Sie haben mit einer Bemerkung Entrüstung ausgelöst, die der Geschichtspublizist Sebastian Haffner schon 17 Jahre vor Ihnen machte, nämlich: Man könne Hitlers Krieg auch tendenziell als europäischen Einigungskrieg betrachten. Heute ist eine europäische Einigung unter entschieden freundlicheren Bedingungen möglich. Hält es der Geschichtsdenker für wünschenswert, daß Europa, nachdem es 50 Jahre – auch als Folge des Hitler-Fiaskos – von außen dominiert wurde, wieder eine selbständige, offensive Rolle in der Weltpolitik spielt?
Nolte: In diesem Punkt habe ich immer etwas mit den französischen Linken sympathisiert, die gar nicht so sehr im Politischen, sondern im Kulturellen antiamerikanisch sind. Wenn Europa, von wo die Menschheitskultur doch zu einem großen Teil ausgegangen ist, zu einem bloßen Satelliten der USA würde – und das sieht auf vielen Gebieten ja so aus -, wäre das beklagenswert. Es muß ja nicht gleich Abkopplung sein, aber ein sowohl militärisch als auch geistig selbstbewußteres und unabhängigeres Europa halte ich für wünschbar.
FOCUS: Mit universellem Anspruch?
Nolte: Nein, das gerade nicht. Das ist von Hitler mit einer solchen Intensität und Übertreibung betrieben worden, dahin können und sollten wir nicht zurück. Wir sind hinfort eine unter den Weltkulturen, damit müssen wir es genug sein lassen – aber wir müssen nicht notwendigerweise eine Satellitenkultur sein. Wenn man heute überhaupt den Ausdruck Nationalismus gebrauchen will, kann es nur noch ein defensiver Nationalismus sein, und auch der Europäismus kann meines Erachtens nur noch defensiv sein. Große Missionsideen werden wir nicht mehr entwickeln können, sondern wir müssen sehen, daß wir keine allzu dürftige Rolle in dieser künftigen einen Welt spielen.
FOCUS: Diese eine Welt ist normalerweise ein Schreckgespenst für Konservative. Sie sprechen das große Wort so gelassen aus?
Nolte: Was ich mir in der Tat wünsche, ist, daß unsere Nachfahren nicht völlig aufgehen in dem, was eine Reihe von Denkern Nachgeschichte genannt hat und was Heidegger die Weltzivilisation nannte. Ich glaube aber, daß vorläufig nicht mehr aufrechterhalten werden kann als die Überzeugung, daß auch die Weltzivilisation, so mächtig sie ist, nicht das letzte Wort für die Menschheit sein kann.
FOCUS: Würden Sie bitte zu den folgenden Personen einen Satz sagen: Jürgen Habermas?
Nolte: Er ist auf jeden Fall ein bedeutender Kopf. Gleichzeitig ist er dasjenige, als was er sich auch selbst charakterisiert hat, nämlich ein Produkt der Umerziehung. Insofern halte ich es nicht für Zufall, daß wir beide damals in einen Konflikt geraten sind.
FOCUS: Ernst Jünger.
Nolte: Ich halte ihn für eine der großen repräsentativen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts,

und wer dauernd auf dem herumreitet, was er während der 20er Jahre geschrieben hat, erweist sich damit als enger Kopf.
FOCUS: Joschka Fischer.
Nolte: Ich weiß nicht viel von ihm. Wenn ich es recht sehe, ist er wohl ein Beispiel für einen weitverbreiteten Vorgang, nämlich, daß junge Linke zwar nicht alte Rechte, aber im Alter doch sehr viel überlegter und, wenn man so will, vernünftiger werden.
FOCUS: Rudolf Augstein.
Nolte: Wir sind Repräsentanten einer Generation, sogar desselben Jahrgangs; wir haben die entferntesten Wege eingeschlagen und trotzdem eine gewisse innere Nähe und vielleicht sogar versteckte Sympathie nicht verbergen können. Es handelt sich einfach um zwei verwandte Arten von Intellektualität.
FOCUS: War Martin Heidegger auch ein Intellektueller?
Nolte: Nein. Heidegger ist eine andere Qualität. Zu ihm kann ich aufschauen, und ich kann nicht sagen, er repräsentiert etwas ähnliches wie ich.
FOCUS: Marx und Nietzsche dagegen haben Sie als Intellektuelle definiert. Also steht Heidegger in Ihrem Wertekosmos über ihnen?
Nolte: Ich glaube, ja.
FOCUS: Gibt es irgendeinen Autor, den Sie nicht verstanden haben?
Nolte: So paradox es scheint: Das ist kein anderer als Heidegger, über den ich ein Buch geschrieben habe. Bei ihm hatte ich aber immer den Eindruck, ich kann ihn in seinem Verhältnis zu Politik und Geschichte darstellen, und das ist ja der Gegenstand des Buchs, aber auf die inneren Gründe komme ich nicht. Heidegger ist derjenige, dem gegenüber ich am ehesten so etwas wie Verzweiflung oder ein Gefühl eigener Unfähigkeit empfunden habe. ...<<

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995: >>**Verstörte Seelen**

Das Ende der Sonderrolle und der Anschluß an Europa zeigen Wirkung: Viele Österreicher sind verunsichert und suchen neuen Halt. Wird der Rechts-Populist Jörg Haider bei den Wahlen am Sonntag der große Gewinner?
Hom's des gsehn?" wendet sich eine aufgebrachte Dame an Burgtheaterdichter Peter Turrini, als der in die Praterstraße einbiegt. "Zwa Neger!" ruft sie und zeigt mit dem Finger auf die Passanten.
In der Wiener Leopoldstadt wohnten zwischen den Weltkriegen 130.000 Ostjuden, jetzt sind Türken und viele Österreicher mit tschechischen und ungarischen Familiennamen in dem Viertel heimisch. Aber Afrikaner?
Der Dichter versucht, die Dame zu beruhigen: Schwarze gebe es doch heutzutage überall, selbst in deutschen Dörfern ließen sie sich nieder. Die Frau mag ihm nicht glauben: "Nein", sagt sie, "des kann ned sein."
Turrinis Künstlerkollege Kurt Ostbahn kämpft mit ähnlichen Verständigungsschwierigkeiten. Der bacchantische Musiker widmete zuletzt ein ganzes Arbeitsjahr dem Wiener Integrationshaus, das vor allem bosnische Flüchtlingsfamilien betreut. Für rechtsradikale Bombenleger wurde er so zum Inländerfeind Nummer eins, zumal Ostbahn mit bürgerlichem Namen Willi Resetarits heißt und aus einer kroatischen Enklave im Burgenland stammt, dem 1.450 Einwohner zählenden Stinatz.
Im Februar zerfetzte ein Sprengsatz vier Zigeuner in Oberwart, im nahen Stinatz explodierte eine Bombe neben dem Kinderspielplatz. Beim Besuch in der Heimatgemeinde bekam Resetarits bittere Vorwürfe zu hören. "Warum macht ihr so einen Wirbel da oben in Wien", klagten Bekannte über ihn und seine Freunde, "seht's ned, was ihr bei uns anrichtet?"
Viele Österreicher verstehen die Welt nicht mehr. Seit der Eiserne Vorhang gefallen ist, leben sie in einem grotesken Abwehrkampf gegen die Veränderungen und den Verlust der alten

Gemütlichkeit. Den Schutz, den ihnen früher die abgeschottete Grenze vor dem unheimlichen Fremden bot, erhoffen sie sich jetzt von einer politischen Wende: Bis zu 27 Prozent aller Wähler könnten Jörg Haiders rechtspopulistischer Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ihre Stimme geben; mit den zu erwartenden 28 Prozent für die konservative ÖVP kämen 55 Prozent für eine neue rechtsbürgerliche Koalition zusammen.

Für Österreich wäre das eine Zäsur, wohl der größte Einschnitt seit dem Staatsvertrag 1955, der das Land von den Besatzungsmächten befreite und der Alpenrepublik die Souveränität zurückgab.

Ein mächtiger schwarz-blauer Bürgerblock wäre damit geboren, selbst wenn die Sozialdemokraten weiterhin die stimmenstärkste Fraktion bilden sollten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr lag die sozialdemokratische SPÖ noch bei 34,9, die ÖVP bei 27,7 und Jörg Haiders Freiheitliche (kurz: F) bei 22,5 Prozent.

"Diesmal ist alles möglich", sagt ein führender SPÖ-Stratege, "weil keiner der Kanzlerkandidaten wirklich die Mehrzahl der Wähler überzeugt" - weder der amtierende Franz Vranitzky (SPÖ) noch ÖVP-Herausforderer Wolfgang Schüssel oder F-Führer Haider. Wenige Tage vor der Wahl war ein Drittel der Stimmbürger noch unentschlossen.

Unüberhörbar ist nach 25 Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft der Ruf "Weg mit den Roten". Der alerte Schüssel jedenfalls kennt gegenüber dem "politischen Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus", wie Haider nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs genannt werden darf, keine Abgrenzungsprobleme.

Wie ein ehrgeiziger Lehrling kopierte Schüssel im Wahlkampf den rechten Demagogen, moderater zwar im Stil, aber im Inhalt stets verwechselbar. Wie Haider beklagte der ÖVP-Chef Sozialmißbrauch und wetterte gegen "Privilegienritter". Zu den Budgetdefiziten, die nicht schlimmer sind als die anderer europäischer Staaten, fiel ihm der Alarmbegriff "Staatsnotstand" ein.

Seine Partei zog beim Rechtsruck widerspruchslos mit, wittert sie doch die Chance, durch eine Verhaiderung endlich wieder den Kanzler stellen zu können. In Österreich habe er "noch nie so deutlich gespürt: Wir sind auf dem Vormarsch", jubelte Helmut Kohl bei seinem Wahlkampfbesuch in der Wiener Hofburg, ganz so, als ob die ÖVP mit deutscher Kanzlerhilfe knapp vor der absoluten Mehrheit stünde.

Dabei hat sich Schüssel, der im Oktober die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ohne Not platzen ließ, vermutlich verspekuliert: Er ist angetreten, um die SPÖ zu überholen. Doch in keiner Meinungsumfrage konnte er sich bislang an die Spitze schieben.

Schüssel gelänge es dann nur, mit Hilfe Haiders Kanzler zu werden - und er wird dies wohl auch versuchen. Haider, 45, der in den vergangenen Jahren von Wahl zu Wahl zulegen konnte, steht so vor seinem nächsten Karrieresprung: Er würde zum Kanzlermacher. Seine Anhänger kommen aus allen Schichten, sie sind gleichermaßen jung und alt, wohlhabend und ohne Arbeit, gebildet und ahnungslos. Genüßlich bearbeitet er bei seinen Kundgebungen die Menge, die ihn im Gegenzug auffordert, "jetzt dieses Österreich zu retten".

Ist Haider ein ungewöhnlich geschickter politischer Rattenfänger, der noch in vielen Ländern seine Nachahmer finden wird?

Sicherlich eignet sich der trickreiche Österreicher als Prototyp einer neuen, europaweiten Rechten, die sich auf die millionenfache wirtschaftliche Verunsicherung seit dem Mauerfall stützt.

Professionell schürt er die Ängste vor Veränderung, Modernisierung und Einwanderung. Kein Zufall, daß ihm gerade in Österreich so viele Menschen applaudieren. Kein anderes westliches Land reagierte mit vergleichbarem Unverständnis und demonstrativer Abwehr auf die Öffnung nach Osten. Denn die Donau-Republik profitierte wie kaum ein anderer Staat vom Kal-

ten Krieg.
Gemütlich konnte sich das kleine Alpenland jahrzehntelang im Widerstreit der Systeme einrichten. Ein bisserl Planwirtschaft, ein bisserl Markt beim Handel mit der EU - und das schöne Österreich florierte.
Die "immerwährende Neutralität", wie sie der Staatsvertrag vorsah, wurde zum neuen Glaubensbekenntnis. Nach dem Abzug der Alliierten waren Ausländer beliebt, solange sie den Tourismus ankurbelten; Ostflüchtlinge wurden gern aufgenommen, solange sie sich brav integrierten, oder, besser noch, das Land schnell wieder verließen. Für die ostdeutschen Trabi-Kolonnen 1989 stellten Österreichs Gendarmen fürsorglich große Schilder entlang der Autobahnen auf, um ihnen den kürzesten Weg in die Bundesrepublik zu weisen.
In der Aufschwungs-Idylle mit gut ausgelasteten Hotels fiel niemandem auf, daß sich politische Fehler häuften. 40 Milliarden Schilling, knapp 6 Milliarden Mark, pumpten die Große Koalition und Wiens Gemeinderat in Finanzierungshilfen für Ostgeschäfte mit zweifelhaften Partnern. Jetzt sind uneinklagbare Forderungen etwa für den Bau polnischer Schlachthäuser Wahlkampfmunition der Opposition.
Dabei ist Österreichs Ostengagement nicht zu groß, sondern eher zu bescheiden geraten. In Prag ließen sich mehr als 1.000 transnationale Firmen nieder, in Budapest kaum weniger. Wien aber verliert den Anschluß. Die 54 Kilometer lange Straßenverbindung nach Bratislava etwa, ein altrömischer Handelsweg, führt noch immer einspurig durch das mittelalterliche Wiener Tor von Hainburg. Der Verkehr hat sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht, doch wer in Österreichs Hauptstadt will, muß warten.
Hundert Kilometer Grenze mit der Slowakei blieben bis vor kurzem Niemandsland, erst dann wurde ein Übergang über die March eingerichtet - und der ist eine Pontonbrücke, da die Österreicher eine Zigeuner-Invasion fürchten.
Längst ist Prag dabei, Wien als Touristenmetropole zu überflügeln. Statt wieder in den Mittelpunkt Europas zu rücken, flüchtet die Mehrheit der Österreicher in eine neue Selbstabschottung. 85.000 Menschen aus Ex-Jugoslawien wurde noch Zutritt gewährt, dann schienen Kriegsgreuel die Hilfsbereitschaft zu überfordern. Die Große Koalition verschärfte Asyl- und Aufenthaltsgesetze und beförderte das Land bei der Integrationspolitik an die letzte Stelle aller westeuropäischen Staaten: Der Zuzug von Ausländern ist unerwünscht, Familienzusammenführung nur im Rahmen scharfer Quoten möglich.
Ausländische Arbeitnehmer finanzieren über ihre Steuern zwar den sozialen Wohnungsbau mit, die begehrten Gemeindewohnungen bleiben ihnen aber versperrt, auch von Mietbeihilfen sind sie ausgeschlossen. Fröhlich nannte Haider den früheren sozialdemokratischen Innenminister Franz Löschnak "meinen besten Mann in der Regierung".
Das Hurra der Österreicher zu Europa - 66,6 Prozent der Wähler bejahten im Juni vergangenen Jahres den EU-Beitritt - galt denn auch weniger der längst fälligen Öffnung des Landes. Die Flucht in die EU schien vielmehr die Chance zu eröffnen, möglichst viel so zu lassen, wie es ist - und neue Dämme zu errichten.
Immerhin beträgt die Arbeitslosenquote nur die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Beinahe-Vollbeschäftigung bei Jugendlichen wird mit großzügigen Frühpensionsregelungen teuer erkauft. Österreich ist das drittreichste EU-Mitglied, die Sozialleistungen sind großzügig: Müttern etwa wird ein zweites Erziehungsjahr bezahlt. Wien zählt zu den intaktesten Großstädten der Erde, das Kulturangebot wird nur von wenigen Metropolen übertroffen.
Doch die EU riß jäh die Türen der ökonomisch "geschützten Werkstätte" (so die Wiener Presse) auf, in der es sich Österreich über die Jahrzehnte so bequem eingerichtet hatte. Für Wirtschaftskundige nicht unerwartet, aber zur Verblüffung der Alpenländler, schlitterten bekannte Industriebetriebe in Konkursnähe, unter ihnen die meisten Skifabrikanten und der Handelsriese Konsum. Die Stadt Salzburg will die Milch für die Altenheime inzwischen in Bayern

bestellen - sie ist dort billiger.
Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht jetzt durch die Republik, zumal sich das Bayernwerk bei einem österreichischen Energieversorger eingekauft hat. Importierte Lebensmittel verdrängen überall heimische Waren aus den Supermarktregalen. Der Arbeitsmarkt gerät wie in fast allen Industrieländern ins Rutschen, da trotz guter Konjunktur die Beschäftigtenzahlen erstmals deutlich sinken. Zehntausende Bauern mit zu kleinen Höfen kämpfen um ihre wohlsubventionierte Existenz. "Wir wollen den Ausverkauf Österreichs verhindern", behauptet Schüssel, der sechs Jahre als Wirtschaftsminister amtierte.
Aber wie? Potente Kapitalisten waren in Österreich schon zu Kaiser Franz Josefs Zeiten rar; internationale Firmenbeteiligungen sind im EU-Europa ohnehin selbstverständlich; ohne ausländische Partner sind nur wenige Sparten auf Dauer überlebensfähig, nicht einmal die meisten Banken und Versicherungen.
Langsam wird den Österreichern auch klar, daß sie im internationalen Vergleich eher unterqualifiziert sind. Während in der OECD, dem Klub der führenden Industriestaaten, durchschnittlich jeder fünfte Bürger eine höhere Bildung vorweisen kann als das Abitur, sind das in Österreich gerade sieben Prozent.
Dafür brauchen die wenigen Studenten für ihre Ausbildung wesentlich länger als Kommilitonen in den meisten anderen Ländern, stolze 13 Semester. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich auch nur halb so viele Qualitätszeitungen gekauft und Bücher gelesen wie in vergleichbaren Staaten. Und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll brüstet sich, bislang nur ein einziges Buch gelesen zu haben: Karl Mays "Schatz im Silbersee".
Selbstbezogen, mit Angst vor Fremden, ökonomisch verunsichert - so ein Staatsbürgerprofil bringt furchtsame Wähler hervor, verstörte Seelen, die nur allzugern Schutz bei Heilsversprechern suchen.
Erfolgreich locken Haiders Freiheitliche die Frustrierten und vermeintlichen Verlierer auf ihre Seite. Angesprochen fühlen sich im Land der kunstvollen Nörgler und Neider auch Zehntausende, die um ihre Privilegien als Lehrer oder Postbeamte bangen, weil den Regierenden das Budget außer Kontrolle geriet.
Angst wird die Wahl entscheiden, und sie ist ausgeprägt in allen Lagern. Am stärksten bei den Künstlern, die dem Land soviel Beachtung eingebracht haben. Viele schweigen demonstrativ, neben Turrini auch die Schriftstellerin Elfriede Jelinek: "Ich sage nichts aus Sorge, daß alles, was ich jetzt noch sage, schwarz-blau nur nützen könnte."
Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht durch das Land. Selbstbezogen, ängstlich und ökonomisch verunsichert.<<

12.12.1995

Belgien: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995

Spanien: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995

Belgien: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

1995

BRD: Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.
Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<
Der Schweizer Autor Binjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker) veröffentlicht im Jahre 1995 im Suhrkamp Verlag den autobiographischen Bericht "Bruchstücke" über seine angeblichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "Bruchstücke" (x169/64-69): >>... Ein neuerer Schwindel, Binjamin Wilkomirskis "Bruchstücke", bedient sich wahllos beim Holocaust-Kitsch von "The Painted Bird". Wie Kosinski zeichnet Wilkomirski sich als einsames, überlebendes Kind, das stumm wird, in einem Waisenhaus aufwächst und erst verspätet entdeckt, daß es ein Jude ist.
Wie bei "The Painted Bird" besteht das wesentliche erzählerische Konzept von "Bruchstücke" in der schlichten, auf das Notwendigste beschränkten Stimme eines naiven Kindes, wodurch auch der Zeitrahmen und die Ortsbezeichnungen vage bleiben können. Wie in "The Painted Bird" gipfelt jedes Kapitel von "Bruchstücke" in einer Gewaltorgie. Kosinski stellte "The Painted Bird" als "langsames Auftauen der Seele" vor; Wilkomirski stellt "Bruchstücke" als "wiedergefundene Erinnerung" dar.
"Bruchstücke", durch und durch ein Schwindel, ist dennoch der Archetyp der HOLOCAUST-Erinnerung. Es beginnt zunächst im Konzentrationslager, wo jeder Aufseher ein wahnsinniges, sadistisches Monster ist, das mit Wonne die Schädel jüdischer Neugeborener zerschmettert. Doch die klassischen Erinnerungen an die Konzentrationslager der Nazis stimmen mit der Aussage der Auschwitz-Überlebenden Dr. Ella Lingens-Reiner überein: "Es gab nur wenige Sadisten. Nicht mehr als fünf bis zehn Prozent."
In der HOLOCAUST-Literatur tritt der allgegenwärtige Sadismus der Deutschen dagegen stark hervor. Das dient einem doppelten Zweck, denn er "dokumentiert" die einzigartige Irrationalität DES HOLOCAUST ebenso wie den fanatischen Antisemitismus der Täter.
"Bruchstücke" ist deswegen ein Einzelfall, weil es weniger das Leben während des Holocaust schildert als vielmehr das danach. Der kleine Binjamin, der von einer schweizerischen Familie adoptiert worden ist, muß noch weitere Qualen durchleiden. Er ist in einer Welt gefangen, in der man den Holocaust leugnet. "Das mußt du jetzt vergessen! Vergessen wie einen bösen Traum", sagt seine Mutter. "Es war nur ein böser Traum ... Du mußt alles vergessen."
"Hier in diesem Land", erregt er sich, "sagen dauernd alle, ich soll vergessen und daß es nie geschehen ist, und ich hätte es nur geträumt. Aber sie wissen über alles Bescheid!"
"Sogar in der Schule zeigen die Knaben auf mich, machen Fäuste und rufen: 'Der spinnt doch, das gibt es gar nicht! Lügner! Er ist übergeschnappt, er ist verrückt, so ein Idiot.' "
All die Kinder der Nichtjuden schlagen auf ihn ein, singen antisemitische Liedchen und verbünden sich gegen den armen Binjamin, während die Erwachsenen ihn weiter quälen: "Du bildest dir das ein!"
So in bittere Verzweiflung getrieben, erlebt Binjamin eine Holocaust-Erscheinung. "Das Lager ist noch da. Es ist nur versteckt und gut getarnt. Die Menschen haben ihre Uniformen aus-

gezogen und sich schön gekleidet, damit man sie nicht erkenne. ... Deute ihnen nur leise einmal an, daß es sein könnte, daß du ein Jude bist, und du wirst spüren: Es sind noch immer die gleichen Menschen, und ich bin sicher: Sie können noch immer töten, auch ohne Uniform."
"Bruchstücke" ist mehr als eine Huldigung an das Holocaust-Dogma - es ist der letzte Beweis: Sogar in der Schweiz - der neutralen Schweiz - wollen all die Nichtjuden die Juden töten.
"Bruchstücke" wurde weithin als ein Klassiker der Holocaust-Literatur gefeiert. Das Buch wurde in ein Dutzend Sprachen übersetzt und gewann den "Jewish National Book Award", den Preis des "Jewish Quarterly" und den "Prix de Mémoire de la Shoah". Als Star von Dokumentationen, Hauptredner bei Holocaust-Konferenzen und Spendenbeschaffer für das United States Holocaust Memorial Museum wurde Wilkomirski schnell zu einem Aushängeschild des HOLOCAUST.
Daniel Goldhagen, der Bruchstücke als "kleines Meisterwerk" lobte, wurde zum wichtigsten akademischen Vorkämpfer Wilkomirskis. Kenntnisreiche Historiker wie Raul Hilberg dagegen bezeichneten Bruchstücke schon früh als Schwindel.
Nachdem die Täuschung entlarvt war, stellte Hilberg auch die richtigen Fragen: "Wie konnte dieses Buch bei mehreren Verlagen als Erinnerungswerk durchgehen?
Wie konnte es diesem Herrn Wilkomirski Einladungen an das United States Holocaust Memorial Museum sowie an renommierte Universitäten einbringen?
Wie ist es dazu gekommen, daß wir keine anständige Qualitätskontrolle haben, wenn es darum geht, Holocaust-Stoffe vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen?"
Wilkomirski, halb Spinner, halb Scharlatan, lebte, wie sich herausstellte, den ganzen Krieg über in der Schweiz. Er ist noch nicht einmal Jude. Doch man höre sich die Nachrufe der Holocaust-Industrie an:
Arthur Samuelson (Verleger): "Bruchstücke" - "ist ein recht gutes Buch ... Ein Schwindel ist es nur, wenn man es als Sachbuch bezeichnet. Ich würde es eben in der Kategorie Belletristik herausgeben. Vielleicht ist es nicht wahr - desto besser ist sein Autor!"
Carol Brown Janeway (Herausgeberin und Übersetzerin): "Falls sich die Anschuldigungen ... als zutreffend herausstellen, dann stehen keine nachprüfbaren empirischen Tatsachen zur Debatte, sondern es sind spirituelle Tatsachen zu beurteilen. Man müßte die Seele überprüfen, und das ist unmöglich."
Das ist noch nicht alles. Israel Gutman ist einer der Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem und hält Vorlesungen zum Holocaust an der Hebrew University. Außerdem war er selbst Häftling im Konzentrationslager Auschwitz.
Laut Gutman "ist es nicht so wichtig", ob "Bruchstücke" ein Schwindel ist. "Wilkomirski hat eine Geschichte geschrieben, die er tief empfunden hat; das steht fest ... Er ist kein Schwindler. Er ist einer, der diese Geschichte sehr tief in seiner Seele erlebt. Der Schmerz ist authentisch."
Demnach spielt es also keine Rolle, ob er die Zeit des Krieges in einem Konzentrationslager zubrachte oder in einem schweizerischen Chalet; Wilkomirski ist kein Schwindler, wenn sein "Schmerz authentisch ist." So argumentiert ein Überlebender von Auschwitz, der sich zum Holocaust-Experten gewandelt hat. Die anderen verdienen Verachtung - Gutman nur Mitleid.
Im Oktober 1999 gab Wilkomirskis deutscher Verlag, als er "Bruchstücke" aus den Buchhandlungen zurückzog, schließlich öffentlich bekannt, daß der Autor kein ehemaliges jüdisches Waisenkind, sondern der in der Schweiz geborene Bruno Dössekker sei.
Als er erfuhr, daß die Party vorbei war, tönte Wilkomirski trotzig: "Ich bin Binjamin Wilkomirski!"
Der amerikanische Verlag, Schocken, nahm Bruchstücke erst einen Monat später aus seinem Programm. ...<<
Tschechien: Die tschechische Schriftstellerin Eva Kanturková schreibt im Jahre 1995 über

den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/30): >>Mit dem Balkankrieg und seinen ethnischen Säuberungen vertiefte sich notwendigerweise auch der Blick auf den "Abschub" der böhmischen und mährischen Deutschen.
Ich empfinde die "ethnische Säuberung" des Gebietes der heutigen Tschechischen Republik als einen langfristigen, komplizierten und sich steigernden Prozeß, der einige Gipfel aufweist, und nicht immer durch die Tschechen verursacht wurde. Das Münchener Abkommen, die nationalsozialistische Okkupation des Landes, der Krieg, die Niederlage des Nationalsozialismus, die sich durchsetzende kommunistische Totalität, die Niederlage des Kommunismus und schließlich der Umsturz nach dem November 1989 sind nur Begleitumstände eines Prozesses, der den Anschein erweckt, von seiner eigenen Energie getragen zu werden.
Am deutlichsten wird dieser Prozeß der "ethnischen Säuberung" im sogenannten "Abschub" der Deutschen aufgrund der Benes-Dekrete: das war die Nachkriegsrache der Besiegten für das vom Nationalsozialismus verursachte Leid. Eine Rache, abgeschmackt grob, die durch den "Abschub" nicht beendet war.
Die verbliebene deutsche Minderheit lebte unter dem Kommunismus in einer nichtvollberechtigten Lage, die durch das Nichtrespektieren ihres Deutschtums noch mißlicher wurde. Ihre Mitglieder verließen das Land. Zur Aussiedlung der Deutschen gehört auch der Verlust der starken deutsch-jüdischen Kultur, die durch den deutschen Nationalsozialismus ausgerottet wurde. Und nicht nur Prag, auch andere große Städte haben ihre deutsche Kultursubstanz verloren. ...
Also: wenn ich die winzige Minderheit der Roma außer acht lasse und auch die restliche ausdruckslose deutsche Minorität, finden wir am Ende dieses Prozesses eine ethisch reine Tschechische Republik wie aus einem Guß, die jedoch kulturell, innen- und geopolitisch, sittlich und geistig geschwächt ist. ...<<
Der tschechische Schriftsteller Jiri S. Kupka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/32): >>Ich ziehe nach 50 Jahren den Transfer nicht in Zweifel, und ich sage Ihnen warum: Kleine Völker sind gute "Schmerzleiter".
Die Tschechen sind im Westen, im Norden und im Süden durch das deutsche Volk umgeben, das sie numerisch um das Achtfache übertrifft. Vom Anfang der gemeinsamen Geschichte an widerstanden nur sehr wenige deutsche Herrscher der Versuchung, sich des tschechischen Staates durch Gewalt zu bemächtigen. Darüber hinaus: zwischen den Jahren 1620 und 1918, also 3 Jahrhunderte, mußten die Tschechen einer Obrigkeit gehorchen, die sie auf deutsch befehligte. Wenn ein in Reichenberg geborener Korporal einen tschechischen Rekruten mit dem Stock bestrafte, forderte ihn der Offizier auf: "Hau nur zu – es ist ein Böhm'!"
Diese fast tausendjährige Erfahrung im Schmerz kann nicht ohne Spuren in der Psyche und im Gedächtnis des Volkes zurückbleiben.
Nach 1918 wurde die Selbständigkeit des tschechischen Staates wiederhergestellt und die Slowakei angeschlossen. Die Republik erreichte dann schnell große Erfolge in Wirtschaft, Kultur und Festigung der Demokratie. Und kaum ging es aufwärts, schon tauchte wieder die deutsche Gefahr auf, diesmal in der Form des Dritten Reiches. Unsere deutschen Mitbürger in den Grenzgebieten hatten in ihrer erdrückenden Mehrheit dazu beigetragen, daß sich diese Gefahr in Terror verwandelte.
Den Schmerz, den die Tschechen jahrhundertelang zu fühlen bekamen, und die Brutalität der deutschen Okkupation, als sich unser Volk fast schon im Vorzimmer des Todes befand, führten zu der Entscheidung - die letzten Endes auch die siegreichen Großmächte der Anti-Hitler-Koalition sanktioniert hatten - die Deutschen aus den historischen Grenzen des tschechischen Staates auszusiedeln.
Deswegen ziehe ich auch nach fünfzig Jahren diese Maßnahme nicht in Zweifel. Die Geschehnisse kann man nämlich nicht aus den historischen Zusammenhängen herausreißen.

Was ich am Transfer auch nach einem halben Jahrhundert noch für verurteilungswürdig halte, das sind die Grausamkeiten, von denen er begleitet war. Verbrochen haben sie diejenigen Tschechen, welche an wehrlosen Menschen ihre zu spät erwachte Tapferkeit beweisen wollten. ...<<

Der Journalist und Schriftsteller Gabriel Laub (1928-1998) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33): >>Nach fünfzig Jahren ändert sich alles. Die Vertreibung der deutschen Bürger der Tschechoslowakei war ein Teil des Krieges, auch wenn der Krieg schon vorbei war. Ich weiß, daß es mich nicht aufgeregt hat, ich sah dies damals wie alle anderen, nämlich als einen normalen Akt der Beendigung des Krieges.

Daß dabei diese Bestialitäten geschahen, daß Menschen gemordet, erniedrigt und gequält wurden, das ist natürlich ein Verbrechen, das waren Straftaten, die wohl nicht vom Staat angeordnet, oder nicht die Sache des ganzen Volkes waren, sondern eine Angelegenheit verschiedener Einzelgänger, die bei solch einer Kriegsaktion, ihre Feigheit, ihre Sadismen, ihr Begehren, jemanden zu beherrschen oder jemanden zu quälen, ausleben konnten.

Heute nach 50 Jahren, sieht die Sache natürlich anders aus. Es gibt Dinge, die die Verständigung zwischen den Völkern behindern, wie zum Beispiel das Verlangen nach Entschädigung. Andererseits, wenn man mit den ehemaligen Sudetendeutschen oder ihren Nachkommen spricht, würde niemand in Wirklichkeit auf Dauer zurückkehren wollen.

Einfach ein paar Politiker – und zwar zweit- bis drittklassige Politiker – leben sich mit dieser Thematik aus, damit sie ein wenig Popularität gewinnen, und um ihr politisches Business zu treiben.

Deutschland als Einheit, das deutsche Volk, oder die Bürger Deutschlands als Ganzheit interessieren sich dafür überhaupt nicht. Sie lesen es in der Zeitung und übergehen es.

Vorgestern habe ich mit einem Kabarettisten gesprochen, der aus dem Sudetenland stammt, wohl dort noch geboren war, und ich fragte ihn: "Wollen sie dorthin zurück?" "Aber nein", antwortete er, "das will vermutlich niemand."

Also ist die ganze Angelegenheit ein Spielball im politischen Spiel, ein einst im Blut gebadeter Spielball, der heute nur noch ein aufgeblasener Ballon ist.<<

Der tschechische Journalist Jiri Loewy (1930-2004) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33-34): >>Ich glaube, daß ich in den vergangenen fünfzig Jahren meinen grundsätzlichen Standpunkt nicht revidieren mußte. Was der Verlust der Heimat bedeutet, habe ich schon als Achtjähriger erfahren – als ich mit Vater und Mutter 1938 nach dem Münchener Diktat Nordböhmen verlassen mußte.

Die vermeintliche Heimat, in die ich sofort zurückgekehrt bin, sobald dies technisch möglich war – wohl am 15. oder 16. Mai 1945, als die Züge von Prag aus weiter fuhren als nur bis Böhmisch Leipa – diese Heimat war derart verändert, daß ich sie kaum wiedererkennen konnte. Und sie veränderte sich weiter mit jedem Tag. Aber nicht zum Besseren.

... Die sehr frühe Rückkehr in die einstige Heimat hatte zur Folge, daß ich als 15jähriger - frühzeitig reif durch das Erlebnis von Krieg und Holocaust – aus nächster Nähe sehen konnte, was eine "ethnische Säuberung", diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, bedeuten kann. Ich wurde Augenzeuge, wie die Soldateska eines Oberstleutnant Voves ihr Unwesen trieb – und das alles mit einem wesentlichen Zeitvorsprung, also lange vor der Potsdamer Konferenz, auf die sich heute noch die Apologeten des sogenannten "Abschubs" alibistisch berufen.

Meine feste und unabänderliche Überzeugung lautet, daß kein einziger Staat auf dieser Welt das Recht beanspruchen darf, seine Bürger ihres Lebens, ihrer Heimat und ihres rechtmäßigen Besitzes zu berauben. Die Staaten und Regierungen haben einst wir Menschen geschaffen, damit sie uns schützen und uns dienen. Der Staat ist unsere Institution, und er ist angewiesen auf unsere, zumindest passive - Loyalität.

Nie hätten wir zulassen dürfen, daß sich ein guter Diener zu einem bösen Herren aufwirft, der

sich über uns alle erhebt und darüber entscheidet, wer von uns leben kann oder sein Leben lassen muß, wer von dort ansässig sein darf, wo er geboren wurde und wo die Gräber seiner Ahnen liegen.
Wir sollten die auf den Kopf gestellte Problematik wieder auf die Beine stellen. Wenn es uns gelingt, die künstlichen Gedankenkonstruktionen fallen zu lassen, die uns nach und nach von den Lakaien des vergötterten Staates aufgezwungen worden sind, kehren wir dereinst zum natürlichen Recht Gottes und der Menschen zurück. Und dann wird es keinen Zweifel mehr geben, daß kein Regierungsprogramm irgendeines Staates, keine Institution dieser Welt dem Sittengesetz übergeordnet sein darf, daß wir in uns tragen. Kein staatliches Gesetz irgendeiner Art kann die Zehn Gebote Gottes außer Kraft setzen.<<
Der tschechische Schriftsteller Arnost Lustig (1926-2011) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/34-35): >>Was denke ich über die Vertreibung?
Ich würde nicht einen einzigen Menschen abschieben, der nichts verbrochen hat. Doch ich würde auch nicht vergessen, was Obersturmbannführer Heydrich auf der Prager Burg mit seiner piependen Stimme über die tschechische Bagage sagte.
Ich will niemandem Unrecht tun. Ich habe im Konzentrationslager Deutsche kennengelernt, die menschlich, wunderbar und tapfer waren, weil sie durch Weiterreichen eines Brotstücks ihr Leben riskiert haben. ...
Wenn mich jemand damals, 1945, gefragt hätte – abschieben oder nicht? – hätte ich gesagt, jawohl, abschieben. In so einem Augenblick dringt durch die Gerechtigkeit die Rache durch, und durch die Rache die Gerechtigkeit.
Also wenn ich mir selber schwören sollte, was ich heute darüber denke, was ich diesbezüglich damals dachte, da müßte ich ehrlich sagen, daß ich mit der Vertreibung einverstanden war – natürlich ohne Bestialitäten, ohne Raffgier, Blutrünstigkeit und Töten – und nur bezogen auf diejenigen, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen. ...<<
Der tschechische Schriftsteller Alexej Pludek (1923-2002) rechtfertigt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/35): >>Im 13. Artikel des Potsdamer Abkommens aus dem Jahre 1945 ist deutlich die Zustimmung der siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges zum dauerhaften Transfer der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Gebiet deklariert. Es war also keinesfalls eine Vertreibung.
Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte seine Meinung schon im Jahre 1943 während des Besuches des Staatspräsidenten Benes. Damals kam man überein, den Transfer definitiv durchzuführen.
Die Kontrollkommission der Alliierten verkündete den durchgeführten Transfer der Deutschen als human, also widerspricht die gegenwärtige demagogische Schilderung der Gewalttaten den verantwortlichen Institutionen. Auch das internationale Rote Kreuz bestätigte, daß der Transfer mit aller humanitären Sicherung und gesundheitlicher Fürsorge durchgeführt worden ist. Sollte es tatsächlich zu einigen Gewalttaten gekommen sein, war das gering im Vergleich mit den hunderttausenden Morden an tschechischen Bürgern und mit dem ökonomischen Terror während des Krieges.
Im tschechoslowakischen Parlament waren im Jahre 1945 alle politischen Parteien ohne Ausnahme mit dem Transfer einverstanden. Deswegen haben einige derzeitige tschechische Stimmen gegen den Transfer - einschließlich Havels Entschuldigung für die Vertreibung - verfassungswidrigen Charakter.
Es existiert kein Sudetenland, das ist ein erfundener Terminus für die politische Argumentation aus der Zeit zwischen den 2 Weltkriegen. Die Deutschen siedelten sich in den tschechischen Ländern auf Einladung der tschechischen Herrscher an, wirkten bei der Gründung der Städte mit und besiedelten in Grenzgebieten den tschechischen Boden. Sie waren Untertanen der tschechischen Regierung und gehörten nie zu einem deutschen Staat. Deshalb ist ihr Be-

kenntnis zur Reichsbürgerschaft im Jahre 1938 Hochverrat. Und der Transfer nach dem Krieg ist eine natürliche Versetzung der fremden Staatsangehörigen.
Zusammen mit den tschechischen und deutschen Bürgern halte ich es für richtig, nicht in das Verhalten des Zweiten Weltkriegs zurückzufallen und zusammenzuleben unter friedlichen Bedingungen, als Gleiche mit Gleichen.<<
Der tschechische Schriftsteller Karel Steigerwald schreibt im Jahre 1995 über den "Transfer" der Sudetendeutschen (x154/36): >>... Soweit wir den Transfer der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei mit den heutigen Augen betrachten und der heutigen Erfahrung und mit den Erlebnissen unserer Generation, müssen wir natürlich klar sagen, daß dieser Transfer eine deutliche und augenfällige Verletzung aller Menschenrechte war, es war ein Gewaltakt gegenüber einer Bevölkerungsgruppe – und all das müssen wir begreiflicherweise verurteilen. ...
Ich glaube, man muß dieses schreckliche Ereignis der tschechischen Geschichte, für das selbstverständlich alle Verantwortung tragen, beziehungsweise die damaligen Tschechen, man muß es mit den Augen der damaligen Zeit sehen und im Bezugrahmen all jener Ereignisse, die damals eine Rolle spielten.
Die ganze Diskussion zwischen Tschechen und Deutschen ist heute erwartungsgemäß eine historische Debatte. Man kann das nicht wiedergutmachen, nicht entfernen, alles geschah, so wie es geschah. Dies alles erfolgte so, wie der Nationalsozialismus erfolgte, wie der Zweite Weltkrieg. Am besten sagte es Jiri Grusa im Scherz: ja, wir geben den Sudetendeutschen das Sudetenland zurück, und die bringen uns die Toten, die Juden wieder. Diese grauenvolle Metapher sagt eigentlich aus, man kann dies alles mit den heutigen Augen bewerten, aber weiter kann man wahrscheinlich nicht viel tun.<<
Der tschechische Schriftsteller Jiri Stránský schreibt im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/36-37): >>Damals 1945, war ich noch nicht ganz 15 Jahre alt. Mein Vater war während des Krieges in Auschwitz, überhaupt wurde meine Familie sehr verfolgt, einer meiner Onkel wurde zum Tode verurteilt, doch zum Glück wurde das Urteil nicht vollstreckt. ... Dessen ungeachtet gehörte meine Familie nicht zu denen, die an irgendwelche Rache oder Vergeltung, oder etwas Ähnliches sonst dachten. Mein Vater wäre beinahe ums Leben gekommen, weil er sich nach dem Prager Aufstand im Mai 1945 gegen die Behandlung der gefangenen Deutschen wehrte, meistens der SS-Männer, als sie an Laternen verbrannt wurden ...
Dennoch muß ich bezüglich des Abschubs der Deutschen etwas Wichtiges aussprechen. Man vergißt ein wenig, daß es nicht wir waren, die sich den Abschub ausgedacht haben. Wie wir gut wissen, haben diesen Abschub die Großmächte untereinander vereinbart, und wenn heute jemand zurückblickend nach 50 Jahren sagt, daß er den Abschub in seinem tiefsten Wesen abgelehnt habe, daß er dagegen war, also dann bestenfalls – spricht er nicht die Wahrheit.
... Der ganze Ablauf dieser Geschichte hat uns überzeugt, daß ihre Abfolge irgendwie ganz konsequent war. Wenn wir heute wissen, daß eine kollektive Vergeltung, die sich damals als richtig darstellte, eine falsche Lösung war, so können wir nicht viel mehr machen, als davon ausgehen, daß alles, was vor 50 Jahren geschah, nicht wiedergutzumachen ist, auch wenn wir uns noch so mühen. ...<<
Rudolf Ströbinger (Publizist) kritisiert im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/39-40): >>... Die Tatsache, daß sich damalige politische Vertreter der Tschechoslowakei – ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit – für die Vertreibung aussprachen und sie auch verlangten, war im großen Maße eine Reaktion auf sechs Jahre nationalsozialistischer Okkupation.
Was beim historischen Blick auf diese Zeit der Kritik unterworfen werden muß, sind die Begleiterscheinungen bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Dabei habe ich nicht nur die Auswüchse und Exzesse der sogenannten "wilden Vertreibung" im Sinn, sondern auch

das, was während der zweiten, angeblich geregelten Phase der Vertreibung 1946 geschah.
Natürlich ist es leicht, aus dem heutigen Blickwinkel die negativen Erscheinungen der Jahre 1945 und 1946 zu kritisieren. Weniger leicht, jedoch notwendig ist, über die Haltung derjenigen Politiker, die damals die Tschechoslowakei repräsentiert haben, nachzudenken.
Und gerade bei denen entbehren wir – und das nicht nur aus tschechischer Sicht – einen staatsmännischen und politischen Zugang zu der Frage der Vertreibung.
Genauso schlägt der Versuch der heutigen politischen Repräsentation in der Tschechischen Republik fehl, die Behauptung glaubhaft zu machen, die Vertreibung wäre aufgrund der Entscheidung der Großmächte auf der Potsdamer Konferenz beschlossen worden, zumal diese Behauptung eine bloße Halbwahrheit ist, wie auch die Annahme, die Vertreibung wäre geordnet durchgeführt worden.
Was den Aspekt des Potsdamer Abkommens anbelangt, so wissen wir, daß die tschechoslowakische Regierung mehrere Male die Großmächte sehr drängte - und das lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - ihre Zustimmung zu der Vertreibung zu geben. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, wurden sogar Provokationen organisiert, wie z.B. die Explosion der Munitionsdepots in Aussig.
Die Vertreibung sollte - wie das Potsdamer Abkommen aussagt – human, das heißt bei vollem Respektieren der Grundlagen der Menschlichkeit durchgeführt werden. Daß diese Forderung fast nirgendwo respektiert wurde, ist kein Geheimnis mehr.
Und noch eine Betrachtung: die Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert ist voll von Beispielen, daß jegliche Umsetzung, Vertreibung, Abschub, Transfer, Umsiedlung – auf die Termini kommt es nicht an – etwas ist, was Menschenrechte und zwischenmenschliche Beziehungen verletzt und zunichte macht.
Ebendies gilt auch von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. An die 3 Millionen Bewohner aus ihrer Heimat abzuschieben, das ist eine höchst inhumane Tat. Sie setzt voraus, daß alle 3 Millionen Betroffenen sich des Hochverrats gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht haben. Daß das nicht stimmt, ist und war auch im Jahre 1945 bekannt und nachgewiesen.
Mit anderen Worten: Damals ging man (davon) aus - und leider Gottes geht man heute noch davon aus - vom Begriff der kollektiven Schuld, also von einer Auffassung, die sich in Diskrepanz (Unstimmigkeit) mit jeglicher Gerechtigkeit befindet und nie akzeptiert werden kann.
Es ist unbestritten, daß von der Vertreibung nicht nur diejenigen, die sich schuldig gemacht hatten, betroffen waren, sondern auch hunderttausende von Bewohnern, die keine andere Schuld hatten, als die, daß sie anderer Volkszugehörigkeit waren als die Sieger.
Diese Tatsache kann man nicht beschönigen. Man muß sie offen zugeben und der Wahrheit ins Auge schauen. Und das auch, wenn es oft schmerzhaft ist und den Mut verlangt, seinen eigenen Schatten der Schuld zu überspringen. Nur so - und das gilt natürlich auch für die andere Seite - kann man neue Beziehungen, neue Auffassungen vom Zusammenleben in Europa schaffen.<<
Der tschechische Schriftsteller Jan Trefulka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40): >>Ich habe keine 50 Jahre gebraucht, um zu wissen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren eine unannehmbare, drastische und gegenüber den deutschen Familien äußerst ungerechte Maßnahme gewesen ist.
Eine kollektive Vergeltung, die mit den Schuldigen auch Unschuldige trifft, und eine Art Geiselnahme sind möglicherweise die widerlichsten kriminellen Praktiken. Als 15jähriger Junge wußte ich von den Grausamkeiten, die bei der sogenannten "wilden Vertreibung aus Brünn" geschahen. Ich erinnere mich, daß in meiner Umgebung viele Leute mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, doch laut zu protestieren wagte, glaube ich, niemand.
Das Gericht der Geschichte ist natürlich etwas anderes als die Gefühle eines Einzelnen. Lange

Jahrhunderte kämpften europäische Völker mit allen Mitteln um die Verteilung der Welt. Sie begingen überall, wohin sie kamen, Morde, grobe Ungerechtigkeit und Gewalt. Der Erste Weltkrieg war einer der Gipfel dieses Kampfes der Giganten und bedeutete einen weiteren rasanten Schritt zur Bestialität.
Dieser Krieg öffnete den Weg für Hitler und Stalin. Er lieferte ihnen für eine lange Zeit den Schein der Berechtigung, ja Legitimität. In diesem Kessel von Sittenlosigkeit und Grauen ist die Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Grenzgebieten nur eine Episode, die keineswegs über den Rahmen der europäischen Realität hinausragt.
Die Deutschen waren übrigens unter denen, die schon in den dreißiger Jahren durch Rassismus deformierte ethische Normen aufgestellt hatten. Es ist daher, glaube ich, heuchlerisch und gegenstandslos, die Entscheidung der tschechischen Regierung und ihrer Institutionen aus dem Jahre 1945 über die Vertreibung zu verurteilen.
Die heutigen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen müssen durch die aktuellen Regeln des europäischen Zusammenlebens geregelt werden, ohne Rücksicht darauf, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat.<<
Der tschechische Schriftsteller Pavel Verner verurteilt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40-41): >>Ich weiß nicht, wie mein Urteil über die massenhafte Vertreibung der böhmischen und mährischen Deutschen aus ihrer Heimat nach dem Krieg ab 1945 in der Zeit ausgesehen hätte, als diese Ereignisse gerade stattfanden. Mit dem Abstand von 50 Jahren fühle ich nur Beschämung. Damals hätte ich es möglicherweise als einen neurotischen Akt der Nachkriegspolitik von Benes bezeichnet. Heute sehe ich diese Angelegenheit als eine gehörig barbarische, kaltblütig vorbereitete und gründlich durchdachte, sogenannte Endlösung der deutschen Frage in Böhmen und Mähren.
Niemand hatte doch die Slowaken für ihren faschistischen Staat flächendeckend bestraft und viele Jahre später, nach der samtenen Revolution, hat niemand der Gesamtzahl der Tschechoslowaken, vor allem jedoch den Tschechen vorgeworfen, daß sie im Jahre 1948 die Demokratie verraten und freudig den Kommunismus angenommen hätten.
Was für eine Schuld trugen also die böhmischen und mährischen Deutschen für die Hitler-Okkupation? Nach dem Jahr 1918 wurden sie in den tschechoslowakischen Staat hineingepreßt, der sich mit dem Selbstbestimmungsrecht, das er angeblich respektierte, gebrüstet hatte. Den Deutschen billigte Masaryks Staat die gleichen Rechte eben nicht zu, und als sie diese auf die Anregung der Sozialdemokratie hin am 4. März 1919 erstreiken wollten, griff die tschechoslowakische Armee ein, und es gab 54 Tote.
Man muß klar sagen, daß die böhmischen und mährischen Deutschen nichts gegen die tschechoslowakische Demokratie hatten, aber ein nationaler Staat der Tschechoslowakei war ihnen ein Dorn im Auge, da in diesem weniger Slowaken lebten, als im nationalen Sinn rechtlose Deutsche. Also die tschechoslowakische Demokratie selbst hat den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda bereitet.
Wie dem auch sei: auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Hitlersche Expansion unterstützt hatte, hatte niemand nach dem Krieg das Recht, sich an einer ethischen Einheit aufgrund deren kollektiven Schuld zu rächen, also wegen etwas, das wir heute auf dem Balkan verurteilen.
Vors Gericht sollten die Funktionäre der Henlein-Partei gestellt werden, die Mitarbeiter der Gestapo, alle, die sich konkret schuldig gemacht haben. Bei der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei bestand die einzige Schuld einfach darin, Deutscher zu sein. Millionen von ihnen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus proklamativ ethnischen Gründen zu vertreiben, das war nicht nur verbrecherisch und grausam, für die Zukunft des tschechischen Staates war es auch unermeßlich dumm.
Deutschland ist nicht nur geographisch nächster Nachbar, sondern auch ein mit uns kulturell

identischer Raum, ja mehr noch, in dieser gefährlichen Welt kann er für uns die einzige Garantie der Sicherheit werden.
Die Außenpolitik der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die nicht fähig ist, sich ehrlich und mannhaft mit dem Trauma der Vertreibung auseinanderzusetzen, mit dem fatalen Versagen der Demokratie von Benes, eine Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter leider Gottes auch durch den Mund des Staatspräsidenten konstruierte Entschuldigungen für an unschuldigen Menschen begangene Bestialitäten sucht, solch eine Politik ist sittenlos, populistisch, und für die Zukunft stiftet sie neues Unrecht.<<

USA: Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnert im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

1996

Verkehrte Freundschaft ist Feindschaft.
Sprichwort aus Deutschland

03.01.1996

USA: Das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat stimmen am 3. Januar 1996 einer Resolution zu, weitere Informationen über die NS-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen (x136/15-16): >>... Während des 104. Kongresses feierten die Amerikaner den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Holocaust, eine der schlimmsten Tragödien der menschlichen Geschichte,
Es ist wichtig, daß wir alles, soweit möglich, aus dieser schrecklichen Epoche in Erfahrung bringen, um zu verhindern, daß sich eine derartige Katastrophe je wiederholt.
Der kalte Krieg ist zu Ende.
Zahlreiche Nationen, inklusive jene der einstigen Sowjetunion, öffnen ihre Archive betreffend die Nazi-Kriegsverbrechen, wie auch Verbrechen, die durch Behörden ihrer eigenen Staaten begangen worden sind. ...
1996 begehen wir den Jahrestag der Annahme des Freedom of Information Act.
Behörden der amerikanischen Regierung besitzen Informationen über Personen, welche Nazi-Kriegsverbrechen befohlen, angestiftet oder sonstwie unterstützt haben.
Einige dieser Behörden haben bisher routinemäßig den Freedom of Information Act verletzt und es abgelehnt, Informationen über Personen, die Nazi-Kriegsverbrechen begangen haben, herauszugeben. ...
Die Veröffentlichung der meisten Informationen betreffend Nazi-Kriegsverbrechen gefährdet nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten. ...
Es ist deshalb der Wille des Kongresses, daß sämtliche Behörden, welche Informationen besitzen über Personen, die verdächtig sind, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<<

08.01.1996

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**
Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.
Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht

war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.
"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann
... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...
Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...
In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...
Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...
... (Bundestagspräsidentin) Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 17. Januar 1996: >>**Rentenkasse zahlt für 35.000 Juden**

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.
... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

19.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Januar 1996: >>**Im Verhältnis zwischen Prag und Bonn knirscht es**

... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren".
Gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" bedauerte er, daß Prag die deutsche Seite für mangelnde Fortschritte bei der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung verantwortlich gemacht habe. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Günter Verheugen verlangte unterdessen, Bundeskanzler Helmut Kohl solle sich der Beziehungen "endlich persönlich annehmen".
Die Erklärung soll einen Schlußstrich unter die Verbrechen der Vergangenheit – NS-Greuel auf deutscher und Enteignung sowie Vertreibung der Sudetendeutschen auf tschechischer Seite – ziehen. ...
Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."
Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

Belgien: Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

23.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Januar 1996: >>**Havel: Gemeinsame Erklärung nicht nötig**

Tschechen und Deutsche können nach Ansicht des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel auch ohne gemeinsame Erklärung zur Aussöhnung miteinander leben. ...

Havel betonte aber, Prag werde die "Aussiedlung" von drei Millionen Sudetendeutschen nach Kriegsende nicht ewig verurteilen, wenn von interessierter Seite daraus immer wieder Ansprüche abgeleitet werden.

Der Standpunkt der wichtigsten politischen Kräfte Tschechiens zu der angestrebten gemeinsamen Erklärung sei klar: Die Bundesregierung solle den politischen Willen äußern, rechtliche, Vermögens- und ähnliche Fragen, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen zusammenhängen, nicht aufzuwerfen.<<

24.01.1996

Italien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Januar 1996: >>**Tschechische Republik beantragt EU-Beitritt**

Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus hat in Rom das Beitrittsgesuch seines Landes zur Europäischen Union überreicht und ist im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen. ...<<

26.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 1996 über das schwierige deutsch-tschechische Verhältnis: >>**Die Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt belastend**

... Dieser Tage sorgen in Prag beinahe täglich "Brandbriefe" für Aufregung. Pamphlete werden zutage gefördert, die sich gegen die Deutschen im allgemeinen oder gegen den deutschen Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie im besonderen auslegen lassen. ...

Der Seelenkundler Petr Prihoda hielt seinen Landsleuten vor, uneingestandener Nationalismus sei typisch tschechisch: die Betonung liegt auf uneingestanden. ...

Der Streit dreht sich vordergründig vor allem um 2 Punkte: die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Behandlung von Vermögensansprüchen.

In Prag besteht die Furcht, daß einzelne oder viele Sudetendeutsche sich schon bei einer nur formalen Anerkennung solcher Vermögensansprüche auf den Weg in die alte Heimat machen und dort – dank ihrer finanziellen Möglichkeiten – wieder Eigentum erwerben könnten. Die Tschechen wollen ein wie immer begründetes Rückkehrrecht verhindern.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie zu einer Wiedergutmachung des Nazi-Unrechtes bereit ist. Bonn verlangt von Prag aber ein klares Wort des Bedauerns und der moralischen Distanzierung von dem Unrecht an Sudetendeutschen, einschließlich einer Rücknahme der Dekrete des vormaligen Staatschefs Eduard Benes.

Die tschechische Regierung beruft sich auf höchstrichterliche Urteile, wenn sie sagt, dies sei nicht möglich. Die damaligen "ethnischen Säuberungen" könnten nicht pauschal als Unrecht bezeichnet werden.

Widersprüchlich sind die Darstellungen beider Seiten in dem Punkt, ob der Begriff "Vertreibung" in den Entwürfen für die Schlußerklärung auftaucht oder ob lediglich von Zwangsaussiedlungen die Rede ist.

Der Umstand, daß die tschechische Regierung vor Tagen einen Aufnahmeantrag in die Europäische Union (EU) gestellt hat und dafür von Bonn tatkräftige Unterstützung erwartet, macht die Angelegenheit nicht einfacher, sondern eher schwieriger. Zu den hohen Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft zählen die Freizügigkeit ebenso wie die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger. Die tschechische Regierung wird keine Begründung dafür vortragen können, daß sie Sudetendeutschen diese Rechte weiterhin verweigern will. ...<<

02.02.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Februar 1996: >>**Antisemitismus in Polen**

In keinem anderen christlichen Land gebe es soviel Antisemitismus wie in Polen. Dies hat Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, in Warschau erklärt.<<

09.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 1996: >>Simon Wiesenthal, österreichischer Nazi-Jäger, hat nach einem Bericht des ARD-Magazins "Panorama" bei der Fahndung nach Naziverbrechern kaum eine Rolle gespielt.

Wiesenthal hat "in allen großen Nazi-Fällen der Nachkriegsära – Bormann, Barbie, Mengele, Eichmann - versagt", urteilte der Chef der Abteilung NS-Verfolgung im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, in dem TV-Bericht vom Donnerstag. ...

Wiesenthal sei "inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen, eine tragische Figur".<<<

16.02.1996

USA: Ein US-Student berichtet am 16. Februar 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über seine Erfahrungen in einem "Goethe-Institut" (x268/148-149): >>Das erste Wort, das ich gelernt habe, war "Mülldeponie".

Es ist ein alter Witz unter Studenten, im Goethe-Institut sei die Gefahr gering, daß man Goethe liest. Aber leider ist dies kein Witz. Aus den vom Institut konzipierten Büchern und aus deren Materialien zu schließen, gibt es unter den Mitarbeitern des Instituts eine starke Allergie gegen alles, was für sie nach der alten Welt der deutschen Bildung riecht.

In der Bibliothek finden sich zwar die Klassiker in wunderschönen Ausgaben, im Klassenzimmer hingegen müssen die Studenten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Gegenwart richten und sich für Diskussionen über Umweltkrisen, Baumsterben, Rechtsradikalismus und Militarismus rüsten. ...

Nach jener Erfahrung mit dem Goethe-Institut stellte ich mir die naive Frage: Weshalb gleicht das Institut mehr einer Sonntagsschule für deutsche Bürgerpflichten als einem gastfreundlichen, sich den Schönheiten der deutschen Sprache widmenden Kulturzentrum? Warum ist die Atmosphäre in französischen Kulturzentren, die ich gut kenne, so fröhlich, die in den deutschen so grau und öde?

Franzosen sind stolz, Menschen überall in der Welt mit Molière bekannt machen zu können. Warum schämen sich meine deutschen Lehrer Goethes? ...<<

24.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Februar 1996: >>**Kein Ruhmesblatt für Justiz**

... Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten.

Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...

Unter den Verurteilungen waren 13 – zumeist von den Alliierten verhängte – Todesstrafen und 166 lebenslange Freiheitsstrafen. Zu Freiheitsstrafen wurden 6.200 Personen verurteilt. Gegen insgesamt 106.178 Beschuldigte wurden Strafverfahren geführt. ...

Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

Februar 1996

BRD: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlägt im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der tschechische Schriftsteller Petr Prihoda (1939-2014) berichtet im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5-6): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert. Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus.

Die jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lücke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.

Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention.

Die 'zweckmäßige Vereinfachung' zog im Prager Frühling des Jahres 1968 der Historiker Milan Hübl, ein Reformkommunist, in Zweifel, aber einer weiteren Diskussion zu diesem Thema machte die sowjetische Okkupation ein Ende. Die offizielle Interpretation war wieder die einzig gültige. Eine Revision dieser Einstellung war danach nur noch in Dissidentenkreisen möglich. Im Jahre 1977 knüpfte Ján Mlynárik, ein temperamentvoller slowakischer Historiker, der in Prag lebte, an diese Diskussion an.

Er schrieb unter dem Pseudonym "Danubius" seine "Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen", erschienen zuerst im Samisdat (= Veröffentlichungen im Untergrund) und danach in den Publikationen des Exils. Es war eine Anklage der tschechischen Rachgier und Grausamkeit. Die damaligen Leser der "Thesen" stellten einen verhältnismäßig kleinen und weitgehend exklusiven Leserkreis dar. Die Publikationen aus dem Exil erreichten uns regelmäßig auf dem Wege, den die Dissidenten vorbereitet hatten. Den Leserkreis von Danubius ließ sich auf einige Tausend Menschen schätzen.

Mlynárik-Danubius formulierte seinen Text absichtlich provokant. Er wollte schockieren. Es entflammte eine leidenschaftliche Polemik, die auch das tschechische politische Exil erreichte. Sie teilte die Dissidenten, aber auch das Exil, in zwei Lager auf: die Befürworter einerseits und die Gegner andererseits. Während dieser Polemik kam die geistige Verwandtschaft des tschechischen Nationalismus im Exil mit dem Nationalismus des tschechischen Kommunismus im Lande (auch wenn es sich um Reformkräfte handelte) zum Vorschein. Damals ahnte noch niemand, daß eine "samtene Revolution" bevorstand, und daß nach ihr diese beiden Richtungen eins werden würden.

Einer der entschiedenen Widersacher der "Thesen" von Danubius war damals auch Milan Hübl, der, wie gesagt, 1968 den ersten Versuch unternahm, die offizielle Version der Vertreibung zu revidieren.

Im Jahre 1979 trat unter dem Namen "Bohemus" eine Gruppe von Dissidenten auf, um Mlynárik zu verteidigen. Es entstand ein gemeinsamer Text mit dem Titel "Stellungnahme zum Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei". In diesem Text wurde die Vertreibung

verurteilt, es wurde auf die Umstände hingewiesen, die die Vertreibung möglich machten, und darauf, welche verhängnisvollen Folgen diese Vertreibung für die ganze tschechische Gesellschaft nach sich zog. Die Reaktion im Lande und auch im Exil war ähnlich wie im Falle Danubius mit dem Unterschied, daß Bohemus mehrere Befürworter fand.
Ich betone jedoch, daß die Polemiken nur in einem beschränkten Rahmen der verhältnismäßig wenigen Dissidenten und Exilgruppen stattfanden. Es ist genügend bekannt, daß es den kommunistischen Machthabern gelang, die tschechischen Dissidenten von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Daher blieb die tschechische Öffentlichkeit von diesem Streit unberührt.
Nach der "samtenen Revolution", als viele Dissidenten bedeutende Funktionen übernahmen wurde dieser Streit in die Öffentlichkeit getragen (genannt sei vor allem die sogenannte Entschuldigung an die Adresse der Sudetendeutschen von Václav Havel im Dezember 1989). Die unvorbereitete Öffentlichkeit war dadurch überrascht.
Die Parlamentswahlen 1992 brachten der politischen Garnitur aus der Zeit nach November 1989 eine Niederlage und führte bei vielen Dissidenten zum Rückzug aus der Politik. Die neue politische Elite – aber auch die Gruppe der Journalisten – rekrutiert sich heute aus jüngeren Altersgruppen und aus dem Teil der tschechischen Öffentlichkeit, der von den geschilderten Polemiken und auch von den Problemen, die diese hervorriefen, nicht betroffen war. Hier liegt der Grund für den heutigen Dilettantismus der "Deutschlandpolitik" seitens des tschechischen Staates.<<

12.03.1996

Israel: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer wollten Millionen Deutsche ermorden**

Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant

Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.
"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."
Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.
Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekannten Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.
"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.
Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umge-

kommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein weiteres Mitglied einer Rachegruppe.
Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.
In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde aus nächster Nähe erschossen.
Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.
Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.
In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<

13.03.1996

BRD: Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz berichtet am 13. März 1996 während einer völkerrechtlichen Fachtagung über die geplante "Schlußstricherklärung", Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter und ungeklärte Reparationsforderungen sowie über die völkerrechtswidrige Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x151/47-51,53-58,61-68): >>**I.**
Seit Ende letzten Jahres steht die Forderung im Raum, im Verhältnis zur Tschechischen Republik einen "Schlußstrich unter die Vergangenheit der Okkupation, Krieg und Vertreibung zu ziehen" und mit einer gemeinsamen Erklärung mit der Prager Regierung als Schlußstrich der Ostverträge den "Weg in ein Europa der gleichberechtigten Demokratien zu öffnen".

1. Das Konzept der Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aufgabe eines von der Fraktion der Grünen im deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen Gutachtens ist es, die bisher vorgebrachten Argumente für die Auffassung, daß ein solches "Schlußstrich-Abkommen" aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, zu entkräften.
Der Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat gelangt zu dem Ergebnis, daß es keine Rechtsgründe gäbe, welche Deutschland an dem Abschluß einer solchen umfassenden Regelung hindern würde. Insbesondere setze sich die Bundesregierung nicht Schadenersatzansprüchen der vertriebenen Sudetendeutschen aus, wenn sie in einem Abkommen mit Prag auf die Geltendmachung der Vermögensfragen verzichte und damit zugleich tschechischen Reparationsforderungen zuvorkomme.
Das Gutachten geht davon aus, "daß die Tschechische Republik Gegenansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland (besitzt), deren Höhe bisher unbestimmt ist, die aber von manchen Beobachtern als der Höhe nach zumindest gleichrangig angesehen werden".
Eine Schlußstricherklärung, mit der die Bundesrepublik und die Tschechische Republik feststellen würden, daß sie keine Rechtsansprüche gegeneinander haben und solche auch in Zukunft nicht geltend machen werden, "würde weder eine Amtspflichtverletzung darstellen noch

einen Eingriff in bestehende Vermögenspositionen bedeuten, der zum Ausgleich nach den Grundsätzen über den enteignenden oder gar den enteignungsgleichen Eingriff verpflichten könnte."

2. Das Konzept der Bundesregierung

Es muß bezweifelt werden, daß die von der Bundesregierung mit der "Schlußstricherklärung" verfolgten Pläne so weit gespannt sind wie das von Bündnis 90/Die Grünen und vom Gutachten entwickelte Konzept.

Die Entwürfe der tschechischen und der deutschen Seite zu einer Schlußstricherklärung sind zwar offiziell noch nicht bekanntgemacht worden, aus den Vorgaben des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages vom 27.2.1992, insbesondere aus dem Briefwechsel zum Nachbarschaftsvertrag, aus zahlreichen Presseveröffentlichungen und Erläuterungen der Bundesregierung vor dem Parlament ergeben sich jedoch eine Fülle von Hinweisen auf Form, Inhalt und politische Zielsetzung der beabsichtigten Schlußstricherklärung, deren Verabschiedung vorerst auf einen Termin nach den tschechischen Parlamentswahlen am 31. Mai 1996 aufgeschoben wurde.

II.

1. Die förmliche Gestaltung der Schlußstricherklärung: gemeinsame Erklärung – nicht gegenseitiger Vertrag

Die Schlußstricherklärung wird von deutscher wie von tschechischer Seite nicht als ein auf Leistung und Gegenleistung beruhendes Vertragswerk konzipiert. ...

2. Die verbale Bewältigung der Vergangenheit

Das gemeinsame Bekenntnis beider Seiten zu guter Nachbarschaft, zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europa, zu demokratischen Werten, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und einer Politik des Friedens muß durch einzelne Bekenntnisse – einerseits Deutschlands und andererseits Tschechiens – zur Vergangenheit ergänzt werden. ...

a) Die Erklärungen

Zunächst fällt auf, daß die Formulierung der deutschen Seite: "bekennt sich zur Verantwortung" juristisch prägnanter erscheint als die Wortwahl der tschechischen Seite: "ist sich bewußt" und "bedauert".

Aus "Verantwortung" lassen sich unmittelbar rechtliche Konsequenzen ziehen; das "Sich-Bewußt-Sein" oder das "Bedauern" sind demgegenüber Begriffe, die zunächst nur die Befindlichkeit des Erklärenden beschreiben; es fehlt an der unmittelbaren Außenwirkung. Der Unterschied wird deutlich, wenn man die Forderung berücksichtigt, die seit Jahren gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden: Die deutsche Seite soll sich zur Verpflichtung und Verantwortung gegenüber all jenen, die Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden sind, bekennen.

b) Ausgewogenheit

Über die inhaltliche Ausgewogenheit der korrespondierenden Erklärungen zur Vergangenheitsbewältigung läßt sich trotz aller Bemühungen um Versöhnung trefflich streiten.

Akzentuiert man die Verantwortung Deutschlands für die historische Entwicklung, die zum Münchner Abkommen geführt hat, läuft man Gefahr, mitentscheidende Faktoren einfach auszublenden.

Ich nenne nur wenige Beispiele: das Versagen der Siegermächte des ersten Weltkrieges bei der staatlichen Gestaltung der Gebiete der untergegangenen Habsburger-Monarchie, die Verletzung selbstgesetzter Prämissen wie z.B. Selbstbestimmungsrecht und Volksgruppenschutz, die mangelnde Bereitschaft des neuen tschechoslowakischen Staates, die gesamte Bevölkerung nach eidgenössischem Vorbild zu integrieren.

Die Erklärung der tschechischen Seite zur "zwangsweisen Aussiedlung" läßt zumindest viele Fragen offen. Von einer "Verantwortung" für die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ist

nicht die Rede. Die tschechische Seite kann an ihrer seit Jahren vertretenen These festhalten, gem. Art. XIII Potsdamer Abkommen trügen die Großmächte, nicht aber die Tschechoslowakei, die Verantwortung für den "Bevölkerungstransfer".
Der Text kann auch als Bestätigung der tschechischen Auffassung verstanden werden, es müsse zwischen dem "Abschub" der deutschen Bevölkerung (der grundsätzlich rechtmäßig gewesen sei) und bedauerlichen "Exzessen" unterschieden werden. Letztere standen im Widerspruch zu "humanitären Grundsätzen und damals geltenden rechtlichen Normen".
Begriffe, die rechtliche Konsequenzen auslösen (z.B. "Völkerrechtsverstoß" oder gar "Völkermord") werden in tschechischen Erklärungen eindeutig vermieden.

c) Der Sinn amtlicher Festlegungen

Wichtiger als viele Detailprobleme bei der Formulierung der Vergangenheitsbewältigung ist die grundsätzliche Frage: "Was ist der von Regierungsdelegationen amtlich betriebene Prozeß des Bewußtwerdens und Bedauerns wert?"
PRAVDA VITEZI" – DIE WAHRHEIT SIEGT, war der Spruch im tschechoslowakischen Staatswappen, in dessen Zeichen auch der 7. Präambel des deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrages vom 27. Februar 1992 konzipiert wurde: "In Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat."
Wenige Monate später berief sich die Slowakei auf die von Landtag und Regierung am 14. März 1939 herbeigeführte Unabhängigkeit des Landes von der Tschechoslowakei, die auch international Anerkennung aller Nachbarstaaten gefunden habe.
Sollte die tschechische Regierung heute tatsächlich mit Blick auf Europa die Vertreibung der deutschen Bevölkerung bedauern und sie als einen Verstoß gegen damals geltende rechtliche Normen werten, bleibt es doch bei den Erkenntnissen des für alle Rechtsfragen primär zuständigen Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik.
Das Gericht entschied am 8. März 1995 in der Sache Dreithaler, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen.
Historische Schuld und Verantwortung können nicht auf diplomatischem Wege ermittelt und zugewiesen werden. Mit dieser Aufgabe sind auch offizielle oder offiziöse Historikerkommissionen überfordert.
Die beide Völker trennenden und verbindenden geschichtlichen Ereignisse lassen sich nur in einer Atmosphäre uneingeschränkter Freiheit von Forschung und Lehre aufarbeiten. Auch an der Jahrtausendwende hat noch Gültigkeit, was Ludwig Börne vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten gedacht und geschrieben hat:
"Jede Gegenwart ist eine Not-Erbin der Vergangenheit. Sie kann die Erbschaft weder ausschlagen noch sub beneficio inventarii antreten; sie muß sie übernehmen; mit ihren Schulden und ihrer Schuld."

3. Das weitere Offenhalten aus der Vergangenheit herrührender politischer und rechtlicher Fragen

Deutschland und Tschechien sind sich im Vorfeld der Osterweiterung der Europäischen Union einig, daß begangenes Unrecht der Vergangenheit angehören soll. Wie bei der Osterweiterung der Nato wird auch bei der EU-Osterweiterung deutscherseits kein Junktim zwischen der Lösung der aus Flucht und Vertreibung resultierenden noch offenen Fragen und der deutschen Unterstützung der Aufnahme der ost-mitteleuropäischen Staaten hergestellt.
Es gibt keinen spezifisch deutschen Forderungskatalog, von dessen Erfüllung die Unterstützung der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union abhängig wäre. Wegen der anhaltenden und erheblichen Widerstände – namentlich der südeuropäischen Staaten gegen die EU-Osterweiterung hat die von der Bundesrepublik Deutschland zugesicherte "nachdrückliche Unterstützung" einen nicht zu überschätzenden politischen Stellenwert.

a) Konsequenzen für die deutsche Seite
Die neue Determinante (Begriffsbestimmung) der deutsch-tschechischen Beziehungen, nämlich die Übereinstimmung, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört, kollidiert mit einer weiteren, vornehmlich verfassungspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung, die in Ziffer 2 des Briefwechsels zum Nachbarschaftsvertrag ihren Ausdruck gefunden hat: das Ausklammern und "Offenhalten" der Vermögensfragen.
Hinter der Formulierung der Ziffer 2 verbergen sich nach Auffassung der deutschen Seite die Ansprüche der Vertriebenen aus Eigentum oder auf Entschädigung hinsichtlich ihres nach Kriegsende konfiszierten Vermögens. Diese Ansprüche, deren Erfüllung auch der demokratische tschechische Staat verweigert, muß die deutsche Seite weiter offenhalten.
Aus Gründen des deutschen Vertragsrechts muß sie alles vermeiden, was als Verzicht auf oder Aufrechnung mit sudetendeutschen Vermögenswerten gedeutet werden müßte und damit eine Entschädigungspflicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Betroffenen auslösen könnte. Trotz "Schlußstrich" müssen deshalb die Vermögensansprüche der Vertriebenen de jure "offengehalten" werden, obgleich sie de facto – wie bisher – nicht durchgesetzt werden sollen. ...<<
>>... **5. Der Zukunftsfonds und die Entschädigung tschechischer NS-Opfer**
Eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der nationalsozialistischen Zeit wurde von der Bundesrepublik Deutschland und Polen zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrags durch Notenwechsel vom 16. Oktober 1991 errichtet. In den folgenden drei Jahren wurde die Stiftung aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt 500 Millionen Mark ausgestattet.
Nach Presseverlautbarungen war auch eine Stiftung für die Opfer des Faschismus in der Tschechoslowakei geplant. Von einem Beschluß über die Bereitstellung von etwa 100 Millionen Mark aus deutschen Steuermitteln war bereits die Rede. ...
(2) Zur Frage der Entschädigung für "NS-Zwangsarbeiter"
Ein traditioneller Streitpunkt zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ist die Frage, ob aus Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft Wiedergutmachungs- oder Reparationsforderungen resultieren.
Die Bundesregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß es sich nur um Reparationsforderungen handeln kann, die unter das Londoner Schuldenabkommen bzw. unter den sowjetisch-polnischen Reparationsverzicht fallen.
(3) Reparationsforderungen
Im Gegensatz zu Polen hat die Tschechoslowakei, deren Reparationsforderungen aus der Schuldenmasse zu befriedigen waren, nie förmlich auf weitere Reparationsleistungen verzichtet. Unklar ist, in welchem Umfang der Tschechoslowakei Reparationsforderungen zustanden, wieviel sie im Rahmen des Pariser Reparationsabkommen liquidieren konnte und was sie de facto (tatsächlich) zum Zwecke der Reparation beschlagnahmte ohne es mit den Verbündeten zu verrechnen.
Unklar ist weiter, welche rechtlichen Folgen das Übergehen der Reparationsfrage in der Schlußstricherklärung und in einem diesbezüglichen Notenwechsel hat. Mehrere Deutungen sind möglich:
a) Die Reparationsfrage zählt zu den vom Nachbarschaftsvertrag nicht geregelten Vermögensfragen und ist nunmehr eine der "aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen", die von der Schlußstricherklärung nicht bereinigt werden konnten, aber künftig nicht mehr die deutsch-tschechischen Beziehungen belasten sollen...
b) Die Reparationsfrage wurde bereits im Rahmen des 2+4-Vertrages geregelt. Dieser ist zwar formell nicht der Friedensvertrag mit Deutschland, er hat jedoch materiell die Bedeutung einer

"endgültigen Regelung" im Sinne des Londoner Schuldenabkommens (Artikel 2). Da der Vertrag selbst keinerlei Reparationsforderungen enthält, gleichzeitig aber die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland darstellt und die Bedingungen für den Frieden in Europa mit Bezug auf Deutschland normiert, ist die Reparationsfrage zwischen den 4 Mächten, die als Konkursverwalter über das gesamte in- und ausländische deutsche Vermögen verfügten, und dem staatlich reorganisierten Deutschland erledigt.
In jüngeren Erklärungen weist das Auswärtige Amt darauf hin, daß 50 Jahre nach Kriegsende und jahrzehntelanger vertrauensvoller, enger Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft "die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren" habe. Kein Staat könne mehr erwarten, daß die Bundesregierung in Gespräche über dieses Thema eintrete. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Staaten müsse zukunftsorientiert sein.
c) Die Ansprüche des tschechoslowakischen Staates aus dem Zweiten Weltkrieg sind als nicht radizierte Forderungen mit ihm am 31. Dezember 1992 untergegangen. Die tschechische Republik kann als Neustaat nur mehr die überkommenen Rechte seiner Bürger wahrnehmen.
(4) Ansprüche tschechischer Bürger gegen Subjekte des Privatrechts in der Bundesrepublik Deutschland
... Trotz der Ausstattung der Stiftung mit 500 Millionen Mark aus Bundesmitteln, können polnische Staatsangehörige oder deren Interessenverbände weiterhin z.B. Ansprüche aus Zwangsarbeit gegenüber deutschen Arbeitgebern geltend machen. Rein rechtlich werden auch die Ansprüche deutscher Bürger durch den Notenwechsel nicht aufgegeben oder präkludiert (gerichtlich verweigert).
Dennoch erscheint die Regelung im Ergebnis alles andere als ausgewogen: deutsche Bürger haben mit der Geltendmachung von Vertreibungsschäden in den Vertreibungsländern von vornherein keine Chance, wogegen polnische und tschechische Staatsangehörige mit ihrer Forderung nach Entschädigung für "NS-Zwangsarbeit" auf die Unterstützung der Medien und einflußreicher Kreise im Deutschen Bundestag rechnen dürfen. Schon mit der Geltendmachung von Phantomforderungen kann der Name eines deutschen Unternehmens geschädigt und demgemäß Druck ausgeübt werden.
III.
Während in der Gestaltung der deutsch-tschechischen Beziehungen in der vergangenen Jahre Entschädigungsansprüche tschechischer Opfer wiederholt angesprochen wurden, fanden Forderungen der Vertriebenen aus Schäden an Leib, Leben und Vermögen in offiziellen Dokumenten ebensowenig Berücksichtigung wie das Recht auf die Heimat. Und die Schlußstricherklärung scheint hieran nichts zu ändern. Dies wirft erneut die Frage nach den individuellen und gruppenbezogenen Rechten einer vertriebenen Minderheit auf. ...<<
>>... **(1) Vertreibung als Völkermord (Tomuschat-Rezension 1992)**
Während Tomuschat 1992 in der Rezension zu Felix Ermarcoras "Die Sudetendeutsche Frage" seinem österreichischen Kollegen noch zustimmte, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermordes erfüllen kann, gelangt er nunmehr in seinem Gutachten für die GRÜNEN zu einem anderen Ergebnis.
Tomuschat lenkte 1992 die Aufmerksamkeit des Lesers auf den im Juli 1991 von der International Law Commission in erster Lesung verabschiedeten Entwurf eines "Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind". Zu den dort aufgeführten "Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit" zählt gem. Art. 21, 5 ... die "deporation or forcible transfer of population". Die "Deportation" oder der "zwangsweise Transfer einer Bevölkerung" wären demnach ein "Verbrechen gegen die Menschheit", aber eben - wie Tomuschat folgert – kein Völkermord.
Tomuschat räumte 1992 allerdings zutreffend ein, daß durch die "Begleitumstände" eine

Zwangsumsiedlungsaktion in eine dem Völkermord entsprechende "Qualität höchster Verabscheuungswürdigkeit hineinwachsen" kann sodann, das Kapitel abschließend:
"Die Greuel, welche die Vertreibung der Sudetendeutschen begleitet haben, sind so eindeutig belegt, daß man die Schlußfolgerung Ermacoras nicht gut in Zweifel ziehen kann. Das letzte Wort muß hier der Historiker sprechen." ...

(3) Schlußfolgerung

... Die von Tomuschat unterstützte rechtliche Ausgrenzung der Sudetendeutschen aus dem rechtlich relevanten Geschehen beruht letztlich auf einer nicht überzeugenden Differenzierung zwischen schlimmen und noch schlimmeren Völkerrechtverstößen. Diese Differenzierung muß bei den Opfern eine erneute Diskussion über die Schrecken der Vertreibung auslösen: Auch hieran kann den um Aussöhnung bemühten Staaten nicht gelegen sein. ...

2. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland

Im Gegensatz zur untergegangenen DDR hat die Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos die Vertreibung von mehr als 14 Millionen als völkerrechtliches Unrecht gebrandmarkt ...

a) Staatenpraxis

In den begleitenden Briefwechsel zu den Nachbarschafts- bzw. Partnerschaftsverträgen mit Polen, Ungarn und der frühen Tschechoslowakei hält die Bundesregierung ausdrücklich daran fest, daß die eigentumsrechtlichen Fragen von diesen Verträgen nicht berührt werden. ...

3. Der Wiedergutmachungsanspruch

Die Vertreibung der Deutschen ist weiterhin eine ungelöste Frage des Völkerrechts.
a) Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen
Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen werden im wesentlichen 4 Argumente vorgetragen:
- die "debellatio", also der völlige Untergang Deutschlands durch die Kriegsereignisse im Jahre 1945 und damit die - angebliche – völlige Freizeichnung der Siegermächte von der Einhaltung des Völkerrechts
- die Deutung des Potsdamer Abkommens als Umsiedlungsvertrag
- die Deutung der Vertreibung als Repressalie für die deutscherseits vorgenommenen Vertreibungs- und Deportationsmaßnahmen
- die Kollektivhaftung und Bestrafung des deutschen Volkes.
Keines der genannten Argumente ist stichhaltig:

(1) Debellatio (völlige Vernichtung der Staatsgewalt)

Aus der Berliner Erklärung vom 5.6.1945 ergibt sich eindeutig, daß Deutschland nach dem Willen der Siegermächte als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte. Eine "debellatio" (völliger Untergang des Staates) wäre ihrerseits ein Völkerrechtsdelikt gewesen, daß der Besatzungsmacht keine weitergehenden Rechte vermittelt hätte. Auf alle Fälle wäre der Bevölkerung gegenüber ein menschenrechtlicher Minimumstandard einzuhalten gewesen, der das Vertreibungsverbot mit einschließt.

(2) Potsdamer Abkommen als Umsiedlungsvertrag

Das Potsdamer Abkommen ist kein Umsiedlungsvertrag. Es fehlt nicht nur die Einwilligung des betreffenden Staates, sondern auch die Zustimmung der umzusiedelnden Bevölkerungsteile. Seinem Wortlaut nach nimmt Art. XIII des "Abschlußberichts der Dreimächte-Konferenz" von der Tatsache der Massenausweisung nur Kenntnis und fordert deren humane Durchführung.

(3) Recht auf Repressalien

Die Kriegsrepressalie (Vergeltungsmaßnahme) darf nicht mit Rache an Unschuldigen verwechselt werden. Auch im Kriegsvölkerrecht ist der menschenrechtliche Minimumstandard (und damit das Vertreibungsverbot) der Repressalie entzogen. Im übrigen war mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht jeder Rechtsgrund für die Durchführung einer

Kriegsrepressalie entfallen.

(4) Kollektivhaftung der Vertriebenen

Auch wenn Deutschland die alleinige Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft, läßt sich damit nicht die Kollektivhaftung aller Deutschen im In- und Ausland begründen. Schuld ist stets individuell und persönlich. Bis zum gerichtlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.

b) Das Recht auf die Heimat

Die Vertreibung der Deutschen erfüllt nach wie vor den Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts. Die Vertreiberstaaten sind, da eine Verwirkung oder Verjährung zwischenzeitlich nicht eingetreten ist, nach wie vor zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(1) Das Prinzip der Naturalrestitution

Der völkerrechtliche Wiedergutmachungsanspruch verlangt mehr als nur Genugtuung im Sinne einer förmlichen Entschuldigung; er richtet sich zunächst auf die "Naturalrestitution", d.h. Rückführung der völkerrechtswidrig vertriebenen oder zwangsweise umgesiedelten Menschen zur alten Heimstätte und zu ihrem Besitz ("return to their homes and property"). Die Rückkehr hat freiwillig zu erfolgen. Der Heimatvertriebene, der seinen neuen Aufenthaltsort der alten Heimat vorzieht, hat Anspruch auf Schadensersatz in Geld.

(2) Kollidierende Heimatrechte

... Auch wenn die Rücksiedlung faktisch scheitern muß, bleiben alle vermögensrechtlichen Ansprüche auf privaten Besitz und Eigentum, die aus Anlaß der Vertreibung von den Vertreiberstaaten eingezogen wurden, erhalten.

(**3) Freie Wahl zwischen Rückkehr und Entschädigung**

... Auch im Falle der Begründung einer "neuen" Heimat im Aufenthaltsstaat bleiben alle in der alten Heimat konfiszierten Vermögenswerte ausgleichspflichtig. ...<<

21.03.1996

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

22.03.1996

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose (nicht organisch bedingtes Nervenleiden) der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von

der Erde, dem mütterlichen Grund.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...
Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.
Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.
Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>… Und heute? … (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.
In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.
Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".
Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die

vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.
Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?
Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.
Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …
Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Krieges mir dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<

26.03.1996

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. März 1996: >>**Gegen Stalin gezielt**

Warum wurde die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen? "
Die Antwort schien jahrzehntelang so klar zu sein, wie die Offiziellen sie nach dem Abwurf gegeben hatten. Die Bombe war die einzige Möglichkeit, den Krieg schnell zu beenden und das Leben von Millionen GIs zu retten. Doch seit 30 Jahren zweifeln Forscher daran, und 1990 sagte der Historiker der US-Atomenergiebehörde – ein Hort der Atomfreundlichkeit -, es habe Alternativen zur Bombe gegeben. Dennoch glaubt der Durchschnittsamerikaner noch heute an die alte Darstellung.
Vor allem dieser Unterschied zwischen den Fachleuten und der Öffentlichkeit brachte des US-Historiker Gar Alperovitz dazu, die Gründe für den Einsatz der Bombe zu klären ("Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe"). ...
Obwohl Alperovitz gerade auch auf die Unklarheiten und das Fehlen vieler Dokumente aufmerksam macht, kann an seiner Antwort auf die Frage nach den Gründen kein Zweifel bestehen. Präsident Harry S. Truman wollte den Krieg vor dem Kriegseintritt der Sowjetunion in Asien beenden und im politischen Poker um die spätere Ordnung der Welt, wie er sagte, die besseren Karten zu haben. Er wurde vor allem von seinem Außenminister James Byrnes beeinflußt ...
Truman und Byrnes ignorierten bewußt die seit Monaten ausgestreckten Friedensfühler der Japaner und gaben vor allem keine Sicherheitsgarantie für den als Gott verehrten Kaiser, deren Fehlen das Haupthindernis für die Kapitulation war. Denn die Bombe sollte auf jeden Fall eingesetzt werden, um Stalin Amerikas Macht zu demonstrieren.
Das ist der Hintergrund für die Frage, wie es zu der Legende von der Rettung amerikanischer Menschenleben kam. Sie entstand aus einem Zusammenspiel vieler Faktoren. Das Erlebnis des Kriegsendes kurz nach der Bombardierung Hiroshimas schuf in den Köpfen einen Zusammenhang.
Außerdem gab es eine spezielle Kampagne mit der Fakten verzerrt oder gar nicht erst an die Öffentlichkeit gelassen wurden. Dabei spielte Truman, der in den USA als Beispiel eines ehrlichen Politikers gilt, ebenso wir Byrnes eine wenig rühmliche Rolle. Die bei einer Invasion

erwarteten Verluste wurden übertrieben; man sprach von Millionen Toten, während die höchste Schätzung der Militärführung, die fast geschlossen gegen den Abwurf war, von 46.000 ausgegangen war.
Auch wurde Hiroshima nicht wie Truman behauptete, wegen seiner militärischen Bedeutung ausgewählt, sondern weil es aufgrund seiner geringen militärischen Bedeutung sicher war, daß es bis August noch nicht durch konventionelle Bomben zerstört sein würde. Doch am erschreckendsten ist, daß bei der Auswahl des Zieles Wert darauf gelegt wurde, möglichst viele Zivilisten zu treffen.
Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Truman bis an sein Lebensende seine Entscheidung zu rechtfertigen suchte und selbst Leuten, die er kaum kannte, unaufgefordert seine Gründe darlegte – wenn auch nur die offizielle Version. ...<<

04.04.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. April 1996: >>... Wie die Prager Tageszeitung "Pravo" am Mittwoch berichtete, einigten sich der stellvertretende tschechische Außenminister Alexander Vondra und die stärkste Oppositionspartei des Landes, die Sozialdemokraten (CSSD), daß eine moralische Verurteilung des Exzesses bei der sogenannten "wilden" Vertreibung der sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei kurz nach Kriegsende möglich sei. ...
"Pravo" zitierte den außenpolitischen Sprecher der CSSD, Jan Kavan, wonach in der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung gesagt werden solle, daß die Vergangenheit abgeschlossen sei. ... Zudem sollte in der Deklaration stehen, daß es während des Krieges von deutscher Seite aus zum Versuch des Völkermordes an der tschechischen Bevölkerung gekommen sei.
In diesen Kontext sollten auch die Übergriffe eingereiht werden, zu denen es in der Tschechoslowakei im Jahre 1945 gekommen war und auf die die deutsche Seite verweise. "Es ist möglich, sich vom ethischen, moralischen Standpunkt aus von den Exzessen des wilden Abschubs zu distanzieren, die auf ihre Weise Unrecht waren", sagte Kavan. Keinesfalls bedeute dies aber eine Distanzierung von der Aussiedlung der Deutschen an sich.
Nach Kriegsende hatte in der damaligen Tschechoslowakei eine Welle der Gewalt gegen die im Land lebende deutsche Bevölkerung eingesetzt, denen Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen waren. Später mußten mehr als drei Millionen Sudetendeutsche die Tschechoslowakei verlassen.<<

09.04.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1996 über die Lebenserinnerungen des Elie Wiesel "Alle Flüsse fließen ins Meer": >>... Freunde, die ihn gut kennen, haben ihm – so Wiesel – abgeraten, seine Erinnerungen zu veröffentlichen. Wiesel schlug jedoch den gutgemeinten Rat aus. Es entstand eine Autobiographie. Ein Teil des Buches beseht aus Kommentaren zu den eigenen Büchern, wobei er leidenschaftlich sich selbst zitiert – und dies sehr ausführlich. ...
Neu in diesen Erinnerungen sind nicht die Einzelheiten über den Leidensweg der ungarischen Juden oder das Wesen und die Struktur der Vernichtungslager, was natürlich angesprochen wird. Das ist in seiner Schrecklichkeit nicht zuletzt durch die Werke Wiesels bekannt. ...
... Er äußert sich anerkennend, ja, ausgesprochen wohlwollend über Franco und sein Regime.
Wiesel wird polemisch, aggressiv und höhnisch, wenn es darum geht, mit seinen Kritikern abzurechnen. Er vergißt nicht, jene Verleger zu geißeln, die seine Bedeutung anfangs verkannten. Der Leser lernt einen neuen Wiesel kennen.
Seine moralische Autorität, seine an sich richtigen Warnungen vor dem Vergessen und die Mahnungen, daß all das, was geschah, sich nicht wiederholen dürfe, wird mit persönlicher Verbissenheit und Geltungsdrang kontrastiert, wobei er dabei – und das fürchteten die Freunde, die ihn kennen, nur sich selbst schadet. ...<<

10.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt.

Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. Die Beschwerdeführer hatten daraus geschlossen, daß das Bundesverfassungsgericht 1991 von falschen Tatsachen ausgegangen sei.

Aus den Äußerungen Gorbatschows könne lediglich geschlossen werden, daß das Thema "auf den von ihm angesprochenen Ebenen" keine Rolle gespielt habe. Sie widerlegten jedoch nicht die Darstellung des damaligen Bonner Staatssekretärs Kastrup, daß die Unumkehrbarkeit der Bodenreform von der Sowjetunion im Verlauf der Verhandlungen zu einer Bedingung für die deutsche Einheit gemacht wurde.

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 10. Mai 1996 über die Bodenreform in der SBZ: >>... Es war eine dunkle Stunde für die Rechtsstaatlichkeit, als 1990 im Einigungsvertrag die Unumkehrbarkeit der SBZ-Enteignungen festgeschrieben wurde. Allen Beteiligten - wenigstens auf westlicher Seite – war klar, daß man hier leider Unrechtstaten nachträglich ins Gewand des Rechts gehüllt hat. ...

Die Bodenreform-Opfer gehören ohne Frage zu den Verlierern der deutschen Geschichte. Vor allem aus formalen Gründen gerieten sie im Wiedervereinigungsprozeß abermals unter die Räder. Daß die Bodenreform nur "Junker und Kriegsverbrecher" traf, ist eine Legende: Unzählige Unschuldige wurden von Bauernhöfen und Werkstätten vertrieben und mißhandelt; betroffen war jeder, der der neuen Diktatur im Wege stand – auch Leute aus dem Widerstand gegen Hitler.

Sie alle, die jetzt endgültig die Hoffnung auf Rückgabe fahren lassen müssen, werden die Welt nicht mehr verstehen. Es mag sie trösten, daß Millionen andere Deutsche noch größere Opfer bringen mußten – nicht nur solche, die nach D-Mark oder Hektar zu bemessen wären.<<

20.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**

Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden.

Der Bundesvorsitzende der Schlesischen Landsmannschaften, Herbert Hupka, erklärte am Sonnabend in Görlitz, zuvor müßten offene Fragen geklärt werden. Dazu gehörten Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und das Recht auf Heimat. Die Vertreibung von Millionen Deutscher bleibe ein Verbrechen, für das die Verantwortlichen bestraft werden sollten.

Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500

Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<

28.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel** ...

Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben".

Als Vertreter des Bundeskanzlers erklärte Postminister Wolfgang Bötsch (CSU), Prag und Bonn hätten bei der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung in der Vermögensfrage und in Sachen Unrecht an den sudetendeutschen noch keine Lösung gefunden. Die Integration in Europa setze voraus, "daß die Tschechische Republik die europäische Werte- und Rechtskultur ohne Wenn und Aber anerkennt."

Waigel verlangte: "Bekennen Sie sich zu den Verbrechen, die Tschechen an Deutschen begangen haben!"

Ein Wort des Bedauerns wäre gleichzeitig ein weiteres Stück Annäherung der Tschechischen Republik an den europäischen Standard.

Klaus sagte dazu, er sei nicht bereit, solche Äußerungen von einem Repräsentanten der Bundesregierung anzuhören. "Und ich bin sehr überrascht, daß von uns jemand will, daß wir über den Zweiten Weltkrieg mit Bedauern sprechen sollen. Ich habe das Gefühl, daß gerade die deutsche Seite über dieses ganze Ereignis in sehr leisem Flüsterton sprechen sollte", erklärte Klaus auf einer Wahlkampfkundgebung.

Die SPD kritisierte die Äußerungen Stoibers als "Rückschlag" für die deutsch-tschechischen Beziehungen. "Die CSU-Führung macht sich ausschließlich die rückwärtsgewandten Forderungen eines Teils der Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaften zu eigen", meinte der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Verheugen. ...<<

29.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Mai 1996: >>... Zwischen den Koalitionspartnern FDP und CSU ist ein heftiger Streit um das künftige deutsch-tschechische Verhältnis und die Vertriebenenpolitik entbrannt. ...

Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Stoiber hatten am Vortag davor gewarnt, die deutsch-tschechische Regierungserklärung zur Aussöhnung zu verabschieden, ohne auf die Belange der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen. Als Voraussetzung müsse Prag direkte Gespräche mit den Sudetendeutschen aufnehmen, Vertreibung als Unrecht verurteilen und das Heimatrecht der Vertriebenen anerkennen.

Die Äußerungen waren beim tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus auf heftigen Protest gestoßen. ...

Die FDP-Fraktion distanzierte sich am Nachmittag aber auch von Äußerungen ihres Abgeordneten Jürgen Koppelin. Er hatte Stoibers und Waigels Äußerungen als "unverantwortlich" und "Rückfall in den Kalten Krieg und Revanchismus" bezeichnet.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über das Heimatrecht der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... **HEIMATRECHT IST MENSCHENRECHT**. ...

Bekenntnis zur Heimat ist kein Chauvinismus, es ist eins der fundamentalsten Menschenrechte, die den Genuß von anderen Menschenrechten erst ermöglichen. Denn, wie Sie wissen,

können die Menschenrechte nicht im Leerraum ausgeübt werden, sondern sie werden vornehmlich dort ausgeübt, wo man zu Hause ist, wo man geboren und aufgewachsen ist.
Oft zitiere ich die Worte des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte Jose Ayala Lasso in der Paulskirche zu Frankfurt anläßlich der Feierstunde vom 28. Mai 1995, "Fünfzig Jahre Vertreibung": "Das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht".
Leider ist diese klare Norm des Völkerrechtes nicht mit ihrer Verwirklichung identisch.
Die Menschenrechte, das allgemeine Völkerrecht, sogar auch das nationale Recht werden oft nicht verwirklicht. Manchmal werden sie grob verletzt bei völliger Strafffreiheit der Täter." ...
Dies bedeutet aber nicht, daß die Normen nicht existieren, daß das Recht belanglos ist. Es vergegenwärtigt nur die Tatsache, daß die Umsetzungsmechanismen verbesserungsbedürftig sind.
Auch die Vereinten Nationen können das Völkerrecht oft gar nicht durchsetzen. ...
"Vertreibungen und sog. ethnische Säuberungen sind leider keine Seltenheit. ...
In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal Ayala Lasso zitieren: "In bin der Auffassung, daß hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären.
Nach dem furchtbaren Leiden des Zweiten Weltkrieges, …nach dem Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, nach der Zerstörung Warschaus, Lübecks, Hamburgs, Dresdens, Königsbergs, Danzigs, Hiroshima und Nagasaki, nach der Vertreibung der Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen, hätten wir vielleicht erhofft, ein Ende des Völkermords und der Vertreibungen in der Welt zu sehen. Jedoch nein. Leider haben wir nach dem zweiten Weltkrieg noch das Elend von Kambodscha, von Ruanda, von Darfur erlebt." ...<<

30.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1996 über eine Tagung in der Loccumer Akademie: **Der deutsche "Moff", ein Klischee in den Augen vieler Niederländer**

Tagung in Loccum fragte: Warum es Deutsche und Holländer schwer miteinander haben
Der "Moff" ist fett. Er ißt gern, trinkt gern, ist laut und schrill, und wenn er nicht gerade mit blanker Brust am Strand Sandburgen baut, dann trägt er Stiefel.
Der "Moff" - das ist der Deutsche, so wie ihn viele Holländer sehen. Ein Klischee, das unentwegt durch Filme, Fernsehen und Werbung geistert. Warum sich Deutsche und Holländer so schwer miteinander tun, das wollten Teilnehmer einer Tagung in der Loccumer Akademie wissen.
Vor allem Jugendliche lassen sich von den Vorurteilen gegen Deutsche anstecken, berichtet Carola Boumer-Siebert, die seit 20 Jahren mit einem Holländer verheiratet ist und in Alkmaar lebt. Auf den Schulen bekommen deutsche Kinder von ihren zehn- bis 15jährigen niederländischen Kameraden schon mal Klassenkeile. Autos mit deutschen Nummernschildern werden mit Hakenkreuzen besprüht. Im Grenzgebiet sind Schulklassen aus Deutschland, die zu Besuch ins Nachbarland reisten, von jungen Holländern verprügelt worden: "Kein Einzelfall", so die Frau.
Warum ausgerechnet Jugendliche? Die Schüler erhalten einen einseitigen Geschichtsunterricht, meint Professor Herman de Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Groningen: "Gleich nach Karl dem Großen kommt der Einmarsch der Deutschen in die Niederlande 1940."
Andere Deutschlandbilder würden kaum vermittelt. Ein Deutscher ist ein Nazi: Das ist die Gleichung, die viele junge Holländer aufsaugen. Sie setzt sich in der Freizeit nahtlos fort:

"Die sehen sich englischsprachige Filme über den Zweiten Weltkrieg an. Einen nach dem anderen." Darin sind die Nazi-Deutschen stets die Dummen. ...
Holländer trügen noch das Bewußtsein in sich, sie lebten im goldenen Zeitalter, analysiert Professor de Lange. Das war von 1650 bis 1750. Holland blühte, war ein wirtschaftlicher Motor Europas. War eine Weltmacht mit Kolonien in Übersee und hatte eine reiche Kultur. Das protestantisch-calvinistische Weltbild, bis heute tief im Bewußtsein verankert, passe da genau: Wohlstand als sichtbares Zeichen göttlichen Segens.
Dann braute sich im Osten etwas zusammen: Preußen erwachte, baute im nahegelegenen Ruhrgebiet Industrie auf und zog im Wohlstand an den Holländern vorbei. Die reagierten neidisch.
Der Nachbar bekam Angst, fühlte sich in die Enge gedrängt. Dann marschierte Hitler ein und steigerte die Ängste ins Unermeßliche. "Ein Trauma", so Carola Boumer-Siebert.
Was kann man tun, um das Verhältnis zu entkrampfen? In beiden Ländern Sprachkenntnisse fördern, damit sich Deutsche und Holländer verstehen, rät Professor de Lange: ... "Geschichte", sagt er, "ist so explosiv wie eine Atombombe. Sie kann noch nach Jahrzehnten hochgehen."<<

Mai 1996

BRD: Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt in der Zeitschrift "Deutschland und seine Nachbarn – Forum für Kultur und Politik" im Mai 1996 über die Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen und die entschädigungslosen Enteignungen in der Tschechoslowakei (x151/5-41): >>**A. Vertreibung der Sudetendeutschen**
In einer Vorlesung an der Universität Manchester im Jahre 1942 trug der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung Eduard Benesch vor, daß Umsiedlungen eine schmerzhafte Operation und zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten führten. Die Verfasser einer Friedensregelung könnten sich aber dann damit einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert würden. Am 7. Juli 1942 wurde Benesch vom britischen Außenminister Anthony Eden informiert, daß "seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlung einverstanden" seien.
Kurz darauf unterrichtete man Benesch von einem Beschluß des britischen Kabinetts, wonach man keine Einwände gegen die Umsiedlung der Sudetendeutschen erheben werde. Es war dies die erste offizielle Zustimmung zum Plan, das Volk der Sudetendeutschen zu entwurzeln. Dieser ersten Zustimmung folgten im Sommer 1943 die Zustimmungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.
Bei seiner Rückkehr aus Moskau im Februar 1944 erklärte Benesch dem Staatsrat im Exil: "Die Revolution muß gewalttätig sein. Es muß eine gewalttätige Abrechnung des Volkes mit den Deutschen und faschistischen Raubmördern sein, ein blutiger, mitleidloser Kampf."
General Ingr, der Befehlshaber der tschechoslowakischen Streitkräfte im Ausland, forderte seine Landsleute auf: "Wenn der Tag kommt, so wird die ganze Nation den alten und hussitischen Schlachtruf anwenden: 'Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!' Jeder soll schon jetzt Umschau halten nach geeigneten Waffen, um den Deutschen das größte Leid anzutun. Wenn keine Feuerwaffen zur Hand sind, so sollte irgendeine andere Waffe, die schneidet, sticht oder zuschlägt, vorbereitet oder versteckt werden."
Später schrieb Edward Benesch: "Wenn eine Lösung des Minderheitenproblems auf irgendeine andere Weise nicht möglich ist, bin ich auf die harte Notwendigkeit der Bevölkerungsumsiedlung vorbereitet. ... Solche Umsiedlungen können viele Härten und Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Doch ich bin verpflichtet zu sagen, das wird der Mühe wert sein können, wenn sie helfen, dauerhafteres Gleichgewicht und den Frieden zu schaffen."
Im Zehn-Punkte-Plan von Benesch aus dem Jahre 1944 wurde in Punkt 6 aufgeführt, welche Bürger deutscher Nationalität nach Deutschlands Niederlage aus der Republik ausgewiesen

werden sollen. Dazu gehörten nicht nur Mitglieder der Gestapo, der SS, der deutschen Polizei, Beamte deutscher Nationalität, Henlein-Funktionäre, Mitglieder der Hitlerjugend und führende Funktionäre aller anderen Organisationen der NSDAP, sondern auch Lehrer, Professoren, Juristen, Ingenieure, Teilnehmer am Vereins- und politischen Leben nazistischer Fachorganisationen, schließlich "alle Deutschen, die aus der Besetzung der Tschechoslowakei wirtschaftlich und finanziell für sich einen Nutzen gezogen haben oder dies versucht haben."
Das sog. Kaschauer Programm, das Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, das auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945 angenommen wurde, kündete bereits die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und deren Enteignung an. Die Enteignung der Deutschen wurde dann in zahlreichen Dekreten des Präsidenten der Republik der Republik angeordnet.
Die Erinnerung an den Terror der Gestapo gab am 5. Mai 1945 bei einem Aufstand in Prag Anlaß zu Racheaktionen und Greueltaten gegen deutsche Soldaten und die deutsche Zivilbevölkerung. Einer bewaffneten Gruppe von Tschechen gelang es, den Sender Prag II in Besitz zu nehmen.
Von dort aus forderten die Aufständischen die tschechische Bevölkerung auf, die Deutschen zu töten. Die Menschenmassen gerieten, das nahe Ende des Krieges vor Augen, in Raserei, und es folgten grausame Morde an der deutschen Bevölkerung. Deutsche Soldaten wurden entwaffnet, erhängt, mit Benzin übergossen und als lebende Fackeln verbrannt. Deutsche Zivilisten wurden verhaftet, mißhandelt und geschändet. Einige tausend Menschen wurden getötet.
Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 begann die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren. Am 30. Mai 1945 wurden etwa 30.000 deutsche Bewohner der Stadt Brünn gezwungen, das Land zu verlassen. Angehörige der tschechischen Nationalgarde riefen alle deutschen Bürger auf, um 9 Uhr vor ihren Häusern zu stehen, um diese für immer zu verlassen. Den Frauen blieben 10 Minuten, die Kinder zu wecken und sie anzuziehen und ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken, Schmuck, Uhren, Pelze und Geld mußten die Deutschen den Nationalgardisten übergeben.
Als die Menschen die Grenze erreichten, drängten tschechische Grenzwachen die deutschen Frauen und Kinder den österreichischen Grenzwachen entgegen. Da sich die Österreicher weigerten, die Sudetendeutschen ins Land zu lassen und die Tschechen die Menschen nicht wiederaufnehmen wollten, wurden die Deutschen auf ein offenes Feld getrieben, das zu einem Konzentrationslager gemacht wurde, in dem täglich nahezu hundert Menschen starben.
Der Teil der Tschechoslowakei östlich der Linie Karlsbad – Pilsen – Budweis war durch die sowjetische Armee besetzt. In diesem Gebiet erfolgten brutale Überfälle auf die deutsche Bevölkerung. So durften die Deutschen aus diesen Gebieten bereits vertrieben werden, bevor die Potsdamer Konferenz Zwangsumsiedlungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gleichsam billigte. In den ersten Monaten nach Kriegsende waren die Deutschen den Verbrechen und Schikanen der tschechischen Bevölkerung schutzlos ausgeliefert.
Die Bewohner des Sudentenlands mußten damit für die Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die von den Angehörigen der SS am tschechischen Volk verübt wurden, büßen, obwohl die sudetendeutschen und die Tschechen Jahrhunderte harmonisch zusammengelebt hatten, wie selbst der britische Außenminister Ernest Bevin feststellte.
Lediglich seit dem Vertrag von Saint Germain war das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen gespannt, weil der deutschen Bevölkerung, die nun nicht mehr in dem von den Deutschen beherrschten Staat Österreich-Ungarn lebte, im Staat Tschechoslowakei Rechte vorenthalten wurden.
Insgesamt wurden aus der Tschechoslowakei etwa 3 Millionen Sudetendeutsche vertrieben, wobei über 225.000 ums Leben kamen, teilweise wurden sie vorher gefoltert. Nach Ermitt-

lungen des Deutschen Roten Kreuzes waren 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit in Lagern oder Gefängnissen interniert. Etwa 25.000 deutsche Kriegsgefangene wurden als Arbeitssklaven gehalten und teilweise im Bergbau eingesetzt, wo ein Viertel auch ums Leben kam.
Die Verhältnisse im Lager Theresienstadt und die Behandlung der Inhaftierten wurden folgendermaßen geschildert:
"Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mahrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt. Man hatte bloß das Wort Juden mit 'Deutsche' vertauscht. ...
Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. ... Das Lager stand unter tschechischer Verwaltung, doch wurde von dieser nicht verhindert, daß Russen gefangene Frauen vergewaltigten."
Schließlich seien über 50.000 deutsche Soldaten von tschechoslowakischen "Partisanen" "unschädlich gemacht" worden.
Das von ihnen zurückgelassene Vermögen beläuft sich nach Angaben von Ermacora im Jahre 1945 auf 63 Milliarden Reichsmark nach dem Wert von 1938.
Im Jahre 1939 besetzten deutsche Truppen tschechoslowakisches Gebiet. Am 16. März 1939 wurde das "Protektorat Böhmen und Mähren" ausgerufen. Dies rechtfertigt zwar nicht die Vertreibung und Enteignung der Deutschen, darf aber nicht unerwähnt bleiben. Erwähnt werden muß auch, daß die Sudetendeutschen nicht erst 1938 angesiedelt wurden, sondern seit Jahrhunderten in ihren angestammten Siedlungsräumen lebten, lange bevor die Tschechoslowakei entstand, in einem Gebiet, das Jahrhunderte zum deutschen Staat und Österreich gehörte.

B. Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibung und entschädigungsloser Enteignung

I. Vertreibung

1. Vorbemerkung

Man braucht sicherlich keine völkerrechtlichen Kenntnisse, um zu erkennen, daß die Vertreibung von Völkern und Volksgruppen Unrecht ist. Jeder Versuch, Vertreibung zu rechtfertigen, widerspräche unserem Rechtsgefühl, bedeutete eine Billigung der Vertreibung doch auch die Anerkennung von Gewaltpolitik, Rassenwahn, Menschenverachtung und Kollektivschuld. Das Bemühen eine internationale Friedensordnung aufzubauen, würde bereits im Keim erstickt.
Gelingt nun der Nachweis des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots, so wird eigentlich nur etwas Selbstverständliches bewiesen. Gleichwohl ist der Nachweis nicht einfach, da die Aussagen zum Problem der Vertreibung in der Völkerrechtspraxis und in der Völkerrechtswissenschaft spärlich sind.
Nicht auf Interessenlosigkeit oder Unmenschlichkeit beruht aber das lange Schweigen des Völkerrechts zur Vertreibung, sondern auf der Eigenart des Völkerrechts als ein Recht in erster Linie der Staaten und nicht der Menschen und der Völker. Das Völkerrecht kümmerte sich lange Zeit überhaupt nicht darum, wie ein Staat seine eigenen Staatsbürger, sein Volk und die auf seinem Staatsgebiet lebenden Volksgruppen behandelte.
Ein Verbot der Massenausweisung von eigenen Staatsangehörigen hätte also das Völkerrecht schon aus diesem formellen Grund nicht enthalten können. Lediglich der Fremden nahm sich das Völkerrecht seit jeher an, denn die Behandlung von Fremden war von internationalem Belang. Zur Ausweisung von Fremden äußerte sich daher das Völkerrecht stets.
Ein weiterer Grund, der dazu beiträgt, daß die Aussagen des Völkerrechts zur Vertreibung spärlich sind, liegt darin, daß dem klassischen Völkerrecht Vertreibungsprobleme von dem

Ausmaß, wie sie in der jüngsten Zeitgeschichte aufgetreten sind, nahezu unbekannt waren. Das klassische Völkerrecht hatte deshalb für diese Vorgänge keine spezifischen Normen. Es war geradezu selbstverständlich, daß der übernehmende Staat dem unterworfenen Gebiet sein Rechtssystem erst dann aufzwang, wenn die Gebietszession durch völkerrechtlichen Vertrag wirksam geworden war. In diesen Verträgen wurde dem weichenden Staat in der Regel auch die Gelegenheit gegeben, zum Vorteil seiner Angehörigen verschiedene Erleichterungen auszuhandeln.

Im übrigen beruhte das Völkerrecht auf dem Grundsatz der Achtung der elementaren Menschenrechte. so daß eine Vernichtung der Stammbevölkerung völlig undenkbar war. Es konnte sich daher das Völkerrecht darauf beschränken, sich nur mit den zweifelhaften Fragen der Gebietszession zu befassen.

Es war selbstverständlich, daß der übernehmende Staat die Bevölkerung unangetastet lassen würde, sie ihrer Lebensgrundlagen nicht berauben, ihr mindestens die Möglichkeit geben würde, das Land mit seinen unerträglich gewordenen Existenzbedingungen frei zu verlassen. Im übrigen war das Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes im Recht sämtlicher Kulturstaaten grundsätzlich anerkannt. Dieses Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes erlosch auch nicht bei Souveränitätswechsel.

2. Begriff der Vertreibung

Allgemein versteht man unter Vertreibung die mit Gewalt oder sonstigen Zwangsmitteln bewirkte Aussiedlung der Bevölkerung aus ihrer Heimat. Charakteristisch für Vertreibung ist der behördliche Ausweisungsbefehl. Flucht liegt hingegen vor, wenn die angestammte Bevölkerung durch sonstiges Tun oder Unterlassen der örtlichen Machthaber gezwungen wird, ihre Heimat zu verlassen. Sie ist völkerrechtlich genauso zu würdigen wie die Vertreibung, wenn sie aufgrund staatlichen Drucks erfolgt.

3. Vertreibungsverbot

Die Frage, ob die Vertreibung von Menschen von ihrem Wohnsitz zulässig ist, ist bereits für die vierziger Jahre vom geltenden Völkerrecht ganz klar zu verneinen.

a. Recht auf Heimat

Das – allerdings bis zum heutigen Tage umstrittene - Recht auf die Heimat belegt die Rechtswidrigkeit von Vertreibungen. Auch das Bundesverfassungsgericht führte aus, daß sich der Begriff Heimat in Art. 3 III GG "auf die örtliche Herkunft nach Geburt oder Ansässigkeit" bezieht.

Die Vertreibung aus der Heimat ist rechtswidrig, weil sie die auf Völkergewohnheitsrecht beruhende, nur durch individuellen Abwanderungsentschluß aufhebbare Verbindung zwischen der Bevölkerung und dem angestammten Siedlungs- und Kulturraum zerreißt. Das Verbot der Vertreibung eigener Staatsangehöriger ergibt sich ferner daraus, daß kein Staat verpflichtet ist bzw. gezwungen werden kann, Nichtstaatsangehörige aufzunehmen. Das Recht auf die Heimat läßt sich auch mit dem im Völkerrecht anerkannten Verbot der Massenausweisung belegen.

Hinsichtlich des Inhalts des Rechts auf die Heimat lassen sich zwei Hauptforderungen unterscheiden: Die Träger des Rechts auf die Heimat haben das Recht, stets ungestört in der Heimat zu bleiben und jederzeit in die Heimat zurückzukehren. Das Recht, in der Heimat zu bleiben, brandmarkt jede Ausweisung. Zwangsumsiedlung aus Gründen der Diskriminierung und jede Vertreibung als völkerrechtswidrig. Das Recht, in die Heimat zurückzukehren bedeutet, daß die Träger nach einem Verlassen der Heimat - aus welchen Gründen auch immer, sei es freiwillig, sei es unter Zwang - jederzeit das Recht haben, in ihre angestammte Heimat zurückzukommen, um sich dort erneut anzusiedeln. ...

b. Haager Landkriegsordnung

Im Falle des Kriegszustands läßt sich das Vertreibungsverbot aus der Haager Landkriegsord-

nung vom 18. Oktober 1907 ableiten. ... So hat gemäß Art. 43 HLKO der Besetzende "nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten und zwar ... unter Beachtung der Landesgesetze".
Die öffentliche Ordnung unter Beachtung der Landesgesetze stellt man aber nicht wieder her, wenn man die eingesessene Bevölkerung vertreibt.
Neben Art. 46 und 47 HLKO, die die Rechte der Familie, das Leben und das Privateigentum schützen, spricht auch Art. 55 HLKO für den Geist, in welchem besetzte Gebiete verwaltet werden sollen. So hat sich der Besetzer "nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe", die sich im besetzten Gebiet befinden, zu betrachten.
Zu erwähnen ist schließlich auch die sog. Martens'sche Formel, die in Absatz 5 der Präambel zur HLKO Aufnahme gefunden hat. Danach verbleiben bei einer Besetzung "die Bevölkerung und die Kriegsführenden unter dem Schutz und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts ...", wie sie sich "aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens" ergeben.

c. Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs

Das Vertreibungsverbot wurde auch als Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts in das Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs aufgenommen. Art. 6 c) des Statuts des Nürnberger Militärgerichtshofs betrachtet Vertreibungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach Art. 6 b) des Statuts sind Vertreibungen als Kriegsverbrechen zu qualifizieren. Den Äußerungen der Ankläger läßt sich entnehmen, daß ein Vertreibungsverbot nicht nur die Vertreibung aus einem besetzten Gebiet betraf. Dafür spricht insbesondere die Qualifizierung der Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
So warf der Hilfsankläger für die Französische Republik, Pierre Mounier, den Angeklagten vor, Massendeportationen befohlen zu haben, die internationalen Konventionen, die Kriegsgesetze und -gebräuche, "die allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes, wie sie sich aus den Strafgesetzen aller zivilisierten Nationen herleiten", verletzten.
Und als das Gericht im Einsatzgruppen-Prozeß die Angeklagten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilte, erklärte es, daß das Gesetz nicht auf die während des Krieges begangenen Verbrechen beschränkt sei. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Handlungen, die im Laufe von großangelegten und systematischen Vergehen gegen Leben und Freiheit begangen werden."
Im Juristenprozeß stellte das Gericht fest, es könne nicht länger behauptet werden, daß Verletzungen der Gesetze und Gebräuche des Krieges die allein möglichen Verletzungen gegen das internationale Gewohnheitsrecht seien. "Die Macht der Umstände, die unumstößliche Tatsache weltweiter gegenseitiger Verflechtung und der moralische Druck der öffentlichen Meinung hat die internationale Erkenntnis zur Folge gehabt, daß gewisse Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Verletzungen nicht bloß von Gesetzen, sondern auch des Gemeinen Völkerrechts darstellen. ...

e. Zwischenergebnis

Es gibt also keinen Rechtssatz des Völkerrechts, der es einem Staat, dem Besatzerfunktionen zustehen oder dem in einem Vertrag die territoriale Souveränität oder die Gebietshoheit über ein Gebiet eingeräumt wurde, oder der ganz einfach seit jeher die territoriale Souveränität beansprucht, gestattet, die Bevölkerung zu verjagen.
Erst recht hat das Vertreibungsverbot im Falle einer völkerrechtswidrigen Annexion Gültigkeit.

4. Keine Rechtfertigung der Vertreibung

a. Potsdamer Abkommen

Der im Potsdamer Abkommen Abschnitt XIII über die "Ordnungsgemäße Überführung deut-

scher Bevölkerungsteile" kann nicht als Rechtfertigung der Vertreibung betrachtet werden. Unabhängig von der Frage der Rechtsnatur des Potsdamer Abkommens ist dem Abschnitt XIII kein Umsiedlungsvertrag zu entnehmen.
Ein solcher verlangt nämlich die Einigung zweier Staaten, von denen einer die Personen loswerden will oder bereit ist, sie ziehen zu lassen, der andere bereit ist, diese aufzunehmen. Deutschland und die Tschechoslowakei waren aber am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt, so daß sie schon deswegen nicht Partner eines Umsiedlungsvertrages sein konnten. Das Potsdamer Abkommen hatte auch nicht bezweckt, Austreibungen zu initiieren oder anzuordnen. Vielmehr mag es in der Absicht der Konferenzmächte gelegen haben, die bereits laufenden Vertreibungen zukünftig in humaner Weise durchzuführen.
Sollte man allerdings das Potsdamer Abkommen so verstehen, daß damit eine Vertreibung angewiesen werde, so wäre das Abkommen jedenfalls insoweit mit dem schon damals geltenden Völkerrecht nicht im Einklang.

b. "tu quoque"

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung läßt sich nicht mit den von den Nationalsozialisten durchgeführten Vertreibungsmaßnahmen rechtfertigen. Das Völkerrecht kennt nicht den Grundsatz "tu quoque".

c. Repressalie

Unter Repressalie versteht man ein vom Völkerrecht zugelassenes Mittel zur Selbsthilfe, kraft dessen eine von einem Völkerrechtssubjekt begangene Völkerrechtsverletzung mit Maßnahmen beantwortet werden darf, die an sich eben völkerrechtswidrig wären.
Das Völkerrecht erlaubt lediglich eine Repressalie, um den Rechtsbrecher zur Aufgabe seines rechtswidrigen Verhaltens zu veranlassen. Die deutschen Rechtsverletzungen gegenüber dem Tschechoslowakischen Staat waren aber 1945 bereits beendet, so daß eine Repressalie nicht mehr statthaft war. Auch fehlte es an dem erforderlichen Versuch, die Probleme friedlich zu lösen sowie an der notwendigen Androhung der Repressalie. Im Übrigen ist eine Verletzung von Leib und Leben, also auch eine Vertreibung mit schweren Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit, als Repressalie unzulässig.

5. Resümee

Es zeigt sich also, daß die Vertreibung - auch als Folge eines Krieges - völkerrechtswidrig ist. Völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe sind nicht denkbar.

II. Enteignung

1. Allgemein

Mit der Vertreibung eng verbunden ist in der Regel die Enteignung. Auch hier stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit einer Enteignung, der Haftung und der Wiedergutmachung der betroffenen Bevölkerungsteile.
Es gehört zu den Rechten des Souveräns, die Eigentumsverhältnisse in seinem Staatsgebiet grundsätzlich nach eigenem Ermessen zu ordnen. So kann er etwa auch Verstaatlichungen durchführen. Soweit diese Maßnahmen Inländer betreffen, sind diese grundsätzlich ohne völkerrechtlichen Belang, die Frage der Rechtmäßigkeit der Umgestaltung der Eigentumsordnung ist ein rein innerstaatliches Problem, so daß allein das nationale Recht des Staates über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme entscheidet. Lediglich die international anerkannten fundamentalen Menschenrechte hat der Nachfolgestaat zu respektieren.
Betrifft die Änderung der Eigentumsordnung jedoch auch das Privatvermögen von Personen einer anderen Staatsangehörigkeit als die des enteignenden Staats, so ist diese Änderung auch von internationalem Belang und daher dem Maßstab des Völkerrechts unterworfen. Der Staat hat das völkerrechtliche Fremdenrecht und die fundamentalen Menschenrechte zu beachten.

2. Verbot der entschädigungslosen Enteignung

a. Völkerrechtliches Fremdenrecht

aa. Anwendbarkeit des völkerrechtlichen Fremdenrechts

Völkerrecht ist anzuwenden, wenn sich die Hoheitsakte gegen das Eigentum von Fremden richten. ...

... Die Sudetendeutschen waren ... zum Zeitpunkt der Enteignung und Vertreibung als deutsche Staatsangehörige zu betrachten.

bb. Zulässigkeit der Enteignung nach völkerrechtlichem Fremdenrecht

(1) Allgemein

Völkerrecht ist hier relevant, da die enteignenden Maßnahmen Ausländer betreffen. In bezug auf das Vermögen von Fremden gelten die Regeln des völkerrechtlichen Fremdenrechts, nach denen die gegenüber Ausländern bestehende völkerrechtliche Verpflichtung nicht allein durch eine Gleichbehandlung mit Inländern erfüllt werden kann, sondern darüber hinaus die Beachtung eines internationalen Mindeststandards erforderlich ist.

Ein prinzipielles Verbot der Enteignung von Ausländern besteht nicht. Der internationale Mindeststandard verlangt aber, daß die Enteignungen überwiegend im öffentlichen Interesse liegen, und verbietet diskriminierende, willkürliche Enteignungen sowie entschädigungslose Enteignungen, sog. Konfiskationen.

Für eine völkerrechtsgemäße Enteignung gilt also der Grundsatz der Entschädigungspflicht. Es ist an den Enteigneten eine "prompte, adäquate und effektive Entschädigung" zu zahlen. Diese sog. "Hull-Formel" geht davon aus, daß eine Entschädigung sofort, also unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung oder nur unwesentlich später zu zahlen ist. Adäquat ist sie nur dann, wenn sie den vollen Wert oder dem Marktwert des enteigneten Gegenstandes entspricht. ... Diese Regeln hatten auch schon im Jahre 1945 Bestand. So stammt die Hull-Formel aus dem Jahre 1938. Im übrigen hat sogar die Tschechoslowakei mit Österreich ein Globalentschädigungsabkommen geschlossen.

Als Ergebnis ist festzustellen, daß Enteignungen, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, gegen das Diskriminierungsverbot und die Entschädigungspflicht verstoßen, dem völkerrechtlichen Fremdenrecht widersprechen und deshalb völkerrechtswidrig sind.

(2) Völkerrechtliche Zulässigkeit der Enteignung der Sudetendeutschen

... Völkerrechtswidrige Ziele dürfen jedoch mit den Enteignungsmaßnahmen nicht angestrebt werden. Da die Vertreibungsmaßnahmen durch die Tschechoslowakei völkerrechtswidrig waren, konnten die Enteignungsmaßnahmen nicht dem öffentlichen Nutzen dienen und waren schon deswegen völkerrechtswidrig.

b) Diskriminierungsverbot

... Die Enteignungen der Deutschen waren Teil der Vertreibungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung. Ziel der Politik war die "Lösung der Minderheitenfrage durch Vertreibung". Deshalb liegt hier im Bereich der Enteignungen eine Diskriminierung der Deutschen aus ethnischen Gründen vor. Sie sollten als Minderheit beseitigt werden. Die Aggression Deutschlands im Zweiten Weltkrieg rechtfertigt nach dem Völkerrecht keine Diskriminierung der deutschen Zivilbevölkerung durch Enteignungsmaßnahmen. Damit waren die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates, bejaht man das Kriterium des Diskriminierungsverbots, auch aus diesem Grund völkerrechtswidrig.

c) Entschädigung

(aa) Allgemein

Im innerstaatlichen Recht hatte sich im 19. Jahrhundert der Grundsatz durchgesetzt, daß der enteignende Staat bei einer Enteignung zur Entschädigung verpflichtet sei. Dieser allgemeine Rechtsgrundsatz gilt seitdem auch im Völkerrecht und wurde in der Praxis respektiert. So kamen insbesondere Ostblockstaaten nach dem Übergang zum sozialistischen System fast ausnahmslos der Verpflichtung, die betroffenen ausländischen Eigentümer zu entschädigen, in Globalentschädigungsabkommen nach.

Die Enteignungen der Deutschen erfolgten hingegen ohne jegliche Entschädigung der Betroffenen. Die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates waren damit auch wegen fehlender Entschädigungsleistung mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar.

(bb) Lastenausgleichszahlungen als Rechtfertigung ...

Die Gewährung von Lastenausgleichszahlungen durch die Bundesrepublik Deutschland kann von der Tschechoslowakei natürlich nicht als Rechtfertigung herangezogen werden, um keine Entschädigungszahlungen zu leisten. Der Lastenausgleich diente der Eingliederung der Vertriebenen durch gezielte Maßnahmen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Die Entschädigungsleistungen sollten einen vorläufigen Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgelasten zwischen den Opfern der Vertreibung und den nicht so schwer betroffenen Bevölkerungsteilen schaffen.

Bereits die Präambel des Gesetzes zum Lastenausgleich akzentuiert, daß die Gewährung und Aufnahme von Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren, noch den Verzicht auf Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens darstellen. Die Leistungen aus dem Lastenausgleich sollten also keinesfalls den tschechoslowakischen Staat begünstigen und von Ansprüchen freistellen.

b. Verletzung von Menschrechten

Während gewöhnliche Enteignungen nur auf die Eigentumsbeschaffung zielen und regelmäßig nicht Menschenrechte verletzen oder gar in die Menschenwürde eingreifen, sind die Menschenrechte in der Regel dann verletzt, wenn es zu Verfolgungen und zu Ächtungen kommt. So bezwecken Enteignungsmaßnahmen gegenüber Minderheiten und Volksgruppen häufig nicht nur die Eigentumsverschaffung. Vielmehr will der enteignende Staat die Bevölkerungsgruppe zugleich diskriminieren und vertreiben, um ein national homogenes Staatswesen zu schaffen. Aus diesem Grunde vollzogene Enteignungen beinhalten daher erhebliche Menschrechtsverletzungen.

Werden also Menschen gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder Volksgruppe von den Enteignungen betroffen und mit dem Mittel der Vertreibung verfolgt – sind die Konfiskationen also nicht in erster Linie sachbezogen, sondern gruppenbezogen -, so stellen sie eine erhebliche menschrechtswidrige Diskriminierung der Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft dar. Eine völkerrechtliche Verankerung eines solchen fundamentalen Menschenrechts wird man bereits für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nachweisen können.

Die Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staats widersprachen auch den Menschenrechten. Geht man davon aus, daß das Eigentum in den vierziger Jahren nicht als Menschenrecht anerkannt war, liegt jedenfalls kein Verstoß gegen das Recht auf Eigentum vor. Es ist aber eine menschrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen zu bejahen, da die Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen die Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft trafen. Die Enteignungsmaßnahmen dienten nicht lediglich der Eigentumsbeschaffung, sondern sollten die deutsche Bevölkerung diskriminieren.

c. Tschechoslowakische Rechtfertigungsversuche

aa. Kriegsbeute

Die Tschechoslowakei trägt zur Rechtfertigung der Konfiskationen vor, daß es sich bei dem Eigentum der Flüchtlinge um Kriegsbeute gehandelt habe, die entschädigungslos habe kassiert werden können.

Dieser Rechtfertigungsgrund greift nicht. Es handelt sich beim Kriegsbeuterecht um ein Institut des Kriegsvölkerrechts vergangener Jahrhunderte. Nach der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geltenden Haager Landkriegsordnung hat privates Eigentum im Landkrieg grund-

sätzlich unberührt zu bleiben. Es besteht daran kein Beuterecht. Diese Bestimmung hat auch völkergewohnheitsrechtliche Geltung. Das Verbot galt auch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 7. und 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war.

bb. Potsdamer Abkommen

Die Tschechoslowakei beruft sich zur Rechtfertigung der entschädigungslosen Enteignungen auch auf das Potsdamer Abkommen. Zum einen konnte das Potsdamer Abkommen als "res inter alios gesta" für die Tschechoslowakei und Deutschland keine Bindungswirkung erzeugen. Es galten somit die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung fort. Zum anderen trifft das Potsdamer Abkommen weder in Abschnitt XIII, der die Vertreibungsmaßnahmen anspricht, noch in Abschnitt IV, der die von Deutschland zu erbringenden Reparationen behandelt, eine Regelung zu vermögensrechtlichen Folgen der Vertreibung.

cc. Repressalie

Die völkerrechtswidrige Enteignung der Sudetendeutschen kann nicht mit einer Repressalie gerechtfertigt werden. Es fehlt am Bemühen, eventuelle Forderungen auf andere Weise geltend zu machen sowie an der Androhung. Ferner ist eine Repressalienmaßnahme nicht als Faustpfand zur Durchsetzung von Ansprüchen statthaft. Schließlich wollte man mit den Enteignungsmaßnahmen kein Faustpfand erlangen, sondern die Deutschen verjagen. Wollte man wirklich mit der Enteignung sich eigene Entschädigungsansprüche sichern, hätte die Tschechoslowakei im übrigen nicht auf das Vermögen deutscher Privatpersonen zurückgreifen dürfen.

d. Völkerrechtlich Konsequenzen

Die Tschechoslowakei hat völkerrechtswidrig gehandelt und konnte durch seine Enteignungsmaßnahmen nicht Privateigentum seiner Bürger an sich reißen. Die von den deutschen Staatsangehörigen im Sudetenland zurückgelassenen Eigentumsprojekte befinden sich also nach dem Völkerrecht weiterhin im Eigentum dieser Personen.

e. Bedeutung der Völkerrechtswidrigkeit in einer fremden nationalen Rechtsordnung

... Folge einer Vertreibung ist, daß die vertriebene Bevölkerung den größten Teil ihres Eigentums in der alten Heimat zurücklassen muß. Vertreibung und Enteignung können damit als ein Akt gewertet werden. Auch die Vertreibung der Sudetendeutschen hatte deren Enteignung zum Ziele und umgekehrt die Enteignung die Vertreibung. Beide Maßnahmen wurden auch durch dieselben hoheitlichen Maßnahmen angeordnet.

Es liegt folglich ein völkerrechtliches Verbrechen vor, dessen Folgen nach dieser Ansicht von Drittstaaten nicht anerkannt werden dürfen. Auf die Frage, ob auch Völkermord und damit zweifelsohne eine international crime vorlag, kommt es damit gar nicht an; auch nicht auf das Problem; daß die Völkermordkonvention zur Zeit der Vertreibung noch nicht in Kraft war.

Tomuschat verneint für den Fall der Vertreibung der Sudetendeutschen ein international crime mit der Begründung, daß jedenfalls seit dem 8. Mai 1945 die Tschechoslowakei in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 wieder existierte. Vertreibung und Konfiskation hätten also auf dem eigenen Boden der Tschechoslowakei stattgefunden.

Da der Abschnitt des Nürnberger Urteils über "Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums" aber rechtlich unter dem Vorzeichen der Art. 49 ff. der Haager Landkriegsordnung stünde, wonach die Befugnisse einer Besatzungsmacht im besetzten Land weitreichenden Einschränkungen unterlägen, gäben diese Regeln für die im eigenen Land durchgeführte Taten nichts her.

Diese Ansicht hätte aber die Konsequenz, daß ein Staat seine eigene Bevölkerung vertreiben könnte, ohne ein international crime zu begehen. Heute insbesondere angesichts jüngster Ereignisse, mag dies nicht mehr vertretbar sein. Bei der Vertreibung der Sudetendeutschen kommt es aber auf die Zeit nach 1945 an.

Zum einen ist bei der auch von den Westmächten vertretenen Gültigkeit des Münchner Abkommens durchaus zweifelhaft, ob es sich bei den sudetendeutschen Gebieten tatsächlich bereits wieder um tschechoslowakisches Gebiet handelte. Durch welchen Akt sollte denn die territoriale Souveränität auf die Tschechoslowakei übertragen worden sein?
Man wird jedoch auch eine - erst recht aus diskriminierenden Gründen erfolgende – Vertreibung der Wohnbevölkerung, unabhängig davon, ob es sich um eigene oder fremde Staatsangehörige handelt, und die damit zusammenhängende Enteignung als Verletzung fundamentaler Grundsätze der Menschlichkeit und der unternationalen Gemeinschaft betrachten müssen.
Die Tatsache, daß die Vertreibungsmaßnahme nicht Menschen in okkupierten Gebieten, sondern die eigene Wohnbevölkerung betrifft, wird man nicht als weniger gravierend qualifizieren können.
Auch den Nürnberger Prozessen ist keineswegs zu entnehmen, daß lediglich eine Vertreibung durch den Besatzer als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten sei, vielmehr jedenfalls auch diese. Und in der Tat war die Vertreibung der Menschen von ihrem Grund und Boden seit jeher geächtet. ...

(1) Art. 25 GG

Durch Art. 25 GG erlangen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts eine unmittelbare innerstaatliche Wirkung. Art. 25 GG verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, sich nicht völkerrechtswidrig zu verhalten. Die Bestimmung trifft aber keine Aussage darüber, wie sich die Bundesrepublik gegenüber völkerrechtswidrigem Handeln anderer Staaten verhalten soll.
Etwas anderes gilt jedoch bei ius cogens (zwingendem Recht), aber auch bei völkerrechtlichen Verbrechen kann anderes gelten. Die Beachtung eines dem ius cogens widersprechenden ausländischen Rechtssatzes ist untersagt. Der Staat, der ius cogens verstoßende Rechtsakte anderer Staaten respektiert, würde selbst gegen ius cogens verstoßen.
Nun verstoßen allerdings entschädigungslose Enteignungen für sich nicht gegen ius cogens. Da aber eine menschenrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen verbunden mit Vertreibungsmaßnahmen zu bejahen ist, ist eine Verletzung von ius cogens zu bejahen. soweit ein Verstoß gegen ius cogens vorliegt, dürfen deutsche Behörden und Gerichte gemäß Art. 25 GG die entsprechenden tschechoslowakischen Hoheitsakte nicht anerkennen.
Wie oben ausgeführt ist auch das Vorliegen eines völkerrechtlichen Verbrechens zu bejahen. Auch diese Tatsache verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Nichtanerkennung der Vertreibungs- und Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staates.

(2) Art. 6 EGBGB

Die Völkerrechtswidrigkeit ausländischer Hoheitsakte ist auch im Rahmen des Art. 6 EGBGB zu berücksichtigen. Zu den "wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts" im Sinne von Art. 6 EGBGB gehören gemäß Art. 25 GG auch die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. ...
Da diskriminierende, entschädigungslose Enteignungen mit dem allgemeinen Völkerrecht nicht vereinbar sind, verstoßen sie auch gegen den ordre public (öffentliche Ordnung).
In seinem Völkerrechtslehrbuch schreibt (der deutsche Völkerrechtler Christof) Dahm ... "Die deutschen Gerichte und Gerichte anderer Saaten sind nicht gehalten, die Enteignungen deutscher Vermögen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereiche ihrer Zuständigkeit als rechtswirksam zu behandeln. Die dort vorgenommenen Massenvertreibungen und -Enteignungen enthalten einen so großen Verstoß gegen den internationalen ordre public, daß sie nicht anerkannt werden müssen, ja nicht einmal anerkannt werden dürfen."
Entschädigungslose Enteignungen sind aber auch mit dem nationalen ordre public nicht in Einklang stehend, da sie mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts unvereinbar sind. ...

(3) Zwischenergebnis

Für den deutschen Rechtskreis ist damit die Nichtanerkennung der völkerrechtswidrigen Maßnahmen gemäß Art. 25 GG und Art. 6 EGBGB geboten, die ursprünglichen Eigentumstitel sind weiterhin als existent zu betrachten. ...

f. Einwendungsverzicht gemäß Art. 3 Sechster Teil, Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag

aa. Inhalt

Nach Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag vom 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten wird die Bundesrepublik Deutschland

"in Zukunft keine Einwendungen gegen Maßnahmen erheben wird, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes oder aufgrund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.

Gleichzeitig normiert Art. 3 Abs. 3 Sechster Teil Überleitungsvertrag, daß

"Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) ... dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben",

nicht zugelassen sind.

Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag regelt, daß

"deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Art. 5 des Fünften Teils dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen."

Der Einwendungsverzicht aus Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag führte dazu, daß die Bundesregierung auf die Geltendmachung völkerrechtlicher Ersatzansprüche im Wege des diplomatischen Schutzes gegenüber den Alliierten verzichtete. ... Art. 3 enthält aber keine Aussage über den rechtlichen Bestand der Ansprüche, hebt diese also materiell-rechtlich nicht auf. ...

bb. Fortgeltung

Nach Art. 7 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" beendeten die Vier Mächte "ihre Rechte und Verantwortlichkeiten" in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Art. 7 Abs. 1 bezieht sich aber nur auf die Vereinbarungen der vier Siegermächte über Deutschland. Da aber nach Art. 7 Abs. 2 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" das vereinte Deutschland "demgemäß die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten" hat, müßten auch die Regelungen der Verträge der drei Westmächte mit der Bundesrepublik Deutschland, die die deutsche Souveränität beeinträchtigen, ihre Bedeutung verloren haben. Folge wäre damit die Beendigung des Deutschlandvertrages und auch des Überleitungsvertrages.

... Allerdings werden die für die eigentumsrechtliche Problematik relevanten Bestimmungen des Sechsten und Neunten Teils durch den Notenwechsel seltsamerweise nicht außer Kraft gesetzt. Sie haben damit auch künftig Gültigkeit. Innerstaatlich haben die fortgeltenden Normen nun den Charakter einer Rechtsverordnung des Bundes. ...

C. Völkerrechtliche Haftung

I. Einleitung

Wie jede Rechtsordnung enthält auch das Völkerrecht den Grundsatz, daß seine Subjekte für die ihnen zuzurechnenden rechtswidrigen Handlungen, die völkerrechtlichen Delikte, einzustehen haben. Sie sind dabei dem oder den unmittelbar verletzten Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich. Die Rechtsverletzung ist wiedergutzumachen. Der Staat haftet.

II. Subjekt und Objekt völkerrechtlichen Unrechts

1. Subjekt

a. Allgemein

Subjekt völkerrechtlichen Unrechts ist das Völkerrechtssubjekt, also in erster Linie der Staat. Infolge der weitgehenden Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht wird ein völkerrechtliches Unrecht in der Regel von Staaten begangen. Nur im Falle des Bestehens eines Kriegsverbrechens wird das Unrecht dem Menschen zugerechnet, der die verbotene Tat gesetzt hat und der dann auch persönlich haften muß.

b. Haftung des Staates für das Handeln seiner Organe

Da die Völkerrechtssubjekte stets durch ihre Organe handeln, die sie handlungsfähig machen, haften sie auch für das Handeln ihrer Organe. Bei den wichtigsten Völkerrechtssubjekten, den souveränen Staaten, sind es Organe der Legislative, der Exekutive und der Judikative, die für eine solche Haftung in Frage kommen, soweit diese international tätig geworden sind und ein anderes Völkerrechtssubjekt geschädigt haben.

Dies kann geschehen durch völkerrechtswidrige Gesetze, aber auch durch völkerrechtswidrige Maßnahmen der Exekutive und der Rechtsprechung. Die völkerrechtswidrige Enteignung erfolgte hier durch die beiden Konfiskationsdekrete vom 21. Juni und 25. Oktober 1945, also durch hoheitliche Maßnahmen des tschechoslowakischen Staates. Der Staat kann sich bei der Haftung für seine Rechtsprechung nicht auf die Unabhängigkeit seiner Gerichte berufen.

Zur Wiedergutmachung sind die Vertreiberländer, also die Staaten, deren Organe bzw. deren Privatpersonen die Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben, verpflichtet. Es spielt keine Rolle, daß unterdessen die Regime, die zur Zeit der Vertreibung regierten, heute nicht mehr an der Macht sind. Haftungssubjekt ist das Völkerrechtssubjekt unabhängig von seiner jeweiligen Verfaßtheit.

Die Vertreiberstaaten sind für alle Völkerrechtswidrigkeiten wie Mord, Mißhandlung, Vergewaltigung usw. der ortsansässigen Bevölkerung verantwortlich. Die Vertreiberstaaten haben sich auch das völkerrechtswidrige Verhalten von Individuen zurechnen zu lassen, wenn diese im Rahmen einer staatlichen Organisation tätig waren.

c. Haftung des Staates für die Handlungen Privater

... Auch für die Ausschreitungen von privaten Personen tragen die Vertreiberstaaten die völkerrechtliche Verantwortlichkeit, soweit sie nicht hinreichend Vorsorge zur Verhinderung solcher Handlungen getroffen haben oder die Privatpersonen sogar ermunterten, rechtswidrige Handlungen an Privatpersonen vorzunehmen.

2. Objekt

Der Staat ist auf der anderen Seite auch Objekt eines völkerrechtlichen Unrechts. Viele völkerrechtliche Unrechtstatbestände beziehen sich auf Schäden, die dem Menschen zugefügt werden, gleichwohl ist infolge der Mediatisierung des Menschen Objekt dieses Unrechts nicht der geschädigte Mensch selbst. Es wird vielmehr fingiert, daß in der Person des Geschädigten dessen Heimatstaat, hier also der deutsche Staat, geschädigt wurde. Es steht daher dem tatsächlich geschädigten Menschen in der Regel nicht das Recht zu, völkerrechtliche Schritte zur Ahndung oder Beseitigung der Folgen eines völkerrechtlichen Unrechts zu unternehmen.

III. Völkerrechtswidrigkeit

Eine Haftung für eine Völkerrechtsverletzung tritt grundsätzlich nur ein, wenn die Handlung

rechtswidrig war. Bei Handlungsdelikten ist in der Regel aber die bloße objektive Verletzung einer Völkerrechtsnorm entscheidend. Bestimmte Umstände können ausnahmsweise die Rechtswidrigkeit – und damit die Haftung – ausschließen.
Als Rechtfertigungsgründe gelten etwa Höhere Gewalt, Notstand, Notwehr und Repressalie sowie die Einwilligung. Die genannten Gründe kommen aber als Rechtfertigungsgründe bei Vertreibung und Enteignung nicht in Betracht. Auch die Repressalie kann eine Vertreibung und Enteignung nicht rechtfertigen. ...

V. Wiedergutmachungspflicht

1. Allgemein

Ein Staat, dem ein völkerrechtswidriger Unrechtstatbestand zugerechnet wird, ist dem verletzten Staat gegenüber zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die Wiedergutmachung hat soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen. ...

3. Materielle Schäden

a. Naturalrestitution

Bei materiellen Schäden ist grundsätzlich der frühere Zustand wiederherzustellen. Dieser Grundsatz der Naturalrestitution gehört zu den "von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen" im Sinne des Art. 38 Abs. 1 lit. c des Status des Internationalen Gerichtshofs.
Das völkerrechtswidrige, deliktische Verhalten der Vertreiberstaaten sieht als Rechtsfolge also die Pflicht zur Wiedergutmachung der Schädigungen vor. Die Wiedergutmachung erfolgt durch Naturalrestitution. Naturalrestitution bedeutet, die Rücknahme des Ausweisungsbefehls, die Rückgabe des konfiszierten Eigentums, die Aufhebung des rechtswidrigen Gesetzes. Naturalrestitution heißt, daß die angestammte Bevölkerung wieder in ihre Heimat zurückkehren und ihre Häuser neu beziehen darf. Es ist also insgesamt der frühere Zustand wiederherzustellen. ...

b. Schadensersatz

Ist die volle Beseitigung des Schadens nicht möglich, nicht zumutbar, unbillig, demütigend oder gar rechtsmißbräuchlich, so ist Schadensersatz zu leisten. Die Ersatzleistung muß insgesamt die vollständige Wiedergutmachung des erlittenen Schadens gewährleisten. Sie umfaßt auch den entgangenen Gewinn, der nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwarten gewesen wäre. Auch die entgangene Nutzung widerrechtlich entzogenen Eigentums wird als entgangener Gewinn entschädigt. ...

4. Immaterielle Schäden

Auch immaterielle Schäden sind wiedergutzumachen und zwar sowohl diejenigen, die dem verletzten Staat selbst zugefügt worden sind, als auch diejenigen, die die verletzten Staatsangehörigen erlitten haben. Ein solches immaterielles Gut des Staates, das durch die Rechtsverletzung beeinträchtigt werden kann, ist etwa die Ehre des Staates, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität. Immaterielle Schäden, die Privatpersonen zugefügt werden können, sind beispielsweise die Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder die Zufügung seelischen Leidens, ausgelöst etwa durch die Vertreibung und Enteignung.
Für völkerrechtswidrige ideelle Schäden ist Genugtuung zu leisten. Diese Genugtuung kann durch eine feierliche Entschuldigung erfolgen, aber auch in der angemessenen Bestrafung der Schuldigen bestehen. Als Genugtuung ist auch die bloße Feststellung der begangenen Völkerrechtsverletzungen durch ein Schiedsgericht oder den internationalen Gerichtshof denkbar. ...

V. Fortdauer der Haftung für Staatsorgane

Die Haftung des Staates dauert auch dann fort, wenn das Regime, das das völkerrechtliche Unrecht begangen hat, beseitigt worden ist. Die Haftung erlischt erst, wenn der Staat untergeht. Sie geht nicht auf den oder die Gebietsnachfolger über. Die Tschechoslowakei ist nicht untergegangen, sie lebt in der Tschechischen Republik fort, so daß weiterhin ein Haftungsträ-

ger vorhanden ist. ...

VII. Verjährung

Die Haftung kann unter Umständen kraft Verjährung enden. Allerdings kennt das Völkerrecht keine festen Verjährungsfristen. ... Handelt es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wird eine Verjährung auch des Wiedergutmachungsanspruchs analog der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeschlossen sein. ...

VIII. Resümee

Die Tschechische Republik ist für sein völkerrechtswidriges Handeln im übrigen völkerrechtlich verantwortlich und hat den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen.

Wegen der gegen das Völkerrecht verstoßenden Enteignungsmaßnahmen ist das Eigentum zurückzugeben und soweit dies nicht möglich ist, ein Ausgleich zu leisten. Dieser Anspruch ist völkerrechtlich nicht dadurch ausgeschlossen, daß dritte Personen private Rechte an dem Eigentum aufgrund des tschechoslowakischen Zivilrechts erworben haben. ...<<

10.06.1996

Belgien: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.

Juni 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Juni 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... **Ein Mythos-Denkmal wird gestürzt**

Marx - "der erfolgreichste 'Theologe' seit der Reformation". "Das eigentliche menschliche Verhalten (ist nach Marx) Liebe" - Tillich, Fuchs, Gollwitzer.

Nur "Analyse" und "Methode" - Cardenal, Dom Helder, Boff.

"Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx" - Oswald von Nell-Breuning SJ.

Marx, "der unübersteigbare Horizont" - Sartre, Althusser, Garaudy.

Das sind Stichworte und Zitate aus einem notwendigen und überaus wichtigen Buch zur fundamentalen geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit, des ganzen ablaufenden Jahrhunderts, ja auch noch kommender Zeit, sofern sie nicht einem manipulierten Mythos durch eingehende "Aufarbeitung" widersteht.

Dieser höchst aktuellen Arbeit dient das neue Werk von Prof. Konrad Löw: "Der Mythos Marx und seine Macher - Wie aus Geschichten Geschichte wird" ...

Hier werden zahlreiche Mythen, die von einer Marxhagiographie zur andern weitererzählt werden, wissenschaftlich - d.h. v.a. ohne Unterdrücken und Verschweigen von Tatsachen - untersucht und widerlegt. ...

Auch die Namen jener werden schonungslos genannt, die ein Marxmonument mitbauten, vor dem sich Stalinisten ebenso wie verblendete (insbesondere Sozial-)Demokraten und leider auch von guten Geistern verlassene Linkskatholiken verneigen.

Die verbreitete Meinung, der Marxismus-/Kommunismus (und das SED-Gewaltregime) habe "eigentlich" Gutes gewollt, nur die Durchführung sei danebengegangen, wird genau widerlegt. Lenin und Stalin, Ulbricht und Honecker konnten sich zu Recht auf Marx berufen.

Der gigantische Betrug, die gemeine Täuschung des Mythos beruhen insbesondere auf einem zynischen Mißbrauch der Moral: "Gerechtigkeit" wurde mit Zwangs-Gleichheit ("Kollektivierung") einfach gleichgesetzt (und wird so von den Umverteilern noch heute), unterschiedliche Schichten zu "Klassen" betoniert, wobei die einen hemmungslos moralisch heruntergemacht, die anderen grotesk als Idealexistenzen veredelt werden.

Marx selbst war rücksichtsloser und eitler Machtmensch ("Einen Thron will ich mir auferbauen"). Um der Zukunft willen, in die nicht wenige, insbesondere evangelische, aber auch katholische Christen den verlogenen Marx-Mythos hinüberretten wollen, ist diese Demaskierung unerläßlich und beugt neuen Verhängnissen vor. Das Lehramt der Kirche war dabei geradezu

vorbildlich wachsam, klar und im Widerspruch. Gleiches kann von gewissen Geistern in der Nachkonzilszeit nicht gesagt werden. Eine falsche "Öffnung" hat sich auch hier in mangelnder Unterscheidungskraft und damit gewachsener Verführbarkeit lähmend ausgewirkt.
Diese Aufklärung tut wirklich not. ...<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im Juni 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... **Die Macht des Schicksals** ...
Die Befreiung Mitteldeutschlands hat der katholischen Kirche eine ungeheure Chance gegeben. Die Kirchenferne, die Indifferenz gegenüber dem Christentum, ja der Atheismus sind dort erschreckend und stehen in seltsamem Gegensatz zu Rahners These vom anonymen Christentum.
Auf meine erstaunte, vielleicht auch naive Frage, woran sie denn glaubten, bekam ich von unseren Landsleuten drüben immer wieder solche Antworten wie die, sie glaubten an die "Macht des Schicksals", wobei sich diese Auskunft allenfalls durch ihren pseudopoetischen Charakter von den übrigen nichtssagenden bis ratlosen Antworten unterschied.
Aber die Bekehrung findet nicht statt: ebensowenig wie die Neuevangelisierung bei uns im Westen, über die man sich in der gewohnten trostvoll erbaulichen Redseligkeit unausgesetzt verbreitet. Schon heute ist absehbar, daß die ungeheure Chance vertan wird und nichts Entscheidendes geschieht. Allzusehr ist die Kirche bei uns mit ihrer eigenen Selbstlähmung und Glaubenskrise beschäftigt und versagt ebenso vor dieser einmaligen geschichtlichen Herausforderung wie sie bereits in der Kulturrevolution der 68er Jahre versagt hat, deren Parolen die katholischen Wortführer nachgelaufen sind und die sie bis heute mit ihrem unendlichen Emanzipationsgerede verewigen.
Gewiß, man sammelt Geld und kleine Gruppen von Priestern und Ordensleuten verzehren sich als heroische Einzelkämpfer in der glaubenslosen Wüste. Man kämpft legitimerweise um rechtliche Besitzstände wie den Religionsunterricht in Brandenburg.
Aber gerade im Blick auf diesen Kampf sind erschütternde Sätze zu registrieren, die wir in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" schon in der Ausgabe vom 2. April 1996 fanden: erschütternd nicht nur deswegen, weil sie leider nur allzu wahr sind, sondern weil wir, um auf solche Sätze von granitener Wahrhaftigkeit zu stoßen, heute keine Kirchenzeitungen mehr, sondern liberale Zeitungen aufschlagen müssen.
"Der Fall der Mauer", so heißt es da, "hat den christlichen Kirchen ein ungeheures Missionsgebiet vor die Füße gelegt. Ein halber Kontinent, dem jahrzehntelang mit allen politischen Mitteln die Religion ausgetrieben wurde, wartet auf seine Wiederbekehrung. Oder glauben die Kirchen selbst nicht daran?"
Und weiter wird uns ins Stammbuch geschrieben, daß "die zarte christliche Färbung unseres Gemeinwesens, die sich etwa in der Anrufung Gottes in der Grundgesetz-Präambel, in der Militärseelsorge oder eben im Religionsunterricht zeigt, über kurz oder lang verschwinden wird, wenn dahinter kein Glaube mehr steht".
Und das allein ist der entscheidende Punkt. Der Kampf um die rechtliche Sicherstellung des Religionsunterrichts auch in den neuen Bundesländern ist legitim und absolut notwendig, und wirkt doch heute schon gespenstisch und wie ein Schattenboxen angesichts der Erosion des Glaubens, die gerade dieser Unterricht wie auch der Kommunionunterricht und allgemein die Verkündigung des Glaubens ebenso getreulich weitergeben wie ihrerseits verstärken.
Hier überall findet das Schauspiel statt, bei dem uns die "getrennten Brüder" in schöner ökumenischer Eintracht vorangehen. ...<<

08.07.1996

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (28/1996) berichtet am 8. Juli 1996: >>**Wir waren die Helden**

Wolfgang Leonhard (1921-2014) und Markus Wolf (1923-2006) über ihre Jugend unter Stalin und den Untergang des Kommunismus

SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, Sie kennen sich seit Ihrer gemeinsamen Schulzeit in der deutschen Karl-Liebknecht-Schule im Moskau der dreißiger Jahre. Begann eine Laufbahn als kommunistischer Intellektueller damals zwangsläufig auf dieser Schule?

Leonhard: Jedenfalls besuchten die Karl-Liebknecht-Schule damals eine Reihe von Kindern, die später in der DDR eine wichtige Rolle spielten: Mischa Wolf und sein Bruder Koni, Werner Eberlein, der spätere Bezirksleiter der SED in Magdeburg, und Peter Florin, der spätere stellvertretende Außenminister. Man könnte fast sagen, daß die Geschichte der DDR mit der Karl-Liebknecht-Schule begann.

SPIEGEL: Eine strenge Schule in der Hochzeit des Stalinismus?

Leonhard: Mir ist sie in der Tat als relativ streng in Erinnerung: Es gab eine sehr deutliche politische Ausrichtung in allen Fächern, ob in Deutsch, Literatur oder Verfassungslehre.

SPIEGEL: Haben Sie das damals schon als einseitig empfunden?

Leonhard: Ich hielt es damals für richtig, weil ich schon mit zehn Jahren in Berlin Mitglied bei den "Jungen Pionieren" gewesen war.

Wolf: Ich bin wie Wolfgang schon als Junger Pionier in die Sowjetunion gekommen. Meine Eltern waren seit 1928 Mitglieder der Kommunistischen Partei. Ich hatte keineswegs das Gefühl, daß mir in Moskau etwas oktroyiert würde.

SPIEGEL: Wie wurden deutsche Emigranten in Moskau behandelt?

Wolf: Wir waren ja aus Hitler-Deutschland geflohen und wurden deshalb fast wie Helden behandelt. Wir erlebten auch viel, wenn ich nur an die Vorbeimärsche auf dem Roten Platz denke. Stalin stand auf dem Lenin-Mausoleum, wir Karl-Liebknecht-Schüler zogen mit unserem auffallenden Tambourkorps - solche Klangkörper gab es dort sonst nicht - vorüber und wurden über Lautsprecher begrüßt. Das war natürlich sehr erhebend.

SPIEGEL: Als Kinder fühlten Sie sich zu Dank verpflichtet?

Leonhard: Zweifellos, wobei noch hinzukam, daß wir ja von der frühesten Jugend an die Geschichte als einen gesetzmäßigen Prozeß ansahen, der notwendig zum Sozialismus führt - das glaubten wir. Die Sowjetunion erschien uns als das Land, in dem sich der Aufbau des Sozialismus vollzog, so daß wir im Gefühl lebten, wir hätten trotz aller Mängel und Fehler bereits eine höhere Gesellschaftsordnung erklommen.

SPIEGEL: Die Wirklichkeit sprach doch sehr dagegen.

Leonhard: Ja, ja, aber unvergeßlich war für mich etwa der 25. November 1936: Da hielt Stalin seine große Rede zur Annahme der Verfassung. Plötzlich hörten wir im Radio diesen Satz: "Die Sowjetunion hat den Sozialismus bereits errichtet, es besteht schon die sozialistische Gesellschaftsordnung." Das war elektrisierend.

Wolf: Man darf sich die Indoktrination damals in der Tat nicht als etwas für uns Unbequemes, Unangenehmes vorstellen. Das Positive überwog. Ich erinnere mich etwa, wie der Schriftsteller Wsewolod Wischnewski, ein enger Freund unseres Vaters, ein Held der Revolution und des Bürgerkrieges, meinen Bruder Konrad und mich in seiner Marine-Uniform mit auf die Tribüne auf dem Roten Platz nahm. Ein unglaubliches Erlebnis. Daß dabei Stalin zugejubelt wurde, gehörte einfach dazu.

SPIEGEL: Wie war es nun aber, als der umjubelte Stalin seine großen Säuberungen anfing? Als plötzlich Menschen aus Ihrer Umgebung verschwanden und sich Angst ausbreitete?

Wolf: Die großen Prozesse, die zwischen 1936 und 1938 stattfanden, waren für mich zunächst etwas Abstraktes. Daß eine riesige Verfolgungswelle gegen einen großen Teil der Begründer

der Revolution und des Sowjetstaates lief, ist an mich so nah nicht herangekommen. Gewiß, es verschwanden sehr viele Eltern, Väter vor allem, von Mitschülern der deutschen Schule. Man empfand es als unbegreiflich, als schlimm. Aber man verkehrte miteinander so, als ob nichts geschehen wäre.
Leonhard: Die Jahre der größeren Säuberung von 1936 bis 1938 habe ich ganz anders erlebt. Da ich zwei Jahre älter und mithin schon politisch interessierter war als Mischa, habe ich die Prozeßberichte ganz genau gelesen. Und ich habe ihnen nicht geglaubt. Daß Sinowjew, Kamenew, Bucharin, die Weggefährten Lenins, nun auf einmal Verräter gewesen sein sollten, das konnte nicht wahr sein.
SPIEGEL: Obwohl die Angeklagten zugegeben hatten, Verräter zu sein.
Leonhard: Ich habe mir damals schon Gedanken gemacht, mit welchen Methoden man wohl Menschen dazu bringt, solche Geständnisse abzulegen. Alle, die da zum Tode verurteilt wurden, waren die Helden der Oktoberrevolution von 1917 gewesen. In diesen beiden Jahren der großen Prozesse begann mein kritisches Denken ...
SPIEGEL: ... das aber Ihren grundsätzlichen Glauben noch nicht erschütterte?
Leonhard: Nein, ich glaubte nach wie vor, daß der Marxismus richtig sei und die Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft errichte. Und ich versuchte krampfhaft mir zu erklären, was da los war. Ich ging in die Bibliothek für ausländische Literatur und las "1793" von Victor Hugo, um vielleicht durch einen Vergleich zwischen dem Stalinismus und der Diktatur der französischen Jakobiner eine Antwort zu erhalten.
Da stellte ich fest: Die ganze Jakobiner-Herrschaft hatte 40.000 Opfer gekostet, aber nicht Millionen. Ich erinnere mich noch an das Plakat, auf dem der NKWD-Chef (Vorläufer des KGB) Jeschow, auf deutsch "Der Igelige", in seinen Händen mit igeligen Handschuhen Volksfeinde hielt. Das Blut spritzte, und darüber stand: "Vernichtet die Feinde des Volkes!"
Wolf: Ich habe das Plakat auch in Erinnerung. Aber ich habe das alles nicht als Wirklichkeit wahrgenommen, obwohl die Verhaftungen bekannt waren. Es ist ja auch typisch für die Zeit, daß ich über die Verhaftung von Wolfgangs Mutter bis zu seinem Weggang aus der DDR nichts gewußt habe. Wir haben nicht darüber gesprochen, obschon wir zeitweise eng zusammen waren. Ich wußte von vielen Mitschülern, daß deren Väter verhaftet waren; aber wir sprachen nicht darüber. Es gab ja auch eine ganze Reihe von Fällen, in denen Verhaftete wieder freikamen ...
Leonhard: ... wenige Ausnahmen, etwa 0,1 Prozent der Verhafteten.
Wolf: Also, in unserem Umfeld gab es solche Fälle. Als dann Jeschow verhaftet wurde, dachten wir: Jetzt ist diese schlimme Phase zu Ende.
SPIEGEL: Haben Sie mit Blick auf die totale Politisierung Ihrer Jugend heute das Gefühl, Ihnen sei damals etwas Elementares geraubt worden?
Leonhard: Selbstverständlich, ich habe keine normale Jugend erlebt, mußte vieles vermissen. Andererseits aber war ich Zeuge eines der größten historischen Ereignisse dieses Jahrhunderts.
SPIEGEL: Die große Säuberung von 1936 bis 1938: ein großes, schreckliches Ereignis. Herr Wolf, fanden Sie das große Ereignis auch so schrecklich?
Wolf: Bei mir war das anders. Es war nicht das ganze Leben. Wir waren normale Jugendliche, haben Sport getrieben und getanzt, wir sind zum Schwimmen gefahren und haben Ausflüge gemacht.
SPIEGEL: Hatten Sie auch, wie Herr Leonhard, Ihre Zweifel, ob die in den großen Prozessen angeklagten Kommunisten Verräter sein konnten?
Wolf: Die Zweifel gab es, als beispielsweise von den fünf berühmtesten Marschällen der Sowjetunion drei verhaftet wurden, darunter Tuchatschewski, überhaupt der Held des Bürgerkriegs. Aber dann setzte dieser Verdrängungsmechanismus ein, der uns auch weiter begleitete

als ein Teil unseres Lebens. Diese, wie wir heute alle wissen, schreckliche Grausamkeit gegenüber den eigenen Genossen - sie paßte einfach nicht in die Vorstellungswelt auch meiner Eltern und vieler anderer.
SPIEGEL: Was nicht sein durfte, war auch nicht.
Wolf: Es gab ja viele, viele Intellektuelle außerhalb der Sowjetunion, die über den Verlauf der Prozesse weitaus besser informiert waren als wir und die dennoch weiter fest an die Sowjet-Demokratie glaubten oder zumindest der Überzeugung waren, daß die Sowjetunion der einzige Garant war, Hitler in die Schranken zu weisen. Und Stalin blieb der Mann an der Spitze - Zweifel an ihm gab es nicht, jedenfalls nicht bis zum Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts.
Leonhard: Meine Hochachtung gegenüber Stalin war damals doch schon viel geringer als gegenüber Marx, Engels und Lenin. An denen hielt ich eisern fest. Ich kann zwar bestätigen, daß es eben nicht nur diese entsetzliche große Säuberung gab, sondern auch Dinge, über die ich mich freute; aber bei mir überwog doch das Nachdenken, wie so etwas wie die Säuberung geschehen konnte.
SPIEGEL: Sie waren 15, als Ihre Mutter verhaftet und deportiert wurde. Was löste dieser Verlust in Ihnen aus?
Leonhard: Es war der 26. Oktober 1936, es war grauenhaft: Da stand ich plötzlich vor unserem versiegelten Zimmerchen, und kein Mensch sagte mir, was passiert war. Erst neun Monate später, im Sommer 1937, erhielt ich die erste Karte meiner Mutter aus Workuta, neun Jahre war sie im Lager. Kein Einzelfall. Nach und nach wurden alle Lehrer der Karl-Liebknecht-Schule verhaftet, bis 1938 die ganze Schule geschlossen werden mußte.
SPIEGEL: Was hat die Geheimpolizei Ihrer Mutter vorgeworfen?
Leonhard: Sie war seit 1916 im Spartakusbund gewesen und nach der Gründung der KPD von Anfang an dabei. Sie war Kurierin der sowjetischen Vertretung in Deutschland und Anfang der zwanziger Jahre Pressereferentin der sowjetischen Botschaft. Aber 1925 ist sie aus der Kommunistischen Partei ausgetreten, eine revolutionäre Linke. 1935 fuhren wir dann gemeinsam in die Sowjetunion, wo sie sich politisch weitgehend zurückhielt. Ab und zu machte sie kritische Bemerkungen - das reichte. Sie bekam automatisch fünf Jahre. Übrigens nicht, wie meist für "KRD" - "konterrevolutionäre Tätigkeit" -, sondern wegen "KRTD", also "konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit".
SPIEGEL: Wie konnte Ihre Mutter erst aus der KP austreten und dann dennoch nach Moskau gehen?
Leonhard: Die berühmte sowjetische Verfassung, die 1935 vorbereitet wurde, hatte ja breitere demokratische Freiheiten versprochen, so daß meine Mutter annahm, alles würde besser werden.
Wolf: Ja, das war ein Phänomen. Meine Eltern waren sehr eng bekannt mit dem berühmten Maler Heinrich Vogeler aus Worpswede, der Anfang der zwanziger Jahre Kommunist geworden war und später als "Versöhnler" aus der KPD ausgeschlossen wurde. Emigriert in die Sowjetunion, kämpfte er in einer Zeit, als die Prozesse schon stattfanden, dafür, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Das läßt sich Menschen heute kaum verständlich machen. Es zeigt aber, wie kompliziert und widersprüchlich die Realität und wie festgefügt unsere Weltanschauung war.
SPIEGEL: Die Weltanschauung war zum Glauben geworden - lag es daran?
Wolf: Sie hatte vieles von einem Glauben an sich.
Leonhard: Es war ein tief verwurzelter Glaube, der aber als Wissenschaft bezeichnet wurde. Es gibt kaum etwas, was ich mehr verinnerlicht habe als diese Behauptung. Alle anderen Richtungen in der Politik, so hieß es, verfolgten Interessen oder hätten egoistische Programme. Bei uns aber handele es sich um eine Wissenschaft. So wie Physik und Chemie klare Antworten gäben, so gebe auch der Marxismus - seit November 1938 der Marxismus-

Leninismus - wissenschaftliche Antworten.
Wolf: Ich glaube das heute noch.
Leonhard: Ich nicht. Ich habe damals freiwillig Lenin gelesen, also ohne dazu gezwungen worden zu sein, und entdeckte natürlich, daß bei Lenin die Dinge doch sehr viel anders standen als in den apodiktischen Thesen Stalins.
SPIEGEL: Wenn nun aber jemand aufgestanden wäre und gesagt hätte, auch bei Lenin scheint mir einiges sehr widersprüchlich oder unlogisch, was dann?
Wolf: Das kam nicht in Frage. Und dennoch habe ich auch bei Lenin selbständig zu denken gelernt.
SPIEGEL: Der Gott durfte nicht kritisiert werden. Zumindest in dieser Hinsicht waren sich Kommunismus und Faschismus offenbar sehr ähnlich.
Leonhard: Moment, die Wurzeln des Nationalsozialismus und des Leninismus-Stalinismus waren total verschieden. Dem Nationalsozialismus ist es ferner nie gelungen, außerhalb Deutschlands nennenswerte Schriftsteller und Wissenschaftler zu gewinnen. Beim Stalinismus war das in großem Ausmaß der Fall. Ähnlichkeiten gibt es aber in der Machtausübung: die Vorherrschaft einer Partei, die völlige Unterordnung der Medien unter die Zielsetzung des Regimes, die Militarisierung, der Staatssicherheitsdienst - darin waren sich beide ähnlich.
Wolf: Da sträubt sich bei mir natürlich alles. Ich bin in dieser Frage sehr empfindlich, weil sie heute immer mit einem Vergleich Hitler-Diktatur/DDR-Diktatur verbunden wird.
SPIEGEL: Keinerlei Ähnlichkeiten?
Wolf: Hitler hat einschließlich des Holocaust konsequent die Ziele verwirklicht, die er mehr oder weniger offen in "Mein Kampf" dargelegt hatte. Die Verbrechen unter Stalin waren aber das Gegenteil von dem, was die Vordenker des Kommunismus und Stalin selbst gelehrt hatten.
SPIEGEL: Der Nationalsozialismus war eine europäische Menschheitskatastrophe - der Stalinismus ebenfalls?
Wolf: Das kann man so sagen.
SPIEGEL: Auch, daß Stalin mehr Kommunisten umgebracht hat als Hitler?
Wolf: Das ist richtig.
Leonhard: Es gibt aber noch weitere wichtige Unterschiede zwischen beiden Tyranneien: Die nationalsozialistische Diktatur war untrennbar mit der Person Adolf Hitlers verbunden. Als es ihn nicht mehr gab, brach alles zusammen. Die kommunistische Diktatur war trotz aller Stalin-Verherrlichung nicht unmittelbar mit dem Namen Stalins verbunden; sie existierte ja noch 30 Jahre länger als Stalin. Und: Der Nationalsozialismus hatte keine Kräfte, die das System von innen reformieren konnten.
SPIEGEL: So stark waren die Reformkräfte im Kommunismus aber auch wieder nicht.
Leonhard: Das kommunistische System, von Stalin übernommen, wurde immerhin zweimal tiefgreifend reformiert, wenn auch mit Rückschlägen und Einseitigkeiten: von Chruschtschow in der Entstalinisierung von 1953 bis 1964 und von Michail Gorbatschow, beginnend im März 1985. Und ferner: Nach Titos Bruch mit Moskau 1948 gab es in Jugoslawien die ersten 10, 15 Jahre eine beachtliche Liberalisierung und Demokratisierung.
Es gab die ungarische Revolution 1956, geführt von Reform-Kommunisten, die einen neuen Weg suchten. Und es gab den größten Reformversuch überhaupt, das war der Prager Frühling von Januar bis 21. August 1968. Mit einer prägnanten Klarheit der Programmatik und Zielsetzung und der sofortigen Verwirklichung begann sich damals ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz herauszubilden.
SPIEGEL: War das System Lenins und Stalins in sich veränderbar, ohne den Kern des Kommunismus aufzugeben, aus dem es nun mal bestand?
Wolf: Das ist natürlich eine spekulative und schmerzhafte Frage. Ich stelle sie mir immer

wieder, weil ich ja - im Unterschied zu Wolfgang - sehr lange in dieses System integriert war, immer in der Hoffnung, es sei reformierbar in dem Sinne, wie wir uns das vorstellten, nämlich Demokratie mit Sozialismus zu verbinden. Ich weiß bis heute keine schlüssige Antwort. Dennoch glaube ich, daß der dialektische Materialismus ein Mittel ist, die historischen Prozesse richtig zu verstehen.
Leonhard: 1949, als ich unter Lebensgefahr aus der Sowjetzone geflohen bin, war ich nur ein Gegner Stalins, des Stalinismus und des Ulbricht-Systems. Von allem anderen, von Marx, Engels und Lenin, war ich noch fest überzeugt. Erst schrittweise, im Verlauf des nächsten Jahrzehnts, habe ich mich dann gelöst. Ich würde mir sehr wünschen, daß heute manche Wessis ein bißchen mehr Geduld mit den Ostdeutschen hätten, bis sie zu neuen Schlußfolgerungen kommen.
Wolf: Und wo bist du heute angekommen?
Leonhard: Ich bin jetzt der festen Überzeugung, daß es keine Ideologie gibt, die in der Lage ist, alle Probleme aller Völker in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu erklären, und politische Theorien keine Wissenschaften sind. Ich selbst bin heute ein progressiver Demokrat, das heißt, ich würde mir eine Revitalisierung der Demokratie wünschen.
SPIEGEL: Und wo sind Sie angekommen, Herr Wolf?
Wolf: Ich bin noch dabei nachzudenken. Ich habe viel damit zu tun, die eigene Geschichte, das eigene Leben kritisch zu betrachten. Daß der Versuch, ein sozialistisches System zu etablieren, gescheitert ist, haben wir uns vor allem selbst zuzuschreiben. Aber ich habe ernste Zweifel daran, ob die Probleme der Menschheit mit etwas mehr kapitalistischer Demokratie zu lösen sind: daß die Reichen mit mehr Kapital noch mehr Macht anhäufen und damit die politischen Verhältnisse von einer Minderheit bestimmt werden - aber ich will jetzt hier keinen marxistischen Vortrag halten.
SPIEGEL: Herr Leonhard, war es für Sie eine Zäsur, als der große Faschistenführer Hitler 1939 mit dem großen Sowjet-Führer Stalin überraschend einen Pakt schloß?
Leonhard: Nach den Säuberungen war für mich der Hitler-Stalin-Pakt ein unglaublicher Schock, ein Ansporn für weiteres kritisches Denken.
SPIEGEL: Was veränderte sich in der Sowjetunion und für Sie persönlich?
Leonhard: Ich erinnere mich genau: Am 23. August 1939 waren wir, eine Gruppe von inzwischen schon recht erwachsenen 17- bis 18jährigen, im Urlaub am Asowschen Meer. Da wurde das Jugendheim Nummer 6 für die Kinder und Jugendlichen deutscher und österreichischer Emigranten aufgelöst.
Es gab plötzlich keinen Faschismus mehr. Und ohne Faschismus gab es auch keine Antifaschisten und keine Kinder von Antifaschisten mehr. Verschwunden! Am nächsten Tag sah ich, wie die antifaschistischen Filme aus allen Kinos entfernt waren; "Professor Mamlock" etwa, nach dem Stück von Friedrich Wolf - weg! Am nächsten Tag waren aus der Bibliothek für ausländische Literatur die Bücher antifaschistischer deutscher Schriftsteller ausgesondert. Kurz darauf entdeckte ich dafür die Brennessel, eine Nazi-Zeitung.
Wolf: Zu der Zeit studierte ich schon, ich war als aktives Komsomol-Mitglied Agitator, ich sollte Arbeiter aufklären. Ich sagte, beim Hitler-Stalin-Pakt handele es sich um einen notwendigen Schritt, die unmittelbare Konfrontation der Sowjetunion mit der Macht Hitler-Deutschlands zu vermeiden und uns gegen die Intrigen der Westmächte zu schützen. Die spätere Rede Molotows im Obersten Sowjet aus Anlaß des zweiten deutsch-sowjetischen Vertrages enthielt aber Passagen, die ich absolut nicht akzeptieren konnte.
SPIEGEL: Was sagte der sowjetische Außenminister?
Wolf: Er sprach offen von freundschaftlichen Beziehungen und von einem gerechten Krieg, den Deutschland führe. Das hat mich so beeindruckt, daß ich die kleine Broschüre mit dieser Rede bis heute aufbewahrt habe. Im Juni 1941 kam aber schon bald der für uns, glaube ich,

wichtigste Einschnitt im Leben: der Krieg. Da waren sich alle einig: Die Hitler-Wehrmacht mußte gestoppt, Hitler geschlagen werden, koste es, was es wolle. Erst später stellten sich Zweifel ein: Wie war es möglich, daß Stalin alle Warnungen, etwa von Richard Sorge und der Roten Kapelle, die den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion angekündigt hatten, in den Wind schlug?
Leonhard: Die Frage kann ich dir beantworten. Stalin hatte sein eigenes Denken auf Hitler übertragen und sich gesagt: Hitler kann doch nicht so dumm sein, wenn er gegen England und Frankreich Krieg führt und bald vielleicht auch noch gegen die USA, die Sowjetunion anzugreifen und damit einen Zwei-Fronten-Krieg heraufzubeschwören. Stalin selbst würde so etwas nie getan haben. Er konnte sich nicht vorstellen, daß Hitler seinen eigenen Untergang herbeiführt, indem er die Sowjetunion angreift.
SPIEGEL: Konnten Sie es sich vorstellen?
Leonhard: Nein, ich stand mitten im Examen, als am 22. Juni 1941 um vier Uhr der Rundfunk die Hörer aufforderte: "Bleiben Sie am Rundfunk. Um 12 Uhr wird Molotow sprechen. Bleiben Sie am Apparat." Wir diskutierten sofort und sagten, das bedeutet Krieg. Bloß, wer konnte wohl die Sowjetunion angreifen? Die allgemeine Meinung war: entweder Japan oder England. Niemand kam auf Hitler-Deutschland.
Um 12 Uhr sprach dann Molotow. Ich erinnere mich noch, wie wir zusammenzuckten, weil plötzlich der Begriff Faschismus wieder da war. Zwei Jahre lang hatte es ja keinen Faschismus gegeben, nun gab es ihn wieder. Dann begann der Krieg, und im Moment des Krieges rückten bei mir und sicher bei vielen anderen die große Säuberung und der Hitler-Stalin-Pakt in den Hintergrund. Nun gab es nur eins: den Kampf gegen den Hitler-Faschismus.
SPIEGEL: Im Bund mit den verachteten Vormächten des Kapitalismus.
Leonhard: Ja, aber dieser Kampf verband sich mit der Hoffnung, daß es nach dem Sieg auch in der Sowjetunion freier und toleranter zugehen würde.
Wolf: Bald nach Kriegsausbruch erlebten wir eine große Enttäuschung: daß die deutsche Arbeiterklasse Hitler nicht ins Räderwerk fuhr, daß die Soldaten der Hitler-Wehrmacht nicht in großer Zahl zur Roten Armee überliefen, wie auch meine Eltern geglaubt hatten.
SPIEGEL: Sie beide trafen sich 1942 wieder in der Komintern-Schule in Baschkirien, wo Sie zu Agenten ausgebildet wurden.
Leonhard: Landwirtschaftliche Fachschule war der offizielle Name. Jeder von uns mußte sich als erstes einen Parteinamen wählen, den wir während des ganzen Lehrgangs benutzen sollten und niemals - unter keinen Umständen! - den richtigen Namen. Ich war Wolfgang Linden, Mischa Wolf hieß Kurt Förster.
SPIEGEL: Was lernten Sie?
Leonhard: Viel Geschichte, vor allem kommunistische, dann Marxismus-Leninismus, und schließlich gab es Waffenkunde, für den Einsatz als eventuelle Politkommissare beim Partisanenkampf.
SPIEGEL: Und was war verboten?
Leonhard: Wir durften nichts über Trotzki oder Bucharin erfahren, die oppositionellen Kommunisten. Das war tabu. Befremdlich war für mich auch die Selbstkritik, die jeder von uns zu üben hatte: Die unschuldigsten Äußerungen wurden zu ganzen Konzeptionen erweitert und diese nie geäußerten Konzeptionen auch noch als Wirklichkeit hingestellt.
SPIEGEL: Zum Beispiel?
Wolf: Wir hatten einen älteren deutschen Kommunisten in unserer Gruppe, Willy Radensleben. Auf der Schule hieß er Roter. In einer dieser idiotischen abstrakten Diskussionen tauchte die Frage auf, wie man sich als in die Hitler-Wehrmacht eingeschleuster Agent zu verhalten habe, wenn die Erschießung von Sowjetbürgern befohlen wird. Schießt man mit und tötet Sowjetbürger? Oder weigert man sich, macht sich dadurch verdächtig und gefährdet die Aufga-

be?
SPIEGEL: Man schießt?
Wolf: Das sagte Willy, weil er meinte, die Konspiration habe unter allen Umständen vorzugehen. So wurde seine Äußerung von einem der Lehrer ausgelegt. Wir redeten auf Willy ein: "Erkläre, daß du Mist gesagt hast." Er aber blieb stur und sagte sogar: "Ich pfeife auf die Parteidisziplin."
Leonhard: Er flog von der Schule und kam nach Kasachstan, nach Ossokarowka, 120 Kilometer nördlich von Karaganda.
SPIEGEL: Was lernten Sie praktisch auf der Komintern-Schule?
Wolf: Wir wurden ausgebildet, um am aktiven Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilzunehmen, also illegale Parteiarbeit zu leisten, kommunistische Gruppen mit aufzubauen, Verbindungen aufzunehmen und so weiter.
SPIEGEL: Ziemlich lebensgefährlich.
Wolf: Ja, wir haben unser Leben wahrscheinlich unseren Vorgängern zu verdanken, die tatsächlich nach Abschluß der Schule mit Fallschirmen über Deutschland absprangen, aber alle in die Fallen der Gestapo oder der militärischen Abwehr gerieten. Zu unserem Glück war das schon bekannt, als wir den Lehrgang im Sommer 1943 beendeten, so daß dann der Entschluß gefaßt wurde, uns nicht mehr im deutschen Hinterland einzusetzen. Unsere zweite Aufgabe war, nach Kriegsende ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland aufzubauen.
SPIEGEL: Also ein kommunistisches.
Wolf: Nein, wir hatten damals gelehrt bekommen, daß die KPD-Losung der dreißiger Jahre, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten - also die Gegnerschaft zwischen KPD und SPD -, ein Fehler gewesen sei.
Leonhard: Zu dieser Zeit war die Parole, daß es eine breite Bündnispolitik antifaschistisch-demokratischer Kräfte geben sollte.
SPIEGEL: Am 30. April 1945 sind Sie, Herr Leonhard, mit der Gruppe Ulbricht aus Moskau Richtung Berlin geflogen. Sie waren gerade 24 geworden. Sie, Herr Wolf, sind drei Wochen später hingeflogen.
Leonhard: Die Tätigkeit in der Gruppe Ulbricht schien mir damals durchaus richtig und vernünftig zu sein, nämlich mitzuhelfen beim Aufbau der 20 Bezirksverwaltungen Berlins und anschließend bei der Bildung des Magistrats von Gesamt-Berlin - damals sagte man noch Groß-Berlin. Am 9. Juni 1945 sagte Ulbricht: "Jetzt wird die Kommunistische Partei neu gegründet." Dann aber auch, und das habe ich in mir aufgesogen: "Wir müssen mithelfen bei der Gründung anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien."
SPIEGEL: Glaubten Sie damals, daß Ulbricht tatsächlich eine parlamentarische Demokratie wollte?
Leonhard: Unter den Kommunisten gab es große Unterschiede. Bei Leuten wie Ulbricht, Winzer und Gyptner war es wohl nur Taktik für die Zeit, in der sie noch keinen eigenen Apparat aufgebaut hatten. Es gab aber auch Kommunisten, die von der Demokratie-Idee zutiefst durchdrungen waren, dazu würde ich Anton Ackermann zählen, aber auch viele meiner Freunde. Wir glaubten an eine antifaschistisch-demokratische Republik.
Wolf: Ich wurde mit 22 Jahren plötzlich Chefredakteur der politischen Redaktion beim Berliner Rundfunk. Die damals zugelassenen vier Parteien, das heißt ihre führenden Leute, hatten ihre jeweilige Sendezeit - ich glaube, wöchentlich 15 Minuten -, um ihre Positionen darzustellen. Natürlich gab es eine sowjetische Zensur für alle Sendungen. Aber ich erinnere mich nicht - bis auf ein Beispiel -, daß die Sowjets in die Manuskripte der Vertreter der anderen Parteien eingegriffen hätten.
SPIEGEL: Welches war der Eingriffsfall?
Wolf: Als die Bodenreform kam, sprach sich der frühere Zentrumspolitiker Andreas Hermes

dagegen aus, so wie sie geplant und durchgeführt wurde. Diesen Kommentar strich der sowjetische Kontrolloffizier.
SPIEGEL: Wann merkten Sie, daß aus der parlamentarischen Demokratie nichts werden würde?
Leonhard: Im September 1947, auf dem II. Parteitag der SED, dem ich beiwohnte. Als plötzlich Suslow aus der Sowjetunion kam und Hermann Matern ihn überschwenglich hochleben ließ - da begannen sich bei mir Zweifel einzustellen. Ich war damals Lehrer an der SED-Parteihochschule "Karl Marx". Seit dem Frühjahr 1948 wurde meine Einstellung immer kritischer und kritischer.
SPIEGEL: Gab es einen wirklichen Einschnitt?
Leonhard: Ein unglaublicher Schock war für mich die Errichtung der Zentralen Partei-Kontrollkommission unter Hermann Matern und der Länder-Partei-Kontrollkommissionen. "Kontrollkommissionen" - das Wort kannte ich aus der Sowjetunion. Im Juli 1948 kam dann die Säuberung der Partei von sogenannten parteifeindlichen und sowjetfeindlichen Elementen. Im August wurde verordnet, der "Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU" müsse im Zentrum der Schulung stehen. Da wurde mir plötzlich bewußt: Hier bist du nicht beim Aufbau einer antifaschistischen, parlamentarischen, demokratischen Republik, hier bist du vielmehr dabei, den Stalinismus auf deutschem Boden zu errichten.
SPIEGEL: Herr Wolf, die Errichtung der Partei-Kontrollkommission war für Sie nicht beunruhigend?
Wolf: Nein. Ich wußte, daß es in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion immer eine Partei-Kontrollkommission gegeben hatte. Das war für mich eine Strukturfrage. Im übrigen ist diese Zeit vor allem gekennzeichnet durch den Beginn des Kalten Krieges. Ich erinnere mich an eine Wahlkundgebung der SPD - das muß im Oktober 1946 gewesen sein - in den Messehallen am Funkturm, da fand eine unvorstellbare antikommunistische Hetze statt - anders kann ich's nicht sagen. Und zwar aus dem Munde führender Sozialdemokraten, in einem Ton, den ich mir eigentlich nur aus den Erzählungen über die Nazizeit vorstellen konnte.
SPIEGEL: Wer hat da geredet?
Wolf: Ernst Reuter sagte: "Wir werden die Zeit erleben, wenn unsere Züge wieder fahren werden nach Breslau und nach Königsberg", und Studenten riefen dazwischen "ins Massengrab", sie wurden verprügelt und rausgeschmissen.
SPIEGEL: Sind Sie beide damals öfter zusammengekommen?
Wolf: Ich erinnere mich an das einzige Gespräch, das wir in Groß-Glienicke hatten. Wolfgang berichtete damals begeistert über seine Eindrücke von Jugoslawien, so begeistert, daß wir Zweifel hatten, ob er alles richtig wahrgenommen habe, etwa daß die kommunistische Partei gar nicht mehr als führende Kraft in Erscheinung trete.
SPIEGEL: Weshalb waren Sie so begeistert von Titos Reich, Herr Leonhard?
Leonhard: Ich sah ein Land und eine Partei, die einen selbständigen, einen eigenständigen Weg gingen, sie schienen meine Sehnsucht nach einem anderen Modell des Sozialismus voll zu erfüllen. Als dann am 28. Juni 1948 die Moskauer Erklärung gegen die jugoslawischen Kommunisten kam, war das für mich der Bruch. Von da an - ich war häufig mit Jugoslawen zusammen - bereitete ich schon meine Flucht vor.
SPIEGEL: Direkt nach Belgrad?
Leonhard: Ich hätte ganz einfach über West-Berlin fliehen können. Aber ich wollte verdeutlichen, daß ich nach wie vor ein Anhänger von Marx, Engels und Lenin war, nur gegen das Stalin-System und das Ulbricht-System. Da hatte ich die Idee, aus der Sowjetzone Deutschlands erst in die Tschechoslowakei zu fliehen und von dort nach Jugoslawien. Ich kam am 25. März 1949 an.
SPIEGEL: Sie, Herr Wolf, blieben in der Sowjetzone. Störte Sie denn der aufkommende Sta-

lin-Kult?
Wolf: Einem deutschen Kommunisten war die Verherrlichung Stalins schon sehr wesensfremd. Sie widerspricht ja auch dem Marxismus. Marx war bekanntlich sogar ein Gegner des Kults um seine Person.
SPIEGEL: Wie konnten Sie Ihren Radiohörern da Stalin nahebringen?
Wolf: Ich habe versucht, das zu erklären, indem ich meinen Hörern sagte: "Man muß das so verstehen: Das russische Volk brauchte eine starke Gestalt, um in dieser schweren Zeit der Auseinandersetzung zu bestehen." Da wurde ich von Anton Ackermann gerügt. Er sagte: "Das ist das persönliche Genie Stalins, wir müssen dieses persönliche Genie Stalins betonen." Ich habe es trotzdem nicht gemacht, aber auch nicht mehr das Gegenteil davon gesagt.
SPIEGEL: Was war sonst noch tabu im Rundfunk der SBZ?
Wolf: Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland, also die Vergewaltigungen und anderen Brutalitäten, dann das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR - wir haben darunter gelitten, über diese Fragen nicht offen sprechen zu können.
SPIEGEL: Und als dann Tito verdammt wurde, haben Sie da auch gelitten?
Wolf: Wir empfanden großes Unbehagen. Ich hatte auch meine Zweifel, ob die angeführten Gründe die wirklichen waren. Aber es gab für mich kein Forum, wo ich Fragen hätte stellen können.
SPIEGEL: Als Sie hörten, daß Wolfgang Leonhard nach Jugoslawien gegangen war, was ging Ihnen da durch den Kopf?
Wolf: Das war erst mal eine große Überraschung. Dann war es für mich - aus der damaligen Sicht - Verrat, ein Wechsel der Fronten, undenkbar für mich. Er war für mich übergelaufen zur anderen Seite. Inzwischen respektiere ich Wolfgangs Position längst.
Leonhard: Ich muß jetzt aber mal ganz klar sagen: Jugoslawien stand eben nicht auf der anderen Seite, Jugoslawien verwirklichte ein eigenständiges Modell einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.
SPIEGEL: Herr Wolf, Sie waren, so hat Wolfgang Leonhard über Sie einmal geschrieben, der Typ des klugen, ruhigen, im Hintergrund stehenden Funktionärs, der das, wofür die anderen Genossen kämpften, nur als eine große Schachpartie ansah. Fühlen Sie sich durch diese Charakterisierung getroffen?
Wolf: Ich muß sicher nicht sagen, daß ich mich selbst nicht so sehe. Erwarten Sie von mir jetzt nicht eine Selbstdarstellung.
SPIEGEL: Als der 17. Juni 1953 kam, der Ost-Berliner Arbeiter-Aufstand - keine Zäsur für Sie, Herr Wolf?
Wolf: Der 17. Juni war für mich kein konterrevolutionärer Putsch, wie er in der offiziellen Sprachregelung genannt wurde. Ich war damals schon beim Nachrichtendienst und habe unsere eigenen Ursachen und Fehler durchaus gesehen.
Leonhard: Unvergeßlich für mich in Jugoslawien, als Kardelj, der zweite Mann nach Tito, sagte, es handele sich um ein Aufbegehren gegen das stalinistische System. Für Jugoslawien bleibe die rote Fahne ein Symbol der Befreiung, aber in Ost-Berlin sei sie das Symbol der sowjetischen Unterdrückung.
SPIEGEL: Und wie war's, als Chruschtschow 1956 Stalin verurteilte? Wußten Sie da schon alles, was er von Stalins Untaten enthüllte?
Leonhard: Die Tatsachen kannte ich längst. Dennoch war die Rede Chruschtschows für mich eine unglaubliche Freude. Jetzt, so hoffte ich damals, beginnen die Reformen, auf die ich so lange gewartet hatte.
SPIEGEL: Für Sie war die Freude über Chruschtschow nicht ganz so groß, Herr Wolf.
Wolf: Doch, verrückt ist es damals bei uns zugegangen: Auf einer Parteikonferenz verlas Ul-

bricht die von ihm selbst zensierte Rede Chruschtschows sozusagen vertraulich, wo doch jeder den vollen Text aus den ja nur uns zugänglichen West-Zeitungen längst kannte.
SPIEGEL: Hat Ulbricht die Chruschtschow-Rede kommentiert?
Wolf: Nein, es sollte eine Fehler-Diskussion geben. Als auf einer Kollegiumssitzung im Ministerium für Staatssicherheit unter dem Minister Ernst Wollweber um Meinungen gebeten wurde, meldete ich mich als erster zu Wort und sprach von der Erleichterung, die ich empfände, daß nun endlich alles ausgesprochen werde, was uns die ganzen Jahre bedrückt und verfolgt hatte. Worauf Mielke sofort das Wort ergriff und sich sehr heftig gegen mich wandte: Er habe sich nie bedrückt gefühlt, und solche Exzesse wie in der Sowjetunion seien ja in der DDR auch nicht passiert. Stalin bleibe eben doch der Mann, der Hitler das Genick gebrochen habe und dem das deutsche Volk seine Befreiung verdanke.
SPIEGEL: Was war Ihnen neu?
Wolf: Ich wußte natürlich vieles, aber in dieser massiven Darstellung - wie viele Mitglieder des Zentralkomitees und wie viele Kommandeure der Roten Armee umgebracht und wie die Verhöre durchgeführt worden waren -, das war mir neu. Spontan habe ich damals das Stalin-Bild in meiner Wohnung - ein berühmtes Bild, wo der gütige Vater sein Pfeifchen anzündet - von der Wand genommen und in die Ecke geschleudert.
SPIEGEL: Das war ja theaterreif. Haben Sie's wieder aufgehängt?
Wolf: Nein. Das Glas war zerbrochen, und Stalin war für mich auch als Mensch erledigt. Es gab ja dann später immer wieder Versuche, in der Sowjetunion wie in der DDR, besonders auch von Mielke, Stalin als den großen Heerführer und Sieger im Großen Vaterländischen Krieg hochleben zu lassen. Ich bin öfter dabeigestanden ...
SPIEGEL: ... und haben Sie protestiert?
Wolf: Ich habe den Mund nicht aufgemacht, aber jeder im Ministerium kannte meine Position.
SPIEGEL: Herr Leonhard, hat es Sie überrascht zu sehen, daß der Hitler-Flüchtling Markus Wolf in der DDR ausgerechnet bei der Staatssicherheit reüssierte?
Leonhard: Ja, ich hatte damit gerechnet, daß Markus Wolf eine wichtige Rolle in der Diplomatie oder der Kultur der DDR spielen würde, etwa als Minister für Kultur oder Staatssekretär für Literatur und Kunst. Da war es - das wird Mischa verstehen - für mich schon ein Schock, wofür er sich entschieden hatte. Ich war erschrocken, als ich ihn auf Bildern sogar in Uniform sah.
SPIEGEL: Herr Wolf, als Glanzstück Ihrer Karriere in der DDR gilt die Plazierung des DDR-Spions Günter Guillaume in der unmittelbaren Umgebung Willy Brandts. Was hat Guillaume Ihnen eigentlich genutzt, außer daß er zum Sturz Brandts beitrug?
Wolf: Am Ende hat er etwas ganz Negatives ausgelöst, als er aufflog. Aber die Informationen, die Guillaume neben vielen anderen geliefert hat, haben wesentlich geholfen, daß die DDR, aber auch Moskau, von der absolut feindlichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie abgerückt ist.
In den Vorstellungen Honeckers und seines Kreises war die Bonner Ostpolitik ja eine Diversionspolitik gegenüber der DDR. Dank auch Guillaume begriffen diese Kreise, daß sie auch ein Element der Entspannung und der Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten enthielt.
SPIEGEL: Wann kam der Zeitpunkt, als Sie ahnten, dieses Regime sei dennoch nicht zu retten?
Wolf: An einen solchen Zeitpunkt erinnere ich mich nicht, wohl aber daran, daß ich Zweifel hatte, ob meine Tätigkeit noch einen Nutzen und Sinn haben würde.
SPIEGEL: Zweifel an welchem Nutzen und Sinn?
Wolf: Ich glaubte noch bis zum 9. November 1989, wenn auch nicht mehr sehr überzeugt, an die Möglichkeit der grundlegenden Reformierbarkeit dieses sozialistischen Systems. Und die

Zweifel mehrten sich.
SPIEGEL: Aber dabei blieb es dann auch.
Wolf: Ich habe mich durchaus gefragt, ob die Zweifel am Funktionieren des Systems nicht ein Maß erreicht hätten, wo man etwas tun muß. Seit Mitte der siebziger Jahre sah ich, wie dieses Ministerium, dem ich angehörte, mit Robert Havemann umging. Das empfand ich als schlecht für die gesamte weitere Entwicklung in diesem Land.
SPIEGEL: Günter Mittag, der Wirtschaftsexperte im Politbüro, hat mal gesagt, er habe seit spätestens 1981 gewußt, daß die DDR wirtschaftlich am Ende gewesen sei. War auch Ihnen der wirtschaftliche Bankrott der DDR zu diesem relativ frühen Zeitpunkt klar?
Wolf: Na ja, nicht der Bankrott. Aber der Außenhandelsminister hatte mir damals schon gesagt: Wir gehen pleite, wenn wir so weitermachen mit den Krediten. Wir zahlen ja jetzt schon mehr an Zinsen, als unser ganzer Zuwachs an Bruttosozialprodukt ausmacht.
SPIEGEL: Warum sind Sie nie ins ZK gekommen?
Wolf: Da gab es eine Art Konsens zwischen mir und Mielke: Er wollte mich nicht drinhaben, freilich aus anderen Gründen als denen, derentwegen ich nicht drinsein wollte. Ich hätte entweder im Zentralkomitee gesessen und wie viele andere den Mund nicht aufgemacht - dann wäre ich dringeblieben -, oder, was wahrscheinlicher gewesen wäre, ich hätte den Mund aufgemacht, hätte gar nichts bewirkt und wäre wieder draußen gewesen.
SPIEGEL: Herr Leonhard, nehmen Sie Markus Wolf ab, daß er als hochrangiger Vertreter des Repressionsapparats ein latenter Reformer gewesen ist, der nicht zum Zuge kam?
Leonhard: Ich kann mir das gut vorstellen. Markus Wolf war ja nicht der einzige in einer solchen zwielichtigen Position. In allen Ländern des sogenannten realen Sozialismus gab es Menschen, die zu den obersten Gremien gehörten und damit auch für die Repression verantwortlich waren, die aber gleichzeitig kritische Gedanken hatten und Lockerungen oder Reformen wünschten. Für mich ist aber schwer verständlich, wie jemand nach zehn Lebensjahren in der Sowjetunion und den Erfahrungen in der DDR die Abkehr vom System erst so spät vollziehen konnte, nämlich erst 1986/87.
Wolf: Meinen Antrag auf Berentung hatte ich schon 1983 gestellt. Immerhin aber hatte ich ja auch eine Aufgabe, die ich für legitim und notwendig hielt: die Pläne und Absichten der anderen Seite kennenzulernen und die politische Führung, nicht nur in Berlin, sondern auch Moskau, darüber zu informieren.
Das war mein Arbeitsfeld, das war, wenn Sie so wollen, meine Nische, so komisch das in dem Zusammenhang auch klingen mag.
SPIEGEL: Der zweite Mann der Staatssicherheit arbeitet in der regimefernen Nische - das klingt nicht nur komisch, sondern erfunden.
Wolf: Mir wäre es als Desertion erschienen, wenn ich den Weg von Wolfgang Leonhard eingeschlagen hätte.
SPIEGEL: Aber Ihr Rentenantrag schon im Jahre 1983 war doch auch eine Art Desertion?
Wolf: Sicher, ja.
Leonhard: Warum so spät?
Wolf: Schon der Antrag war ja 1983 ein Politikum. Und als mein Ausscheiden aus dem Dienst im Februar oder März 1987 bekanntgegeben wurde, war es immer noch ein Politikum, fast sensationell. Da fragten viele: Wie kommt der Mann dazu, aus Altersgründen so früh aufzuhören?
SPIEGEL: Da waren Sie 64 Jahre alt.
Wolf: Wenn man das Alter des damaligen Ministers und der anderen Politbüro-Mitglieder berücksichtigt, war das eine Provokation. Aber: Ich sah keine Möglichkeit mehr, in der Tätigkeit, die ich ausübte, irgend etwas beeinflussen zu können. Die Informationen, die wir gaben, wurden ja nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie mit der vorherrschenden Meinung der

Führung übereinstimmten. Das ist wahrscheinlich bei den westlichen Diensten nicht anders.
SPIEGEL: Manche vermuteten damals, Sie und andere würden im Auftrage Michail Gorbatschows eine politische Alternative zu Honecker ausbauen. Wäre es ohne Gorbatschow zum Untergang der Sowjetunion und der DDR nicht gekommen?
Wolf: Er wäre ohne Gorbatschow wohl auch nicht vermieden worden, aber anders vorstellbar gewesen. Es hätte zum Beispiel in Deutschland eine längerfristig konzipierte Vereinigung von zwei gleichberechtigten Staaten geben können.
Leonhard: Ich habe große Bewunderung für Michail Gorbatschow, der im Breschnew-System aufgewachsen war, aber kritische Reformgedanken schon lange hatte. Er hat seit März 1985 sehr mutig und entschlossen versucht, diese Reformen zu verwirklichen in einem ständigen Kampf gegen die Betonköpfe. Zweifellos hat er dabei sehr viele Fehler gemacht: Er hat manche Probleme unterschätzt, vor allem die Wirtschaftsreform, auch das Nationalitätenproblem. Aber im großen und ganzen war sein Wirken positiv. Das Hauptproblem lag in etwas anderem: Die Reformen kamen zu spät.
SPIEGEL: Was wäre früher besser gewesen?
Leonhard: Ich bin bis heute der Meinung, daß der Prager Frühling 1968 wahrscheinlich die letzte Chance war, das bürokratisch-diktatorische östliche System in ein pluralistisches Sozialismus-Modell zu verwandeln. Eine ganze Generation später war alles noch verkalkter, noch verbürokratisierter, mit noch egoistischeren, machthungrigeren Funktionären und noch weniger Glauben der Menschen an einen veränderten, besseren Sozialismus.
Wolf: Ich galt in der DDR als einer der größten Anhänger Gorbatschows, und das war ich auch. Ich habe in einem ARD-Fernsehinterview im Frühjahr 1989 auf die Frage, was ich von Gorbatschow halte, gesagt: Ich bin froh und glücklich, daß es ihn gibt. Das wurde zum Thema auf einer Sitzung des Politbüros.
Gewiß wäre in der DDR ein Prager Frühling ohne die entsprechenden Vorgänge in Moskau nicht möglich gewesen. Jedenfalls war unsere einzige Hoffnung, daß von Moskau aus ein neuer Wind wehen würde. Daß die Perestroika und Gorbatschow gescheitert sind, empfinde ich als sehr schmerzlich.
SPIEGEL: Aber Gorbatschow gab die DDR preis.
Wolf: Ja, das betrachte ich in der Tat als Verrat an den Menschen, die jahrzehntelang die treuesten Verbündeten der Sowjetunion gewesen waren.
SPIEGEL: Eine derartig radikale Preisgabe des ganzen Glacis der alten Sowjetunion war doch auch ein kühner Entschluß.
Wolf: Diese Art der Annäherung an das imperialistische Amerika und der Versuch, das Wirtschaftssystem der USA zu übernehmen, waren eher schädlich als kühn. Damit wurde jede Vorstellung von der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative aufgegeben.
SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

18.07.1996

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1996: >>**In den Dörfern wird es einsam**

Immer mehr Siebenbürger Sachsen zieht es aus Rumänien nach Deutschland

... Allein 1990, im Jahr nach dem Sturz vom Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu, siedelten 120.000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik über. Die Zahl hat sich inzwischen auf 6.000 jährlich eingependelt. Aber die Landstriche, in denen vormals noch 210.000 Menschen Deutsch als ihre Muttersprache angaben, sind ausgeblutet.
Die bäuerliche Romantik in Rumänien sollte nicht täuschen. Auf dem Land hat kaum jemand fließend Wasser: Waschschüssel und Plumpsklosett sind üblich. Autos gibt es kaum. Nur Pferdefuhrwerke, die morgens zu Dutzenden durch die Orte donnern, ermöglichen eine gewisse Beweglichkeit. Deutschland erscheint den Menschen in Rumänien als goldenes Paradies.

... Das Land, das die Deutschen nach der politischen Wende zurückbekommen haben, liegt in großen Flächen brach. Es fehlen Arbeitskräfte.
Das kulturelle Leben der Rumäniendeutschen ist trotz der Förderung aus Bonn in Millionenhöhe zumindest auf den Dörfern erstorben. ... "Die Kirche ist Heimat wegen der deutschen Sprache", sagt der Bischof der Siebenbürger Sachsen, Christoph Klein. Anders als in Deutschland gebe es hier kaum Kirchenaustritte. ...
Pastor Gerald Binder ist seiner Frau und seinen 3 Söhnen nicht nach Deutschland gefolgt. Er hat es nicht übers Herz gebracht, seine "Schäflein" allein zu lassen. In meinem Haus ist es einsam geworden. Er berichtet von einem alten Kettenhund, der ein Haus bewacht, das seit Jahren unbewohnt ist.
"Am Anfang haben die Auswanderer noch ihre Häuser verschleudert. Jetzt sperren sie ab und gehen weg." ...<<

07.08.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. August 1996: >>**Ostpreußen-Museum bleibt vorerst geöffnet**
Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg muß nicht bis zum Jahresende geschlossen bleiben, wie es Museumsleiter Ronny Kabus noch vor 2 Wochen befürchtet hatte. ...
Kabus hatte von Schließung gesprochen, weil das Land im Zuge seiner Sparbemühungen nur 80 % der üblichen Förderung leisten wollte, was in Lüneburg ein Minus von 95.000 DM bedeutet hätte. ...
Ob das Museum auch im Jahr 1998 noch 43 Prozent seines Etats vom Land finanziert bekommt (den Rest zahlt der Bund), ist offen. Die Landesregierung hatte bereits vor längerer Zeit angekündigt, dann gar nichts mehr zahlen zu wollen. ...<<

06.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern
Viel Auftrieb vor den Hamburger Kammerspielen: 400 Besucher, darunter viel schwarz gekleidete Künstlerprominenz drängen in das ausverkaufte Haus. Kameras empfangen die Besucher schon vor dem Eingang, Mikrofone werden in die Menge gehalten.
Kein Zweifel: Hier wird ein "Event", ein Ereignis inszeniert. Erstaunlich ist der Anlaß: Ein wissenschaftlicher Wälzer wird vorgestellt, ein 700 Seiten starkes und mit fast 60 Mark recht teures Buch. Obwohl erst seit gut zwei Wochen im Handel, sind von der deutschen Ausgabe von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" schon fast 100.000 Exemplare verkauft worden. In der Diskussion ist es freilich schon seit Monaten, seit dem Erscheinen des amerikanischen Originals.
Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.
Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.
... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die

Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.
Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten.
Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies). Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlage auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.
Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...
Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...
Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitismus fest. Einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern würde seine These nicht in Frage stellen.
An diesem Abend konnten mit akademischer Behutsamkeit die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten gedämpft werden. Und das gespannt zuhörende Publikum schien zufrieden. Ein Teilnehmer resümierte nach der Veranstaltung: "Jetzt weiß man mehr als vorher."<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schreibt später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.
Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".
Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen

Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).
Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert.
Elie Wiesel verwies auf die "bemerkenswerten Recherchen" und die "Fülle an Belegen, ... gestützt von einer überwältigenden Zahl an Dokumenten und Tatsachen", um "Hitlers willige Vollstrecker" als "großartigen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust" anzukündigen.
Israel Gutman pries das Buch, weil es "eindeutig zentrale Fragen wieder aufwirft", die vom "Großteil der wissenschaftlichen Holocaust-Forschung" ignoriert würden. Goldhagen, nominiert für den Holocaust-Lehrstuhl der Harvard University und in den Medien mit Wiesel zusammengespannt, gelangte schnell zu allgegenwärtiger Präsenz im Vortragstourismus zum Thema Holocaust.
Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden.
Selbst der führende deutschsprachige Holocaust-Autor Yehuda Bauer, der an der Hebrew University lehrt und zu den Leitern von Yad Vashem gehört, hat dieses Dogma zeitweilig übernommen. Noch vor einigen Jahren schrieb Bauer über die geistige Verfassung der Täter: "Die Juden wurden von Leuten umgebracht, die sie größtenteils nicht wirklich haßten. ... Die Deutschen mußten keinen Haß für die Juden empfinden, um sie zu töten."
In einer kürzlich erschienen Besprechung von Goldhagens Buch behauptete Bauer jedoch genau das Gegenteil: "Die radikalste Ausprägung mörderischer Gesinnung herrschte von den dreißiger Jahren an vor. ... Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die breite Mehrheit der Deutschen in einem solchen Ausmaß mit dem Regime und seiner antisemitischen Politik identifiziert, daß es kein Problem war, die Mörder zu rekrutieren."
Als man ihn zu dieser Diskrepanz befragte, erwiderte Bauer: "Ich kann keinerlei Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen erkennen."
... "Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.
Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen.
Goldhagens Anwälte verlangten eine Entschuldigung, die Rücknahme der Kritik und eine Zusicherung Birns, die Kritik nicht zu wiederholen, und drohten zudem, daß "jegliches öffentliche Aufsehen, das Sie aufgrund dieses Briefes auslösen sollten, auf eine weitere Vergrößerung des Schadens hinauslaufen würde".
Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben.
In einer Titelgeschichte warnte daraufhin "Forward", Metropolitan sei "dabei, ein Buch von Norman Finkelstein herauszubringen, einem bekannten ideologischen Gegner des Staates Israel". Die Zeitschrift "Forward" ist die wichtigste Instanz, die in den Vereinigten Staaten die

(politische) Holocaust-Correctness durchsetzt. ...
Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."
Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."
"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.
Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.
Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Beschwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus.
Auch nach dem Erscheinen des Buches ließen die persönlichen Angriffe nicht nach. Goldhagen behauptete, Birn, die die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat, vertrete eine antisemitische Einstellung, und ich selbst sei der Meinung, die Opfer der Nazis einschließlich meiner eigenen Familie hätten den Tod verdient. Goldhagens Kollegen am Harvard Center for European Studies, Stanley Hoffmann und Charles Maier, stellten sich öffentlich hinter ihn.
"The New Republic" bezeichnete die Vorwürfe, es handle sich um Zensur, als "Ente", und hielt dagegen, daß "es einen Unterschied gibt zwischen Zensur und der Einhaltung von Standards".
Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...
Man sehe sich zum Schluß noch folgendes Beziehungsmuster an: Wiesel und Gutmann unterstützten Goldhagen, Wiesel unterstützte Kosinski, Gutman und Goldhagen unterstützten Wilkomirski. Man verbinde die Spieler miteinander: Das ist HOLOCAUST-Literatur. ...<<

09.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**
Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...
Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

11.09.1996

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. September 1996: >>**Alliierten wußten von Nazi-Gold in Schweiz**

Das Nazi-Regime hat gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein geplündertes Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar aus jüdischem Besitz und Zentralbankreserven besetzter Staaten aus dem Land geschafft. Die nach heutigem Wert rund 7 Milliarden Dollar wurden in die Schweiz und nach Portugal transportiert, bestätigte das britische Außenministerium. ...

Über den Verbleib des Goldschatzes steht lediglich fest, daß die Schweiz den Alliierten 60 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Europa zugestand. Wo die übrigen eingeschmolzenen Goldbarren geblieben sind, bleibt ein Rätsel.<<

12.09.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 1996: >>**Das Nazi-Gold in der Schweiz erregt die Gemüter**

Juden fordern Rückgabe an Opfer und Hinterbliebene / Bern will erst Rolle der Schweizer Banken in der NS-Ära prüfen

... Die Schweiz geht die Aufklärung über den Verbleib des sogenannten Nazi-Goldes, dessen Wert heute bei 10,5 Milliarden Mark liegt, trotzdem nur langsam an ...

1946 hatten sich die Alliierten und die Schweiz darauf geeinigt, daß die Schweiz einen Beitrag als Ausgleich für das "Raubgold" an Großbritannien, Frankreich und USA herausgibt. Dabei ging es allerdings nur um einen Betrag von 60 Millionen US-Dollar. Das Geld wurde anteilsmäßig an die Länder zurückgegeben, aus denen es vermutlich stammte.

Das American Jewish Committee zeigte sich "nicht irritiert", daß die Wahrheit erst so spät ans Licht kommt. Auch in den USA habe es schon vor dem Krieg Antisemitismus gegeben. So dürfe niemand überrascht sein, wenn auch später beim Umgang mit diesem Vermögen Antisemitismus eine Rolle gespielt hätte.

In der Tat birgt der Bericht des britischen Außenministers nach Ansicht von Beobachtern auch Brisanz, weil er ein Licht auf jene Kriegsgegner Deutschlands wirft, die über den Verbleib des Goldes Bescheid gewußt, ihr Wissen aber nie preisgegeben haben. ...<<

22.09.1996

Schweiz: Die größte Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" berichtet am 22. September 1996 (x136/14): >>... Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

September 1996

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlicht im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**

Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.

Betet für sie."

Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas.

Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.
Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:
"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."
- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.
Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.
Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.
Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.
Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.
Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassem Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!
Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.
Ein derartig schmähliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland. So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.
Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vie-

len befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.
Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teil-Wiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?
Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen.
Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.
Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:
"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht – 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."
Meine lieben Christen,
vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen, scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.
In jeder hl. Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschahen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.
Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Jesus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Propheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.
Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht. Und irgendwie, in irgendeiner Form müs-

sen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.
Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.
Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen. Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten.
Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.
Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:
Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:
"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."
Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.
- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.
- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:
"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."
Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutgemacht werden können.
- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:
"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem

Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."
Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.
Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom 10. Februar 1966:
"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."
Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.
- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.
Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:
"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."
Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.
Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!"
Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?
Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.
In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."
Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Nationalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:
"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."
Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die

Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.
Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.
Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.
Amen.<<

03.10.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Oktober 1996: >>**Polen hofft auf Opel**

... Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben, von dem aus der boomende osteuropäische Automarkt erobert werden soll. Den symbolischen ersten Spatenstich in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz führten der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Bundesaußenminister Klaus Kinkel und Opel-Chef David Herman aus.
... Keinesfalls vorgesehen sei die Belieferung des deutschen Marktes von Polen aus. Auch würden keine Arbeitsplätze aus der Bundesrepublik nach Gleiwitz verlegt, versicherte Herman. Die geplante enge Zusammenarbeit mit Opel Eisenach sicherte im Gegenteil Beschäftigung in Deutschland.
... Das neue Werk entsteht auf der grünen Wiese in einer Sonderwirtschaftszone, wo in den ersten 10 Jahren gar keine und dann weitere 10 Jahre lang nur 50 Prozent Steuern gezahlt werden müssen. Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<

26.10.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 1996: >>**Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz**

Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt.
Von einer beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz ist in einem kaum zu übersehenden Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die Rede. Darin heißt es: "In den vergangenen Wochen war keine Sensationsmeldung über angeblich in der Schweiz verschwundene deutsche Kriegsbeute zu unglaubwürdig, zu phantasievoll, zu reißerisch, um nicht in Großaufmachung durch die internationale Presse geistern zu können. ..."
Solche herzhafte Medienschelte ist Wasser auf die Mühlen jener Eidgenossen, bei denen der Patriotismus nach wie vor hoch im Kurs steht. Den einen oder anderen unter ihnen mag es sogar freuen, daß der Verfasser der Anzeige Michael E. Dreher ist, legendärer Gründer der Auto-Partei, die sich heute großspurig Freiheitspartei nennt. Für eben diese Partei wirbt Dreher denn auch mit seiner Anzeige.
Besonders erbost ist eine Aussage von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in einem Interview zum Thema Raubgold und Judengelder behauptete: "Die Schweizer schauten nur zu und profitierten."
Bubis geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten.
Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika, wo der New Yorker Senator Alfonse D'Amato nicht müde wird, immer wieder für Aufregung zu sorgen. Mit jedem neuen Verdacht verwandelt sich das Bild des Schweizer Musterknaben in Sachen "poli-

tical correctness" zu dem des Prügelknaben.
So hat die Schweizer Regierung, aufgeschreckt durch immer neue Enthüllungen, eine Gruppe von Historikern eingesetzt, die Licht bringen soll in ein - wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt – Gestrüpp von Fakten, über die man noch nicht alles weiß." Auf Grund der bisherigen Informationen fügte er hinzu, habe er bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 aber "kein sehr gutes Gefühl".
Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosati bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. In einem Radiointerview meinte der polnische Außenminister, der Vertrag habe "gegen geltendes Recht verstoßen". Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.
Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. Das sei nicht hinnehmbar, erklärte der polnische Außenminister: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einem Rechtsstaat entscheiden kann, daß private Konten polnischer Bürger in Staatshand übergehen, wenn es eine bestimmte Zeit keine Kontobewegungen gegeben hat."
... Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, daß ihr Land in den Kriegsjahren eine wichtige Rolle als Waffenlieferant Nazideutschlands spielte und wahrscheinlich deswegen verschont blieb.
Schwerer noch wiegt jetzt die Bestätigung des Verdachts, daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat.
"Wir haben ein Imageproblem", gestand Hans Meyer, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, vor kurzem seinen Kollegen in Washington. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Suche nach den "Schweizer Konten von ermordeten Juden" (x169/99-104): >>... Zunächst behauptete die Holocaust-Industrie, Schweizer Banken hätten gesetzlichen Erben von Holocaust-Opfern systematisch den Zugang zu nachrichtenlosen Konten mit einem Wert von 7 bis 10 Milliarden Dollar verweigert. "Während der letzten fünfzig Jahre", schrieb "Time" in einer Titelgeschichte, sei es eine "Generalanweisung der Schweizer Banken gewesen, Überlebende des Holocaust hinzuhalten und abzuwehren, wenn sie sich nach den Konten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten".
Mit einem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften, die die Schweizer Banken 1934 zum Teil deswegen erlassen hatten, weil sie verhindern wollten, daß jüdische Anleger von den Nazis abkassiert wurden, trug D'Amato dem Bankenausschuß des Kongresses vor: "Ist es nicht eine Ironie, daß genau das System, mit dem die Leute ermutigt wurden, Konten zu eröffnen - daß genau dessen Geheimhaltungsvorschriften dann dazu benutzt wurden, eben diesen Leuten und deren Erben ihr Erbe, ihr Recht zu verweigern? Man hat es pervertiert, verdreht, in sein Gegenteil verkehrt."
Atemlos erzählt Bower, wie ein entscheidendes Beweisstück für die schweizerische Perfidie gegenüber Holocaust-Opfern entdeckt wurde: "Glück und Fleiß brachten eine kostbare Information zu Tage, und sie bestätigte die Berechtigung von Bronfmans Klage.
Ein Geheimdienstbericht aus der Schweiz vom Juli 1945 erwähnte, daß Jacques Salmanovitz, der Eigentümer der Société Générale de Surveillance (SGS), eines Notariatsbüros und einer Treuhandfirma mit Kontakten zu den Balkanstaaten, eine Liste mit 182 jüdischen Klienten besaß. Sie hatten diesem Treuhänder 8,4 Millionen Schweizer Franken und etwa 90.000 Dollar anvertraut, bevor sie aus den Balkanstaaten in die Schweiz gekommen waren. In dem Be-

richt wurde festgestellt, daß die Juden ihren Besitz noch nicht zurückgefordert hätten. Rickman und D'Amato waren begeistert."
Auch in seinem eigenen Bericht brandmarkt Rickman diesen "Beweis für schweizerische Kriminalität". In diesem speziellen Kontext erwähnt jedoch keiner der beiden, daß Salmanovitz Jude war. ...
Gegen Ende 1996 lieferte ein Auftritt älterer jüdischer Frauen und eines Mannes vor dem Bankenausschuß des Kongresses ein bewegendes Zeugnis für die Rechtsverstöße der Schweizer Bankiers. Doch laut Itamar Levin, einem Redakteur der größten israelischen Wirtschaftszeitung, hatte keiner dieser Zeugen "einen wirklichen Beweis für die Existenz von Vermögenswerten bei Schweizer Banken".
Um den theatralischen Effekt dieser Zeugenaussage zu steigern, rief D'Amato Elie Wiesel als Zeugen auf. In seiner später weithin zitierten Aussage beteuerte Wiesel, er sei schockiert - schockiert! - gewesen von der Enthüllung, die Täter des Holocaust hätten versucht, Juden auszuplündern, ehe sie sie ermordeten: "Anfangs glaubten wir, die Endlösung sei allein durch eine vergiftete Ideologie motiviert gewesen. Nun wissen wir, daß sie nicht einfach, so schrecklich das klingen mag, nur Juden töten wollten: Sie wollten jüdisches Geld. Jeden Tag erfahren wir mehr über diese Tragödie. Gibt es denn für Schmerz keine Grenze? Keine Grenze für den Frevel?"
Natürlich ist es kaum eine Neuigkeit, daß die Nazis die Juden ausplünderten; ein großer Teil von Raul Hilbergs 1961 veröffentlichter grundlegender Untersuchung, "Die Vernichtung der europäischen Juden", ist der Enteignung der Juden durch die Nazis gewidmet.
Man hat auch behauptet, die Schweizer Bankiers hätten die Einlagen von Holocaust-Opfern kassiert und systematisch entscheidende Unterlagen vernichtet, um die Spuren zu verwischen, und nur Juden seien derlei Scheußlichkeiten zugefügt worden. Bei einer Anhörung griff die Senatorin Barbara Boxer die Schweizer an und bekundete: "Dieser Ausschuß wird ein doppeltes Spiel der Schweizer Banken nicht hinnehmen. Erzählen Sie der Welt nicht, sie würden suchen, während sie Akten vernichten."
Doch leider erschöpfte sich der propagandistische Wert der älteren jüdischen Kläger, die die Perfidie der Schweizer bezeugten, recht schnell. Dementsprechend versuchte die Holocaust-Industrie einen neuen Skandal ausfindig zu machen. Die Begeisterung der Medien machte sich an dem von der Schweiz gekauften Gold fest, das die Nazis während des Krieges in den Zentralbanken Europas erbeutet hatten. Auch das war in Wahrheit längst bekannt, wurde aber als aufsehenerregende Enthüllung verkündet.
Arthur Smith, der Autor einer Standarduntersuchung zu diesem Komplex, sagte bei der Anhörung des Repräsentantenhauses: "Ich habe mir den ganzen Morgen und heute nachmittag Dinge angehört, die in weitem Umfang schon seit einigen Jahren in ihren Grundzügen bekannt sind; ich bin überrascht, daß vieles als neu dargestellt wird."
Bei diesen Anhörungen ging es jedoch nicht um Information, sondern, mit den Worten der Journalistin Isabel Vincent darum, "sensationelle Stories zu bekommen". Wenn man ausreichend mit Schlamm warf, konnte man durchaus davon ausgehen, daß die Schweiz klein beigeben würde.
Das einzige wirklich Neue war die Behauptung, die Schweizer hätten wissentlich mit dem "Gold von Opfern" Handel getrieben. Das heißt, sie kauften große Mengen Gold auf, das die Nazis in Barren umgeschmolzen hatten, nachdem sie es Opfern der Konzentrationslager abgenommen hatten.
"Der WJC", schreibt Bower, "brauchte ein emotional besetztes Thema, das den Holocaust und die Schweiz miteinander verknüpfte." Dementsprechend sah man diese neuerliche Enthüllung schweizerischer Tücke als Geschenk des Himmels an.
Es gab "nur wenige Bilder", fährt Bower fort, "die aufwühlender waren als das Herausbrechen

der Goldfüllungen aus den verzerrten Mündern toter Juden, die man aus den Gaskammern der Vernichtungslager gezogen hatte."
"Die Tatsachen sind sehr, sehr betrüblich", brachte D'Amato bei der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus in klagendem Tonfall vor, "weil sie uns von der Plünderung der Besitztümer aus Wohnungen und Nationalbanken berichten, von den Todeslagern, den Uhren und Armreifen und Brillengestellen aus Gold und den Zahnfüllungen der Menschen."
Neben den Vorwürfen, den Zugang zu Holocaust-Konten zu behindern und mit geplündertem Gold gehandelt zu haben, sahen die Schweizer sich auch mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würden mit Polen und Ungarn gemeinsame Sache machen, um Juden zu betrügen. Hier hielt man ihnen vor, Gelder von nicht beanspruchten Schweizer Konten, die polnischen und ungarischen Staatsbürgern gehörten (die aber nicht alle Juden waren), würden von der Schweiz als Entschädigung für schweizerischen Besitz verwendet, den diese Regierungen verstaatlicht hatten.
Rickman bezeichnet dies als "aufregende Enthüllung, eine, die den Schweizern die Socken von den Füßen reißen und einen Feuersturm verursachen wird". Doch die Fakten waren schon weithin bekannt und in amerikanischen Zeitschriften der frühen fünfziger Jahre veröffentlicht worden. Und angesichts des ganzen Mediengeschreis belief sich die entsprechende Summe schließlich auf weniger als eine Million Dollar nach heutigem Wert.
Bereits vor dem ersten Senatshearing über die nachrichtenlosen Konten im April 1996 hatten die Schweizer Banken eingewilligt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten und sich dessen Ergebnissen zu unterwerfen. ...<<

Oktober 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>**Woher der Haß?**
Fassungsloses Entsetzen: "Woher der Haß?" Irmgard Fides Behrendt fragt so inmitten der nicht enden wollenden, immer neuen Plünderungs-, Vergewaltigungs- und Mordwellen von seiten einer oft alkoholisierten, verwahrlosten sowjetischen Soldateska bei deren Überfall auf die Zivilbevölkerung 1945 im friedlichen Ostpreußen. ...
Wir wissen aber heute besser als damals, woher Haß und vertierte Brutalität in der Roten Armee kamen. Das in mehrfacher Hinsicht hervorragende Werk von Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" ... hat den geplanten Angriffskrieg Stalins, dem Hitlers Angriff gerade noch zuvorkam, in seinem inneren wie nach außen gewendeten strukturellen Terrorcharakter dargestellt.
Ich zitiere einige Kapitelüberschriften des genau quellenmäßig belegten Buches: Durch Terror zum Kampf. Sowjetsoldaten werden ins Feuer getrieben - Sowjetsoldaten dürfen sich nicht gefangen geben. Verhinderung der Flucht nach vorn - Der Terrorapparat. Wie "Massenheroismus" und "Sowjetpatriotismus" erzeugt wurden - Sowjetische Untaten werden den Deutschen zugeschrieben – Die antideutschen Volks- und Rassenhetze - Die Ermordung deutscher Kriegsgefangener begann bereits am 22. Juni 1941 – Greueltaten der Roten Armee beim Vordringen auf deutschen Boden ...
Was die grauenhaften Erlebnisse der ostdeutschen Bevölkerung 1945 anlangt und die fassungslose Frage: Woher der Haß?, so mögen Ursachen aus einigen Zitaten des Buches faßbar werden. Sie beziehen sich auf Ilja Ehrenburg, den von Stalin eingesetzten Lehrmeister der Roten Armee. Schon am ersten Kriegstag nennt er die deutschen Soldaten: Räuber, Kindermörder, keine menschlichen Wesen, schädliches Ungeziefer, gigantische Gangsterbande, schlimmer als wilde Bestien, verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert, Perverse, Sodomiten und Süchtige, leichenfressende Dämonen und Vampire (ebda. S. 200, 202, 204).

Im Oktober 1942 heißt es in seinem berüchtigten Aufruf: Töte!, "der unter den sowjetischen Truppen weiteste Verbreitung fand und den Rotarmisten immer wieder eingehämmert wurde": "Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort 'Deutscher' ein Gewehr zur Entladung ... Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen ..." (S. 206)
Seine Aufrufe zu Plünderungen, systematischen Vergewaltigungen etc. schließen sich konsequent an. Es hat m.E. wohl kaum je einen Schreibtischtäter gegeben, dessen Hetz-, Haß- und Aufstachelungstiraden massenhaft Fürchterlicheres angerichtet haben als die von Ilja Ehrenburg.
3. Zivile Opfer allein in den Ostprovinzen: "120.000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet und 100.000 bis 200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. 200.000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90.000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten.
Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65.000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen." (S. 253 f.)
Es erscheint als eines von leider vielen Beispielen geradezu perverser Würdelosigkeit, die mit jenen ("in der Geschichte Europas einmaligen" Pius XII.) Ereignissen verbundene Beendigung des Krieges als "Befreiung" feiern zu wollen.
Auch hat man noch nicht gehört, daß den Millionen Opfern, tapferen Soldaten (insbesondere auch der Marine, die in einem beispiellosen Einsatz Millionen retten konnte), und Vergewaltigten ein würdiges nationales Gedenken und Denkmal gewidmet worden wäre. Man denkt da heute mehr an Deserteure und fremde Völker ... und will am liebsten bei den Jubelfeiern der antideutschen und (im Falle der Sowjets und Roosevelts) antieuropäischen Sieger mitmachen.
...
4. Woher der Haß? Aufhetzen zu Rache und Blutrausch, Aufstacheln zu Vergewaltigung, Vernichtung und Plündern manipulieren menschliche Urtriebe, indem sie Schnellerfüllung und Folgenlosigkeit versprechen und - durch Mißbrauch von ideologischem Moralin ("gerechte Sache") auch noch ein gutes Gewissen dabei machen. Ein Charakteristikum solcher Verursacher wüster und massenhafter Barbarei sind dabei (gruppen-)psychodynamische ad hoc Konsensprozesse, die Andersdenkende zum Schweigen bringen, heimtückisch fertigmachen, ausschließen, unterdrücken, dann so oder so liquidieren.
Selbstverständlich ist dergleichen nicht auf die Sowjets beschränkt, in unseren Tagen haben wir das im ehemaligen Jugoslawien in grauenhafter Weise genauso wieder mit ansehen müssen. Und Europa hat - entgegen übrigens der törichten schon widerlegten Behauptung, durch ihre Existenz gebe es keinen Krieg mehr - zugesehen, sich zerstritten und schändlichst versagt. Wäre Deutschland wirklich frei (von EU-Fesseln) gewesen, hätte es selbständig - verhindernd, helfend - handeln können.
Aber auch die Kampagnen gegen die sog. Fundamentalisten, die sog. Sekten, den sog. Ausländerhaß (von seiten einer gewissen anti-nationalen Inländerfeindschaft), tragen die erwähnten heimtückischen Züge: Totschweigen (etwa des gigantischen Asylschwindels) durch zersetzendes Tabuieren mit Hilfe von niederhaltendem, unklaren, täuschend-vergiftetem Moralin nebst Gesinnungsterror und entsprechendem Denunziantentum. Die fürchterlichen Vorgänge

in China ("Kulturrevolution") mit zigmillionen Umgebrachten), Tibet (Genozid), Kambodscha u.a.m. seien hier nur genannt. ...<<

Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **Erziehen ohne Gott?**

... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.

Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern, dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.

Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.

Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.

Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.

Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**

... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.

Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter

Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.
Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.
Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:
"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten!
Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."
Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."
Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.
England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"
Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>>>... **Was man von "kleinen Nationen" lernen kann** - Nach dem estnischen Staatspräsidenten Meri gab Ungarns Ministerpräsident Horn ein Beispiel
Reden an nationalen Feier- und Gedenktagen können wahre Glücksfälle sein. Das zeigte sich vor Jahresfrist auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als der estnische Staatspräsident Meri sei-

ne deutschen Zuhörer zu mehr nationalem Selbstwertgefühl ermunterte und vor einem gebrochenen Verhältnis zur eigenen Geschichte warnte.
Und das bestätigte sich am 3. Oktober 1996 aufs neue. Da hielt der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn die Hauptrede auf der zentralen Festfeier zum "Tag der deutschen Einheit" in München. In ihr grenzte er den Rückblick nicht auf die zurückliegenden sieben Jahre seit seiner folgenreichen Grenzöffnung ein und begnügte sich auch nicht mit feierlichen Bekenntnissen zu Europa, sondern erweiterte seine Vergangenheitsschau bis ins frühe Mittelalter.
Sicher nicht nur als höfliche Reverenz vor dem Land seines Auftritts Bayern, wo sich der erste ungarische König mit einer bajuwarischen Prinzessin vermählte und sich um die Jahrtausendwende dem römischen Christentum anschloß und wohl auch nicht nur, um an ausgewählten Beispielen die herkömmlich guten ungarisch-deutschen Beziehungen seit der "schwäbischen" Südostsiedlung zu beschwören. Vielmehr um ein Datum in Erinnerung zu rufen, dessen epochale Folgenschwere hierzulande schier chronisch "übersehen" wird: den Abschluß der "Pariser Vorortsverträge" von 1919 und 1920.
Gyula Horn sprach vom "Friedensvertrag von Trianon", den die Vertreter Ungarns als Mitverlierer des Ersten Weltkriegs am 4. Juni 1920 im Pariser Vorort Trianon unterschreiben mußten. Ähnlich wie die "Friedens-Verträge" von Versailles (für Deutschland) und von St. Germain (für Österreich) ohne die betroffenen Deutschen und Österreicher festgesetzt wurden, hatten auch die Ungarn den ihnen auferlegten "Vertrag" unter Kriegsandrohung anzunehmen und sich in ihm zusammen mit ihren früheren Verbündeten als "alleinschuldig" am Krieg zu erklären.
Noch umfangreicher als die deutschen und die österreichischen Bevölkerungs- und Landverluste waren die ungarischen Abtretungen, sieht man von der zusätzlichen Wegnahme der deutschen Kolonien und der territorialen Aufteilung der Habsburger Monarchie unter die sogenannten "Nachfolgestaaten" ab.
Da wurde Ungarn gezwungen, auf über 70 Prozent seines bisherigen Territoriums und fast zwei Drittel seiner Bewohner zu verzichten. So ging das bisherige "Oberungarn" als Slowakei mit Böhmen und Mähren zusammen und bildete die "Tschecho-Slowakei", und wurden Siebenbürgen und das Banat an Rumänien gegeben. Ihre ungarischen und deutschen Bewohner sahen sich in den nachfolgenden Jahren ähnlichen Bedrängnissen ausgesetzt wie die Sudentendeutschen in der Tschechoslowakei und erlebten das erhoffte Selbstbestimmungsrecht nur als papiernes Versprechen.
An dieses Schicksal erinnernd nannte Gyula diese Menschen teilnahmsvoll "unsere Verwandten" und bekundete ihnen seine landsmannschaftliche Sympathie. Eine Geste, die ihn vielleicht im patriotischen Verständnis auch 1989 bestimmt haben könnte, die in sein Land gekommenen Mittel- und Ostdeutschen zu ihren westdeutschen Landsleuten weiterreisen zu lassen und ihnen dafür die ungarische Grenze zu öffnen.
Nahtlos sich anfügend an Horns aufrichtiges Bedauern über die Vertreibung der Ungarndeutschen, die ihn menschlich offenbar mehr bewegte als manche nachgeborene westdeutsche Landsleute, die in ideologischer Verwilderung die Heimatvertriebenen gar schon als "Ewiggestrige" beschimpfen.
Es steht dahin, ob diese Zeitgenossen noch eines besseren belehrt werden und von einem Gyula Horn oder Staatspräsident Meri lernen können. ...<<

13.11.1996

BRD: Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schreibt am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbaren Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbo-

gen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

29.11.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996: >>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

November 1996

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im November 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1996 (x853/...): >>... **Übersehene Tatsachen und Zusammenhänge**

Was in der Diskussion über die deutsch-tschechische "Abschluß-Erklärung" stets zu kurz kam

Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten den Standpunkt an. Sprechen die einen von der "Schlußstrich-Erklärung" der deutschen und der tschechischen Regierung, melden sie indirekt bereits ihre Vorbehalte an - und reden die anderen von der deutsch-tschechischen "Versöhnungs-Erklärung", geben sie mit diesem positiven Ausdruck gleichfalls ihre - diesmal zustimmende - Haltung zu erkennen. Und beide Seiten haben ihre Gründe.

Sehen die einen die Vergangenheit nicht angemessen gewürdigt, geben sich die anderen zukunftsorientiert und schauen in erster Linie nach vorne. Zusätzlich bemühen sie noch die Moral und unterstreichen die Verpflichtung Deutschlands, die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen und diese Pflicht im Rahmen der "Versöhnungs-Erklärung" anzuerkennen und zu erfüllen.

Den Kritikern der "Schlußstrich-Erklärung" scheint damit ein unüberwindliches Argument entgegengehalten und eine weitere Ablehnung nicht mehr gestattet. Ein genauerer Blick in die Geschichte und ihre Zusammenhänge löst diesen Konflikt zwischen angemahntem Heimatrecht und menschlicher Moral freilich auf. ...

Ebenso lassen die meisten Befürworter der von ihnen angemahnten "Versöhnungs-Erklärung" mit der widerspruchslosen Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" den ideologischen "Hintermann" dieser menschenrechtswidrigen Verfügungen außer Betracht: Sowjetdiktator Josef Stalin.

Er tritt in jener programmatischen Erklärung deutlich in Erscheinung, aus welcher sich Ziel und Inhalt der "Benesch-Dekrete" folgerichtig ableiten, dem sogenannten "Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken" vom 5. April 1945. Darin wird die Sowjetunion als "unser großer Verbündeter" gefeiert und vom "glorreichen Siegeszug" der "Roten Armee" gesprochen.

Der Westmächte und ihres Beitrages zur Befreiung wird nur beiläufig in Nebensätzen gedacht. Im wesentlichen haben sie nur ungebetene Ratschläge für die Behandlung der Sudetendeutschen bekommen und wurde den amerikanischen Truppen empfohlen, "sehr streng mit den Deutschen zu verfahren". Wenn sich auch die amerikanischen Soldaten von diesen Anschwärzungen der Sudetendeutschen nicht sonderlich beeinflussen ließen und sich ihrerseits verschiedenenorts von den brutalen Mißhandlungen der Deutschen durch aufgehetzten tschechischen Mob betroffen zeigten, wie erhalten gebliebene Fotos und Zeitzeugnisse belegen, so schlugen sie sich doch in einigen späteren Äußerungen amerikanischer Persönlichkeiten nie-

der.
Der Brief General Clays an die deutschen Erzbischöfe und Kardinäle vom 15. Juli 1946, in dem die Sudetendeutschen als Unruhestifter und "umstürzlerische Elemente" bezeichnet werden, ist ein Beispiel für eine solche "politische Langzeitwirkung".
Schien Edvard Benesch bis 1943 ein treuer Gefolgsmann Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gewesen zu sein und nicht von ungefähr seine Exilregierung in London etabliert zu haben, geriet er mit Abschluß des tschechisch-sowjetischen Vertrags "über die Freundschaft und den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege" vom 12. Dezember 1943 immer stärker unter den Einfluß Stalins. Diese zunehmende politisch-ideologische Abhängigkeit der tschechischen Führung von Moskau schlug sich bis in die Ähnlichkeit der einzelnen Formulierungen nieder und weist eine Linie vom obigen Moskauer Vertrag über das "Kaschauer Programm" bis zu den sogenannten "Benesch-Dekreten" auf.
Hieß es beispielsweise im Moskauer "Freundschafts- und Beistandspakt, daß "alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig gemacht haben, einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens bestraft werden", liest sich die gleiche Absicht im "Kaschauer-Programm" (Abschnitt VIII) so:
"... diejenigen Deutschen, ... welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk ... verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen", um sich dann im "Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" mit den Worten zu wiederholen:
"... von dem Bestreben geleitet, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen ... Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen, ... wird mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht aller Personen deutscher ... Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit".
Eine Gedanken- und Ziellinie, die sich auch in anderen Erklärungen von 1943, weiteren Programmpunkten der "Kaschauer Beschlüsse" und in den übrigen "Benesch-Dekreten" erkennen und verfolgen läßt.
Die von der heutigen tschechischen Staatsführung immer noch als "legal" und "legitim" angesehenen "Präsidenten-Dekrete" von 1945 entpuppen sich in Wahrheit als Überreste stalinistischer Expansionspolitik und Revolutionsstrategie. Mit der Enteignung und Entwurzelung von Millionen Menschen sollte in Rest-Deutschland und Mitteleuropa ein "revolutionäres Potential" geschaffen werden, das die Sowjetisierung ganz Europas vorbereitet.
Als materielle Habenichtse waren die deutschen Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Reiches und aus dem Sudetenland als "sozialer Sprengsatz" gedacht, welcher die westlich-bürgerliche Gesellschaft zu gegebener Zeit "zur Explosion" zu bringen hatte.
Zum Leidwesen Stalins und seiner Kremlstrategen sanken die deutschen Heimatvertriebenen jedoch nicht zu diesem "revolutionären Treibsatz" herab, sondern legten als überzeugte Antikommunisten fleißig Hand ans Wiederaufbauwerk Deutschlands und schufen sich dabei eine neue Heimat.
Grund genug für Stalin und seine westlichen Mitläufer, die deutschen Heimatvertriebenen mit einem Rachefeldzug zu überziehen und sie durch Diffamierungen und Verleumdungen politisch mundtot zu machen. Daß diese Kräfte noch bis in die Gegenwart aktiv sind, zeigt sich nicht nur in der vielfältigen Deklassierung der sudetendeutschen und ostdeutschen Landsmannschaften als "Vertriebenenfunktionäre", sondern auch an vereinzelt bereits geglückten Versuchen, Veranstaltungen der Heimatvertriebenen wie den "Tag der Heimat" durch Stra-

ßenterror zu verhindern. Die sich als "Antifaschisten" ausgebenden Droh- und Gewaltextremisten verunglimpfen die Heimatvertriebenen als "Ewig Gestrige" und besorgen auf diese Weise posthum das Geschäft Stalins.
In ähnliche Nähe drohen die Verteidiger der "Benesch-Dekrete" zu geraten. Ein Festhalten an diesen menschenrechtswidrigen Verfügungen aus dem Jahre 1945 bedeutete zumindest ein Stehenbleiben in der Nachfolge Josef Stalins und damit eine Konservierung eines Stückes Stalinismus in Mitteleuropa.
Schlecht vorstellbar, daß sich nach Kenntnis dieser Tatsachen und Zusammenhänge westlich-demokratisch ausgerichtete Politiker noch dafür stark machen. Eine "Schlußstrich-Erklärung" mit der Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" und der Verharmlosung der Vertreibung rückte aber die Unterzeichner in die Nähe der Hüter stalinistischen Erbes und verschaffte den menschenrechtswidrigen Gewaltakten des Sowjetdiktators von 1945 noch nachträgliche Anerkennung. ...<<

1996

BRD: Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärt im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>… Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.
Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.
Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.
Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Vatikan: Horst Deckert berichtet in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de …" über die Vermarktung der Lehren der römisch-katholischen Kirche (x990/…): >>**Das Papsttum**

… Nicht um die Verkündigung des wahren Evangeliums aus der Bibel gemäß dem Auftrag Jesu Christi (Matthäus 28, 18-20) voranzubringen, sondern um **die Gewissen und die Geldbeutel der Menschen besser zu beherrschen**, wird seit 1996 für die Vermarktung der Lehren Roms die als Arbeitsplatzvernichter und Job-Killer berüchtigte Unternehmensberatung McKinsey vor den Karren gespannt. Der Papst steht im Schaufenster - der Jesuiten-General zieht die Fäden der Macht.

Der Vatikan ist, neben einigen Ölstaaten, wohl der reichste Staat dieser Erde. Nicht zuletzt deshalb, weil die römisch-katholische Kirche das ertragreichste Unternehmen der Welt ist. Man schaffte sogar, daß z.B. die wenig interessierten und nicht informierten deutschen Steuerzahler über 90 % der Gehälter der Priester und Kirchenbediensteten bezahlen. Ich wollte das nicht glauben, aber Renate Schmidt hat mir das schon vor einigen Jahren in ihrer Funktion als Bundestagsvizepräsidentin auf meine Anfrage hin schriftlich bestätigt.

Da wirkt die Drohung, die Kirche könne ihre Kindertagesstätten nicht mehr finanzieren und dann müsse der Steuerzahler dafür aufkommen, wie blanker Hohn, ja, wie Betrug. Oder können Sie mir einen plausiblen Grund nennen, wieso der deutsche Steuerzahler die Kirche finanziert? Das gibt es nicht mal in "katholischen" Ländern.

Die Erfolgsliteratur darf natürlich nicht fehlen. Viele Managementbücher wurden von Jesuiten geschrieben. Was zu den Prinzipien des Unternehmens Scientology gehört, ist auch dem "Unternehmen Römisch-katholische Kirche" nicht fremd. Doch, falls Sie jetzt den Eindruck haben, ich will hier für eine bestimmte - und gegen alle anderen Glaubensrichtungen und Religionen Stimmung machen, kann ich Sie beruhigen.

Als mich 1990/91 ein deutscher Unternehmensberater mit Wohnsitz Schweiz für eine Sekte anwerben wollte, habe ich mir einfach eine Bibel gekauft, sie durchgearbeitet und mit den Kirchen- und Sektenlehren die ich kenne, verglichen. Daraufhin habe ich mich von der Kirche verabschiedet und mich auch von Sekten aller Art ferngehalten. Ich kann Ihnen keine religiöse Gruppierung empfehlen, weil alle nur Geld und Macht wollen. Was mir aber sehr viel im Leben gebracht hat, ist der reine Bibeltext und die Zehn Gebote.

Wenn "Management-Modelle" von religiösen Organisationen angeboten und Unternehmern zur Übertragung auf ihr Unternehmen empfohlen werden, muß deren Gesinnung geprüft werden, bevor Schaden entsteht. Und dazu möchte ich Sie aufrufen.<<

Schweiz: Das Schweizerische Bundesarchiv veröffentlicht im Jahre 1996 eine Dokumentation über das Schicksal der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge "Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945".

Aufgrund dieser Dokumentation hat die Schweiz damals mindestens 30.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer an der Grenze abgewiesen (x136/230). Die Zahl der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge, die vergeblich an den Schweizer Grenzen um eine Einreisbewilligung nachsuchten, ist vermutlich wesentlich höher (x136/231).

1997

> Wer die Wahrheit verrät, verrät sich selber. Es ist hier nicht die Rede vom Lügen, sondern vom Handeln gegen die Überzeugung.
> *Novalis, eigentlich Friedrich Freiherr von Hardenberg (1772-1801, deutscher Dichter)*

02.01.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Januar 1997 über Rumäniens EU-Beitrittspläne: >>**Rumänen kämpft um den Anschluß**

... Die Rumänen wollen mehr Tempo bei der Entwicklung ihres Landes, erst recht nach dem

Amtsantritt des neuen Präsidenten Emil Constantinescu. ...
Besonders wichtig für Rumänien bleibt die europäische und euroatlantische Integration des Landes. Auf Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner und die treibende Kraft in der EU richten sich da viele Hoffnungen. ...<<

07.01.1997

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 7. Januar 1997: >>**Die Partei, die Partei, die hat immer recht**

Alte Lieder und neue Wahrheiten: Louis Fürnberg, Ernst Bloch, kosmopolitische Hotelsaucen und die sozialistische Geschichtsklitterung

Berlin - "Sehr geehrte Damen und Herren, eine unverhofft heftige Reaktion auf unsere Publikation veranlaßt mich, Sie wiederum anzuschreiben. Ich wurde von Lotte Fürnberg unter Androhung einer einstweiligen Verfügung gebeten, das Ihnen zugesandte Besprechungsexemplar zurückzufordern. Dem komme ich nach."

Bei dem Büchlein, das der Verleger Michael Fischer auf so ungewöhnliche Art zurückerbittet, handelt es sich um eine antiquarische Rarität, die er nachdrucken ließ.

"War ein Wintertag ..." heißt der Titel, Louis Fürnberg der Autor. Verlegt wurde es von der Dahlemer Verlagsanstalt in Berlin (31 S., 16 Mark). Über den Nachdruck gab es mit dem Aufbau-Verlag im August 1996 einen Lizenzvertrag, denn dieser Verlag vertritt nicht nur Fürnberg postum, aus seinen Archiven stammt auch die Vorlage: Fürnbergs schmaler Gedichtband "Wanderer in den Morgen", 1951 im SED-eigenen Dietz-Verlag erschienen. Den Verkäufern, die Überflüssiges aus dem Aufbau-Archiv an ein Antiquariat gaben, war entgangen, daß dieser Band handschriftliche Korrekturen enthielt.

Dem Antiquar Hansjörg Viesel entging das allerdings nicht. Es handelt sich jedoch nicht um Autoren-, sondern um Witwenkorrekturen für die postume sechsbändige Werkausgabe des Aufbau-Verlages von 1964/73. Oft wurden nur Kleinigkeiten verändert, ein Name zumeist gestrichen und durch allgemeine Wendungen ersetzt: der Name Stalin.

So lernte, wer bis Mitte der fünfziger Jahre in der DDR zur Schule ging, jenes berühmte Lied "Die Partei", dessen Refrain beginnt "Die Partei, die Partei, die hat immer recht ..." und der endet "denn aus Leninschem Geist / wächst von Stalin geschweißt / die Partei / die Partei / die Partei!"

Die nachstalinschen Jungpioniere und FDJler sangen dann allerdings, daß die Partei nicht nur aus Leninschem Geist, sondern auch "von Lenin geschweißt" wuchs. Das ist dem Büchlein, dem mit einer Einstweiligen Verfügung gedroht wird, zu entnehmen. Es dokumentiert eine "ideologische Säuberung" der Fürnbergschen Lyrik nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Die Gedichte "Stalins Geburt", "Der junge Stalin", "Der größte Schüler" sind deshalb aus der Werkausgabe "lt. Brief vom 24.9.60 von Lotte Fürnberg zu streichen", wird da am "14.10.60" von einer Verlagsperson namens "Länder" handschriftlich festgehalten.

Außerdem wird in der Handschrift, die die Korrekturen angebracht hat, dekretiert: " **Alle** eingetragenen Korrekturen gelten auch für eine Neuauflage." Deshalb hat, was ehemals "Das Lied von Stalin" hieß, fortan "Ein Lied vom Menschen" zu heißen. Statt "Dieses Lied weihe ich Stalin ..." darf man nun lesen "Dieses Lied weihe ich den Sowjets ...", worauf zwangsläufig aus "ihm, dem Schöpfer" "ihnen, den Schöpfern" usw. werden mußte.

An anderer Stelle wandelte sich "Stalin" nun in "die Sowjetunion", werden statt "Lenin und Stalin" nunmehr "Marx und Engels" gepriesen, heißt es anstelle von "und Stalin sprach" jetzt "Das Volk, es sprach". Und schon kann man das Lied anstimmen "Die Partei, die Partei behält immer recht ..." Denn Louis Fürnberg hatte seinen Genossen einst lyrisch versichert: "Was ich singe, sing ich den Genossen, / Ihre Träume gehen durch mein Lied".

Er war eben ein wackerer, treuer Parteiarbeiter und -dichter. 1909 in Iglau in Mähren geboren, trat er 1928 der KPD bei, emigrierte dann nach London und Palästina, lebte nach Ende des

Zweiten Weltkrieges in Prag und kam nach Gründung der DDR als Botschaftsrat der CSR nach Ost-Berlin. Botschafter war Otto Fischl, der im Slansky-Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Fürnberg, ebenfalls Jude und "Westemigrant", war damals kaum minder gefährdet.
Zu dieser Zeit entstand das Lied "Die Partei" als Huldigung an den IX. Parteitag der KPC im Mai 1949. Das wurde huldvoll aufgenommen und Fürnberg durfte die Nachfolge Fischls als Missionschef in Ost-Berlin antreten. 1952 wurde er nach Prag zurückbeordert und 1954 stellte er den Antrag, in die DDR übersiedeln zu dürfen, was ihm schließlich genehmigt wurde, so daß er bis zu seinem Tode 1957 dann in Weimar als stellvertretender Direktor der "Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der klassischen deutschen Literatur" arbeiten konnte, deren Direktor Walter Victor war.
Fürnberg war nicht der einzige, der seine literarischen Werke der Parteilinie anpaßte. Bereits Majakowskij wurde nachgesagt, er habe den "Genossen Trotzki" aus seiner Poesie eliminiert und statt dessen entsprechend der neuen historischen Wahrheit den Platz dem "Genossen Stalin" eingeräumt. In der Gebrauchsmusik war es außerdem seit langem üblich, sich gängige Lieder durch Namensänderungen dienstbar zu machen.
Wer das "Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren ..." mit dem Refrain schmettert, "dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!", muß ja nicht wissen, daß der Schwur und das Handreichen ursprünglich 1914 "Kaiser Wilhelm" galten.
Auch daß aus dem "Kleinen Trompeter", dem "lustigen Rotgardistenblut" später "unsere Sturmführer Wessel, ein lustiges Hakenkreuzlerblut ..." wurde, ist längst vergessen.
Nach 1945 stieg die Verfallszeit der Parteilyrik allerdings rapide an. In Bulgarien sang man 1947 noch "Drei Sonnen leuchten am Himmel - Stalin, Tito, Dimitroff". Bereits ein Jahr später mußte da Tito herausoperiert werden. Und noch ein paar Jahre später war die Zeile nicht mehr zu retten, wurde das Lied verboten. Ähnlichen Mißhelligkeiten sah sich Stephan Hermlin ausgesetzt. In seinem Text zum "Mansfelder Oratorium" von Ernst Hermann Meyer werden "fünfhundert Millionen und Mao Tse-tung" besungen, die die Brüder an Saar und Ruhr befreien werden. Davon war nach dem Schisma zwischen der Sowjetunion und China 1960 natürlich nichts mehr zu hören.
Bereits im Jahr zuvor hatte sich Ernst Bloch für die "Frankfurter Ausgabe" seines opus magnum "Das Prinzip Hoffnung" der Mühe unterziehen müssen, sechsmal den Namen Stalin, vier seiner bis dahin unanfechtbaren Zitate und einmal den Hinweis auf eines der Werke dieses "Klassikers des Marxismus/Leninismus" beseitigen zu müssen.
So wandelte sich gegenüber der DDR-Edition der ersten beiden Bände von 1953 und 1955 (der dritte Band mit dem Copyright 1956 erschien erst 1959) die "Stalinsche Erfahrenheit" zur "sozialistischen Erfahrung" oder verschwand der Satz: "Stalins Realdefinition der Nation bildet als klassische Definition genau die konzise Gegenstandsseite des Realen ab", um statt dessen mitzuteilen: "Die sozialistische Realdefinition der Nation bildet ohne alle fremd hergeholten nationalistischen Schnurrbärte oder auch kosmopolitischen Groß-Chicagos, Hotelsaucen, Einebnungen von heute genau die konzise ..."
Auch was einst nach einem Lenin-Zitat durch ein Stalin-Zitat verstärkt wurde, wird nun schlicht "Mit anderen Worten ..." festgestellt. Und vorsichtshalber hat Bloch auch noch den Hymnus auf das Ende des Antisemitismus in der Sowjetunion nach den polnischen und sowjetischen Erfahrungen von 1956 wegfallen lassen und durch "Das Prinzip Hoffnung" ersetzt: "das sowjetische Ziel sei biblisch, ob man es wisse oder nicht."
Lenin spottete gern über die "Freiheit" des Künstlers, weil es nur ein "heuchlerisches Gerede" sei, um die tatsächliche "Abhängigkeit vom Geldsack, vom Bestochen- und Ausgehaltenwerden" zu maskieren. Die sozialistischen Intellektuellen, endlich frei von solchen Zwängen,

zahlten der Partei deshalb freiwillig den Tribut permanenter Anpassung - ihrer Werke und ihrer Selbst. Das Büchlein Fürnbergs ist nur ein Stein in diesem Mosaik, der selbst, wenn er durch eine Einstweilige Verfügung herausgebrochen wird, das Gesamtbild nicht verändert.<<

16.01.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>**Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg**

... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat.

Durch die Schwäche des amtierenden Präsidenten (Boris Jelzin), bedingt durch dessen schwere Krankheit, verharre Rußland in einem Zustand von wirtschaftlichem und politischem Chaos, bedrängt durch das organisierte Verbrechen. Er könne diesen Zustand beenden, lautet die Botschaft Lebeds, aber nur durch "eine Diktatur des Gesetzes".

Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler."

Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite, "aber wenn ich eine Gefahr sehe, dann nehme ich das Schwert in die Hand. Dann wird die Gefahr den Schwanz einziehen und von selbst verschwinden."

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

31.01.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Januar 1997: >>**Bundestag stimmt für Aussöhnung mit Prag**

... Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für das Papier sprachen sich in namentlicher Abstimmung 578 Parlamentarier aus, dagegen votierten 20 CSU- und CDU-Abgeordnete. 23 PDS- und Unionsabgeordnete enthielten sich. ...

... Die Deklaration war nach zweijährigem harten Ringen am 21. Januar von Kohl und Tschechiens Ministerpräsident Vaclav Klaus in Prag unterzeichnet worden.

Kohl bezeichnete in seiner einleitenden Regierungserklärung die Deklaration als einen "guten Text", mit dem beide Seiten klar und mutig auf strittige Abschnitte der gemeinsamen Geschichte eingingen. Die Erklärung sei ein Beitrag zur Aussöhnung: "Sie soll helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen."

Nachdrücklich forderte er die Sudetendeutschen auf, am Aussöhnungswerk mitzuarbeiten.

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping forderte Deutsche und Tschechen zur engen Zusammenarbeit auf. Mit der gemeinsamen Erklärung werde "spät, aber nicht zu spät, endlich das letzte Kapitel" deutscher Ostpolitik abgeschlossen.

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble erklärte unter Hinweis auf das Bekenntnis zu Schuld und Unrecht in dem Dokument, Versöhnung erfordere den Mut, auch die dunklen Seiten anzusprechen. ...<<

10.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 1997: >>**Sudetendeutsche lehnen Erklärung ab**

Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung im Prager Parlament hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Ablehnung erneuert. ... Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Neubauer, hatte am Sonnabend angekündigt, die Sudetendeutschen würden ihre Interessen nun im Rahmen des geplanten EU-Beitritts von Tschechien geltend machen. ...

In dem Manifest heißt es, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg vereinbarte Erklärung enthalte geschichtliche Unwahrheiten. Sowohl das Selbstbewußtsein als auch das Rechtsempfinden der Sudetendeutschen werde mit der Erklärung schwer verletzt.<<

14.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1997: >>**Scharfe Töne gegen Deutschland im Prager Parlament**

Im Prager Parlament dauert auch in der Nacht zum Freitag die Debatte über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung an. ... Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der rechtsradikalen Republikaner. Ihr Vertreter Josef Krejsa bezeichnet den tschechischen Chefunterhändler als "analen Höhlenforscher". Man habe es zu tun mit einem "großdeutschen Reich unter der Maske der Europäischen Union". Ein weiterer Rechtsradikaler meinte, die Billigung der Deklaration käme Hochverrat gleich. ...<<

15.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Februar 1997: >>**Prag stimmt Erklärung zur Aussöhnung zu**

Das tschechische Parlament hat am Freitag nach viertägiger Debatte der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für die Deklaration votierten 131 Abgeordnete, 59 waren dagegen. ...<<

16.02.1997

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel 8/1997" berichtet am 16. Februar 1997 (x373/8): >>"Die alte Bundesrepublik war ein Protektorat Amerikas. Auch nachdem Deutschland 1990 nach eigener Definition den Zustand voller Souveränität erreicht hatte, bewahrte es seine Loyalität gegenüber der Schutzmacht ohne Abstriche."<<

19.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 1997: >>**87 Millionen versickern in Kiews dunklen Finanzkanälen**

Deutsche Entschädigungszahlungen für NS-Opfer verschwunden / Erst 1998 Geld für Nazi-Opfer in Südosteuropa

Die Opfer von einst sind die Opfer von heute. ... 87 Millionen, die Bonn in die Ukraine für die NS-Opfer überwiesen hatte, sind in dunklen Kanälen verschwunden. ...

Das Geld gehört zu einem Fonds von einer Milliarde Mark, den die Bundesregierung 1993 für Entschädigungszahlungen an Rußland, Weißrußland und die Ukraine bereitgestellt hat. Der Ukraine hatte Deutschland seit 1993 in drei Teilsummen insgesamt 400 Millionen Mark gezahlt. Eine eigens dafür eingerichtete Stiftung "Verständigung und Aussöhnung" nahm die Anträge entgegen und prüfte die Ansprüche. ...<<

Am 19. Februar 1997 tritt die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen

Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.
Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.
Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.
Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.
Der schwedische Staatskonzern Vattenfall beteiligte sich damals u.a. mit 25 % an der HEW in Hamburg. Der finnische Staatskonzern Fortum erwarb im Jahre 1999 die EW Wesertal GmbH in Hameln und strebte weitere Beteiligungen in Deutschland an. Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich in Baden-Württemberg an der EnBW.
Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlich organisierten deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.
Viele ausländische Staatskonzerne besaßen beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu erwirtschaften. Der z.B. von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich fast nichts entgegensetzen. Die EU entschied zwar später, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren durften, die aus dem anderen EU-Land importiert wurde, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

21.02.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 1997: >>**Polen geben Juden Eigentum zurück**

Die 9 jüdischen Gemeinden in Polen erhalten ihr früheres Eigentum zum Teil zurück. Das entschied am Donnerstag das polnische Parlament der Sejm. ... Das Gesetz betrifft auch früheren jüdischen Gemeindebesitz in ehemals deutschen Gebieten. Immobilien, die früher nicht religiösen oder kulturellen Zwecken dienten, sind von der Regelung ausgeschlossen.
Jüdische Organisationen in den USA und Israel lehnten das Gesetz ab, weil nur ein Teil des früheren Gemeinde-Eigentums zurückgegeben werden soll. Außerdem bestehen sie auf der Rückgabe des früheren privaten jüdischen Besitzes.<<

26.02.1997

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**

Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.
Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpo-

litik. ...<<

18.03.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**

Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

10.04.1997

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. April 1997 über die Jugendweihe (x303/187): >>... Zwischen März und Juni ist Weihezeit in den neuen Bundesländern. Die 14-jährigen wollen nicht mehr Kinder sein, die Jugendweihe wird als Eintritt ins "Erwachsenenland" gefeiert.

Insgesamt werden es deutlich mehr als 100.000 Kinder – somit weit mehr als 60 % eines Jahrganges sein, die an dem Ritual teilnehmen, das früher fester Bestandteil der DDR-Kultur war.

Der Zulauf wächst. In Sachsen sind es in diesem Jahr fast 34.000 14-jährige, die an der Jugendweihe teilnehmen, das sind 57 % eines Jahrganges. Mehr als 500 Veranstaltungen gibt es im Jahr.

Die Evangelische Landeskirche rechnet dagegen mit 10.000 Konfirmanden.<<

25.04.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. April 1997: >>... Der tschechische Präsident wurde im politischen Teil seiner Rede in diesem Punkt ein wenig deutlicher, als er ausführte: "So wie das heutige Deutschland nicht in der Lage ist, die Zehntausenden tschechischen NS-Opfer ins Leben zurückzurufen und uns in die Zeit vor 1938 zurückzuführen, wo Tschechen, Juden und Deutsche bei uns zusammenlebten, so wenig kann die heutige Tschechische Republik den vertriebenen Deutschen ihr altes Zuhause zurückgeben. ...<<

April 1997

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im April 1997 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1997 (x853/...): >>... **Was man während des Krieges im Vatikan alles erfahren konnte**

Die kriegführenden Mächte nutzten die Vatikanstadt als ergiebige Nachrichtenquelle

Gelten die vatikanischen Archive als die bestgehüteten Dokumenten-Depots der Welt, überraschen die über den Hl. Stuhl ausgetauschten Regierungs- und Geheimpläne der einst kriegführenden Mächte um so mehr durch ihre Fülle.

Da beide kriegführenden Parteien die diplomatischen Beziehungen zum Papst aufrechterhielten und der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt einen eigenen "Persönlichen Repräsentanten" bei Pius XII. akkreditieren ließ, wurde der Hl. Stuhl in der Tat zur Drehscheibe der wichtigsten Informationen zwischen den Alliierten. Das dokumentieren jüngst von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) bearbeitete US-Papiere.

So vertraute der polnische Botschafter Kazimierz Papée am 2. Oktober 1942 dem amerikanischen Geschäftsträger Harold Tittmann die Vorstellungen seiner Regierung über das besiegte Nachkriegsdeutschland an. Danach hatten die westlichen Alliierten nach Kriegsende mit "drei Kräften" im Reich zu rechnen:

Mit den "Überresten der preußischen Armee, der Kommunistischen Partei und der Katholischen Kirche". Von diesen seien die preußische Armee und die kommunistische Partei mög-

lichst unter Kontrolle zu halten bzw. zu zerschlagen, um den Frieden nicht ein weiteres Mal zu gefährden oder Mitteleuropa unter bolschewistische Herrschaft geraten zu lassen. Daher sollten "die Alliierten nicht erlauben, daß Sowjet-Rußland irgendein europäisches Land besetzt; sowjetrussische Truppen und Verwaltung sollten niemals ein besiegtes Deutschland regieren dürfen". Vielmehr sollte "die Hauptkraft der sowjetrussischen Truppen entlang der alten polnisch-litauischen Grenze bleiben", riet der polnische Missionschef dem amerikanischen Diplomaten.
- Die katholische Kirche in Deutschland, in der Einschätzung des polnischen Botschafters "die einzig positive Kraft" im besiegten Reich, sollte dagegen gefördert und "mit Kräften ausgestattet werden, die anziehend wirken, da sie nicht nur "eine moralische, sondern auch eine politische Rolle zu spielen" hätte. Wie die Praxis der Westalliierten, besonders der Amerikaner, später erwies, haben sich die Sieger tatsächlich gegenüber der Kirche in Deutschland kooperationsbereit gezeigt und sich nicht selten bei deutschen Prälaten und Bischöfen Rat für ihre Besatzungsregierung geholt.
Von US-General Patton ist bekannt, daß er in Personalentscheidungen auf die Empfehlungen Kardinal Faulhabers hörte und dabei sogar seinen Posten als Militärgouverneur von Bayern riskierte. Und General Clay, der spätere US-Militärgouverneur für die gesamte US-Zone, mußte sich so manche Kritik Weihbischof Neuhäuslers an der Siegerjustiz der Amerikaner anhören.
Beherzigten die Westalliierten die empfohlene Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, griffen die Sowjets offenkundig den zweiten Ratschlag der Polen, die Ausschaltung der preußischen Armee, auf und besorgten seine Ausführung augenscheinlich auch unter den von Botschafter Papée genannten Voraussetzungen: "Um die verbleibende Struktur und Ideologie der deutschen Armee zu schwächen, werden die Alliierten Preußen selbst schwächen müssen".
- Dafür gebe es nach Papée nur einen Weg: "Von Preußen die beiden Sprungbretter für potentielle Angriffe auf Osteuropa abschneiden", nämlich "Ost-Preußen und Oberschlesien", das heißt, diese beiden deutschen Provinzen nach dem Krieg Polen zuzugliedern.
Eine Grenzverschiebung, wie sie Stalin dann 1945 mit der Errichtung der sogenannten "Oder-Neiße-Linie" zweihundertprozentig vollzog, indem er Polen über Ostpreußen und Oberschlesien hinaus auch noch Niederschlesien, den größten Teil von Pommern und Ost-Brandenburg zuschlug und damit über 9 Millionen Ostdeutschen die Heimat nahm.
- Mit dieser verdoppelten Land-Zugliederung an Polen bekräftigte der Kreml-Chef zugleich die Folgerung Botschafter Papées vom 2. Oktober 1942:
"Dann kann Berlin nicht mehr länger die Hauptstadt Deutschlands bleiben, da es zu nahe an der Grenze liegt". Konsequenz: "Die Hauptstadt wird dann zum Mittelpunkt Deutschlands hin verlegt werden müssen."
Eine Forderung, die man in der Bundeshauptstadt Bonn bis zum heutigen Tag erfüllt sehen kann.
Wie sich die Vereinigten Staaten das Kriegsende vorstellten und das besiegte Deutschland zu behandeln gedachten, war gleichfalls Thema von Gesprächen im Vatikan. An ihnen nahm Papst Pius XII. persönlich teil, seit Präsident Roosevelt im Januar 1943 die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan in Casablanca aufgestellt hatte.
Der Pontifex suchte die amerikanische Regierung von dieser Kapitulationsforderung abzubringen, da er von ihr nur eine Versteifung des deutschen Abwehrwillens erwartete und mit ihr eine Verlängerung des blutigen Ringens befürchtete. Um diese päpstlichen Einwände gegen die bedingungslose Kapitulations-Forderung zu zerstreuen, schickte Roosevelt seinen "Persönlichen Repräsentanten", Myron C. Taylor, wiederholt zu Pius XII. und ließ ihn die "psychologischen Hintergründe" seiner Forderung erläutern.

Zu diesem Zweck suchte Taylor den Papst im Juni 1944 zweimal auf und erklärte, daß "bedingungslose Kapitulation nicht Unterwerfung und Vernichtung" Deutschlands bedeute. Vielmehr sei mit der angestrebten "totalen Niederlage" die Absicht verbunden, einer neuen Legende von der "Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen" zuvorzukommen und der Welt zu beweisen, daß auch die deutsche Armee besiegbar sei. Bekanntlich galt 1918 das deutsche Heer als "im Felde unbesiegt" und nur durch den "Dolchstoß" von hinten zum Rückzug gezwungen.
Der Wiederauflage einer solchen Legende wollte Roosevelt nach den Worten seines "Persönlichen Vertreters" bei Pius XII. vorbeugen und den "Fehler von 1918" nicht wiederholen. Diesmal sollte geschehen, was US-Generalstabschef Pershing schon 1918 gefordert hatte, aber vom damaligen Präsidenten Wilson abgelehnt worden war, nämlich "bis nach Berlin durchmarschieren" und dann erst den Kampf einstellen. "Deutschland wird in kurzen und einfachen Formulierungen alle Rechte und Vollmachten den Alliierten übertragen", erklärte Myron C. Taylor am 29. Juni 1944 dem Papst.
Nach derselben Quelle aus dem Vatikan fügte er hinzu, daß die Alliierten es bei der Besiegelung der deutschen Niederlage nicht gern mit Vertretern eines "Nazi- oder Quasi-Nazi-Government" bei der gemeinsamen Unterzeichnung zu tun haben möchten, sondern eine "militärische Unterschrift eines von der amtierenden Regierung Bevollmächtigten" vorziehen würden.
Diesem Verlangen kam die deutsche Seite bekanntlich im Mai 1945 nach, als Generaloberst Jodl und Generalfeldmarschall Keitel in Reims und in Karlshorst ihre Unterschriften auf die Kapitulationsurkunden der Alliierten setzten.
So erwies sich ein weiteres Mal die Vatikanstadt als zuverlässige Nachrichtenquelle und das von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt erworbene und gesichtete Aktenmaterial über den Hl. Stuhl als wahre "zeitgeschichtliche Fundgrube".<<

09.05.1997

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...
Hartmut N.: "Die Arbeitgeber wollen mir die Hälfte vom 13. Monatsgehalt stehlen und 20 Prozent bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."
Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.
10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.
Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).
Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<

14.05.1997

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Mai 1997: >>**Eher Trotzreaktionen als wirkliche Betroffenheit**
Starkes Echo in der Schweiz auf Raubgold-Bericht aus USA
"Uns trifft keine Schuld!"
Mit diesem Titel versieht der umstrittene schweizerische Verleger und Autor Marcel Huber unter dem symbolischen Namen Harry Zweifel sein 600seitiges Buch; es trägt den Untertitel "Report der amerikanischen-jüdischen Attacken und Lügen gegen die Schweiz".

Das Buch, das in Kürze erscheinen soll, ist als "Balsam für alle jene Schweizerinnen und Schweizer" gedacht, die in den vergangenen Monaten "Lügen, Diffamierungen, Schmähungen und üble Nachreden von den USA und den jüdischen Organisationen über sich ergehen lassen mußten". Es sei kein antisemitisches Buch betont Huber. ...
Der Bericht des US-Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat, in dem die Rolle der Schweiz im und nach dem Zweiten Weltkrieg gerügt und für eine Wiedergutmachung plädiert wird, rüttelte die Eidgenossen auf. Er belegte unter anderem, daß die Schweiz mit "Totengold", abgenommenem Schmuck und herausgebrochenem Zahngold der Holocaust-Opfer gehandelt hat. ...
2 Jahre nach Kriegsende wurde das Washingtoner Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Die Schweiz übergab daraufhin einem Reparationsfonds 250 Millionen Franken als Abgeltung für den Handel mit deutschem Raubgold - weit weniger allerdings, als die Siegermächte ursprünglich gefordert hatten.
Daß die USA nach dem Krieg als Retter Europas auftraten, bestreitet auch heute niemand in der Schweiz, doch bemerkt z.B. das "Journal de Genève", daß das Land die Rolle des Lehrmeisters noch heute spiele – "selbst mit dem Zaunpfahl in der Hand". ...<<

22.05.1997

Ukraine: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 1997: >>**Versöhnung zwischen Ukraine und Polen**
Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.
In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.
Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<

16.06.1997

Niederlande: Die Staats- und Regierungschefs verabschieden am 16./17. Juni 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam die dritte Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts. Er soll die EU-Staaten auf die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten vorbereiten. Der Vertrag von Amsterdam tritt am 1. Mai 1999 in Kraft.

03.07.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1997: >>**Rumäniens letzte Hoffnung sind die Deutschen**
... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden.
Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte.
Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<

08.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-

Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**
Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...
Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen.
Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um anderswo Löcher zu stopfen.
Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben – ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.
Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<
09.07.1997
Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**
Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.
US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<
11.07.1997
Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>**Clinton in Warschau begeistert gefeiert**
Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...
Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<
16.07.1997
Belgien: Die Europäische Kommission präsentiert am 16. Juli 1997 ihre "Agenda 2000"

(Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union bis zum Jahr 2006) und gibt ihre Stellungnahme zu den Beitrittsanträgen der zehn mittel- und osteuropäischen Kandidaten ab.

21.07.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Kinkel setzte sich für eine andere Berechnungsgrundlage der Beiträge ein. Allerdings werde Deutschland "immer mehr zahlen als andere", weil es auch Hauptnutznießer des Binnenmarktes sei. ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

11.08.1997

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (33/1997) berichtet am 11. August 1997 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Goldhagen - ein Quellentrickser?**

"Hitlers willige Vollstrecker" war ein Bestseller, sein Autor Daniel Jonah Goldhagen ist trotz heftiger Forscher-Kritik beim Publikum ein Star. Jetzt hat ein US-Politologe sein Werk überprüft - mit niederschmetterndem Ergebnis.

Kometenhaft war sein Aufstieg, spektakulär und erschütternd klingen seine Thesen, und die Debatten darum sind noch nicht verstummt. Mit seinem Welterfolg über "Hitlers willige Vollstrecker", die "ganz normalen" Judenmörder, hat der US-Forscher Daniel Goldhagen, 38, Aufmerksamkeit gewonnen wie seit langem kein Wissenschaftler mehr.

Anhand einer "neuen Analyse der historischen Dokumente" wollte Goldhagen zeigen, daß die alte Frage, wie so viele Deutsche zu Mördern werden konnten, falsch gestellt sei. Umgekehrt erst sei die systematische, kaltblütige Vernichtung der Juden begreiflich: "Eliminatorischer" (Ausgrenzungs-) und auch "exterminatorischer" (Ausrottungs-)Antisemitismus habe längst in den Köpfen der meisten Deutschen existiert, Hitler und sein Apparat hätten ihn nur noch in Aktion setzen müssen.

"Phänomenale Gelehrsamkeit", die "für immer mit den einfachen Bravheiten über Schuld und Unschuld" in Sachen Holocaust aufräume, sei hier am Werk, attestierte prompt der US-Geschichtsguru Simon Schama. "Unwiderlegliche Beweise" sah Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel in der Studie. "Meisterhafte und überzeugende Argumentation", lobte die NEW YORK TIMES. Auch die deutsche ZEIT fand im ersten Überblick Goldhagens Werk "breiter fundiert und gründlicher reflektiert als alle bisherigen Untersuchungen".

Unter großer Anteilnahme samt einer Lobrede von Mäzen Jan Philipp Reemtsma und einer Würdigung des Philosophen Jürgen Habermas wurde Goldhagen vergangenen März in Bonn der Demokratiepreis der "Blätter für deutsche und internationale Politik" verliehen.

Doch nun könnte der sympathisch-selbstbewußte Star, bis vor kurzem noch Anwärter auf einen heftig umstrittenen neuen Lehrstuhl für Holocaust-Forschung in Harvard, ebenso rasch ins Abseits geraten, wie er das Rampenlicht auf sich zog. Wenn die Belege des Politologen Nor-

man Finkelstein stimmen, dann ist, Wiesel hin und Reemtsma her, an den Thesen des Assistenzprofessors weniger dran, als selbst skeptische Fachleute zugestehen. "Es ist ein Nicht-Buch", behauptet Finkelstein, Palästina-Spezialist an der City University von New York und der New York University, schneidend über "Hitler's Willing Executioners".
Finkelstein, 43, ist beileibe nicht der erste, der Goldhagen scharf kritisiert. Schon das US-Original der Studie, die dem antisemitischen "mind set" ganz gewöhnlicher Deutscher nachspürt, erntete bei den meisten Experten Zweifel und Protest. "Einfach ein schlechtes Buch" und "nicht auf der Höhe der Forschung" sei das Werk, urteilte der Stuttgarter NS-Fachmann Eberhard Jäckel. Auch Hans-Ulrich Wehler aus Bielefeld lehnte die "Diabolisierung" entsetzt ab. Viele andere renommierte Deutschlandkenner, von Gordon Craig bis Fritz Stern, äußerten sich ähnlich. Allenthalben wurde bemängelt, daß Goldhagen
- statt der angekündigten "radikalen Revision" die alte, unnütze These vom "deutschen Sonderweg" ins Unheil neu aufwärme,
- eine "Einbahnstraße" der Begründungen konstruiere, die nichts wirklich erkläre,
- in den Köpfen finden wolle, was nur sozial als "Banalität des Bösen" (Hannah Arendt) verstanden werden könne,
- für seine Rekonstruktion der Täterpsyche die einfachsten Regeln der Geschichtsforschung außer acht lasse.
Doch kein Rezensent schaffte, was nun Finkelstein auf 50 dichten Seiten des Londoner Intellektuellenblattes "NEW LEFT REVIEW" tut:
Er prüft Belege und Zitate auf Stichhaltigkeit, rechnet die Kette der Argumente durch und kommt, vielfach anhand von Passagen aus "Hitlers willigen Vollstreckern" selber, zu dem Ergebnis: "Goldhagen bringt es fertig, nahezu alles über den Nazi-Holocaust zu mißdeuten." Schlimmer noch, er widerspreche sich fortwährend.
Das fängt an, lange bevor es um den Massenmord in Vernichtungslagern oder um die Erschießungsaktionen der berüchtigten Polizeibataillone geht. Hitler, so Goldhagen, predigte von Anfang an offen die Judenvernichtung, "keinem seiner Leser oder Zuhörer konnte diese Botschaft entgehen".
Bis zum Ausbruch des Weltkriegs, fand Finkelstein, belegt Goldhagen diese Behauptung allerdings nur mit drei Zitaten: einer Rede von 1920, einer Stelle aus "Mein Kampf" (1925) und einer damals wenig Aufsehen erregenden "Prophezeiung" des Führers in der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939.
In den Jahren dazwischen, erklärt Goldhagen - entgegen seinen eigenen Thesen -, wiederholte Hitler seine Völkermordpläne in einer Deutlichkeit, "die er sich öffentlich nicht mehr leisten konnte, als er zu einer prominenten politischen Figur geworden war" - obwohl er nach Goldhagens "mind set"-Theorie schon längst die Massen in Mordstimmung hätte versetzen können. Tatsächlich hingegen war der Führer selbst später noch Taktiker genug, öffentlich zumeist die Ausweisung und nicht die Ausrottung der Juden zu fordern.
"Hitler verkündete mehrmals mit aller Leidenschaft, daß der Krieg mit der Auslöschung der Juden enden würde, und die Tötungen trafen auf allgemeines Verständnis, wenn nicht gar Zustimmung", schreibt Goldhagen mit Hinweis auf den Hitler-Chronisten Max Domarus. Als Finkelstein bei Domarus nachschlug, fand er die Sätze: "Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief, erwähnte er die Judenmassaker nur in Form von außenpolitischen Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung stoßen mußte."
Immer wieder kann Finkelstein zeigen, daß Goldhagen auf solche Art seine Quellen verdreht. So erwähnt er, um den tiefsitzenden Antisemitismus zu belegen, daß es zwischen 1867 und 1914 gleich 12 Prozesse gab, in denen es um angeblich von Juden begangene Ritualmorde

ging. Der Nachsatz des Originals dagegen wird unterschlagen: "... von denen 11 eingestellt wurden, obgleich es Schwurgerichtsverfahren waren", das heißt: unter Beteiligung von Laien.
In Bayern, schreibt Goldhagen an anderer Stelle, habe es 1849 eine "spontane, aufrichtige" Volksinitiative "mit breitem Rückhalt in der Bevölkerung" gegen die rechtliche Emanzipation der Juden gegeben.
Tatsächlich aber fand Finkelstein in Goldhagens eigener Anmerkung heraus, daß die Kampagne sorgfältig von Priestern und anderen antijüdischen Agitatoren inszeniert gewesen sei, daß viele Unterzeichner gegenüber Juden gleichgültig waren und kaum von einer Judenfrage wußten.
Während der Hitlerzeit, führt Goldhagen an, hätten Deutsche "Schilder mit der Aufschrift "Juden unerwünscht" oder "Eintritt für Juden verboten" aufgestellt. Doch auf der zitierten Seite aus einer Studie über die Gestapo steht ebenso, daß solche Kampagnen häufig "von örtlichen Heißspornen der Nazibewegung" ins Werk gesetzt wurden und nur opportunistische Bürger zuweilen mitmachten.
"Offensichtlich im Bewußtsein, daß das überwältigende Gewicht der Forschungsergebnisse seine These zunichte macht", resümiert Finkelstein, "improvisiert Goldhagen eine Dreizack-Strategie der Schadensbegrenzung: stillschweigendes Eingeständnis, Abschwächung und Verdrehung." Weitere Beispiele für derlei Argumentationskniffe stellt er sogar in einer Tabelle zusammen.
Aber auch durch Tricksereien entgehe Goldhagen seinen eigenen Widersprüchen nicht. Eines seiner Hauptargumente etwa lautet, der seit dem 19. Jahrhundert überlieferte Judenhaß genüge völlig, um das spätere Morden zu erklären. Doch so unentwegt er diese These verfechte, er folge ihr selbst nicht: "Ohne Hitlers moralische Autorität", schrieb Goldhagen in einer Antwort auf seine Kritiker, "hätte die große Mehrheit der Deutschen einen Völkermord an den Juden niemals in Betracht gezogen."
Für jeden "willigen Vollstrecker" - womit alle gemeint sind, die den Tod von Juden wissentlich nicht verhinderten - lag es laut Goldhagen in der eigenen "individuellen Verantwortung", wie er sich gegenüber den Opfern verhalten wollte. Doch das widerspricht klar der Diagnose, daß die deutsche Kultur zu Beginn des Jahrhunderts "radikal verschieden" von jeder heutigen gewesen sei. Finkelstein zeigt die absurden Konsequenzen des Erklärungs-Mischmaschs:
- Deutsche nahmen Juden wahr, wie wir Küchenschaben wahrnehmen. Sie wußten es nicht besser. Sie konnten es nicht besser wissen. Es war eine durch und durch kranke Gesellschaft. Moralische Schuldfähigkeit aber setzt Moralbewußtsein voraus.
So ist Goldhagens These, als brandmarkende Schuldzuweisung an die Deutschen plakatiert, eigentlich ihr perfektes Alibi: Wer kann ein "geisteskrankes" Volk verdammen?
Befremdlich zudem, daß sich das angeblich jahrhundertelang antrainierte antisemitische Ressentiment der ganz normalen Deutschen nach dem Krieg "rasch auflöste" (Goldhagen): Hitlers Einfluß scheint doch eine Rolle gespielt zu haben.
"Für jemanden, der etwas lernen will, ist das Buch nutzlos, denn es ist einfach Betrug", sagt Finkelstein angesichts solcher Diskrepanzen. Seiner Ansicht nach hat bislang die gesamte Goldhagen-Debatte falschen Kurs, denn "Wissenschaftlichkeit" stünde angesichts der zahllosen Widersprüche von vornherein nicht zur Debatte. Weit eher, so meint er, ist der Welterfolg des Werks ein Symptom für die Fragwürdigkeit des neuen Faches "Holocaust Studies" und seine politische Motivation.
"Der Holocaust ist praktisch die zionistische Version des Nazi-Holocaust", erklärt Finkelstein: ein Deutungsmuster, das seit dem Sechstagekrieg 1967 von radikalen US-Zionisten katheder-reif gemacht wurde. Zu Ende gedacht, teile sich diesem Denken die Welt auf in potentiell gefährliche Nichtjuden und "allzeit schuldlose Juden" - eine "manichäische" Zweiteilung, die mit Wissenschaft natürlich nichts mehr zu tun habe.

Wie sehr es in der Goldhagen-Debatte um Politik geht, hat Finkelstein inzwischen sattsam erfahren. Goldhagens Agent weigerte sich, seine Untersuchung zu lesen. Sogar Goldhagen selbst soll interveniert haben, als die Uni-Zeitung von Harvard einen Artikel über den Einspruch des Palästinenserforschers aus New York bringen wollte. Vier renommierte US-Magazine lehnten das klar argumentierende, dicht mit Belegen durchsetzte Manuskript ab.
Spielte dabei eine Rolle, daß Finkelstein 1995 eine Essaysammlung über "Bild und Wirklichkeit des Israelisch-Palästinensischen Konflikts" veröffentlicht hat, die Verständnis für die Not der Palästinenser zeigt? Galt ein Jude, der auch in seinem neuen Buch "Aufstieg und Fall Palästinas" die West Bank als von Israel okkupierte Zone beschreibt, als unerwünscht?
Sicher ist, daß Finkelstein mit seiner Attacke keinerlei Ambitionen verbindet. Die unfaßbaren Greueltaten des NS-Regimes würde er gewiß als letzter herunterspielen wollen: Seine Eltern waren im Warschauer Ghetto. Die Mutter überstand das Todeslager Majdanek, der Vater überlebte Auschwitz. Es läßt Finkelsteins Stimme beben, wenn er sagt: "Goldhagens Buch ist eine Schändung - der Erinnerung und der Wahrheit." ...<<

21.08.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1997: >>**Wir haben kein neues Problem ...**

Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...
Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...
Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

19.09.1997

BRD: Der US-Journalist Robert B. Goldmann schreibt am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.
Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

27.09.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.
In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

01.10.1997

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Oktober 1997: >>**Späte Reue der katholischen Kirche in Frankreich**

... Über ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende haben Frankreichs Bischöfe ein feierliches Reuebekenntnis zur Haltung der Katholischen Kirche zum Vichy-Regime und zur Judenverfolgung während der deutschen Besatzung abgegeben. ...

Bereits am 3. Oktober 1940 hatte das Vichy-Regime die ersten Maßnahmen zur Judendiskriminierung erlassen. Kein Kanzelwort erhob sich dagegen. Es habe damals eine "ideologische Komplizenschaft" zwischen dem Regime und der Kirche gegeben, sagt der Philosoph Alain Finkielkraut. Erst mit den Massendeportationen ab 1942 protestierten einzelne Bischöfe gegen das Unrecht. Mutige Priester halfen Verfolgten. Sie blieben freilich in der Minderzahl.

Auch die offizielle Politik, die die Vichy-Periode seit de Gaulle in den Mythos der Résistance einhüllte, brauchte lange Zeit, sich zur moralischen Mitverantwortung Frankreichs für die Verfolgung der Juden zu bekennen. Präsident Francois Mitterand hatte eine entsprechende Erklärung noch abgelehnt. Erst sein Nachfolger Jacques Chirac führte 1995 mit dem Wort von der "unverjährigen Schuld" gegenüber den Juden die überfällige Klärung herbei.<<

31.10.1997

BRD: Der "Rheinische Merkur berichtet am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

03.11.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. November 1997: >>**Rußland und Japan auf Weg zum Frieden**

... Die beiden Staaten wollen ihren formal noch bestehenden Kriegszustand beenden. ... Größtes Hindernis sind hierbei 4 Kurilen-Inseln. Sie waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetarmee erobert worden, und Japan fordert die Inseln seither zurück.<<

05.11.1997

Frankreich: Die Zeitung "Le Figaro" berichtet am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21-25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt. Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Die Autoren weisen jedoch nachweislich darauf hin, daß der Nationalsozialismus und der Holocaust dadurch in ihrer Einmaligkeit und Grauenhaftigkeit nicht im geringsten in Frage gestellt werden. ...

Es handelt sich hier nicht um gewöhnliche Verbrechen, sondern – wie die 800 Seiten dieses Buches beweisen – um wahre Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wie sie während der Nürnberger Naziprozesse definiert worden sind. ...

Es wird von den Autoren des Schwarzbuches ausdrücklich betont, daß die kommunistische Diktatur den Hunger systematisch als Waffe einsetzte, um jeglichen Widerstand der Opposition zu brechen. Lenin machte den Anfang und Stalin folgte seinem Beispiel. ...

Und zwar von Anfang an. "Standrechtliche Erschießungen von Zehntausenden von Geiseln

oder Gefangenen und die Hungersnot des Jahres 1922 forderten bereits fünf Millionen Opfer". Damals "regierte" Lenin bereits geschwächt durch einen ein Jahr zuvor erlittenen Gehirnschlag. ...
Wie die Historiker klar zeigen, stützte sich Lenin besonders auf Dserschinski, den Begründer der als politische Polizei fungierenden Tscheka, die später auch GPU, NKWD, MGB oder KGB genannt wurde. ...
Auf keinen Fall zu vergessen ist Leo Trotzki, der Begründer der Roten Armee. Er leitete das Massaker gegen die Arbeiter und Soldaten des Marinestützpunktes Kronstadt, die im Frühjahr 1921 gegen die bolschewistische Diktatur revoltiert hatten.
Stalin setzte die blutrünstige Arbeit erbarmungslos fort. Auf ihn geht "die Ermordung von fast 690.000 Menschen während der großen Säuberung von 1937/38" zurück. Stalin nimmt sich auch die Kulaken vor. Dies sind Bauern, denen man unrechtmäßige Bereicherungen vorwirft und die deshalb "in den Jahre 1930 bis 1932 verschleppt werden", insgesamt etwa zwei Millionen Menschen. Auch die Ukraine wird von Stalin terrorisiert: "1932 und 1933 werden sechs Millionen Ukrainer durch eine absichtlich herbeigeführte und nicht ernsthaft bekämpfte Hungersnot liquidiert".
Nicht zu vergessen die Verschleppung ganzer Völkerscharen, die dem Kreml-Chef als potentielle Verräter verdächtig waren: Polen, Ukrainer, Balten, Moldawier und die Wolgadeutschen, die seit dem 18. Jahrhundert an den Ufern der Wolga ansässig waren, ferner die Krimtataren und die im Kaukasus beheimateten Tschetschenen und Inguschen.
Stalin diente den modernen kommunistischen Diktaturen als Modell: Sowohl für die auf Pol Pot zurückgehende "Verschleppung und Liquidierung der städtischen Bevölkerung Kambodschas in den Jahren 1975 bis 1978" als auch für die seit 1950 weiter nördlich durch die Chinesen durchgeführte "langsame Vernichtung der Tibetaner".
Am meisten bestürzt die Tatsache, daß die Dinge sich wiederholen. Die gleichen Ursachen führten zu den gleichen Wirkungen. "Die Verbrechen des Leninismus und Stalinismus wurden von den Regimes Mao Zedongs, Kim II Sungs und Pol Pots haargenau wiederholt. Wollte man alle aufzählen, käme man an kein Ende". ...
Das Töten gehörte zu den unverzichtbaren Grundlagen des Kommunismus – dies ist das Thema des Schwarzbuches. "Zur Stabilisierung ihrer Macht gingen die kommunistischen Regimes bald über die Einzelverbrechen und gelegentlichen Massaker hinaus und machten das Massenverbrechen zum regelrechten Regierungssystem". ...
Wenn jedoch – wie die Historiker zeigen – die Verbrechen von Anfang an, d.h. schon zu Lenins Lebzeiten, bekannt waren, so stellt sich die Frage, warum man sie nicht sehen und zur Kenntnis nehmen wollte. Warum war man so blind gewesen?
"In den zwanziger und vierziger Jahren machte der Kommunismus lautstark auf den Terror der faschistischen Regimes aufmerksam". ... Im Rahmen dieser gegenpropagandistischen Aktionen haben sich manche Intellektuelle buchstäblich an den Kommunismus verkauft". Lenin nannte sie die Weggefährten oder einfach die nützlichen Idioten: Beispielsweise Henri Barbusse, Stalins Hofprediger, oder die Italienerin Macciocchi mit ihren Lobeshymnen auf Mao, um ein paar Namen zu nennen.
Hitlers Niederlage und das allgemeine Entsetzen über die Judenvernichtung spielten ebenfalls eine für den Kommunismus günstige Rolle und wurden weidlich ausgenützt.
Aufgrund der Tatsache, daß "die Sowjets am Sieg über den Nationalsozialismus beteiligt waren, konnten die Kommunisten ihre eigentlichen, auf Machtübernahme ausgerichteten Ziele hinter einem feurigen Patriotismus verbergen".
Aber im allgemeinen hat die kommunistische Bewegung bis zu Hitlers Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 abgewartet – auch in Frankreich war dies der Fall. Ab diesem Zeitpunkt "haben sich sämtliche Kommunisten der besetzten Länder dem aktiven Widerstand an-

geschlossen ... und hatten wie alle anderen Widerstandskämpfer auch unter den Repressionen zu leiden und Tausende von Hingerichteten, Massakrierten und Verschleppten zu beklagen".
Und genau dies ist der Punkt, auf den man hereinfällt: "Der Antifaschismus ist für den Kommunismus zu einem Markenzeichen geworden, und im Namen dieses Antifaschismus war es leicht, die Widerspenstigen zum Schweigen zu bringen". ...
Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"
Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".
An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<

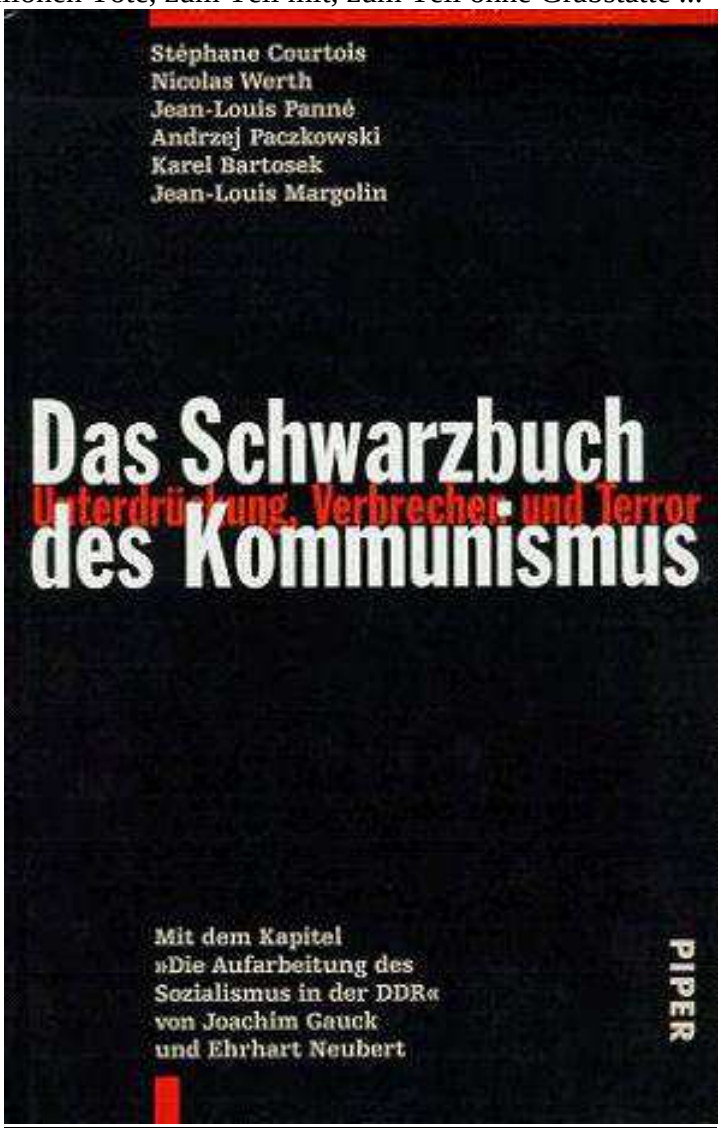


Abb. 89 (x265/Titelblatt): "Das Schwarzbuch des Kommunismus"

Der französische Historiker Stéphane Courtois schreibt im Vorwort des Buches "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x265/13-43): >>Die Geschichte ist die Wissenschaft vom

Unglück des Menschen."
Diesen Satz Raymond Queneaus scheint unser von Gewalttätigkeit bestimmtes Jahrhundert eindrucksvoll zu bestätigen. Gewiß, auch in früheren Jahrhunderten gab es kaum ein Volk, kaum einen Staat, in dem es nicht zu Gewaltausbrüchen gegen bestimmte Gruppen gekommen wäre. Alle großen europäischen Mächte waren in den Sklavenhandel verwickelt.
Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch Positives leistete, aber bis zu seinem Ende von vielen widerwärtigen Episoden gekennzeichnet war.
Die Vereinigten Staaten durchdringt nach wie vor eine Kultur der Gewaltausübung, die in zwei großen Verbrechen wurzelt: der Versklavung der Schwarzen und der Ausrottung der Indianer.
Aber man kann es nicht anders sagen: Was Gewalttätigkeit angeht, scheint dieses Jahrhundert seine Vorgänger übertroffen zu haben. Blickt man darauf zurück, drängt sich ein niederschmetterndes Resümee auf: Dies war das Jahrhundert der großen Menschheitskatastrophen – zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus, einmal abgesehen von begrenzteren Tragödien in Armenien, Biafra, Ruanda und anderswo.
Das Osmanische Reich hat sich zum Genozid an den Armeniern hinreißen lassen und Deutschland zu dem an Juden, Roma und Sinti. Das Italien Mussolinis massakrierte die Äthiopier. Den Tschechen fällt es schwer zuzugeben, daß ihr Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 nicht über jeden Verdacht erhaben war. Und selbst die kleine Schweiz wird heute von ihrer Vergangenheit als Raubgoldverwalter eingeholt, auch wenn sich die Abscheulichkeit dieses Verhaltens nicht mit der des Völkermords vergleichen läßt.
In dieser Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert.
Was genau verstehen wir eigentlich unter "Kommunismus"? Schon an dieser Stelle muß man zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. ...
Über einzelne Verbrechen, punktuelle und situationsbedingte Massaker hinaus machten die kommunistischen Diktaturen zur Festigung ihrer Herrschaft das Massenverbrechen regelrecht zu ihrem Regierungssystem. Zwar ließ der Terror nach einer bestimmten Zeit – von einigen Jahren in Osteuropa bis zu mehreren Jahrzehnten in der Sowjetunion oder in China - allmählich nach, und die Regierungen stabilisierten sich in der Verwaltung der alltäglichen Unterdrückung mittels Zensur aller Kommunikationsmedien, Grenzkontrollen und Ausweisung von Dissidenten. Doch garantierte die Erinnerung an den Terror weiterhin die Glaubwürdigkeit und damit die Effektivität der Repressionsdrohung.
Keine Spielart des Kommunismus, die einmal im Westen populär war, ist dieser Gesetzmäßigkeit entgangen - weder das China des "Großen Vorsitzenden" noch das Korea Kim Il-sungs, nicht einmal das Vietnam des freundlichen "Onkels Ho" oder das Kuba des charismatischen Fidel, dem der unbeirrbare Che Guevara zur Seite stand, nicht zu vergessen das Äthiopien Mengistus, das Angola Netos und das Afghanistan Najibullahs.
Aber eine legitime und normale Bewertung der Verbrechen des Kommunismus fand nicht statt, weder aus historischer noch aus moralischer Sicht. Wahrscheinlich ist das vorliegende Buch eines der ersten Versuche, sich mit dem Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der verbrecherischen Dimension als einer zugleich zentralen und globalen Fragestellung zu beschäftigen.
Man wird diesem Ansatz entgegenhalten, daß die meisten Verbrechen einer "Legalität" entsprachen, die wiederum von Institutionen ausgeübt wurde, die zu etablierten, international

anerkannten Regierungen gehörten, deren Chefs von unseren eigenen politischen Führern mit großem Pomp empfangen wurden. Doch verhielt es sich mit dem Nationalsozialismus nicht genauso? Die hier dargestellten Verbrechen werden nicht nach der Gesetzgebung kommunistischer Diktaturen definiert, sondern nach den nicht schriftlich niedergelegten, natürlichen Rechten der Menschen.
... Verabschieden wir uns von der Vorstellung, diese oder jene Geiselerschießung, dieses Massaker an aufständischen Arbeitern oder jene Hungersnot, der man zahllose Bauern zum Opfer fallen ließ, sei lediglich dem zufälligen Zusammentreffen unglückseliger Umstände zuzurechnen, die sich eben nur in diesem Land oder zu jener Zeit ergeben haben. Unser Ansatz geht über spezifische Themenkomplexe hinaus und untersucht die verbrecherische Dimension als eine, die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte.
...
Der Ausdruck Verbrechen gegen die Menschlichkeit tauchte zum erstenmal am 18. Mai 1915 in einer Erklärung auf, in der Frankreich, England und Rußland das türkische Massaker an den Armeniern anprangern als "neuartiges Verbrechen der Türkei gegen die Menschlichkeit und Zivilisation".
Die Ausschreitungen der Nazis veranlaßten den Nürnberger Gerichtshof, den Artikel in Artikel 6 c) seines Status neu zu fassen:
"Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht".
Der französische Hauptankläger, Francois de Menthon, hob in seinem Plädoyer die ideologische Dimension dieser Verbrechen hervor:
"Heute möchte ich Ihnen zeigen, daß dieses gesamte organisierte und massive Verbrechertum einen, wie ich es nennen will, Verbrechen wider den Geist entsprungen ist, ich möchte sagen, einer Lehre, die alle geistigen, vernunftmäßigen und moralischen Werte verneint, auf denen die Völker seit Jahrtausenden den Fortschritt der Zivilisation aufzubauen versuchten.
Dieses Verbrechertum macht es sich zur Aufgabe, die Menschheit in die Barbarei zurückzuwerfen, nicht in das natürliche und ursprüngliche Barbarentum der primitiven Völker, sondern in das dämonische Barbarentum, das sich seiner selbst wohl bewußt ist und für seine Zwecke alle materiellen Mittel verwendet, den die zeitgenössische Wissenschaft in den Dienst des Menschen stellt. Diese Sünde wider den Geist ist der ursprüngliche Fehler des Nationalsozialismus, aus dem alle Verbrechen entspringen. Diese ungeheuerliche Lehre ist die der Rassentheorie. ...
Ob es sich um Verbrechen gegen den Frieden oder um Kriegsverbrechen handelt, wir finden uns nicht einem zufälligen, gelegentlichen Verbrechertum gegenüber, das die Ereignisse, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch erklären könnte, wir finden uns vielmehr vor ein systematisches Verbrechertum gestellt, das die direkte und zwangsläufige Folge seiner ungeheuerlichen Lehre ist, die von den Führern Nazi-Deutschlands wohlüberlegt gebraucht wurde."
...
Von vornherein verstanden sich Lenin und seine Genossen als Führer eines gnadenloses Klassenkampfes, in dem der politische und ideologische Gegner, ja sogar widerspenstige Bevölkerungsteile als auszumerzende Feinde betrachtet und auch so behandelt wurden. Die Bolschewiken beschlossen, jegliche – auch passive – Opposition gegen ihre Vormachtstellung rechtlich, aber auch physisch zu eliminieren. Das richtete sich nicht nur gegen Gruppen politischer oppositioneller, sondern auch gegen ganze gesellschaftliche Gruppierungen (Adel, Bürgertum,

Intelligenz, Kirche usw.) sowie gegen Berufsstände, Offiziere, Polizisten usw.) und nahm zum Teil Züge eines Genozids an.
Von 1920 an entspricht die Entkosakisierung im wesentlichen der Definition des Genozids: Die Gesamtheit einer auf streng umrissenen Raum angesiedelten Bevölkerung, die Kosaken, wurde als solche ausgelöscht. Die Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert, die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder neuen, nichtkosakischen Bewohnern übergeben. Lenin verglich die Kosaken mit den Bewohnern der Vendée während der französischen Revolution und wollte ihnen die Behandlung zukommen lassen, die Gracchus Babeuf, der "Erfinder" des modernen Kommunismus, 1795 als "populicide" bezeichnet hatte.
Die Entkulakisierung von 1930 bis 1932 war nichts als eine Wiederholung der der Entkosakisierung in großem Stil, wobei die Operation von Stalin selbst gefordert wurde, unter der offiziellen von der Regierungspropaganda verbreiteten Losung: "Die Kulaken als Klasse auszulöschen". Kulaken, die sich der Kollektivierung widersetzten, wurden erschossen, andere mit Frauen, Kindern und Alten deportiert.
Sicher sind nicht alle regelrecht ausgelöscht worden, aber die Zwangsarbeit in Sibirien und dem hohen Norden ließ ihnen kaum eine Überlebenschance. Hunderttausende kamen dort um, doch bleibt die genaue Zahl der Opfer unbekannt. Die große Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine, die mit dem Widerstand der Landbevölkerung gegen die Zwangskollektivierung zusammenhing forderte binnen weniger Monate sechs Millionen Todesopfer.
Hier sind sich "Rassen-Genozid" und "Klassen-Genozid" sehr ähnlich. Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, daß dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.
Dieser Vergleich stellt die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage – die Aufbietung modernster technischer Ressourcen, das Ingangsetzen eines regelrechten industriellen Prozesses, die Vernichtungsmaschinerie der Vergasung und Leichenverbrennung.
Die Feststellung unterstreicht aber eine Besonderheit vieler kommunistischer Diktaturen: den systematischen Einsatz des Hungers als Waffe. Das Regime kontrolliert in der Regel alle verfügbaren Nahrungsmittelvorräte, teilt sie aber manchmal nach einem ausgeklügelten Rationierungssystem nur nach "Verdienst" beziehungsweise "Verschulden" der jeweiligen Menschen aus. ...
... Die Geschichte dieses Jahrhunderts hat gezeigt, daß sich die Praxis der Massenvernichtung durch Staaten oder Staatsparteien nicht auf den Nationalsozialismus beschränkte. Was in Bosnien und Ruanda geschah, beweist, daß diese Praktiken fortgesetzt werden. Sie sind wahrscheinlich eines der wichtigsten Kennzeichen dieses Jahrhunderts. ...
Über die Frage der unmittelbaren Verantwortung der an der Macht befindlichen Kommunisten hinaus stellt sich die nach der Mitschuld. ... Von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren applaudierten die Kommunisten in aller Welt sowie viele andere der Politik Lenins und später Stalins. Hunderttausende engagierten sich in der kommunistischen Internationale und den örtlichen Sektionen der "Partei der Weltrevolution". Von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren beweihräucherten weitere Hunderttausende den "Großen Vorsitzenden" der chinesischen Revolution und besangen die Errungenschaften des Großen Sprungs oder der Kulturrevolution. Und unserer Zeit noch näher gab es viele, die sich über die Machtergreifung Pol Pots freuten.
Viele werden sagen, daß sie "nicht wußten". Tatsächlich war es nicht immer einfach, Bescheid zu wissen, denn für die kommunistischen Diktaturen war die Geheimhaltung eine bevorzugte Abwehrstrategie. Aber häufig war dieses Nichtwissen lediglich auf Verblendung aufgrund des Glaubens an die Partei zurückzuführen. Seit den vierziger und fünfziger Jahren waren viele Fakten bekannt und unbestreitbar. Wenn auch inzwischen viele Anhänger ihre Idole von ge-

stern im Stich gelassen haben, geschah dies doch klammheimlich. Aber was ist von einem solch abgrundtiefen Amoralismus zu halten, der ein öffentliches Engagement einfach in der Versenkung verschwinden läßt, ohne daraus eine Lehre zu ziehen?
1969 schrieb einer der Pioniere der Untersuchungen über den kommunistischen Terror, Robert Conquest: "Der Umstand, daß so viele es "schlucken" (die Große Säuberung), war also sicherlich ein Faktor, der die ganze Säuberung erst möglich machte. Insbesondere die Prozesse hätten nur wenig Bedeutung gehabt, wenn sie nicht von einigen ausländischen, also 'unabhängigen' Kommentatoren für rechtmäßig erklärt worden wären."
Diese könne man kaum von einer gewissen Mitschuld an den politischen Morden freisprechen oder jedenfalls nicht von Mitschuld daran, daß die Morde sich wiederholten, nachdem der ersten Operation, dem Sinowjew-Prozeß von 1936, ungerechtfertigterweise soviel Glauben geschenkt worden war.
Wenn schon die moralische und intellektuelle Mitschuld einer Reihe von Nichtkommunisten mit dieser Elle gemessen wird, wie steht es dann um die Mitschuld der Kommunisten? Man erinnert sich nicht, daß Louis Aragon öffentlich bedauert hätte, in einem Gedicht von 1931 die Schaffung einer kommunistischen politischen Polizei in Frankreich als wünschenswert bezeichnet zu haben, wenn er auch zeitweilig die stalinistische Periode zu kritisieren schien.
Joseph Berger ein ehemaliger Komintern-Kader(-Mitglied), der der "Großen Säuberung" anheimfiel und durch die Lager ging, zitiert den Brief einer ehemaligen Gulag-Deportierten, die auch nach ihrer Rückkehr aus den Lagern immer noch Parteimitglied war:
"Die Kommunisten meiner Generation akzeptierten Stalins Autorität. Sie billigten seine Verbrechen. Dies gilt nicht nur für die sowjetischen Kommunisten, sondern für die ganze Welt. Von diesem Schandfleck sind wir gezeichnet, als einzelne und als Gruppe. Wir können ihn nicht wegwischen, es sei denn, wir tun alles dafür, daß so etwas nie wieder passiert.
Was ist geschehen? Hatten wir den Verstand verloren, oder verraten wir jetzt den Kommunismus? Die Wahrheit ist, daß alle – auch die, die Stalin am nächsten waren – die Verbrechen ins Gegenteil verkehrten. Wir sahen sie als wichtige Beiträge zum Sieg des Sozialismus an. Wir glaubten, daß alles, was die politische Macht der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion und in der Welt stärkte, ein Sieg für den Sozialismus sei. Niemals kamen wir auf den Gedanken, daß es innerhalb des Kommunismus einen Konflikt zwischen Politik und Ethik geben könnte." ...
... Erst im Krieg, vor allem mit dem Angriff auf die Sowjetunion, wurde der NS-Terror in vollem Umfang entfesselt. Zusammengefaßt lautet seine Bilanz wie folgt: 15 Millionen in den besetzten Ländern getötete Zivilisten, 5,1 Millionen Juden, 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 1,1 Millionen in den Lagern gestorbene Deportierte, mehrere hunderttausend Roma und Sinti. Hinzu kommen 8 Millionen Zwangsarbeiter und 1,6 Millionen überlebende KZ-Häftlinge.
Der NS-Terror hat unsere Vorstellungen in dreierlei Hinsicht geprägt. Zunächst einmal, weil er die Europäer unmittelbar betraf. Sodann, nach dem Sieg über die Nationalsozialisten und der Verurteilung ihrer Führungsspitze in Nürnberg, waren ihre Verbrechen als solche offiziell bezeichnet und stigmatisiert. Und schließlich war die Aufdeckung des Völkermords an den Juden aufgrund seines scheinbar irrationalen Charakters, seiner rassistischen Dimension und der Radikalität seines Verbrechens ein Schock für die Gewissen.
Es geht hier nicht darum, irgendwelche makabren arithmetischen Vergleiche aufzustellen, eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit. Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Systeme rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren.
Diese einfache Feststellung sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherischste System des Jahrhun-

derts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimität auf internationaler Ebene bis 1991 unangefochten war, das bis heute in bestimmten Ländern die Macht innehat und nach wie vor über Anhänger in der ganzen Welt verfügt. Wenn auch viele kommunistische Parteien mit Verspätung die Verbrechen des Stalinismus anerkannt haben, haben die meisten Lenins Prinzipien doch nicht aufgegeben, und sie hinterfragen kaum ihre eigene Verwicklung in den Terror.
Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden lassen an die Methoden der Nazis denken, nehmen sie aber oftmals voraus. In dieser Hinsicht hatte Rudolf Höß, beauftragt mit der Errichtung des KZ Auschwitz und später Lagerkommandant, eindeutige Vorgaben:
"Vom Reichssicherheitshauptamt wurde dem Kommandanten eine umfangreiche Berichtzusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht. Von Entkommenen wurde darin über die Zustände und Einrichtungen bis ins einzelne berichtet. Besonders hervorgehoben wurde darin, daß die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten."
Dennoch bedeutet die Tatsache, daß das Ausmaß und die Techniken der Massengewaltausübung von den Kommunisten eingeführt wurden und die Nazis sich von ihnen inspizieren ließen, keineswegs, daß man eine direkte kausale Beziehung zwischen der Machtergreifung der Bolschewisten und dem Aufstieg des Nationalsozialismus herstellen kann. ...
Nationalsozialismus und Kommunismus bezüglich der Vernichtung von Menschen so nahe zusammenzurücken, mag schockieren. Aber es ist immerhin Wassilij Grossmann (dessen Mutter von den Nazis im Ghetto von Berditschew umgebracht wurde, der den ersten Bericht über Treblinka veröffentlicht hat und zu den Autoren des "Schwarzbuchs" über den Untergang des sowjetischen Judentums gehörte), der in seinem Roman "Alles fließt ..." eine Figur über die Hungersnot in der Ukraine sagen läßt: "die Schriftsteller schreiben, und Stalin selbst, alle sagen das eine: 'Kulaken – Parasiten, sie verbrennen das Brot, sie morden Kinder'.
Und man erklärte geradeheraus: die Mut der Massen gegen sie aufpeitschen, sie als Klasse vernichten, die Verfluchten. ... Um sie zu töten, mußte man erklären: Kulaken – keine Menschen. Wie die Deutschen sagten: Juden – keine Menschen. Ebenso Lenin und Stalin: Kulaken sind keine Menschen."
Und über das Schicksal der Kulakenkinder sagte Grossmann: "Genau wie die Deutschen, die die Judenkinder im Gas erstickt haben – ihr sollt nicht leben, ihr seid Juden."
In beiden Fällen sind nicht so sehr Einzelpersonen das Ziel als vielmehr Gruppen. Der Terror soll eine als feindlich bezeichnete Gruppe auslöschen, der sicherlich nur einen Teil der Gesellschaft darstellt, aber als solcher von der Logik des Genozids getroffen wird. Somit ähneln die Mechanismen der Trennung und des Ausschlusses im "Klassen-Totalitarismus" ganz besonders denen im "Rassen-Totalitarismus".
Die künftige NS-Gesellschaft sollte auf der reinen Rasse aufgebaut werden, die künftige kommunistische Gesellschaft auf einem von jeglicher bürgerlichen Schlacke freien proletarischen Volk. Die Umgestaltung dieser beiden Gesellschaften wurde auf dieselbe Weise angestrebt, auch wenn die Ausschlußkriterien nicht die gleichen waren.
Es ist daher falsch zu behaupten, der Kommunismus habe universalen Charakter: Wenn dieses Projekt eine weltumspannende Bestimmung hat, wird ein Teil der Menschheit für unwürdig erklärt, darin zu existieren, wie es auch im Nationalsozialismus geschieht. Der Unterschied besteht darin, daß eine Abtrennung nach Schichten (Klassen) erfolgt, statt einer rassischen und territorialen Trennung wie bei den Nazis. ...
Was wußte man über die Verbrechen des Kommunismus? Was sollte man davon wissen? Warum hat es bis zum Ende des Jahrhunderts gedauert, daß sich die Wissenschaft mit diesem Thema befaßt? Ganz offensichtlich ist das Studium des stalinistischen und allgemein des

kommunistischen Terrors im Vergleich zu den Untersuchungen der NS-Verbrechen gewaltig im Rückstand ...
Hier besteht ein eindrucksvoller, nicht von der Hand zu weisender Kontrast. Die Sieger vom 1945 stellten legitimerweise das Verbrechen – und besonders den Völkermord an den Juden – in den Mittelpunkt ihrer Verurteilung des Nationalsozialismus. Viele Wissenschaftler aus der ganzen Welt arbeiten seit Jahrzehnten über dieses Thema. Tausende von Büchern sind dazu geschrieben, Dutzende von Filmen gedreht worden, darunter einige weltberühmte, und in ganz unterschiedlichen Sparten – "Nacht und Nebel" oder "Shoah", "Sophies Entscheidung" oder "Schindlers Liste". Raul Hilberg, um ihn nur zu erwähnen, beschreibt in seinem Hauptwerk detailliert, mit welchen Methoden die Juden im Dritten Reich umgebracht wurden.
Doch zur Frage der kommunistischen Verbrechen gibt es keine Arbeiten dieser Art. Während die Namen Himmlers und Eichmanns in der ganzen Welt als Symbole zeitgenössischer Barbarei bekannt sind, sind Dserschinski, Jagoda oder Jeschow weitgehend unbekannt. Was Lenin, Mao, Ho Chi Minh und selbst Stalin betrifft, so wird ihnen immer noch eine erstaunliche Verehrung zuteil. In Frankreich war die staatliche Lotteriegesellschaft sogar so unbedacht, Stalin und Mao in einer ihrer Werbekampagnen zu erwähnen. Wer käme auf die Idee, Hitler oder Goebbels zu so etwas heranzuziehen?
... Warum reagiert die öffentliche Meinung so schwach auf die Zeugenaussagen über die kommunistischen Verbrechen? Warum das peinlich berührte Schweigen der Politik? Und vor allem: Warum sagt die akademische Welt nichts zu der kommunistischen Katastrophe, die 80 Jahre lang rund ein Drittel der Menschheit auf vier Kontinenten betraf? Warum diese Unfähigkeit, in den Mittelpunkt der Analyse des Kommunismus einen so wesentlichen Faktor wie das Verbrechen zu stellen, das systematische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Ist es etwa unmöglich zu begreifen? Handelt es sich nicht eher um eine bewußte Weigerung, wissen zu wollen, um eine Angst vor dem Begreifen?
Die Verschleierung hat viele komplexe Gründe. Zunächst ist da das klassische unaufhörliche Bemühen der Henker, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen und zu rechtfertigen, was sie nicht verbergen konnten.
Die "Geheimrede" Chruschtschows von 1956, die die erste Anerkennung dieser Verbrechen durch kommunistische Führer selbst darstellt, ist auch der Bericht eines Henkers, der seine eigenen Verbrechen (als Führer der ukrainischen KP auf dem Höhepunkt des Terrors) vertuschen will, indem er sie Stalin allein anlastet und sich darauf beruft, Befehlen gehorcht zu haben.
Gleichzeitig sucht er den größten Teil der Verbrechen zu verbergen, denn er spricht nur von den kommunistischen Opfern, die der Zahl nach wesentlich geringer waren als die anderen. Außerdem verharmlost er diese Verbrechen, indem er sie als "Mißbrauch unter Stalin" bezeichnet, und versucht schließlich, das Fortbestehen des Systems mit denselben Prinzipien, denselben Strukturen und denselben Menschen zu rechtfertigen. ...
Daß die Archive der kommunistischen Länder unter strengstem Verschluß standen, die totale Kontrolle von Presse und Rundfunk sowie aller Wege ins Ausland, die Propaganda über die "Errungenschaften" des Regimes, dieser ganze Apparat zur Abriegelung von Informationen sollte in erster Linie verhindern, daß die Wahrheit über die Verbrechen ans Licht kam.
Die Henker begnügten sich nicht damit, ihre Verbrechen zu verbergen, sondern sie bekämpften auch Menschen, die zu informieren suchten, mit allen Mitteln. Denn einige Beobachter und Analytiker haben sich bemüht, ihre Zeitgenossen aufzuklären.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies in Frankreich bei zwei Gelegenheiten besonders deutlich. Von Januar bis April 1949 fand in Paris ein Prozeß statt, indem sich Viktor Krawtschenko (ein ehemaliger hochrangiger sowjetischer Funktionär, der in seinem Buch "Ich wählte die Freiheit" die stalinistische Diktatur beschrieben hatte) und die von Louis Aragon he-

rausgegebene Zeitschrift "Les Lettres francaises" gegenüberstanden, die ihren Prozeßgegner mit Beleidigungen überschüttete.
Von November 1950 bis Januar 1951 fand wiederum in Paris ein weiterer Prozeß statt. Die Gegner waren erneut "Les Lettres francaises" und David Rousset, ein Intellektueller und ehemaliger Trotzkist, der von den Nazis nach Deutschland deportiert worden war ...
Rousset hatte am 12. November 1949 alle ehemaligen Deportierten aus den NS-Lagern aufgerufen, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden, und war dafür von der kommunistischen Presse, die die Existenz dieser Lager leugnete, heftig angegriffen worden. ...
Gegen all diese Aufklärer des Gewissens der Menschheit boten die Henker in einem systematischen Kampf das ganze Arsenal der Möglichkeiten großer moderner Staaten auf, die überall auf der Welt intervenieren können. Sie wollten sie disqualifizieren, unglaubwürdig machen, einschüchtern. Solschenizyn, Bukowski, Sinowjew, Pljuschtsch wurden ausgewiesen; inhaftiert, Markow mit einem vergifteten Regenschirm ermordet.
Angesichts der nachdrücklichen Einschüchterung und Verschleierung zögerten die noch lebenden Opfer ihrerseits, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie sahen sich außerstande, sich in eine Gesellschaft wiedereinzugliedern, in der die, von denen sie denunziert und gepeinigt worden waren, unbehelligt herumstolzierten. Wassilij Grossman zeichnet diese verzweifelte Lage nach. Im Unterschied zur jüdischen Tragödie – die internationale jüdische Gemeinde hält die Erinnerung an den Völkermord wach - war es den Opfern des Kommunismus und ihren Angehörigen lange verwehrt, das Gedächtnis des tragischen Geschehens in der Öffentlichkeit zu pflegen, da jegliche Erinnerung oder Rehabilitationsforderung verboten war.
Wenn es den Henkern nicht gelang, eine Wahrheit zu verschleiern – die Erschießungen, die Lager, die absichtlich ausgelöste Hungersnot -, rechtfertigten sie die Fakten, indem sie sie dick übertünchten. Wenn sie sich zum Terror bekannten, machten sie ihn zur Allegorie der Revolution: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Oder, wie es in Frankreich heißt: Man kann kein Omelett machen, ohne Eier aufzuschlagen.
Dem entgegnet Wladimir Bukowski einmal, er habe wohl die zerbrochenen Eier gesehen, aber niemals das Omelett zu kosten bekommen. Am schlimmsten wirkte sicherlich die Pervertierung der Sprache. Wie durch Zauberei wurden das System der Lager zum Werk der Umerziehung, die Henker zu Erziehern, bemüht, die Mitglieder der alten Gesellschaft zu "neuen Menschen" zu formen. Man "bat" die Lagerhäftlinge mit Gewalt, an ein System zu glauben, das sie versklavte. In China heißt der Lagerhäftling "Student": Er soll das richtige Denken der Partei studieren und das eigene falsche Denken korrigieren.
... Später sang Maria Antonietta Macciochi ein Loblied auf Mao, während Danielle Mitterrand Castro schmeichelte. Gier, Schwäche, Eitelkeit, die Faszination, die von Kraft und Gewalt ausgeht, revolutionäre Leidenschaft was auch immer die Motive für solche Loblieder sein mögen, stets haben die totalitären Diktaturen die Beweihräucherer gefunden, die sie brauchten. Die kommunistische macht da keine Ausnahme.
Der Westen bewies gegenüber der kommunistischen Propaganda eine außerordentliche Verblendung, in der sich Ahnungslosigkeit angesichts eines ausgesprochen hinterlistigen Systems, Angst vor der Macht der Sowjets und Zynismus von Politikern und Geschäftemachern mischten. Um Verblendung handelte es sich beim Treffen von Jalta, als Präsident Roosevelt Stalin Osteuropa gegen das förmliche Versprechen preisgab, dort baldmöglichst freie Wahlen durchführen zu lassen. ...
Die Verschleierung der kriminellen Dimension des Kommunismus hat allerdings noch mit drei konkreten Gründen zu tun. Der erste betrifft das Festhalten an der Revolutionsidee selbst. Noch heute ist die Trauerarbeit um die Idee der Revolution wie sie im 19. und 20. Jahrhundert gedacht wurde, längst nicht abgeschlossen. Ihre Symbole – die rote Fahne, die Internationale,

die erhobene Faust erstehen bei jeder großen sozialen Bewegung neu. Che Guevara kommt wieder in Mode. Eindeutig revolutionäre Gruppen dürfen ungehindert an die Öffentlichkeit treten, sie reagieren verachtungsvoll auf die geringste kritische Anmerkung zu den Verbrechen ihrer Vorgänger und wiederholen ohne Scheu die alten Rechtfertigungsreden Lenins, Trotzkis oder Maos. Diese revolutionäre Leidenschaft ist uns nicht ganz fremd. Mehrere Autoren dieses Buches haben einmal selbst der kommunistischen Propaganda geglaubt.

Der zweite Grund hat mit der sowjetischen Beteiligung am Sieg über den Nationalsozialismus zu tun, der es den Kommunisten ermöglichte, ihr eigenes Ziel – die Machtergreifung – unter glühendem Patriotismus zu verstecken. Von Juni 1941 an begaben sich die Kommunisten in allen besetzten Ländern in den aktiven – und oft bewaffneten – Widerstand gegen die deutschen oder italienischen Besatzer.

Wie die Widerstandskämpfer anderer ideologischer Richtungen bezahlten sie den Preis der Unterdrückung, hatten Tausende von Erschossenen, Massakrierten, Deportierten zu beklagen. Und sie haben sich dieser Märtyrer bedient, um die Sache des Kommunismus zu heiligen und jegliche Kritik an ihm verstummen zu lassen. Außerdem knüpften viele Nichtkommunisten im Widerstand Bande der Solidarität, des Kampfes, des Bluts mit Kommunisten, was vielen die Augen getrübt hat. In Frankreich war die Haltung der Gaullisten häufig von dieser gemeinsamen Erinnerung bestimmt und wurde durch die Politik des Gaulles noch bestärkt, der gegenüber den Amerikanern gern das sowjetische Gegengewicht ausspielte.

Durch die Beteiligung der Kommunisten am Krieg und am Sieg über den Nationalsozialismus triumphierte der Begriff des Antifaschismus in der Linken endgültig als Wahrheitskriterium und natürlich traten die Kommunisten als die besten Vertreter und Verteidiger des Antifaschismus auf. Der Antifaschismus wurde zur definitiven Etikettierung des Kommunismus. Das machte es den Kommunisten leicht, Aufmuckende im Namen des Antifaschismus zum Schweigen zu bringen.

Francois Furet hat zu diesem entscheidenden Punkt erhellende Bemerkungen gemacht. Nachdem der besiegte Nationalsozialismus von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt worden war, geriet der Kommunismus beinahe automatisch in das Lager der Guten. Dies wurde deutlich bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, in denen die Sowjets als Ankläger auftraten. So wurden nach demokratischen Maßstäben peinliche Episoden – wie der deutsch-sowjetische Pakt von 1939 oder die Massaker von Katyn – rasch heruntergespielt.

Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde als Beweis für die Überlegenheit des kommunistischen Systems angeführt. Im von den Westalliierten befreiten Europa rief das eine doppelte Reaktion hervor: ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee (deren Besatzung man nicht zu ertragen hatte) und Schuldgefühle angesichts der Opfer, die die Völker der Sowjetunion gebracht hatten – Gefühle, die die kommunistische Propaganda weidlich ausgenutzt hat.

Gleichzeitig blieben die Umstände der "Befreiung" Osteuropas durch die Rote Armee im Westen weitgehend unbekannt, wo die Geschichtsschreiber zwei unterschiedliche Arten von "Befreiung" mehr oder weniger gleichsetzte: Die eine führte zur Wiederherstellung der Demokratie, die andere ermöglichte die Einsetzung von Diktaturen. In Mittel- und Osteuropa trat das sowjetische System die Nachfolge des "Tausendjährigen Reiches" an. ...

Ein letzter Grund für die Verschleierung ist subtiler und auch heikler zu erklären. Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte. Nachdem sie zunächst das Besondere der Judenverfolgung durch die Nazis geleugnet hatten, erkannten die Kommunisten bald den Vorteil, den sie aus der Anerkennung dieser Besonderheit für die regelmäßige Mobilisierung des Antifaschismus ziehen konnten. "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" – mit dieser Brechtschen Schreckensvision gin-

gen sie bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit hausieren. Neuerdings hat die Hervorhebung einer "Einzigartigkeit" des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, ebenfalls die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert. ...

In den siebziger und achtziger Jahren erschütterten die Bücher Solschenizyns – "Der – Archipel Gulag", später der Zyklus "Das rote Rad" über die russische Revolution – die öffentliche Meinung. Wahrscheinlich war der durch das Werk des genialen Chronisten verursachte Schock größer als die allgemeine Kenntnisnahme des schrecklichen Systems, das er beschrieb. Es war für Solschenizyn nicht leicht, durch die Kruste von Lügen zu dringen. 1975 verglich ihn ein Journalist einer großen französischen Tageszeitung mit Pierre Laval, Doriot und Déat, "die die Nazis als Befreier begrüßten". Dennoch gab Solschenizyns Zeugnis den Anstoß dazu, daß das Problem der Öffentlichkeit bewußt zu werden begann ...

Auf welche Motivation kann sich am Ende des 20. Jahrhunderts die Erforschung eines so tragischen, finsteren und umstrittenen Themas stützen? Heute bestätigen die Archive nicht nur die vorliegenden Zeugenaussagen, sie erlauben es auch, noch viel weiter zu gehen. Die internen Archive des Unterdrückungsapparats der Sowjetunion, der ehemaligen Volksdemokratien und Kambodschas bringen eine erschreckende Realität ans Licht – die Massivität und den systematischen Charakter des Terrors, der in vielen Fällen bis zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht.

Die Zeit ist gekommen, die sich allen Beobachtern immer wieder stellende Frage wissenschaftlich, belegt mit unbestreitbaren Fakten und frei von politisch-ideologischem Ballast zu bearbeiten: Welchen Platz nimmt das Verbrechen im kommunistischen System ein?

Was kann unter diesem Blickwinkel unser besonderer Beitrag sein? Unser Ansatz entspricht zunächst einmal einer historiographischen Pflicht. Kein Thema ist für den Historiker Tabu, Gefahren oder Druck jeglicher Art – politisch, ideologisch, persönlich – dürfen ihn nicht davon abhalten, den Weg der Kenntnisnahme, Ausgrabung und Auswertung von Fakten zu verfolgen, insbesondere wenn diese lange Zeit absichtlich in den Archiven und Gewissen verborgen waren. Die Geschichte des kommunistischen Terrors stellt eines der Hauptstücke einer europäischen Geschichte dar, die beide Enden des großen historiographischen Themas Totalitarismus zusammenhält.

Der Totalitarismus hat eine nationalsozialistische, aber auch eine leninistisch/stalinistische Version. Es ist nicht länger akzeptabel, eine halbseitig gelähmte Geschichte zu schreiben, ohne Berücksichtigung der kommunistischen Variante. Auch kann man sich nicht länger auf eine Position zurückziehen, die die Geschichte des Kommunismus auf seine nationalen, sozialen und kulturellen Aspekte reduziert, zumal die Verwicklung in den Totalitarismus sich nicht auf Europa und die sowjetische Episode beschränkt.

Sie betrifft ebenso das maoistische China, Nordkorea, das Kambodscha Pol Pots. Jede nationale Ausprägung des Kommunismus war wie über eine Nabelschnur mit der sowjetrussischen Matrix verbunden und trug gleichzeitig zur Entwicklung dieser weltweiten Bewegung bei. Die Geschichte, mit der wir hier zu tun haben, ist die eines Phänomens, das sich überall auf der Welt entfaltet hat und die ganze Menschheit betrifft.

Die zweite Aufgabe, die dieses Buch übernimmt, ist die Pflicht zur Erinnerung. Es ist eine moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren, vor allem wenn es sich um unschuldige, anonyme Opfer eines Molochs handelt, der in seiner absoluten Macht selbst die Erinnerung an sie auslöschen wollte. Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtzentrums in Moskau ist Europa – der Kontinent, von dem die tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausgingen – dabei, wieder ein gemeinsames Gedächtnis aufzubauen. Wir können unseren Beitrag dazu leisten. ...

Diese Aufgabe der Geschichtsschreibung und Erinnerung hat einen moralischen Aspekt, der

ist unbestreitbar. Und man könnte uns fragen: "Wer gibt euch das Recht, Gutes und Böses zu unterscheiden?" ...
Schon 1931 hatte Pius XI. in seiner Enzyklika "Quadragesimo Anno" geschrieben, der Kommunismus "verfolgt in Theorie und Praxis seine beiden Hauptziele: schärfster Klassenkampf uns äußerste Eigentumsfeindlichkeit. Nicht auf Schleich- und Umwegen, sondern mit offener und rücksichtsloser Gewalt geht er aufs Ziel. Vor nichts schreckt er zurück; nichts ist ihm heilig. Zur Macht gelangt, erweist er sich von unglaublicher und unbeschreiblicher Härte und Unmenschlichkeit. Die unseligen Trümmer und Verwüstungen, die er in dem ungeheueren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, sprechen eine beredte Sprache."
Diese Warnung ist erst richtig zu würdigen, wenn man bedenkt, daß sie von einer Institution kommt, die jahrhundertelang im Namen des Glaubens Massaker an Ungläubigen rechtfertigte, die Inquisition aufbaute, der Gedankenfreiheit Maulkörbe verpaßte und später Diktaturen wie Francos oder Salazars unterstützte.
Doch wenn die Kirche hier eine Rolle als moralischer Richter wahrnimmt, wie soll, wie kann der Historiker schreiben angesichts der "heroischen" Darstellung der Parteigänger des Kommunismus oder der leidvollen Erzählung der Opfer? ...
Der Historiker wird in aller Bescheidenheit und fast gegen seinen Willen zum Sprecher derer, denen es wegen des Terrors verwehrt war die Wahrheit über ihre Verhältnisse kundzutun. Seine Aufgabe ist das Bekanntmachen. Seine erste Pflicht ist die Feststellung von Fakten und Elementen der Wahrheit, die zum Wissen werden. Darüber hinaus ist die Beziehung des Historikers zur Geschichte eine besondere:
Er ist gezwungen, sich zum Geschichtsschreiber der Lüge zu machen. Selbst wenn ihm durch die Öffnung der Archive die für die Arbeit unverzichtbaren Dokumente zur Verfügung stehen, muß er sich vor Leichtgläubigkeit hüten. Viele komplexe Fragen dürften Gegenstand von Kontroversen sein, bei denen es nicht immer ohne Hintergedanken zugehen mag. Trotzdem kann sich diese Kenntnisnahme historischer Fakten nicht eines Urteils enthalten, das auf Grundwerte Bezug nimmt: auf die Einhaltung der Regeln der repräsentativen Demokratie und vor allem auf die Achtung vor dem Leben und der Würde des Menschen. An diesem Maßstab mißt der Historiker die Handelnden in der Geschichte.
... Die Autoren ... sind sich bewußt, daß man das Vorrecht, die Wahrheit zu sagen, nicht einer sich immer stärker bemerkbar machenden extremen Rechten überlassen darf. Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalfaschistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen. ...
Dieses Buch enthält viel Text und wenig Bilder. Hier berühren wir einen kritischen Punkt in der Verschleierung der Verbrechen des Kommunismus: In einer weltweit von den Medien übersättigten Gesellschaft, in der bald allein das Bild – ob als Fotografie oder als Fernsehbild – Glaubwürdigkeit verschafft, verfügen wir lediglich über einige wenige Archivfotos aus dem Gulag oder dem chinesischen Laogai, über keine einzige Aufnahme von der Entkulakisierung oder der Hungersnot des Großen Sprungs.
Die Sieger von Nürnberg konnten Tausende von Leichen im Lager Bergen-Belsen nach Belieben fotografieren und filmen, und man hat von den Henkern selbst aufgenommene Fotos gefunden, wie das von einem Deutschen, der aus nächster Nähe eine Frau erschießt, während sie ihr Kind in den Armen hält. Nichts dergleichen für die kommunistische Welt, in der der Terror das bestgehütete Geheimnis war.
Der Leser/die Leserin möge sich nicht mit den hier zusammengestellten Bilddokumenten zufriedengeben. Nehmen sie sich Zeit und lernen Sie Seite um Seite den Leidensweg von Millionen Menschen kennen. Es ist unerläßlich, daß Sie ihre Phantasie bemühen, um sich die ungeheure Tragödie vorstellen zu können, die die Weltgeschichte auch in den kommenden Jahrzehnten noch prägen wird.

Dann stellt sich die Hauptfrage: Warum?
Warum hielten es Lenin, Trotzki, Stalin und die anderen für notwendig, all die, die sie als Feinde bezeichneten, auszulöschen? Warum glaubten sie, sie dürften das ungeschriebene Gesetz brechen, das das Leben der Menschen regiert: "Du sollst nicht töten?"...<<